

S-01: Klarstellung gleichberechtigte Teilhabe



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: S Satzung und Statute

Antragstext

- 1 Es wird ein neuer § 6 ins BAG-Statut eingefügt, der lautet:
- 2 § 6 Gleichberechtigte Teilhabe:
- 3 Grundsätzlich sind bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mindestens die Hälfte der Ämter, Plätze,
- 4 Funktionen und Delegationen mit Frauen zu besetzen. Das Bundesfrauenstatut findet auch in
- 5 den BAGen Anwendung. Alle Delegierten sind mindestquotiert zu wählen. Für Plätze, die Frauen
- 6 vorbehalten sind, können als Ersatzdelegierte nur Frauen gewählt und entsandt werden. Das
- 7 volle Stimmrecht (2 Stimmen) in der BAG erhalten nur die mindestquotiert entsandten
- 8 Delegationen.

S-02: Anerkennung einer Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Sportpolitik

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 16.11.2019

Tagesordnungspunkt: S Satzung und Statute

Antragstext

- 1 Die Bundesdelegiertenkonferenz beschließt die Anerkennung einer Bundesarbeitsgemeinschaft
- 2 Sportpolitik.

S-03 NEU: Geschlechtliche Vielfalt - Änderung der Satzung und Statute

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.01.2019
Tagesordnungspunkt: S Satzung und Statute

Antragstext

- 1 Die Bundesdelegiertenkonferenz beschließt folgende Änderungen in Satzung, Frauenstatut und
- 2 Urabstimmungsordnung:

3 **Satzung**

4 **a) Ersetze § 11 Abs. 3 - 5 durch NEU § 3 „Gleichberechtigte Teilhabe“**

- 5 In die Satzung wird ein neuer § 3 „Gleichberechtigte Teilhabe“ aufgenommen. In § 11 werden
- 6 die Absätze 3 - 5 entsprechend gestrichen.

7 **NEU: § 3 „Gleichberechtigte Teilhabe“**

- 8 (1) Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Politik ist ein politisches Ziel von
- 9 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Mindestquotierung von Ämtern und Mandaten ist eines der
- 10 Mittel,
- 11 um dieses Ziel zu erreichen. Von dem Begriff „Frauen“ werden alle erfasst, die sich selbst
- 12 so definieren. Dies und weitere Maßnahmen regelt das Frauenstatut.
- 13 (2) Alle Gremien von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN zu
- 14 beschickende
- 15 Gremien sind mindestens zur Hälfte mit Frauen zu besetzen, wobei den Frauen bei Listenwahlen
- 16 bzw. Wahlvorschlägen die ungeraden Plätzen vorbehalten sind (Mindestquotierung). Die
- 17 Wahlverfahren sind so zu gestalten, dass getrennt nach Positionen für Frauen und Positionen
- 18 für alle Bewerber*innen (offene Plätze) gewählt wird. Reine Frauenlisten und -gremien sind
- 19 entsprechend
- 20 zu mindestens 50 % mit Frauen zu besetzen. Ausgenommen von dieser Regelung ist die BAG
- 21 Schwulenpolitik.
- 22 (3) Ebenso wie die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen ist die Anerkennung
- 23 geschlechtlicher Vielfalt ein Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Trans*, inter und nicht-binäre
- 24 Menschen sollen in unserer Partei gleichberechtigte Teilhabe erhalten. Alle Gremien und
- 25 Versammlungen sind dazu angehalten, dieses Ziel zu achten und zu stärken.

24 **b) Ersetze in § 12 Abs. 1 Satz 2 den Text „Parität (mindestens 50% Frauen)“ durch**

25 **„Mindestquotierung von Frauen“**

- 26 § 12 „Die Bundesversammlung“ lautet nun:

- 27 (1) Die Bundesversammlung findet mindestens einmal im Kalenderjahr statt. Die Delegierten
- 28 werden auf der Mitglieder- bzw. Delegiertenversammlung des Kreisverbandes gewählt. Die

29 Kreisverbände werden aufgefordert, bei den Delegierten die **Mindestquotierung von Frauen**
30 zu
31 wahren. Zur Ermittlung der Delegiertenzahl pro Kreisverband gilt folgendes Verfahren: Die
32 Zahl der Mitglieder des Kreisverbandes wird mit 750 multipliziert. Das Ergebnis wird durch
33 die Zahl der Mitglieder des Bundesverbandes dividiert, wobei das Ergebnis zu einer vollen
34 Zahl gerundet wird. Diese Zahl ist die jeweilige Delegiertenzahl, die aber in jedem Fall
35 mindestens 1 betragen muss (Grundmandat). Maßgeblich sind die dem Bundestagspräsidenten
im
36 letzten Jahresrechnungsbild vorgelegten, geprüften Mitgliederzahlen.

36 **Frauenstatut**

37 **a) Einfügung einer Präambel**

38 Dem Frauenstatut wird eine Präambel vorangestellt.

39 Präambel

40 Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Politik ist ein politisches Ziel von
41 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Mindestquotierung von Ämtern und Mandaten ist eines der
42 Mittel,
43 um dieses Ziel zu erreichen. Von dem Begriff „Frauen“ werden alle erfasst, die sich selbst
44 so definieren.

44 Ebenso wie die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen ist die Anerkennung geschlechtlicher
45 Vielfalt ein Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Trans*, inter und nicht-binäre Menschen sollen
46 in unserer Partei gleichberechtigte Teilhabe erhalten. Alle Gremien und Versammlungen sind
47 dazu angehalten, dieses Ziel zu achten und zu stärken.

48 **b) Ersetze § 1 und § 3 durch NEU § 1 „Mindestquotierung“**

49 Die §§ 1 und 3 werden durch den folgenden Text ersetzt. § 3 wird entsprechend gestrichen.

50 § 1 Mindestquotierung

51 (1) Alle Gremien von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu
52 beschickende

52 Gremien sind mindestens zur Hälfte mit Frauen zu besetzen; wobei den Frauen bei Listenwahlen

53 bzw. Wahlvorschlägen die ungeraden Plätze vorbehalten sind (Mindestquotierung). Die
54 Wahlverfahren sind so zu gestalten, dass getrennt nach Positionen für Frauen und Positionen
55 für alle Bewerber*innen (offene Plätze) gewählt wird. Reine Frauenlisten und -gremien sind
56 möglich.

57 (2) Sollte keine Frau auf einen Frauenplatz kandidieren oder gewählt werden, bleiben diese
58 Plätze unbesetzt. Über die Besetzung des offenen Platzes entscheidet die Versammlung. Nur
59 bei Wahllisten kann die Wahlversammlung den Frauenplatz frei geben. Die Frauen der
60 Versammlung haben diesbezüglich ein Vetorecht entsprechend § 4 des Frauenstatuts und
61 können
ein Frauenvotum beantragen.

62 **c) Ersetze §2 durch NEU § 2 „Versammlungen“**

63 § 2 wird durch den folgenden Text ersetzt:

64 § 2 Versammlungen

65 (1) Präsidien werden **mindestquotiert** besetzt. Die Versammlungsleitung **wird mindestens zur**

66 **Hälfte von Frauen übernommen. Das Recht von Frauen auf mindestens die Hälfte der Redezeit**

67 **ist zu gewährleisten, dazu werden getrennte Redelisten geführt (Frauen/Offen), mindestens**

68 **jeder zweite Redebeitrag ist Frauen vorbehalten.** Ist die Redeliste der Frauen erschöpft, ist

69 die Versammlung zu befragen, ob die Debatte fortgesetzt werden soll.

70 (2) Diese Regelungen sollen auch für sonstige Veranstaltungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
71 gelten.

72 **d) Ersetze in § 5 Satz 4 das Wort „Mindestparität“ durch „Mindestquotierung“**

73 § 5 „Einstellung von Arbeitnehmer*innen“ lautet nun:

74 (1) BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird als Arbeitgeber*in die Gleichstellung von Frauen

75 sicherstellen. Bezahlte Stellen werden auf allen Qualifikationsebenen mindestens zur Hälfte

76 an Frauen vergeben. In Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, werden so lange

77 bevorzugt Frauen eingestellt, bis die **Mindestquotierung** erreicht ist. Bei der Vergabe von

78 Aufträgen wird analog verfahren.

79 **Urabstimmungsordnung**

80 **1) Ersetze Satz 3 in § 10 Abs. 4 der Urabstimmungsordnung durch „Es dürfen maximal so viele**

81 **Stimmen auf Bewerber*innen, die nicht Frauen sind, abgegeben werden, wie offene Plätze zur**

82 **Verfügung stehen; andernfalls ist der Stimmzettel ungültig.“**

83 § 10 Abs. 4 lautet nun:

84 (4) Bei Benennungen von Spitzenkandidaturen nach § 25 Absatz 7 der Satzung kann jede/r

85 Abstimmungsberechtigte so viele JA-Stimmen vergeben, wie Positionen zu besetzen sind. Pro

86 Kandidat*in kann nur eine Stimme vergeben werden. Der Wahlzettel kann insgesamt mit NEIN

87 oder ENTHALTUNG gekennzeichnet werden. **Es dürfen maximal so viele Stimmen auf**

88 **Bewerber*innen, die nicht Frauen sind, abgegeben werden, wie offene Plätze zur Verfügung**

89 **stehen; andernfalls ist der Stimmzettel ungültig.**

S-06: Änderung der Schiedsgerichtsordnung



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: S Satzung und Statute

Antragstext

1 Die Bundesdelegiertenkonferenz beschließt folgende Änderungen der Schiedsgerichtsordnung:

2 **a) Einfügung eines neuen § 3 "Geschäftsstelle"**

3 In die Schiedsordnung wird ein neuer § 3 aufgenommen.

4 **NEU: § 3 Geschäftsstelle**

5 Die Geschäftsstelle des Bundesschiedsgerichts ist die Bundesgeschäftsstelle. Sie untersteht
6 insoweit den Weisungen des Schiedsgerichts.

7 Die Nummerierung der weiteren Paragraphen ändert sich entsprechend. Die folgenden
8 Nummerierungen beziehen sich auf die aktuell gültige Fassung.

9 **b) Einfügung eines neuen Absatzes 2 in § 3 "Antragsberechtigung"**

10 In § 3 wird ein neuer Absatz 2 aufgenommen. Der bisherige Text wird zu Absatz 1.

11 § 3 Antragsberechtigung

12 **(2) Wahlen und Entscheidungen der Bundesorgane können nur innerhalb von drei
13 Monaten nach**

Beschlussfassung angefochten werden.

14 **c) Ersetze Absatz 2 in § 4 "Anträge und Schriftsätze"**

15 Absatz 2 des § 4 wird mit folgendem Text ersetzt:

16 **(2) Anträge, Schriftsätze und Urkunden, auf die Bezug genommen wird, sind dem
17 Bundesschiedsgericht postalisch in zweifacher Ausfertigung oder digital per E-Mail
18 an**

bundesschiedsgericht@gruene.de zuzusenden.

19 **d) Ersetze Satz 2 in § 9 Abs. 2 "Mündliche Verhandlung"**

20 Absatz 2 des § 9 lautet neu (Änderungen fett gedruckt):

21 (2) Die mündliche Verhandlung ist für Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN öffentlich. Die
22 Öffentlichkeit kann ausgeschlossen werden, wenn dies im Interesse eines/einer Beteiligten
23 geboten ist. **Mit Einverständnis aller Beteiligten kann die Verhandlung der allgemeinen**

24 **Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.**

25 **e) Ersetze Absatz 1 in § 13 "Abschließende Regelungen"**

26 Absatz 1 des § 13 lautet neu (Änderungen fett gedruckt):

27 (1) Zustellungen

28 **1. Zugestellt wird per Datenfernübertragung gegen Empfangsbekenntnis oder**
29 **postalisch per**

30 **Einschreiben.** Ist **ein*e Beteiligte*r** anwaltlich vertreten, kann die Zustellung entsprechend
31 § 198 der Zivilprozessordnung erfolgen.

32 2. Die **postalische** Zustellung gilt auch dann als erfolgt, wenn der/die Adressat*in die
33 Annahme verweigert.

34 3. Kann der/die Beteiligte unter der Anschrift, die er/sie zuletzt gegenüber der zuständigen
35 Parteigliederung angegeben hat, nicht erreicht werden, so gilt die **postalische** Zustellung
36 **dennoch** als bewirkt.

37 **f) Einfügung eines neuen Absatz 3 in § 13 "Abschließende Regelungen"**

38 In § 13 wird ein neuer Absatz 3 aufgenommen.

39 **(3) Verfahrensakten können 5 Jahre nach Abschluss des Verfahrens vernichtet**
40 **werden. Die**

41 **Übergabe an das Archiv Grünes Gedächtnis bleibt davon unberührt.**

S-06: Änderung der Schiedsgerichtsordnung



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: S Satzung und Statute

Antragstext

1 Die Bundesdelegiertenkonferenz beschließt folgende Änderungen der Schiedsgerichtsordnung:

2 **a) Einfügung eines neuen § 3 "Geschäftsstelle"**

3 In die Schiedsordnung wird ein neuer § 3 aufgenommen.

4 **NEU: § 3 Geschäftsstelle**

5 Die Geschäftsstelle des Bundesschiedsgerichts ist die Bundesgeschäftsstelle. Sie untersteht
6 insoweit den Weisungen des Schiedsgerichts.

7 Die Nummerierung der weiteren Paragraphen ändert sich entsprechend. Die folgenden
8 Nummerierungen beziehen sich auf die aktuell gültige Fassung.

9 **b) Einfügung eines neuen Absatzes 2 in § 3 "Antragsberechtigung"**

10 In § 3 wird ein neuer Absatz 2 aufgenommen. Der bisherige Text wird zu Absatz 1.

11 § 3 Antragsberechtigung

12 **(2) Wahlen und Entscheidungen der Bundesorgane können nur innerhalb von drei
13 Monaten nach**

Beschlussfassung angefochten werden.

14 **c) Ersetze Absatz 2 in § 4 "Anträge und Schriftsätze"**

15 Absatz 2 des § 4 wird mit folgendem Text ersetzt:

16 **(2) Anträge, Schriftsätze und Urkunden, auf die Bezug genommen wird, sind dem
17 Bundesschiedsgericht postalisch in zweifacher Ausfertigung oder digital per E-Mail
18 an**

bundesschiedsgericht@gruene.de zuzusenden.

19 **d) Ersetze Satz 2 in § 9 Abs. 2 "Mündliche Verhandlung"**

20 Absatz 2 des § 9 lautet neu (Änderungen fett gedruckt):

21 (2) Die mündliche Verhandlung ist für Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN öffentlich. Die
22 Öffentlichkeit kann ausgeschlossen werden, wenn dies im Interesse eines/einer Beteiligten
23 geboten ist. **Mit Einverständnis aller Beteiligten kann die Verhandlung der allgemeinen**

24 **Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.**

25 **e) Ersetze Absatz 1 in § 13 "Abschließende Regelungen"**

26 Absatz 1 des § 13 lautet neu (Änderungen fett gedruckt):

27 (1) Zustellungen

28 **1. Zugestellt wird per Datenfernübertragung gegen Empfangsbekenntnis oder**
29 **postalisch per**

30 **Einschreiben.** Ist **ein*e Beteiligte*r** anwaltlich vertreten, kann die Zustellung entsprechend
31 § 198 der Zivilprozessordnung erfolgen.

32 2. Die **postalische** Zustellung gilt auch dann als erfolgt, wenn der/die Adressat*in die
33 Annahme verweigert.

34 3. Kann der/die Beteiligte unter der Anschrift, die er/sie zuletzt gegenüber der zuständigen
35 Parteigliederung angegeben hat, nicht erreicht werden, so gilt die **postalische** Zustellung
36 **dennoch** als bewirkt.

37 **f) Einfügung eines neuen Absatz 3 in § 13 "Abschließende Regelungen"**

38 In § 13 wird ein neuer Absatz 3 aufgenommen.

39 **(3) Verfahrensakten können 5 Jahre nach Abschluss des Verfahrens vernichtet**
40 **werden. Die**

41 **Übergabe an das Archiv Grünes Gedächtnis bleibt davon unberührt.**

S-08: Änderung des Frauenstatuts



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: S Satzung und Statute

Antragstext

- 1 Die Regelung „**Ist die Redeliste der Frauen erschöpft, ist die Versammlung zu befragen, ob**
- 2 **die Debatte fortgesetzt werden soll.**“ des § 2 (1) des Frauenstatuts wird geändert in:
„**Ist**
- 3 **die Redeliste der Frauen erschöpft, so sind die Frauen der Versammlung zu befragen, ob die**
- 4 **Debatte fortgesetzt werden soll.**“.

S-08: Änderung des Frauenstatuts



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: S Satzung und Statute

Antragstext

- 1 Die Regelung „**Ist die Redeliste der Frauen erschöpft, ist die Versammlung zu befragen, ob**
- 2 **die Debatte fortgesetzt werden soll.**“ des § 2 (1) des Frauenstatuts wird geändert in:
„**Ist**
- 3 **die Redeliste der Frauen erschöpft, so sind die Frauen der Versammlung zu befragen, ob die**
- 4 **Debatte fortgesetzt werden soll.**“.

Eine Arche für die Artenvielfalt - Die Senne muss Nationalpark werden!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Wir wollen die Tiere und Pflanzen, die in der Senne zu Hause sind, vor dem Aussterben
- 2 retten. Beim Artenschutz geht es um mehr als den Erhalt einzelner besonderer Tier- und
- 3 Pflanzenarten. Erst das vielfach geknüpfte Netz aus Arten, Ökosystemen und genetischer
- 4 Vielfalt macht unsere Erde zu einem bewohnbaren und lebenswerten Planeten. Doch dieses
- 5 Netz
- 6 wird immer löchriger – weltweit verschwinden täglich 100 Arten, eine Million von acht
- 7 Millionen Arten sind akut vom Aussterben bedroht. In Deutschland sind ein Drittel der
- 8 Pflanzen und Tiere bestandsgefährdet oder bereits kurz davor auszusterben.
- 9 Die Biodiversität bildet unsere Existenzgrundlage. Deshalb müssen die Arten und ihre
- 10 Lebensräume auch in NRW dringend geschützt werden. Der bundesweit einzigartige Naturraum
- 11 Senne in Ostwestfalen-Lippe muss deshalb endlich Nationalpark werden. Denn nur durch die
- 12 Schutzkategorie Nationalpark kann die Senne als eine „Arche für die Artenvielfalt“ effektiv
- 13 für die Zukunft bewahrt werden. Deswegen finden wir Grüne es falsch, wenn große Teile der
- 14 Senne immer noch als Truppenübungsplatz dienen müssen. Die militärische Nutzung muss
- 15 beendet
- 16 werden.
- 17 Die Senne ist in ihrer landschaftlichen Vielfalt und Unzerschnittenheit einmalig in
- 18 Deutschland. Sie beheimatet unzählige Tier- und Pflanzenarten – darunter mehr als 1.000, die
- 19 gefährdet oder vom Aussterben bedroht sind und bereits auf der Roten Liste stehen. Allein
- 20 mit 1700 Käferarten ist die Senne eines von nur zwei Gebieten in Deutschland mit einer
- 21 vergleichbar herausragenden Artenvielfalt an Käfern. Der Naturraum Senne ist darüber hinaus
- 22 ein lebensnotwendiger Trinkwasserspeicher für die Region OWL, ohne jede Nitratbelastung. Das
- 23 Ökosystem der „Arche Senne“ zu erhalten ist einer der überregional bedeutsamsten Beiträge,
- 24 die die Bundespolitik und die nordrhein-westfälische Landespolitik zum Erhalt der
- 25 Biodiversität leisten können.
- 26 Lange gab es darüber auch politisches Einvernehmen in NRW. Dass die schwarz-gelbe
- 27 Landesregierung diese Pläne im Jahr 2019 gekippt hat, ist angesichts der Schutzwürdigkeit
- 28 und der Einzigartigkeit der Senne eine ökologische Katastrophe. CDU und FDP missachten die
- 29 wissenschaftlichen Erkenntnisse und den Willen vieler Menschen, mehr für den Artenschutz zu
- 30 tun. So ergab eine Umfrage aus dem Jahr 2018, dass 76% der Menschen in OWL und 85% in
- 31 NRW
- 32 sich einen Nationalpark Senne wünschen. Doch CDU und FDP in der NRW-Landesregierung
- 33 tragen
- 34 dazu bei, Begehrlichkeiten zu wecken, im schützenswerten Gebiet zu bauen oder es anderweitig

32 wirtschaftlich zu nutzen. Diesem Vorhaben erteilen wir eine klare Absage. Stattdessen
33 fordern wir, dass die Wälder des Truppenübungsplatzes umgehend unter Prozessschutz gestellt
34 und vor der Bewirtschaftung bewahrt werden. Dafür muss endlich auch die Ausweisung als
35 nationales Schutzgebiet erfolgen und die Ziele der Nationalen Biodiversitätsstrategie des
36 Bundesforstes als Leitbild den Handlungsrahmen bilden.

37 Auch ökonomisch ist die Entscheidung der Landesregierung NRW Unsinn, denn der erste und
38 bisher einzige NRW-Nationalpark in der Eifel ist ein großer Erfolg – nicht nur touristisch,
39 sondern auch wirtschaftlich. Seit 2007 hat sich die Zahl der Besucher*innen dort fast
40 verdoppelt. Der Bruttoumsatz ist durch den Nationalparktourismus in der Eifel seit 2007 von
41 acht auf inzwischen 30 Millionen Euro angestiegen und dementsprechend hat auch die Zahl der
42 Arbeitsplätze zugenommen. Ein Nationalpark stärkt die Wertschöpfung in einer Region und
43 schafft neue Perspektiven – das gilt auch für die Senne. Schätzungen zufolge würden hier
44 über einen Zeitraum von 30 Jahren durchschnittlich fast sechs Millionen Euro jährlich in die
45 Region fließen – zudem könnten über 100 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

46 Laut Bundesamt für Naturschutz gehört die Senne mit dem angrenzenden Teutoburger Wald
47 schon
48 jetzt zu den wenigen Hotspots der Biodiversität in Deutschland. Im Bereich des
49 Truppenübungsplatzes fehlt aber bislang eine Unterschutzstellung nach nationalem Recht.
50 Deshalb ist hier eine Ausweisung als Nationalpark dringend geboten.

51 Die Bundesregierung hat sich in ihrer „Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt“
52 bereits verpflichtet, „zwei Prozent der Fläche Deutschlands wieder nach ihren eigenen
53 Gesetzmäßigkeiten ungestört entwickeln“ zu lassen. Die GRÜNEN kritisieren scharf, dass die
54 Bundesregierung dieser Verpflichtung bisher nicht nachgekommen ist. Die Ausweisung der
55 Senne
56 als Nationalpark wäre ein wichtiger Schritt zur Umsetzung des Kabinettsbeschlusses vom
7.11.2017.

56 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten deshalb am Ziel einer Nationalparkausweisung der Senne fest.

Eine Arche für die Artenvielfalt - Die Senne muss Nationalpark werden!

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Wir wollen die Tiere und Pflanzen, die in der Senne zu Hause sind, vor dem Aussterben
- 2 retten. Beim Artenschutz geht es um mehr als den Erhalt einzelner besonderer Tier- und
- 3 Pflanzenarten. Erst das vielfach geknüpfte Netz aus Arten, Ökosystemen und genetischer
- 4 Vielfalt macht unsere Erde zu einem bewohnbaren und lebenswerten Planeten. Doch dieses
- 5 Netz
- 6 wird immer löchriger – weltweit verschwinden täglich 100 Arten, eine Million von acht
- 7 Millionen Arten sind akut vom Aussterben bedroht. In Deutschland sind ein Drittel der
- 8 Pflanzen und Tiere bestandsgefährdet oder bereits kurz davor auszusterben.
- 9 Die Biodiversität bildet unsere Existenzgrundlage. Deshalb müssen die Arten und ihre
- 10 Lebensräume auch in NRW dringend geschützt werden. Der bundesweit einzigartige Naturraum
- 11 Senne in Ostwestfalen-Lippe muss deshalb endlich Nationalpark werden. Denn nur durch die
- 12 Schutzkategorie Nationalpark kann die Senne als eine „Arche für die Artenvielfalt“ effektiv
- 13 für die Zukunft bewahrt werden. Deswegen finden wir GRÜNE es falsch, wenn große Teile der
- 14 Senne immer noch als Truppenübungsplatz dienen müssen. Die militärische Nutzung muss
- 15 beendet
- 16 werden.
- 17 Die Senne ist in ihrer landschaftlichen Vielfalt und Unzerschnittenheit einmalig in
- 18 Deutschland. Sie beheimatet unzählige Tier- und Pflanzenarten – darunter mehr als 1.000, die
- 19 gefährdet oder vom Aussterben bedroht sind und bereits auf der Roten Liste stehen. Allein
- 20 mit 1700 Käferarten ist die Senne eines von nur zwei Gebieten in Deutschland mit einer
- 21 vergleichbar herausragenden Artenvielfalt an Käfern. Der Naturraum Senne ist darüber hinaus
- 22 ein lebensnotwendiger Trinkwasserspeicher für die Region OWL, ohne jede Nitratbelastung. Das
- 23 Ökosystem der „Arche Senne“ zu erhalten ist einer der überregional bedeutsamsten Beiträge,
- 24 die die Bundespolitik und die nordrhein-westfälische Landespolitik zum Erhalt der
- 25 Biodiversität leisten können.
- 26 Lange gab es darüber auch politisches Einvernehmen in NRW. Dass die schwarz-gelbe
- 27 Landesregierung diese Pläne im Jahr 2019 gekippt hat, ist angesichts der Schutzwürdigkeit
- 28 und der Einzigartigkeit der Senne eine ökologische Katastrophe. CDU und FDP missachten die
- 29 wissenschaftlichen Erkenntnisse und den Willen vieler Menschen, mehr für den Artenschutz zu
- 30 tun. So ergab eine Umfrage aus dem Jahr 2018, dass 76% der Menschen in OWL und 85% in
- 31 NRW
- 32 sich einen Nationalpark Senne wünschen. Doch CDU und FDP in der NRW-Landesregierung
- 33 tragen
- 34 dazu bei, Begehrlichkeiten zu wecken, im schützenswerten Gebiet zu bauen oder es anderweitig

32 wirtschaftlich zu nutzen. Diesem Vorhaben erteilen wir eine klare Absage. Stattdessen
33 fordern wir, dass die Wälder des Truppenübungsplatzes umgehend unter Prozessschutz gestellt
34 und vor der Bewirtschaftung bewahrt werden. Dafür muss endlich auch die Ausweisung als
35 nationales Schutzgebiet erfolgen und die Ziele der Nationalen Biodiversitätsstrategie des
36 Bundesforstes als Leitbild den Handlungsrahmen bilden.

37 Auch ökonomisch ist die Entscheidung der Landesregierung NRW Unsinn, denn der erste und
38 bisher einzige NRW-Nationalpark in der Eifel ist ein großer Erfolg – nicht nur touristisch,
39 sondern auch wirtschaftlich. Seit 2007 hat sich die Zahl der Besucher*innen dort fast
40 verdoppelt. Der Bruttoumsatz ist durch den Nationalparktourismus in der Eifel seit 2007 von
41 acht auf inzwischen 30 Millionen Euro angestiegen und dementsprechend hat auch die Zahl der
42 Arbeitsplätze zugenommen. Ein Nationalpark stärkt die Wertschöpfung in einer Region und
43 schafft neue Perspektiven – das gilt auch für die Senne. Schätzungen zufolge würden hier
44 über einen Zeitraum von 30 Jahren durchschnittlich fast sechs Millionen Euro jährlich in die
45 Region fließen – zudem könnten über 100 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

46 Laut Bundesamt für Naturschutz gehört die Senne mit dem angrenzenden Teutoburger Wald
47 schon
48 jetzt zu den wenigen Hotspots der Biodiversität in Deutschland. Im Bereich des
49 Truppenübungsplatzes fehlt aber bislang eine Unterschutzstellung nach nationalem Recht.
50 Deshalb ist hier eine Ausweisung als Nationalpark dringend geboten.

51 Die Bundesregierung hat sich in ihrer „Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt“
52 bereits verpflichtet, „zwei Prozent der Fläche Deutschlands wieder nach ihren eigenen
53 Gesetzmäßigkeiten ungestört entwickeln“ zu lassen. Die Grünen kritisieren scharf, dass die
54 Bundesregierung dieser Verpflichtung bisher nicht nachgekommen ist. Die Ausweisung der
55 Senne
56 als Nationalpark wäre ein wichtiger Schritt zur Umsetzung des Kabinettsbeschlusses vom
7.11.2017.

56 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten deshalb am Ziel einer Nationalparkausweisung der Senne fest.

Bäuerlichen Betrieben eine Zukunft geben – Grund und Boden breit streuen – Eigentum als soziale Verantwortung verstehen



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 16.11.2019

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Allein von 2006 bis 2015 stiegen die Kaufpreise von landwirtschaftlichen Flächen von
- 2 Ackerland um 120 Prozent an. In den neuen Bundesländern haben sie sich mehr als
- 3 verdreifacht, in Mecklenburg-Vorpommern sogar vervierfacht. Der Konzentrationsprozess nimmt
- 4 in ganz Deutschland zu, denn Land ist zunehmend ein Spekulationsobjekt geworden. Die
- 5 Übernahme von Flächen durch den Erwerb von Gesellschaftsanteilen oder ganzen
- 6 landwirtschaftlichen Unternehmen verändert die strukturelle Agrarlandschaft. Gleichzeitig
- 7 wächst der wirtschaftliche Druck auf jetzige und zukünftige Landwirt*innen, die durch Krisen
- 8 und internationalem Handel befeuert wird. Wachsen oder weichen, sowie immer mehr
- 9 monotone,
- 10 spezialisierte Betriebe sind seit Jahrzehnten traurige Realität. In den letzten zehn Jahren
- 11 haben 10 Prozent der Betriebe ihre Hoftore für immer geschlossen.
- 12 Das Prinzip der EU-Direktzahlungen, Flächenbesitz zu belohnen, hat die Entwicklung der
- 13 Pachtpreise in Deutschland zusätzlich befeuert. Der Wissenschaftliche Beirat für
- 14 Agrarpolitik des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft weist zurecht darauf
- 15 hin, dass ein beträchtlicher Anteil der EU-Direktzahlungen nicht bei (pachtenden)
- 16 Bäuer*innen verbleibt, sondern an Bodeneigentümer*innen durchgereicht wird. Auch deswegen
- 17 sind EU-Flächenprämien für uns nicht zukunftsfähig.
- 18 Eine zukunftsfähige Landwirtschaft braucht Boden als Ressource. Landwirt*innen sind
- 19 diejenigen vor Ort, die Verantwortung für ihre Betriebe übernehmen und den ländlichen Raum
- 20 beleben. Sie erzeugen Lebensmittel und das im besten Fall bei guter Bodenqualität, einer
- 21 artenreichen Natur und ohne Belastung für Pflanzen, Tiere und Menschen. Der Erhalt einer
- 22 vielfältigen Kulturlandschaft und Agrarstruktur hat einen ökologischen, einen ästhetischen
- 23 aber auch einen sozialen Wert und ist Gemeingut unserer Gesellschaft. Eigentümer*innen von
- 24 Grund und Boden gehen somit auch eine soziale Verantwortung ein.
- 25 Der Erwerb von landwirtschaftlichem Grund und Boden wird durch das Grundstücksverkehrsrecht
- 26 (Grundstücksverkehrsgesetz, Landpachtgesetz und Reichssiedlungsgesetz) geregelt. Die Gesetze
- 27 dienen dem Schutz land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, dem Schutz von Natur und Umwelt
- 28 und der Ernährungssicherung. Grundstücksverkehrsgesetz und Landpachtgesetz sehen eine
- 29 Genehmigung beim Verkauf oder Verpachtung landwirtschaftlicher Flächen durch die

Landwirtschaftsbehörden vor. Entspricht z.B. ein Verkauf einer ungesunden Verteilung von Boden, z.B. durch den Erwerb durch eine*n Nichtlandwirt*in, können Landwirtschaftsbehörden Widerspruch einlegen. Landgesellschaften machen daraufhin vom Vorkaufsrecht Gebrauch, erwerben diese Fläche und verkaufen an eine interessierte Landwirt*in weiter. Soweit die Theorie, denn in der Praxis sieht es leider anders aus.

Die Föderalismusreform im Jahr 2006 ermöglichte den Bundesländern das Grundstückverkehrsgesetz an regionale Gegebenheiten anzupassen. Dies hat nur Baden-Württemberg umgesetzt. Versuche in anderen Bundesländern sind bisher nicht erfolgreich gewesen. In Baden-Württemberg darf die Landgesellschaft eine Fläche kaufen, auch wenn es zu dem Zeitpunkt keine erwerbsinteressierten Landwirt*innen gibt. Da nicht immer sofort kaufwillige und liquide Landwirt*innen vorhanden sind, haben die Landesgesellschaften bis zu zehn Jahre Zeit, um die Flächen weiter zu verkaufen. Das vereinfacht die Ausführung des Vorkaufsrechts. Dies ist ein Anfang. Jedoch fällt durch den zweifachen Verkauf die Grunderwerbssteuer doppelt an.

Diskutiert wird auch eine Preisbremse: Derzeit kann der Verkaufspreis bei bis zu 150 Prozent des ortsüblichen Preises liegen, bevor die Behörden einschreiten können. Das ist zu hoch, wenn man den derzeit dramatischen Preisanstieg dämpfen und den wirtschaftlichen Druck von den Höfen nehmen will.

Zudem muss die größte Lücke im Grundstückverkehrsrecht dringend geschlossen werden. Der Erwerb von landwirtschaftlichen Flächen über den Kauf von Unternehmensanteilen, sogenannte Share Deals, ist im Grundstückverkehrsgesetz nicht geregelt. Nur so ist der skandalöse Kauf riesiger Flächen wie der von 2.000 Hektar durch die Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft

zu erklären. Der Anteil der Unternehmen im Eigentum überregionaler Investoren in den ostdeutschen Bundesländern liegt im Durchschnitt bei 34 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern sogar bei 41 Prozent. Da erst ab Anteilskäufen von 95 Prozent eine Grunderwerbssteuer für landwirtschaftliche Flächen anfällt, werden außerdem erhebliche Steuerverluste verursacht.

Das bestehende Grundstückverkehrsrecht genügt nicht, um den aktuellen Herausforderungen von

Konzentration und hohen Preissteigerungen entgegen zu treten. Eine Neugestaltung des Grundstückverkehrsrechtes und die Anpassung agrarstruktureller Ziele sind deshalb notwendig. Die Bundesländern müssen sich für die einheitliche und ambitionierte Überarbeitung der Gesetze und die Durchsetzung der Genehmigungspflicht für den Erwerb von landwirtschaftlichen

Flächen einsetzen. Die Bundesebene muss im Gesellschaftsrecht flankierend sicherstellen, dass Anteilskäufe an landwirtschaftlichen Unternehmen in den bodenrechtlichen Regulierungsrahmen und in das Genehmigungsverfahren aufgenommen werden können. Landwirtschaftliche Behörden sollten bei der Regulierung von Kauf- und Pachtpreisen und bei der Ausübung des Vorkaufsrechts unterstützt werden.

Deshalb fordern wir:

In den Ländern sollten die Agrarstrukturverbesserungsgesetze mit Nachdruck vorangetrieben werden. Dabei sind der niedersächsische und der Sachsen-Anhalter Gesetzentwurf eine gute Grundlage. Diese Gesetze sollten den Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen an ökologisch-sozialen Kriterien knüpfen. Dabei könnten beispielsweise ortsansässige bäuerliche und

71 ökologisch wirtschaftende Betriebe, die eigenverantwortlich den Hof führen, bevorzugt werden
72 gegenüber außerlandwirtschaftlichen und überregionalen Kapitalinvestoren. Zusätzlich könnten
73 beispielsweise gemeinwohlorientierte Eigentumsträger, junge Existenzgründer*innen, Betriebe
74 mit besonders hoher Wertschöpfung, beim Flächen- und Betriebserwerb Vorrang haben. Dazu
wäre
75 es sinnvoll, genauer zu definieren, was es bedeutet, dass Landgesellschaften das durch
76 Vorkaufsrecht erworbene Land „agrarstrukturverbessernd“ abgeben sollen.

77 Bei einem zeitweiligen Mangel an passenden Käufer*innen, sollten Länder trotzdem die
78 Möglichkeit haben ein Vorkaufsrecht auszuüben. Zu dem Zwecke könnten die
79 Verantwortlichkeiten der Landgesellschaften ausgebaut oder Treuhandgesellschaften gegründet
80 werden, die Land aufkaufen und wieder verkaufen dürfen. Dabei soll die jeweilige Institution
81 nur Vermittler sein und muss sich bemühen, die Fläche zügig wieder in bäuerliche Hände zu
82 geben.

83 Junglandwirt*innen und Betriebsneugründungen müssen beim Vorkaufsrecht von
84 landwirtschaftlichen Flächen gezielt bevorzugt werden. Schon länger fordern wir GRÜNE eine
85 Einführung eines Bundesprogramms „Zugang zu Land – Chancen für neue Betriebe
ermöglichen“ in
86 Höhe von 5 Mio. Euro. Gefördert werden sollen Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs zu
87 Land, zur Beratung bei Betriebsneugründungen, außerfamiliärer Hofnachfolge und neuen
88 Finanzierungs- und Unternehmensmodellen wie z.B. Solidarische Landwirtschaft.

89 Durch überteuerte Kaufforderungen kann es für Landwirt*innen oder staatliche Institutionen
90 unmöglich gemacht werden, Land zu erwerben. Deshalb sollten Pacht- und Kaufpreise für
91 landwirtschaftliche Flächen durch Einführung eines Preisbremsenmechanismus gedrosselt
92 werden. Beispielsweise könnte eine Preisobergrenze in Höhe von 120 Prozent der regionalen
93 Durchschnittspreise eingeführt werden.

94 Die doppelte Grunderwerbssteuer beim Durchführen des Vorkaufsrechts sollte gestrichen
95 werden. Es ist nicht hinzunehmen, dass die Grunderwerbssteuer, worauf bei Share Deals
96 bislang verzichtet wird, auf der anderen Seite doppelt erhoben wird. Anteilskäufe an
97 bodenbesitzenden Gesellschaften sollen grundsätzlich der Grunderwerbssteuer unterworfen
98 werden.

99 Sehr wichtig und auch schnell zu implementieren ist ein deutschlandweites Monitoring der
100 Pacht- und Kaufverträge durch die jeweiligen landwirtschaftlichen Behörden. Es sollte in der
101 staatlichen Verantwortung sein, einen Überblick über die Verhältnisse von Grund und Boden zu
102 behalten. Mithilfe eines Transparenzregisters sollten die oft verschachtelten Eigentums- und
103 Anteilseignerverhältnisse landwirtschaftlicher Unternehmen statistisch erfasst werden, damit
104 die Wirksamkeit eines Grundstückverkehrsgesetzes auch überprüft werden können.

105 Eine Verbesserung der Agrarstruktur muss in neuen Landesgesetzen durchgesetzt werden. Eine
106 soziale und ökologische Landwirtschaft kann nur bei einer gesunden Verteilung von Grund und
107 Boden beginnen. Bäuerliches Wirtschaften braucht Grundlagen und diese dürfen nicht durch
108 Landgrabbing verloren gehen!

Bäuerlichen Betrieben eine Zukunft geben – Grund und Boden breit streuen – Eigentum als soziale Verantwortung verstehen



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 16.11.2019

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Allein von 2006 bis 2015 stiegen die Kaufpreise von landwirtschaftlichen Flächen von
- 2 Ackerland um 120 Prozent an. In den neuen Bundesländern haben sie sich mehr als
- 3 verdreifacht, in Mecklenburg-Vorpommern sogar vervierfacht. Der Konzentrationsprozess nimmt
- 4 in ganz Deutschland zu, denn Land ist zunehmend ein Spekulationsobjekt geworden. Die
- 5 Übernahme von Flächen durch den Erwerb von Gesellschaftsanteilen oder ganzen
- 6 landwirtschaftlichen Unternehmen verändert die strukturelle Agrarlandschaft. Gleichzeitig
- 7 wächst der wirtschaftliche Druck auf jetzige und zukünftige Landwirt*innen, die durch Krisen
- 8 und internationalem Handel befeuert wird. Wachsen oder weichen, sowie immer mehr
- 9 monotone,
- 10 spezialisierte Betriebe sind seit Jahrzehnten traurige Realität. In den letzten zehn Jahren
- 11 haben 10 Prozent der Betriebe ihre Hoftore für immer geschlossen.
- 12 Das Prinzip der EU-Direktzahlungen, Flächenbesitz zu belohnen, hat die Entwicklung der
- 13 Pachtpreise in Deutschland zusätzlich befeuert. Der Wissenschaftliche Beirat für
- 14 Agrarpolitik des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft weist zurecht darauf
- 15 hin, dass ein beträchtlicher Anteil der EU-Direktzahlungen nicht bei (pachtenden)
- 16 Bäuer*innen verbleibt, sondern an Bodeneigentümer*innen durchgereicht wird. Auch deswegen
- 17 sind EU-Flächenprämien für uns nicht zukunftsfähig.
- 18 Eine zukunftsfähige Landwirtschaft braucht Boden als Ressource. Landwirt*innen sind
- 19 diejenigen vor Ort, die Verantwortung für ihre Betriebe übernehmen und den ländlichen Raum
- 20 beleben. Sie erzeugen Lebensmittel und das im besten Fall bei guter Bodenqualität, einer
- 21 artenreichen Natur und ohne Belastung für Pflanzen, Tiere und Menschen. Der Erhalt einer
- 22 vielfältigen Kulturlandschaft und Agrarstruktur hat einen ökologischen, einen ästhetischen
- 23 aber auch einen sozialen Wert und ist Gemeingut unserer Gesellschaft. Eigentümer*innen von
- 24 Grund und Boden gehen somit auch eine soziale Verantwortung ein.
- 25 Der Erwerb von landwirtschaftlichem Grund und Boden wird durch das Grundstückverkehrsrecht
- 26 (Grundstückverkehrsgesetz, Landpachtgesetz und Reichssiedlungsgesetz) geregelt. Die Gesetze
- 27 dienen dem Schutz land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, dem Schutz von Natur und Umwelt
- 28 und der Ernährungssicherung. Grundstückverkehrsgesetz und Landpachtgesetz sehen eine
- 29 Genehmigung beim Verkauf oder Verpachtung landwirtschaftlicher Flächen durch die

30 Landwirtschaftsbehörden vor. Entspricht z.B. ein Verkauf einer ungesunden Verteilung von
31 Boden, z.B. durch den Erwerb durch eine(n) Nichtlandwirt*in, können Landwirtschaftsbehörden
32 Widerspruch einlegen. Landgesellschaften machen daraufhin vom Vorkaufsrecht Gebrauch,
33 erwerben diese Fläche und verkaufen an eine interessierte Landwirt*in weiter. Soweit die
34 Theorie, denn in der Praxis sieht es leider anders aus.

35 Die Föderalismusreform im Jahr 2006 ermöglichte den Bundesländern das
36 Grundstückverkehrsgesetz an regionale Gegebenheiten anzupassen. Dies hat nur Baden-
37 Württemberg umgesetzt. Versuche in anderen Bundesländern sind bisher nicht erfolgreich
38 gewesen. In Baden-Württemberg darf die Landgesellschaft eine Fläche kaufen, auch wenn es zu
39 dem Zeitpunkt keine erwerbsinteressierten Landwirt*innen gibt. Da nicht immer sofort
40 kaufwillige und liquide Landwirt*innen vorhanden sind, haben die Landesgesellschaften bis zu
41 zehn Jahre Zeit, um die Flächen weiter zu verkaufen. Das vereinfacht die Ausführung des
42 Vorkaufsrechts. Dies ist ein Anfang. Jedoch fällt durch den zweifachen Verkauf die
43 Grunderwerbssteuer doppelt an.

44 Diskutiert wird auch eine Preisbremse: Derzeit kann der Verkaufspreis bei bis zu 150 Prozent
45 des ortsüblichen Preises liegen, bevor die Behörden einschreiten können. Das ist zu hoch,
46 wenn man den derzeit dramatischen Preisanstieg dämpfen und den wirtschaftlichen Druck von
47 den Höfen nehmen will.

48 Zudem muss die größte Lücke im Grundstückverkehrsrecht dringend geschlossen werden. Der
49 Erwerb von landwirtschaftlichen Flächen über den Kauf von Unternehmensanteilen, sogenannte
50 Share Deals, ist im Grundstückverkehrsgesetz nicht geregelt. Nur so ist der skandalöse Kauf
51 riesiger Flächen wie der von 2.000 Hektar durch die Münchener Rückversicherungs-
52 Gesellschaft zu erklären. Der Anteil der Unternehmen im Eigentum überregionaler Investoren
53 in den ostdeutschen Bundesländern liegt im Durchschnitt bei 34 Prozent, in Mecklenburg-
54 Vorpommern sogar bei 41 Prozent. Da erst ab Anteilskäufen von 95 Prozent eine
55 Grunderwerbssteuer für landwirtschaftliche Flächen anfällt, werden außerdem erhebliche
56 Steuerverluste verursacht.

57 Das bestehende Grundstückverkehrsrecht genügt nicht, um den aktuellen Herausforderungen
von
58 Konzentration und hohen Preissteigerungen entgegen zu treten. Eine Neugestaltung des
59 Grundstückverkehrsrechtes und die Anpassung agrarstruktureller Ziele sind deshalb notwendig.
60 Die Bundesländern müssen sich für die einheitliche und ambitionierte Überarbeitung der
61 Gesetze und die Durchsetzung der Genehmigungspflicht für den Erwerb von
landwirtschaftlichen
62 Flächen einsetzen. Die Bundesebene muss im Gesellschaftsrecht flankierend sicherstellen,
63 dass Anteilskäufe an landwirtschaftlichen Unternehmen in den bodenrechtlichen
64 Regulierungsrahmen und in das Genehmigungsverfahren aufgenommen werden können.
65 Landwirtschaftliche Behörden sollten bei der Regulierung von Kauf- und Pachtpreisen und bei
66 der Ausübung des Vorkaufsrechts unterstützt werden.

67 **Deshalb fordern wir:**

68 In den Ländern sollten die Agrarstrukturverbesserungsgesetze mit Nachdruck vorangetrieben
69 werden. Dabei sind der niedersächsische und der Sachsen-Anhalter Gesetzentwurf eine gute
70 Grundlage. Diese Gesetze sollten den Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen an ökologisch-
71 sozialen Kriterien knüpfen. Dabei könnten beispielsweise ortsansässige bäuerliche und

72 ökologisch wirtschaftende Betriebe, die eigenverantwortlich den Hof führen, bevorzugt werden
73 gegenüber außerlandwirtschaftlichen und überregionalen Kapitalinvestoren. Zusätzlich könnten
74 beispielsweise gemeinwohlorientierte Eigentumsträger, junge Existenzgründer*innen, Betriebe
75 mit besonders hoher Wertschöpfung, beim Flächen- und Betriebserwerb Vorrang haben. Dazu
76 wäre

76 es sinnvoll, genauer zu definieren, was es bedeutet, dass Landgesellschaften das durch
77 Vorkaufsrecht erworbene Land „agrarstrukturverbessernd“ abgeben sollen.

78 Bei einem zeitweiligen Mangel an passenden Käufer*innen, sollten Länder trotzdem die
79 Möglichkeit haben ein Vorkaufsrecht auszuüben. Zu dem Zwecke könnten die
80 Verantwortlichkeiten der Landgesellschaften ausgebaut oder Treuhandgesellschaften gegründet
81 werden, die Land aufkaufen und wieder verkaufen dürfen. Dabei soll die jeweilige Institution
82 nur Vermittler sein und muss sich bemühen, die Fläche zügig wieder in bäuerliche Hände zu
83 geben.

84 Junglandwirt*innen und Betriebsneugründungen müssen beim Vorkaufsrecht von
85 landwirtschaftlichen Flächen gezielt bevorzugt werden. Schon länger fordern wir GRÜNE eine
86 Einführung eines Bundesprogramms „Zugang zu Land – Chancen für neue Betriebe
ermöglichen“ in

87 Höhe von 5 Mio. Euro. Gefördert werden sollen Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs zu
88 Land, zur Beratung bei Betriebsneugründungen, außerfamiliärer Hofnachfolge und neuen
89 Finanzierungs- und Unternehmensmodellen wie z.B. Solidarische Landwirtschaft.

90 Durch übersteuerte Kaufforderungen kann es für Landwirt*innen oder staatliche Institutionen
91 unmöglich gemacht werden, Land zu erwerben. Deshalb sollten Pacht- und Kaufpreise für
92 landwirtschaftliche Flächen durch Einführung eines Preisbremsenmechanismus gedrosselt
93 werden. Beispielsweise könnte eine Preisobergrenze in Höhe von 120 Prozent der regionalen
94 Durchschnittspreise eingeführt werden.

95 Die doppelte Grunderwerbssteuer beim Durchführen des Vorkaufsrechts sollte gestrichen
96 werden. Es ist nicht hinzunehmen, dass die Grunderwerbssteuer, worauf bei Share Deals
97 bislang verzichtet wird, auf der anderen Seite doppelt erhoben wird. Anteilskäufe an
98 bodenbesitzenden Gesellschaften sollen grundsätzlich der Grunderwerbssteuer unterworfen
99 werden.

100 Sehr wichtig und auch schnell zu implementieren ist ein deutschlandweites Monitoring der
101 Pacht- und Kaufverträge durch die jeweiligen landwirtschaftlichen Behörden. Es sollte in der
102 staatlichen Verantwortung sein, einen Überblick über die Verhältnisse von Grund und Boden zu
103 behalten. Mithilfe eines Transparenzregisters sollten die oft verschachtelten Eigentums- und
104 Anteilseignerverhältnisse landwirtschaftlicher Unternehmen statistisch erfasst werden, damit
105 die Wirksamkeit eines Grundstückverkehrsgesetzes auch überprüft werden können.

106 Eine Verbesserung der Agrarstruktur muss in neuen Landesgesetzen durchgesetzt werden. Eine
107 soziale und ökologische Landwirtschaft kann nur bei einer gesunden Verteilung von Grund und
108 Boden beginnen. Bäuerliches Wirtschaften braucht Grundlagen und diese dürfen nicht durch
109 Landgrabbing verloren gehen!

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Der Weg in eine klimaverantwortliche Zukunft ist für unser Land Herausforderung und Chance
- 2 zugleich. Klug durchdacht und umgesetzt, wird die dringend notwendige Neuausrichtung
- 3 unseres
- 4 Energiesystems zum Sprungbrett in die Energiewelt von morgen. Das bedeutet nicht nur den
- 5 Umbau des heutigen Stromsystems. Auch die Sektoren Verkehr, Wärme, Landwirtschaft und
- 6 Industrie dürfen spätestens zur Mitte des Jahrhunderts keine klimaaggressiven Emissionen
- 7 mehr produzieren. Für uns GRÜNE ist die intelligente Verknüpfung der einzelnen Sektoren kein
- 8 fernes Zukunftsszenario. Wer in 30 Jahren in einer gut vernetzten und sauberen Energiewelt
- 9 leben möchte, muss hier und heute die Weichen in Richtung Zukunft stellen – mit klarer
- 10 Vision und klugen Konzepten.
- 11 Die Produktion von erneuerbar erzeugtem Wasserstoff bietet vielfältige Möglichkeiten, in
- 12 allen Sektoren Treibhausgase einzusparen: Grüner Wasserstoff kann dabei helfen, dass
- 13 energieintensive Industrieprozesse sauberer werden oder Schwerlastverkehr ohne schädliche
- 14 Emissionen vorankommt. Gleichzeitig ist für uns klar, dass überall dort, wo direkte
- 15 Stromanwendungen möglich sind, diese auch bevorzugt genutzt werden. Denn wegen der
- 16 Umwandlungsverluste der Elektrolyse ist eine direkte Stromanwendung effizienter als die
- 17 Produktion und Nutzung von Grünem Wasserstoff. Wichtig ist daher, dass Wasserstoff in
- 18 größeren Mengen dort produziert wird, wo viel erneuerbarer Strom vorhanden ist und wie alle
- 19 Energieträger entsprechend seiner besonderen Vorteile effizient und gezielt eingesetzt
- 20 wird..
- 21 Wasserstoff wird auch als Ausgangsstoff für strombasierte Kraftstoffe diskutiert. Manche
- 22 meinen sogar, solche Kraftstoffe könnten den Verbrennungsmotor langfristig klimaneutral
- 23 machen. Dies wäre aber ein äußerst ineffizienter Weg, da Elektroantriebe um den Faktor 5-6
- 24 weniger Strom brauchen.
- 25 Daraus folgert, dass strombasierte Kraftstoffe im Verkehrsbereich zunächst nur dort
- 26 eingesetzt werden sollte, wo keine technologischen Alternativen zum Verbrennungsmotor
- 27 verfügbar sind. Dies betrifft in erster Linie den kommerziellen Luftverkehr, für den
- 28 strombasiertes Kerosin auf der Basis von Erneuerbaren nach heutigem Kenntnisstand die
- 29 einzige Möglichkeit für einen klimaneutralen Antrieb ist.
- 30 Wasserstoff kann zukünftig auch zur Alternative für fossile Brennstoffe im Straßenverkehr
- 31 werden,
- 32 wo batterieelektrische Antriebe aufgrund fehlender Reichweite an ihre Grenzen stoßen und es
- 33 größere Fahrzeuge als Autos anzutreiben gilt. Mit Brennstoffzellen angetriebene LKW und
- 34 Busse reduzieren nicht bloß CO₂-Emissionen, sie sorgen auch für bessere Luft. Oberleitungs-
- 35 Lkw, neue leistungsstärkere Batteriekonzepte und eine deutlich bessere Güterbahn könnten
- 36 allerdings zukünftig auch im Schwerlastverkehr eine effiziente Alternative sein. Auch im
- Schiffsverkehr könnten Wasserstoff und strombasierte Flüssigkraftstoffe eine wichtige Rolle

für den Klimaschutz spielen. Auf der Schiene sollte Strom direkt genutzt werden, wo immer dies möglich ist. Aber auf langen, verkehrsarmen Strecken, die nicht rasch elektrifiziert werden können und stattdessen von dreckigen und schwerfälligen Dieselloks befahren werden, können Wasserstoffzüge neben batterieelektrischen Antrieben eine sinnvolle Lösung darstellen.

Großes Potenzial für die Nutzung von Grünem Wasserstoff besteht auch in Industriezweigen, die wenig technische Möglichkeiten zur Dekarbonisierung besitzen. Durch den Einsatz von Grünem Wasserstoff werden klimaneutrale Hochöfen in der Stahlindustrie und klimaneutrale Chemieparks möglich – als wichtige Schritte zur Dekarbonisierung und Standortsicherung der energieintensiven Industrie in Deutschland. Der in der chemischen Industrie benötigte Wasserstoff wird derzeit oft aus Erdgas gewonnen. Mit Grünem Wasserstoff aus Ökostrom gäbe es auch hier eine klimafreundliche Alternative.

Und auch unser Stromsystem kann von der Wasserstoffproduktion profitieren: Die seltenen Tage im Jahr, an denen weder Wind weht noch die Sonne scheint, können mit Hilfe von Wasserstoff gut gemeistert werden. Zu Zeiten, in denen erneuerbar produzierter Strom reichlich verfügbar ist, kann er in Wasserstoff umgewandelt und somit langfristig gespeichert werden. Scheint die Sonne einmal nicht und der Wind bleibt aus, wird der gespeicherte Wasserstoff rückverstromt und stabilisiert damit das Gesamtsystem. Wasserstoff ist eine von mehreren möglichen Formen der Sektorkopplung und eine Speicherform neben anderen - im Vergleich verlustärmeren - Speichertechnologien wie zum Beispiel Batteriespeicher, Pumpspeicherkraftwerke oder Druckluftspeicher.

Die vielfältigen Potenziale einer deutschen Wasserstoffwirtschaft werden auch von jungen und junggebliebenen Unternehmer*innen erkannt. An vielen Orten in Deutschland gibt es ambitionierte Gründer*innen, die nur darauf warten, mit innovativen Ideen ihren Beitrag zur Energiewende zu leisten. Doch leider machen die derzeitigen politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen die besten Ideen unwirtschaftlich. Das Problem: Der Strompreis wird völlig

verzerrt, weil die Regierung seit Jahren die notwendige Reform der Abgaben und Umlagen verweigert.

In Europa haben sich bereits einige Länder auf den Weg gemacht, Wasserstoffstrategien zu formulieren, um sich auch industriepolitisch und bei der Technologieentwicklung frühzeitig zu positionieren. International nehmen das Interesse und die Zahl der Projekte rapide zu. Der Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft darf jedoch nicht zum Feigenblatt für die fossile Energiewirtschaft werden: aktuell wird eine große Zahl von Gas-Infrastruktur-Projekten mit dem Argument der Nutzbarkeit für eine spätere (!) Wasserstoffwirtschaft zur Förderung durch die EU angemeldet. Dabei sind in der Europäischen Union mehr als genügend Pipelines und Terminals vorhanden, die es zu gegebener Zeit auf Wasserstofftauglichkeit umzurüsten gilt. Wir wollen kein öffentliches Geld für fossile Infrastruktur! Gerade für Länder, in denen die Sonne sehr viel scheint, bieten sich neue Märkte abseits des Handels mit fossilen Rohstoffen. Auch Deutschland ist gefragt, jetzt die Rahmenbedingungen zu schaffen, Chancen in der Technologienentwicklung zu nutzen und die strategischen Weichenstellungen vorzunehmen.

Leitbilder einer Wasserstoffwirtschaft in Deutschland

Am günstigsten und naturverträglichsten ist natürlich die Kilowattstunde, die gar nicht erst erzeugt wird. Deshalb gilt für uns der Grundsatz: „Efficiency first!“. Die zukünftigen Herausforderungen in der chemischen Industrie zeigen uns beispielhaft, wie wichtig der Effizienzgedanke ist. Soll die Herstellung chemischer Produkte, z.B. von Kunststoff oder Arzneimitteln, bis zum Jahr 2050 komplett klimaneutral sein, könnte dafür in Deutschland ein zusätzlicher Bedarf von 650 TWh an regenerativem Strom entstehen. Dieser Wert übersteigt den aktuellen deutschen Stromverbrauchs. Nimmt man den Bedarf im Luftverkehr hinzu, wird deutlich, dass Wasserstoff-Produktion in Deutschland auch langfristig allenfalls einen Bruchteil des heutigen Bedarfs decken kann.

Unsere Grüne Wasserstoffstrategie ist ein Baustein, um unser Land in eine Zukunft mitsauberer Wärme, sauberem Strom, sauberer Industrie und sauberer Mobilität zu führen. An diesen Kriterien orientieren wir die Ausgestaltung der Wasserstoffstrategie. Wasserstoff kann und soll unser Land klimaverantwortlich machen. Daraus leiten sich für uns drei Leitbilder ab:

1. Gut für das Klima durch den Einsatz Erneuerbarer Energien

In der Grünen Wasserstoffstrategie wird nahezu ausschließlich erneuerbarer Strom eingesetzt und dies nur in einem Umfang, der die Flankierung des Kohleausstiegs durch den Ausbau Erneuerbarer Energien nicht gefährdet. Eine bloße Zertifizierung mit Grünstromzertifikaten reicht uns dabei nicht. Wir wollen Wasserstoff zu Zeiten produzieren, in denen mehr erneuerbarer Strom erzeugt, als verwendet werden kann. Ansonsten würde die Wasserstoffproduktion dem Netz nämlich Grünen Strom entziehen, der andernorts durch Kohle- oder Atomstrom ersetzt werden müsste, um die Nachfrage zu decken. Damit würde der Wasserstoff indirekt aus Atom oder Kohle produziert, was nicht nur die Glaubwürdigkeit der ganzen Wasserstoffwirtschaft untergraben würde, sondern auch klima- und umweltbelastend wäre. Zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme gehört auch, dass Wasserstoff nur während bestimmter erneuerbarer Erzeugungsspitzen zu 100 % aus regenerativen Energiequellen erzeugt werden kann, solange der Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung nicht abgeschlossen ist. Bis dahin achten wir auf einen maßvollen Zubau der Wasserstofftechnologie, der sich gezielt an den Bedürfnissen der Energiewende orientiert.

Elementare Voraussetzung für eine klimaverantwortliche Wasserstoffstrategie ist daher, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien endlich wieder Fahrt aufnimmt. Für die Wasserstoffproduktion kann nur der erneuerbare Strom verwendet werden, der über den Bedarf für die Umsetzung des Kohle- und Atomausstiegs hinaus produziert wird. Derzeit sorgt die Bundesregierung nicht einmal für die Hälfte des Ausbautempos bei den Erneuerbaren, welches wir allein für den Kohleausstieg bräuchten. Der Ausbau von Wind an Land lag schon letztes Jahr nur noch bei der Hälfte der gewohnten Geschwindigkeit und ist nun auf ein dramatisches Maß abgestürzt. So werden zukünftig keine relevanten Mengen an zusätzlichem erneuerbarem Strom für die Wasserstofferzeugung bereit stehen. Dieses Problem muss zwingend gelöst werden, damit Wasserstoff seinen Platz in der erneuerbaren Zukunft einnehmen kann.

2. Gut für die Versorgungssicherheit durch Orientierung an der aktuellen Lage im Stromnetz

119 Für das Klima ist der Clou des Wasserstoffes jedoch seine Speicherbarkeit. Diesen Vorteil
 120 muss er ausspielen, um seinen Platz im Team der Energiewende-Technologien einzunehmen.
 Das
 121 bedeutet, dass Wasserstoff dann und dort produziert wird, wo viel erneuerbarer Strom zur
 122 Verfügung steht. Es ist offensichtlich, dass eine große Stromentnahme während eines Tages
 123 mit wenig Wind und Sonne oder hinter einem Netzengpass kein sinnvoller Beitrag zu einer
 124 klimaverantwortlichen Energiewirtschaft sein kann. Man sagt, dass die Wasserstoffproduktion
 125 „netzdienlich“ organisiert werden muss, sich also an der jeweils aktuellen Lage im Stromnetz
 126 mit Erzeugungs- und Verbrauchsspitzen vor und hinter den Netzengpässen orientieren soll. So
 127 wird auch verhindert, dass die Wasserstoffstrategie zusätzlichen Netzausbau auslöst.

128 **3. Gut für neue Jobs in Deutschland durch Entwicklung einer echten Zukunftstechnologie**

129 Heute ist die Wasserstoffwirtschaft in vielen Bereichen noch teurer als fossile
 130 Energieträger, stößt auf regulatorische Schwierigkeiten oder scheitert am notwendigen Raum
 131 für erneuerbare Stromerzeugungsanlagen in Deutschland. Es gibt aber kaum ein glaubwürdiges
 132 Szenario für eine klimaverantwortliche Energiewirtschaft, in der Wasserstoff keine Rolle
 133 spielen würde. Die Technik wird also mit Sicherheit gebraucht. Und da wir beim Klimaschutz
 134 keine Zeit zu verlieren haben, ist es die Verantwortung der Politik, die Rahmenbedingungen
 135 so zu setzen, dass der Einsatz und damit die Weiterentwicklung der Technologie so schnell
 136 wie möglich erfolgen. So könnten schon bald neue Arbeitsplätze in Deutschland entstehen.
 137 Die Grüne Wasserstoffwirtschaft steht weltweit vor dem Durchbruch und ist eines der
 138 zentralen Industriefelder der Zukunft.

139 **Instrumente & Maßnahmen**

140 Es ist höchste Zeit, dass nicht nur über Wasserstoff gesprochen wird, sondern die
 141 politischen Rahmenbedingungen den Aufbruch in die nächste Phase der Energiewende
 ermöglichen
 142 und anschieben. Dazu fordern wir zur Umsetzung der drei Leitbilder folgende politische
 143 Weichenstellungen:

144 **1. Ausbau der Erneuerbaren Energien**

145 Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist in der laufenden Legislaturperiode eingebrochen. Um
 146 die Erneuerbaren entsprechend unseres ersten Leitbildes wieder auf Zielgeschwindigkeit zu
 147 bringen, schlagen wir folgende Entscheidungen vor:

- 148 • Schaffung klarer Investitionssicherheit für Erneuerbare-Energien-Anlagen über den
 149 ganzen Zeitraum bis mindestens 2030. Zum Beispiel dauert die Planung und
 Genehmigung
 150 von Windparks meist mehrere Jahre, weshalb die kurzfristige Ausrufung von
 151 Sonderausschreibungen nicht die notwendige Wirkung entfalten kann.
- 152 • Aufhebung der Deckelung für Photovoltaikanlagen.
- 153 • Entbürokratisierung des Betriebs von Mieterstromprojekten.
- 154 • Bereitstellung von mehr Flächen für den Ausbau der Windkraft. Hier gilt es, sowohl im
 155 Planungs- und Genehmigungsrecht unnötige Hürden abzubauen, als auch Informationen

zur

Bedeutung und den Auswirkungen von Windenergie zur Verfügung zu stellen.

- Maßnahmen für eine einheitlichere Beteiligung an den Kosten der Energiewende (bspw. über die Netzentgelte) von Regionen mit viel Windkraft und Regionen mit weniger Windkraft.

- finanzielle Beteiligung der Kommunen an den Einnahmen aus den Windparks verbessern.

- Erhöhung der Ausbauzahlen für Offshore-Windkraftanlagen auf 35 GW bis 2035. Wegen der langen Planungszeiten ist hier schnelles Handeln erforderlich.

2. Nutzen statt Abschalten

Heute werden in Zeiten von Netzengpässen Erneuerbare-Energien-Anlagen abgeschaltet, der Strom wird nicht produziert. Dabei ist auch der Strom vor dem Engpass ein wertvolles Gut. Es wäre sehr viel intelligenter, ihn zum Beispiel für die Produktion von Wasserstoff zu nutzen. Ein konkreter Gesetzentwurf liegt seit Jahren vor. Leider mangelt es am politischen Willen zur Umsetzung. Wir wollen, dass der Strom vor dem Netzengpass den Betreiber*innen von Wasserstoff-Anlagen und anderen Spontan-Nutzer*innen kostengünstig zur Verfügung gestellt wird, anstatt ihn gar nicht zu produzieren. Wenn die/der Betreiber*in dafür einen kleinen Unkostenbeitrag zahlt, können damit sogar die Stromkund*innen entlastet werden. Wird das Windrad abgeregelt, zahlt nämlich logischerweise niemand für den Strom.

3. Reform der Abgaben und Umlagen

Der Strom vor den Netzengpässen allein wird aber nicht reichen, um die Wasserstoffwirtschaft in Gang zu bringen. Zum einen ist es zu wenig – derzeit ungefähr 1% des deutschen Stromverbrauchs. Zum anderen fällt er nicht verlässlich an. Schon die Fertigstellung einer Stromleitung kann ganze Gebiete wieder zuverlässig ins Stromnetz einbinden. Investitionen in Wasserstofftechnologie brauchen mehr Investitionssicherheit. Die Produktion von Wasserstoff kann deshalb langfristig nur erfolgen, wenn es gelingt, die Produktionskosten deutlich zu senken und eine wirksame CO₂-Bepreisung einzuführen, die die fossilen Alternativen verteuert. Die zentrale Rolle spielen hier die Abgaben und Entgelte, die nicht nur aus diesem Grund dringend reformiert werden müssen. Ziel der Reform muss es sein, Erneuerbare günstiger und Fossile deutlich teurer zu machen. Das bedeutet, die Kosten für den Stromverbrauch zeitlich und lokal spezifisch deutlich abzusenken und somit die netzdienliche Produktion von Wasserstoff im Markt lukrativ zu machen. Ehrlichere CO₂-Preise für fossile Energieträger, die im Wettbewerb mit erneuerbarem Wasserstoff unlautere Vorteile genießen, da die Umweltschäden derzeit von der Allgemeinheit getragen werden, sind daher unabdingbar.

Die Leidtragenden dieser Ungerechtigkeit sind zukünftige Generationen, die weder die Chance haben zu protestieren, noch von den Bequemlichkeiten profitieren, die mit dem massenhaften Abbrennen fossiler Energieträger einhergehen.

4. Innovationsräume für Technologieentwicklung schaffen

Innovationsräume können ein wichtiger Baustein für den zukünftigen Markteinstieg von Grünem Wasserstoff sein. Zusätzlich zu den oben genannten Instrumenten ist Technologieförderung in der Wasserstoffindustrie sinnvoll. Hier bieten die Reallabore der Energiewende einen guten Anknüpfungspunkt. Wir schlagen zusätzlich klar abgegrenzte, aber nicht auf bestimmte

196 Projekte beschränkte Experimentierräume vor, in denen zeitlich spezifisch die
197 Strombezugskosten so gesenkt werden, dass die Innovationslust der Unternehmen für die
198 Entwicklung, Erprobung und Bewertung verschiedener Technologien und Geschäftsmodelle
geweckt
199 wird. Zugleich werden hier nicht nur Technologien und Geschäftsmodelle weiterentwickelt,
200 sondern auch Innovationen in der Regulierung real getestet. Geografisch sollen diese in
201 Netzgebieten entstehen, in denen bereits viele Erneuerbare-Energien-Anlagen errichtet wurden
202 und derzeit vielfach abgeschaltet werden.

203 Eine weitere Chance für innovative Lösungen bietet der Kohleausstieg. Auf ehemaligen
204 Kraftwerksstandorten und Tagebauflächen könnten neue große Wind- und Solarparks einen Teil
205 ihres Stromes zur Produktion von Wasserstoff verwenden und die Netzknoten der ehemaligen
206 Kohlekraftwerke genutzt werden, um die Stromversorgung an den wenigen Tagen im Jahr zu
207 gewährleisten, an denen weder Wind noch Sonne nennenswert liefern. Die Kombination von
208 Erneuerbaren Energien und Wasserstoffproduktion soll an Standorten erfolgen, welche durch
209 den Strukturwandel im Energiesystem besonders betroffen sind.

210 Neben den technischen Lösungen sollte daran geforscht werden, wie die Gesamtstrategie
211 Wasserstoff sich sinnvoll in die Energiewende einfügt. Wasserstoff wird auch zukünftig nur
212 in begrenzten Mengen zur Verfügung stehen. Daher ist es wichtig zu diskutieren, in welchen
213 Wirtschaftssektoren dieser am besten und klimaeffizientesten eingesetzt wird.

214 **5. Importstrukturen für Wasserstoff**

215 Es ist absehbar, dass die auch bei uns entwickelte Wasserstofftechnik nicht nur in
216 Deutschland zur Anwendung kommen wird. Andere Länder machen sich ebenfalls auf den Weg
in
217 die erneuerbare Zukunft. Wir werden in Deutschland aufgrund von beschränkter
218 Flächenverfügbarkeit nicht genügend erneuerbaren Strom produzieren können, um die
219 Wasserstoff zu decken. Vermutlich gilt das sogar dann, wenn wir deutlich sparsamer im Umgang

220 mit Energie werden, was unumgänglich ist und erstes Ziel bleiben muss. Deshalb ist es klug,
221 Importmöglichkeiten von erneuerbarem Wasserstoff vorsichtig auszutesten, Erfahrungen zu
222 sammeln und ein Signal zu setzen, das unser Interesse an sauberer Energie in die Welt
223 sendet. Gerade für Länder, in denen z.B. viel Sonne scheint oder der Wind stärker weht,
224 bietet die Produktion von Wasserstoff einen neuen Markt abseits von (fossilen) Rohstoffen
225 und der Produktion von ausreichend Ökostrom für den eigenen Bedarf. Dabei achten wir von
226 Anfang an auf die strikte Einhaltung von Menschenrechten. Ein interessantes politisches
227 Instrument könnte eine zunächst sehr niedrige, aber langsam ansteigende Quote für
228 erneuerbares Kerosin im Flugverkehr sein, das auf Grundlage von erneuerbarem Wasserstoff
aus
229 dem In- und Ausland produziert wird. Aufbauend auf diesen Erfahrungen zu verfügbaren
Mengen
230 aus dem Ausland, Menschenrechtsstandards und den praktikablen Transportwegen können wir
in
231 Deutschland dann verlässlicher abschätzen, welchen Beitrag Wasserstoff zur Energieversorgung
232 der Zukunft in unserem Land und in Europa leisten kann, soll und wird.

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Der Weg in eine klimaverantwortliche Zukunft ist für unser Land Herausforderung und Chance
- 2 zugleich. Klug durchdacht und umgesetzt, wird die dringend notwendige Neuausrichtung
- 3 unseres
- 4 Energiesystems zum Sprungbrett in die Energiewelt von morgen. Das bedeutet nicht nur den
- 5 Umbau des heutigen Stromsystems. Auch die Sektoren Verkehr, Wärme, Landwirtschaft und
- 6 Industrie dürfen spätestens zur Mitte des Jahrhunderts keine klimaaggressiven Emissionen
- 7 mehr produzieren. Für uns Grüne ist die intelligente Verknüpfung der einzelnen Sektoren kein
- 8 fernes Zukunftsszenario. Wer in 30 Jahren in einer gut vernetzten und sauberen Energiewelt
- 9 leben möchte, muss hier und heute die Weichen in Richtung Zukunft stellen – mit klarer
- 10 Vision und klugen Konzepten.
- 11 Die Produktion von erneuerbar erzeugtem Wasserstoff bietet vielfältige Möglichkeiten, in
- 12 allen Sektoren Treibhausgase einzusparen: Grüner Wasserstoff kann dabei helfen, dass
- 13 energieintensive Industrieprozesse sauberer werden oder Schwerlastverkehr ohne schädliche
- 14 Emissionen vorankommt. Gleichzeitig ist für uns klar, dass überall dort, wo direkte
- 15 Stromanwendungen möglich sind, diese auch bevorzugt genutzt werden. Denn wegen der
- 16 Umwandlungsverluste der Elektrolyse ist eine direkte Stromanwendung effizienter als die
- 17 Produktion und Nutzung von Grünem Wasserstoff. Wichtig ist daher, dass Wasserstoff in
- 18 größeren Mengen dort produziert wird, wo viel erneuerbarer Strom vorhanden ist und wie alle
- 19 Energieträger entsprechend seiner besonderen Vorteile effizient und gezielt eingesetzt
- 20 wird..
- 21 Wasserstoff wird auch als Ausgangsstoff für strombasierte Kraftstoffe diskutiert. Manche
- 22 meinen sogar, solche Kraftstoffe könnten den Verbrennungsmotor langfristig klimaneutral
- 23 machen. Dies wäre aber ein äußerst ineffizienter Weg, da Elektroantriebe um den Faktor 5-6
- 24 weniger Strom brauchen.
- 25 Daraus folgert, dass strombasierte Kraftstoffe im Verkehrsbereich zunächst nur dort
- 26 eingesetzt werden sollte, wo keine technologischen Alternativen zum Verbrennungsmotor
- 27 verfügbar sind. Dies betrifft in erster Linie den kommerziellen Luftverkehr, für den
- 28 strombasiertes Kerosin auf der Basis von Erneuerbaren nach heutigem Kenntnisstand die
- 29 einzige Möglichkeit für einen klimaneutralen Antrieb ist.
- 30 Wasserstoff kann zukünftig auch zur Alternative für fossile Brennstoffe im Straßenverkehr
- 31 werden,
- 32 wo batterieelektrische Antriebe aufgrund fehlender Reichweite an ihre Grenzen stoßen und es
- 33 größere Fahrzeuge als Autos anzutreiben gilt. Mit Brennstoffzellen angetriebene LKW und
- 34 Busse reduzieren nicht bloß CO₂-Emissionen, sie sorgen auch für bessere Luft. Oberleitungs-
- 35 Lkw, neue leistungsstärkere Batteriekonzepte und eine deutlich bessere Güterbahn könnten
- 36 allerdings zukünftig auch im Schwerlastverkehr eine effiziente Alternative sein. Auch im
- Schiffsverkehr könnten Wasserstoff und strombasierte Flüssigkraftstoffe eine wichtige Rolle

für den Klimaschutz spielen. Auf der Schiene sollte Strom direkt genutzt werden, wo immer dies möglich ist. Aber auf langen, verkehrsarmen Strecken, die nicht rasch elektrifiziert werden können und stattdessen von dreckigen und schwerfälligen Dieselloks befahren werden, können Wasserstoffzüge neben batterieelektrischen Antrieben eine sinnvolle Lösung darstellen.

Großes Potenzial für die Nutzung von Grünem Wasserstoff besteht auch in Industriezweigen, die wenig technische Möglichkeiten zur Dekarbonisierung besitzen. Durch den Einsatz von Grünem Wasserstoff werden klimaneutrale Hochöfen in der Stahlindustrie und klimaneutrale Chemieparks möglich – als wichtige Schritte zur Dekarbonisierung und Standortsicherung der energieintensiven Industrie in Deutschland. Der in der chemischen Industrie benötigte Wasserstoff wird derzeit oft aus Erdgas gewonnen. Mit Grünem Wasserstoff aus Ökostrom gäbe es auch hier eine klimafreundliche Alternative.

Und auch unser Stromsystem kann von der Wasserstoffproduktion profitieren: Die seltenen Tage im Jahr, an denen weder Wind weht noch die Sonne scheint, können mit Hilfe von Wasserstoff gut gemeistert werden. Zu Zeiten, in denen erneuerbar produzierter Strom reichlich verfügbar ist, kann er in Wasserstoff umgewandelt und somit langfristig gespeichert werden. Scheint die Sonne einmal nicht und der Wind bleibt aus, wird der gespeicherte Wasserstoff rückverstromt und stabilisiert damit das Gesamtsystem. Wasserstoff ist eine von mehreren möglichen Formen der Sektorkopplung und eine Speicherform neben anderen - im Vergleich verlustärmeren - Speichertechnologien wie zum Beispiel Batteriespeicher, Pumpspeicherkraftwerke oder Druckluftspeicher.

Die vielfältigen Potenziale einer deutschen Wasserstoffwirtschaft werden auch von jungen und junggebliebenen Unternehmerinnen und Unternehmern erkannt. An vielen Orten in Deutschland

gibt es ambitionierte Gründerinnen und Gründer, die nur darauf warten, mit innovativen Ideen ihren Beitrag zur Energiewende zu leisten. Doch leider machen die derzeitigen politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen die besten Ideen unwirtschaftlich. Das Problem: Der Strompreis wird völlig verzerrt, weil die Regierung seit Jahren die notwendige Reform der Abgaben und Umlagen verweigert.

In Europa haben sich bereits einige Länder auf den Weg gemacht, Wasserstoffstrategien zu formulieren, um sich auch industriepolitisch und bei der Technologieentwicklung frühzeitig zu positionieren. International nehmen das Interesse und die Zahl der Projekte rapide zu. Der Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft darf jedoch nicht zum Feigenblatt für die fossile Energiewirtschaft werden: aktuell wird eine große Zahl von Gas-Infrastruktur-Projekten mit dem Argument der Nutzbarkeit für eine spätere (!) Wasserstoffwirtschaft zur Förderung durch die EU angemeldet. Dabei sind in der Europäischen Union mehr als genügend Pipelines und Terminals vorhanden, die es zu gegebener Zeit auf Wasserstofftauglichkeit umzurüsten gilt. Wir wollen kein öffentliches Geld für fossile Infrastruktur! Gerade für Länder, in denen die Sonne sehr viel scheint, bieten sich neue Märkte abseits des Handels mit fossilen Rohstoffen. Auch Deutschland ist gefragt, jetzt die Rahmenbedingungen zu schaffen, Chancen in der Technologienentwicklung zu nutzen und die strategischen Weichenstellungen vorzunehmen.

Leitbilder einer Wasserstoffwirtschaft in Deutschland

Am günstigsten und naturverträglichsten ist natürlich die Kilowattstunde, die gar nicht erst erzeugt wird. Deshalb gilt für uns der Grundsatz: „Efficiency first!“. Die zukünftigen Herausforderungen in der chemischen Industrie zeigen uns beispielhaft, wie wichtig der Effizienzgedanke ist. Soll die Herstellung chemischer Produkte, z.B. von Kunststoff oder Arzneimitteln, bis zum Jahr 2050 komplett klimaneutral sein, könnte dafür in Deutschland ein zusätzlicher Bedarf von 650 TWh an regenerativem Strom entstehen. Dieser Wert übersteigt den aktuellen deutschen Stromverbrauchs. Nimmt man den Bedarf im Luftverkehr hinzu, wird deutlich, dass Wasserstoff- Produktion in Deutschland auch langfristig allenfalls einen Bruchteil des heutigen Bedarfs decken kann.

Unsere Grüne Wasserstoffstrategie ist ein Baustein, um unser Land in eine Zukunft mitsauberer Wärme, sauberem Strom, sauberer Industrie und sauberer Mobilität zu führen. An diesen Kriterien orientieren wir die Ausgestaltung der Wasserstoffstrategie. Wasserstoff kann und soll unser Land klimaverantwortlich machen. Daraus leiten sich für uns drei Leitbilder ab:

1. Gut für das Klima durch den Einsatz Erneuerbarer Energien

In der Grünen Wasserstoffstrategie wird nahezu ausschließlich erneuerbarer Strom eingesetzt und dies nur in einem Umfang, der die Flankierung des Kohleausstiegs durch den Ausbau Erneuerbarer Energien nicht gefährdet. Eine bloße Zertifizierung mit Grünstromzertifikaten reicht uns dabei nicht. Wir wollen Wasserstoff zu Zeiten produzieren, in denen mehr erneuerbarer Strom erzeugt, als verwendet werden kann. Ansonsten würde die Wasserstoffproduktion dem Netz nämlich Grünen Strom entziehen, der andernorts durch Kohle- oder Atomstrom ersetzt werden müsste, um die Nachfrage zu decken. Damit würde der Wasserstoff indirekt aus Atom oder Kohle produziert, was nicht nur die Glaubwürdigkeit der ganzen Wasserstoffwirtschaft untergraben würde, sondern auch klima- und umweltbelastend wäre. Zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme gehört auch, dass Wasserstoff nur während bestimmter erneuerbarer Erzeugungsspitzen zu 100 % aus regenerativen Energiequellen erzeugt werden kann, solange der Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung nicht abgeschlossen ist. Bis dahin achten wir auf einen maßvollen Zubau der Wasserstofftechnologie, der sich gezielt an den Bedürfnissen der Energiewende orientiert.

Elementare Voraussetzung für eine klimaverantwortliche Wasserstoffstrategie ist daher, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien endlich wieder Fahrt aufnimmt. Für die Wasserstoffproduktion kann nur der erneuerbare Strom verwendet werden, der über den Bedarf für die Umsetzung des Kohle- und Atomausstiegs hinaus produziert wird. . Derzeit sorgt die Bundesregierung nicht einmal für die Hälfte des Ausbautempos bei den Erneuerbaren, welches wir allein für den Kohleausstieg bräuchten. Der Ausbau von Wind an Land lag schon letztes Jahr nur noch bei der Hälfte der gewohnten Geschwindigkeit und ist nun auf ein dramatisches Maß abgestürzt. So werden zukünftig keine relevanten Mengen an zusätzlichem erneuerbarem Strom für die Wasserstofferzeugung bereit stehen. Dieses Problem muss zwingend gelöst werden, damit Wasserstoff seinen Platz in der erneuerbaren Zukunft einnehmen kann

2. Gut für die Versorgungssicherheit durch Orientierung an der aktuellen Lage im Stromnetz

119 Für das Klima ist der Clou des Wasserstoffes jedoch seine Speicherbarkeit. Diesen Vorteil
 120 muss er ausspielen, um seinen Platz im Team der Energiewende-Technologien einzunehmen.
 Das
 121 bedeutet, dass Wasserstoff dann und dort produziert wird, wo viel erneuerbarer Strom zur
 122 Verfügung steht. Es ist offensichtlich, dass eine große Stromentnahme während eines Tages
 123 mit wenig Wind und Sonne oder hinter einem Netzengpass kein sinnvoller Beitrag zu einer
 124 klimaverantwortlichen Energiewirtschaft sein kann. Man sagt, dass die Wasserstoffproduktion
 125 „netzdienlich“ organisiert werden muss, sich also an der jeweils aktuellen Lage im Stromnetz
 126 mit Erzeugungs- und Verbrauchsspitzen vor und hinter den Netzengpässen orientieren soll. So
 127 wird auch verhindert, dass die Wasserstoffstrategie zusätzlichen Netzausbau auslöst.

128 **3. Gut für neue Jobs in Deutschland durch Entwicklung einer echten Zukunftstechnologie**

129 Heute ist die Wasserstoffwirtschaft in vielen Bereichen noch teurer als fossile
 130 Energieträger, stößt auf regulatorische Schwierigkeiten oder scheitert am notwendigen Raum
 131 für erneuerbare Stromerzeugungsanlagen in Deutschland. Es gibt aber kaum ein glaubwürdiges
 132 Szenario für eine klimaverantwortliche Energiewirtschaft, in der Wasserstoff keine Rolle
 133 spielen würde. Die Technik wird also mit Sicherheit gebraucht. Und da wir beim Klimaschutz
 134 keine Zeit zu verlieren haben, ist es die Verantwortung der Politik, die Rahmenbedingungen
 135 so zu setzen, dass der Einsatz und damit die Weiterentwicklung der Technologie so schnell
 136 wie möglich erfolgen. So könnten schon bald neue Arbeitsplätze in Deutschland entstehen.
 137 Die Grüne Wasserstoffwirtschaft steht weltweit vor dem Durchbruch und ist eines der
 138 zentralen Industriefelder der Zukunft.

139 **Instrumente & Maßnahmen**

140 Es ist höchste Zeit, dass nicht nur über Wasserstoff gesprochen wird, sondern die
 141 politischen Rahmenbedingungen den Aufbruch in die nächste Phase der Energiewende
 ermöglichen
 142 und anschieben. Dazu fordern wir zur Umsetzung der drei Leitbilder folgende politische
 143 Weichenstellungen:

144 **1. Ausbau der Erneuerbaren Energien**

145 Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist in der laufenden Legislaturperiode eingebrochen. Um
 146 die Erneuerbaren entsprechend unseres ersten Leitbildes wieder auf Zielgeschwindigkeit zu
 147 bringen, schlagen wir folgende Entscheidungen vor:

- 148 • Schaffung klarer Investitionssicherheit für Erneuerbare-Energien-Anlagen über den
 149 ganzen Zeitraum bis mindestens 2030. Zum Beispiel dauert die Planung und
 Genehmigung
 150 von Windparks meist mehrere Jahre, weshalb die kurzfristige Ausrufung von
 151 Sonderausschreibungen nicht die notwendige Wirkung entfalten kann.
- 152 • Aufhebung der Deckelung für Photovoltaikanlagen.
- 153 • Entbürokratisierung des Betriebs von Mieterstromprojekten.
- 154 • Bereitstellung von mehr Flächen für den Ausbau der Windkraft. Hier gilt es, sowohl im
 155 Planungs- und Genehmigungsrecht unnötige Hürden abzubauen, als auch Informationen

zur

Bedeutung und den Auswirkungen von Windenergie zur Verfügung zu stellen.

- Maßnahmen für eine einheitlichere Beteiligung an den Kosten der Energiewende (bspw. über die Netzentgelte) von Regionen mit viel Windkraft und Regionen mit weniger Windkraft.

- finanzielle Beteiligung der Kommunen an den Einnahmen aus den Windparks verbessern.

- Erhöhung der Ausbauzahlen für Offshore-Windkraftanlagen auf 35 GW bis 2035. Wegen der langen Planungszeiten ist hier schnelles Handeln erforderlich.

2. Nutzen statt Abschalten

Heute werden in Zeiten von Netzengpässen Erneuerbare-Energien-Anlagen abgeschaltet, der Strom wird nicht produziert. werden in Zeiten von Netzengpässen Erneuerbare-Energien-Anlagen

abgeschaltet, der Strom wird nicht produziert. Dabei ist auch der Strom vor dem Engpass ein wertvolles Gut. Es wäre sehr viel intelligenter, ihn zum Beispiel für die Produktion von Wasserstoff zu nutzen. Ein konkreter Gesetzentwurf liegt seit Jahren vor. Leider mangelt es am politischen Willen zur Umsetzung. Wir wollen, dass der Strom vor dem Netzengpass den Betreibern von Wasserstoff-Anlagen und anderen Spontan-Nutzern kostengünstig zur Verfügung gestellt wird, anstatt ihn gar nicht zu produzieren. Wenn der Betreiber dafür einen kleinen Unkostenbeitrag zahlt, können damit sogar die Stromkunden entlastet werden. Wird das Windrad

abgeregelt, zahlt nämlich logischerweise niemand für den Strom.

3. Reform der Abgaben und Umlagen

Der Strom vor den Netzengpässen allein wird aber nicht reichen, um die Wasserstoffwirtschaft in Gang zu bringen. Zum einen ist es zu wenig – derzeit ungefähr 1% des deutschen Stromverbrauchs. Zum anderen fällt er nicht verlässlich an. Schon die Fertigstellung einer Stromleitung kann ganze Gebiete wieder zuverlässig ins Stromnetz einbinden. Investitionen in Wasserstofftechnologie brauchen mehr Investitionssicherheit. Die Produktion von Wasserstoff kann deshalb langfristig nur erfolgen, wenn es gelingt, die Produktionskosten deutlich zu senken und eine wirksame CO₂-Bepreisung einzuführen, die die fossilen Alternativen verteuert. Die zentrale Rolle spielen hier die Abgaben und Entgelte, die nicht nur aus diesem Grund dringend reformiert werden müssen. Ziel der Reform muss es sein, Erneuerbare günstiger und Fossile deutlich teurer zu machen. Das bedeutet, die Kosten für den Stromverbrauch zeitlich und lokal spezifisch deutlich abzusenken und somit die netzdienliche Produktion von Wasserstoff im Markt lukrativ zu machen. Ehrlichere CO₂-Preise für fossile Energieträger, die im Wettbewerb mit erneuerbarem Wasserstoff unlautere Vorteile genießen, da die Umweltschäden derzeit von der Allgemeinheit getragen werden, sind daher unabdingbar.

Die Leidtragenden dieser Ungerechtigkeit sind zukünftige Generationen, die weder die Chance haben zu protestieren, noch von den Bequemlichkeiten profitieren, die mit dem massenhaften Abbrennen fossiler Energieträger einhergehen.

4. Innovationsräume für Technologieentwicklung schaffen

Innovationsräume können ein wichtiger Baustein für den zukünftigen Markteinstieg von Grünem

194 Wasserstoff sein. Zusätzlich zu den oben genannten Instrumenten ist Technologieförderung in
195 der Wasserstoffindustrie sinnvoll. Hier bieten die Reallabore der Energiewende einen guten
196 Anknüpfungspunkt. Wir schlagen zusätzlich klar abgegrenzte, aber nicht auf bestimmte
197 Projekte beschränkte Experimentierräume vor, in denen zeitlich spezifisch die
198 Strombezugskosten so gesenkt werden, dass die Innovationslust der Unternehmen für die
199 Entwicklung, Erprobung und Bewertung verschiedener Technologien und Geschäftsmodelle
geweckt
200 wird. Zugleich werden hier nicht nur Technologien und Geschäftsmodelle weiterentwickelt,
201 sondern auch Innovationen in der Regulierung real getestet. Geografisch sollen diese in
202 Netzgebieten entstehen, in denen bereits viele Erneuerbare-Energien-Anlagen errichtet wurden
203 und derzeit vielfach abgeschaltet werden.

204 Eine weitere Chance für innovative Lösungen bietet der Kohleausstieg. Auf ehemaligen
205 Kraftwerksstandorten und Tagebauflächen könnten neue große Wind- und Solarparks einen Teil
206 ihres Stromes zur Produktion von Wasserstoff verwenden und die Netzknoten der ehemaligen
207 Kohlekraftwerke genutzt werden, um die Stromversorgung an den wenigen Tagen im Jahr zu
208 gewährleisten, an denen weder Wind noch Sonne nennenswert liefern. Die Kombination von
209 Erneuerbaren Energien und Wasserstoffproduktion soll an Standorten erfolgen, welche durch
210 den Strukturwandel im Energiesystem besonders betroffen sind.

211 Neben den technischen Lösungen sollte daran geforscht werden, wie die Gesamtstrategie
212 Wasserstoff sich sinnvoll in die Energiewende einfügt. Wasserstoff wird auch zukünftig nur
213 in begrenzten Mengen zur Verfügung stehen. Daher ist es wichtig zu diskutieren, in welchen
214 Wirtschaftssektoren dieser am besten und klimateffizientesten eingesetzt wird.

215 **5. Importstrukturen für Wasserstoff**

216 Es ist absehbar, dass die auch bei uns entwickelte Wasserstofftechnik nicht nur in
217 Deutschland zur Anwendung kommen wird. Andere Länder machen sich ebenfalls auf den Weg
in
218 die erneuerbare Zukunft. Wir werden in Deutschland aufgrund von beschränkter
219 Flächenverfügbarkeit nicht genügend erneuerbaren Strom produzieren können, um die
220 Wasserstoff zu decken. Vermutlich gilt das sogar dann, wenn wir deutlich sparsamer im Umgang
221 mit Energie werden, was unumgänglich ist und erstes Ziel bleiben muss. Deshalb ist es klug,
222 Importmöglichkeiten von erneuerbarem Wasserstoff vorsichtig auszutesten, Erfahrungen zu
223 sammeln und ein Signal zu setzen, das unser Interesse an sauberer Energie in die Welt
224 sendet. Gerade für Länder, in denen z.B. viel Sonne scheint oder der Wind stärker weht,
225 bietet die Produktion von Wasserstoff einen neuen Markt abseits von (fossilen) Rohstoffen
226 und der Produktion von ausreichend Ökostrom für den eigenen Bedarf. Dabei achten wir von
227 Anfang an auf die strikte Einhaltung von Menschenrechten. Ein interessantes politisches
228 Instrument könnte eine zunächst sehr niedrige, aber langsam ansteigende Quote für
229 erneuerbares Kerosin im Flugverkehr sein, das auf Grundlage von erneuerbarem Wasserstoff
aus
230 dem In- und Ausland produziert wird. Aufbauend auf diesen Erfahrungen zu verfügbaren
Mengen
231 aus dem Ausland, Menschenrechtsstandards und den praktikablen Transportwegen können wir
in
232 Deutschland dann verlässlicher abschätzen, welchen Beitrag Wasserstoff zur Energieversorgung

233 der Zukunft in unserem Land und in Europa leisten kann, soll und wird.

Energieversorgung für alle garantieren – Stromsperrern verhindern

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: W Wohnen

Antragstext

- 1 Die Versorgung mit Energie ist Teil eines „menschenwürdigen Existenzminimums“ – das hat das
- 2 Bundesverfassungsgericht in seinen Urteilen von 2010 und 2014 klar festgestellt.
- 3 Gleichzeitig ist Energiearmut ein weit verbreitetes und wachsendes Problem in Deutschland
- 4 geworden. Dies zeigt sich insbesondere an der Anzahl der Stromsperrern in deutschen
- 5 Haushalten. Bereits im Jahr 2017 hatten sich die Stromsperrern auf insgesamt knapp 350.000
- 6 Haushalte erhöht. Es ist also davon auszugehen, dass jährlich bis zu einer Million Menschen
- 7 von Stromsperrern betroffen sind.
- 8 Für die Betroffenen sind die Folgen einer Stromsperrern schwerwiegend. Sie können mitunter
- 9 nicht mehr heizen oder eine warme Mahlzeit zubereiten. Hausaufgaben müssen im Dunkeln
- 10 oder
- 11 bei Kerzenlicht erledigt und die Lebensmittel können nicht mehr im Kühlschrank gelagert
- 12 werden. Ohne eine Versorgung mit Energie ist das menschenwürdige Existenzminimum,
- 13 welches
- 14 laut Grundgesetz jedem Menschen zusteht, nicht mehr gesichert. Besonders hart trifft dies
- 15 besonders Schutzbedürftige wie Kinder, alte, behinderte oder pflegebedürftige Menschen.
- 16 Diese haben außerdem oft einen überdurchschnittlich hohen Energiebedarf, ohne dass dies
- 17 ausreichend berücksichtigt wird.
- 18 Zudem können die Stromsperrern dazu führen, dass Betroffene durch die anfallenden Gebühren
- 19 für die Mahnung, Sperrung und Entsperrung in eine Verschuldungsspirale geraten, die das
- 20 Risiko, erneut mit einer Energiesperrern belegt zu werden, weiter erhöht. Dabei lag der
- 21 Zahlungsrückstand bei einer Sperrandrohung im Jahr 2017 bei durchschnittlich 117 Euro. Die
- 22 Folgekosten von der Mahnung bis zur Wiederherstellung der Versorgung nach einer Stromsperrern
- 23 können hingegen schnell die Höhe des eigentlichen Zahlungsrückstandes übersteigen und
- 24 variieren erheblich zwischen den Stromversorgern.
- 25 Auch in der Wissenschaft werden die negativen Folgen der Energiearmut auf die physische und
- 26 psychische Gesundheit der Betroffenen diskutiert. Menschen mit geringem Einkommen sind
- 27 besonders häufig von Stromsperrern betroffen. Bei Beziehenden von Grundsicherungsleistungen
- 28 gilt dies sogar überproportional. Häufig kommt es zu Stromsperrern, wenn eine einschneidende
- 29 Veränderung im Lebensumfeld, z. B. der Übergang in Rente oder Erwerbslosigkeit, eine
- 30 Trennung, die Geburt eines Kindes oder Erkrankungen hinzukommen. Dies kann sich auch auf
- 31 die
- 32 soziale Lebenssituation der Betroffenen auswirken, denn viele Menschen schämen sich ihrer

30 Zahlungsunfähigkeit, sind stigmatisiert und ziehen sich bei Stromsperrern aus ihrem sozialen
31 Umfeld zurück.

32 Aufgabe des Sozialstaates sollte es sein, Menschen in kritischen Lebenslagen zu schützen und
33 zu unterstützen. Mit der konstant hohen Zahl von Stromsperrern wird in Kauf genommen, dass
34 die Betroffenen in noch stärkere Problemlagen geraten und ihr menschenwürdiges
35 Existenzminimum nicht gewährleistet wird.

36 Für Menschen im Grundsicherungsbezug ist die Situation besonders extrem. Das
37 Bundesverfassungsgericht hat bereits 2014 auf die Gefahr einer Unterdeckungen der
38 Stromkosten im Regelbedarf durch Preissteigerungen hingewiesen und angemahnt, dass „der
39 Gesetzgeber dabei nicht auf die reguläre Fortschreibung der Regelbedarfsstufen warten“
40 dürfe. Die Bundesregierung kommt dem höchststrichterlichen Auftrag jedoch seit Jahren nicht
41 nach. Das Vergleichsportal Verivox hat die Unterdeckung der Stromkosten im Regelsatz
42 berechnet und kommt zu dem Ergebnis, dass die tatsächlichen Stromkosten in einem Ein-
43 Personen-Haushalt den Kostenanteil im Regelsatz um 14 Prozent übersteigen. Für Personen in
44 der Grundversorgung liegt diese Lücke gar bei 24 Prozent. Dabei bestehen erhebliche
45 Unterschiede zwischen den Bundesländern. So liegt die Deckungslücke in der Grundversorgung
46 bei Ein-Personen-Haushalten zwischen 15 Prozent (Bremen) und 34 Prozent (Brandenburg).
Auch
47 die Berechnungen der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen unterstreichen dieses Ergebnis.

48 Um die Unterdeckung der Stromkosten auszugleichen, bleibt den Betroffenen nur die
49 Möglichkeit, bei anderen Ausgaben wie dem Lebensmittelkauf zu sparen. Angesichts des
50 strukturell klein gerechneten Regelsatzes besteht hierfür jedoch kaum Spielraum. So trägt
51 die Bundesregierung maßgeblich dazu bei, dass Menschen in der Grundsicherung so häufig von
52 Stromsperrern betroffen sind.

53 Die Europäische Union hat die Problematik der Energiearmut erkannt und das Problem bereits
54 2009 in einer Richtlinie aufgegriffen, in der die Mitgliedstaaten aufgefordert werden,
55 nationale Aktionspläne oder einen anderen geeigneten Rahmen zur Bekämpfung der
Energiearmut
56 schaffen, die zum Ziel haben, die Zahl der darunter leidenden Menschen zu verringern und
57 damit in jedem Fall eine ausreichende Energieversorgung für schutzbedürftige Kunden
58 gewährleisten. Eine entsprechende Umsetzung in deutsches Recht ist bislang nicht erfolgt.
59 Die Bundesregierung sperrt sich sogar dagegen, das Ausmaß der Energiearmut genauer zu
60 messen.

61 Großbritannien, Belgien und Frankreich haben hingegen auf die sozialen Härten, die mit
62 Stromsperrern einhergehen, reagiert und Maßnahmen ergriffen, um die Stromversorgung
63 sicherzustellen, darunter auch ein Verbot von Stromsperrern in den Wintermonaten. Auch auf
64 kommunaler Ebene in Deutschland wird im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten daran
65 gearbeitet, Stromsperrern und deren Folgen zu vermeiden. So hat es zum Beispiel die Stadt
66 Saarbrücken mit einer engen Kooperation zwischen Betroffenen, Energieversorgern und
67 Jobcentern geschafft, die Stromsperrern fast vollständig zu überwinden.

- 68 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern einen wirksamen Schutz vor Energiearmut und Initiativen auf
 69 Bundesebene, welche insbesondere Stromsperrern und damit extreme Energiearmut verhindern:
- 70 • einen nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung der Energiearmut, der zum Ziel hat, die
 71 Zahl der darunter leidenden Menschen zu verringern und eine ausreichende
 72 Energieversorgung für schutzbedürftige Kund*innen zu gewährleisten (entsprechend der
 73 EU-Richtlinie 2009/72/EG, Nr. 53)
 - 74 • einen Gesetzentwurf zur Verhinderung von Stromsperrern und zur Sicherstellung der
 75 Energieversorgung
 - 76 • die Einführung einer aus dem Regelsatz der Grundsicherung ausgelagerten
 77 Stromkostenpauschale, welche jährlich an die Entwicklung der Stromkosten angepasst
 78 wird und sicherstellt, dass die Stromkosten auch tatsächlich gedeckt werden. Darüber
 79 hinaus müssen Mehrbedarfe aus gesundheitlichen Gründen (z. B. für elektrisch
 80 betriebene Hilfsmittel) oder bei einer dezentralen Warmwasserversorgung kostendeckend
 81 bemessen werden.
 - 82 • die Etablierung eines frühzeitigen Hilfesystems im Fall von sich abzeichnenden
 83 Energieschulden zwischen Energieversorgern und Jobcentern bzw. Sozialämtern unter
 84 Einwilligung der Leistungsbeziehenden, um Stromsperrern zu verhindern (analog §22
 85 Absatz 7 SGB II sowie §35 Absatz 1 SGB XII)
 - 86 • die Intensivierung von Maßnahmen zur Unterstützung beim Energiesparen, indem
 87 zielgenauer und verlässlicher Bedarfe durch Leistungen außerhalb des Regelsatzes
 88 abgedeckt werden. Hierzu zählen einmalige Leistungen wie Anschaffung oder Reparatur
 89 von weißer Ware wie Waschmaschine und Kühlschrank. Dabei soll sichergestellt werden,
 90 dass bevorzugt besonders energieeffiziente Geräte angeschafft werden.
 - 91 • eine Neuregelung des § 19 der Stromgrundversorgungsverordnung (StromGVV). Diese soll
 92 eine Verlängerung der Mahn- und Sperrfristen, eine moderate Anhebung des
 93 Grenzbetrags
 94 bei ausstehenden Zahlungsverpflichtungen sowie eine Deckelung der Mahn- und
 95 Folgekosten umfassen. Zudem sind klare, bundeseinheitliche Härtefallregelungen zu
 96 treffen, die sicherstellen, dass besonders schutzbedürftige Personen nicht mit einer
 97 Stromsperre belegt werden.
 - 98 • die stärkere Förderung bundesweiter Energiespar- und Schuldnerberatungen für
 99 Menschen
 100 mit geringem Einkommen nach dem Vorbild der Projekte „Stromspar-Check Aktiv“ oder
 101 „NRW
 102 bekämpft Energiearmut“
 - 103 • die Einführung eines sozial ausgestalteten CO2-Preises, der geringeren Verbrauch
 belohnt und Menschen mit geringem oder keinem eigenen Einkommen entlastet, indem
 die
 Stromsteuer nahezu abgeschafft und ein Energiegeld als Rückerstattung pro Kopf
 ausgezahlt wird

Tierschutzmaßnahmen ergreifen bei Schlachtung und Transport

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Wir GRÜNE fordern, dass Tieren in der Lebensmittelproduktion und Landwirtschaft zu keinem
2 Zeitpunkt ihres Lebens Schmerzen oder Qualen durch Menschen zugefügt bekommen. Dies gilt
für
3 die Zeit des Aufwachsens ebenso wie für die Zeit danach: den Transport und die Schlachtung.
4 Aus diesem Grund, setzen wir uns für die nachfolgend beschriebenen Maßnahmen und
5 Veränderungen ein.

6 Tierschutz bei Tiertransporten

7 Wir wollen, dass so wenig wie möglich transportiert wird, so kurz wie möglich und so
8 tierschonend wie möglich – für alle Tiere, auch für Wirbellose. Außerdem streben wir an,
9 Lebendtransporte von Tieren zur Schlachtung möglichst zu vermeiden.

10 Um den unerträglichen Zuständen bei Transporten innerhalb der EU, aber auch über die
11 Außengrenzen der EU hinweg, dennoch schnellstmöglich ein Ende zu setzen, fordern wir:

- 12 • eine Pflicht, die Tiere zu einem nahe gelegenen Schlachthof zu bringen
- 13 • eine umfassende Neuregelung der Transportbedingungen, darunter ambitionierte
14 Vorschriften zur Beladungsdichte, Decken-/Käfighöhe, Belüftung und Klimatisierung
15 sowie eine Begrenzung der maximalen Transportzeit für Tiere innerhalb der EU vom
16 Versandort zum Bestimmungsort auf vier Stunden (sechs Stunden inklusive Be- und
17 Entladezeiten)
- 18 • regelmäßige Fort- und Weiterbildung der mit dem Transport betrauten Personen
- 19 • ein Verbot von Transporten nicht-entwöhnter Tiere
- 20 • keine Lebendexporte von Tieren (insbesondere zur Zucht, Mast, Schlachtung) in Länder
21 außerhalb der EU (mit Ausnahme der Schweiz, Liechtenstein und Norwegen) mehr
zulassen,
22 weil dort keine Kontrollen mehr möglich sind

23 Zur Durchsetzung fordern wir:

- 24 • die Implementierung eines besseren Kontrollsystems
- 25 • dafür mehr Personal und bessere Qualifizierung in den zuständigen Behörden
- 26 • gemeinsame Kontrollgruppen von Polizei und Veterinärämtern und bessere
Zusammenarbeit
27 mit den Staatsanwaltschaften bzw. Ordnungsbehörden
- 28 • eine Vereinheitlichung des Verwaltungshandelns

29 Für die Umsetzung bedarf es neuer gesetzlicher Regelungen auf Bundes- und EU-Ebene und
30 entsprechender Erlasse in den Bundesländern.

31 Tierschutzmaßnahmen bei der Schlachtung

32 Pro Jahr werden in Deutschland 745 Millionen Tiere geschlachtet. Dabei werden die Zahlen für
33 wirbellose Tiere, Kaninchen und Fische statistisch erst gar nicht erfasst.

34 Die Schlachtung eines Tieres bedeutet dabei in den meisten Fällen das Ende eines kurzen,
35 qualvollen Lebens, welches das Tier eingepfercht in Ställen verbracht hat, oft ohne je
36 Tageslicht gesehen zu haben. Die Ausbeutung beginnt bereits bei der Zucht (Zwangsbesamung,

37 Dauerträchtigkeit, Wegnahme des Nachwuchses, Fokus auf Leistungsmerkmalen – nicht auf
dem
38 Tier) und endet schließlich mit der Schlachtung.

39 Töten ist so gut wie immer ein gewalttätiger Akt (Ausnahme: Erlösung von schwer verletzten
40 Tieren). Nach dem deutschen Tierschutzgesetz darf man Tiere nicht ohne vernünftigen Grund
41 töten. Was ein vernünftiger Grund ist, wurde in den letzten Jahren vor allem ökonomisch
42 beurteilt. Hier müssen wir stärker zu einer ethischen Abwägung kommen.

43 Ökologische Landwirtschaft bedeutet für die Tiere – verglichen mit der konventionellen
44 Landwirtschaft – zwar verbesserte Haltungsbedingungen. Geschlachtet wird aber in denselben
45 Schlachthöfen unter denselben schlechten Bedingungen. Dies belegen immer mehr Berichte,
die
46 mittlerweile nicht mehr als Ausnahme, sondern als Regel zu sehen sind.

47 Problematisch ist zusätzlich, dass die Menschen, die in der industriellen Schlachtung damit
48 beauftragt werden, Tiere für unseren Konsum zu töten, meist in prekären Verhältnissen
49 beschäftigt werden. Oftmals sind sie traumatisiert, haben Suchtprobleme oder leiden an
50 Depression.

51 Viele Menschen lehnen aus diesen Gründen die sogenannte Nutztierhaltung ab.

52 Da wir im Sinne der Tiere jetzt handeln müssen, haben wir einen Forderungskatalog zur
53 sofortigen Umsetzung aufgesetzt. Dieser betrifft ausschließlich die Arbeit rund um den
54 Schlachthof. Zusätzlich bedarf es Strategien, um eine Ernährungswende und ein geändertes
55 Konsumverhalten in der Gesellschaft herbeizuführen. Um den Fleischkonsum zu reduzieren,
56 setzen wir auf Aufklärung über die Konsequenzen des Fleischkonsums, ein größeres Angebot an
57 vegetarischen und veganen Speisen in Schulen, Mensen und Kantinen, die Erforschung von
58 Alternativen zu Fleisch aus pflanzlichen Zutaten und eine Abkehr von der Exportorientierung.

59 Wenn wir dies alles umsetzen, helfen wir den Tieren, uns selbst und verbessern das Klima
60 merklich. Es gibt also keinen Grund zu warten.

61 Um das Leid der Tiere bei der Schlachtung zu mindern, fordern wir:

- 62 1. Ende der Akkordschlachtung. Mitarbeiter*innen dürfen nicht unter Zeitdruck Tiere
63 betäuben und töten.
- 64 2. Förderung von Weideschlachtung, mobiler und dezentraler regionaler Schlachtung.
- 65 3. Erfassung von Tierschutzindikatoren durch die zuständigen amtlichen
Veterinär*innen am

- 66 Schlachthof und Speicherung in einer zentralen Datenbank mit regelmäßiger
67 Mitteilung
von Auffälligkeiten an den Herkunftsbetrieb sowie an die Veterinärbehörde.
 - 68 4. Die Entwicklung und zwingende Implementierung von Kontrollverfahren, die
69 gewährleisten, dass kein Tier seinen Schlachtprozess bei Bewusstsein erleben muss
70 und
ohne Betäubung weiterverarbeitet wird.
 - 71 5. Verbot von CO₂ als Betäubungsgas. In den großen Schlachthöfen wird derzeit zur
72 Betäubung von Schweinen und Geflügel Kohlendioxid angewendet. Dies führt
73 während der
Betäubungsphase zu Erstickungssymptomen, Todesängsten, Abwehr- und
74 Fluchtverhalten bei
den Tieren.
 - 75 6. Regelmäßige Qualifikation, Schulung und Weiterbildung sowie Monitoring des
76 physischen
und psychischen Gesundheitszustandes der Schlachthofmitarbeiter*innen durch
77 externe
Fachleute.
 - 78 7. Auskömmliche finanzielle und personelle Ausstattung der Veterinärämter und
79 regelmäßige
Fortbildungen der amtlichen Tierärzt*innen zu tierschutzrelevanten Fragestellungen.
 - 80 8. Räumliche Trennung der Veterinärbehörde und des Schlachthofs, um die
81 unabhängige
Arbeit der Mitarbeiter*innen der Veterinärbehörden zu gewährleisten.
 - 82 9. Umbau der Schlachthöfe für verbesserte Unterbringung und Treibwege der Tiere.
83 Wartende
Tiere sollen die Tötung der Artgenossen weder sehen noch hören können.
 - 84 10. Zwingende, lückenlose Videoüberwachung am Schlachthof mit Kontrolle von
85 unabhängiger
Stelle und Möglichkeit der Einsichtnahme.
- 86 Hintergrund zu Forderung Nr. 4:
- 87 In punkto Schlachtung bestehen derzeit zahlreiche Defizite. Aufgrund der enorm hohen
88 Schlachtzahlen kommt es immer wieder zu Fehlbetäubungen.
- 89 Dies betrifft vor allem die Schweineschlachtung. In großen Betrieben werden Schweine vor der
90 Tötung durch Setzen des Entbluteschnitts in der Regel mit Gas betäubt, weil dies eine
91 Betäubung von vielen Tieren in kurzer Zeit ermöglicht. Wird der Entbluteschnitt nicht
92 richtig gesetzt bzw. bestehen bei dem Tier anatomische Besonderheiten, kann es sein, dass
93 das Schwein vor der Weiterverarbeitung (Brühen etc.) wieder aus der Betäubung erwacht.
94 Dieses Risiko besteht insbesondere deshalb, weil nach Setzen des Entbluteschnitts keine
95 weitere Kontrolle auf Lebenszeichen stattfindet und die austretende Blutmenge aufgrund des
96 Einsatzes von sogenannten Blutstechanlagen zur Gewinnung von Lebensmittelblut optisch nicht
97 erkennbar ist. Es muss sicher gewährleistet werden, dass kein Tier lebend und bei
98 Bewusstsein in die Weiterverarbeitung gerät. Dies ist bereits aufgrund der derzeitigen
99 Gesetzeslage zwingend erforderlich. Gemäß § 12 Abs. 6 Satz 3 TierSchIV muss beim Entbluten
100 warmblütiger Tiere ein sofortiger starker Blutverlust gewährleistet und kontrollierbar sein.

Tierschutzmaßnahmen ergreifen bei Schlachtung und Transport

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Wir Grüne fordern, dass Tieren in der Lebensmittelproduktion und Landwirtschaft zu keinem
2 Zeitpunkt ihres Lebens Schmerzen oder Qualen durch Menschen zugefügt bekommen. Dies gilt
für
3 die Zeit des Aufwachsens ebenso wie für die Zeit danach: den Transport und die Schlachtung.
4 Aus diesem Grund, setzen wir uns für die nachfolgend beschriebenen Maßnahmen und
5 Veränderungen ein.

6 Tierschutz bei Tiertransporten

7 Wir wollen, dass so wenig wie möglich transportiert wird, so kurz wie möglich und so
8 tierschonend wie möglich – für alle Tiere, auch für Wirbellose. Außerdem streben wir an,
9 Lebendtransporte von Tieren zur Schlachtung möglichst zu vermeiden.

10 Um den unerträglichen Zuständen bei Transporten innerhalb der EU, aber auch über die
11 Außengrenzen der EU hinweg, dennoch schnellstmöglich ein Ende zu setzen, fordern wir:

- 12 • eine Pflicht, die Tiere zu einem nahe gelegenen Schlachthof zu bringen
- 13 • eine umfassende Neuregelung der Transportbedingungen, darunter ambitionierte
14 Vorschriften zur Beladungsdichte, Decken-/Käfighöhe, Belüftung und Klimatisierung
15 sowie eine Begrenzung der maximalen Transportzeit für Tiere innerhalb der EU vom
16 Versandort zum Bestimmungsort auf vier Stunden (sechs Stunden inklusive Be- und
17 Entladezeiten)
- 18 • regelmäßige Fort- und Weiterbildung der mit dem Transport betrauten Personen
- 19 • ein Verbot von Transporten nicht-entwöhnter Tiere
- 20 • keine Lebendexporte von Tieren (insbesondere zur Zucht, Mast, Schlachtung) in Länder
21 außerhalb der EU (mit Ausnahme der Schweiz, Liechtenstein und Norwegen) mehr
zulassen,
22 weil dort keine Kontrollen mehr möglich sind

23 Zur Durchsetzung fordern wir:

- 24 • die Implementierung eines besseren Kontrollsystems
- 25 • dafür mehr Personal und bessere Qualifizierung in den zuständigen Behörden
- 26 • gemeinsame Kontrollgruppen von Polizei und Veterinärämtern und bessere
Zusammenarbeit
27 mit den Staatsanwaltschaften bzw. Ordnungsbehörden
- 28 • eine Vereinheitlichung des Verwaltungshandelns

29 Für die Umsetzung bedarf es neuer gesetzlicher Regelungen auf Bundes- und EU-Ebene und
30 entsprechender Erlasse in den Bundesländern.

31 Tierschutzmaßnahmen bei der Schlachtung

32 Pro Jahr werden in Deutschland 745 Millionen Tiere geschlachtet. Dabei werden die Zahlen für
33 wirbellose Tiere, Kaninchen und Fische statistisch erst gar nicht erfasst.

34 Die Schlachtung eines Tieres bedeutet dabei in den meisten Fällen das Ende eines kurzen,
35 qualvollen Lebens, welches das Tier eingepfercht in Ställen verbracht hat, oft ohne je
36 Tageslicht gesehen zu haben. Die Ausbeutung beginnt bereits bei der Zucht (Zwangsbesamung,

37 Dauerträchtigkeit, Wegnahme des Nachwuchses, Fokus auf Leistungsmerkmalen – nicht auf
dem
38 Tier) und endet schließlich mit der Schlachtung.

39 Töten ist so gut wie immer ein gewalttätiger Akt (Ausnahme: Erlösung von schwer verletzten
40 Tieren). Nach dem deutschen Tierschutzgesetz darf man Tiere nicht ohne vernünftigen Grund
41 töten. Was ein vernünftiger Grund ist, wurde in den letzten Jahren vor allem ökonomisch
42 beurteilt. Hier müssen wir stärker zu einer ethischen Abwägung kommen.

43 Ökologische Landwirtschaft bedeutet für die Tiere – verglichen mit der konventionellen
44 Landwirtschaft – zwar verbesserte Haltungsbedingungen. Geschlachtet wird aber in denselben
45 Schlachthöfen unter denselben schlechten Bedingungen. Dies belegen immer mehr Berichte,
die
46 mittlerweile nicht mehr als Ausnahme, sondern als Regel zu sehen sind.

47 Problematisch ist zusätzlich, dass die Menschen, die in der industriellen Schlachtung damit
48 beauftragt werden, Tiere für unseren Konsum zu töten, meist in prekären Verhältnissen
49 beschäftigt werden. Oftmals sind sie traumatisiert, haben Suchtprobleme oder leiden an
50 Depression.

51 Viele Menschen lehnen aus diesen Gründen die sogenannte Nutztierhaltung ab.

52 Da wir im Sinne der Tiere jetzt handeln müssen, haben wir einen Forderungskatalog zur
53 sofortigen Umsetzung aufgesetzt. Dieser betrifft ausschließlich die Arbeit rund um den
54 Schlachthof. Zusätzlich bedarf es Strategien, um eine Ernährungswende und ein geändertes
55 Konsumverhalten in der Gesellschaft herbeizuführen. Um den Fleischkonsum zu reduzieren,
56 setzen wir auf Aufklärung über die Konsequenzen des Fleischkonsums, ein größeres Angebot an
57 vegetarischen und veganen Speisen in Schulen, Mensen und Kantinen, die Erforschung von
58 Alternativen zu Fleisch aus pflanzlichen Zutaten und eine Abkehr von der Exportorientierung.

59 Wenn wir dies alles umsetzen, helfen wir den Tieren, uns selbst und verbessern das Klima
60 merklich. Es gibt also keinen Grund zu warten.

61 Um das Leid der Tiere bei der Schlachtung zu mindern, fordern wir:

- 62 1. Ende der Akkordschlachtung. Mitarbeiter*innen dürfen nicht unter Zeitdruck Tiere
63 betäuben und töten.
- 64 2. Förderung von Weideschlachtung, mobiler und dezentraler regionaler Schlachtung.
- 65 3. Erfassung von Tierschutzindikatoren durch die zuständigen amtlichen
Veterinär*innen am

- 66 Schlachthof und Speicherung in einer zentralen Datenbank mit regelmäßiger
67 Mitteilung
von Auffälligkeiten an den Herkunftsbetrieb sowie an die Veterinärbehörde.
- 68 4. Die Entwicklung und zwingende Implementierung von Kontrollverfahren, die
69 gewährleisten, dass kein Tier seinen Schlachtprozess bei Bewusstsein erleben muss
70 und
ohne Betäubung weiterverarbeitet wird.
- 71 5. Verbot von CO₂ als Betäubungsgas. In den großen Schlachthöfen wird derzeit zur
72 Betäubung von Schweinen und Geflügel Kohlendioxid angewendet. Dies führt
73 während der
Betäubungsphase zu Erstickungssymptomen, Todesängsten, Abwehr- und
74 Fluchtverhalten bei
den Tieren.
- 75 6. Regelmäßige Qualifikation, Schulung und Weiterbildung sowie Monitoring des
76 physischen
und psychischen Gesundheitszustandes der Schlachthofmitarbeiter*innen durch
77 externe
Fachleute.
- 78 7. Auskömmliche finanzielle und personelle Ausstattung der Veterinärämter und
regelmäßige
79 Fortbildungen der amtlichen Tierärzt*innen zu tierschutzrelevanten Fragestellungen.
- 80 8. Räumliche Trennung der Veterinärbehörde und des Schlachthofs, um die
unabhängige
81 Arbeit der Mitarbeiter*innen der Veterinärbehörden zu gewährleisten.
- 82 9. Umbau der Schlachthöfe für verbesserte Unterbringung und Treibwege der Tiere.
Wartende
83 Tiere sollen die Tötung der Artgenossen weder sehen noch hören können.
- 84 10. Zwingende, lückenlose Videoüberwachung am Schlachthof mit Kontrolle von
unabhängiger
85 Stelle und Möglichkeit der Einsichtnahme.
- 86 Hintergrund zu Forderung Nr. 4:
- 87 In punkto Schlachtung bestehen derzeit zahlreiche Defizite. Aufgrund der enorm hohen
88 Schlachtzahlen kommt es immer wieder zu Fehlbetäubungen.
- 89 Dies betrifft vor allem die Schweineschlachtung. In großen Betrieben werden Schweine vor der
90 Tötung durch Setzen des Entbluteschnitts in der Regel mit Gas betäubt, weil dies eine
91 Betäubung von vielen Tieren in kurzer Zeit ermöglicht. Wird der Entbluteschnitt nicht
92 richtig gesetzt bzw. bestehen bei dem Tier anatomische Besonderheiten, kann es sein, dass
93 das Schwein vor der Weiterverarbeitung (Brühen etc.) wieder aus der Betäubung erwacht.
94 Dieses Risiko besteht insbesondere deshalb, weil nach Setzen des Entbluteschnitts keine
95 weitere Kontrolle auf Lebenszeichen stattfindet und die austretende Blutmenge aufgrund des
96 Einsatzes von sogenannten Blutstechanlagen zur Gewinnung von Lebensmittelblut optisch nicht
97 erkennbar ist. Es muss sicher gewährleistet werden, dass kein Tier lebend und bei
98 Bewusstsein in die Weiterverarbeitung gerät. Dies ist bereits aufgrund der derzeitigen
99 Gesetzeslage zwingend erforderlich. Gemäß § 12 Abs. 6 Satz 3 TierSchIV muss beim Entbluten
100 warmblütiger Tiere ein sofortiger starker Blutverlust gewährleistet und kontrollierbar sein.

Lage im Persischen Golf deeskalieren, Nuklear-Abkommen mit dem Iran retten

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Die Situation am Persischen Golf spitzt sich tagtäglich zu. Eine militärische Eskalation
2 scheint zunehmend wahrscheinlicher zu werden. Die angespannte Situation zwischen dem Iran
3 auf der einen Seite und den USA und Saudi-Arabien auf der anderen Seite verschärft sich
4 immer weiter. Illegale Festsetzungen von Tankern, die Verletzung internationalen Seerechts,
5 Angriffe auf wirtschaftlich existenzielle Einrichtungen, Abschuss von Drohnen, lähmende
6 Sanktionen, willkürliche Verhaftungen, Geiselhäft von DoppelstaatlerInnen provozieren
7 zunehmend eine militärische Eskalation. Verschärft wird dies von der Sprachlosigkeit beider
8 Seiten. Weder die USA und der Iran noch Iran und Saudi-Arabien haben derzeit funktionierende
9 Kommunikationslinien. Damit stünde auch einer nicht intendierten Eskalation nicht mehr viel
10 im Wege.

11 Eine solche würde den Nahen Osten massiv destabilisieren und hätte weit über die Grenzen der
12 von Konflikten so geplagten Region verheerende Folgen. So wäre das Ende des Abkommens
13 nicht
14 nur der schnellste Weg für den Iran zur Atombombe. Mit Saudi-Arabien würde mindestens ein
15 anderer Staat im Nahen Osten nach der Bombe streben - eine nukleare Rüstungsspirale mit
16 unabsehbaren Folgen wäre die Konsequenz.

Iran - ein hochproblematischer Akteur

17 Die Islamische Republik Iran ist innen- wie außenpolitisch ein hochproblematischer Akteur.
18 Die Menschenrechtslage im Land ist verheerend, die aggressive Regionalpolitik zerstörerisch
19 und die Bedrohung der Existenz Israels inakzeptabel.

20 Irans Rolle bei der Stabilisierung der Herrschaft Bashar al-Assads hat maßgeblich zur
21 Verschlechterung der humanitären Lage in Syrien beigetragen. Auch in Libanon und im Irak
22 spielt der Iran eine imperialistische Rolle, die die Souveränität der Staaten untergräbt und
23 zur Vertiefung der innerislamischen Konfessionskonflikte beiträgt. In Jemen ist die
24 Unterstützung der illegitimen Machtübernahme durch die Houthis ein Beitrag zur Fortsetzung
25 des Konfliktes auf Kosten der Zivilbevölkerung. Zudem wird die Drohung der „Auslöschung
26 Israels“ von der Führung des Landes auf unerträgliche Art immer wieder bedroht - in
27 Anbetracht der militärischen Präsenz des Irans und seiner Alliierten in der Nachbarschaft
28 Israels eine sehr ernst zu nehmende Rhetorik.

29 Bei all den zahlreichen Herausforderungen, die Teheran darstellt, war eines der
30 relevantesten Schwierigkeiten auf diplomatischem Wege und auf absehbare Zeit gelöst. Das
31 Nuklearabkommen mit dem Iran - offizieller Name: Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA).

Saudi-Arabien - ebenfalls ein hochproblematischer Akteur

Das Königreich Saudi-Arabien ist innen- wie außenpolitisch ebenso ein hochproblematischer Akteur. Die Menschenrechtslage im Land ist verheerend, die aggressive Regionalpolitik zerstörerisch und die weltweite Finanzierung von dschihadistischen Netzwerken inakzeptabel.

Die Menschenrechtssituation in Saudi-Arabien ist katastrophal. Willkürliche Verhaftungen, Folter und Einschüchterung von Kritiker*innen sind an der Tagesordnung. 2018 wurden im Königreich 149 Menschen hingerichtet.

Genauso ist die hochproblematische Regionalpolitik Saudi-Arabiens, als zusätzlicher Treiber einer militärischen Eskalation mit dem Iran nicht zu verkennen. Sie wirkt sogar über den Mittleren Osten hinaus destabilisierend. So ist das Land federführend bei der Blockade des Jemen, wodurch es ganz wesentlich für die - laut den Vereinten Nationen - derzeit größte humanitäre Katastrophe der Welt mitverantwortlich ist. 24 Millionen Menschen sind in Jemen derzeit aufgrund der Blockade auf humanitäre Hilfe angewiesen. Gegen das Nachbaremirat Katar hat Saudi-Arabien ein Embargo verhängt, dessen Umstände und Begründung höchst fragwürdig sind. Der Konflikt hat zu einer vollständigen Lähmung des Golfkooperationsrats geführt.

Die damit einhergehende Lagerbildung strahlt auch destabilisierend in andere Konflikte in Nordafrika, dem Jemen und dem Horn von Afrika aus und heizt dort existierende Konflikte zusätzlich an. In Libyen unterstützt das Königreich General Khalifa Haftar, der die von der internationalen Gemeinschaft gestützte Regierung in Tripolis bekämpft. Darüber hinaus stellte sich Saudi-Arabien während des sogenannten Arabischen Frühlings - unter anderem auch mit militärischen Mitteln - vielfach gegen die in zahlreichen Staaten, wie etwa in Bahrain, begonnenen Demokratisierungsprozesse.

Das Atomabkommen retten

Durch den einseitigen Ausstieg der USA aus dem Iran-Nuklearabkommen im Mai 2018 durch US-Präsident Trump, dreht sich die Eskalationsspirale zunehmend weiter und droht, den Vertrag als zentrales rüstungskontrollpolitisches Instrument in seiner Gesamtheit zusammenbrechen zu lassen. Auch die Regierung Netanjahu hat aktiv gegen den Verhandlungsprozess gearbeitet und damit zur Schwächung des Atomabkommens beigetragen. Seit dem Ausstieg Washingtons wurden von

US-Seite unilateral die Wiedereinführung und Verstärkung von nationalen Sanktionen beschlossen. Ziel ist es Iran - bisher ohne Erfolg - im Rahmen einer Politik des „maximalen Drucks“ zu weitreichenden Konzessionen, mit Blick auf sein ballistisches Raketenprogramm sowie sein regionales Verhalten und einem neuen, allumfassenden Abkommen zu bewegen.

Das Iran-Nuklearabkommen ist das Ergebnis jahrelanger internationaler Bemühungen, durch diplomatische Mittel den Streit um das iranische Nuklearprogramm beizulegen und eine atomare

Bewaffnung Irans zu verhindern. Durch seine Verpflichtungen im Verbund mit einem präzedenzlosen Transparenzregime, überwacht durch die Internationale Atom- und Energiebehörde (IAEA), wurde bisher erfolgreich das Risiko einer atomaren Bewaffnung Irans auf ein beherrschbares Maß reduziert. Vor vier Jahren wurde die Vereinbarung mit der Resolution 2231 vom VN-Sicherheitsrat angenommen und ist damit der rechtsverbindliche Rahmen, auf den die internationale Staatengemeinschaft verpflichtet wurde. In seiner Resolution fordert der Sicherheitsrat alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen auf,

geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Umsetzung der Vereinbarung zu unterstützen und gleichzeitig Maßnahmen zu unterlassen, welche der Umsetzung der Verpflichtungen aus dem Iran-Nuklearabkommen entgegenstehen. Der einseitige Ausstieg der USA und die Verhängung unilateraler US-Sanktionen stehen dazu in Opposition. Neben der regelbasierten internationalen Ordnung steht damit auch ein zentrales Rüstungskontrollregime unter Beschuss.

Ein Ende des Iran-Nuklearabkommens würde nicht nur eine Katastrophe für die Region mit unüberschaubaren Konsequenzen einer möglichen Aufrüstungsspirale und eines nuklearen Wettrüstens bedeuten - sondern würde auch ein fatales Signal der Unverlässlichkeit und damit Verhandlungs- und Vereinbarungsunfähigkeit an Staaten wie Nordkorea senden, welche durch diplomatischen und wirtschaftlichen Druck von ihrem Drang nach Atomwaffen abgebracht werden sollen.

Der Iran-Nuklearabkommen versprach Iran für eine Aussetzung seines Nuklearprogramms Sanktionserleichterungen und damit einhergehende wirtschaftliche Entwicklung. Obwohl sich die anderen Parteien der Vereinbarung - Russland, China, Frankreich, Großbritannien und Deutschland - gegen die US-amerikanische Linie gestellt haben reichen ihre bisherigen Bemühungen um Sanktionserleichterungen im Rahmen des Iran-Nuklearabkommens nicht aus: Durch die Dominanz des US-Dollars im Welthandels- und Finanzsystem und die Bedeutung des US-Marktes für europäische, aber auch chinesische Banken und Unternehmen ist die US-Regierung in der Lage, durch unilateral verhängte Sanktionen auch nicht-US basierte Unternehmen unter Druck zu setzten.

Deshalb profitiert der Iran nun nicht mehr wirtschaftlich von den internationalen Sanktionserleichterungen: Das Land kann kaum mehr Öl exportieren, europäische Unternehmen haben sich aus Angst vor US-Restriktionen zurückgezogen, der Handel ist eingebrochen, es gibt kaum mehr Finanzkanäle. Nicht einmal mehr Medikamente und humanitäre Güter können aufgrund von Selbstreglementierung und Übererfüllung von Unternehmen und fehlenden Bankverbindungen geliefert werden - auch wenn die Güter gar nicht von US-Sanktionen erfasst sind.

Teheran testet nun zunehmend Grauzonen bei der Erfüllung seiner nukleartechnischen Verpflichtungen aus, nachdem sich das Land laut Berichten der IAEA bis Juni vollumfänglich an diese gehalten hatte. Im Juni 2019 hat Iran, wie von der IAEA bestätigt - schrittweise begonnen, Uran über die unter des Iran-Nuklearabkommens festgelegten Obergrenze anzureichern. Hiermit sollen die Unterzeichnerstaaten unter Druck gesetzt werden: Falls das Land nicht vom Iran-Nuklearabkommen wie vereinbart profitiere, sehe Teheran keinen Nutzen darin, sich weiter an den Vertrag zu halten, so die Botschaft. Die bisherigen iranischen Maßnahmen deutet aber daraufhin, dass man in Teheran weiter eine Verhandlungslösung anstrebt.

Deeskalation jetzt!

Nichts desto trotz droht die Lage im persischen Golf militärisch zu eskalieren. Wir treten für die Freiheit der Schifffahrt ein. Die Konflikte in der Straße von Hormos und im Persischen Golf angesichts der extrem volatilen Lage nicht ausufern zu lassen muss höchste

114 Priorität haben. Die Beteiligung an der US-geführten Mission „Sentinel“ im Persischen Golf
115 lehnen wir ab, da diese keinen deeskalativen Charakter hat. Für uns gelten die UN-Charta und
116 das Völkerrecht. Wir werden Einsätzen der Bundeswehr nur auf Grundlage der UN-Charta und
mit
117 einem Mandat der Vereinten Nationen nach Kapitel VI oder VII der UN-Charta zustimmen.

118 Gerade in Zeiten, in denen die internationale Ordnung zunehmend unter Druck gerät, braucht
119 es eine Bundesregierung, die gemeinsam mit ihren europäischen Partner*innen auf alle
120 denkbaren diplomatischen und politischen Kanäle unmissverständlich auf Deeskalation
zwischen
121 allen beteiligten Parteien hinwirkt. Darüber hinaus sind alle VertragspartnerInnen des JCPOA
122 durch die VN-Resolution 2231 dazu aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den
123 Fortbestand der Vereinbarung und seine Umsetzung zu unterstützen.

124 Wir fordern die Bundesregierung insofern dazu auf die wirtschaftlichen Voraussetzungen für
125 einen Erhalt des Abkommens zu schaffen. Dazu gehört der Aufbau alternativer Zahlungswege
für
126 legitime Geschäfte mit dem Iran, der Erhalt iranischer Möglichkeiten zum Ölexport und
127 Angebote zur Unterstützung des Irans beim Aufbau von Infrastruktur, die den Iraner*innen zu
128 Gute kommen, vor allem bei den Erneuerbaren Energien, der prekären Wasserversorgung und
im
129 Falle von humanitären Notlagen. Das Paradebeispiel dafür ist die Handelsplattform INSTEX.

130 Weil der Iran wegen des Drucks der USA vom weltweiten Transaktionssystem Swift abgekoppelt
131 wurde, ist es im den Menschen im Land im Grunde unmöglich, Geschäfte mit dem Ausland
132 abzuwickeln, also Geld zu transferieren. Auch humanitäre Güter können im Iran nicht mehr
133 gekauft werden. So mangelt es mittlerweile sogar an dringend notwendigen Medikamenten für
an
134 Krebs erkrankte Kinder. Zudem hat die sanktionsbedingte Isolation der iranischen Wirtschaft
135 zu einer massiven ökonomischen Depression geführt, unter der nur die korrupten
wohlhabenden
136 Kleptokrat*innen nicht leiden. Auch ist diese Wirtschaftskrise laut dem Flüchtlingswerk der
137 Vereinten Nationen (UNHCR) die Hauptursache für den Anstieg der Flüchtlingszahlen in der
138 Türkei. Über zwei Millionen afghanische Flüchtlinge bekommen im Iran nicht mehr ausreichend
139 Hilfe und finden keine Jobs mehr. Da die Sicherheitslage in Afghanistan ihnen den
140 Rückkehrweg versperrt, machen sich immer mehr auf den Weg nach Europa.

141 Unser Kerninteresse im Sinne der nuklearen Abrüstung ist es das JCPOA aufrecht zu erhalten.
142 Schon bei der Unterzeichnung des Nuklearabkommens war klar, dass es nicht perfekt sein
143 konnte, sondern ein Kompromiss war, und vor allem ein wichtiger vertrauensbildender Schritt.
144 Ebenso war klar, dass weder das Raketenprogramm des Iran, noch dessen aggressive
145 Regionalpolitik, die Drohungen gegen Israel und die dramatische Menschenrechtslage im
146 eigenen Land Teil dieses Abkommens waren. Es hat sich gezeigt, dass alle diese Probleme
147 durch das Abkommen selbst noch nicht geringer wurden. Doch ebenso klar ist: ohne das
148 Abkommen wird es noch weniger Möglichkeiten geben, diese Probleme anzusprechen und
149 anzugehen.

150 Es braucht eine Nahostpolitik, die den Mut hat, den gescheiterten amerikanischen Ansatz des
151 „maximalen Drucks“ zurückzuweisen und neue Wege zum Frieden aufzuzeigen. Eine
Nahostpolitik,

152 die die Äquidistanz zu Iran und Saudi-Arabien sucht, statt die Lage der vielen Menschen in
153 Not - etwa in Jemen - mit unverantwortlichen Rüstungsexporten gar noch weiter zu
154 verschlechtern.

155 **Wir fordern deshalb, dass**

- 156 • die Bundesregierung und die EU sich weiter im Rahmen ihrer GASP (Gemeinsame Außen-
157 und
158 Sicherheitspolitik) zusammen mit den übrigen Parteien der Vereinbarung China und
159 Russland dafür einsetzen, die Wiener Nuklearvereinbarung als zentrales
rüstungskontrollpolitisches Instrument zu bewahren.
- 160 • sich auf allen Ebenen für eine Deeskalation am Persischen Golf einzusetzen. Dazu
161 gehört auch die Unterstützung direkter Gespräche zwischen Iran auf der einen Seite und
162 USA und Saudi-Arabien auf der anderen Seite.
- 163 • die Bundesregierung alle praktikablen Maßnahmen ergreift, um wirtschaftliche
164 Aktivitäten, die nach europäischem Recht legal sind, abzusichern und den Handel mit
165 Iran aufrecht zu erhalten. Der Handels- und Zahlungsmechanismus INSTEX, dessen
166 Ausgestaltung und Funktionalität weiter vorangetrieben und ausgeweitet werden muss,
167 ist ein erster wichtiger Schritt, damit Iran wie in der Vereinbarung angelegt
168 wirtschaftlich von Sanktionserleichterungen profitieren kann. Weitere Maßnahmen müssen

169 aber folgen. Eine Möglichkeit sind beispielsweise staatlich abgesicherte,
170 multilaterale Investitionsprogramme für Entwicklungsprojekte, die unmittelbar der
171 iranischen Bevölkerung zugutekommen.
- 172 • die EU sich stärker mit den anderen Vertragspartnern abstimmt, wann eine „significant
173 non-performance“ Irans mit Blick auf seine nukleartechnischen Verpflichtungen
174 vorliegen würde, und sich deutlich gegenüber Iran positioniert, um eine sukzessive
175 Aushöhlung der Vereinbarung zu verhindern und damit seine Funktion zu bewahren.
- 176 • die amerikanische Iran-Politik des „maximalen Drucks“ zurückzuweisen. Dazu gehört auch

177 eine Verstärkung des „Blocking Statuts“ der Europäischen Union, um europäische
178 Unternehmen gegen die völkerrechtswidrigen sogenannten „Sekundärsanktionen“ der
USA zu
179 wappnen. Dass wir in der EU nicht in der Lage sind, Maßnahmen durchzusetzen, wenn die
180 USA das nicht wollen, kann nicht im Sinne unserer europäischen Friedens- und

- 181 Sicherheitsinteressen sein. Es untergräbt unsere wirtschaftliche und politische
182 Souveränität und die Glaubwürdigkeit der europäischen Außenpolitik.
- 183 • Iran und Saudi-Arabien einen Ausbau der Kooperation im Bereich der Erneuerbaren
184 Energien anbieten.
- 185 • Eine Konferenz zu veranstalten, in der die Staaten der Nahen Ostens die Möglichkeit
186 bekommen, bei den massiven regionalen Umwelt-Herausforderungen, allen voran
187 Wassermangel und Luftverschmutzung, Kooperationsformen auszuloten.
- 188 • klar und deutlich die Menschenrechtslage in Saudi-Arabien und im Iran anzusprechen und
189 dabei im Schwerpunkt die Freilassung aller politischen Gefangenen einzufordern.
- 190 • sich für die Rechte der Zivilgesellschaften in der gesamten Region einzusetzen und den
191 Kontakt untereinander zu fördern. Dazu gehört auch eine Visa-Politik, die den
192 internationalen Austausch ermöglicht und nicht wie bisher stranguliert.
- 193 • die Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien und in anderen Staaten, die am Jemen-Krieg
194 beteiligt sind, endlich zu beenden.
- 195 • die humanitäre Hilfe für die Menschen im Jemen auszubauen und sich für eine
196 Untersuchung der von allen Parteien begangenen Kriegsverbrechen einzusetzen.

Lage im Persischen Golf deeskalieren, Nuklear-Abkommen mit dem Iran retten

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Die Situation am Persischen Golf spitzt sich tagtäglich zu. Eine militärische Eskalation
2 scheint zunehmend wahrscheinlicher zu werden. Die angespannte Situation zwischen dem Iran
3 auf der einen Seite und den USA und Saudi-Arabien auf der anderen Seite verschärft sich
4 immer weiter. Illegale Festsetzungen von Tankern, die Verletzung internationalen Seerechts,
5 Angriffe auf wirtschaftlich existenzielle Einrichtungen, Abschuss von Drohnen, lähmende
6 Sanktionen, willkürliche Verhaftungen, Geiselhäft von DoppelstaatlerInnen provozieren
7 zunehmend eine militärische Eskalation. Verschärft wird dies von der Sprachlosigkeit beider
8 Seiten. Weder die USA und der Iran noch Iran und Saudi-Arabien haben derzeit funktionierende
9 Kommunikationslinien. Damit stünde auch einer nicht intendierten Eskalation nicht mehr viel
10 im Wege.

11 Eine solche würde den Nahen Osten massiv destabilisieren und hätte weit über die Grenzen der
12 von Konflikten so geplagten Region verheerende Folgen. So wäre das Ende des Abkommens
13 nicht
14 nur der schnellste Weg für den Iran zur Atombombe. Mit Saudi-Arabien würde mindestens ein
15 anderer Staat im Nahen Osten nach der Bombe streben - eine nukleare Rüstungsspirale mit
16 unabsehbaren Folgen wäre die Konsequenz.

Iran - ein hochproblematischer Akteur

17 Die Islamische Republik Iran ist innen- wie außenpolitisch ein hochproblematischer Akteur.
18 Die Menschenrechtslage im Land ist verheerend, die aggressive Regionalpolitik zerstörerisch
19 und die Bedrohung der Existenz Israels inakzeptabel.

20 Irans Rolle bei der Stabilisierung der Herrschaft Bashar al-Assads hat maßgeblich zur
21 Verschlechterung der humanitären Lage in Syrien beigetragen. Auch in Libanon und im Irak
22 spielt der Iran eine imperialistische Rolle, die die Souveränität der Staaten untergräbt und
23 zur Vertiefung der innerislamischen Konfessionskonflikte beiträgt. In Jemen ist die
24 Unterstützung der illegitimen Machtübernahme durch die Houthis ein Beitrag zur Fortsetzung
25 des Konfliktes auf Kosten der Zivilbevölkerung. Zudem wird die Drohung der „Auslöschung
26 Israels“ von der Führung des Landes auf unerträgliche Art immer wieder bedroht - in
27 Anbetracht der militärischen Präsenz des Irans und seiner Alliierten in der Nachbarschaft
28 Israels eine sehr ernst zu nehmende Rhetorik.

29 Bei all den zahlreichen Herausforderungen, die Teheran darstellt, war eines der
30 relevantesten Schwierigkeiten auf diplomatischem Wege und auf absehbare Zeit gelöst. Das
31 Nuklearabkommen mit dem Iran - offizieller Name: Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA).

Saudi-Arabien - ebenfalls ein hochproblematischer Akteur

Das Königreich Saudi-Arabien ist innen- wie außenpolitisch ebenso ein hochproblematischer Akteur. Die Menschenrechtslage im Land ist verheerend, die aggressive Regionalpolitik zerstörerisch und die weltweite Finanzierung von dschihadistischen Netzwerken inakzeptabel.

Die Menschenrechtssituation in Saudi-Arabien ist katastrophal. Willkürliche Verhaftungen, Folter und Einschüchterung von KritikerInnen sind an der Tagesordnung. 2018 wurden im Königreich 149 Menschen hingerichtet.

Genauso ist die hochproblematische Regionalpolitik Saudi-Arabiens, als zusätzlicher Treiber einer militärischen Eskalation mit dem Iran nicht zu verkennen. Sie wirkt sogar über den Mittleren Osten hinaus destabilisierend. So ist das Land federführend bei der Blockade des Jemen, wodurch es ganz wesentlich für die – laut den Vereinten Nationen - derzeit größte humanitäre Katastrophe der Welt mitverantwortlich ist. 24 Millionen Menschen sind in Jemen derzeit aufgrund der Blockade auf humanitäre Hilfe angewiesen. Gegen das Nachbaremirat Katar hat Saudi-Arabien ein Embargo verhängt, dessen Umstände und Begründung höchst fragwürdig sind. Der Konflikt hat zu einer vollständigen Lähmung des Golfkooperationsrats geführt.

Die damit einhergehende Lagerbildung strahlt auch destabilisierend in andere Konflikte in Nordafrika, dem Jemen und dem Horn von Afrika aus und heizt dort existierende Konflikte zusätzlich an. In Libyen unterstützt das Königreich General Khalifa Haftar, der die von der internationalen Gemeinschaft gestützte Regierung in Tripolis bekämpft. Darüber hinaus stellte sich Saudi-Arabien während des sogenannten Arabischen Frühlings - unter anderem auch mit militärischen Mitteln - vielfach gegen die in zahlreichen Staaten, wie etwa in Bahrain, begonnenen Demokratisierungsprozesse.

Das Atomabkommen retten

Durch den einseitigen Ausstieg der USA aus dem Iran-Nuklearabkommen im Mai 2018 durch US-Präsident Trump, dreht sich die Eskalationsspirale zunehmend weiter und droht, den Vertrag als zentrales rüstungskontrollpolitisches Instrument in seiner Gesamtheit zusammenbrechen zu lassen. Auch die Regierung Netanjahu hat aktiv gegen den Verhandlungsprozess gearbeitet und damit zur Schwächung des Atomabkommens beigetragen. Seit dem Ausstieg Washingtons wurden von

US-Seite unilateral die Wiedereinführung und Verstärkung von nationalen Sanktionen beschlossen. Ziel ist es Iran – bisher ohne Erfolg - im Rahmen einer Politik des „maximalen Drucks“ zu weitreichenden Konzessionen, mit Blick auf sein ballistisches Raketenprogramm sowie sein regionales Verhalten und einem neuen, allumfassenden Abkommen zu bewegen.

Das Iran-Nuklearabkommen ist das Ergebnis jahrelanger internationaler Bemühungen, durch diplomatische Mittel den Streit um das iranische Nuklearprogramm beizulegen und eine atomare

Bewaffnung Irans zu verhindern. Durch seine Verpflichtungen im Verbund mit einem präzedenzlosen Transparenzregime, überwacht durch die Internationale Atom- und Energiebehörde (IAEA), wurde bisher erfolgreich das Risiko einer atomaren Bewaffnung Irans auf ein beherrschbares Maß reduziert. Vor vier Jahren wurde die Vereinbarung mit der Resolution 2231 vom VN-Sicherheitsrat angenommen und ist damit der rechtsverbindliche Rahmen, auf den die internationale Staatengemeinschaft verpflichtet wurde. In seiner Resolution fordert der Sicherheitsrat alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen auf,

geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Umsetzung der Vereinbarung zu unterstützen und gleichzeitig Maßnahmen zu unterlassen, welche der Umsetzung der Verpflichtungen aus dem Iran-Nuklearabkommen entgegenstehen. Der einseitige Ausstieg der USA und die Verhängung unilateraler US-Sanktionen stehen dazu in Opposition. Neben der regelbasierten internationalen Ordnung steht damit auch ein zentrales Rüstungskontrollregime unter Beschuss.

Ein Ende des Iran-Nuklearabkommens würde nicht nur eine Katastrophe für die Region mit unüberschaubaren Konsequenzen einer möglichen Aufrüstungsspirale und eines nuklearen Wettrüstens bedeuten - sondern würde auch ein fatales Signal der Unverlässlichkeit und damit Verhandlungs- und Vereinbarungsunfähigkeit an Staaten wie Nordkorea senden, welche durch diplomatischen und wirtschaftlichen Druck von ihrem Drang nach Atomwaffen abgebracht werden sollen.

Der Iran-Nuklearabkommen versprach Iran für eine Aussetzung seines Nuklearprogramms Sanktionserleichterungen und damit einhergehende wirtschaftliche Entwicklung. Obwohl sich die anderen Parteien der Vereinbarung - Russland, China, Frankreich, Großbritannien und Deutschland - gegen die US-amerikanische Linie gestellt haben reichen ihre bisherigen Bemühungen um Sanktionserleichterungen im Rahmen des Iran-Nuklearabkommens nicht aus: Durch die Dominanz des US-Dollars im Welthandels- und Finanzsystem und die Bedeutung des US-Marktes für europäische, aber auch chinesische Banken und Unternehmen ist die US-Regierung in der Lage, durch unilateral verhängte Sanktionen auch nicht-US basierte Unternehmen unter Druck zu setzten.

Deshalb profitiert der Iran nun nicht mehr wirtschaftlich von den internationalen Sanktionserleichterungen: Das Land kann kaum mehr Öl exportieren, europäische Unternehmen haben sich aus Angst vor US-Restriktionen zurückgezogen, der Handel ist eingebrochen, es gibt kaum mehr Finanzkanäle. Nicht einmal mehr Medikamente und humanitäre Güter können aufgrund von Selbstreglementierung und Übererfüllung von Unternehmen und fehlenden Bankverbindungen geliefert werden - auch wenn die Güter gar nicht von US-Sanktionen erfasst sind.

Teheran testet nun zunehmend Grauzonen bei der Erfüllung seiner nukleartechnischen Verpflichtungen aus, nachdem sich das Land laut Berichten der IAEA bis Juni vollumfänglich an diese gehalten hatte. Im Juni 2019 hat Iran, wie von der IAEA bestätigt - schrittweise begonnen, Uran über die unter des Iran-Nuklearabkommens festgelegten Obergrenze anzureichern. Hiermit sollen die Unterzeichnerstaaten unter Druck gesetzt werden: Falls das Land nicht vom Iran-Nuklearabkommen wie vereinbart profitiere, sehe Teheran keinen Nutzen darin, sich weiter an den Vertrag zu halten, so die Botschaft. Die bisherigen iranischen Maßnahmen deutet aber daraufhin, dass man in Teheran weiter eine Verhandlungslösung anstrebt.

Deeskalation jetzt!

Nichts desto trotz droht die Lage im persischen Golf militärisch zu eskalieren. Wir treten für die Freiheit der Schifffahrt ein. Die Konflikte in der Straße von Hormos und im Persischen Golf angesichts der extrem volatilen Lage nicht ausufern zu lassen muss höchste

114 Priorität haben. Die Beteiligung an der US-geführten Mission „Sentinel“ im Persischen Golf
115 lehnen wir ab, da diese keinen deeskaltiven Charakter hat. Für uns gelten die UN-Charta und
116 das Völkerrecht. Wir werden Einsätzen der Bundeswehr nur auf Grundlage der UN-Charta und
117 mit einem Mandat der Vereinten Nationen nach Kapitel VI oder VII der UN-Charta zustimmen.

118 Gerade in Zeiten, in denen die internationale Ordnung zunehmend unter Druck gerät, braucht
119 es eine Bundesregierung, die gemeinsam mit ihren europäischen PartnerInnen auf alle
120 denkbaren diplomatischen und politischen Kanäle unmissverständlich auf Deeskalation
zwischen
121 allen beteiligten Parteien hinwirkt. Darüber hinaus sind alle VertragspartnerInnen des JCPoA
122 durch die VN-Resolution 2231 dazu aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den
123 Fortbestand der Vereinbarung und seine Umsetzung zu unterstützen.

124 Wir fordern die Bundesregierung insofern dazu auf die wirtschaftlichen Voraussetzungen für
125 einen Erhalt des Abkommens zu schaffen. Dazu gehört der Aufbau alternativer Zahlungswege
für
126 legitime Geschäfte mit dem Iran, der Erhalt iranischer Möglichkeiten zum Ölexport und
127 Angebote zur Unterstützung des Irans beim Aufbau von Infrastruktur, die den IranerInnen zu
128 Gute kommen, vor allem bei den Erneuerbaren Energien, der prekären Wasserversorgung und
im
129 Falle von humanitären Notlagen. Das Paradebeispiel dafür ist die Handelsplattform INSTEX.

130 Weil der Iran wegen des Drucks der USA vom weltweiten Transaktionssystem Swift abgekoppelt
131 wurde, ist es im den Menschen im Land im Grunde unmöglich, Geschäfte mit dem Ausland
132 abzuwickeln, also Geld zu transferieren. Auch humanitäre Güter können im Iran nicht mehr
133 gekauft werden. So mangelt es mittlerweile sogar an dringend notwendigen Medikamenten für
an
134 Krebs erkrankte Kinder. Zudem hat die sanktionsbedingte Isolation der iranischen Wirtschaft
135 zu einer massiven ökonomischen Depression geführt, unter der nur die korrupten
wohlhabenden
136 Kleptokraten nicht leiden. Auch ist diese Wirtschaftskrise laut dem Flüchtlingswerk der
137 Vereinten Nationen (UNHCR) die Hauptursache für den Anstieg der Flüchtlingszahlen in der
138 Türkei. Über zwei Millionen afghanische Flüchtlinge bekommen im Iran nicht mehr ausreichend
139 Hilfe und finden keine Jobs mehr. Da die Sicherheitslage in Afghanistan ihnen den
140 Rückkehrweg versperrt, machen sich immer mehr auf den Weg nach Europa.

141 Unser Kerninteresse im Sinne der nuklearen Abrüstung ist es das JCPoA aufrecht zu erhalten.
142 Schon bei der Unterzeichnung des Nuklearabkommens war klar, dass es nicht perfekt sein
143 konnte, sondern ein Kompromiss war, und vor allem ein wichtiger vertrauensbildender Schritt.
144 Ebenso war klar, dass weder das Raketenprogramm des Iran, noch dessen aggressive
145 Regionalpolitik, die Drohungen gegen Israel und die dramatische Menschenrechtslage im
146 eigenen Land Teil dieses Abkommens waren. Es hat sich gezeigt, dass alle diese Probleme
147 durch das Abkommen selbst noch nicht geringer wurden. Doch ebenso klar ist: ohne das
148 Abkommen wird es noch weniger Möglichkeiten geben, diese Probleme anzusprechen und
149 anzugehen.

150 Es braucht eine Nahostpolitik, die den Mut hat, den gescheiterten amerikanischen Ansatz des
151 „maximalen Drucks“ zurückzuweisen und neue Wege zum Frieden aufzuzeigen. Eine
Nahostpolitik,

152 die die Äquidistanz zu Iran und Saudi-Arabien sucht, statt die Lage der vielen Menschen in
153 Not - etwa in Jemen - mit unverantwortlichen Rüstungsexporten gar noch weiter zu
154 verschlechtern.

155 **Wir fordern deshalb, dass**

- 156 • die Bundesregierung und die EU sich weiter im Rahmen ihrer GASP (Gemeinsame Außen-
157 und
158 Sicherheitspolitik) zusammen mit den übrigen Parteien der Vereinbarung China und
159 Russland dafür einsetzen, die Wiener Nuklearvereinbarung als zentrales
rüstungskontrollpolitisches Instrument zu bewahren.
- 160 • sich auf allen Ebenen für eine Deeskalation am Persischen Golf einzusetzen. Dazu
161 gehört auch die Unterstützung direkter Gespräche zwischen Iran auf der einen Seite und
162 USA und Saudi-Arabien auf der anderen Seite.
- 163 • die Bundesregierung alle praktikablen Maßnahmen ergreift, um wirtschaftliche
164 Aktivitäten, die nach europäischem Recht legal sind, abzusichern und den Handel mit
165 Iran aufrecht zu erhalten. Der Handels- und Zahlungsmechanismus INSTEX, dessen
166 Ausgestaltung und Funktionalität weiter vorangetrieben und ausgeweitet werden muss,
167 ist ein erster wichtiger Schritt, damit Iran wie in der Vereinbarung angelegt
168 wirtschaftlich von Sanktionserleichterungen profitieren kann. Weitere Maßnahmen müssen

169 aber folgen. Eine Möglichkeit sind beispielsweise staatlich abgesicherte,
170 multilaterale Investitionsprogramme für Entwicklungsprojekte, die unmittelbar der
171 iranischen Bevölkerung zugutekommen.
- 172 • die EU sich stärker mit den anderen Vertragspartnern abstimmt, wann eine „significant
173 non-performance“ Irans mit Blick auf seine nukleartechnischen Verpflichtungen
174 vorliegen würde, und sich deutlich gegenüber Iran positioniert, um eine sukzessive
175 Aushöhlung der Vereinbarung zu verhindern und damit seine Funktion zu bewahren.
- 176 • die amerikanische Iran-Politik des „maximalen Drucks“ zurückzuweisen. Dazu gehört auch

177 eine Verstärkung des „Blocking Statuts“ der Europäischen Union, um europäische
178 Unternehmen gegen die völkerrechtswidrigen sogenannten „Sekundärsanktionen“ der
USA zu
179 wappnen. Dass wir in der EU nicht in der Lage sind, Maßnahmen durchzusetzen, wenn die
180 USA das nicht wollen, kann nicht im Sinne unserer europäischen Friedens- und

- 181 Sicherheitsinteressen sein. Es untergräbt unsere wirtschaftliche und politische
182 Souveränität und die Glaubwürdigkeit der europäischen Außenpolitik.
- 183 • Iran und Saudi-Arabien einen Ausbau der Kooperation im Bereich der Erneuerbaren
184 Energien anbieten.
- 185 • Eine Konferenz zu veranstalten, in der die Staaten der Nahen Ostens die Möglichkeit
186 bekommen, bei den massiven regionalen Umwelt-Herausforderungen, allen voran
187 Wassermangel und Luftverschmutzung, Kooperationsformen auszuloten.
- 188 • klar und deutlich die Menschenrechtslage in Saudi-Arabien und im Iran anzusprechen und
189 dabei im Schwerpunkt die Freilassung aller politischen Gefangenen einzufordern.
- 190 • sich für die Rechte der Zivilgesellschaften in der gesamten Region einzusetzen und den
191 Kontakt untereinander zu fördern. Dazu gehört auch eine Visa-Politik, die den
192 internationalen Austausch ermöglicht und nicht wie bisher stranguliert.
- 193 • die Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien und in anderen Staaten, die am Jemen-Krieg
194 beteiligt sind, endlich zu beenden.
- 195 • die humanitäre Hilfe für die Menschen im Jemen auszubauen und sich für eine
196 Untersuchung der von allen Parteien begangenen Kriegsverbrechen einzusetzen.

Zivilgesellschaft stärken – Reform des Gemeinnützigkeitsrechts muss politisches Engagement absichern und neue Freiräume für die Zivilgesellschaft ermöglichen

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 16.11.2019

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Wir leben in bewegten Zeiten. Eine lebendige Zivilgesellschaft ist elementar für die
- 2 politischen Auseinandersetzungen in unserem Land. Engagierte Menschen tragen dazu bei,
- 3 wichtige Anliegen auf die Tagesordnung der Öffentlichkeit zu heben und leisten ihren Beitrag
- 4 zur Willensbildung. Sie sind oft treibende Kräfte für Veränderung, mit neuen politischen
- 5 Ideen und Visionen. Eine lebendige Zivilgesellschaft ist darauf angewiesen, finanziell
- 6 eigenständig und professionell arbeiten zu können, der Status der Gemeinnützigkeit ist dafür
- 7 oft zwingend.
- 8 Umso besorgter sind wir über eine aktuelle Entscheidung des Bundesfinanzhofs, des höchsten
- 9 deutschen Finanzgerichts. Dieser hat in einer Entscheidung vom Frühjahr 2019 zur
- 10 Gemeinnützigkeit des globalisierungskritischen Netzwerks Attac, das Gemeinnützigkeitsrecht
- 11 restriktiv ausgelegt. Dies hat zur Folge, dass es derzeit eine massive Verunsicherung in
- 12 großen Teilen der gemeinnützigen Zivilgesellschaft gibt, denn viele sind in gemeinnützigen
- 13 Strukturen eingebettet oder viele zivilgesellschaftliche Aktivitäten sind davon getragen und
- 14 damit von der Gemeinnützigkeit abhängig. Auch wenn die Frage der Gemeinnützigkeit auf dem
- 15 ersten Blick eine steuerrechtliche Frage ist, so geht die Bedeutung des Status der
- 16 Gemeinnützigkeit im Alltag viel weiter. Es handelt sich um einen Status, der an vielen
- 17 Stellen erst überhaupt Zugänge öffnet, sei es im Bereich von öffentlichen
- 18 Veranstaltungsräumen, meistens in Form vergünstigter Konditionen, im Bereich von Förder- und
- 19 Kooperationsmöglichkeiten mit öffentlichen Stellen oder anderen gemeinnützigen Akteuren und
- 20 in der Öffentlichkeit und bei vielen Menschen die diesen Organisationen spenden, wo die
- 21 Bezeichnung gemeinnützig als Qualitätsmerkmal wahrgenommen wird. Besonders relevant ist
- 22 die
- 23 Gemeinnützigkeit für die Finanzierung von NGOs. Die meisten Stiftungen, deren
- 24 Finanzierungsbeitrag insbesondere für junge NGOs als Anschubfinanzierung oft unabdingbar
- 25 ist, dürfen sogar nur gemeinnützige Organisationen finanzieren.
- 26 Die konkreten Folgen dieser Entscheidung für eine Vielzahl von bisher gemeinnützigen
- 27 Organisationen sind derzeit noch nicht absehbar, die derzeit wahrgenommene Tendenz ist aber
- 28 bedrohlich. Es gibt immer mehr Organisationen, die um den Status der Gemeinnützigkeit
- 29 bangen
- 30 oder denen angedeutet wurde ihn zu verlieren. Dabei geht es um den Bund der Steuerzahler
- genauso wie um politische Kampagnenplattformen, die zum Beispiel mittels Petitionen eine
- Partizipation von Menschen ermöglichen, aber auch kommunale Akteure in der Jugendarbeit

sind

31 betroffen. Ihnen wird vorgeworfen, sich zu politisch zu engagieren, sich zu sehr für ein
32 Ziel einzusetzen und dabei nicht den Zwecken der Gemeinnützigkeit Rechnung zu tragen. Dies
33 betrifft sogar die Jugendarbeit, die auf einmal zu einer politischen Äquidistanz gedrungen
34 wird und geht so weit, dass selbst Sportvereine verunsichert sind, weil es auf einmal
35 fraglich ist, ob diese noch zu Anti-Nazi-Demos aufrufen dürfen, da dies nicht von den
36 eigentlichen Zwecken der Gemeinnützigkeit abgedeckt ist. Derzeit wird dies noch im minimalen
37 Umfang von den Finanzämtern geduldet, obwohl ein solcher Aufruf im strengen Sinne der
38 Abgabenordnung nicht gemeinnützig ist, Rechtssicherheit sieht definitiv anders aus.

39 Noch größere Probleme haben all die NGOs, die sich um zivilgesellschaftliche Themen kümmern,

40 die nicht in der Abgabenordnung als expliziter gemeinnütziger Zweck definiert sind.

41 Steuergerechtigkeit, Kontrolle von Lobbyismus oder der Einsatz für Menschenrechte sind nur
42 wenige Beispiele, die derzeit nicht als gemeinnütziger Zweck anerkannt sind. Organisationen,
43 die sich in diesen Themenfeldern engagieren, sind also ganz besonders gefährdet. Statt ihre
44 wertvolle Arbeit zu leisten, müssen diese Organisationen viel Geld und Kraft in die
45 Auseinandersetzung um ihre Gemeinnützigkeit investieren. Diese Entwicklung ist nicht nur für
46 die betroffenen Organisationen bedrohlich, sondern für unsere Gesellschaft insgesamt. Gerade
47 in Zeiten zunehmender politischer Polarisierung, braucht es zivilgesellschaftliche
48 Organisationen, die sich für Demokratie und unser Grundgesetz einsetzen können, ohne dem
49 Risiko ausgesetzt zu sein, ihre Gemeinnützigkeit zu verlieren.

50 Die Debatte um das Thema Gemeinnützigkeit erhält zudem eine zunehmende Zuspitzung durch

51 einzelne politische Akteure, die gezielt versuchen mittels parlamentarischer Initiativen und
52 Anfragen auf allen Ebenen, einzelne gemeinnützige Organisationen zu diskreditieren oder auch
53 den Zugang zu öffentlichen Förderungen zu erschweren.

54 Um Rechtssicherheit zu gewährleisten und eine politisch aktive Zivilgesellschaft zu
55 erhalten, treten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts ein. Es
56 darf nicht nur um Schönheitsreparaturen an der Abgabenordnung geben, um den Katalog der
57 derzeit 25 gemeinnützigen Zwecke zu ergänzen, wie die seit Anfang an von uns geforderte
58 Gemeinnützigkeit für Freifunk-Initiativen oder den Einsatz für den Klimaschutz. Vielmehr
59 muss bei einer Reform deutlich gemacht werden, dass sich gemeinnützige Organisationen auch
60 politisch engagieren und einbringen dürfen, auch außerhalb der oft sehr engen gemeinnützigen
61 Zwecke. Dabei dürfen sie weder zu Parteien werden, zum Beispiel nicht für Wahlen antreten,
62 noch für Parteien einseitig aufrufen, also sich parteipolitisch verhalten, oder sie gar
63 finanzieren, ebenso müssen sie sich eindeutig im Rahmen unseres Grundgesetzes bewegen und

64 insbesondere die Grund- und Menschenrechte achten. Rassistische oder gar
menschenfeindliche

65 Organisationen zum Beispiel wären nicht gemeinnützig. Wir GRÜNE wollen die Zivilgesellschaft
66 nicht an den Katzentisch der politischen Auseinandersetzung verbannen, sondern auch den
67 gemeinnützigen Akteuren in diesem Bereich die Sicherheit geben, sich engagiert einbringen zu
68 können.

69 Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streiten wir daher für mehr Rechtssicherheit für gemeinnützige
70 Organisationen, damit sich diese weiterhin kreativ und engagiert auch in politische

71 Auseinandersetzungen einbringen können. Wir GRÜNE streben daher eine umfassende Reform
des
72 Gemeinnützigkeitsrechts an. Wir wollen in das Gemeinnützigkeitsrecht zusätzliche Zwecke
73 integrieren, die das Engagement der Bürger*innen auch für bisher nicht ausdrücklich
74 anerkannte Ziele wie die Durchsetzung des Sozialstaatsgebotes - einschließlich der dafür
75 nötigen Finanzausstattung des Staates - oder z.B. die Durchsetzung der Grund- und
76 Menschenrechte und LGBTIQ-Rechte steuerlich begünstigen. Diese wie bisherige Zwecke, ob
77 Umweltschutz oder Gleichberechtigung von Mann und Frau, können oft nur durch die Teilnahme
78 an der öffentlichen und auch politischen Willensbildung verfolgt werden. Das muss
79 ausdrücklich und umfassend erlaubt sein.

80 Jedoch muss sicher gestellt werden, dass nicht die wirtschaftlich Mächtigen einen
81 intransparenten und durch Steuervorteile übermäßigen Einfluss auf die öffentlich Debatte und
82 politische Willensbildung gewinnen, der die gleichberechtigte Teilnahme aller Bürger*innen
83 am demokratischen Prozess gefährdet. Deshalb braucht es Transparenzregeln für alle
84 politischen Akteure und für alle großen gemeinnützigen Organisationen. Hierzu können ein
85 Lobbyregister und ein Gemeinnützigkeitsregister beitragen. In ein öffentlich zugängliches
86 Gemeinnützigkeitsregister gehören neben der Auflistung der verfolgten Ziele auch Angaben
87 über die Finanzierung und über Großspenden.

88 Klar muss sein, auch in Zukunft müssen sich gemeinnützige Organisationen politisch
89 einbringen können, egal ob gegen Nazis auf der Straße, mit klugen Konzepten in der
90 öffentlichen Auseinandersetzung oder mit einer engagierten Bildungs- und Informationsarbeit.
91 Eine entschiedene Absage erteilen wir den Rufen aus Reihen von CDU/CSU oder FDP zur noch
92 weiteren Einschränkung politischen Engagements im Gemeinnützigkeitsrecht.

93 Als ersten Schritt zu einer Europäisierung, wollen wir die Schaffung eines europäischen
94 Vereinsrechts vorantreiben, das der Zivilgesellschaft ermöglicht, sich auch auf europäischer
95 Ebene besser zu organisieren und ihre Interessen besser vorzutragen. Außerdem unterstützen
96 wir den weiteren Abbau von Beteiligungshürden für die Zivilgesellschaft, sowie den Aufbau
97 eines europäischen Fördertopfes, um professionelle zivilgesellschaftliche Strukturen
98 europaweit strukturell zu unterstützen und damit ihre Arbeit nachhaltig abzusichern. Wir
99 erleben gerade wie in vielen europäischen Ländern zivilgesellschaftliches Engagement immer
100 schwieriger wird, so etwa in Ungarn, wo NGOs verpflichtet sind, sich als „ausländisch
101 finanziert“ zu registrieren und dies als Stigma auch bei sämtlichen Publikationen nennen
102 müssen. Staatliche Repression ist dort allgegenwärtig, aber auch in anderen Mitgliedsstaaten
103 der EU gibt es bedenkliche Entwicklungen. In Österreich schlug die FPÖ vor,
104 Umweltorganisationen nur noch dann an Verfahren zu beteiligen, wenn diese die Privatadressen

105 all ihrer Mitglieder offenlegen. Und nicht zuletzt die Entwicklungen zur Gemeinnützigkeit in
106 Deutschland sollte uns zu denken geben. Als GRÜNE in Europa wollen wir hier helfen, mit den
107 Rechtsstaatsinstrumenten auf der Ebene der EU, aber auch mit guten vorbildlichen
108 Politikansätzen in den Nationalstaaten.

109 Dem zunehmend enger werdenden Raum für die Zivilgesellschaft, den so genannten „shrinking
110 spaces“, setzen wir als Bündnisgrüne eine Strategie für neue Freiräume für das
111 zivilgesellschaftliche Handeln entgegen, wir wollen neue Räume schaffen und damit einen
112 „expanding space“ verwirklichen, durch mehr Sicherheit, Förderung und ein neues
113 Gemeinnützigkeitsrecht. Darum treten wir Bündnisgrüne als verlässliche Partner*innen einer

- 114 aktiven Zivilgesellschaft von der kommunalen bis zur europäischen Ebene auf und streiten für
115 sie und oft auch mit ihnen.

Zivilgesellschaft stärken – Reform des Gemeinnützigkeitsrechts muss politisches Engagement absichern und neue Freiräume für die Zivilgesellschaft ermöglichen

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 17.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Wir leben in bewegten Zeiten. Eine lebendige Zivilgesellschaft ist elementar für die
- 2 politischen Auseinandersetzungen in unserem Land. Engagierte Menschen tragen dazu bei,
- 3 wichtige Anliegen auf die Tagesordnung der Öffentlichkeit zu heben und leisten ihren Beitrag
- 4 zur Willensbildung. Sie sind oft treibende Kräfte für Veränderung, mit neuen politischen
- 5 Ideen und Visionen. Eine lebendige Zivilgesellschaft ist darauf angewiesen, finanziell
- 6 eigenständig und professionell arbeiten zu können, der Status der Gemeinnützigkeit ist dafür
- 7 oft zwingend.
- 8 Umso besorgter sind wir über eine aktuelle Entscheidung des Bundesfinanzhofs, des höchsten
- 9 deutschen Finanzgerichts. Dieser hat in einer Entscheidung vom Frühjahr 2019 zur
- 10 Gemeinnützigkeit des globalisierungskritischen Netzwerks Attac, das Gemeinnützigkeitsrecht
- 11 restriktiv ausgelegt. Dies hat zur Folge, dass es derzeit eine massive Verunsicherung in
- 12 großen Teilen der gemeinnützigen Zivilgesellschaft gibt, denn viele sind in gemeinnützigen
- 13 Strukturen eingebettet oder viele zivilgesellschaftliche Aktivitäten sind davon getragen und
- 14 damit von der Gemeinnützigkeit abhängig. Auch wenn die Frage der Gemeinnützigkeit auf dem
- 15 ersten Blick eine steuerrechtliche Frage ist, so geht die Bedeutung des Status der
- 16 Gemeinnützigkeit im Alltag viel weiter. Es handelt sich um einen Status, der an vielen
- 17 Stellen erst überhaupt Zugänge öffnet, sei es im Bereich von öffentlichen
- 18 Veranstaltungsräumen, meistens in Form vergünstigter Konditionen, im Bereich von Förder- und
- 19 Kooperationsmöglichkeiten mit öffentlichen Stellen oder anderen gemeinnützigen Akteuren und
- 20 in der Öffentlichkeit und bei vielen Menschen die diesen Organisationen spenden, wo die
- 21 Bezeichnung gemeinnützig als Qualitätsmerkmal wahrgenommen wird. Besonders relevant ist
- 22 die
- 23 Gemeinnützigkeit für die Finanzierung von NGOs. Die meisten Stiftungen, deren
- 24 Finanzierungsbeitrag insbesondere für junge NGOs als Anschubfinanzierung oft unabdingbar
- 25 ist, dürfen sogar nur gemeinnützige Organisationen finanzieren.
- 26 Die konkreten Folgen dieser Entscheidung für eine Vielzahl von bisher gemeinnützigen
- 27 Organisationen sind derzeit noch nicht absehbar, die derzeit wahrgenommene Tendenz ist aber
- 28 bedrohlich. Es gibt immer mehr Organisationen, die um den Status der Gemeinnützigkeit
- 29 bangen
- 30 oder denen angedeutet wurde ihn zu verlieren. Dabei geht es um den Bund der Steuerzahler
- genauso wie um politische Kampagnenplattformen, die zum Beispiel mittels Petitionen eine
- Partizipation von Menschen ermöglichen, aber auch kommunale Akteure in der Jugendarbeit

sind

31 betroffen. Ihnen wird vorgeworfen, sich zu politisch zu engagieren, sich zu sehr für ein
32 Ziel einzusetzen und dabei nicht den Zwecken der Gemeinnützigkeit Rechnung zu tragen. Dies
33 betrifft sogar die Jugendarbeit, die auf einmal zu einer politischen Äquidistanz gedrungen
34 wird und geht so weit, dass selbst Sportvereine verunsichert sind, weil es auf einmal
35 fraglich ist, ob diese noch zu Anti-Nazi Demos aufrufen dürfen, da dies nicht von den
36 eigentlichen Zwecken der Gemeinnützigkeit abgedeckt ist. Derzeit wird dies noch im minimalen
37 Umfang von den Finanzämtern geduldet, obwohl ein solcher Aufruf im strengen Sinne der
38 Abgabenordnung nicht gemeinnützig ist, Rechtssicherheit sieht definitiv anders aus.

39 Noch größere Probleme haben all die NGOs, die sich um zivilgesellschaftliche Themen kümmern,

40 die nicht in der Abgabenordnung als expliziter gemeinnütziger Zweck definiert sind.
41 Steuergerechtigkeit, Kontrolle von Lobbyismus oder der Einsatz für Menschenrechte sind nur
42 wenige Beispiele, die derzeit nicht als gemeinnütziger Zweck anerkannt sind. Organisationen,
43 die sich in diesen Themenfeldern engagieren, sind also ganz besonders gefährdet. Statt ihre
44 wertvolle Arbeit zu leisten, müssen diese Organisationen viel Geld und Kraft in die
45 Auseinandersetzung um ihre Gemeinnützigkeit investieren. Diese Entwicklung ist nicht nur für
46 die betroffenen Organisationen bedrohlich, sondern für unsere Gesellschaft insgesamt. Gerade
47 in Zeiten zunehmender politischer Polarisierung, braucht es zivilgesellschaftliche
48 Organisationen, die sich für Demokratie und unser Grundgesetz einsetzen können, ohne dem
49 Risiko ausgesetzt zu sein, ihre Gemeinnützigkeit zu verlieren.

50 Die Debatte um das Thema Gemeinnützigkeit erhält zudem eine zunehmende Zuspitzung durch

51 einzelne politische Akteure, die gezielt versuchen mittels parlamentarischer Initiativen und
52 Anfragen auf allen Ebenen, einzelne gemeinnützige Organisationen zu diskreditieren oder auch
53 den Zugang zu öffentlichen Förderungen zu erschweren.

54 Um Rechtssicherheit zu gewährleisten und eine politisch aktive Zivilgesellschaft zu
55 erhalten, treten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts ein. Es
56 darf nicht nur um Schönheitsreparaturen an der Abgabenordnung geben, um den Katalog der
57 derzeit 25 gemeinnützigen Zwecke zu ergänzen, wie die seit Anfang an von uns geforderte
58 Gemeinnützigkeit für Freifunk-Initiativen oder den Einsatz für den Klimaschutz. Vielmehr
59 muss bei einer Reform deutlich gemacht werden, dass sich gemeinnützige Organisationen auch
60 politisch engagieren und einbringen dürfen, auch außerhalb der oft sehr engen gemeinnützigen
61 Zwecke. Dabei dürfen sie weder zu Parteien werden, zum Beispiel nicht für Wahlen antreten,
62 noch für Parteien einseitig aufrufen, also sich parteipolitisch verhalten, oder sie gar
63 finanzieren, ebenso müssen sie sich eindeutig im Rahmen unseres Grundgesetzes bewegen und

64 insbesondere die Grund- und Menschenrechte achten. Rassistische oder gar
65 menschenfeindliche

66 Organisationen zum Beispiel wären nicht gemeinnützig. Wir Grüne wollen die Zivilgesellschaft
67 nicht an den Katzentisch der politischen Auseinandersetzung verbannen, sondern auch den
68 gemeinnützigen Akteuren in diesem Bereich die Sicherheit geben, sich engagiert einbringen zu
69 können.

69 Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streiten wir daher für mehr Rechtssicherheit für gemeinnützige
70 Organisationen, damit sich diese weiterhin kreativ und engagiert auch in politische

71 Auseinandersetzungen einbringen können. Wir Grüne streben daher eine umfassende Reform
des
72 Gemeinnützigkeitsrechts an. Wir wollen in das Gemeinnützigkeitsrecht zusätzliche Zwecke
73 integrieren, die das Engagement der Bürger*innen auch für bisher nicht ausdrücklich
74 anerkannte Ziele wie die Durchsetzung des Sozialstaatsgebotes - einschließlich der dafür
75 nötigen Finanzausstattung des Staates - oder z.B. die Durchsetzung der Grund- und
76 Menschenrechte und LGBTIQ-Rechte steuerlich begünstigen. Diese wie bisherige Zwecke, ob
77 Umweltschutz oder Gleichberechtigung von Mann und Frau, können oft nur durch die Teilnahme
78 an der öffentlichen und auch politischen Willensbildung verfolgt werden. Das muss
79 ausdrücklich und umfassend erlaubt sein.

80 Jedoch muss sicher gestellt werden, dass nicht die wirtschaftlich Mächtigen einen
81 intransparenten und durch Steuervorteile übermäßigen Einfluss auf die öffentlich Debatte und
82 politische Willensbildung gewinnen, der die gleichberechtigte Teilnahme aller Bürger*innen
83 am demokratischen Prozess gefährdet. Deshalb braucht es Transparenzregeln für alle
84 politischen Akteure und für alle großen gemeinnützigen Organisationen. Hierzu können ein
85 Lobbyregister und ein Gemeinnützigkeitsregister beitragen. In ein öffentlich zugängliches
86 Gemeinnützigkeitsregister gehören neben der Auflistung der verfolgten Ziele auch Angaben
87 über die Finanzierung und über Großspenden.

88 Klar muss sein, auch in Zukunft müssen sich gemeinnützige Organisationen politisch
89 einbringen können, egal ob gegen Nazis auf der Straße, mit klugen Konzepten in der
90 öffentlichen Auseinandersetzung oder mit einer engagierten Bildungs- und Informationsarbeit.
91 Eine entschiedene Absage erteilen wir den Rufen aus Reihen von CDU/CSU oder FDP zur noch
92 weiteren Einschränkung politischen Engagements im Gemeinnützigkeitsrecht.

93 Als ersten Schritt zu einer Europäisierung, wollen wir die Schaffung eines europäischen
94 Vereinsrechts vorantreiben, das der Zivilgesellschaft ermöglicht, sich auch auf europäischer
95 Ebene besser zu organisieren und ihre Interessen besser vorzutragen. Außerdem unterstützen
96 wir den weiteren Abbau von Beteiligungshürden für die Zivilgesellschaft, sowie den Aufbau
97 eines europäischen Fördertopfes, um professionelle zivilgesellschaftliche Strukturen
98 europaweit strukturell zu unterstützen und damit ihre Arbeit nachhaltig abzusichern. Wir
99 erleben gerade wie in vielen europäischen Ländern zivilgesellschaftliches Engagement immer
100 schwieriger wird, so etwa in Ungarn, wo NGOs verpflichtet sind, sich als „ausländisch
101 finanziert“ zu registrieren und dies als Stigma auch bei sämtlichen Publikationen nennen
102 müssen. Staatliche Repression ist dort allgegenwärtig, aber auch in anderen Mitgliedsstaaten
103 der EU gibt es bedenkliche Entwicklungen. In Österreich schlug die FPÖ vor,
104 Umweltorganisationen nur noch dann an Verfahren zu beteiligen, wenn diese die Privatadressen

105 all ihrer Mitglieder offenlegen. Und nicht zuletzt die Entwicklungen zur Gemeinnützigkeit in
106 Deutschland sollte uns zu denken geben. Als Grüne in Europa wollen wir hier helfen, mit den
107 Rechtsstaatsinstrumenten auf der Ebene der EU, aber auch mit guten vorbildlichen
108 Politikansätzen in den Nationalstaaten.

109 Dem zunehmend enger werdenden Raum für die Zivilgesellschaft, den so genannten „shrinking
110 spaces“, setzen wir als Bündnisgrüne eine Strategie für neue Freiräume für das
111 zivilgesellschaftliche Handeln entgegen, wir wollen neue Räume schaffen und damit einen
112 „expanding space“ verwirklichen, durch mehr Sicherheit, Förderung und ein neues
113 Gemeinnützigkeitsrecht. Darum treten wir Bündnisgrüne als verlässliche Partner*innen einer

- 114 aktiven Zivilgesellschaft von der kommunalen bis zur europäischen Ebene auf und streiten für
115 sie und oft auch mit ihnen.

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 zur Klimapräsidentschaft machen und Europas Versprechen für Demokratie und Menschenrechte einlösen!

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 zur Klimapräsidentschaft machen und Europas
- 2 Versprechen
- 3 für Demokratie und Menschenrechte einlösen!
- 4 Ende 2019 nimmt die neue Europäische Kommission ihre Arbeit auf und ihr Arbeitsprogramm
- 5 wird
- 6 wegweisend für die kommenden Jahre europapolitischer Politik. Viele große Gesetzesvorhaben
- 7 werden dabei von dem Land verhandelt, das ab dem 1. Juli 2020 die EU-Ratspräsidentschaft
- 8 innehaben wird: Deutschland. Deutschland bildet ab dem 1. Juli 2020 bis Ende 2021 mit
- 9 Portugal und Slowenien die sogenannte Trio-Präsidentschaft. Im zweiten Halbjahr 2020 hat
- 10 Deutschland die Federführung. Das Trio formuliert gemeinsame Ziele und Prioritäten und
- 11 erarbeitet ein konkretes Programm, mit dem sich der Rat während der drei Präsidentschaften
- 12 befassen wird.
- 13 Die deutsche Ratspräsidentschaft zur Klima-Präsidentschaft machen
- 14 Im November 2020 findet die übernächste UN-Klimakonferenz (COP26) in Glasgow statt, kurz
- 15 davor kommen die UN-Mitgliedstaaten bei der 15. Weltartenschutzkonferenz zusammen. Eben
- 16 in
- 17 dieser Zeit wird Deutschland die Ratspräsidentschaft innehaben. Die EU und Deutschland
- 18 müssen diese Chance nutzen und dem ins Stocken geratenen globalen Kampf gegen die
- 19 Klimakrise
- 20 und dem Schutz der Biodiversität neues Leben einhauchen. Noch ist es nicht zu spät, dass wir
- 21 das Abkommen von Paris auch wirklich einhalten können, noch können die Aichi-Ziele zur
- 22 Bewahrung der biologischen Vielfalt erreicht werden. Dazu muss sich die EU auf ambitionierte
- 23 verbindliche Maßnahmen einigen, um in jedem Sektor unseren fairen Beitrag zur Erreichung der
- 24 Pariser Klimaschutzziele zu leisten. Wir brauchen endlich einen Aktionsplan Biodiversität.
- 25 Es gilt mit positivem Beispiel voranzugehen, um den Handlungsdruck auch auf zögernde
- 26 Regierungen in anderen Ländern der Welt zu erhöhen.
- 27 Doch bislang versagt die Bundesregierung nicht nur national beim Klimaschutz, sondern auch
- 28 europäisch. Das unambitionierte Klimapaket wird nur noch übertroffen von Deutschlands
- 29 Blockade bei europäischen Verhandlungen für mehr Klimaschutz. Es darf nicht sein, dass
- 30 Europa durch die rückwärtsgewandte Klimapolitik der Bundesregierung die Europäische Union

lähmt. So wurde zum Beispiel auch auf Betreiben Deutschlands verhindert, dass die Europäische Investitionsbank, die zukünftige "Klimabank", endlich keine fossilen Kraftwerke mehr fördert. Die EU hat wegen ihrer Wirtschaftskraft und ihrer historischen Emissionen eine höhere Verantwortung. Aktuell ist sie aber vom Vorreiter zum Nachzügler geworden: die Klimaziele reichen zur Einhaltung des Pariser Abkommens nicht aus, und die Maßnahmen sind sogar für die Erfüllung der eigenen Ziele unzureichend. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine zu

100 Prozent erneuerbare und energieeffiziente Europäische Union als Treiber für die internationale Energiewende. Dafür muss das europäische Klimaschutzziel, das sich keineswegs auf dem Pfad der Pariser Klimaziele bewegt, ambitionierter und verbindlich werden: wir fordern 65% Emissionsminderung bis 2030.

Ursula von der Leyen hat für ihre ersten 100 Tage einen Green Deal inklusive Klimaschutzgesetz angekündigt und den designierten EU-Kommissar Frans Timmermanns beauftragt, das Gesetz zusammen mit einem Plan für den europäischen Green Deal zu erarbeiten. Es wird in die Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft fallen, eine ambitionierte Position der Mitgliedstaaten im Rat zu definieren. Im europäischen Klimaschutzgesetz sollen klare Minderungsziele festgelegt werden, deren Erreichung unabhängig im Rahmen klarer Mechanismen überprüft werden soll, es soll direkt notwendige Massnahmen in den Sektoren unterlegen, damit Europa seine Verpflichtungen im Pariser Klimavertrag vollumfänglich erreicht. Dazu gehören die verbindliche Einbeziehung der Sektoren Flugverkehr und Schifffahrt ebenso wie die Umstellung der Landwirtschaft, um die Emissionen aus der Düngerproduktion und Tierhaltung zu minimieren. Ziel der Ratspräsidentschaft muss es sein, dass ein neues europäisches CO₂-Reduktionsziel beschlossen wird, das mit dem Pariser Klimaschutzabkommen kompatibel ist und zur Klimakonferenz in Glasgow COP26 eingereicht werden kann. Da darf die aktuelle deutsche Politik auf keinen Fall der Maßstab für sein! Die Bundesregierung muss auf europäischer Ebene für einen Mindestpreis im ETS von 40€ pro Tonne CO₂ eintreten.

Die neue Europäische Kommission wird wahrscheinlich eine Überarbeitung des Europäischen gesetzlichen Rahmens für Gas vorlegen. Falls es frühzeitig zu einem neuen "Gaspaket" kommt, wird die Bundesregierung die Ratsposition dazu verhandeln müssen. Statt weiter die Fürsprecherin fossiler Energieträger zu spielen, wie etwa beim Bau der Gaspipeline Nord Stream 2, sollte die Bundesregierung den Blick endlich in die Zukunft richten und die Europäische Energiewende mit aller Kraft vorantreiben. Wir wollen keine weiteren Gelder für fossile Infrastruktur ausgeben, sondern in den Ausbau der Erneuerbaren Energien und eine Verbesserung der Energieeffizienz investieren und gezielt Power-To-X Technologien fördern. Dafür muss Europa zu einem gemeinsamen Großmarkt auf der Basis von Erneuerbaren zusammenwachsen.

Wir brauchen außerdem nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa einen vollständigen Kohleausstieg. Während in Deutschland dafür die Milliardenpakete geschnürt werden, sieht es auf europäischer Ebene dafür mau aus. Der deutsche Kohleausstieg - teuer, langsam, rückwärtsgewandt - ist schlecht gemacht. Viel Geld für wenig Transformation und wenig Zukunft und somit kein Vorbild für andere, auch weniger reiche Mitgliedsstaaten. Aber wir wissen auch: die Transformation gibt es nicht umsonst. Dabei ist klar: auch andere europäische Kohleregionen zum Beispiel in Polen werden Unterstützung für die Transformation

brauchen. Hier kann und muss die EU die wirtschaftlich schwächeren Länder beim Ausstieg unterstützen. Der nun anvisierte "Just Transition Fund" im EU Haushalt muss auskömmlich finanziert sein als Teil des Green Deals, an verbindliche Abschaltpläne gekoppelt werden, nur zukunftsste Investitione unterstüzt und die Beschäftigten im Blick haben.

Die grüne Transformation der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft muss aber als Querschnittsthema im nächsten EU-Haushalt gestaltet werden. Auch hier kommt es auf die deutsche Regierung an aus dem Kohleausstieg ein europäisches Projekt zu machen! Wir brauchen

ein Divestment-Programm und ein Climate Mainstreaming für den EU-Haushalt. Nachdem mit der

Photovoltaik eine Schlüsselindustrie des 21. Jahrhunderts ohne Federlesens anderen Volkswirtschaften überlassen wurde, gilt es, mit einer europäischen Wasserstoffstrategie Know-How und zukunftsfähige Arbeitsplätze in der EU zu halten.

Die Landwirtschaft produziert heute größtenteils nach Bedingungen, die in eine Sackgasse für Bäuer*innen, für Umwelt und Klima führen. Wir müssen dieses System grundsätzlich ändern, so dass ein umwelt-, tier- und klimafreundliches Wirtschaften sich eher lohnt als industrialisierte Landwirtschaft. Die Agrarpolitik der Bundesregierung wie auch die EU-Agrarpolitik tun aber genau das nicht und leisten so ihren Beitrag, die Klimakrise anzuhetzen. Wir fordern daher einen radikalen Umbau der EU-Agrarförderung (GAP) sowie eine Qualifizierung der Gelder der Europäischen Agrarpolitik: Öffentliche Gelder sollen qualifiziert und spätestens ab 2027 nur in öffentliche Leistung investiert werden. Gefördert werden soll dann nur noch eine klima- und tiergerechte, arten- und umweltschützende Landwirtschaft.

Deutschland hat über den Europäischen Rat Einfluss und Möglichkeit, diesen Systemwechsel in der EU-Agrarpolitik einzufordern und muss seine Ratspräsidentschaft nutzen, um endlich einen Kurswechsel im Bereich der EU-Agrarförderung einzuleiten, um eine klimagerechtere Landwirtschaft voranzubringen.

EU Haushalt stärken

Momentan verhandelt das Europäische Parlament mit Kommission und Rat das Budget der Europäischen Union für die kommenden Jahre. Trotz eines ambitionierteren französischen Vorschlags möchte Deutschland daran festhalten, dass nur 25% der gesamten Ausgaben des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 der EU einen Beitrag zur Erreichung der EU-Klimaziele leisten sollen. Der Umweltausschuss hat sich im September allerdings für einen 40%igen Anteil für Klimaschutz-Investitionen ausgesprochen; wir GRÜNE fordern 50%. Für die EU-Außenfinanzierung fordern wir 40 Prozent fürs Klima und 10 Prozent für Biodiversität, damit die EU künftig deutlich mehr für Finanzierungsbedarfe in Entwicklungsländern bereitstellt. Damit würde die EU endlich einen fairen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung im Kontext der UN Klimaverhandlungen leisten. Finanzminister Scholz sollte sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Blockade der deutschen Regierung für mehr Klimaschutz im Haushalt der Europäischen Union endlich aufbricht. Angesichts der globalen Klimakatastrophe haben wir keine Zeit mehr zu verlieren. Es darf keine falsche Zurückhaltung beim Schutz unserer Lebensgrundlagen geben. Unser Planet und wir können nicht auf den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen in acht Jahren warten. Dann wird es zu spät sein.

115 Die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen fordert 1.000 Milliarden Euro für den
116 Klimaschutz in der Europäischen Union. Der Europäische Rechnungshof fordert sogar das
117 Zehnfache. Doch die deutsche Bundesregierung hält am 1-Prozent-Ziel als Anteil am
118 Bruttonationaleinkommen (BNE) für den europäischen Haushalt fest, und möchte an den
Ausgaben
119 aber auch nichts ändern. Gleichzeitig trägt die Bundesregierung in der EU zur Blockade
120 wichtiger Maßnahmen gegen Steuerdumping bei, die einen größeren EU-Haushalt
gegenfinanzieren
121 könnten. Wir fordern die deutsche Bundesregierung auf für mehr europäische Investitionen in
122 Klima, Digitalisierung und Zusammenhalt einzustehen und das 1%-Ziel bei den Verhandlungen
123 zum mehrjährigen Finanzrahmen aufzugeben. Die Bundesregierung schadet mit ihrer
124 Hardlinerposition der Europäischen Union. Wer den EU-Haushalt zusammenkürzen will, wird die
125 Klimakrise nicht stoppen und verschärft die soziale Spaltung auf unserem Kontinent. Wir
126 GRÜNE wollen in einem ersten Schritt 1,3% BNE für den EU-Haushalt bereitstellen und den EU-
127 Haushalt durch eigene Einnahmequellen unabhängiger machen.

128 Was in Deutschland die Fixierung auf die schwarze Null ist, das ist in der Europäischen
129 Union das 1-Prozent-Ziel. Ein Aufbruch für Europa sieht ganz anders aus.

130 Die Europäische Investitionsbank (EIB) zur Klimabank machen: ‚Energy Efficiency First‘
131 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treibt gemeinsam mit unseren Freund*innen aus Europa die Debatte
über
132 eine neue Finanzierungspolitik der Europäischen Investitionsbank (EIB) an. Deutschland
133 gehört zu den größten Geldgebern der Bank. Wir begrüßen den Vorschlag der EIB für ihre
134 geplante Darlehenspolitik im Energiebereich, die Finanzierung von Projekten mit fossilen
135 Brennstoffen einzustellen sowie alle Bemühungen, die Aktivitäten der EIB mit den Zielen des
136 Pariser Klimaabkommens in Einklang zu bringen. Es braucht allerdings mehr ehrgeizige
137 Schritte um die EIB in eine Klimabank zu verwandeln. Dazu braucht die EIB mehr Eigenkapital,
138 um innovative Technologien in großem Umfang zu finanzieren und eine
139 Managementkultur, Risiken einzugehen, die Privatinvestor*innen noch nicht tragen wollen.
140 Einen schnellen Fossil-Ausstieg unterstützen wir voll und ganz.

141 Europas Versprechen für Demokratie und Menschenrechte einlösen

142 Die deutsche Ratspräsidentschaft muss während der Ratspräsidentschaft einen Schwerpunkt
auf
143 die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie setzen. Europas Werte basieren auf der
144 Grundrechtecharta: Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.
145 Dieses Jahr wird die Grundrechtecharta zehn Jahre. Ein Grund zu feiern! Aber die
146 Einschränkung von Wissenschaftsfreiheit, autoritäre Justizreformen, Korruption, die
147 Einschränkung von Pressefreiheit und Demonstrationsrecht und zivilgesellschaftlicher Akteure
148 in vielen Mitgliedsstaaten zeigen: Demokratie, Freiheit, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit
149 sind nicht in Stein gemeißelt. Sie gilt es immer wieder neu zu erkämpfen, zu schützen und zu
150 bewahren.

151

152 Wir fordern, dass sich die deutsche Ratspräsidentschaft für eine Reform der
153 Grundrechtecharta einsetzt. Ihr Anwendungsbereich soll so ausgeweitet werden, dass alle
154 Bürger*innen der EU die in der Charta enthaltenen Grundrechte im national vorgesehenen
155 Instanzenweg auch gegenüber ihren jeweiligen Nationalstaaten einklagen können. Das würde

sie

156 massiv stärken und die Möglichkeiten verbessern, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu
157 verteidigen, gerade in den Ländern, in denen diese Prinzipien angegriffen werden. Sie gilt
158 es immer wieder neu zu erkämpfen, zu schützen und zu bewahren. Die Grundrechtecharta muss
159 dabei uneingeschränkt auch in der digitalen Sphäre durchgesetzt werden.

160

161 In Zeiten von erstarkendem Rechtspopulismus stärken wir gezielt die demokratischen Kräfte in
162 den betroffenen Mitgliedstaaten. Darum fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wenn Regierungen
in

163 Mitgliedstaaten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit schwerwiegend, systematisch und
164 dauerhaft, unter anderem durch Korruption, untergraben, soll die EU-Kommission den
165 nationalen Regierungen die Kontrolle über die Vergabe von EU-Geldern entziehen können. Ein
166 Entzug von Fördermitteln soll jedoch nicht die breite Bevölkerung treffen sondern nur die
167 Regierungen, die demokratische Prinzipien verletzt haben. Deshalb wollen wir, dass dem
168 betreffenden Mitgliedsstaat nicht pauschal Mittel gestrichen, sondern dass sie zielgerichtet
169 eingefroren und direkt verwaltet von der Kommission an die Kommunen und andere
170 Fördermittelempfänger ausgegeben werden. So könnte das Geld weiterhin dort ankommen, wo
es

171 gebraucht und sinnvoll verwendet wird, aber die Vergabemacht läge nicht mehr bei den
172 nationalen Regierungen. Das muss im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen unter deutscher
173 Ratspräsidentschaft verankert werden.

174 Bereits bestehende Instrumente der EU zur Sicherung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie,
175 wie der EU-Rechtsstaatsmechanismus, müssen weiterentwickelt werden. Deutschland hat die
176 Aufgabe, dies zu einer der Kernaufgaben der Ratspräsidentschaft zu machen. Ein wirksamer
177 Rechtsstaatsmechanismus braucht klare Kriterien, unabhängige Untersuchungen und echte
178 Sanktionsmöglichkeiten. Darunter verstehen wir einen umfassenden, alle Mitgliedsstaaten
179 einschließenden und jährlichen Bericht über Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch eine
180 unabhängige Kommission, die sich aus den Nationalen Parlamenten und dem Europäischen
181 Parlament ernannten Verfassungsexperten zusammensetzt.

182 Bei akuten und gravierenden Verletzungen von demokratischen Prinzipien und
183 Rechtsstaatlichkeit durch einzelne nationale Gesetze erstellt die "Rechtsstaats-Kommission"
184 Ad-hoc-Berichte und schlägt der Europäischen Kommission Reaktions- und
185 Sanktionsmöglichkeiten vor. Doch Sanktionen alleine reichen nicht aus: Wir wollen
186 Rahmenbedingungen für Zivilgesellschaft, Medien und politische Pluralität in der EU stärken.
187 Um aktiv und gemeinnützig agierende Akteur*innen zu schützen, sollte die deutsche
188 Ratspräsidentschaft sich für die Schaffung eines europaweiten Vereins- und
189 Gemeinnützigkeitsrechts einsetzen.

190 Dabei schauen wir auch auf uns in Deutschland selbst: Urteile des EuGH dürfen
191 Mitgliedstaaten der EU nicht ignorieren. Vertragsverletzungsverfahren laufen auch gegen
192 Deutschland. Dabei muss gerade Deutschland während der Ratspräsidentschaft zeigen:
193 Vertragsverletzungsverfahren nimmt die Bundesregierung ernst und beendet den andauernden
194 Verstoß zum Beispiel gegen die EU-Nitratrichtlinie.

195 Stärkung der Menschenrechte innerhalb und außerhalb der EU

196

197 An den europäischen Außengrenzen verletzen Mitgliedsstaaten systematisch europäisches
Recht.

198 In Ländern wie Kroatien wird Menschen ein rechtsstaatliches Verfahren verweigert.

199 Geflüchtete werden durch kroatische Grenzbeamte misshandelt, beraubt und illegal wieder in
200 Drittstaaten zurückgeschickt. Die deutsche Ratspräsidentschaft muss sich gegen die
201 Menschenrechtsverletzungen an den Außengrenzen stellen und Maßnahmen ergreifen, solche
202 Situationen zu verhindern. Statt willkürliche Grenzkontrollen im Schengenraum durchzuführen
203 sollten wir uns verstärkt darum kümmern, dass im Schengenraum keine
204 Menschenrechtsverletzungen mehr geduldet werden.

205 Menschen auf der Flucht sind kriminellen Strukturen und Gewalt schutzlos ausgesetzt. Auch
206 innerhalb Europas, etwa in den überfüllten Lagern auf den griechischen Inseln werden die
207 Menschenrechte von Geflüchteten durch das Fehlen einer solidarischen Verteilungspolitik in
208 Europa massiv verletzt. Die Einführung eines Ad-Hoc-Verteilungsmechanismus zwischen vier EU-
209 Staaten wäre ein Schritt in die richtige Richtung gewesen. Die Bundesregierung muss ihre
210 Ratspräsidentschaft nutzen, um einen gemeinsamen solidarischen Verteilmechanismus und
auch
211 die Europäische Unterstützung aufnahmebereiter Kommunen voranzubringen.

212 Die EU-Kommission wird eine neue Antidiskriminierungsrichtlinie vorlegen, die
213 Diskriminierung außerhalb des Arbeitsmarktes für alle Diskriminierungstatbestände verhindern
214 und ahnden soll. Hier sollte die deutsche Ratspräsidentschaft eine ambitionierte
215 Ratspositionierung ermöglichen. Dies ist besonders wichtig vor dem Hintergrund, dass die
216 deutschen Regierungen der letzten Jahre immer eine solche Antidiskriminierungsgesetzgebung
mit
217 verhindert haben.

218 Außerdem kann die deutsche Ratspräsidentschaft mit Blick auf Gleichberechtigung die
219 angekündigten Initiativen für Lohngleichheit und gegen Gewalt an Frauen gestärkt und
220 konkretisiert werden. Hier braucht es ambitionierte Gesetzgebung statt weiterer
221 Koordinierungsprozesse. Die von Ursula von der Leyen angekündigte Richtlinie gegen
222 geschlechterbezogene Gewalt muss vorgelegt werden, statt wieder in der Schublade zu
223 verschwinden. Wir fordern, dass die Bundesregierung ihre Ankündigung wahr macht und eine
224 Initiative für nachhaltige Lieferketten startet. Es braucht verbindliche Regeln, die
225 sicherstellen, dass unsere Lieferketten frei von Menschenrechtsverletzungen und
226 Umweltverbrechen sind.

227

228 Wir treten für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik ein, die sich für
229 Menschenrechte stark macht. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass Verteidiger*innen von
230 Menschenrechten und Demokratie, Hinweisgeber*innen, aber auch Bürger*innendialoge mehr
und
231 unbürokratischer gefördert und geschützt werden. Eine konkrete Aufgabe für die deutsche
232 Ratspräsidentschaft wird es sein, den Aktionsplan für Menschenrechte und Demokratie des
233 Europäischen Rates voranzutreiben. Menschenrechte müssen bei allen EU-Handelsverträgen
234 verbindlich verankert und ihre Verletzung einklagbar sein. Weiterhin sollte die
235 internationale Vernetzung und der Austausch von zivilgesellschaftlichen Organisationen
236 unterstützt werden. Humanitäre Hilfe darf weder außerhalb noch innerhalb Europas
237 kriminalisiert werden. Bei dem angekündigten Aufschlag für eine gemeinsame Migrations- und

238 Asylpolitik wird es entscheidend auf die Bundesregierung während der Ratspräsidentschaft
239 ankommen, hier die Menschenrechte, das Recht auf Asyl und die Einhaltung von
internationalem
240 Recht durchzusetzen.

241 Eine Umwidmung der Entwicklungszusammenarbeit zur Migrationsabwehr - beispielsweise
durch
242 Migrationsmarker bei Entwicklungszusammenarbeitsprojekten, Mindestausgaben für
243 Migrationsmanagement in Entwicklungszusammenarbeitsinstrumenten, Nutzung von EU-Trust-
Funds
244 für die Unterstützung von Grenzpolizei von Staaten, in denen Menschen- und Flüchtlingsrechte
245 nicht gewahrt sind, oder migrationspolitischen Bedingungen für die Bewilligung von
246 Entwicklungszusammenarbeitsgeldern - lehnen wir ab. Wir setzen uns dafür ein, dass die
247 Ratspräsidentschaft das ebenfalls tut.

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 zur Klimapräsidentschaft machen und Europas Versprechen für Demokratie und Menschenrechte einlösen!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 zur Klimapräsidentschaft machen und Europas
- 2 Versprechen
- 3 für Demokratie und Menschenrechte einlösen!
- 4 Ende 2019 nimmt die neue Europäische Kommission ihre Arbeit auf und ihr Arbeitsprogramm
- 5 wird
- 6 wegweisend für die kommenden Jahre europapolitischer Politik. Viele große Gesetzesvorhaben
- 7 werden dabei von dem Land verhandelt, das ab dem 1. Juli 2020 die EU-Ratspräsidentschaft
- 8 innehaben wird: Deutschland. Deutschland bildet ab dem 1. Juli 2020 bis Ende 2021 mit
- 9 Portugal und Slowenien die sogenannte Trio-Präsidentschaft. Im zweiten Halbjahr 2020 hat
- 10 Deutschland die Federführung. Das Trio formuliert gemeinsame Ziele und Prioritäten und
- 11 erarbeitet ein konkretes Programm, mit dem sich der Rat während der drei Präsidentschaften
- 12 befassen wird.
- 13 Die deutsche Ratspräsidentschaft zur Klima-Präsidentschaft machen
- 14 Im November 2020 findet die übernächste UN Klimakonferenz (COP26) in Glasgow statt, kurz
- 15 davor kommen die UN Mitgliedsstaaten bei der 15. Weltartenschutzkonferenz zusammen. Eben
- 16 in
- 17 dieser Zeit wird Deutschland die Ratspräsidentschaft innehaben. Die EU und Deutschland
- 18 müssen diese Chance nutzen und dem ins Stocken geratenen globalen Kampf gegen die
- 19 Klimakrise
- 20 und dem Schutz der Biodiversität neues Leben einhauchen. Noch ist es nicht zu spät, dass wir
- 21 das Abkommen von Paris auch wirklich einhalten können, noch können die Aichi Ziele zur
- 22 Bewahrung der biologischen Vielfalt erreicht werden. Dazu muss sich die EU auf ambitionierte
- 23 verbindliche Maßnahmen einigen, um in jedem Sektor unseren fairen Beitrag zur Erreichung der
- 24 Pariser Klimaschutzziele zu leisten. Wir brauchen endlich einen Aktionsplan Biodiversität.
- 25 Es gilt mit positivem Beispiel voranzugehen, um den Handlungsdruck auch auf zögernde
- 26 Regierungen in anderen Ländern der Welt zu erhöhen.
- 27 Doch bislang versagt die Bundesregierung nicht nur national beim Klimaschutz, sondern auch
- 28 europäisch. Das unambitionierte Klimapaket wird nur noch übertroffen von Deutschlands
- 29 Blockade bei europäischen Verhandlungen für mehr Klimaschutz. Es darf nicht sein, dass
- 30 Europa durch die rückwärtsgewandte Klimapolitik der Bundesregierung die Europäische Union

lähmt. So wurde zum Beispiel auch auf Betreiben Deutschlands verhindert, dass die Europäische Investitionsbank, die zukünftige "Klimabank", endlich keine fossilen Kraftwerke mehr fördert. Die EU hat wegen ihrer Wirtschaftskraft und ihrer historischen Emissionen eine höhere Verantwortung. Aktuell ist sie aber vom Vorreiter zum Nachzügler geworden: die Klimaziele reichen zur Einhaltung des Pariser Abkommens nicht aus, und die Maßnahmen sind sogar für die Erfüllung der eigenen Ziele unzureichend. Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen eine zu 100 Prozent erneuerbare und energieeffiziente Europäische Union als Treiber für die internationale Energiewende. Dafür muss das europäische Klimaschutzziel, das sich keineswegs auf dem Pfad der Pariser Klimaziele bewegt, ambitionierter und verbindlich werden: wir fordern 65% Emissionsminderung bis 2030.

Ursula von der Leyen hat für ihre ersten 100 Tage einen Green Deal inklusive Klimaschutzgesetz angekündigt und den designierten EU Kommissar Frans Timmermans beauftragt, das Gesetz zusammen mit einem Plan für den europäischen Green Deal zu erarbeiten. Es wird in die Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft fallen, eine ambitionierte Position der Mitgliedstaaten im Rat zu definieren. Im europäischen Klimaschutzgesetz sollen klare Minderungsziele festgelegt werden, deren Erreichung unabhängig im Rahmen klarer Mechanismen überprüft werden soll, es soll direkt notwendige Massnahmen in den Sektoren unterlegen, damit Europa seine Verpflichtungen im Pariser Klimavertrag vollumfänglich erreicht. Dazu gehören die verbindliche Einbeziehung der Sektoren Flugverkehr und Schifffahrt ebenso wie die Umstellung der Landwirtschaft, um die Emissionen aus der Düngerproduktion und Tierhaltung zu minimieren. Ziel der Ratspräsidentschaft muss es sein, dass ein neues europäisches CO2 Reduktionsziel beschlossen wird, das mit dem Pariser Klimaschutzabkommen kompatibel ist und zur Klimakonferenz in Glasgow COP26 eingereicht werden kann. Da darf die aktuelle deutsche Politik auf keinen Fall der Maßstab für sein! Die Bundesregierung muss auf europäischer Ebene für einen Mindestpreis im ETS von 40€ pro Tonne CO2 eintreten.

Die neue Europäische Kommission wird wahrscheinlich eine Überarbeitung des Europäischen gesetzlichen Rahmens für Gas vorlegen. Falls es frühzeitig zu einem neuen "Gaspaket" kommt, wird die Bundesregierung die Ratsposition dazu verhandeln müssen. Statt weiter die Fürsprecherin fossiler Energieträger zu spielen, wie etwa beim Bau der Gaspipeline Nord Stream 2, sollte die Bundesregierung den Blick endlich in die Zukunft richten und die Europäische Energiewende mit aller Kraft vorantreiben. Wir wollen keine weiteren Gelder für fossile Infrastruktur ausgeben, sondern in den Ausbau der Erneuerbaren Energien und eine Verbesserung der Energieeffizienz investieren und gezielt Power-To-X Technologien fördern. Dafür muss Europa zu einem gemeinsamen Großmarkt auf der Basis von Erneuerbaren zusammenwachsen.

Wir brauchen außerdem nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa einen vollständigen Kohleausstieg. Während in Deutschland dafür die Milliardenpakete geschnürt werden, sieht es auf europäischer Ebene dafür mau aus. Der deutsche Kohleausstieg - teuer, langsam, rückwärtsgewandt - ist schlecht gemacht. Viel Geld für wenig Transformation und wenig Zukunft und somit kein Vorbild für andere, auch weniger reiche Mitgliedsstaaten. Aber wir wissen auch: die Transformation gibt es nicht umsonst. Dabei ist klar: auch andere europäische Kohleregionen zum Beispiel in Polen werden Unterstützung für die Transformation brauchen. Hier kann und muss die EU die wirtschaftlich schwächeren Länder beim Ausstieg

unterstützen. Der nun anvisierte "Just Transition Fund" im EU Haushalt muss auskömmlich finanziert sein als Teil des Green Deals, an verbindliche Abschaltpläne gekoppelt werden, nur zukunftsste Investitione unterstätzt und die Beschäftigten im Blick haben.

Die grüne Transformation der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft muss aber als Querschnittsthema im nächsten EU Haushalt gestaltet werden. Auch hier kommt es auf die deutsche Regierung an aus dem Kohleausstieg ein europäisches Projekt zu machen! Wir brauchen

ein Divestment Programm und ein Climate mainstreaming für den EU Haushalt. Nachdem mit der

Photovoltaik eine Schlüsselindustrie des 21. Jahrhunderts ohne Federlesens anderen Volkswirtschaften überlassen wurde, gilt es, mit einer europäischen Wasserstoffstrategie Know-How und zukunftsfähige Arbeitsplätze in der EU zu halten.

Die Landwirtschaft produziert heute größtenteils nach Bedingungen, die in eine Sackgasse für Bäuerinnen und Bauern, für Umwelt und Klima führen. Wir müssen dieses System grundsätzlich ändern, so dass ein umwelt-, tier- und klimafreundliches Wirtschaften sich eher lohnt als industrialisierte Landwirtschaft. Die Agrarpolitik der Bundesregierung wie auch die EU-Agrarpolitik tun aber genau das nicht und leisten so ihren Beitrag, die Klimakrise anzuhetzen. Wir fordern daher einen radikalen Umbau der EU-Agrarförderung (GAP) sowie eine Qualifizierung der Gelder der Europäischen Agrarpolitik: Öffentliche Gelder sollen qualifiziert und spätestens ab 2027 nur in öffentliche Leistung investiert werden. Gefördert werden soll dann nur noch eine klima- und tiergerechte, arten- und umweltschützende Landwirtschaft.

Deutschland hat über den Europäischen Rat Einfluss und Möglichkeit, diesen Systemwechsel in der EU-Agrarpolitik einzufordern und muss seine Ratspräsidentschaft nutzen, um endlich einen Kurswechsel im Bereich der EU-Agrarförderung einzuleiten, um eine klimagerechtere Landwirtschaft voranzubringen.

EU Haushalt stärken

Momentan verhandelt das Europäische Parlament mit Kommission und Rat das Budget der Europäischen Union für die kommenden Jahre. Trotz eines ambitionierteren französischen Vorschlags möchte Deutschland daran festhalten, dass nur 25% der gesamten Ausgaben des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021 – 2027 der EU einen Beitrag zur Erreichung der EU-Klimaziele

leisten sollen. . Der Umweltausschuss hat sich im September allerdings für einen 40%igen Anteil für Klimaschutz-Investitionen ausgesprochen; wir Grüne fordern 50%. Für die EU Außenfinanzierung fordern wir 40 Prozent fürs Klima und 10 Prozent für Biodiversität, damit die EU künftig deutlich mehr für Finanzierungsbedarfe in Entwicklungsländern bereitstellt. Damit würde die EU endlich einen fairen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung im Kontext der UN Klimaverhandlungen leisten. Finanzminister Scholz sollte sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Blockade der deutschen Regierung für mehr Klimaschutz im Haushalt der Europäischen Union endlich aufbricht. Angesichts der globalen Klimakatastrophe haben wir keine Zeit mehr zu verlieren. Es darf keine falsche Zurückhaltung beim Schutz unserer Lebensgrundlagen geben. Unser Planet und wir können nicht auf den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen in acht Jahren warten. Dann wird es zu spät sein.

115 Die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen fordert 1 000 Milliarden Euro für den
116 Klimaschutz in der Europäischen Union. Der Europäische Rechnungshof fordert sogar das
117 Zehnfache. Doch die deutsche Bundesregierung hält am 1-Prozent-Ziel als Anteil am Brutto
118 National Einkommen (BNE) für den europäischen Haushalt fest, und möchte an den Ausgaben
aber
119 auch nichts ändern. Gleichzeitig trägt die Bundesregierung in der EU zur Blockade wichtiger
120 Maßnahmen gegen Steuerdumping bei, die einen größeren EU-Haushalt gegenfinanzieren
könnten.
121 Wir fordern die Deutsche Bundesregierung auf für mehr europäische Investitionen in Klima,
122 Digitalisierung und Zusammenhalt einzustehen und das 1% Ziel bei den Verhandlungen zum
123 mehrjährigen Finanzrahmen aufzugeben. Die Bundesregierung schadet mit ihrer Hardliner
124 Position der Europäischen Union. Wer den EU Haushalt zusammenkürzen will wird die Klimakrise

125 nicht stoppen und verschärft die soziale Spaltung auf unserem Kontinent. Wir Grüne wollen in
126 einem ersten Schritt 1,3% BNE für den EU Haushalt bereitstellen und den EU Haushalt durch
127 eigene Einnahmequellen unabhängiger machen.

128 Was in Deutschland die Fixierung auf die schwarze Null ist, das ist in der Europäischen
129 Union das 1-Prozent-Ziel. Ein Aufbruch für Europa sieht ganz anders aus.

130 Die Europäische Investitionsbank (EIB) zur Klimabank machen: ‚Energy Efficiency First‘

131 Bündnis 90/DIE GRÜNEN treibt gemeinsam mit unseren Freundinnen und Freunden aus Europa
die
132 Debatte über eine neue Finanzierungspolitik der Europäischen Investitionsbank (EIB) an.
133 Deutschland gehört zu größten Geldgeber der Bank. Wir begrüßen den Vorschlag der EIB für
134 ihre geplante Darlehenspolitik im Energiebereich, die Finanzierung von Projekten mit
135 fossilen Brennstoffen einzustellen sowie alle Bemühungen, die Aktivitäten der EIB mit den
136 Zielen des Pariser Klimaabkommens in Einklang zu bringen. Es braucht allerdings mehr
137 ehrgeizige Schritte um die EIB in eine Klimabank zu verwandeln. Dazu braucht die EIB mehr
138 Eigenkapital, um innovative Technologien in großem Umfang zu finanzieren zu können und eine
139 Managementkultur, Risiken einzugehen, die Privatinvestoren noch nicht tragen wollen. Einen
140 schnellen Fossil-Ausstieg unterstützen wir voll und ganz.

141 Europas Versprechen für Demokratie und Menschenrechte einlösen

142 Die deutsche Ratspräsidentschaft muss während der Ratspräsidentschaft einen Schwerpunkt
auf
143 die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie setzen. Europas Werte basieren auf der
144 Grundrechtecharta: Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.
145 Dieses Jahr wird die Grundrechtecharta zehn Jahre. Ein Grund zu feiern! Aber die
146 Einschränkung von Wissenschaftsfreiheit, autoritäre Justizreformen, Korruption, die
147 Einschränkung von Pressefreiheit und Demonstrationsrecht und zivilgesellschaftlicher Akteure
148 in vielen Mitgliedsstaaten zeigen: Demokratie, Freiheit, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit
149 sind nicht in Stein gemeißelt. Sie gilt es immer wieder neu zu erkämpfen, zu schützen und zu
150 bewahren.
151
152 Wir fordern, dass sich die deutsche Ratspräsidentschaft für eine Reform der
153 Grundrechtecharta einsetzt. Ihr Anwendungsbereich soll so ausgeweitet werden, dass alle
154 Bürger*innen der EU die in der Charta enthaltenen Grundrechte im national vorgesehenen

155 Instanzenweg auch gegenüber ihren jeweiligen Nationalstaaten einklagen können. Das würde
156 sie
157 massiv stärken und die Möglichkeiten verbessern, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu
158 verteidigen, gerade in den Ländern, in denen diese Prinzipien angegriffen werden. Sie gilt
159 es immer wieder neu zu erkämpfen, zu schützen und zu bewahren. Die Grundrechtecharta muss
160 dabei uneingeschränkt auch in der digitalen Sphäre durchgesetzt werden.

161 In Zeiten von erstarkendem Rechtspopulismus stärken wir gezielt die demokratischen Kräfte in
162 den betroffenen Mitgliedstaaten. Darum fordern Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Wenn Regierungen in
163 Mitgliedstaaten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit schwerwiegend, systematisch und
164 dauerhaft, unter anderem durch Korruption, untergraben, soll die EU-Kommission den
165 nationalen Regierungen die Kontrolle über die Vergabe von EU-Geldern entziehen können. Ein
166 Entzug von Fördermitteln soll jedoch nicht die breite Bevölkerung treffen sondern nur die
167 Regierungen, die demokratische Prinzipien verletzt haben. Deshalb wollen wir, dass dem
168 betreffenden Mitgliedsstaat nicht pauschal Mittel gestrichen, sondern dass sie zielgerichtet
169 eingefroren und direkt verwaltet von der Kommission an die Kommunen und andere
170 Fördermittelempfänger ausgegeben werden. So könnte das Geld weiterhin dort ankommen, wo
171 es
172 gebraucht und sinnvoll verwendet wird, aber die Vergabemacht läge nicht mehr bei den
173 nationalen Regierungen. Das muss im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen unter deutscher
174 Ratspräsidentschaft verankert werden.

175 Bereits bestehende Instrumente der EU zur Sicherung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie,
176 wie der EU-Rechtsstaatsmechanismus, müssen weiterentwickelt werden. Deutschland hat die
177 Aufgabe, dies zu einer der Kernaufgaben der Ratspräsidentschaft zu machen. Ein wirksamer
178 Rechtsstaatsmechanismus braucht klare Kriterien, unabhängige Untersuchungen und echte
179 Sanktionsmöglichkeiten. Darunter verstehen wir einen umfassenden, alle Mitgliedsstaaten
180 einschließenden und jährlichen Bericht über Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch eine
181 unabhängige Kommission, die sich aus den Nationalen Parlamenten und dem Europäischen
182 Parlament ernannten Verfassungsexperten zusammensetzt.

183 Bei akuten und gravierenden Verletzungen von demokratischen Prinzipien und
184 Rechtsstaatlichkeit durch einzelne nationale Gesetze erstellt die "Rechtsstaats-Kommission"
185 Ad-hoc-Berichte und schlägt der Europäischen Kommission Reaktions- und
186 Sanktionsmöglichkeiten vor. Doch Sanktionen alleine reichen nicht aus: Wir wollen
187 Rahmenbedingungen für Zivilgesellschaft, Medien und politische Pluralität in der EU stärken.
188 Um aktiv und gemeinnützig agierende Akteur/innen zu schützen, sollte die deutsche
189 Ratspräsidentschaft sich für die Schaffung eines europaweiten Vereins- und
190 Gemeinnützigkeitsrechts einsetzen.

191 Dabei schauen wir auch auf uns in Deutschland selbst: Urteile des EuGH dürfen
192 Mitgliedstaaten der EU nicht ignorieren. Vertragsverletzungsverfahren laufen auch gegen
193 Deutschland. Dabei muss gerade Deutschland während der Ratspräsidentschaft zeigen:
194 Vertragsverletzungsverfahren nimmt die Bundesregierung ernst und beendet den andauernden
195 Verstoß zum Beispiel gegen die EU-Nitratrichtlinie.

196 Stärkung der Menschenrechte innerhalb und außerhalb der EU

197 An den europäischen Außengrenzen verletzen Mitgliedsstaaten systematisch europäisches
Recht.

198 In Ländern wie Kroatien wird Menschen ein rechtsstaatliches Verfahren verweigert.

199 Geflüchtete werden durch kroatische Grenzbeamte misshandelt, beraubt und illegal wieder in
200 Drittstaaten zurückgeschickt. Die deutsche Ratspräsidentschaft muss sich gegen die
201 Menschenrechtsverletzungen an den Außengrenzen stellen und Maßnahmen ergreifen, solche
202 Situationen zu verhindern. Statt willkürliche Grenzkontrollen im Schengenraum durchzuführen
203 sollten wir uns verstärkt darum kümmern, dass im Schengenraum keine
204 Menschenrechtsverletzungen mehr geduldet werden.

205 Menschen auf der Flucht sind kriminellen Strukturen und Gewalt schutzlos ausgesetzt. Auch
206 innerhalb Europas, etwa in den überfüllten Lagern auf den griechischen Inseln werden die
207 menschenrechte von Geflüchteten durch das Fehlen einer solidarischen Verteilungspolitik in
208 Europa massiv verletzt. Die Einführung eines Ad-Hoc Verteilungsmechanismus zwischen 4 EU
209 Staaten wäre ein Schritt in die richtige Richtung gewesen. Die Bundesregierung muss ihre
210 Ratspräsidentschaft nutzen, um einen gemeinsamen solidarischen Verteilmechanismus und
auch
211 die Europäische Unterstützung aufnahmebereiter Kommunen voranzubringen.

212 Die EU Kommission wird eine neue Antidiskriminierungsrichtlinie vorlegen, die
213 Diskriminierung außerhalb des Arbeitsmarktes für alle Diskriminierungstatbestände verhindern
214 und ahnden soll. Hier sollte die deutsche Ratspräsidentschaft eine ambitionierte
215 Ratspositionierung ermöglichen. Dies ist besonders wichtig vor dem Hintergrund, dass die
216 deutschen Regierungen der letzten Jahre immer eine solche Antidiskriminierungsgesetzgebung
mit
217 verhindert haben.

218 Außerdem kann die deutsche Ratspräsidentschaft mit Blick auf Gleichberechtigung die
219 angekündigten Initiativen für Lohngleichheit und gegen Gewalt an Frauen gestärkt und
220 konkretisiert werden. Hier braucht es ambitionierte Gesetzgebung statt weiterer
221 Koordinierungsprozesse. Die von Ursula von der Leyen angekündigte Richtlinie gegen
222 geschlechterbezogene Gewalt muss vorgelegt werden, statt wieder in der Schublade zu
223 verschwinden. Wir fordern, dass die Bundesregierung ihre Ankündigung wahr macht und eine
224 Initiative für nachhaltige Lieferketten startet. Es braucht verbindliche Regeln, die
225 sicherstellen, dass unsere Lieferketten frei von Menschenrechtsverletzungen und
226 Umweltverbrechen sind.

227

228 Wir treten für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik ein, die sich für
229 Menschenrechte stark macht. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass Verteidigerinnen von
230 Menschenrechten und Demokratie, Hinweisgeberinnen, aber auch Bürgerdialoge mehr und
231 unbürokratischer gefördert und geschützt werden. Eine konkrete Aufgabe für die deutsche
232 Ratspräsidentschaft wird es sein, den Aktionsplan für Menschenrechte und Demokratie des
233 Europäischen Rates voranzutreiben. Menschenrechte müssen bei allen EU Handelsverträgen
234 verbindlich verankert und ihre Verletzung einklagbar sein. Weiterhin sollte die
235 internationale Vernetzung und der Austausch von zivilgesellschaftlichen Organisationen
236 unterstützt werden. Humanitäre Hilfe darf weder außerhalb noch innerhalb Europas
237 kriminalisiert werden. Bei dem angekündigten Aufschlag für eine gemeinsame Migrations-und
238 Asylpolitik wird es entscheidend auf die Bundesregierung während der Ratspräsidentschaft

239 ankommen, hier die Menschenrechte, das Recht auf Asyl und die Einhaltung von
internationalem
240 Recht durchzusetzen.

241 Eine Umwidmung der Entwicklungszusammenarbeit zur Migrationsabwehr -- beispielsweise
durch
242 Migrationsmarker bei Entwicklungszusammenarbeitsprojekten, Mindestausgaben für
243 Migrationsmanagement in Entwicklungszusammenarbeitsinstrumenten, Nutzung von EU-Trust-
Funds
244 für die Unterstützung von Grenzpolizei von Staaten, in denen Menschen- und Flüchtlingsrechte
245 nicht gewahrt sind, oder migrationspolitischen Bedingungen für die Bewilligung von
246 Entwicklungszusammenarbeitsgeldern - lehnen wir ab. Wir setzen uns dafür ein, dass die
247 Ratspräsidentschaft das ebenfalls tut.

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 **Den Regenwald schützen – Mercosur stoppen!**

- 2 Die Wälder Südamerikas brennen. Jeden Tag verschwinden große Flächen eines einzigartigen
3 Ökosystems für immer und der Lebensraum von Menschen wird zerstört. Die europäische Politik
4 ist in der Verantwortung zu handeln.
- 5 Seit dem Amtsantritt des Klimawandelleugners Bolsonaro hat sich die Zerstörung des
6 brasilianischen Regenwalds katastrophal beschleunigt. Im Juni 2019 wurden verglichen mit dem
7 Vorjahresmonat 88 Prozent mehr Fläche abgeholzt, im Juli stieg dieser Anteil sogar um 278
8 Prozent. Allein im Juli sind demnach 2.254 Quadratkilometer Wald gerodet worden, das ist so
9 viel wie 225.000 Fußballplätze. Gestützt von einflussreichen Lobbyinteressen der Soja-,
10 Fleisch- und Holzwirtschaft, hatte Bolsonaro angekündigt, die Amazonasregion noch stärker
11 für die Landwirtschaft und den Bergbau erschließen zu wollen. Parallel hat er ein Klima der
12 Straffreiheit geschaffen und so den Teppich für illegale Brandrodungen ausgerollt.
13 Gleichzeitig wurde das Budget des Umweltministeriums für Klimaschutz von der brasilianischen
14 Regierung um 95 Prozent gekürzt.
- 15 Die aktuelle Vernichtung von Amazonas-Regenwald raubt der indigenen Bevölkerung ihre
16 Lebensgrundlage. Auch die allgemeine Menschenrechtslage hat sich in Brasilien unter der
17 neuen Regierung deutlich verschlechtert. Die neue Regierung hat das Waffengesetz
aufgeweicht
18 und das Polizeigesetz verschärft. NGOs geraten mehr und mehr in das Visier der Regierung und
19 werden überwacht. Schon im Wahlkampf hat sich Bolsonaro massiv frauenfeindlich und
homophob
20 geäußert und die Militärdiktatur verharmlost. Die Regierung ist eine Bedrohung für die
21 Rechte von Frauen, Minderheiten und indigener Bevölkerungsgruppen. Jair Bolsonaro kündigte
22 bereits an, weitere indigene Gebiete der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung zu öffnen
23 und schwächt Behörden zum Schutz der indigenen Bevölkerung. Dabei kommt ihr Einsatz für
den
24 Schutz des Regenwaldes uns allen auf der Welt zugute.
- 25 Global sind die Brände eine Katastrophe für die Menschheit. Der Amazonas-Regenwald ist das
26 größte zusammenhängende Urwaldgebiet der Welt und damit einer der wichtigsten Speicher
von
27 Kohlendioxid der Erde. Im Kampf gegen die Klimakrise ist der Wald von essentieller
28 Bedeutung, denn er ist eines der sogenannten Kippelemente, die – wenn sie einmal zerstört
29 sind – eine Spirale der Erderwärmung in Gang setzen können, die kaum mehr zu stoppen wäre.
30 Der Amazonas weist die größte Artenvielfalt aller tropischen Wälder der Welt auf, die
31 angesichts der massiven Rodungen Stück für Stück unwiederbringlich verloren geht.

32 Größter Treiber der Entwaldung Südamerikas ist die industrielle Landwirtschaft. Insbesondere
33 für Weideflächen für Rinder oder Anbauflächen für Soja oder Zuckerrohr wird der Wald
34 abgeholzt. Schon jetzt trägt der Fleischkonsum in der EU und die hohen Importe von Soja-
35 Futtermitteln zur Abholzung bei. Auch in Argentinien wie in Paraguay wird die
36 agrarindustrielle Umwandlung der Regen- und Trockenwälder nachdrücklich forciert. Es ist
37 eine Agrarindustrie, die im Cerrado in Brasilien wie in der Pampa Argentiniens gewaltige
38 Flächen mit Monokulturen überzieht. Es werden Pestizide in der sechs- bis zehnfachen Menge
39 wie in Europa ausgebracht. Viele dieser Pestizide sind in Europa verboten.

40 Zahlreiche soziale und ökologischen Ziele, für die wir in Europa sehr hart ringen und die
41 für den Erhalt unseres Planeten unverzichtbar sind, müssen wir auch in der europäischen
42 Handelspolitik durchsetzen. Doch das ausverhandelte Abkommen der EU mit den Mercosur-
Staaten
43 wird zu weiteren Importsteigerungen von Rindfleisch, Geflügel, Zucker und Ethanol führen und
44 damit die Produktion in diesen Staaten weiter anheizen. Folglich steht zu befürchten, dass
45 auch der Landraub somit durch die steigende Produktion von Agrargütern weiter vorangetrieben
46 wird.

47 Das Abkommen befeuert nicht nur die Rodungen wie im Amazonas-Regenwald weiter, sondern
hilft
48 einer Agrarindustrie zu weiterem Wachstum, die wir in Europa mit ökologischer Förderung, mit
49 Regeln zum Tierwohl und Grenzen beim Einsatz von Ackerchemie für den Erhalt der
50 Biodiversität umbauen wollen. Die Europäische Landwirtschaft steht trotz Subventionen unter
51 enormem (Preis-)Druck, da sie exportorientiert und damit an Weltmarktpreisen ausgerichtet
52 ist. Zusätzlich zu den Importen aus den USA setzt das Mercosur-Abkommen besonders den
53 europäischen Rindfleischmarkt nicht nur in Irland und Frankreich, sondern auch in den
54 deutschen Mittelgebirgslagen unter Druck.

55 Das Nachhaltigkeitskapitel im Mercosur-Abkommen ist völlig unzureichend, um die Umwelt- und
56 Menschenrechtsverbrechen zu verhindern oder auch nur einzudämmen sowie den Schutz von
Klima
57 und Menschen zu gewährleisten. Im Gegensatz zu den anderen Kapiteln des Abkommens sind
die
58 Bestimmungen im Nachhaltigkeitskapitel des EU-Mercosur-Abkommens nicht einklagbar und
somit
59 zahnlos. Wichtige multilaterale Übereinkünfte zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung,
60 wie das Pariser Klimaabkommen oder andere Umweltabkommen werden zwar erwähnt, jedoch
können
61 Verstöße nicht sanktioniert werden. Während die Nichteinhaltung der Handelsteile des
62 Abkommens eine Rücknahme der darin vereinbarten Handelserleichterungen zur Folge haben
kann,
63 kann bei Verstößen gegen das Nachhaltigkeitskapitel lediglich ein Expert*innen-Bericht mit
64 Empfehlungen veröffentlicht werden.

65 Auch wenn die meisten EU-Handelsabkommen eine Menschenrechtsklausel enthalten, die auch
66 Sanktionen bei Nichteinhaltung erlaubt, so ist diese in ihrer derzeitigen Form nicht
67 ausreichend und kommt fast nie zum Einsatz. Damit eine solche Klausel ihre Wirksamkeit
68 entfaltet, muss sie. Damit eine solche Klausel ihre Wirksamkeit entfaltet, muss sie

- 69 **Zwischenschritte ermöglichen, also Handelserleichterungen je nach Schwere der**
70 **Menschenrechtsverletzungen suspendieren.** Darüber hinaus müsste sie dafür sorgen, dass
71 das
72 Handeln der Parteien diesbezüglich auch regelmäßig überprüft wird und ein
73 Beschwerdemechanismus geschaffen wird, mit dem Mandat, Verstöße gegen
74 Menschenrechtsverpflichtungen des Freihandelsabkommens zu untersuchen. Die aktuellen
75 Menschenrechtsklauseln sind unzureichend.
- 76 Wir GRÜNE lehnen aus den genannten Gründen das Mercosur-Abkommen in dieser Form ab.
77 Auch
78 mehrere europäische Regierungen haben sich nach den verheerenden Bränden im Amazonas-
79 Regenwald dagegen ausgesprochen, das EU-Mercosur-Abkommen in dieser Form zu ratifizieren.
80 Und Finnland hat sogar einen generellen Importstopp für brasilianisches Rindfleisch
81 gefordert. Das österreichische Parlament hat mit großer Mehrheit eine Resolution
82 verabschiedet, die die Regierung zu einem „Nein“ zu Mercosur verpflichtet.
- 83 Wir GRÜNE fordern:
- 84 • die Bundesregierung auf, sich im Rat für einen Stopp der Ratifizierung des jetzigen
85 Mercosur-Abkommens und Nachverhandlungen mit einem neuen Mandat einzusetzen.
 - 86 • die Bundesregierung auf, sich im Rat für ein neues Verhandlungsmandat einzusetzen, das
87 für alle handelsrelevanten Kapitel Regeln für den Schutz und Erhalt von Umwelt,
88 Biodiversität und Klima vorsieht und zudem ein sanktionierbares
89 Nachhaltigkeitskapitel, Vereinbarungen zum Erhalt des Amazonas-Regenwaldes in seiner
90 jetzigen Größe und einen wirksamen Beschwerdemechanismus für
91 Menschenrechtsverletzungen enthält. **Handelserleichterungen darf es nicht für CO2-
92 intensive Produkte geben.**
 - 93 • einen europäischen gesetzlichen Rahmen, der sicherstellt, dass unsere Lieferketten
94 frei sind von Menschenrechtsverletzungen, Abholzung von Regenwald und grenzenlosem
95 Flächenverbrauch sowie anderen Umweltverbrechen.
 - 96 • Sofortmaßnahmen für den Klimaschutz in Deutschland, um unsere Verpflichtungen nach
97 dem
98 Paris-Abkommen einzuhalten. Denn die Regenwälder des Amazonasbeckens leiden
99 bereits
100 unter den Auswirkungen der Klimakrise.
 - 101 • Die Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen im globalen Süden durch die EU-
102 Mitgliedstaaten zu reduzieren, zum Beispiel durch den Anbau von alternativen
103 Futterpflanzen in der EU und stark verringerte Futtermittelimporte.
 - 104 • die Bundesregierung auf, im Rahmen der Konvention über die Rechte der indigenen Völker
105 die betroffenen indigenen Völker Südamerikas in ihren Rechten zu unterstützen.
 - 106 • Menschenrechte dürfen nicht nur formal ein wesentlicher Bestandteil des
107 Handelsvertrages sein, sondern müssen auch in der Praxis durchgesetzt werden.

Den Regenwald schützen – Mercosur stoppen!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Den Regenwald schützen - Mercosur stoppen!

- 2 Die Wälder Südamerikas brennen. Jeden Tag verschwinden große Flächen eines einzigartigen
3 Ökosystems für immer und der Lebensraum von Menschen wird zerstört. Die europäische Politik
4 ist in der Verantwortung zu handeln.
- 5 Seit dem Amtsantritt des Klimawandelleugners Bolsonaro hat sich die Zerstörung des
6 brasilianischen Regenwaldskatastrophal beschleunigt. Im Juni 2019 wurden verglichen mit dem
7 Vorjahresmonat 88 Prozent mehr Fläche abgeholzt, im Juli stieg dieser Anteil sogar um 278
8 Prozent. Allein im Juli sind demnach 2.254 Quadratkilometer Wald gerodet worden, das ist so
9 viel wie 225.000 Fußballplätze. Gestützt von einflussreichen Lobbyinteressen der Soja-,
10 Fleisch- und Holzwirtschaft, hatte Bolsonaro angekündigt, die Amazonasregion noch stärker
11 für die Landwirtschaft und den Bergbau erschließen zu wollen. Parallel hat er ein Klima der
12 Straffreiheit geschaffen und so den Teppich für illegale Brandrodungen ausgerollt.
13 Gleichzeitig wurde das Budget des Umweltministeriums für Klimaschutz von der brasilianischen
14 Regierung um 95 Prozent gekürzt.
- 15 Die aktuelle Vernichtung von Amazonas-Regenwald raubt der indigenen Bevölkerung ihre
16 Lebensgrundlage. Auch die allgemeine Menschenrechtslage hat sich in Brasilien unter der
17 neuen Regierung deutlich verschlechtert. Die neue Regierung hat das Waffengesetz
aufgeweicht
18 und das Polizeigesetz verschärft. NGOs geraten mehr und mehr in das Visier der Regierung und
19 werden überwacht. Schon im Wahlkampf hat sich Bolsonaro massiv frauenfeindlich und
homophob
20 geäußert und die Militärdiktatur verharmlost. Die Regierung ist eine Bedrohung für die
21 Rechte von Frauen, Minderheiten und indigener Bevölkerungsgruppen. Jair Bolsonaro kündigte
22 bereits an, weitere indigene Gebiete der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung zu öffnen
23 und schwächt Behörden zum Schutz der indigenen Bevölkerung. Dabei kommt ihr Einsatz für
den
24 Schutz des Regenwaldes uns allen auf der Welt zugute.
- 25 Global sind die Brände eine Katastrophe für die Menschheit. Der Amazonas-Regenwald ist das
26 größte zusammenhängende Urwaldgebiet der Welt und damit einer der wichtigsten Speicher
von
27 Kohlendioxid der Erde. Im Kampf gegen die Klimakrise ist der Wald von essentieller
28 Bedeutung, denn er ist eines der sogenannten Kippelemente, die – wenn sie einmal zerstört
29 sind – eine Spirale der Erderwärmung in Gang setzen können, die kaum mehr zu stoppen wäre.
30 Der Amazonas weist die größte Artenvielfalt aller tropischen Wälder der Welt auf, die
31 angesichts der massiven Rodungen Stück für Stück unwiederbringlich verloren geht.

32 Größter Treiber der Entwaldung Südamerikas ist die industrielle Landwirtschaft. Insbesondere
 33 für Weideflächen für Rinder oder Anbauflächen für Soja oder Zuckerrohr wird der Wald
 34 abgeholzt. Schon jetzt trägt der Fleischkonsum in der EU und die hohen Importe von Soja-
 35 Futtermitteln zur Abholzung bei. Auch in Argentinien wie in Paraguay wird die
 36 agrarindustrielle Umwandlung der Regen- und Trockenwälder nachdrücklich forciert. Es ist
 37 eine Agrarindustrie, die im Cerrado in Brasilien wie in der Pampa Argentiniens gewaltige
 38 Flächen mit Monokulturen überzieht. Es werden Pestizide in der sechs- bis zehnfachen Menge
 39 wie in Europa ausgebracht. Viele dieser Pestizide sind in Europa verboten.

40 Zahlreiche soziale und ökologischen Ziele, für die wir in Europa sehr hart ringen und die
 41 für den Erhalt unseres Planeten unverzichtbar sind, müssen wir auch in der europäischen
 42 Handelspolitik durchsetzen. Doch das ausverhandelte Abkommen der EU mit den Mercosur-
 Staaten
 43 wird zu weiteren Importsteigerungen von Rindfleisch, Geflügel, Zucker und Ethanol führen und
 44 damit die Produktion in diesen Staaten weiter anheizen. Folglich steht zu befürchten, dass
 45 auch der Landraub somit durch die steigende Produktion von Agrargütern weiter vorangetrieben
 46 wird.

47 Das Abkommen befeuert nicht nur die Rodungen wie im Amazonas-Regenwald weiter, sondern
 hilft
 48 einer Agrarindustrie zu weiterem Wachstum, die wir in Europa mit ökologischer Förderung, mit
 49 Regeln zum Tierwohl und Grenzen beim Einsatz von Ackerchemie für den Erhalt der
 50 Biodiversität umbauen wollen. Die Europäische Landwirtschaft steht trotz Subventionen unter
 51 enormem (Preis-)Druck, da sie exportorientiert und damit an Weltmarktpreisen ausgerichtet
 52 ist. Zusätzlich zu den Importen aus den USA setzt das Mercosur-Abkommen besonders den
 53 europäischen Rindfleischmarkt nicht nur in Irland und Frankreich, sondern auch in den
 54 deutschen Mittelgebirgslagen unter Druck.

55 Das Nachhaltigkeitskapitel im Mercosur-Abkommen ist völlig unzureichend, um die Umwelt- und
 56 Menschenrechtsverbrechen zu verhindern oder auch nur einzudämmen sowie den Schutz von
 Klima
 57 und Menschen zu gewährleisten. Im Gegensatz zu den anderen Kapiteln des Abkommens sind
 die
 58 Bestimmungen im Nachhaltigkeitskapitel des EU-Mercosur-Abkommens nicht einklagbar und
 somit
 59 zahnlos. Wichtige multilaterale Übereinkünfte zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung,
 60 wie das Pariser Klimaabkommen oder andere Umweltabkommen werden zwar erwähnt, jedoch
 können
 61 Verstöße nicht sanktioniert werden. Während die Nichteinhaltung der Handelsteile des
 62 Abkommens eine Rücknahme der darin vereinbarten Handelserleichterungen zur Folge haben
 kann,
 63 kann bei Verstößen gegen das Nachhaltigkeitskapitel lediglich ein Experten-Bericht mit
 64 Empfehlungen veröffentlicht werden.

65 Auch wenn die meisten EU-Handelsabkommen eine Menschenrechtsklausel enthalten, die auch
 66 Sanktionen bei Nichteinhaltung erlaubt, so ist diese in ihrer derzeitigen Form nicht
 67 ausreichend und kommt fast nie zum Einsatz. Damit eine solche Klausel ihre Wirksamkeit
 68 entfaltet, muss sie. Damit eine solche Klausel ihre Wirksamkeit entfaltet, muss sie

- 69 **Zwischenschritte ermöglichen, also Handelserleichterungen je nach Schwere der**
70 **Menschenrechtsverletzungen suspendieren.** Darüber hinaus müsste sie dafür sorgen, dass
71 das
72 Handeln der Parteien diesbezüglich auch regelmäßig überprüft wird und ein
73 Beschwerdemechanismus geschaffen wird, mit dem Mandat, Verstöße gegen
74 Menschenrechtsverpflichtungen des Freihandelsabkommens zu untersuchen. Die aktuellen
75 Menschenrechtsklauseln sind unzureichend.
- 76 Wir GRÜNE lehnen aus den genannten Gründen das Mercosur-Abkommen in dieser Form ab.
77 Auch
78 mehrere europäische Regierungen haben sich nach den verheerenden Bränden im Amazonas-
79 Regenwald dagegen ausgesprochen, das EU-Mercosur-Abkommen in dieser Form zu ratifizieren.
80 Und Finnland hat sogar einen generellen Importstopp für brasilianisches Rindfleisch
81 gefordert. Das Österreichische Parlament hat mit großer Mehrheit eine Resolution
82 verabschiedet, die die Regierung zu einem „nein“ zu Mercosur verpflichtet.
- 83 Wir GRÜNE fordern:
- 84 • die Bundesregierung auf, sich im Rat für einen Stopp der Ratifizierung des jetzigen
85 Mercosur-Abkommens und Nachverhandlungen mit einem neuen Mandat einzusetzen.
 - 86 • die Bundesregierung auf, sich im Rat für ein neues Verhandlungsmandat einzusetzen, das
87 für alle handelsrelevanten Kapitel Regeln für den Schutz und Erhalt von Umwelt,
88 Biodiversität und Klima vorsieht und zudem ein sanktionierbares
89 Nachhaltigkeitskapitel, Vereinbarungen zum Erhalt des Amazonas Regenwaldes in seiner
90 jetzigen Größe und einen wirksamen Beschwerdemechanismus für
91 Menschenrechtsverletzungen enthält. **Handelserleichterungen darf es nicht für CO2**
92 **intensive Produkte geben.**
 - 93 • einen europäischen gesetzlichen Rahmen, der sicherstellt, dass unsere Lieferketten
94 frei sind von Menschenrechtsverletzungen, Abholzung von Regenwald und grenzenlosem
95 Flächenverbrauch sowie anderen Umweltverbrechen.
 - 96 • Sofortmaßnahmen für den Klimaschutz in Deutschland, um unsere Verpflichtungen nach
97 dem
98 Paris-Abkommen einzuhalten. Denn die Regenwälder des Amazonasbeckens leiden
99 bereits
100 unter den Auswirkungen der Klimakrise.
 - 101 • Die Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen im globalen Süden durch die EU-
102 Mitgliedsstaaten zu reduzieren, zum Beispiel durch den Anbau von alternativen
103 Futterpflanzen in der EU und stark verringerte Futtermittelimporte.
 - 104 • die Bundesregierung auf, im Rahmen der Konvention über die Rechte der indigenen Völker
105 die betroffenen indigenen Völker Südamerikas in ihren Rechten zu unterstützen.
 - 106 • Menschenrechte dürfen nicht nur formal ein wesentlicher Bestandteil des
107 Handelsvertrages sein, sondern müssen auch in der Praxis durchgesetzt werden.

Frauenrechte in der digitalen Welt wahren - für ein #NetzohneGewalt



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Für ein Netz ohne Gewalt

- 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützt den Aufruf „Gegen den Rollback im Netz - Digitale Gewalt
3 geht uns alle an!“ mit dem Frauen, die sich schon seit langem gegen Hate Speech und digitale
4 Gewalt einsetzen, auf die geschlechtsspezifischen Aspekte dieser Angriffe im Netz hinweisen.
5 Es ist gut, dass inzwischen die verbale sexualisierte Gewalt im Netz gegen politisch aktive
6 Frauen in der Öffentlichkeit und den Medien mehr Beachtung findet. Aus den
7 Frauenberatungsstellen und von Aktivistinnen aber wissen wir, dass es längst auch einen
8 deutlichen Zuwachs digitaler Gewalt und Hass im Alltag von Frauen gibt.
- 9 Frauen sind besonders Zielscheibe von Hassrede und digitaler Gewalt, sie werden damit an
10 gesellschaftlicher Teilnahme gehindert, äussern ihre Meinung weniger. Wie in den 70/80er
11 Jahren, als das Ausmaß von häuslicher Gewalt öffentlich thematisiert und politisch
12 angegangen wurde, müssen wir nun darauf hinweisen, dass Frauen von digitaler Gewalt
13 besonders betroffen sind. Das ist Angriff auf ihre Persönlichkeitsrechte, auf ihre
14 Meinungsfreiheit und die Beteiligungsrechte der Frauen und damit unserer Gesellschaft
15 insgesamt.
- 16 Sexismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit, Behindertenfeindlichkeit stecken hinter den
17 heftigen Attacken die viele Menschen erleiden müssen. Diese Attacken betreffen massiv
18 Schwarze Frauen und Frauen of Color sowie nicht-binäre, trans* und inter* Personen.
19 Hasskommentare, Doxing, Online-Stalking, unerlaubt verbreitete Nacktfotos zählen zu den
20 „neuen“ Gewaltformen. Vorhandene strukturelle Diskriminierung wird dadurch noch verstärkt.
- 21 Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ist von Beginn an ein Anliegen von BÜNDNIS 90/DIE
22 GRÜNEN. Wir wollen eine starke Stimme sein für eine gesellschaftliche und rechtliche
23 Gleichstellung und die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen. Wir haben viel erreicht
24 und wollen diese Fortschritte auch in einer digitalisierten Gesellschaft weiter
25 vorantreiben. Gerade wenn Rechtspopulist*innen und Rechtsextreme einen Rollback in Sachen
26 Gleichberechtigung fordern und nicht selten selbst an digitaler Gewalt gegen marginalisierte
27 Gruppen beteiligt sind, ist unser Engagement gefordert.
- 28 Digitale Gewalt knüpft inzwischen auch in sozialen Nahbereich an bekannte Gewaltformen an,
29 verstärkt diese und bringt neue Herausforderungen mit sich, auf die es bisher keine
30 adäquaten Antworten gibt. Wir wollen das Problem digitaler Gewalt gegen Frauen im sozialen
31 Nahraum klar benennen und konsequent angehen.
- 32 Deshalb unterstützen wir die Forderungen des Aufrufs:

33 **"1. Problembewusstsein schaffen!**

- 34 • Wir fordern eine öffentliche Debatte, die die geschlechtsspezifischen Aspekte von
35 digitaler Gewalt und Hate Speech zum Schwerpunkt hat und die Verwobenheit mit
36 anderen
37 Diskriminierungsformen wie z.B. Rassismus, Antisemitismus oder
38 Behindertenfeindlichkeit klar benennt
- 38 • Dazu braucht es reichweitenstarke Awarenesskampagnen durch öffentliche Institutionen
39 und politische Entscheidungsträger*innen, die digitale Gewalt und Hate Speech immer in
40 bestehende Gewaltformen und Machtverhältnisse einbetten
- 41 • Die Kampagnen sollen für die verschiedenen Formen digitaler Gewalt sensibilisieren,
42 Betroffenen vermitteln, wo sie Hilfe erhalten und Nicht-Betroffenen erklären, wie sie
43 unterstützen können

44 **2. Strukturen schaffen, um Strafverfolgung durchzusetzen!**

- 45 • Wir fordern die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften zu digitaler Gewalt und
46 Hate Speech
- 47 • Strafverfolgungsbehörden und Gerichte müssen personell und technisch so ausgestattet
48 und ausgebildet werden, dass sie Strafrechtsverstöße im Netz den Bedürfnissen der
49 Betroffenen angemessen und zeitnah bearbeiten können
- 50 • Dafür müssen auch die Anzeigemöglichkeiten und zivilrechtlichen Schritte für
51 Betroffene bekannter gemacht werden, sowie die Hürden der Rechtsdurchsetzung in den
52 Blick genommen und abgebaut werden
- 53 • Polizei und Justiz müssen außerdem über die Angebote der Informations- und
54 Beratungsstellen zu digitaler Gewalt und Hate Speech informiert sein, um an diese
55 verweisen zu können

56 **3. Bestehende Informations- und Beratungsstellen fördern und ausbauen!**

- 57 • Es besteht bereits ein breites Netz an Informations- und Beratungsstellen, die zu
58 geschlechtsspezifischer Gewalt arbeiten und dabei auch Betroffenen von digitaler
59 Gewalt und Hate Speech helfen
- 60 • Diese Stellen müssen unabhängig arbeiten können und Betroffenen kosten- und
61 barrierefrei zur Verfügung stehen
- 62 • Hierfür muss die Finanzierung der Informations- und Beratungsstellen langfristig und
63 nachhaltig gewährleistet sein
- 64 • Die zuständigen Berater*innen müssen zu den verschiedenen Formen digitaler Gewalt
65 und
66 ihrer Konsequenzen aus- und weitergebildet werden sowie die Möglichkeit haben, sich
67 technisch fortzubilden
- 67 • Social-Media-Dienstanbieter müssen noch stärker in die Pflicht genommen werden, indem
68 sie auch Kosten für das umfassende Beratungsangebot tragen und gleichzeitig die
69 Unabhängigkeit der Informations- und Beratungsstellen respektieren

70 **4. Forschung zu geschlechtsspezifischer Gewalt aktualisieren und ausweiten!**

- 71 • Beratungsstellen sehen bereits im Praxisalltag das wachsende Ausmaß von digitaler
72 Gewalt und Hate Speech
- 73 • Um Betroffene noch besser zu unterstützen sowie präventive Aufklärungsmaßnahmen
74 entwickeln zu können, muss die Arbeit der Beratungsstellen und zivilgesellschaftlicher

- 75 Initiativen unbedingt durch konkrete Daten aus Deutschland zu Häufigkeit,
76 Betroffenheit, unterschiedlichen Gewaltformen etc. unterfüttert werden
- 77 • Wir brauchen hierzu z.B. ein dringendes Update der repräsentativen Studie des
78 Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zu Gewalt gegen
79 Frauen in Deutschland aus dem Jahr 2004, denn der Studie fehlen wichtige Informationen
80 über geschlechtsspezifische digitale Gewalt
- 81 • Außerdem soll die Polizei geschlechtsspezifische Statistiken zu digitaler Gewalt
82 führen"
- 83 Der vollständige Aufruf findet sich hier: www.netzohneGewalt.org

Frauenrechte in der digitalen Welt wahren - für ein #NetzohneGewalt



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Für ein Netz ohne Gewalt

2 Bündnis90/Die Grünen unterstützt den Aufruf „Gegen den Rollback im Netz - Digitale Gewalt
3 geht uns alle an!“ mit dem Frauen, die sich schon seit langem gegen Hate Speech und digitale
4 Gewalt einsetzen, auf die geschlechtsspezifischen Aspekte dieser Angriffe im Netz hinweisen.
5 Es ist gut, dass inzwischen die verbale sexualisierte Gewalt im Netz gegen politisch aktive
6 Frauen in der Öffentlichkeit und den Medien mehr Beachtung findet. Aus den
7 Frauenberatungsstellen und von Aktivistinnen aber wissen wir, dass es längst auch einen
8 deutlichen Zuwachs digitaler Gewalt und Hass im Alltag von Frauen gibt.

9 Frauen sind besonders Zielscheibe von Hassrede und digitaler Gewalt, sie werden damit an
10 gesellschaftlicher Teilnahme gehindert, äussern ihre Meinung weniger. Wie in den 70/80er
11 Jahren, als das Ausmaß von häuslicher Gewalt öffentlich thematisiert und politisch
12 angegangen wurde, müssen wir nun darauf hinweisen, dass Frauen von digitaler Gewalt
13 besonders betroffen sind. Das ist Angriff auf ihre Persönlichkeitsrechte, auf ihre
14 Meinungsfreiheit und die Beteiligungsrechte der Frauen und damit unserer Gesellschaft
15 insgesamt.

16 Sexismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit, Behindertenfeindlichkeit stecken hinter den
17 heftigen Attacken die viele Menschen erleiden müssen. Diese Attacken betreffen massiv
18 Schwarze Frauen und Frauen of Color sowie nicht-binäre, trans und inter Personen.
19 Hasskommentare, Doxing, Online-Stalking, unerlaubt verbreitete Nacktfotos zählen zu den
20 „neuen“ Gewaltformen. Vorhandene strukturelle Diskriminierung wird dadurch noch verstärkt.

21 Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ist von Beginn an ein Anliegen von Bündnis90/Die
22 Grünen. Wir wollen eine starke Stimme sein für eine gesellschaftliche und rechtliche
23 Gleichstellung und die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen. Wir haben viel erreicht
24 und wollen diese Fortschritte auch in einer digitalisierten Gesellschaft weiter
25 vorantreiben. Gerade wenn Rechtspopulist*innen und Rechtsextreme einen Rollback in Sachen
26 Gleichberechtigung fordern und nicht selten selbst an digitaler Gewalt gegen marginalisierte
27 Gruppen beteiligt sind, ist unser Engagement gefordert.

28 Digitale Gewalt knüpft inzwischen auch in sozialen Nahbereich an bekannte Gewaltformen an,
29 verstärkt diese und bringt neue Herausforderungen mit sich, auf die es bisher keine
30 adäquaten Antworten gibt. Wir wollen das Problem digitaler Gewalt gegen Frauen im sozialen
31 Nahraum klar benennen und konsequent angehen.

32 Deshalb unterstützen wir die Forderungen des Aufrufs:

33 „

34 **1. Problembewusstsein schaffen!**

- 35 • Wir fordern eine öffentliche Debatte, die die geschlechtsspezifischen Aspekte von
36 digitaler Gewalt und Hate Speech zum Schwerpunkt hat und die Verwobenheit mit
37 anderen
38 Diskriminierungsformen wie z.B. Rassismus, Antisemitismus oder
39 Behindertenfeindlichkeit klar benennt
- 39 • Dazu braucht es reichweitenstarke Awarenesskampagnen durch öffentliche Institutionen
40 und politische Entscheidungsträger_innen, die digitale Gewalt und Hate Speech immer in
41 bestehende Gewaltformen und Machtverhältnisse einbetten
- 42 • Die Kampagnen sollen für die verschiedenen Formen digitaler Gewalt sensibilisieren,
43 Betroffenen vermitteln, wo sie Hilfe erhalten und Nicht-Betroffenen erklären, wie sie
44 unterstützen können

45 **2. Strukturen schaffen, um Strafverfolgung durchzusetzen!**

- 46 • Wir fordern die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften zu digitaler Gewalt und
47 Hate Speech
- 48 • Strafverfolgungsbehörden und Gerichte müssen personell und technisch so ausgestattet
49 und ausgebildet werden, dass sie Strafrechtsverstöße im Netz den Bedürfnissen der
50 Betroffenen angemessen und zeitnah bearbeiten können
- 51 • Dafür müssen auch die Anzeigemöglichkeiten und zivilrechtlichen Schritte für
52 Betroffene bekannter gemacht werden, sowie die Hürden der Rechtsdurchsetzung in den
53 Blick genommen und abgebaut werden
- 54 • Polizei und Justiz müssen außerdem über die Angebote der Informations- und
55 Beratungsstellen zu digitaler Gewalt und Hate Speech informiert sein, um an diese
56 verweisen zu können

57 **3. Bestehende Informations- und Beratungsstellen fördern und ausbauen!**

- 58 • Es besteht bereits ein breites Netz an Informations- und Beratungsstellen, die zu
59 geschlechtsspezifischer Gewalt arbeiten und dabei auch Betroffenen von digitaler
60 Gewalt und Hate Speech helfen
- 61 • Diese Stellen müssen unabhängig arbeiten können und Betroffenen kosten- und
62 barrierefrei zur Verfügung stehen
- 63 • Hierfür muss die Finanzierung der Informations- und Beratungsstellen langfristig und
64 nachhaltig gewährleistet sein
- 65 • Die zuständigen Berater_innen müssen zu den verschiedenen Formen digitaler Gewalt
66 und
67 ihrer Konsequenzen aus- und weitergebildet werden sowie die Möglichkeit haben, sich
68 technisch fortzubilden
- 68 • Social-Media-Dienstanbieter müssen noch stärker in die Pflicht genommen werden, indem
69 sie auch Kosten für das umfassende Beratungsangebot tragen und gleichzeitig die
70 Unabhängigkeit der Informations- und Beratungsstellen respektieren

71 **4. Forschung zu geschlechtsspezifischer Gewalt aktualisieren und ausweiten!**

- 72 • Beratungsstellen sehen bereits im Praxisalltag das wachsende Ausmaß von digitaler
73 Gewalt und Hate Speech
- 74 • Um Betroffene noch besser zu unterstützen sowie präventive Aufklärungsmaßnahmen
75 entwickeln zu können, muss die Arbeit der Beratungsstellen und zivilgesellschaftlicher

- 76 Initiativen unbedingt durch konkrete Daten aus Deutschland zu Häufigkeit,
77 Betroffenheit, unterschiedlichen Gewaltformen etc. unterfüttert werden
- 78 • Wir brauchen hierzu z.B. ein dringendes Update der repräsentativen Studie des
79 Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zu Gewalt gegen
80 Frauen in Deutschland aus dem Jahr 2004, denn der Studie fehlen wichtige Informationen
81 über geschlechtsspezifische digitale Gewalt
- 82 • Außerdem soll die Polizei geschlechtsspezifische Statistiken zu digitaler Gewalt
83 führen"
- 84 Der vollständige Aufruf findet sich hier: www.netzohnegewalt.org

***Zweigeschlechtlichkeit überwinden,
Menschenrechtsverletzungen beenden:
Gleichberechtigte Teilhabe für trans*, inter*
und nicht-binäre Personen in der Gesellschaft & unserer Partei***

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 16.11.2019

Tagesordnungspunkt: S Satzung und Statute

Antragstext

- 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärt sich solidarisch mit den Anliegen von trans*, inter* und
- 2 nicht-binären Personen. Spätestens seit den Debatten um die Einführung der dritten Option
- 3 ist einem breiteren Teil der Gesellschaft bewusst geworden, wie sehr ihre Menschenrechte
- 4 noch immer verletzt werden.
- 5
- 6 Ob ein selbstbestimmter Personenstand, der ohne Pathologisierung auskommt, die
- 7 Anerkennung
- 8 der Elternschaft von trans* Personen, ein konsequenter Schutz gegen Diskriminierung und
- 9 Gewalt, die konsequente Umsetzung eines Verbots von geschlechtszuweisenden und -
- 10 anpassenden
- 11 Operationen an intergeschlechtlichen Säuglingen und Kindern und nicht zuletzt der Weg in ein
- 12 Staatswesen und eine Gesellschaft, die anerkennen, dass nicht alle Menschen Mann oder Frau
- 13 sind und diese Identität nicht von Geburt an auf Lebenszeit fremdbestimmt werden kann. Es
- 14 bleibt noch viel zu tun für die Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt!

13 **Darum setzen wir uns für folgende Punkte ein:**

- 14 • Eine selbstbestimmte dritte Option sowie die Option, den Geschlechtseintrag leer zu
15 lassen im Personenstandsrecht, die ohne Pathologisierung auskommt und nicht nur inter*
16 Personen, sondern auch z.B. nicht-binären Menschen offensteht
- 17 • Ein Ende der staatlichen Pathologisierung und Gutachtenpflicht
- 18 • Auf Selbstbestimmung basierende Vornamens- und Personenstandsänderung (VÄ/PÄ), die
19 als
kostenloser Verwaltungsakt vorgenommen werden
- 20 • Die sozialrechtliche Absicherung trans*-spezifischer Gesundheitsversorgung
- 21 • Die rechtliche „Geschlechtsmündigkeit“ ab 14 (analog zur derzeit gültigen
22 "Sexualmündigkeit"), perspektivisch die Geschlechtsmündigkeit ab der Geburt
- 23 • Zertifizierte Beratungsstellen
- 24 • Eine geschlechtsneutrale Formulierung zur Regelung der Elternschaft in Gesetzestexten
25 & Dokumenten
- 26 • Die konsequente Umsetzung eines Verbots von geschlechtszuweisenden und -
27 anpassenden
Operationen an intergeschlechtlichen Säuglingen und Kindern
- 28 • Eine Aufarbeitung der Verfolgungsgeschichte von trans* Personen in Deutschland
- 29 • Eine angemessene Entschädigung für trans* und inter* Personen, deren Menschenrechte
30 verletzt worden sind, in Form eines Entschädigungsfonds
- 31 • Aufklärungs- & Sensibilisierungsprogramme an öffentlichen Einrichtungen
- 32 • Ein pädagogischer Leitfaden für den respektvollen Umgang mit trans*, inter* und nicht-
33 binären Kindern & Jugendlichen sowie ein institutioneller Leitfaden für den
34 respektvollen Umgang mit betroffenen Kolleg*innen & Angestellten
- 35 • Konsequentes Vorgehen gegen Gewalt
- 36 • Die Unterstützung & Aufbau queerer Jugendberatungen unter Einbeziehung spezifischer
37 trans*, inter* und nicht-binärer Beratung
- 38 • Die Stärkung von trans*, inter* und nicht-binären Perspektiven in Wissenschaft und
39 Forschung, insbesondere der Medizin und der Rechtswissenschaft

40 **Das machen wir als Grüne Partei:**

41

42 Auch für uns als Partei ist klar, dass trans*, inter* und nicht-binäre Personen mehr
43 Sichtbarkeit und politische Teilhabe in unseren Strukturen verdienen. Das Recht auf
44 Gleichbehandlung unabhängig vom Geschlecht ist elementarer Bestandteil grüner
Programmatik.

45 Wir GRÜNE wollen allen Menschen unabhängig von Ihrem Geschlecht eine gleichberechtigte
46 Teilhabe sowohl in der Gesellschaft als auch in unserer Partei ermöglichen. Dazu wollen wir
47 alte patriarchale Denkmuster durchbrechen.

48

49 Deshalb fordern wir den Bundesvorstand auf, in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis
50 Trans*Inter*Non-Binary (TINO) von QueerGrün, bei dem die fachliche Kompetenz für
51 geschlechtliche Vielfalt angesiedelt ist, unter Einbeziehung weiterer Gremien wie dem

52 Bundesfrauenrat und der AG Vielfalt, einen Prozess zu starten, um die Berücksichtigung von
53 trans*, inter* und nicht-binäre Menschen zu stärken.

54

55 In diesem Prozess sollen Satzungen, Richtlinien etc. der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
56 überarbeitet werden, so dass trans*, inter* und nicht-binäre Menschen berücksichtigt werden
57 und weitere Maßnahmen zur Förderung entwickelt werden. Insbesondere ist hierbei auf den
58 Personenstand „divers“ und auf Menschen ohne Geschlechtseintrag einzugehen.
59 Binärgeschlechtliche Stellen sollen durch Formulierungen ersetzt werden, die alle Menschen
60 berücksichtigen.

61

62 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen in Fragen der Gleichstellungspolitik das Geschlechterspektrum
63 (cis* Frauen, cis* Männer, trans* Frauen, trans* Männer, intergeschlechtliche Menschen,
64 nicht-binäre Menschen) und die reale Diskriminierungssituation dieser Gruppen als Grundlage
65 ihrer Politik. Das bisher als Grundlage dienende binäre Geschlechtermodell ist faktisch,
66 wissenschaftlich und rechtlich unzureichend - es bildet nicht die Gesamtbevölkerung ab. Die
67 Grüne Partei leitet einen innerparteilichen Bildungsprozess im Dialog mit dem AK
68 Trans*Inter*Non-Binary (TINO) von QueerGrün ein, der es alle Menschen ermöglicht, ein
69 positives Verständnis für Menschen jenseits binärer Geschlechtlichkeit zu entwickeln. Weiter
70 fordern wir den Bundesvorstand dazu auf, diese notwendigen Überarbeitungen auch auf
Landes-
71 und Kreisebene zu unterstützen. Die Ergebnisse des oben genannten Prozesses sollen auf der
72 Bundesdelegiertenkonferenz 2020, vor- und zur Abstimmung gestellt werden.

***Zweigeschlechtlichkeit überwinden,
Menschenrechtsverletzungen beenden:
Gleichberechtigte Teilhabe für trans*, inter*
und nicht-binäre Personen in der Gesellschaft & unserer Partei***

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 16.11.2019

Tagesordnungspunkt: S Satzung und Statute

Antragstext

- 1 Bündnis 90/Die Grünen erklärt sich solidarisch mit den Anliegen von trans*, inter* und
- 2 nicht-binären Personen. Spätestens seit den Debatten um die Einführung der dritten Option
- 3 ist einem breiteren Teil der Gesellschaft bewusst geworden, wie sehr ihre Menschenrechte
- 4 noch immer verletzt werden.
- 5
- 6 Ob ein selbstbestimmter Personenstand, der ohne Pathologisierung auskommt, die
- 7 Anerkennung
- 8 der Elternschaft von trans* Personen, ein konsequenter Schutz gegen Diskriminierung und
- 9 Gewalt, die konsequente Umsetzung eines Verbots von geschlechtszuweisenden und -
- 10 anpassenden
- 11 Operationen an intergeschlechtlichen Säuglingen und Kindern und nicht zuletzt der Weg in ein
- 12 Staatswesen und eine Gesellschaft, die anerkennen, dass nicht alle Menschen Mann oder Frau
- 13 sind und diese Identität nicht von Geburt an auf Lebenszeit fremdbestimmt werden kann. Es
- 14 bleibt noch viel zu tun für die Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt!

13 **Darum setzen wir uns für folgende Punkte ein:**

- 14 • Eine selbstbestimmte dritte Option sowie die Option, den Geschlechtseintrag leer zu
15 lassen im Personenstandsrecht, die ohne Pathologisierung auskommt und nicht nur inter*
16 Personen, sondern auch z.B. nicht-binären Menschen offensteht
- 17 • Ein Ende der staatlichen Pathologisierung und Gutachtenpflicht
- 18 • Auf Selbstbestimmung basierende Vornamens- und Personenstandsänderung (VÄ/PÄ), die
19 als
kostenloser Verwaltungsakt vorgenommen werden
- 20 • Die sozialrechtliche Absicherung trans*-spezifischer Gesundheitsversorgung
- 21 • Die rechtliche „Geschlechtsmündigkeit“ ab 14 (analog zur derzeit gültigen
22 "Sexualmündigkeit"), perspektivisch die Geschlechtsmündigkeit ab der Geburt
- 23 • Zertifizierte Beratungsstellen
- 24 • Eine geschlechtsneutrale Formulierung zur Regelung der Elternschaft in Gesetzestexten
25 & Dokumenten
- 26 • Die konsequente Umsetzung eines Verbots von geschlechtszuweisenden und -
27 anpassenden
Operationen an intergeschlechtlichen Säuglingen und Kindern
- 28 • Eine Aufarbeitung der Verfolgungsgeschichte von trans* Personen in Deutschland
- 29 • Eine angemessene Entschädigung für trans* und inter* Personen, deren Menschenrechte
30 verletzt worden sind, in Form eines Entschädigungsfonds
- 31 • Aufklärungs- & Sensibilisierungsprogramme an öffentlichen Einrichtungen
- 32 • Ein pädagogischer Leitfaden für den respektvollen Umgang mit trans*, inter* und nicht-
33 binären Kindern & Jugendlichen sowie ein institutioneller Leitfaden für den
34 respektvollen Umgang mit betroffenen Kolleg*innen & Angestellten
- 35 • Konsequentes Vorgehen gegen Gewalt
- 36 • Die Unterstützung & Aufbau queerer Jugendberatungen unter Einbeziehung spezifischer
37 trans*, inter* und nicht-binärer Beratung
- 38 • Die Stärkung von trans*, inter* und nicht-binären Perspektiven in Wissenschaft und
39 Forschung, insbesondere der Medizin und der Rechtswissenschaft

40 **Das machen wir als Grüne Partei:**

- 41
- 42 Auch für uns als Partei ist klar, dass trans*, inter* und nicht-binäre Personen mehr
43 Sichtbarkeit und politische Teilhabe in unseren Strukturen verdienen. Das Recht auf
44 Gleichbehandlung unabhängig vom Geschlecht ist elementarer Bestandteil grüner
Programmatik.
- 45 Wir Grüne wollen allen Menschen unabhängig von Ihrem Geschlecht eine gleichberechtigte
46 Teilhabe sowohl in der Gesellschaft als auch in unserer Partei ermöglichen. Dazu wollen wir
47 alte patriarchale Denkmuster durchbrechen.
- 48
- 49 Deshalb fordern wir den Bundesvorstand auf in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis
50 Trans*Inter*Non-Binary (TINO) von QueerGrün, bei dem die fachliche Kompetenz für
51 geschlechtliche Vielfalt angesiedelt ist unter Einbeziehung weiterer Gremien wie dem

52 Bundesfrauenrat und der AG Vielfalt, einen Prozess zu starten, um die Berücksichtigung von
53 trans*, inter* und nicht-binäre Menschen zu stärken.
54

55 In diesem Prozess sollen Satzungen, Richtlinien etc. der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
56 überarbeitet werden, so dass trans*, inter* und nicht-binäre Menschen berücksichtigt werden
57 und weitere Maßnahmen zur Förderung entwickelt werden. Insbesondere ist hierbei auf den
58 Personenstand „divers“ und auf Menschen ohne Geschlechtseintrag einzugehen.
59 Binärgeschlechtliche Stellen sollen durch Formulierungen ersetzt werden, die alle Menschen
60 berücksichtigen.
61

62 Bündnis 90/Die Grünen sehen in Fragen der Gleichstellungspolitik das Geschlechterspektrum
63 (cis* Frauen, cis* Männer, trans* Frauen, trans* Männer, intergeschlechtliche Menschen,
64 nicht-binäre Menschen) und die reale Diskriminierungssituation dieser Gruppen als Grundlage
65 ihrer Politik. Das bisher als Grundlage dienende binäre Geschlechtermodell ist faktisch,
66 wissenschaftlich und rechtlich unzureichend - es bildet nicht die Gesamtbevölkerung ab. Die
67 Grüne Partei leitet einen innerparteilichen Bildungsprozess im Dialog mit dem AK
68 Trans*Inter*Non-Binary (TINO) von QueerGrün ein, der es alle Menschen ermöglicht, ein
69 positives Verständnis für Menschen jenseits binärer Geschlechtlichkeit zu entwickeln. Weiter
70 fordern wir den Bundesvorstand dazu auf, diese notwendigen Überarbeitungen auch auf
Landes-
71 und Kreisebene zu unterstützen. Die Ergebnisse des oben genannten Prozesses sollen auf der
72 Bundesdelegiertenkonferenz 2020, vor- und zur Abstimmung gestellt werden.

Klimaziele ernst nehmen, Agrarwende ermöglichen: mehr Pflanzen auf die Teller!

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Pflanzen sind die Grundlage menschlicher Ernährung, ein Großteil der Welternährung basiert
- 2 auf Getreide, Hülsenfrüchten und Gemüse. Nahrungsmittel tierischen Ursprungs basieren
- 3 dagegen zunehmend auf Futtermitteln, die auf Flächen angebaut werden, die auch für die
- 4 menschliche Ernährung oder als CO₂-Senke genutzt werden könnten. Das hat erhebliche Folgen
- 5 für die Ökobilanz.
- 6 Global betrachtet verursacht die Erzeugung tierischer Lebensmittel mehr Klimagase als der
- 7 gesamte Verkehrsbereich. Die Studien der letzten Jahre und der im August 2019
- 8 veröffentlichte IPCC-Bericht zeigen deutlich, dass zum Erreichen der Klimaziele eine massive
- 9 Reduktion des Konsums von Tierprodukten notwendig ist. Selbst wenn wir morgen eine radikale
- 10 Energie- und Verkehrswende einleiten – wenn wir weiterhin so viele tierische Produkte
- 11 herstellen und konsumieren, werden wir das Paris-Ziel von deutlich unter 2 Grad, möglichst
- 12 unter 1,5 Grad Erwärmung verfehlen.
- 13 Regelmäßig gibt es neue Nachweise für die weiteren Umweltschäden, die mit der Tierproduktion
- 14 einhergehen. Abgeholzte Regenwälder für die Futtermittelproduktion, Güllefluten und
- 15 antibiotikaresistente Keime, Wasser- und Flächenverbrauch machen deutlich, wie dringend ein
- 16 Wandel nötig ist. Auf der anderen Seite verweist die Gesundheitsforschung immer wieder auf
- 17 die Vorteile einer vielfältigen, überwiegend pflanzlichen Ernährung, insbesondere mit Blick
- 18 auf Zivilisationskrankheiten wie Typ-2-Diabetes, Osteoporose oder Herz-Kreislauf-
- 19 Erkrankungen.
- 20 Der hohe globale Tierproduktkonsum kann nur durch Zucht auf extreme Leistung und
- 21 Haltungsbedingungen auf Kosten der Tiere befriedigt werden. Neben einer Verringerung des
- 22 Exports von Tierprodukten aus Deutschland, ist es wichtig, dass Menschen sich verstärkt
- 23 pflanzlich ernähren, erst dadurch sinkt die Nachfragelast und damit auch der Druck auf eine
- 24 zunehmend intensive Tierhaltung. Neben uns Menschen profitieren daher auch Tiere von mehr
- 25 pflanzlicher Ernährung. Eine erfolgreiche Agrarwende setzt neben der notwendigen Umstellung
- 26 des Agrarsystems, der gesetzlichen Haltungsbedingungen und der EU-Agrarförderung auch eine
- 27 Ernährungswende voraus!
- 28 Immer mehr Menschen ernähren sich vegetarisch oder vegan, der Fleischkonsum in
- 29 Deutschland
- 30 ist in den letzten Jahren gesunken. Diese Entwicklung begrüßen und unterstützen wir
- 31 ausdrücklich, denn Politik muss stets auf beiden Seiten ansetzen, bei der Produktion und
- beim Konsum.

- 32 Es ist daher zentrales Ziel grüner Klima-, Landwirtschafts- und Ernährungspolitik, über
33 pflanzliche Ernährung aufzuklären und sie zu fördern. Dazu gehört:
- 34 • dass es in allen öffentlichen Mensen und Kantinen vollwertige vegane Angebot gibt
 - 35 • die Speisepläne öffentlicher Mensen und Kantinen auf weniger Lebensmittel tierischen
36 Ursprungs umzustellen
 - 37 • pflanzliche Produkte gegenüber Tierprodukten steuerlich mindestens gleichzustellen
 - 38 • Subventionen für Tierprodukte abzubauen, beispielsweise beim EU-Schulprogramm Milch,
39 und an ökologischen Kriterien zu orientieren, insbesondere bei der Gemeinsamen
40 Agrarpolitik der EU
 - 41 • externe Kosten der Tierhaltung einzupreisen, vom Grundwasserschutz bis zu den
42 gesellschaftlichen Folgekosten des Klimawandels
 - 43 • die Förderung bio-veganer Landwirtschaft, die unsere ökologischen Ziele unterstützt
 - 44 • Abkehr von der Intensivierung der Tierhaltung und der Mengenproduktion, die zu einer
45 immer stärkeren Exportorientierung führt durch Umstellung der Gemeinsamen
Agrarpolitik
46 der EU und der Ausbildung der Landwirt*innen
 - 47 • Transparenz durch eine klare Kennzeichnung von tierischen Inhaltsstoffen,
48 verpflichtende Haltungskennzeichnung aller Tierprodukte und den Abbau von
sprachlichen
49 und bildlichen Beschönigungen auf Verpackungen und in der Werbung von
Tierprodukten
 - 50 • umfassende, unabhängige Ernährungsbildung und Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere
51 über
die Folgen der Tierhaltung und die Vorteile pflanzlicher Ernährung
 - 52 • eine Anpassung der Ausbildung von Köch*innen, sodass die Zubereitung pflanzlicher
53 Lebensmittel einen höheren Stellenwert erhält und eine vegane Kochausbildung möglich
54 wird
 - 55 • eine EU-weite Definition von "vegetarisch" und "vegane" festzulegen
- 56 Auf unseren eigenen Veranstaltungen gehen wir mit möglichst pflanzlicher Ernährung voran und
- 57 gestalten das Catering und Essensangebot grundsätzlich vegetarisch und biologisch. Dabei ist
58 für jedes vegetarische Angebot stets auch eine vollwertige vegane Alternative anzubieten.
- 59 Im Moment fördern die politischen Rahmenbedingungen eine nicht nachhaltige Landwirtschaft
60 und Ernährung. Fleisch, Milchprodukte und Eier werden billig gemacht, während vegetarische
61 und vegane Ernährung z. B. durch fehlendes Angebot oder unklare Kennzeichnungen erschwert
62 wird. Es ist Aufgabe grüner Politik, die politischen Rahmenbedingungen so zu verändern, dass
63 klima- und ressourcenschonende pflanzliche Ernährung begünstigt wird.

Klimaziele ernst nehmen, Agrarwende ermöglichen: mehr Pflanzen auf die Teller!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Pflanzen sind die Grundlage menschlicher Ernährung, ein Großteil der Welternährung basiert
- 2 auf Getreide, Hülsenfrüchten und Gemüse. Nahrungsmittel tierischen Ursprungs basieren
- 3 dagegen zunehmend auf Futtermitteln, die auf Flächen angebaut werden, die auch für die
- 4 menschliche Ernährung oder als CO₂-Senke genutzt werden könnten. Das hat erhebliche Folgen
- 5 für die Ökobilanz.
- 6 Global betrachtet verursacht die Erzeugung tierischer Lebensmittel mehr Klimagase als der
- 7 gesamte Verkehrsbereich. Die Studien der letzten Jahre und der im August 2019
- 8 veröffentlichte IPCC-Bericht zeigen deutlich, dass zum Erreichen der Klimaziele eine massive
- 9 Reduktion des Konsums von Tierprodukten notwendig ist. Selbst wenn wir morgen eine radikale
- 10 Energie- und Verkehrswende einleiten – wenn wir weiterhin so viele tierische Produkte
- 11 herstellen und konsumieren, werden wir das Paris-Ziel von deutlich unter 2 Grad, möglichst
- 12 unter 1,5 Grad Erwärmung verfehlen.
- 13 Regelmäßig gibt es neue Nachweise für die weiteren Umweltschäden, die mit der Tierproduktion
- 14 einhergehen. Abgeholzte Regenwälder für die Futtermittelproduktion, Güllefluten und
- 15 antibiotikaresistente Keime, Wasser- und Flächenverbrauch machen deutlich, wie dringend ein
- 16 Wandel nötig ist. Auf der anderen Seite verweist die Gesundheitsforschung immer wieder auf
- 17 die Vorteile einer vielfältigen, überwiegend pflanzlichen Ernährung, insbesondere mit Blick
- 18 auf Zivilisationskrankheiten wie Typ-2-Diabetes, Osteoporose oder Herz-Kreislauf-
- 19 Erkrankungen.
- 20 Der hohe globale Tierproduktkonsum kann nur durch Zucht auf extreme Leistung und
- 21 Haltungsbedingungen auf Kosten der Tiere befriedigt werden. Neben einer Verringerung des
- 22 Exports von Tierprodukten aus Deutschland, ist es wichtig, dass Menschen sich verstärkt
- 23 pflanzlich ernähren, erst dadurch sinkt die Nachfragelast und damit auch der Druck auf eine
- 24 zunehmend intensive Tierhaltung. Neben uns Menschen profitieren daher auch Tiere von mehr
- 25 pflanzlicher Ernährung. Eine erfolgreiche Agrarwende setzt neben der notwendigen Umstellung
- 26 des Agrarsystems, der gesetzlichen Haltungsbedingungen und der EU-Agrarförderung auch eine
- 27 Ernährungswende voraus!"
- 28 Immer mehr Menschen ernähren sich vegetarisch oder vegan, der Fleischkonsum in
- 29 Deutschland
- 30 ist in den letzten Jahren gesunken. Diese Entwicklung begrüßen und unterstützen wir
- 31 ausdrücklich, denn Politik muss stets auf beiden Seiten ansetzen, bei der Produktion und
- beim Konsum.

- 32 Es ist daher zentrales Ziel grüner Klima-, Landwirtschafts- und Ernährungspolitik, über
33 pflanzliche Ernährung aufzuklären und sie zu fördern. Dazu gehört:
- 34 • dass es in allen öffentlichen Mensen und Kantinen vollwertige vegane Angebot gibt
 - 35 • die Speisepläne öffentlicher Mensen und Kantinen auf weniger Lebensmittel tierischen
36 Ursprungs umzustellen
 - 37 • pflanzliche Produkte gegenüber Tierprodukten steuerlich mindestens gleichzustellen
 - 38 • Subventionen für Tierprodukte abzubauen, beispielsweise beim EU-Schulprogramm Milch,
39 und an ökologischen Kriterien zu orientieren, insbesondere bei der Gemeinsamen
40 Agrarpolitik der EU
 - 41 • externe Kosten der Tierhaltung einzupreisen, vom Grundwasserschutz bis zu den
42 gesellschaftlichen Folgekosten des Klimawandels
 - 43 • die Förderung bio-veganer Landwirtschaft, die unsere ökologischen Ziele unterstützt
 - 44 • Abkehr von der Intensivierung der Tierhaltung und der Mengenproduktion, die zu einer
45 immer stärkeren Exportorientierung führt durch Umstellung der Gemeinsamen
Agrarpolitik
46 der EU und der Ausbildung der Landwirt*innen
 - 47 • Transparenz durch eine klare Kennzeichnung von tierischen Inhaltsstoffen,
48 verpflichtende Haltungskennzeichnung aller Tierprodukte und den Abbau von
sprachlichen
49 und bildlichen Beschönigungen auf Verpackungen und in der Werbung von
Tierprodukten
 - 50 • umfassende, unabhängige Ernährungsbildung und Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere
51 über
die Folgen der Tierhaltung und die Vorteile pflanzlicher Ernährung
 - 52 • eine Anpassung der Ausbildung von Köch*innen, sodass die Zubereitung pflanzlicher
53 Lebensmittel einen höheren Stellenwert erhält und eine vegane Kochausbildung möglich
54 wird
 - 55 • eine EU-weite Definition von "vegetarisch" und "vegane" festzulegen
- 56 Auf unseren eigenen Veranstaltungen gehen wir mit möglichst pflanzlicher Ernährung voran und
- 57 gestalten das Catering und Essensangebot grundsätzlich vegetarisch und biologisch. Dabei ist
58 für jedes vegetarische Angebot stets auch eine vollwertige vegane Alternative anzubieten.
- 59 Im Moment fördern die politischen Rahmenbedingungen eine nicht nachhaltige Landwirtschaft
60 und Ernährung. Fleisch, Milchprodukte und Eier werden billig gemacht, während vegetarische
61 und vegane Ernährung z. B. durch fehlendes Angebot oder unklare Kennzeichnungen erschwert
62 wird. Es ist Aufgabe grüner Politik, die politischen Rahmenbedingungen so zu verändern, dass
63 klima- und ressourcenschonende pflanzliche Ernährung begünstigt wird.

Grüne Gesundheitspolitik – mit Verantwortung und Weitblick in die Zukunft



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Das heutige Gesundheitssystem steht vor großen Herausforderungen. Pflegenotstand und
- 2 Ärzte-
- 3 Appell „Gegen das Diktat der Ökonomie in unseren Krankenhäusern“ sind deutliche Zeichen
- 4 eines massiven ökonomischen Drucks, der insbesondere Patient*innen aber auch
- 5 Pflegepersonal
- 6 und Ärzt*innen massiv schadet und nur einzelnen Playern nutzt. Es besteht dringender
- 7 Handlungsbedarf und es gilt das Recht der Beitragszahler*innen und der Solidargemeinschaft
- 8 auf die Finanzierung menschengerechter Gesundheitspolitik einzufordern. Die Grünen setzen
- 9 sich für eine Gesundheitspolitik mit Verantwortung und Weitblick ein und stellen die
- 10 Gesunderhaltung des Menschen ins Zentrum der notwendigen politischen Entscheidungen.
- 11 Wir bekräftigen daher die Positionen aus dem Beschluss der BDK 2010 in Freiburg: Zugang,
- 12 Teilhabe und Prävention. Grüne Gesundheitspolitik erhält und stärkt die Solidarität. Die
- 13 zentralen Elemente sind Prävention und Erhalt der Gesundheit, qualitativ hochwertige und
- 14 bedarfsgerechte medizinische Versorgung im Krankheitsfall, aktive Beteiligung der Menschen
- 15 und Berufsgruppen, zugängliche und vernetzte Versorgungsstrukturen und eine Finanzierung
- 16 auf
- 17 breiter Basis.
- 18 Die Bundesdelegiertenkonferenz 2019 beschließt darüber hinaus folgende Ziele im Sinne einer
- 19 patient*innenzentrierten Medizin und einer nachhaltigen Gesundheitspolitik:
- 20 **1. Gesundheit in allen Politikbereichen / Health in All Policies:**
- 21 Die Auswirkungen jeglicher politischer Entscheidung auf Gesundheitsaspekte aller Lebewesen
- 22 fließen frühzeitig in die Entscheidungsfindung mit ein und werden vorrangig beachtet. In der
- 23 Gesundheitspolitik werden Prävention, Gesundheitsbildung, Bewegung, Ernährung,
- 24 Patient*innen-Empowerment und Stärkung der Selbstverantwortung gezielt ausgebaut und
- 25 gesetzlich verankert.
- 26 **2. Bedarfsgerechte und effiziente Versorgung**
- 27 Der fortschreitende ökonomische Druck bringt das Gesundheitssystem und die
- 28 Patient*innenversorgung an die Grenzen der Belastbarkeit und Funktionsfähigkeit. Das
- 29 derzeitige Fallpauschalen-System führt zu **Überversorgung** in Bereichen mit lukrativen
- Abrechnungsziffern und **Unterversorgung** im Bereich der Grundversorgung. Dieser
- Entwicklung
- erteilen wir eine klare Absage und setzen uns für eine **bedarfsgerechte und effiziente**
- Versorgung ein.**

3. Vorfahrt für „Sprechende Medizin“ – vor Technik und invasiven Verfahren

Die „Sprechende Medizin“ mit menschlicher Präsenz und therapeutischen Gesprächen wird adäquat vergütet und hat Vorrang vor Technikeinsatz und invasiven Verfahren.

4. Selbstbestimmungsrecht der Patient*innen und Therapiefreiheit der Ärzt*innen

Grüne Gesundheitspolitik bekennt sich ausdrücklich zum Selbstbestimmungsrecht der Patient*innen, zur Therapiefreiheit der Behandelnden zur Therapievelfalt und einem solidarisch finanzierten und auf der Grundlage empirischer Daten und wissenschaftlich bewerteter Erkenntnisse arbeitenden Gesundheitssystem.

Wir wollen eine passgenaue und solidarisch finanzierte Versorgung für alle Versicherten. Auch politische Entscheidungen außerhalb des Gesundheitswesens haben eine Auswirkung auf die

Gesundheit der Bevölkerung - bspw. im Bereich der Verkehrspolitik, der Stadtentwicklung, der Agrarpolitik und der Sozialpolitik.

Wir befürworten daher den von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vertretenen “Health in all Policies”-Ansatz. Wir setzen uns für ein Gesundheitssystem ein, in dem tatsächlich jede Patient*in eine zweckmäßige Behandlung erhält. Wir kritisieren, dass heute in der Gesetzlichen Krankenkasse manche notwendigen Leistungen wie Sehhilfen nicht abgedeckt werden

oder erhebliche Zuzahlungen fällig werden wie bei der Heilmittelversorgung.

Wir streben ein Gesundheitssystem an, das noch stärker als heute seine medizinischen, therapeutischen und pflegerischen Leistungen auf ihre Wirksamkeit, Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit prüft und den Leistungskatalog fortwährend an den wissenschaftlichen Kenntnisstand und empirisch bewertete Erfahrungen anpasst. Das bedeutet auch, dass wir wissenschaftliche Evaluationen, Versorgungsforschung und Studien stärker in den Bereichen des Gesundheitswesens öffentlich fördern, die heute unterrepräsentiert sind und deren Leistungen nur zu einem geringen Anteil auf wissenschaftlicher Evidenz begründet werden können.

Die Gesetzliche Krankenversicherung wird solidarisch über Pflichtbeiträge finanziert, ihre Ausgaben müssen vor diesem Hintergrund allgemein akzeptierten und nachprüfbar Kriterien entsprechen, um die breite Akzeptanz in der Bevölkerung zu gewährleisten.

In unserem Gesundheitssystem erkennen wir erhebliche Probleme: Es gibt unter anderem Über-,

Unter- und Fehlversorgung, so z.B. unnötige Knie- und Rückenoperationen, eine erhöhte Sterblichkeit nach Herzinfarkten im ländlichen Raum wegen nicht verfügbarer naher Behandlungsorte und große Barrieren in der Versorgung von Menschen mit Behinderungen. Dies

schadet den Patient*innen und verbraucht finanzielle Ressourcen, die für eine bessere Versorgung in anderen Bereichen fehlen.

Besonders in Regionen mit einer niedrigen Ärztedichte sind Verbesserungen erforderlich, um eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung zu gewährleisten. Auch berücksichtigen viele Therapien nicht die besonderen Bedarfe bspw. von Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderung und alten Menschen. Wir wollen unser Gesundheitswesen barriereärmer, gendergerechter, ehrlicher und transparenter, sicherer und menschlicher, rationaler und fairer gestalten. Wir

- 69 wollen, dass Patient*innen tatsächlich in jedem Fall aufgeklärt werden über die Wirkung
70 einer angebotenen Behandlungsmöglichkeit.
- 71 Wir sehen, dass immer mehr fragwürdige Therapie-Angebote und Produkte auf den Markt
kommen
72 und beworben werden. Deshalb wollen wir den Verbraucher*innenschutz stärken und die
73 Patient*innenkompetenz steigern.
- 74 Der nächsten Bundesdelegiertenkonferenz wird im Rahmen des Grundsatzprogrammprozesses eine
75 Positionierung zur Frage eines wissenschaftsbasierten und ethischen Gesundheitssystems und
76 der grundsätzlichen Voraussetzungen für die Erstattungsfähigkeit durch die Gesetzliche
77 Krankenkasse zur Abstimmung vorgelegt. Die inhaltliche Vorarbeit wird gemeinsam in einer
78 Kommission aus den zuständigen wissenschafts- und gesundheitspolitischen Abgeordneten,
79 Vertreter*innen der Gesundheitsministerien der Länder, Vertreter*innen der
80 Bundesarbeitsgemeinschaft Wissenschaft, Vertreter*innen der Arbeitsgemeinschaft Gesundheit
81 aus der Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit, Soziales, Gesundheit, Vertreter*innen des
82 Bundesvorstands sowie ausgewogen den Antragssteller*innen der Anträge V-01, V-04, V-19 und
83 V-44 erarbeitet. Die Kommission kann externe Experten*innen hinzuziehen und bearbeitet
84 folgende Fragestellungen.
- 85 • In welchem Spannungsverhältnis stehen evidenzbasierte Wissenschaft und ein
86 ganzheitlicher Gesundheitsbegriff?
 - 87 • Wie definieren wir den Wissenschaftsbegriff in der Medizin? Was bedeutet
88 Evidenzbasierte Medizin und wie werden ihre drei Säulen gewichtet (Werte und Wünsche
89 der Patient*in, aktueller Stand der klinischen Forschung, die individuelle klinische
90 Erfahrung)?
 - 91 • Welche Funktion übernehmen wissenschaftliche Erkenntnisse in der Entscheidung über
92 die
93 Erstattungsfähigkeit medizinischer Maßnahmen in der Gesetzlichen Krankenversicherung
(GKV)?
 - 94 • Sind die derzeitigen Zulassungsverfahren adäquat?
 - 95 • Welche Voraussetzungen für bessere Patient*innensicherheit sind notwendig
96 (Deklarationspflicht, Aufklärungspflichten)?
 - 97 • Wie beurteilen wir positive Effekte auf den Gesundheitszustand, die durch eine
98 Behandlung mit Placebo hervorgerufen werden?
 - 99 • Welche Rolle soll künftig die sprechende Medizin einnehmen, d.h. die Zeit, die in
100 unserem Gesundheitswesen zur Verfügung steht für das Schildern der Symptome, für
101 Aufklärung und Beratung zwischen Patient*innen und Behandelnden? Wie soll in regulärer
102 medizinischer Behandlung die Individualität der und des Einzelnen in der Behandlung
103 angemessen berücksichtigt werden? Wir prüfen auch eine der jeweiligen Fachrichtung
104 angemessenere Vergütung des ärztlichen Gesprächs in der Gebührenordnung für Ärzte
105 (GOÄ) unabhängig von der Methodik. Wie kann eine Stärkung und Verzahnung der
106 sprechenden Medizin im ambulanten und stationären Bereich und eine bessere Abbildung

- 107 der Anamnese in der pflegerischen, therapeutischen und medizinischen Ausbildung und
108 Tätigkeit erreicht werden?
- 109 • Wie lautet unsere grundsätzliche Position zum Einsatz der besonderen
110 Therapierichtungen in der GKV?
- 111 • Ist eine Überprüfung der Berechtigung des sogenannten Binnenkonsenses notwendig?
Und
112 was bedeutet das hinsichtlich von Präparaten?
- 113 Diese Kommission bereitet außerdem für die übernächste Bundesdelegiertenkonferenz ein
114 eigenständiges Positionspapier mit konkreten Empfehlungen vor, welche Anforderungen
115 grundsätzlich in der GKV gestellt werden und auf welcher Evidenz-Grundlage die Erstattung in
116 der GKV erfolgen soll. Grundlegende Ergebnisse dieser Kommission finden außerdem Eingang in
117 den Entwurf eines Bundestagswahlprogrammes.

Grüne Gesundheitspolitik – mit Verantwortung und Weitblick in die Zukunft



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Das heutige Gesundheitssystem steht vor großen Herausforderungen. Pflegenotstand und
- 2 Ärzte-
- 3 Appell „Gegen das Diktat der Ökonomie in unseren Krankenhäusern“ sind deutliche Zeichen
- 4 eines massiven ökonomischen Drucks, der insbesondere Patient*innen aber auch
- 5 Pflegepersonal
- 6 und Ärzt*innen massiv schadet und nur einzelnen Playern nutzt. Es besteht dringender
- 7 Handlungsbedarf und es gilt das Recht der Beitragszahler*innen und der Solidargemeinschaft
- 8 auf die Finanzierung menschengerechter Gesundheitspolitik einzufordern. Die Grünen setzen
- 9 sich für eine Gesundheitspolitik mit Verantwortung und Weitblick ein und stellen die
- 10 Gesunderhaltung des Menschen ins Zentrum der notwendigen politischen Entscheidungen.
- 11 Wir bekräftigen daher die Positionen aus dem Beschluss der BDK 2010 in Freiburg: Zugang,
- 12 Teilhabe und Prävention. Grüne Gesundheitspolitik erhält und stärkt die Solidarität. Die
- 13 zentralen Elemente sind Prävention und Erhalt der Gesundheit, qualitativ hochwertige und
- 14 bedarfsgerechte medizinische Versorgung im Krankheitsfall, aktive Beteiligung der Menschen
- 15 und Berufsgruppen, zugängliche und vernetzte Versorgungsstrukturen und eine Finanzierung
- 16 auf breiter Basis.
- 17 Die Bundesdelegiertenkonferenz 2019 beschließt darüber hinaus folgende Ziele im Sinne einer
- 18 patientenzentrierten Medizin und einer nachhaltigen Gesundheitspolitik:
- 19 **1. Gesundheit in allen Politikbereichen / Health in All Policies:**
- 20 Die Auswirkungen jeglicher politischer Entscheidung auf Gesundheitsaspekte aller Lebewesen
- 21 fließen frühzeitig in die Entscheidungsfindung mit ein und werden vorrangig beachtet. In der
- 22 Gesundheitspolitik werden Prävention, Gesundheitsbildung, Bewegung, Ernährung,
- 23 Patient*innen-Empowerment und Stärkung der Selbstverantwortung gezielt ausgebaut und
- 24 gesetzlich verankert.
- 25 **2. Bedarfsgerechte und effiziente Versorgung**
- 26 Der fortschreitende ökonomische Druck bringt das Gesundheitssystem und die
- 27 Patientenversorgung an die Grenzen der Belastbarkeit und Funktionsfähigkeit. Das derzeitige
- 28 Fallpauschalen-System führt zu **Überversorgung** in Bereichen mit lukrativen
- 29 Abrechnungsziffern
- 30 und **Unterversorgung** im Bereich der Grundversorgung. Dieser Entwicklung erteilen wir eine
- 31 klare Absage und setzen uns für eine **bedarfsgerechte und effiziente Versorgung ein.**
- 32 **3. Vorfahrt für „Sprechende Medizin“ – vor Technik und invasiven Verfahren**

Die „**Sprechende Medizin**“ mit menschlicher Präsenz und therapeutischen Gesprächen wird adäquat vergütet und hat Vorrang vor Technikeinsatz und invasiven Verfahren.

4. Selbstbestimmungsrecht der Patient*innen und Therapiefreiheit der Ärzt*innen

Grüne Gesundheitspolitik bekennt sich ausdrücklich zum Selbstbestimmungsrecht der Patient*innen, zur Therapiefreiheit der Behandelnden zur Therapieviefalt und einem solidarisch finanzierten und auf der Grundlage empirischer Daten und wissenschaftlich bewerteter Erkenntnisse arbeitenden Gesundheitssystem.

Wir wollen eine passgenaue und solidarisch finanzierte Versorgung für alle Versicherten. Auch politische Entscheidungen außerhalb des Gesundheitswesens haben eine Auswirkung auf die

Gesundheit der Bevölkerung - bspw. im Bereich der Verkehrspolitik, der Stadtentwicklung, der Agrarpolitik und der Sozialpolitik.

Wir befürworten daher den von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vertretenen “Health in all Policies”-Ansatz. Wir setzen uns für ein Gesundheitssystem ein, in dem tatsächlich jede Patient*in eine zweckmäßige Behandlung erhält. Wir kritisieren, dass heute in der Gesetzlichen Krankenkasse manche notwendigen Leistungen wie Sehhilfen nicht abgedeckt werden

oder erhebliche Zuzahlungen fällig werden wie bei der Heilmittelversorgung.

Wir streben ein Gesundheitssystem an, das noch stärker als heute seine medizinischen, therapeutischen und pflegerischen Leistungen auf ihre Wirksamkeit, Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit prüft und den Leistungskatalog fortwährend an den wissenschaftlichen Kenntnisstand und empirisch bewertete Erfahrungen anpasst. Das bedeutet auch, dass wir wissenschaftliche Evaluationen, Versorgungsforschung und Studien stärker in den Bereichen des Gesundheitswesens öffentlich fördern, die heute unterrepräsentiert sind und deren Leistungen nur zu einem geringen Anteil auf wissenschaftlicher Evidenz begründet werden können.

Die Gesetzliche Krankenversicherung wird solidarisch über Pflichtbeiträge finanziert, ihre Ausgaben müssen vor diesem Hintergrund allgemein akzeptierten und nachprüfbar Kriterien entsprechen, um die breite Akzeptanz in der Bevölkerung zu gewährleisten.

In unserem Gesundheitssystem erkennen wir erhebliche Probleme: Es gibt unter anderem Über-,

Unter- und Fehlversorgung, so z.B. unnötige Knie- und Rückenoperationen, eine erhöhte Sterblichkeit nach Herzinfarkten im ländlichen Raum wegen nicht verfügbarer naher Behandlungsorte und große Barrieren in der Versorgung von Menschen mit Behinderungen. Dies

schadet den Patient*innen und verbraucht finanzielle Ressourcen, die für eine bessere Versorgung in anderen Bereichen fehlen.

Besonders in Regionen mit einer niedrigen Ärztedichte sind Verbesserungen erforderlich, um eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung zu gewährleisten. Auch berücksichtigen viele Therapien nicht die besonderen Bedarfe bspw. von Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderung und alten Menschen. Wir wollen unser Gesundheitswesen barriereärmer, gendergerechter, ehrlicher und transparenter, sicherer und menschlicher, rationaler und fairer gestalten. Wir

- 68 wollen, dass Patient*innen tatsächlich in jedem Fall aufgeklärt werden über die Wirkung
69 einer angebotenen Behandlungsmöglichkeit.
- 70 Wir sehen, dass immer mehr fragwürdige Therapie-Angebote und Produkte auf den Markt
kommen
71 und beworben werden. Deshalb wollen wir den Verbraucher*innenschutz stärken und die
72 Patientenkompetenz steigern.
- 73 Der nächsten Bundesdelegiertenkonferenz wird im Rahmen des Grundsatzprogrammprozesses eine
74 Positionierung zur Frage eines wissenschaftsbasierten und ethischen Gesundheitssystems und
75 der grundsätzlichen Voraussetzungen für die Erstattungsfähigkeit durch die Gesetzliche
76 Krankenkasse zur Abstimmung vorgelegt. Die inhaltliche Vorarbeit wird gemeinsam in einer
77 Kommission aus den zuständigen wissenschafts- und gesundheitspolitischen Abgeordneten,
78 Vertreter*innen der Gesundheitsministerien der Länder, Vertreter*innen der
79 Bundesarbeitsgemeinschaft Wissenschaft, Vertreter*innen der Arbeitsgemeinschaft Gesundheit
80 aus der Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit, Soziales, Gesundheit, Vertreter*innen des
81 Bundesvorstands sowie ausgewogen den Antragssteller*innen der Anträge V-01, V-04, V-19 und
82 V-44 erarbeitet. Die Kommission kann externe Experten*innen hinzuziehen und bearbeitet
83 folgende Fragestellungen.
- 84 • In welchem Spannungsverhältnis stehen evidenzbasierte Wissenschaft und ein
85 ganzheitlicher Gesundheitsbegriff?
 - 86 • Wie definieren wir den Wissenschaftsbegriff in der Medizin? Was bedeutet
87 Evidenzbasierte Medizin und wie werden ihre drei Säulen gewichtet (Werte und Wünsche
88 des Patienten, aktueller Stand der klinischen Forschung, die individuelle klinische
89 Erfahrung)?
 - 90 • Welche Funktion übernehmen wissenschaftliche Erkenntnisse in der Entscheidung über
91 die
92 Erstattungsfähigkeit medizinischer Maßnahmen in der Gesetzlichen Krankenversicherung
(GKV)?
 - 93 • Sind die derzeitigen Zulassungsverfahren adäquat?
 - 94 • Welche Voraussetzungen für bessere Patientensicherheit sind notwendig
95 (Deklarationspflicht, Aufklärungspflichten)?
 - 96 • Wie beurteilen wir positive Effekte auf den Gesundheitszustand, die durch eine
97 Behandlung mit Placebo hervorgerufen werden?
 - 98 • Welche Rolle soll künftig die sprechende Medizin einnehmen, d.h. die Zeit, die in
99 unserem Gesundheitswesen zur Verfügung steht für das Schildern der Symptome, für
100 Aufklärung und Beratung zwischen Patient*innen und Behandelnden? Wie soll in regulärer
101 medizinischer Behandlung die Individualität der und des Einzelnen in der Behandlung
102 angemessen berücksichtigt werden? Wir prüfen auch eine der jeweiligen Fachrichtung
103 angemessenere Vergütung des ärztlichen Gesprächs in der Gebührenordnung für Ärzte
104 (GOÄ) unabhängig von der Methodik. Wie kann eine Stärkung und Verzahnung der
105 sprechenden Medizin im ambulanten und stationären Bereich und eine bessere Abbildung

- 106 der Anamnese in der pflegerischen, therapeutischen und medizinischen Ausbildung und
107 Tätigkeit erreicht werden?
- 108 • Wie lautet unsere grundsätzliche Position zum Einsatz der besonderen
109 Therapierichtungen in der GKV?
- 110 • Ist eine Überprüfung der Berechtigung des sogenannten Binnenkonsenses notwendig?
Und
111 was bedeutet das hinsichtlich von Präparaten?
- 112 Diese Kommission bereitet außerdem für die übernächste Bundesdelegiertenkonferenz ein
113 eigenständiges Positionspapier mit konkreten Empfehlungen vor, welche Anforderungen
114 grundsätzlich in der GKV gestellt werden und auf welcher Evidenz-Grundlage die Erstattung in
115 der GKV erfolgen soll. Grundlegende Ergebnisse dieser Kommission finden außerdem Eingang in
116 den Entwurf eines Bundestagswahlprogrammes.

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: W Wohnen

Antragstext

- 1 Wohnen ist eine soziale Frage. Mieten und Immobilienpreise haben sich in den
- 2 wirtschaftsstarken Städten und Regionen in den letzten Jahren stark erhöht. Gestiegene
- 3 Wohnkosten stellen für sehr viele Menschen insbesondere Familien, inzwischen bis weit in die
- 4 Mitte unserer Gesellschaft hinein vor große Probleme. Bezahlbare Wohnungen mitten in der
- 5 Stadt, in gewachsenen Wohnvierteln, in der Nähe vom Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft von
- 6 Schulen und Kitas, medizinischen Versorgungseinrichtungen, aber auch Kulturangeboten
- werden
- 7 für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen unerreichbar. Viele haben Angst davor,
- 8 ihre Wohnung zu verlieren oder ihre angestammten Wohnviertel verlassen zu müssen. Das
- 9 schlägt einen Spalt in unsere Gesellschaft. Der soziale Zusammenhalt geht verloren.
- 10 Wachsende räumliche Barrieren, zunehmend getrennte Wohnorte und Lebensbereiche von Alten
- und
- 11 Jungen, Armen und Reichen, Familien und Singles verstärken die Spaltung.
- 12 Die Mieten in deutschen Großstädten steigen seit Jahren rasant. Allein in Berlin stiegen die
- 13 Neuvertragsmieten binnen fünf Jahren um etwa 50 Prozent. In München sind
- Quadratmeterpreise
- 14 von über 20 Euro inzwischen keine Seltenheit mehr. Preistreiber sind oftmals spekulative
- 15 Bodenpreise. Aber das Problem betrifft schon lange nicht mehr nur die Metropolen. Auch in
- 16 Städten wie Lübeck, Potsdam oder Reutlingen haben immer mehr Menschen Probleme, eine
- Wohnung
- 17 zu finden, die sie auch bezahlen können. Noch extremer ist der Anstieg der Kaufpreise von
- 18 Immobilien. In den sieben größten deutschen Städten haben sie sich seit 2010 verdoppelt.
- 19 Immer mehr Menschen müssen einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für die
- Mietkosten
- 20 ausgeben. Jede*r fünfte Mieter*in gilt inzwischen als überlastet. Für immer mehr soziale
- 21 und kulturelle Einrichtungen werden die überhöhten Mieten zum Problem. Bei vielen kleinen
- 22 Gewerbetreibenden oder bei Existenzgründer*innen (wie Start-Ups) werden die Gewinne von
- 23 steigenden Mieten aufgefressen. Eine vielfältige Einzelhandelsstruktur verschwindet so aus
- 24 unseren Städten. Aber auch für Unternehmen wird es zu einem Problem, dass ihre
- 25 Mitarbeiter*innen in der Stadt keine Wohnung mehr finden. Diese Entwicklungen stellen eine
- 26 Gefahr für den Frieden und für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft dar und verschärfen
- 27 die soziale Spaltung.
- 28 Besonders betroffen von der Wohnungsnot sind Menschen mit geringerem Einkommen, Familien
- mit
- 29 Kindern, Alleinerziehende, Arbeitssuchende, LSBTIQ, Menschen mit Behinderung sowie
- 30 Migrant*innen. Gerade sie werden bei der Vergabe von Wohnungen diskriminiert. Oft

entscheidet die Tatsache, ob jemand Mayer oder Haddad heißt, alleinerziehend ist oder nicht darüber, ob die Person zu einer Wohnungsbesichtigung eingeladen wird. Menschen werden aus ihren angestammten Wohnquartieren vertrieben, wenn ihre Vermieter*innen die Mieten immer stärker erhöhen. Modernisierungen, die wir für die Rettung des Klimas dringend brauchen, werden dafür missbraucht, Rendite zu maximieren. Mieter*innen werden so aus ihren Wohnungen verdrängt und dann durch neue Wohnungseigentümer*innen oder besserverdienende Mieter*innen ersetzt. Es steigt auch die Zahl der Wohnungslosen. In einem reichen Land wie unserem fehlt es inzwischen 650.000 Menschen am Allernötigsten: an der eigenen Wohnung.

Der Wohnungsmarkt liegt wesentlich in kommunaler Verantwortung. Die Wohnungsbaupolitik als Daseinsvorsorge ist überwiegend Ländersache. Probleme sollen da gelöst werden, wo sie entstehen.

Es gibt aber auch ganz andere Problemlagen. In Deutschland gibt es zahlreiche Regionen mit schrumpfender Bevölkerung, Wohnungsleerstand und Herausforderungen durch einen raschen demographischen Wandel. Hinzu kommt eine Zersiedelung, die lange, unökologische Pendelverkehre und eine überlastete Verkehrsinfrastruktur zur Folge haben. Dieses Problem werden wir aber weniger mit wohnungspolitischen, sondern vielmehr eher mit regionalen, strukturpolitischen Instrumenten insbesondere durch die Landesregierungen lösen.

Die Ursachen für die Wohnungskrise sind vielfältig. Eine Deregulierung des Wohnungsmarktes, politische Fehlentscheidungen wie die Privatisierung großer kommunaler Wohnungsbestände sowie eine durch die Finanzkrise verstärkte Immobilienspekulation sind nur einige davon. Es gibt zwar immer noch hunderttausende private Vermieter*innen, die eine Wohnung oder ein Mietshaus zur Altersvorsorge erworben haben, und bei der Vermietung häufig auf maximale Rendite verzichten. Und es gibt sozial verantwortliche Wohnungsunternehmen, die mit ihrem Bestand stabilisierend auf den Wohnungsmarkt wirken. Doch es fehlt schlicht an genügend Wohnraum. Staatliche Aufgabe ist insbesondere bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Seit der Finanzmarktkrise sind unsere Städte aber auch zum Spielfeld der globalen Finanzinvestoren geworden, die die städtischen Bodenpreise in Höhen getrieben haben, die bezahlbaren Wohnungsneubau teilweise unmöglich machen. Gleichzeitig wurde der Wohnungsneubau in den

angespannten Wohnungsmärkten in Deutschland über viele Jahre massiv vernachlässigt. Nach unterschiedlichen Schätzungen liegt der Bedarf an neuen Wohnungen deutlich über den im vergangenen Jahr gebauten 285.000 Wohnungen. Aus diesem Grund müssen wir den Bestand an

preiswertem Wohnraum schützen sowie dringend eine Bauoffensive starten, damit sich die Mietsteigerungen der vergangenen Jahre nicht noch mehr fortsetzen.

„Bauen, Bauen, Bauen“ allein kann jedoch nicht die Lösung sein. Es kommt entscheidend darauf an, was, wo, wie und für wen gebaut wird. Mit Luxus-Apartments ist weder der jungen Familien noch der alleinerziehenden Krankenschwester*in oder der Rentner*in geholfen. Der grundgesetzlichen Forderung, dass Eigentum "zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen soll" muss politisch wirksam Geltung verschafft werden.

69 Eine wesentliche Ursache des Fehlens von preisgünstigem Wohnraum ist der Rückzug der
70 öffentlichen Hand aus dem sozialen Wohnungsbau, die Abschaffung der
Wohnungsgemeinnützigkeit
71 für über drei Millionen Wohnungen und die massenhafte Privatisierung öffentlicher
72 Wohnungsbestände in den letzten drei Jahrzehnten. Die Folgen spüren wir heute: Gemeinnützig
73 gebundene Wohnungen gibt es nur noch auf freiwilliger Basis und von den damals 3,6 Millionen
74 Sozialwohnungen sind heute weniger als 1,2 Millionen übrig. Wir werden uns deshalb in
75 Zukunft gegen weitere Verkäufe kommunaler und staatlicher Wohnungen vehement wehren.
Denn es
76 sind diese Fehler der Vergangenheit, die sich heute rächen. Eine Studie gibt den
77 bundesweiten Bedarf an günstigen Sozialmietwohnungen mit zusätzlich 1,6 Millionen an.
78 Überteuerte Modernisierungen oder die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen treiben
die
79 Entwicklung weiter an.

80 Verschärft wird die Situation durch Finanzspekulationen. Spekulant*innen nutzen gezielt
81 bestehende Lücken in den Steuergesetzen, um Gewinne am Allgemeinwohl vorbei zu schleusen
und
82 missbrauchen das Mietrecht zur Renditemaximierung. Der Grundstücks- und Wohnungsmarkt ist
in
83 einigen Großstädten bereits zu einem ungebremsen Finanzmarkt geworden. Geschäftsmodelle,
84 die mit ungezügelter Renditeerwartungen mit Wohnraum an der Börse spekulieren stehen im
85 Widerspruch zum Recht auf Wohnen. Doch Wohnen ist keine Ware, sondern ein soziales
86 Grundrecht. Was gebaut wird, muss lebenswert und nachhaltig sein. Gutes Wohnen bedeutet
auch
87 Ruhe und gesunde Luft – Wohnen soll nicht krank machen. So manches Quartier wirkt wie
88 ausgestorben anstatt quirlig und lebendig: leere Zweitwohnungen, kaum Menschen auf der
89 Straße. Wir wollen nachhaltige, also sozial gemischte, grüne und kulturell ansprechende
90 Quartiere erhalten und neu schaffen, in denen auch altersgerechtes Leben und barrierefreien
91 Wohnen möglich sind und auch Arbeitsplätze vor Ort entstehen können.

92 Auch der Klimawandel und insbesondere die Klimaanpassung stellt uns in Fragen des Wohnens
93 und Arbeitens in unseren Dörfern und Städten vor neue Herausforderungen. Dicht bebaute
94 innerstädtische Quartiere heizen sich im Sommer stark auf. Wir müssen verhindern, dass sich
95 unsere Städte für kranke oder alte Menschen im Zuge der fortschreitenden Erderhitzung zu
96 Zonen entwickeln, in denen sie weder schlafen noch sich im Freien aufhalten können. Auch
97 deswegen werden grüne Lungen für unsere Städte immer wichtiger. Wir wollen die Anzahl von
98 Bäumen in Städten und an Verkehrswegen drastisch erhöhen. Wir wollen die Anzahl von
Bäumen
99 in Städten drastisch erhöhen, um Schatten und Sauerstoff in die Stadt zu bringen sowie die
100 Wasseraufnahme zu verbessern. Außerdem wollen wir die Dächer und Fassaden nutzen, um
Natur
101 in die Stadt zu bringen. Und in Zeiten des Klimawandels und begrenzter Ressourcen kann die
102 Lösung für den Wohnungsmarkt nicht nur in Neubauten liegen. Wir setzen daher auch auf
103 flächensparendes Wohnen, damit der bestehende Wohnraum besser genutzt wird.

104 **Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Wohnen ein Grundrecht. Wir wollen es als einen**
105 **Bestandteil von**
106 **neuen sozialen Grundrechten in unser Grundgesetz aufnehmen.**

106 Mit dem vorliegenden wohnungspolitischen Programm buchstabieren wir aus, mit welchen
107 Maßnahmen wir dieses Grundrecht auf Wohnen einlösen können.

108 **1. Neuen Wohnraum schaffen – sozial und gemeinwohlorientiert**

109 Beim sozialen Wohnungsbau stehen wir vor einer Herkulesaufgabe. Wir müssen die Fehler und
110 Versäumnisse der vergangenen 30 Jahre zügig korrigieren. Schon seit den 1990er Jahren haben
111 sich viele Kommunen mehr und mehr aus dem Wohnungsmarkt zurückgezogen. In Folge des
Skandals

112 bei dem gemeinnützigen Wohnungsunternehmen „Neuen Heimat“ entschied sich die damalige
113 schwarz-gelbe Bundesregierung, die Wohngemeinnützigkeit in Deutschland insgesamt
114 abzuschaffen, statt sie zu reformieren. Anstatt Transparenz herzustellen und gegen
115 Korruption entschlossen vorzugehen zog sich die Politik weitgehend aus dem Wohnungsmarkt
116 zurück und überließ ihn dem freien Spiel des Marktes.

117 Die vom Bund in den vergangenen Jahren ergriffenen Maßnahmen reichen angesichts der
118 Herausforderung hinten und vorne nicht. Ein Beispiel ist der soziale Wohnungsbau: 2020 wird
119 der Bund seine Mittel um ein Drittel auf nur noch eine Milliarde Euro kürzen. Und das,
120 obwohl seit Jahren zwischen 40.000 und 60.000 Sozialwohnungen pro Jahr verloren gehen. Der
121 Bedarf liegt aber mindestens bei 80.000 zusätzlichen Sozialwohnungen jährlich.

122 Den geringen Ausgaben des Bundes für den Wohnungsbau stehen Aufwendungen für Kosten der

123 Unterkunft und Wohngeld in Höhe von 17 Milliarden Euro gegenüber. Anstatt Wohnraum zu
124 schaffen, alimentieren wir die teuren Mieten der privaten Eigentümer*innen für diejenigen,
125 die sich das Wohnen nicht mehr leisten können. So subventionieren wir mit Steuergeldern
126 letztlich die Gewinne von Vermieter*innen und Wohnungskonzernen. Neue Wohnungen
entstehen so

127 nicht.

128 Wir wollen deswegen eine Kehrtwende in der deutschen Wohnungspolitik. Wir wollen neuen
129 Wohnraum schaffen – und zwar vor allem öffentlich und gemeinwohlorientiert.

130 **Gemeinnützig Bauen und Wohnen**

131 Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau müssen wieder deutlich erhöht und verstetigt werden.
132 Dafür müssen bestehende kommunale Wohnungsgesellschaften gestärkt werden und es
braucht eine

133 Gründungsoffensive für neue kommunale Wohnungsgesellschaften und
Wohnungsgenossenschaften.

134 Dabei wollen wir die Kommunen dabei umfassend unterstützen. Genauso stehen wir an der
Seite

135 der Zivilgesellschaft und unterstützen das Aktionsbündnis „Wohnen ist Menschenrecht“.

136 Wir werden eine neue Wohngemeinnützigkeit einführen. Insgesamt wollen wir in den nächsten
137 zehn Jahren den Bestand an dauerhaft gebundenen Sozialwohnungen um mindestens eine
Million

138 erhöhen. Dafür setzen wir auf Neubau, aber auch auf Ankauf von bestehenden Wohnungen.

139 Entsprechend braucht es ein öffentliches Investitionsprogramm des Bundes von zunächst
140 mindestens drei Milliarden Euro jährlich. Wir finanzieren das teilweise durch die
141 Abschaffung von wohnungspolitisch nicht zielführenden Subventionen wie dem Baukindergeld.

142 Für die Wohngemeinnützigkeit soll das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Güter“
143 gelten. Vermieter*innen, die sich dazu verpflichten, dauerhaft an Menschen mit geringerem
144 Einkommen und zu günstigen Mieten zu vermieten, erhalten eine öffentliche Förderung. Die
145 Wohngemeinnützigkeit steht allen Akteur*innen offen: der kommunalen Wohnungsgesellschaft,
146 der Genossenschaft, aber auch dem privaten Wohnungsunternehmen und der privaten
147 Kleinvermieter*in. Wir gewähren einen Investitionszuschuss von bis zu 20 Prozent der
148 Anschaffungs- und Herstellungskosten. Der Erwerb wird von der Grunderwerbsteuer befreit.
149 Außerdem werden die Gewinne von der Ertragsbesteuerung befreit. Wir werden die
Besteuerung
150 der Wohnungswirtschaft künftig konsequent an dem Leitprinzip der Gemeinnützigkeit
151 ausrichten. Spekulative Abschreibungsmodelle müssen abgeschafft werden. Um den
dauerhaften
152 Erhalt der Sozialwohnungen doppelt abzusichern, setzen wir zusätzlich auf öffentliches
153 Eigentum an Grund und Boden und setzen das Erbbaurecht ein.

154 Im sozialen Wohnungsbau früherer Jahre wurden viele Fehler gemacht. Aus diesen Fehlern
155 wollen wir lernen. Wir werden für ein ausgewogenes Verhältnis von Sozialwohnungen,
156 Genossenschaften, Wohnprojekten, privatem Mietwohnungsbau und selbstgenutztem
Wohneigentum
157 Sorge tragen, um soziale Segregation zu verhindern. Unser Ziel sind vielfältige gemischte
158 Quartiere, wo Menschen unabhängig von Alter und Einkommen Nachbar*innen sein können. Wir
159 wollen bei Neubauten verbindliche Quoten an Sozialwohnungen haben und deshalb Kommunen
die
160 Möglichkeit geben, in Bebauungsplänen Festsetzungen zu treffen, wonach bei
Wohnbauvorhaben
161 ein bestimmter Anteil der zulässigen Geschossfläche im geförderten Wohnbau realisiert werden
162 muss. Wir wollen bezahlbaren Wohnraum auch für mehr Menschen zur Verfügung stellen, wir
163 wollen die Einkommensgrenzen für Sozialwohnungen erhöhen und eine neue Kategorie
geförderter
164 Wohnungen für Haushalte schaffen, deren Einkommen die Einkommensgrenzen für
Sozialwohnungen
165 um bis zu 50 Prozent übersteigt. Bei diesen Sozialwohnungen gelten dann entsprechend
weniger
166 strenge Kriterien bei der Miethöhe und es wird eine Teilförderung gewährt.

167 Unser Vorbild für einen gemeinwohlorientierten Wohnungsmarkt ist die Stadt Wien mit ihrem
168 großen Anteil gemeinnütziger und für breite Schichten bezahlbaren Wohnraum, der
ausgewogene
169 Mischung sicherstellt. In einer Sozialwohnung zu wohnen wird dort nicht gleichgesetzt mit
170 Armut, weil die Mehrheit der Wiener*innen in Sozialwohnungen lebt. Menschen, deren
Einkommen
171 über die Einkommensgrenzen hinauswächst, werden deswegen nicht zum Umzug gezwungen,
aber für
172 sie soll eine einkommensabhängige Fehlbelegungsabgabe eingeführt werden, deren Einnahmen

für

173 den Bau neuer Sozialwohnungen verwendet wird. Alternativ können Wohnungsunternehmen das

174 Modell einkommensabhängiger Mietstufen nutzen, wobei die Mietbelastungsquote für
175 einkommensschwache Mieter*innen nicht höher als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens liegen
176 sollte.

177 Wir werden für die Wohngemeinnützigkeit eine unabhängige Aufsicht schaffen, welche die
178 Einhaltung der Kriterien kontrolliert. Zu Unrecht bezogene Fördergelder werden
179 zurückgefordert und Verstöße auch mit Bußgeldern belegt. Gemeinnützige
Wohnungsunternehmen

180 müssen vollständig transparent wirtschaften. Unser Leitbild ist nicht der große, zentral
181 verwaltete staatliche Wohnungskonzern, sondern dezentral verwaltete und selbstbestimmte
182 Wohnprojekte und überschaubare Wohnungsunternehmen. Deshalb werden wir eine
183 Mietermitbestimmung einführen, so dass die Menschen, die in den Wohnungen leben, ein
184 Mitspracherecht und Einfluss auf wichtige Entscheidungen erhalten.

185 Barrierefreies Wohnen in jedem Alter

186 Altersgerechter und barrierefreier Wohnraum ist eine wichtige Basis für ein selbstständiges
187 und selbstbestimmtes Leben – in den Städten ebenso wie in den ländlichen Räumen. Für einen
188 Großteil der Menschen stellen mittlerweile ambulante Wohn- und Pflegeformen eine klare
189 Alternative zum Heim dar. Wir wollen daher Wohnungen und das Wohnumfeld so gestalten, dass

190 Menschen unabhängig von ihrem Alter oder ihrer eingeschränkten Bewegungsfreiheit möglichst
191 selbstständig und unabhängig in ihrer gewohnten oder gewünschten Umgebung leben können.
Dazu

192 gehören auch Hausgemeinschaften, Pflegewohngruppen und Wohngemeinschaften genauso wie

193 Mehrgenerationenwohnen oder „Wohnen mit Versorgungssicherheit“ in der eigenen Wohnung.
194 Derzeit fehlen allerdings allein für Menschen mit Behinderung in Deutschland immer noch rund
195 eine Millionen barrierefreie und rollstuhlgerechte Wohnungen. Zudem es gibt auch zu wenig
196 preiswerte Wohnungen für Menschen mit Einschränkungen. Hier wollen wir ansetzen und das
KfW-

197 Programm „Altersgerechter Umbau“ mit deutlich aufstocken, um den großen Bedarf zu decken.
198 Darüber hinaus werden wir die Städtebauförderung um einen Teil für inklusive Quartiere und
199 Dörfer ergänzen. Hier sind auch Länder und Kommunen gefragt, den barrierefreien Ausbau
200 voranzubringen und die infrastrukturelle Anbindung des ländlichen Raums an die Groß- und
201 Mittelstädten, sowie untereinander zu ergänzen und zu verbessern.

202 Verdichten, aber nicht Erdrücken

203 Boden ist ein begrenztes Gut. Wir müssen Bauflächen schaffen und gleichzeitig den
204 Flächenfraß reduzieren. Was wie ein Widerspruch klingt, wird durch eine innovative
205 Bauoffensive aufgelöst werden, die behutsam verdichtet, höher baut, und die ganze Stadt
206 konsequent begrünt.

207 Besonders in unseren Städten erleben wir vielfältige Nutzungskonflikte. Was hat Vorrang?
208 Parkplatz oder Spielplatz? Wohnung oder Einkaufszentrum? Solche Fragen werden in Kommunen

209 täglich diskutiert und potentielle Bauflächen sind heiß umkämpft. Um mehr Wohnraum in
210 Städten zu schaffen, wollen wir, wo es sinnvoll ist, nachverdichten. Neue Quartiere sollen
211 nach dem Leitbild "Stadt der kurzen Wege" geplant werden, damit die Bewohner*innen alle
212 Angebote des täglichen Bedarfs fußläufig (möglicher Ergänzung: oder mit dem ÖPNV) erreichen
213 können. Bestehende Gebäude sollen aufgestockt werden, um Flächen zu sparen, Supermärkte
und
214 Parkplätze können überbaut werden. Wir erleichtern die behutsame Nachverdichtung durch
215 Dachausbauten finanziell, wenn dadurch bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird. Statt einer
216 Sonderabschreibung, welche die Preise weiter in die Höhe treibt, wollen wir eine
217 Investitionszulage im Rahmen einer "Grünen Bauoffensive" schaffen. Wir fördern damit
218 finanziell die Nachverdichtung mit Wohnungen sowie das Aktivieren von Brachen in den
219 Innenbereichen der Städte.

220 In Deutschland stehen etwa zwei Millionen Wohnungen leer. Wir fördern die Wiederbelebung
221 leerstehender Häuser und Wohnungen finanziell mit der "Grünen Bauoffensive". Vielerorts
222 lässt sich so Naturverlust und Flächenversiegelung an Ortsrändern und im Umland verhindern
223 und vorhandene Häuser und Grundstücke in den Ortskernen wieder beleben. Das schafft und
224 sichert Werte, statt Natur und das Klima zu zerstören und Ortskerne auszuhöhlen.

225 Die Bewohner*innen müssen bei der Planung beteiligt werden. Mangelnde Beteiligung führt zu
226 langwierigen Rechtsstreitigkeiten und Bauverzögerungen und oft entstehen an dem Alltag der
227 Menschen vorbei gebaute Quartiere. Deswegen stehen wir für moderne Beteiligungsprozesse im

228 Rahmen einer zu verwirklichenden Baukultur. Wir wollen Beteiligungsprozesse organisieren, in
229 denen Menschen frühzeitig ergebnisoffen mitentscheiden können, was gebaut, wird.

230 Viele bestehende Bebauungspläne sind schon älter und ermöglichen nur begrenzt heutige
231 Anforderungen an eine angemessene Nachverdichtung. Wir wollen die Kommunen dabei
232 unterstützen, bestehende Bebauungspläne im Sinne einer vertikalen Siedlungsentwicklung zu
233 ändern, so dass höher gebaut werden kann und Natur in der Stadt und Umland geschont und
234 bereits versiegelte Flächen besser genutzt werden.

235 Bisher ungenutzte Brachen, die eine ökologische Funktion für die Stadt haben, sollten wir
236 schon aus Klimaschutzgründen nicht vollständig bebauen, sondern auch für neue grüne Lungen,

237 Erholungsgebiete und soziale Begegnungsräume nutzen. Wir verschreiben uns dem Ziel der
238 doppelten Innenentwicklung. Ebenfalls ist es wichtig, dass neue öffentliche Räume
239 erschlossen und unsere Städte lebenswerter gestaltet werden.

240 Soviel, wie neu gebaut wird, so viel an neuem Grün wollen wir schaffen – auch und vor allem
241 auf Dächern und Fassaden, die heute dafür weitgehend ungenutzt bleiben. So wollen wir das
242 Stadtgrün schützen und erweitern, nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes und als
243 Anpassungsmaßnahme an die Klimakrise, sondern auch, weil es für die Lebensqualität in den
244 Städten, gerade für Menschen ohne Zugang zu Gärten und Freiflächen, von hoher Bedeutung
ist.

245 Wir setzen auf die Senkung der Flächeninanspruchnahme auf maximal 30 Hektar pro Tag.
246 Spätestens ab 2030 wollen wir erreichen, dass für jede neue Versiegelung von Fläche eine
247 gleich große, nicht mehr benötigte Siedlungsfläche renaturiert wird.

248 Im ländlichen Raum stellt sich das Problem oft umgekehrt dar. Es gibt Leerstand und Dörfer
249 mit Einwohnerschwund. Gut ausgebaute ÖPNV-Verbindungen sind nicht nur eine
klimafreundliche
250 Verkehrsalternative, sondern auch ein Mittel gegen Wohnungsnot, wenn so der ländliche Raum
251 mit attraktiven Reisezeiten an die Ballungszentren angeschlossen und angebunden wird. Um
252 ländliche Räume wieder attraktiver zu machen, müssen wir aber mehr tun, als nur eine
253 Verbindung in die nächste Stadt herzustellen. Es bedarf einer massiven Stärkung der
254 öffentlichen Infrastruktur in ländlichen Räumen. Gesundheitsversorgung, Verwaltung, soziale
255 und kulturelle Angebote und vieles mehr.

256 Der Baulandspekulation den Boden entziehen

257 Der stärkste Kostentreiber beim Wohnen sind Grundstücks- und Baulandpreise. Die Preise für
258 Bauland sind seit 2010 um über 60 Prozent gestiegen, in den Großstädten noch deutlich
259 stärker. Mit 870 Prozent Bodenwertsteigerung in weniger als zehn Jahren musste Berlin den
260 größten Anstieg weltweit verkraften. Grund und Boden ist zum Spekulationsobjekt geworden
und
261 die explodierenden Bodenpreise schlagen auf die Immobilienpreise und Mieten durch. Wenn
262 davon gesprochen wird, dass günstiges Bauen kaum mehr möglich ist, liegt dies zuvorderst an
263 den inzwischen für sehr viele Menschen unbezahlbaren Grundstückspreisen. Aber Boden ist ein
264 Allgemeingut, unvermehrbar, unentbehrlich und sozial gebunden.

265 In Deutschland hat die öffentliche Hand viele ihrer Grundstücke verkauft. Die Bundesanstalt
266 für Immobilienaufgaben (BImA) hat ihre Grundstücke lange Zeit meistbietend versteigert und
267 wurde damit selbst zu einem Treiber der Spekulation. Eine Bodenvorratspolitik, die Vorsorge
268 für die Zukunft betreibt, haben deutsche Städte und Gemeinden fast nirgends gemacht. Daraus
269 resultiert, dass die wertvollen Baugrundstücke in unseren Städten heute größtenteils in
270 privater Hand sind und die Kommunen horrenden Preise zahlen müssten, um sie zurück zu
kaufen.

271 Wir wollen Kommunen dabei unterstützen, wieder eine aktive Bodenpolitik zu betreiben und
272 verstärkt Grund und Boden für öffentliche Aufgaben wie gemeinnützigen Wohnungsbau zu
273 erwerben. Der Bund muss das durch eine langfristige gemeinwohlorientierte Bodenpolitik
274 unterstützen.

275 Die noch vorhandenen bundeseigenen Bestände sollen nicht mehr an private Investoren
276 veräußert, sondern ausschließlich verbilligt an Kommunen mit einer dauerhaften Sozialbindung
277 abgegeben werden. An private Investor*innen sollte hingegen nur noch im Erbbaurecht
vergeben

278 werden, damit die Flächen dauerhaft im staatlichen Eigentum verbleiben. Heute laufen
279 Sozialbindungen nach 15 bis 30 Jahren aus. Durch die Vergabe im Erbbaurecht wollen wir
280 vertraglich sicherstellen, dass künftig Sozialwohnungen dauerhaft in der Bindung erhalten
281 bleiben. Wir werden die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) und die Liegenschaften
282 des Bundeseisenbahnvermögens zu einem gemeinnützigen, revolvierenden Bundesbodenfonds
weiter

283 entwickeln. Der Bundesbodenfonds soll für gemeinwohlorientierte und öffentliche Akteure des
284 Wohnungsbaus Grundstücke ankaufen und diesen Akteuren Grundstücke übertragen bzw.
285 verpachten.

286 Viele Investor*innen sind Eigentümer*innen von Bauland, spekulieren aber lieber auf
287 steigende Bodenpreise als zu bauen. Das Bau- und Planungsrecht bietet die Möglichkeit,

288 Grundstückseigentümer*innen mit dem Baugebot zur Bebauung zu verpflichten. Das
289 Bundesverfassungsgericht sieht gerade bei Grund und Boden eine besondere und weitgehend
290 soziale Verpflichtung des Eigentums. Wer der Aufforderung sein Grundstück zu bebauen nicht
291 nachkommt, kann zum Verkauf gezwungen werden, ggf. nur gegen Entschädigung zum
292 Bodenrichtwert. Wir unterstützen die Kommunen, die von dieser Möglichkeit bei besonders
293 angespannten Wohnungsmärkten Gebrauch machen. Bei solchen Lagen sollen Kommunen das
Baugebot
294 nicht nur für einzelne Grundstücke, sondern für bestimmte Gebiete aussprechen können. Länder
295 sollen in die Lage versetzt werden, durch eine erhöhte Grundsteuer für unbebaute Grundstücke
296 einen Anreiz zum Bauen zu schaffen.
297 Es gibt weitere Möglichkeiten, die Rechte von Mieter*innen zu stärken. Vorbildcharakter hat
298 für uns die betriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer*innen. Durch sie ist sichergestellt,
299 dass nicht nur die Eigentümer*innen eines Unternehmens, sondern auch die dort beschäftigten
300 Arbeitnehmer*innen einen Einfluss auf die Entscheidungen haben, die sie direkt betreffen.
301 Wir wollen dieses Prinzip vom Arbeitsverhältnis auf das Mietverhältnis übertragen. Unser
302 Ziel ist, der Gemeinschaft der Mieter*innen Mitbestimmungsrechte zu einzuräumen, etwa wenn
303 es um Umbauten oder Modernisierungen geht. Wir wollen so eine echte Mietermitbestimmung
304 entwickeln, um die Gemeinwohlorientierung des Eigentums auch auf dem Wohnungsmarkt
305 durchzusetzen. Diese Mieter*innenmitbestimmung soll – analog zur
306 Arbeitnehmer*innenmitbestimmung – für Wohnungsgesellschaften ab einer bestimmten Größe
307 gelten.
308
309 Die größte Hürde zur Schaffung bezahlbaren Wohnraumes liegt nicht in fehlenden Investoren
310 oder Fördermitteln, sondern überwiegend in der Vergabep Praxis von Flächen. Immer noch zu oft
311 werden öffentliche Flächen meistbietend an Investoren veräußert, ohne ausreichende
312 städtebauliche wie mietpreisbeschränkende Rahmenbedingungen zu definieren. In der Folge
wird
313 eben kein bezahlbarer Wohnraum geschaffen, sondern vielmehr die Mieten maximiert. Die
314 Kommunalpolitik hat häufig zu wenig Instrumente, um dem entgegenzuwirken. Aufgabe der
315 Bundes- und Landespolitik ist es daher, solchen für die Wohnungsmärkte fatalen
316 Flächenvergaben entgegenzuwirken und die Kommunen zu unterstützen, eine aktive
Bodenpolitik
317 zu betreiben und mehr Transparenz zu schaffen.
318 Die Preise für Grund und Boden steigen nicht, weil die Eigentümer*innen die Qualität des
319 Bodens verbessern, sondern wegen der Lage, also einer Umgebung mit öffentlicher
320 Infrastruktur, attraktiven Arbeitsplätzen, Kultureinrichtungen oder Universitäten. Aufgrund
321 dieser Faktoren werden bestimmte Gegenden beliebter und stärker nachgefragt. Die Ernte
322 dieser Leistungen anderer sollte nicht über eine Bodenrente privatisiert werden. Für die
323 Eigentümer*in stellen sie einen leistungslosen Vermögenszuwachs dar. Im Baugesetzbuch gibt
es
324 bereits Instrumente, die durch die kommunale Planung geschaffenen privaten
325 Bodenwertsteigerungen im Rahmen von städtebaulichen Verträgen und bei Sanierungs- und
326 Entwicklungsmaßnahmen abzuschöpfen. Wir wollen es den Kommunen ermöglichen,
weitergehende
327 planungsbedingte Bodenwertsteigerungen rechtssicher abzuschöpfen und für kommunale

328 Infrastrukturen, soziales Wohnung und Umwelt einzusetzen. Dies soll auch bei Bauvorhaben in
329 bereits bebauten Quartieren ermöglicht werden (§34 BauGB), wo bislang leistungslose
330 Bodenwertsteigerungen gar nicht für die Belange der Allgemeinheit nutzbar sind. Damit wird
331 es auch möglich, den häufigen spekulativen Handel mit Baugenehmigungen einzudämmen und
332 so

332 mittels dieser Spekulationsbremse für Boden den zuletzt stark angewachsene Bauüberhang in
333 den Städten abzubauen.

334 Mit dem Vorkaufsrecht gemeinwohlorientiertes Wohnen schaffen und Mieter*innen vor
335 Verdrängung schützen

336 Das im Bauplanungsrecht verankerte Vorkaufsrecht der Kommunen für Wohnungen und Bauland
337 ist

337 ein wichtiges Mittel, gegen Verdrängung der angestammte Mieter*innen in den Stadtgebieten
338 entgegenzutreten, und stellt für uns ein wichtiges Instrument dar, um das Ziel von mehr
339 öffentlichem und solidarischem Eigentum zu verwirklichen. Es wird aber viel zu selten
340 genutzt und unterliegt zu restriktiven Voraussetzungen. Daher wollen wir den Kommunen die
341 Möglichkeit geben, Vorkaufsrechte innerhalb von vier Monaten auch mit dem Ziel einer
342 langfristigen Bodenbevorratung zu begründen und im Einzelfall auszuüben. Das kommunale
343 Vorkaufsrecht soll auf alle Gebiete der Stadt ausgeweitet werden. Bei der Errechnung des
344 Preises soll der Ertrags- und nicht der Verkehrswert herangezogen werden, der bezahlbare
345 Mieten sichert und spekulative Wertsteigerungen unterbindet. Zusätzlich wollen wir
346 gesetzlich festschreiben, dass die Ausübung eines Vorkaufsrechts auch dann durch das Wohl
347 der Allgemeinheit gerechtfertigt ist, wenn sie dazu dient, geförderten Wohnraum zu schaffen
348 bzw. den Ankauf durch gemeinwohlorientierte Genossenschaften zu ermöglichen. Greifen sollen
349 gesetzliche Vorkaufsrechte zukünftig auch bei Zwangsversteigerungen und bei Share-Deals
350 analog § 1 Grunderwerbsteuergesetz. Schließlich wollen wir die Möglichkeit der Ausübung
351 eines Vorkaufsrechts zum Verkehrswert um eine Regelung ergänzen, wonach – analog den
352 bestehenden gesetzlichen Vorschriften im Enteignungsrecht – solche Wertsteigerungen des
353 Grundstücks außer Betracht bleiben, die erst aus der städtebaulichen Maßnahme resultieren,
354 die das gesetzliche Vorkaufsrecht begründet. Eine Stärkung des Vorkaufsrechtes der Kommunen

355 ist auch dann sinnvoll, wenn es gar nicht angewandt wird, weil die Mieter*innen auch durch
356 Abwendungsvereinbarungen vor Verdrängung geschützt werden können.

357

358 Um die kommunalen Bauämter zu unterstützen, wollen wir beim Bund (BBSR) eine
359 Rechtsberatungsstelle einrichten, um Kommunen bei der Ausübung von Vorkaufsrechten und
360 weiteren Geboten zu unterstützen. Viele Kommunen erheben inzwischen Leerstände,
361 Problemimmobilien, brachliegende und verfallende Grundstücke in Online-Katastern. So können
362 Kommunen städtebauliche und soziale Missstände schnell erkennen und gegen diese vorgehen.
363 Oft haben Kommunen oder Genossenschaften Schwierigkeiten, den Ankauf zu finanzieren.
364 Deswegen wollen wir Allianzen zur Ausübung des Vorkaufsrechts unterstützen. Beispielsweise
365 könnte die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) ein Teileigentum des Bundes
366 begründen, sich so am Kauf beteiligen und damit der Kommune den Ankauf ermöglichen.
367 Genossenschaften und andere gemeinwohlorientierte Erwerber*innen könnten eine Förderung
368 durch günstige Kredite oder Zuschüsse der öffentlichen Hand erhalten, um die Finanzierung zu
369 ermöglichen.

370 Digital planen und nachhaltig bauen

371 Mit einer Innovationsoffensive für Klima-Investitionen in allen Gebäuden unterstützen wir
372 selbstnutzende Eigentümer*innen, Vermieter*innen sowie Mieter*innen. Wir helfen ihnen, zu
373 tragbaren Kosten Zukunft zu gestalten und Klimaschutzmaßnahmen gemäß der Ziele von Paris
374 umzusetzen. Dafür stellen wir im Aktionsplan „Faire Wärme“ sieben Milliarden Euro im Jahr
375 für Planung, Investitionen und bezahlbaren Wohnraum und für ressourcenschonendes Bauen,
zum

376 Beispiel durch modularen Holzbau, bereit. Hemmnisse im Baurecht für serielles und modulares
377 Bauen wollen wir in der Musterbauordnung reduzieren und so Kostensenkungen ermöglichen.
Wir

378 schaffen ein Gebäuderessourcengesetz, das die ganzheitliche Lebenszyklusbetrachtung für ein
379 Gebäude in den Blick nimmt.

380 Damit die erheblichen Investitionen für Neubau sowie klima- und altersgerechten Umbau
381 überhaupt geleistet werden können, wollen wir die Innovationskraft und Produktivität im
382 Bauwesen stärken. Durchgängige Verwaltungsstrukturen, starke gesetzliche aber umsetzbare
383 Rahmenbedingungen, hohe Fachkompetenz aller Beteiligten von der Eigentümer*in über die
384 Planenden bis zur Handwerker*in sind erforderlich, um Nachhaltigkeit im Bauwesen
385 Wirklichkeit werden zu lassen. Wir wollen die Forschung, aber auch Verwaltung,
386 Eigentümer*innen und Bauwirtschaft unterstützen und Pilotprojekte wie beispielsweise beim
387 Einsatz von 3-D-Druckern in Deutschland fördern.

388 Der nachwachsende Baustoff Holz bietet gleich mehrfach Potenzial für eine höhere
389 Produktivität durch Modularität, Materialeigenschaften, auch durch digitale Unterstützung.
390 Er speichert CO₂ und schützt damit das Klima. Ganze Gebäudeteile lassen sich im Werk
391 vorfertigen und auf der Baustelle rasch und kostengünstig aufbauen. Holz ist leichter als
392 Stahl und Beton und damit statisch für Dachausbauten gut geeignet. Mit einem
393 Marktanreizprogramm für das Bauen mit nachwachsenden Baustoffen regen wir den verstärkten

394 Einsatz von Baumaterialien aus nachhaltigen Quellen als Baustoff an, das Bauwerk- und
395 Baustoffrecycling fördern wir vorrangig. Die Kapazität nachwachsender Die Kapazität
396 nachwachsender Baustoffe als CO₂-Speicher wollen wir im Gebäudeenergiegesetz honorieren
und
397 als Beitrag zum klimaneutralen Gebäudebestand auch anrechnen.

398 Die Möglichkeiten der Digitalisierung müssen für ressourcenschonende Infrastrukturen und
399 lebenswerte Städte genutzt und im Sinne der Bürger*innen und des Gemeinwohls eingesetzt
400 werden. Der Schutz vor Risiken, etwa bei der Datensicherheit und kritischen Infrastrukturen,
401 muss dabei immer berücksichtigt werden. Dies ist eine primäre öffentliche Aufgabe. Schon
402 heute geben Städte und Gemeinden wertvolle IT-Infrastrukturen aus der Hand. Städte und
403 Gemeinden müssen durch ein Bundesprogramm mehr Mittel an die Hand bekommen, um ihre
404 Verwaltung, das Management der Energiekreisläufe sowie die Infrastrukturen digital zu
405 ertüchtigen.

406 Wohnraum nutzen – Leerstand und Fehlnutzung verhindern

407 Nicht immer fehlt Wohnraum: Manchmal ist er vorhanden, wird aber nicht oder falsch genutzt.
408 Wir wollen gegen Fehlnutzungen und spekulativen Leerstand von Wohnraum vorgehen. Wenn
409 Eigentümer*innen eine Zweckentfremdung nicht beenden oder Wohnraum verfallen lassen und

410 andere Sanktionen nicht wirken, ist die Einsetzung von Treuhänder*innen ein Mittel zur
411 Herstellung der Wohnnutzung. In beliebten Großstädten verschwindet Wohnraum auch dadurch,
412 dass er als Ferienwohnung genutzt und so für dauerhafte Bewohner*innen unzugänglich wird.
413 Nicht selten findet man in den beliebten Lagen von Städten wie Berlin und Hamburg viele
414 Inserate bei Airbnb und Co., aber kaum Mietwohnungsangebote mehr. Wir unterstützen die
415 Kommunen dabei, gegen Zweckentfremdung und Fehlnutzungen vorzugehen und diese zu
verboten.
416 Die Verfolgung muss verbessert und die Bußgelder müssen erhöht werden. Die EU-Kommission
417 steht in der Pflicht, die Länder und Kommunen bei der Schaffung von verbindlichen
418 Auskunftspflichten von Online-Plattformen zu unterstützen.

419 Seit 1987 ist die durchschnittliche Wohnfläche pro Einwohner*in um über ein Drittel
420 gestiegen und statistisch leben mittlerweile in jeder Wohnung weniger als zwei Personen. Der
421 Grund dafür ist oft, dass immer mehr Menschen in Wohnungen leben, die für sie zu groß
422 geworden sind. Menschen etwa, die nicht in eine kleinere Wohnung ziehen, wenn die Kinder aus
423 dem Haus sind, oder Menschen, die nach einer Trennung oder dem Versterben der Partner*in in
424 ihrer Wohnung verbleiben. Ein Umzug kommt für sie oft aus Kostengründen nicht in Betracht,
425 weil sie dann einen älteren und sehr günstigen Mietvertrag verlieren würden. Und eine neue
426 Wohnung wäre nicht nur kleiner, sondern zudem meist sogar dennoch auch noch teurer.
Oftmals
427 ist das auch der Grund, weshalb Menschen ihre Wohnung nicht aufgeben, wenn sie eine andere,
428 weiter entfernte Arbeit antreten. Die weiten Arbeitswege verschärfen wiederum zusätzlich
429 die Verkehrsprobleme in unseren Städten. Diese Probleme wollen wir angehen, indem wir den
430 Mieter*innen ein Recht geben, ihre bestehenden Mietverträge untereinander zu tauschen. So
431 können Menschen ihre als zu groß empfundene Wohnung mit beispielsweise jungen Familie
432 tauschen, die dringend mehr Platz benötigt. Und das ohne steigende Kosten, weil sie einfach
433 in den Mietvertrag der Anderen als neue Mietpartei einsteigen. Bisher wird dies nur
434 innerhalb von einigen Wohnungsgesellschaften und auf freiwilliger Basis praktiziert. Wir
435 werden dafür einen allgemeinen Rechtsanspruch einführen. Er soll zunächst nur für
436 Wohnungsgesellschaften gelten, private Kleinvermieter*innen bleiben davon ausgenommen.
437 Außerdem werden wir der Vermieter*in ein Recht einräumen, bei berechtigten Gründen der
438 Übertragung des Mietvertrags zu widersprechen. Zusätzlich wollen wir den Umzug in solchen
439 Fällen finanziell fördern.

440

441 Mit einem Programm für flächensparendes Wohnen fördern wir Umzüge, Umbauten und
442 Wohnungstausch durch Information, Beratung und Zuschüsse. So werden beispielsweise Eltern
443 unterstützt, die ihre Wohnung nach dem Auszug ihrer Kinder mit einer jungen Familie tauschen
444 wollen, oder die ihre Wohnung so umbauen wollen, dass die alten Kinderzimmer als eigene
445 Wohnung vermietet werden können. Bremen beispielsweise will eine zentrale, öffentliche
446 Plattform für Wohnungstausch einrichten, in die neben den Beständen der öffentlichen
447 Wohnungsbaugesellschaften auch private Vermieter*innen einbezogen werden.

448

449

450 Kommunen und Baubranche für mehr Wohnungsneubau stärken

451 Das in den Bereichen Planung und Bau tätige Personal in den Kommunen ist seit 1991 um 35
452 Prozent zurückgegangen. Und heute sind es diese wenigen Beschäftigten, die den
aufgelaufenen
453 kommunalen Investitionsstau bei maroden Schulen und Brücken lösen und zusätzlich
454 Wohnungsneubau und Klimaschutz organisieren sollen. Gestiegene Anforderungen an Vergabe,
455 Rechtskonformität und Bürgerbeteiligung erfordern darüberhinaus, dass die
456 Personalkapazitäten in den Ämtern dauerhaft wieder aufgebaut werden.

457 Ganz ähnlich sieht es im privaten Sektor aus: Trotz Einstellungen in den vergangenen Jahren
458 arbeiten heute in der Bauwirtschaft fast 800.000 Menschen weniger als noch Mitte der 1990er
459 Jahre. Hinzu kommen die planenden, finanzierenden und überwachenden Berufe. Wenn wir
beim
460 Planen und Bauen wieder aufholen wollen, muss sich das schnell ändern.

461 Denn in dieser schwierigen Situation brauchen wir die Kommunen bei der Planung und beim
Bau
462 mehr als je zuvor. Die Steuerung der Bautätigkeit, des Klimaschutzes in Stadtvierteln und in
463 Gebäuden sehen wir als kommunale Aufgabe. Daher wollen wir den Kommunen das Planen und
464 Steuern erleichtern durch planbare, verlässliche Investitionshilfen, finanzielle Entlastung
465 der Kommunen sowie leichtere Planungsinstrumente im Planungs- und Baurecht für dringende
466 Belange: Vorkaufsrechte, Klimamodernisierung oder Neubauplanung im Ortskern. Wir stärken
die
467 Kommunen und sorgen für planbare und verlässliche Investitionshilfen, und zwar mit dem
468 „Aktionsplan Faire Wärme“, der Bauoffensive, einem Bundesprogramm für grüne Infrastrukturen

469 und der Neuen Wohngemeinnützigkeit. So können Kommunen wieder eigenes Planungspersonal
470 einstellen, ihre Wohnungsämter und Grünflächenämter stärken und bei Bedarf
471 Wohnungsunternehmen gründen, und zwar mit demokratisch legitimer Planung in
kommunaler
472 Hand, nicht durch Finanzinvestoren. Überschuldete Kommunen wollen wir durch Altschuldenhilfe

473 und Entlastung bei den Sozialkosten wieder auf die Füße helfen. Zudem wollen wir ein
474 Programm zum Abbau der Altschulden ostdeutscher kommunaler und genossenschaftlicher
475 Wohnungsunternehmen auflegen, um dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung diese
476 Ungerechtigkeit zu beseitigen.

477 Wir wollen es Kommunen ermöglichen, mit machbarem Aufwand Bauland im Innenbereich für
478 öffentliche und private Investitionen zu aktivieren, und gleichzeitig grüne Freiräume,
479 Mobilität, Schulen und Sozialwohnungen einzuplanen. Dazu geben wir ihnen da, wo
480 Wohnraummangel und Belange der Stadtentwicklung es erfordern, die Möglichkeit, ein
481 „Innenentwicklungsgebiet“ festzulegen. Darin können sie aktiv Baulücken, Brachflächen und
482 andere Flächen zur baulichen oder Freiraumnutzung erschließen und entwickeln. Das ergänzt
483 die Baugenehmigung nach §34 BauGB. Außerdem soll in diesen Gebieten das kommunale
484 Vorkaufsrecht ausgebaut werden. So können die Kommunen zum Beispiel im Umland der
485 Ballungszentren und Metropolen Baupotenziale in den Ortskernen erschließen, bevor sie
486 Bauland auf der grünen Wiese entwickeln. Die Erschließung durch Stadtbahnen und

487 Radschnellwege ist genauso wie die durch Pflegedienste, Jugendzentren und Kitas einfacher in
488 kompakteren Orten.

489 Öffentliche Bauinvestitionen sind immer noch häufig von der Kassenlage abhängig. Fehlt es an
490 Steuereinnahmen, wird nicht mehr gebaut. Damit ist es für die private Bauwirtschaft nie
491 sicher, ob die aktuelle Auftragslage auch in Zukunft Bestand hat. In dieser Situation
492 erhöhen Unternehmen eher die Preise, als dass sie ihre Kapazitäten ausweiten. Durch die
493 Erhöhung und Verstetigung der Mittel für den öffentlichen Wohnungsbau und für Klimaschutz in
494 Gebäuden wollen wir das ändern und geben dem Baugewerbe das Signal, dass es sich lohnt zu
495 investieren und neue Beschäftigte einzustellen. Die Bauwirtschaft hat kaum noch
496 Produktivitätszuwächse. Firmen finden angesichts des Baubooms kaum noch Mitarbeiter*innen
497 und Fachkräfte. Wir werden alles tun, um die Bauwirtschaft dabei zu unterstützen. Damit
498 handwerkliche Berufe attraktiver für junge Menschen werden, wollen wir die Möglichkeiten der
499 dualen Ausbildung aufwerten und stärken. Für die Anwerbung von Fachkräften aus dem Nicht-
EU-

500 Ausland braucht es ein modernes Einwanderungsrecht, das die bestehenden Regelungen
501 liberalisiert, systematisiert und vereinfacht und bessere Zugangsmöglichkeiten zu Ausbildung
502 und Erwerbsmöglichkeiten für Asylsuchende bietet.

503

504 Insbesondere in Kommunen mit einem angespannten Wohnungsmarkt brauchen wir eine Politik
der

505 „sozialen Bodennutzung“, um ausreichend Wohn- und Pflegeprojekte schaffen zu können. In
506 diesen Gebieten begrüßen wir es, wenn Kommunen eine Mindestquote von 30% der neu zu
507 errichtenden Wohnflächen für den sozial geförderter Wohnungsbau vorsehen. Zudem sollten die

508 Grundstücke nicht nach Höchstgebotsverfahren an den Meistbietenden veräußert werden. Im
509 Rahmen von Konzeptausschreibungen sollten soziale und inklusive Wohnprojekten oder
510 genossenschaftliche Wohnformen mit Erbbaurecht bevorzugt werden.

511 **2. Faire Mieten: Mieter*innenrechte verbessern**

512 Das Problem, dass immer mehr Menschen durch die Miete übermäßig belastet werden, hat
513 zahlreiche Ursachen. Dazu gehören unter Anderem ein zu geringer Wohnungsneubau - vor
allem

514 im bezahlbaren Segment -, ein grassierender Niedriglohnsektor und prekäre
515 Beschäftigungsformen ebenso wie Spekulation mit Immobilien. Eine spürbare Begrenzung des
516 Mietsanstiegs ist kurzfristig das wirksamste Instrument, um die Ertragswerte von Immobilien
517 zu begrenzen und dämpfend auf die Preisentwicklung einzuwirken.

518 Die große Koalition hat im Jahr 2015 die sogenannte Mietpreisbremse eingeführt. Gebremst hat
519 sie allerdings kaum. Zu viele Ausnahmen durchlöchern ihre Wirksamkeit. Mit der Durchsetzung
520 werden die Mieter*innen allein gelassen. Es liegt an ihnen, gegen ihre neue Vermieter*in zu
521 klagen. Viele tun das nicht. Wir wollen deshalb in Gebieten mit Wohnungsnot regionale und
522 wirksame Mietobergrenzen einziehen. Die Mietpreisbremse muss endlich angezogen und
unnötige

523 Ausnahmen abgeschafft werden. Geschäftsmodelle wie möbliertes Wohnen könnten so endlich
524 reguliert oder unterbunden werden. Sie muss als ein dauerhaftes Instrument im Mietrecht
525 erhalten bleiben, und nicht wie von der Bundesregierung geplant bereits 2025 wieder
526 auslaufen. Es sind die Länder, die darüber entscheiden, in welchen Gebieten die

527 Mietpreisbremse überhaupt gilt. Die Beschränkung, dass sie dies nur für maximal fünf Jahre
528 dürfen, muss fallen. Die Mietpreisbremse erlaubt heute, bis zu zehn Prozent über die
529 ortsübliche Vergleichsmiete hinauszugehen. Wir werden diesen Wert auf fünf Prozent senken.
530 Verstöße gegen die Mietpreisbremse werden wir zu einer Ordnungswidrigkeit machen und mit
531 einer empfindlichen Geldbuße belegen. Um den Mietanstieg auch bei bestehenden
Mietverträgen

532 stärker einzuschränken, werden wir den Mietanstieg auf maximal 2,5 Prozent pro Jahr bis zur
533 ortsüblichen Vergleichsmiete beschränken.

534 Miethöhen orientieren sich in vielen Fällen an der ortsüblichen Vergleichsmiete, die in
535 Mietspiegeln ermittelt wird. Diese ortsübliche Vergleichsmiete steigt aber vielerorts rasch
536 an. Der Mietspiegel setzt sich derzeit aus den neuen Mietverträgen der letzten vier Jahre
537 zusammen. Die Große Koalition hat das sehr zaghaft auf künftig sechs Jahre verlängert. Dies
538 führt aber immer noch dazu, dass bei starken Mietsteigerungen auch die bestehenden
539 Mietverträge zeitlich verzögert betroffen sind. Wir werden deshalb die Mietverträge der
540 letzten zwanzig Jahre für die Berechnung des Mietspiegels berücksichtigen. In einigen
541 Kommunen gibt es überhaupt keinen qualifizierten Mietspiegel. Aber nur damit können
542 Mieter*innen die Höhe der ortsüblichen Miete und damit ihre Rechte überhaupt verlässlich
543 bestimmen. Wir werden die Kommunen finanziell unterstützen, um dies künftig abzusichern.
544 Zukünftig soll es den Ländern ermöglicht werden, Kommunen mit angespanntem
Wohnungsmarkt die

545 Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels aufzuerlegen und das auch finanziell zu
546 fördern. Dort wo es qualifizierte Mietspiegel gibt, sollen diese auch von allen
547 Wohnungsanbieter*innen verpflichtend als Mieterhöhungsinstrument genutzt werden müssen,
548 damit Wohnungseigentümer*innen künftig nicht mehr auf Basis von teureren
Vergleichswohnungen

549 Mieterhöhungen einklagen können. Die Heranziehung von Vergleichswohnungen zur
Begründung der

550 Mieterhöhung darf nur dann erfolgen, wenn die Vergleichswohnungen nicht allein aus dem
551 Bestand nur eine*r Eigentümer*in stammen.

552 Wir wollen durch Änderung des BGBs und der Betriebskostenverordnung sicherstellen, dass die
553 Grundsteuer nicht länger auf die Mieter*innen umgelegt werden kann. 57,9 Prozent der
554 Haushalte (ca. 36,4 Millionen Menschen) wären so nicht länger von der Grundsteuer belastet.
555 Für statistische Verweise auf die Betriebskostenverordnung werden wir durch eine Änderung
556 des BGBEGs eine Übergangsfrist von mindestens 10 Jahren gewähren.

557 Der Plan der Berliner Landesregierung, einen Mietendeckel einzuführen, gibt der Stadt ein
558 weiteres Instrument zur preislichen Regulierung des überhitzten Wohnungsmarktes an die
Hand.

559 Weil mit dem Mietendeckel juristisches Neuland betreten wird, ist es richtig, dass
560 Umsetzbarkeit, Verhältnismäßigkeit und Rechtssicherheit sorgsam geprüft werden.

561 Über die Kündigung bestehender Mietverträge und die Eigentumsumwandlung oder die
562 Wiedervermietung an wohlhabendere Mieter*innen findet ein großer Teil der Mietsteigerungen
563 statt. Menschen werden aus ihren Nachbarschaften verdrängt. Stadtteile werden sozial immer
564 homogener und die Gesellschaft treibt auseinander. Kündigungen führen in extremen, aber
565 leider immer häufigeren Fällen auch zu Wohnungs- oder gar Obdachlosigkeit – selbst bei
566 Familien mit Kindern. Unser Ziel ist es, beim Kündigungsschutz wieder ein Gleichgewicht

567 zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen herzustellen. Gerät ein*e Mieter*in in
568 Zahlungsverzug und erhält deswegen die Kündigung, soll er oder sie die Möglichkeit haben,
569 die Kündigung durch Nachzahlung abzuwenden. Mieter*innen sollen keine Angst haben müssen,

570 ihre Wohnung zu verlieren, nur weil sie berechtigt von ihrem Mietminderungsrecht bei Mängeln
571 in der Wohnung Gebrauch gemacht haben. Wir wollen kostenfreie Mieterberatungen und die
572 Schuldnerberatung in den Kommunen ausbauen.

573 Menschenrecht auf Wohnen durchsetzen

574 Die Anzahl wohnungsloser Menschen in Deutschland seit Jahren rapide ansteigt. Nach
575 Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe waren im Jahr 2017 mind.
576 650.000 Menschen in Deutschland wohnungslos. Hinzukommen tausende Obdachlose, deren
Anzahl

577 bisher nicht systematisch erfasst ist. Immer mehr Städte reagieren auf die steigenden
578 Obdachlosigkeit mit baulichen und ordnungspolitischen Maßnahmen, um obdachlose Menschen
von

579 bestimmten Plätzen fernzuhalten. Diese Praxis ist für uns mit der Menschenwürde nicht
580 vereinbar, verlagert Obdachlosigkeit nur und muss unterbunden werden. Stattdessen wollen wir

581 ein nationales Aktionsprogramm zur Vermeidung und Bewältigung von Wohnungs- und
582 Obdachlosigkeit auf den Weg bringen und uns entsprechend der globalen Nachhaltigkeitsziele
583 vornehmen, dass es bis 2030 keine Obdachlosigkeit mehr in Deutschland gibt.

584

585 Überforderung, Burn-out-, Suchterkrankungen, Verschuldung und Armut: Insbesondere Personen

586 mit sozialen Schwierigkeiten, aber zunehmend auch Frauen und Familien mit Kindern sind von
587 Wohnungs- und Obdachlosigkeit betroffen. Um sie beim Erhalt des Wohnraums zu unterstützen,
588 wollen wir in allen Kommunen Fachstellen einrichten, in denen Ansprechpartner*innen der
589 Jobcenter, der Sozialämter, der Bau- und Wohnungsaufsicht, von Sucht- und
590 Schuldnerberatungsstellen und der Mieter*innenberatung zusammenwirken. Auch Personen im
591 ALG2-Bezug sind aufgrund von Sanktionen oder unzureichenden Kosten der Unterkunft
besonders

592 oft von Wohnungslosigkeit bedroht. Sie wollen wir vor Wohnungslosigkeit schützen, indem wir
593 die Kosten der Unterkunft den regionalen Wohnungsmärkten anpassen und die Sanktionierung
der

594 sozialen Mindestsicherung und der Kosten der Unterkunft abschaffen. EU-Bürger*innen, die auf
595 der Suche nach Arbeit nach Deutschland kommen, wollen wir ebenfalls vor Wohnungslosigkeit
596 bewahren. Dafür wollen wir sie von Anfang an gezielt bei der Suche nach
597 sozialversicherungspflichtiger Arbeit unterstützen und nach drei Monaten den Zugang zu
598 Leistungen des SGB II ermöglichen. Außerdem wollen wir Kommunen befähigen, diese EU-
599 Bürger*innen im Wohnungsnotfall den Zugang zu Notunterkünften zu gewährleisten.

600

601 In angespannten Wohnungsmärkten beobachten wir, dass die Wohnungslosigkeit bis weit in die
602 Mittelschicht hineinreicht. Auch diese braucht unsere Unterstützung. Bei besonderen sozialen
603 Härten sind Zwangsräumungen mit allen Mitteln zu verhindern, bis alternativer Wohnraum am
604 Wohnort zur Verfügung steht. Denn eine Unterbringung in Wohnungsloseneinrichtungen ist für
605 diesen Personenkreis unzumutbar. Kommunale Wohnungsunternehmen wollen wir außerdem

606 verpflichten, Zwangsräumung durch Beratung möglichst abzuwenden und Ersatzwohnraum zur
607 Verfügung zu stellen.

608

609 Wer einmal in die Wohnungslosigkeit gerät, schafft es selten aus eigener Kraft aus dieser
610 hinaus und lebt über mehrere Jahre in Wohnungsloseneinrichtungen. Dabei sind Betroffene
611 erheblichen gesundheitlichen und sozialen Gefährdungen ausgesetzt. Wir wollen daher
612 niedrigschwellige passgenaue Hilfen für Obdachlose ausbauen, wie z. B. Hilfeangebote für
613 Psychisch- und Suchtkranke. Es ist eine menschenwürdige Notversorgung sicherzustellen, die
614 besondere Bedarfe von vulnerablen Gruppen wie Obdachlose mit Mobilitätseinschränkungen,
615 Pflegebedürftige und Sterbenskranke (Hospiz) berücksichtigt. In spezialisierten Unterkünften
616 wollen wir unter anderem von Wohnungslosigkeit betroffenen LSBTTIQ*-Jugendlichen einen
617 "Safer Space" vor Diskriminierung, sexualisierter Gewalt und Übergriffen bieten. Darüber
618 hinaus müssen Bürger*innen unabhängig von ihrem Sozialleistungsbezug Zugang zu
619 Notunterkünften erhalten.

620 Um eine möglichst schnelle Reintegration in normale Wohnungsverhältnisse zu ermöglichen,
621 wollen wir in allen Wohnungsloseneinrichtungen die Beratung durch Sozialarbeiter*innen
622 ausbauen und Wohnungslose durch die Einrichtung von kommunalen Wohnungsakquisestellen
bei der

623 Anmietung von eigenem Wohnraum gezielt unterstützen. Außerdem braucht es eine gezielte
624 Förderung des "Housing First"-Ansatzes, bei dem Obdachlose in eine Wohnung einziehen
können,

625 ohne sich zuvor für Hilfe "qualifizieren" zu müssen. So soll das Menschenrecht auf Wohnen
626 dauerhaft sichergestellt werden.

627

628 Das Wohngeld wollen wir als wohnungs- und sozialpolitisches Instrument stärken. Es muss
629 durch jährliche Anpassung dynamisiert werden und die Berechnung der Mietstufen darf nicht
630 länger nur auf Grundlage der Wohngeldempfängerhaushalte erfolgen. Zudem wollen wir einen
631 Erwerbstätigenfreibetrag einführen und das Wohngeld unschädlich für das Aufenthaltsrecht
632 ausgestalten. Um Wohngeldbezieher*innen in Folge einer energetischen Sanierung nicht mit
den

633 gestiegenen Mietkosten alleine zu lassen, werden wir eine Klimakomponente beim Wohngeld
634 einführen.

635 Eigenbedarfskündigungen sollen deutlicher als heute auf die tatsächliche Nutzung durch die
636 Eigentümer*in und die nahen Verwandten beschränkt werden, um Missbrauch zu unterbinden.
Wir

637 wollen prüfen inwiefern es möglich ist, in angespannten Wohnungsmärkten bei besonders
638 schutzwürdigen Personengruppen Eigenbedarfskündigungen ganz auszuschließen. Die
639 voranschreitende Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen wollen wir so nicht

640 hinnehmen. Die Kommunen können heute schon in sogenannten Milieuschutzgebieten die
641 Umwandlung von Wohnungen in Eigentumswohnungen zwar einschränken, aber durch eine
Lücke im

642 Bundesbaugesetz nicht untersagen. Bedingungen und Befristungen werden wir weitgehend
643 abschaffen, so dass eine Kommune mit angespanntem Wohnungsmarkt eine Umwandlung
ausnahmslos

644 und stadtweit untersagen kann, wenn sie es für geboten hält. Wir setzen verstärkt auf das

645 städtebauliche Instrument des Milieuschutzes, um die soziale Zusammensetzung der
Bevölkerung
646 in Gebieten mit hohem Verdrängungsdruck zu erhalten.

647 Oft scheitert Mietrecht in der Umsetzung. Mieter*innen werden alleine gelassen und müssen
648 ihre Rechte gegen große Wohnungskonzerne einklagen, die allerdings Heerscharen von
Anwälten
649 beschäftigen, um ihre Interessen durchzusetzen. Um ein Kräftegleichgewicht zwischen großen
650 Wohnungsunternehmen und Mieter*innen herzustellen, sind mehr kollektive Klagemöglichkeiten

651 unerlässlich. Hierfür wollen wir Gruppenklagen einführen. Außerdem streben wir an, die
652 Einhaltung der zulässigen Miethöhen effektiver zu kontrollieren und damit mehr Verstöße
653 aufzudecken. Dazu wollen wir auch das Wirtschaftsstrafrecht gegen überhöhte Mieten wieder
654 wirksam machen. Verstöße werden wir wirksam sanktionieren.

655 Viele Menschen werden auf dem Wohnungsmarkt aus rassistischen oder anderen Gründen
656 diskriminiert. Oft werden Menschen allein wegen ihres Namens, ihrer Sprache oder ihres
657 bisherigen Wohnorts nicht zu Wohnungsbesichtigungen eingeladen oder haben als potentielle
658 Mieter*innen keine Chance. Wir wollen diese Diskriminierung beenden. Dafür muss das
659 Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) reformiert, die Ausnahmen bei der Vermietung von
660 Wohnraum (AGG, §19 Abs. 3) ersatzlos gestrichen und der Merkmalskatalog erweitert werden.
661 Denn der soziale Status oder auch die Sprache sind Diskriminierungsmerkmale, die auf dem
662 Wohnungsmarkt eine besonders wichtige Rolle spielen. Wohnprojekte und Wohnformen, die
663 vulnerable und marginalisierte Gruppen gezielt unterstützen und einen "Safer Space" vor
664 Diskriminierung bieten, wollen wir fördern. Außerdem setzen wir uns für die Einführung des
665 Verbandsklagerechts ein, damit Verbände für Betroffene klagen können. Und wir wollen, dass
666 Fachstellen zur Beratung, Begleitung und Unterstützung von Menschen, die von Diskriminierung

667 betroffen sind, gestärkt und ausgebaut werden. Sie sollen auch Testingverfahren anwenden.
668 Damit wollen wir den Diskriminierungsschutz auf dem Wohnungsmarkt wirkungsvoller
gestalten.

669 Gewerbemietrecht und Grundsteuer reformieren

670 Für lebenswerte Städte ist auch ein vielfältiges Angebot an kleinen Läden,
671 Handwerksbetrieben und Angeboten für Familien im direkten Wohnumfeld entscheidend.
Gerade
672 kleine Gewerbetreibende in den begehrten Lagen können sich die steigenden Mieten vielfach
673 nicht mehr leisten. Damit wird die Knappheit auch für den Wirtschaftsstandort zu einer
674 ernsten Bedrohung für Vielfalt. Auch Träger sozialer Einrichtungen sind für ihre Arbeit auf
675 bezahlbare Gewerberäume angewiesen, die in den Städten immer knapper werden.
676 Deshalb muss auch das Gewerbemietrecht reformiert werden. Auch für Gewerbetreibende
braucht
677 es eine Begrenzung von Mieterhöhungen, eine Mietpreisbremse bei Neuvermietung und einen
678 wirksamen Kündigungsschutz. Die Wirtschaft braucht Planungssicherheit: Die Praxis,
679 Mietverträge auf kurze Zeiträume von zum Beispiel einem Jahr zu befristen, muss beendet
680 werden.

681 Wir wollen sicherstellen, dass durch die Reform der Grundsteuer nicht die Mieter*innen
682 belastet werden. Deshalb werden wir die Umlagefähigkeit der Grundsteuer auf die Mieter*innen

abschaffen. Für bestehende Vereinbarungen, die dem entgegenstehen, werden wir eine angemessene Übergangsfrist gewähren.

3. Spekulation, Geldwäsche und Steuerumgehung beenden

Die Explosion der Immobilienpreise zeigt, dass Wohnungen und Grundstücke zum Spekulationsobjekt auf den Finanzmärkten geworden sind. Nicht nur die Mieter*innen leiden unter dieser Entwicklung. Mehr und mehr Expert*innen warnen vor einer Immobilienpreisblase in Deutschland, deren Platzen verheerende Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft hätte. Wir wollen zu einem Wohnungsmarkt zurückkehren, der nicht vom Spekulationsinteresse getrieben wird.

Wir wollen die Anhäufung von Immobilienbesitz und damit die Vermögenskonzentration in den Händen weniger Investor*innen und anonymen Kapitals steuerlich unattraktiv machen.

Durch die Steuerumgehung mittels sogenannter Share Deals gelingt es großen Wohnungsgesellschaften, und spekulationsgetriebenen Immobilienakteuren Immobilien zu kaufen, ohne dafür Grunderwerbsteuer zu zahlen. Immer größere Wohnungsbestände sind in die Hand von börsennotierten Konzernen, internationalen Gesellschaften und Private Equity Fonds geraten. Auch die deutsche Körperschaftsteuer wird so umgangen. Sie verschieben Gewinne ins Ausland,

um die Körperschaftssteuer auf Mieterträge und Veräußerungsgewinne auf ein Minimum zu reduzieren. Wir werden die Praxis der steuerfreien Share Deals beenden, indem wir schon bei einem Verkauf der Mehrheit einer Gesellschaft zumindest anteilig Grunderwerbsteuer erheben. Außerdem wollen wir für die Länder die Möglichkeit schaffen, die Grunderwerbsteuer progressiv auszugestalten. Wenn Wohnungskonzerne große Immobilienbestände aufkaufen, soll eine höhere Grunderwerbsteuer fällig werden, als wenn Privatpersonen ein Wohneigentum erwerben. Unternehmen der Neuen Wohngemeinnützigkeit werden von der Grunderwerbsteuer vollständig befreit. So wird die Grunderwerbsteuer zu einer Antispekulationssteuer.

Der deutsche Wohnungsmarkt gilt in Europa als Paradies für Geldwäsche. Mit Geldern aus kriminellen Geschäften wie Bestechung, Waffenhandel oder Steuerhinterziehung werden deutsche

Immobilien aufgekauft, denn die Gefahr, entdeckt zu werden, ist in Deutschland gering. Der deutsche Wohnungsmarkt ist bei russischen Oligarchen und der italienischen Mafia ebenso populär wie bei griechischen, deutschen oder amerikanischen Steuerhinterzieher*innen. Deutschland gilt für sie als sicherer Hafen. Das von der großen Koalition eingeführte Transparenzregister hat daran wenig geändert. Noch immer ist es in vielen Fällen nicht klar, wem eine Immobilie letztlich gehört. Die wahren Eigentümer*innen verstecken sich oftmals hinter verschachtelten Beteiligungsstrukturen. Transparenz darf deshalb in Zukunft nicht nur drauf stehen, sondern muss auch drin sein. Für jede Immobilie in Deutschland müssen wirtschaftlich Berechtigte und die letztlich dahinterstehenden natürlichen Personen benannt werden – ohne jede Ausnahme. Das Transparenzregister selbst soll öffentlich zugänglich werden, um seinem Namen auch endlich gerecht zu werden. Mindestens Journalist*innen, Nichtregierungsorganisationen und den Bewohner*innen der Immobilien selbst muss ein berechtigtes Interesse daran eingeräumt werden, so dass sie einfach und jederzeit Zugang zu den Namen haben. Bei Gesellschaften als Eigentümer*in einer Immobilie muss auch im Grundbuch

723 über eine Identifikationsnummer ersichtlich sein, wer sich konkret dahinter verbirgt.
724 Gesellschaften, die nicht im Transparenzregister eingetragen sind, werden wir den Kauf von
725 Immobilien künftig nicht mehr gestatten.

726 Die Geldwäsche mit Immobilien in Deutschland wird zur Zeit auch dadurch stark vereinfacht,
727 dass der Immobilienkauf in Deutschland auch mit Bargeld stattfinden darf. In anderen
728 europäischen Ländern ist dies meist schon aufgrund von Obergrenzen für die Zahlung mit
729 Bargeld nicht möglich. Eine solche Obergrenze werden wir beim Kauf von Immobilien ebenfalls
730 einführen. Makler*innen und Notar*innen werden dazu verpflichtet, die Herkunft der Gelder zu
731 überprüfen. Bei Verdacht auf Geldwäsche muss immer eine Meldung an die Behörden erfolgen
und
732 in Fällen, bei denen die Herkunft der Gelder nicht identifiziert werden kann, darf der
733 Kaufvertrag nicht mehr notariell beglaubigt werden. Wir setzen hierbei auch auf
734 verpflichtende Fortbildungen für Makler*innen und Notar*innen und auf die Zusammenarbeit
mit
735 den Kammern und Berufsverbänden. Auch die Bauaufsichten sollen bei unklaren
736 Eigentumsverhältnissen berechtigt werden, vor Erteilung einer Baugenehmigung Auskunft über
737 die wirtschaftlich berechtigten Eigentümer zu verlangen. Außerdem sollen künftig bei jedem
738 Immobilienkauf die Finanzbehörden informiert werden, auch wenn die Käufer*innen nicht in
739 Deutschland steuerpflichtig sind. In diesem Fall sollen Meldungen an die zuständigen
740 Finanzbehörden des Landes erfolgen, in dem die Käufer*in und der wirtschaftlich Berechtigte
741 steuerpflichtig sind. So helfen wir auch anderen Staaten bei der Verfolgung von
742 Steuerhinterzieher*innen und anderen Kriminellen.

743 Alle Maßnahmen gegen Geldwäsche helfen aber wenig, wenn die Behörden nicht dazu in der
Lage
744 sind, sie auch durchzusetzen. Wir werden die personelle und materielle Ausstattung im
745 Bereich Kontrolle und Bekämpfung sowie die Zusammenarbeit der zuständigen Behörden auf
746 Bundes- und Landesebene erheblich verbessern. Zur Bekämpfung von Finanzkriminalität,
747 insbesondere im Immobilienbereich, soll der Schutz von Whistleblowern deutlich verbessert
748 und aufbauend auf den ersten Erfahrungen die Möglichkeit der Vermögensabschöpfung
erweitert
749 werden. Wir wollen prüfen, ob Immobilien zu gemeinwohlorientierten Zwecken in Bundes- bzw.
750 Landeseigentum überführt werden können.

751 Auch steuerliche Sonderbehandlungen machen Immobilien als Investitionsobjekt interessant
und
752 treiben damit Preise und Mieten in die Höhe. Diese steuerlichen Vorteile wollen wir abbauen
753 beziehungsweise nur noch gemeinnützigen Eigentümer*innen gewähren. Für
Veräußerungsgewinne
754 von privaten Immobilien wollen wir die Spekulationsfrist abschaffen und auch bei der
755 Übertragung von Anteilen an Kapitalgesellschaften sicherstellen, dass Wertsteigerungen der
756 Immobilien besteuert werden.

757 **4. Wohnen wird klimaneutral**

758 Klimafreundliche Modernisierung

759 Wir wollen Fehlentwicklungen bei der energetischen Gebäudemodernisierung beenden. Zentral
760 ist, dass der Bund die Rechtsgrundlagen dafür schafft, allen Eigentümer*innen von Gebäuden,

761 die dem dauerhaften Aufenthalt von Menschen dienen, Anreize zu bieten, innerhalb der
762 nächsten 30 Jahre klimaneutral zu modernisieren. Auf dieser Grundlage soll energetische
763 Modernisierung klaren Kriterien folgen: mehr Klimaschutz, so wärmietenneutral wie möglich,
764 ohne Verdrängung sowie in Übereinstimmung mit den Mieter*innen. Zusammen mit einem
765 Energieeinsparrecht und einer Förderung, die die Modernisierungen auf den nötigen
766 Klimaschutzpfad bringen, wollen wir so energieeffiziente Gebäude zu geringstmöglichen Kosten
767 schaffen und die Klimaschutzziele im Gebäudebereich erreichen. Zentral wird dabei sein, auch
768 die Wärme erneuerbar zu machen. Ideale Systeme dafür sind die Nah- und Fernwärmenetze, die

769 sich aus verschiedenen erneuerbaren Energiequellen speisen. Dort, wo die Besiedlungsstruktur
770 es ermöglicht, müssen wir weg von der Einzelhausbetrachtung hin zu einer Quartiersbetrachtung.
771 Durch diese Strategie hat es zum Beispiel Dänemark geschafft, den Anteil der Erneuerbaren im
772 Wärmebereich auf 65 Prozent zu bringen und sie zielen auf 80 Prozent bis 2030. In
773 Deutschland beträgt der Anteil 14 Prozent – meist aus Biogas-Anlagen.

774 Kosten für Luxusmodernisierungen, wie beispielsweise einen neuen Balkon oder schicke
775 Waschbecken, dürfen nicht weiter gegen den Mieterwillen auf die Miete umgelegt werden, denn
776 sie führen regelmäßig zu Preissteigerungen. Freiwillige Vereinbarungen zwischen
777 Vermieter*innen und Mieter*innen sind davon unbenommen. Um jedoch den CO₂-Ausstoß wie
auch
778 die Energiekosten zu senken, ermöglichen wir eine, auch angesichts niedriger
779 Finanzierungskosten angemessene Umlage. Statt heute acht Prozent der Kosten sollen
höchstens
780 vier Prozent im Jahr auf die Miete umgelegt werden dürfen, jedoch nicht mehr als 1,50 Euro
781 pro Quadratmeter und Monat in acht Jahren. Die Berechnung der Umlage soll dabei die Höhe
der
782 maximal verfügbaren öffentlichen Fördermittel berücksichtigen, um einen Anreiz für die
783 Vermieter*innen zu schaffen, sie auch in Anspruch zu nehmen. Zudem soll sich die
784 Umlagefähigkeit auf Maßnahmen zum Klimaschutz, den Abbau von Barrieren und die technische

785 Einbruchssicherung beschränken. Mieter*innen sollen einen Gutschein für einen kostenlosen
786 Klima-Check erhalten, um zu ermitteln, wo sie Energie und Kosten einsparen und das Klima
787 schützen können. Eine Beschwerdestelle für Mieter*innen soll künftig im Streitfall klären,
788 ob die Modernisierungsmaßnahmen tatsächlich wie angekündigt Energie und Kosten einsparen
und
789 im Einklang mit Energiesparrecht und Sanierungsfahrplan sind. Selbstnutzende
790 Eigentümer*innen wollen wir mit einem Steuerbonus bei der energetischen Sanierung ihrer
791 Wohnungen und Häuser unterstützen. Diese Gruppe modernisiert weniger als
792 Wohnungsunternehmen, daher muss es für sie attraktiver werden, an öffentliche Fördermittel
793 zu gelangen.
794
795 Für die Soziale Wärmewende brauchen wir daher eine gerechte Kostenverteilung zwischen
796 Vermieter*innen, Mieter*innen, sowie der öffentlichen Hand. Die von uns vorgesehene
797 Absenkung der Modernisierungsumlage ist ein wichtiger Schritt, um als Sofortmaßnahme die
798 einseitige Kostenverteilung zulasten der Mieter*innen zu beenden. Darüber hinaus werden wir
799 alternative Vorschläge, die Modernisierungsumlage durch ein anderes Instrument zu ersetzen,
800 prüfen und ggfls. in einem zweiten Schritt umsetzen.

801 Wir wollen einen dynamisch angelegten, wirksamen CO₂-Preis für den Wärmesektor einführen,
802 der sich planbar an den Kosten des CO₂-Ausstoßes des Energieträgers orientiert. Zudem wollen
803 wir, dass der CO₂-Preisbestandteil auf Wärmebrennstoffe als Investitionsanreiz für die
804 Vermieter*innen wirkt, den energetischen Zustand ihrer Gebäude zu verbessern.

805 Unternehmen und Privatpersonen brauchen Planungssicherheit für ihre
806 Investitionsentscheidungen. Deshalb wollen wir erstens mit einem Energieeinspargesetz einen
807 klaren Pfad vorgeben, wie viel Energie in welchen Bereichen bis wann eingespart werden muss.
808 Im Gebäudebereich wollen wir zweitens das schwer zu durchblickende Regelungsdickicht durch
809 ein einfaches und transparentes Energieeinsparrecht ersetzen. Anstatt jedes Bauteil einzeln
810 zu bewerten, wollen wir die CO₂-Emissionen und den Wärmebedarf eines Gebäudes zur
811 maßgeblichen Steuerungsgröße machen.

812 Den genauen Fahrplan für die Modernisierung älterer Gebäude erstellen sachverständige
813 Energieberater*innen im Einklang mit der baukulturellen Gestaltung. Eigentümer*innen können
814 Schritte des Fahrplans auf Antrag kostenlos erstellen lassen. Für die einzelnen Stationen im
815 Klima-Fahrplan des Gebäudes gibt es öffentliche Fördermittel. Bei Neubau muss das Passivhaus
816 zum verpflichtenden Standard werden, denn die beste Energie ist diejenige, die man gar nicht
817 erst verbraucht. Bestandsgebäude wie Denkmäler sind unter fachlicher Aufsicht bestmöglich
818 energetisch zu modernisieren. Wird die Heizung neu eingebaut oder getauscht, müssen künftig
819 Anteile erneuerbare Wärmeenergie wie hocheffiziente Wärmepumpen, Solarenergie oder CO₂-
820 arme

821 Nahwärme aus einem anliegenden Netz eingesetzt werden. Öffentliche Förderung gibt es nur ab
822 einem solchen Klimapfad und für den Bestand nur bei bestmöglicher energetischer
823 Modernisierung.

823 Die Potenziale für solare, CO₂-freie Wärme werden heute völlig unzureichend genutzt. 2017
824 wurden nur knapp acht Terawattstunden Solarwärme genutzt. Für eine vollständig erneuerbare
825 Wärmeversorgung ist mindestens das Zehnfache erforderlich. Doch bisher behindern staatliche
826 Subventionen in dreistelliger Millionenhöhe für fossile Heizungen sowie fehlende gesetzliche
827 Vorgaben für erneuerbare Wärme im Gebäudebestand den zügigen Ausbau der Solarthermie.
828 Der

828 Einbau von Öl- und Gasheizungen wird noch immer in Millionenhöhe vom Bund gefördert. Diese
829 klimaschädliche Form des Heizens muss ein Ende haben. Ölheizungen dürfen künftig nicht mehr

830 eingebaut werden. Zusätzlich wollen wir ein Förderprogramm für den Tausch von Öl- und
831 Gasheizungen gegen moderne Heizungen mit Sonnenwärme und hocheffiziente Wärmepumpen
832 ggf. mit

832 Holz auflegen. Ebenso soll der Einsatz von erneuerbarer Wärme ab sofort verpflichtend
833 werden, wenn eine fossile Heizung sowieso ausgetauscht wird.

834 Energetische Quartierssanierung

835 Wir denken energetische Gebäudemodernisierung nicht länger nur von Haus zu Haus, sondern
836 in

836 Zusammenhängen von städtischen Quartieren, Gewerbegebieten, Dörfern oder Siedlungen.
837 Dadurch

837 stärken wir gemeinschaftliche Versorgungslösungen, die effizienter und günstiger sind als
838 eine Vielzahl von Einzellösungen.

839 Nahwärmenetze ermöglichen es, örtlich erzeugte Wärme aufzunehmen, mit Speichern zu
840 verknüpfen und effizient zu verteilen – insbesondere in dicht bebauten Quartieren. Deshalb
841 wollen wir sie CO₂- und energieeinsparend ausbauen und stärker fördern, wenn sie zur lokalen
842 Klimastrategie passen. Wir wollen Wärmenetze dazu für die Einspeisung erneuerbarer Wärme
843 öffnen, etwa von großflächigen Solarthermieranlagen, hocheffizienten Groß-Wärmepumpen und
844 Power-to-Heat aus temporären Stromüberschüssen. Das Einspeisen besonders effizienter
845 Wärmeenergie aus Kraft-Wärme-Kopplung oder bisher ungenutzter Wärmequellen wie Abwärme
oder

846 Abwasserwärme aus der Industrie, Rechenzentren oder Kläranlagen wollen wir fördern. Wir
847 werden eine Solarpflicht für Photovoltaik auf Neubauten einführen. Für die energetische
848 Quartierssanierung legen wir ein finanzstarkes Förderprogramm auf, um in Gebieten, in denen
849 viele Gebäude sanierungsbedürftig sind, die Modernisierungsrate zu erhöhen und
850 warmmietenneutrale Modernisierungen für Mieterinnen und Mieter mit kleinem Einkommen zu
851 ermöglichen.

852 Mit dem Quartiersprogramm „Gutes Klima im Quartier“ wollen wir der Verdrängung von
Menschen

853 mit geringem Einkommen entgegenwirken und den Zusammenhalt in den Stadtvierteln
erhalten.

854 Aber auch Kommunen sollen darüber unterstützt werden, damit sie gezielt verbindliche
855 Klimafahrpläne mit passender Wärmeplanung auflegen und zugleich soziale
Fördervereinbarungen

856 mit den Eigentümer*innen für die Modernisierung der Einzelgebäude treffen können.

857 Mieter*innen und selbstnutzende Eigentümer*innen mit kleinen Einkommen sollen bei Bedarf
858 einen Sozialplan mit Modernisierung ohne Erhöhung der Warmmieten bzw. für tragbare
859 Investitionskosten bekommen können. Hierfür gibt es einen Förderbonus zusätzlich zur
860 heutigen KfW-Förderung.

861 Ökologisch bauen und wohnen

862 Die Klimakrise erfordert, dass wir das Leben in unseren Städten neu denken. Von Hitzewellen
863 sind die Bewohner*innen von Städten besonders betroffen, da Städte heißer werden als das
864 Umland und je nach Bebauung einen zusätzlichen Hitzeinseleffekt haben. Während einer
865 Hitzewelle kann es hier noch einmal bis zu acht Grad heißer sein als im Umland. In Berlin
866 könnte so bald ein Klima wie heute im australischen Canberra herrschen. Die Klimaanpassung
867 wird also in den nächsten Jahrzehnten erhebliche Ressourcen in Anspruch nehmen.

868 Deshalb müssen wir im Städtebau dringend für Kühlung sorgen. Statt Asphaltwüsten und
869 Hitzeinseln braucht es grüne Oasen in unseren Städten. Wasserflächen, Bäume, Parks, grüne
870 Dächer und Fassaden wirken wie natürliche Klimaanlage. In Grünflächen und -dächern kann
871 Starkregen-Wasser versickern und gespeichert werden. Das kühlt und entlastet die
872 Kanalisation immens. Die Regenwasserableitung in Fließgewässer wollen wir minimieren.
873 Versickerungsflächen und Zisternen wollen wir fördern.

874 Für das Bauen werden in Deutschland jährlich 250 Millionen Tonnen Sand und Kies sowie 230
875 Millionen Tonnen Naturstein abgebaut. Das geht mit der Zerstörung von Landschaften und
876 Lebensräumen einher. Gleichzeitig landen 200 Millionen Tonnen größtenteils
877 wiederverwertbarer Bauabfälle auf Deponien. Um das Recyceln dieser Baustoffe zu fördern,
878 wollen wir, dass die Länder auf Primärrohstoffe, entsprechend der Ausbeutung von Öl und Gas,
879 eine Abgabe nehmen können.

880 Für die Herstellung der Baustoffe selbst wird ein Vielfaches der Energie verbraucht, die das
 881 entstehende Gebäude später pro Jahr benötigt. Wir wollen bei der Klassifizierung von Bau-
 882 und Dämmstoffen die Umweltauswirkungen und den Energieeinsatz bei der Herstellung
 883 berücksichtigen, die sogenannte graue Energie. Wir wollen eine Volldeklaration aller
 884 Baustoffe gegenüber den Bauherr*innen. Künftig muss der Bund in seinen Gesetzen und
 885 Förderprogrammen statt Styropor und Co. fossilfreie und CO₂-speichernde Materialien aus
 886 nachwachsenden Stoffen wie Holz und Pflanzenfasern belohnen.

887 Damit auf den Dächern von Wohn- und Mietshäusern Solaranlagen entstehen und durch
 Haushalte
 888 oder E-Mobilität genutzt werden können, müssen auch Solaranlagen aus dem Quartier als
 889 Mieterstrom gefördert werden können, ohne Mengenbegrenzungen. Das neue
 Mieterstromgesetz ist
 890 dafür jedoch ungeeignet – viel zu bürokratisch und unattraktiv. Deshalb wollen wir die
 891 Anmeldung von Mieterstromanlagen und bestehende Beschränkungen vereinfachen. Und
 schließlich
 892 ist es unser Ziel, dass bei allen bundeseigenen Gebäuden ab einer Nutzfläche von 500
 893 Quadratmetern möglichst Solarthermie und Photovoltaik genutzt werden.

894 **5. Solidarisches Eigentum sichern und erweitern**

895 Deutschland ist Mieter*innenland. Die Wohnungsmärkte – vor allem in unseren großen Städten –
 896 waren lange geprägt von öffentlichen Wohnungsgesellschaften, großen Beständen an
 897 Sozialwohnungen und sozialen Eigentümern wie Genossenschaften. Dieses Modell hat
 898 sichergestellt, dass Mieter*innen vor drastischen Mieterhöhungen geschützt waren und man in
 899 Deutschland keine Immobilie besitzen musste, um auch in Zukunft bezahlbar wohnen zu
 können.

900 Ein funktionierender Wohnungsmarkt braucht neben einem hohen Bestand an öffentlichem und
 901 gemeinwohlorientiertem Eigentum aber auch privates, selbstgenutztes Wohneigentum. Wir
 wollen
 902 die Länder ermächtigen, den Steuersatz der Grunderwerbssteuer progressiv auszugestalten und
 903 beispielsweise für große Wohnungsunternehmen zu erhöhen und im Gegenzug für private
 904 Besitzer*innen abzusenken. Wo andere auf finanzmarktgetriebene Wohnungsmärkte oder auf
 905 riesige staatliche Wohnungskonzerne setzen, ist das grüne Leitbild das gemeinschaftliche und
 906 solidarische Eigentum.

907 Wir wollen Menschen auch und gerade beim Wohnen sowie der Gestaltung ihres Wohnumfelds
 ein
 908 selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Daher werden wir gemeinwohlorientierte Akteur*innen
 wie
 909 kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften ebenso unterstützen wie den
 910 gemeinschaftlichen Erwerb von Immobilien durch die Mieter*innen. Es sind diese Akteur*innen,
 911 die Vorfahrt auf dem Wohnungsmarkt bekommen sollen. Die Erfahrungen zeigen nicht nur, dass
 912 selbstverwaltete Projekte funktionieren und auch langfristig tragen – wie zum Beispiel das
 913 „Mietshäusersyndikat“ eindrucklich zeigt. Das gemeinsame Agieren für den Stadtteil und die
 914 Gemeinschaft schafft echten Mehrwert sowie ein sozialeres und lebendigeres Umfeld: dauerhaft

915 bezahlbaren Raum zum Wohnen, vielfältige gemeinschaftlich betriebene Gebäude und nicht
916 kommerzielle, öffentliche Räume für Stadtteilaktivitäten und Kultur sowie die Erfahrung,
917 wirklich etwas bewegen zu können.

918 Wo Anonymität und Vereinsamung zum Problem werden, können gemeinschaftliche Formen des
919 Wohnens dazu beitragen, dass wieder aktive Nachbarschaften entstehen, in denen Menschen
920 generationenübergreifend füreinander Verantwortung übernehmen und sich gegenseitig helfen.

921 Deswegen werden wir Arten von gemeinschaftlichem Wohneigentum der direkten
Bewohner*innen

922 öffentlich fördern und dafür den nötigen Grund und Boden bereitstellen. Sie sollen
923 beispielsweise Vorrang bei Konzeptvergaben erhalten. Und der Immobilienerwerb sollte nicht
924 an der Finanzierung scheitern. Weil große Konzerne jederzeit Zugang zu günstigen Krediten
925 haben, wollen wir ein Gegengewicht schaffen. Dafür werden wir verschiedene
926 Finanzierungsformen wie günstige Kredite von öffentlichen Banken, Garantien und Bürgschaften

927 prüfen. Außerdem soll das Vorkaufsrecht zu Gunsten von sozialen Akteuren und von
928 Genossenschaften oder auch gemeinnützigen GmbHs ausgeübt werden können und diese
Akteure

929 auch bei der Ausübung des Vorkaufsrechts finanziell unterstützt werden. Hier kommen für uns
930 Mischformen aus öffentlichem und privatem Eigentum in Betracht. So könnten beispielsweise
931 kommunale oder landeseigene Wohnungsgesellschaften oder auch die Bundesanstalt für
932 Immobilienaufgaben (BImA) ein Teileigentum erwerben. Das verhindert den weiteren
Ausverkauf

933 an börsennotierte und renditeorientierte Kapitalgesellschaften und schafft solidarische
934 Eigentumsformen.

935 Weiterhin werden wir Mietkauf für selbstgenutztes Wohneigentum über die Länder und
Kommunen

936 fördern. So kann der Zinsvorteil des Staates an junge Familien weitergegeben werden, denen
937 es ermöglicht wird, Wohneigentum zu erwerben. Um sicher zu stellen, dass günstig gebaut und
938 verkauft wird, sollte eine öffentliche Ausschreibung für den Bau der Wohnungen erfolgen und
939 sie sollten auf öffentlichem Bauland im Erbbaurecht gebaut werden.

940 Mehr Menschen sollen sich Wohneigentum leisten können. Die Kosten für die Makler*innen
941 treiben die Preise in die Höhe. Zum Teil werden mehr als sieben Prozent des Kaufpreises
942 verlangt, was weit über dem in anderen Ländern üblichen Werten liegt. Daher werden wir das
943 Bestellerprinzip einführen: Künftig zahlt derjenige die Courtage, der auch die Makler*in
944 bestellt. In aller Regel ist dies die Verkäufer*in einer Immobilie. Zusätzlich werden wir
945 die Höhe der Gebühr gesetzlich für die Käufer*in auf maximal zwei Prozent deckeln. Zudem
946 werden wir einen Sachkundenachweis für WEG-Verwalter*innen und Mietverwalter*innen sowie
947 Makler*innen einführen.

948 Das Baukindergeld der großen Koalition werden wir abschaffen, weil es einen Mitnahmeeffekt
949 hat und wir die Mittel effizienter verwenden können. Außerdem werden wir
Baugenossenschaften

950 fördern und die Menschen dabei unterstützen, genossenschaftliches Teileigentum an
Wohnungen

951 zu erwerben. Dafür werden wir zinslose Darlehen und Zuschüsse zur Eigenkapitaleinlage
952 gewähren. Damit wird auch Menschen geholfen, die sich den vollständigen Kauf einer Immobilie

953 nicht leisten können.

954 Schon 1967 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die Nutzung von Grund und
955 Boden nicht dem unübersehbaren Spiel der freien Kräfte und dem Belieben des Einzelnen
956 vollständig überlassen werden kann. Demnach sind gerade bei Grund und Boden die Interessen
957 des Allgemeinwohls höher zu werten als bei anderem Vermögen. Die in Artikel 14 des
958 Grundgesetzes geregelte Sozialpflichtigkeit des Eigentums ist aber mehr und mehr
959 verlorengegangen. Wir wollen sie einfordern und herstellen. Die Möglichkeit zur
960 Vergesellschaftung gegen Entschädigung ist in unserer Verfassung ausdrücklich vorgesehen.
961 Wir würden uns wünschen, dass die Umstände die Länder und den Bund nicht zwingen, dieses
962 letzte Mittel anzuwenden, um das Sozialstaatsgebot zu erfüllen. Wenn Wohnungsunternehmen
963 sich jedoch weigern, ihrer sozialen Verantwortung nachzukommen, kann die öffentliche Hand
964 diesen Schritt gehen.

965 Enteignungen im Einzelfall sind nicht nur im Grundgesetz vorgesehen, sondern erfolgen auch
966 regelmäßig, etwa wenn eine neue Autobahn gebaut werden soll. Der richtige Umgang mit
967 Enteignungen ist pragmatisch, nicht ideologisch. Wir wollen Enteignungen nur als letztes
968 Mittel anwenden, wenn es zu einem groben Missbrauch des Eigentumsrechts kommt. Etwa
wenn mit

969 Bauland spekuliert, wertvoller Wohnraum bewusst nicht vermietet (spekulativer Leerstand),
970 trotz eines ausgesprochenen Baugebots weder gebaut noch verkauft wird oder wenn große
971 Wohnungsgesellschaften dauerhaft ihren Pflichten nicht nachkommen. Ob eine Enteignung
972 ökonomisch Sinn macht und das richtige Mittel ist, muss jeweils kommunal entschieden werden
973 und wird wesentlich von den erwarteten Kosten für die Steuerzahler*innen abhängen.

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 15.11.2019
Tagesordnungspunkt: W Wohnen

Antragstext

- 1 Wohnen ist eine soziale Frage. Mieten und Immobilienpreise haben sich in den
- 2 wirtschaftsstarken Städten und Regionen in den letzten Jahren stark erhöht. Gestiegene
- 3 Wohnkosten stellen für sehr viele Menschen insbesondere Familien, inzwischen bis weit in die
- 4 Mitte unserer Gesellschaft hinein vor große Probleme. Bezahlbare Wohnungen mitten in der
- 5 Stadt, in gewachsenen Wohnvierteln, in der Nähe vom Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft von
- 6 Schulen und Kitas, medizinischen Versorgungseinrichtungen, aber auch Kulturangeboten
- werden
- 7 für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen unerreichbar. Viele haben Angst davor,
- 8 ihre Wohnung zu verlieren oder ihre angestammten Wohnviertel verlassen zu müssen. Das
- 9 schlägt einen Spalt in unsere Gesellschaft. Der soziale Zusammenhalt geht verloren.
- 10 Wachsende räumliche Barrieren, zunehmend getrennte Wohnorte und Lebensbereiche von Alten
- und
- 11 Jungen, Armen und Reichen, Familien und Singles verstärken die Spaltung.
- 12 Die Mieten in deutschen Großstädten steigen seit Jahren rasant. Allein in Berlin stiegen die
- 13 Neuvertragsmieten binnen fünf Jahren um etwa 50 Prozent. In München sind
- Quadratmeterpreise
- 14 von über 20 Euro inzwischen keine Seltenheit mehr. Preistreiber sind oftmals spekulative
- 15 Bodenpreise. Aber das Problem betrifft schon lange nicht mehr nur die Metropolen. Auch in
- 16 Städten wie Lübeck, Potsdam oder Reutlingen haben immer mehr Menschen Probleme, eine
- Wohnung
- 17 zu finden, die sie auch bezahlen können. Noch extremer ist der Anstieg der Kaufpreise von
- 18 Immobilien. In den sieben größten deutschen Städten haben sie sich seit 2010 verdoppelt.
- 19 Immer mehr Menschen müssen einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für die
- Mietkosten
- 20 ausgeben. Jede fünfte Mieterin, jeder fünfte Mieter gilt inzwischen als überlastet. Für
- 21 immer mehr soziale und kulturelle Einrichtungen werden die überhöhten Mieten zum Problem.
- 22 Bei vielen kleinen Gewerbetreibenden oder bei Existenzgründer*innen (wie Start-Ups) werden
- 23 die Gewinne von steigenden Mieten aufgeessen. Eine vielfältige Einzelhandelsstruktur
- 24 verschwindet so aus unseren Städten. Aber auch für Unternehmen wird es zu einem Problem,
- 25 dass ihre Mitarbeiter*innen in der Stadt keine Wohnung mehr finden. Diese Entwicklungen
- 26 stellen eine Gefahr für den Frieden und für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft dar und
- 27 verschärfen die soziale Spaltung.
- 28 Besonders betroffen von der Wohnungsnot sind Menschen mit geringerem Einkommen, Familien
- mit
- 29 Kindern, Alleinerziehende, Arbeitssuchende, LSBTIQ, Menschen mit Behinderung sowie
- 30 Migrant*innen. Gerade sie werden bei der Vergabe von Wohnungen diskriminiert. Oft

entscheidet die Tatsache, ob jemand Mayer oder Haddad heißt, alleinerziehend ist oder nicht darüber, ob die Person zu einer Wohnungsbesichtigung eingeladen wird. Menschen werden aus ihren angestammten Wohnquartieren vertrieben, wenn ihre Vermieter*innen die Mieten immer stärker erhöhen. Modernisierungen, die wir für die Rettung des Klimas dringend brauchen, werden dafür missbraucht, Rendite zu maximieren. Mieter*innen werden so aus ihren Wohnungen verdrängt und dann durch neue Wohnungseigentümer*innen oder besserverdienende Mieter*innen ersetzt. Es steigt auch die Zahl der Wohnungslosen. In einem reichen Land wie unserem fehlt es inzwischen 650.000 Menschen am Allernötigsten: an der eigenen Wohnung.

Der Wohnungsmarkt liegt wesentlich in kommunaler Verantwortung. Die Wohnungsbaupolitik als Daseinsvorsorge ist überwiegend Ländersache. Probleme sollen da gelöst werden, wo sie entstehen.

Es gibt aber auch ganz andere Problemlagen. In Deutschland gibt es zahlreiche Regionen mit schrumpfender Bevölkerung, Wohnungsleerstand und Herausforderungen durch einen raschen demographischen Wandel. Hinzu kommt eine Zersiedelung, die lange, unökologische Pendelverkehre und eine überlastete Verkehrsinfrastruktur zur Folge haben. Dieses Problem werden wir aber weniger mit wohnungspolitischen, sondern vielmehr eher mit regionalen, strukturpolitischen Instrumenten insbesondere durch die Landesregierungen lösen.

Die Ursachen für die Wohnungskrise sind vielfältig. Eine Deregulierung des Wohnungsmarktes, politische Fehlentscheidungen wie die Privatisierung großer kommunaler Wohnungsbestände sowie eine durch die Finanzkrise verstärkte Immobilienspekulation sind nur einige davon. Es gibt zwar immer noch hunderttausende private Vermieter*innen, die eine Wohnung oder ein Mietshaus zur Altersvorsorge erworben haben, und bei der Vermietung häufig auf maximale Rendite verzichten. Und es gibt sozial verantwortliche Wohnungsunternehmen, die mit ihrem Bestand stabilisierend auf den Wohnungsmarkt wirken. Doch es fehlt schlicht an genügend Wohnraum. Staatliche Aufgabe ist insbesondere bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Seit der Finanzmarktkrise sind unsere Städte aber auch zum Spielfeld der globalen Finanzinvestoren geworden, die die städtischen Bodenpreise in Höhen getrieben haben, die bezahlbaren Wohnungsneubau teilweise unmöglich machen. Gleichzeitig wurde der Wohnungsneubau in den

angespannten Wohnungsmärkten in Deutschland über viele Jahre massiv vernachlässigt. Nach unterschiedlichen Schätzungen liegt der Bedarf an neuen Wohnungen deutlich über den im vergangenen Jahr gebauten 285.000 Wohnungen. Aus diesem Grund müssen wir den Bestand an

preiswertem Wohnraum schützen sowie dringend eine Bauoffensive starten, damit sich die Mietsteigerungen der vergangenen Jahre nicht noch mehr fortsetzen.

„Bauen, Bauen, Bauen“ allein kann jedoch nicht die Lösung sein. Es kommt entscheidend darauf an, was, wo, wie und für wen gebaut wird. Mit Luxus-Apartments ist weder der jungen Familien noch dem alleinerziehenden Krankenpfleger oder der Rentnerin geholfen. Der grundgesetzlichen Forderung, dass Eigentum "zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen soll" muss politisch wirksam Geltung verschafft werden.

69 Eine wesentliche Ursache des Fehlens von preisgünstigem Wohnraum ist der Rückzug der
70 öffentlichen Hand aus dem sozialen Wohnungsbau, die Abschaffung der
Wohnungsgemeinnützigkeit
71 für über drei Millionen Wohnungen und die massenhafte Privatisierung öffentlicher
72 Wohnungsbestände in den letzten drei Jahrzehnten. Die Folgen spüren wir heute: Gemeinnützig
73 gebundene Wohnungen gibt es nur noch auf freiwilliger Basis und von den damals 3,6 Millionen
74 Sozialwohnungen sind heute weniger als 1,2 Millionen übrig. Wir werden uns deshalb in
75 Zukunft gegen weitere Verkäufe kommunaler und staatlicher Wohnungen vehement wehren.
Denn es
76 sind diese Fehler der Vergangenheit, die sich heute rächen. Eine Studie gibt den
77 bundesweiten Bedarf an günstigen Sozialmietwohnungen mit zusätzlich 1,6 Millionen an.
78 Überteuerte Modernisierungen oder die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen treiben
die
79 Entwicklung weiter an.

80 Verschärft wird die Situation durch Finanzspekulationen. Spekulant*innen nutzen gezielt
81 bestehende Lücken in den Steuergesetzen, um Gewinne am Allgemeinwohl vorbei zu schleusen
und
82 missbrauchen das Mietrecht zur Renditemaximierung. Der Grundstücks- und Wohnungsmarkt ist
in
83 einigen Großstädten bereits zu einem ungebremsen Finanzmarkt geworden. Geschäftsmodelle,
84 die mit ungezügelter Renditeerwartungen mit Wohnraum an der Börse spekulieren stehen im
85 Widerspruch zum Recht auf Wohnen. Doch Wohnen ist keine Ware, sondern ein soziales
86 Grundrecht. Was gebaut wird, muss lebenswert und nachhaltig sein. Gutes Wohnen bedeutet
auch
87 Ruhe und gesunde Luft – Wohnen soll nicht krank machen. So manches Quartier wirkt wie
88 ausgestorben anstatt quirlig und lebendig: leere Zweitwohnungen, kaum Menschen auf der
89 Straße. Wir wollen nachhaltige, also sozial gemischte, grüne und kulturell ansprechende
90 Quartiere erhalten und neu schaffen, in denen auch altersgerechtes Leben und barrierefreien
91 Wohnen möglich sind und auch Arbeitsplätze vor Ort entstehen können.

92 Auch der Klimawandel und insbesondere die Klimaanpassung stellt uns in Fragen des Wohnens
93 und Arbeitens in unseren Dörfern und Städten vor neue Herausforderungen. Dicht bebaute
94 innerstädtische Quartiere heizen sich im Sommer stark auf. Wir müssen verhindern, dass sich
95 unsere Städte für kranke oder alte Menschen im Zuge der fortschreitenden Erderhitzung zu
96 Zonen entwickeln, in denen sie weder schlafen noch sich im Freien aufhalten können. Auch
97 deswegen werden grüne Lungen für unsere Städte immer wichtiger. Wir wollen die Anzahl von
98 Bäumen in Städten und an Verkehrswegen drastisch erhöhen. Wir wollen die Anzahl von
Bäumen
99 in Städten drastisch erhöhen, um Schatten und Sauerstoff in die Stadt zu bringen sowie die
100 Wasseraufnahme zu verbessern. Außerdem wollen wir die Dächer und Fassaden nutzen, um
Natur
101 in die Stadt zu bringen. Und in Zeiten des Klimawandels und begrenzter Ressourcen kann die
102 Lösung für den Wohnungsmarkt nicht nur in Neubauten liegen. Wir setzen daher auch auf
103 flächensparendes Wohnen, damit der bestehende Wohnraum besser genutzt wird.

104 **Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Wohnen ein Grundrecht. Wir wollen es als einen**
105 **Bestandteil von**
106 **neuen sozialen Grundrechten in unser Grundgesetz aufnehmen.**

106 Mit dem vorliegenden wohnungspolitischen Programm buchstabieren wir aus, mit welchen
107 Maßnahmen wir dieses Grundrecht auf Wohnen einlösen können.

108 **1. Neuen Wohnraum schaffen – sozial und gemeinwohlorientiert**

109 Beim sozialen Wohnungsbau stehen wir vor einer Herkulesaufgabe. Wir müssen die Fehler und
110 Versäumnisse der vergangenen 30 Jahre zügig korrigieren. Schon seit den 1990er Jahren haben
111 sich viele Kommunen mehr und mehr aus dem Wohnungsmarkt zurückgezogen. In Folge des
Skandals

112 bei dem gemeinnützigen Wohnungsunternehmen „Neuen Heimat“ entschied sich die damalige
113 schwarz-gelbe Bundesregierung, die Wohngemeinnützigkeit in Deutschland insgesamt
114 abzuschaffen, statt sie zu reformieren. Anstatt Transparenz herzustellen und gegen
115 Korruption entschlossen vorzugehen zog sich die Politik weitgehend aus dem Wohnungsmarkt
116 zurück und überließ ihn dem freien Spiel des Marktes.

117 Die vom Bund in den vergangenen Jahren ergriffenen Maßnahmen reichen angesichts der
118 Herausforderung hinten und vorne nicht. Ein Beispiel ist der soziale Wohnungsbau: 2020 wird
119 der Bund seine Mittel um ein Drittel auf nur noch eine Milliarde Euro kürzen. Und das,
120 obwohl seit Jahren zwischen 40.000 und 60.000 Sozialwohnungen pro Jahr verloren gehen. Der
121 Bedarf liegt aber mindestens bei 80.000 zusätzlichen Sozialwohnungen jährlich.

122 Den geringen Ausgaben des Bundes für den Wohnungsbau stehen Aufwendungen für Kosten der

123 Unterkunft und Wohngeld in Höhe von 17 Milliarden Euro gegenüber. Anstatt Wohnraum zu
124 schaffen, alimentieren wir die teuren Mieten der privaten Eigentümer*innen für diejenigen,
125 die sich das Wohnen nicht mehr leisten können. So subventionieren wir mit Steuergeldern
126 letztlich die Gewinne von Vermieter*innen und Wohnungskonzernen. Neue Wohnungen
entstehen so

127 nicht.

128 Wir wollen deswegen eine Kehrtwende in der deutschen Wohnungspolitik. Wir wollen neuen
129 Wohnraum schaffen – und zwar vor allem öffentlich und gemeinwohlorientiert.

130 **Gemeinnützig Bauen und Wohnen**

131 Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau müssen wieder deutlich erhöht und verstetigt werden.
132 Dafür müssen bestehende kommunale Wohnungsgesellschaften gestärkt werden und es
braucht eine

133 Gründungsoffensive für neue kommunale Wohnungsgesellschaften und
Wohnungsgenossenschaften.

134 Dabei wollen wir die Kommunen dabei umfassend unterstützen. Genauso stehen wir an der
Seite

135 der Zivilgesellschaft und unterstützen das Aktionsbündnis „Wohnen ist Menschenrecht“.

136 Wir werden eine neue Wohngemeinnützigkeit einführen. Insgesamt wollen wir in den nächsten
137 zehn Jahren den Bestand an dauerhaft gebundenen Sozialwohnungen um mindestens eine
Million

138 erhöhen. Dafür setzen wir auf Neubau, aber auch auf Ankauf von bestehenden Wohnungen.

139 Entsprechend braucht es ein öffentliches Investitionsprogramm des Bundes von zunächst
140 mindestens drei Milliarden Euro jährlich. Wir finanzieren das teilweise durch die
141 Abschaffung von wohnungspolitisch nicht zielführenden Subventionen wie dem Baukindergeld.

142 Für die Wohngemeinnützigkeit soll das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Güter“
143 gelten. Vermieter*innen, die sich dazu verpflichten, dauerhaft an Menschen mit geringerem
144 Einkommen und zu günstigen Mieten zu vermieten, erhalten eine öffentliche Förderung. Die
145 Wohngemeinnützigkeit steht allen Akteur*innen offen: der kommunalen Wohnungsgesellschaft,
146 der Genossenschaft, aber auch dem privaten Wohnungsunternehmen und der privaten
147 Kleinvermieter*in. Wir gewähren einen Investitionszuschuss von bis zu 20 Prozent der
148 Anschaffungs- und Herstellungskosten. Der Erwerb wird von der Grunderwerbsteuer befreit.
149 Außerdem werden die Gewinne von der Ertragsbesteuerung befreit. Wir werden die
Besteuerung
150 der Wohnungswirtschaft künftig konsequent an dem Leitprinzip der Gemeinnützigkeit
151 ausrichten. Spekulative Abschreibungsmodelle müssen abgeschafft werden. Um den
dauerhaften
152 Erhalt der Sozialwohnungen doppelt abzusichern, setzen wir zusätzlich auf öffentliches
153 Eigentum an Grund und Boden und setzen das Erbbaurecht ein.

154 Im sozialen Wohnungsbau früherer Jahre wurden viele Fehler gemacht. Aus diesen Fehlern
155 wollen wir lernen. Wir werden für ein ausgewogenes Verhältnis von Sozialwohnungen,
156 Genossenschaften, Wohnprojekten, privatem Mietwohnungsbau und selbstgenutztem
Wohneigentum
157 Sorge tragen, um soziale Segregation zu verhindern. Unser Ziel sind vielfältige gemischte
158 Quartiere, wo Menschen unabhängig von Alter und Einkommen Nachbar*innen sein können. Wir
159 wollen bei Neubauten verbindliche Quoten an Sozialwohnungen haben und deshalb Kommunen
die
160 Möglichkeit geben, in Bebauungsplänen Festsetzungen zu treffen, wonach bei
Wohnbauvorhaben
161 ein bestimmter Anteil der zulässigen Geschossfläche im geförderten Wohnbau realisiert werden
162 muss. Wir wollen bezahlbaren Wohnraum auch für mehr Menschen zur Verfügung stellen, wir
163 wollen die Einkommensgrenzen für Sozialwohnungen erhöhen und eine neue Kategorie
geförderter
164 Wohnungen für Haushalte schaffen, deren Einkommen die Einkommensgrenzen für
Sozialwohnungen
165 um bis zu 50 Prozent übersteigt. Bei diesen Sozialwohnungen gelten dann entsprechend
weniger
166 strenge Kriterien bei der Miethöhe und es wird eine Teilförderung gewährt.

167 Unser Vorbild für einen gemeinwohlorientierten Wohnungsmarkt ist die Stadt Wien mit ihrem
168 großen Anteil gemeinnütziger und für breite Schichten bezahlbaren Wohnraum, der
ausgewogene
169 Mischung sicherstellt. In einer Sozialwohnung zu wohnen wird dort nicht gleichgesetzt mit
170 Armut, weil die Mehrheit der Wienerinnen und Wiener in Sozialwohnungen lebt. Menschen,
deren
171 Einkommen über die Einkommensgrenzen hinauswächst, werden deswegen nicht zum Umzug
172 gezwungen, aber für sie soll eine einkommensabhängige Fehlbelegungsabgabe eingeführt
werden,

173 deren Einnahmen für den Bau neuer Sozialwohnungen verwendet wird. Alternativ können
174 Wohnungsunternehmen das Modell einkommensabhängiger Mietstufen nutzen, wobei die
175 Mietbelastungsquote für einkommensschwache Mieter*innen nicht höher als 30 Prozent ihres
176 Nettoeinkommens liegen sollte.

177 Wir werden für die Wohngemeinnützigkeit eine unabhängige Aufsicht schaffen, welche die
178 Einhaltung der Kriterien kontrolliert. Zu Unrecht bezogene Fördergelder werden
179 zurückgefordert und Verstöße auch mit Bußgeldern belegt. Gemeinnützige
Wohnungsunternehmen

180 müssen vollständig transparent wirtschaften. Unser Leitbild ist nicht der große, zentral
181 verwaltete staatliche Wohnungskonzern, sondern dezentral verwaltete und selbstbestimmte
182 Wohnprojekte und überschaubare Wohnungsunternehmen. Deshalb werden wir eine
183 Mietermitbestimmung einführen, so dass die Menschen, die in den Wohnungen leben, ein
184 Mitspracherecht und Einfluss auf wichtige Entscheidungen erhalten.

185 Barrierefreies Wohnen in jedem Alter

186 Altersgerechter und barrierefreier Wohnraum ist eine wichtige Basis für ein selbstständiges
187 und selbstbestimmtes Leben – in den Städten ebenso wie in den ländlichen Räumen. Für einen
188 Großteil der Menschen stellen mittlerweile ambulante Wohn- und Pflegeformen eine klare
189 Alternative zum Heim dar. Wir wollen daher Wohnungen und das Wohnumfeld so gestalten, dass

190 Menschen unabhängig von ihrem Alter oder ihrer eingeschränkten Bewegungsfreiheit möglichst
191 selbstständig und unabhängig in ihrer gewohnten oder gewünschten Umgebung leben können.
Dazu

192 gehören auch Hausgemeinschaften, Pflegewohngruppen und Wohngemeinschaften genauso wie

193 Mehrgenerationenwohnen oder „Wohnen mit Versorgungssicherheit“ in der eigenen Wohnung.
194 Derzeit fehlen allerdings allein für Menschen mit Behinderung in Deutschland immer noch rund
195 eine Millionen barrierefreie und rollstuhlgerechte Wohnungen. Zudem es gibt auch zu wenig
196 preiswerte Wohnungen für Menschen mit Einschränkungen. Hier wollen wir ansetzen und das
KfW-

197 Programm „Altersgerechter Umbau“ mit deutlich aufstocken, um den großen Bedarf zu decken.
198 Darüber hinaus werden wir die Städtebauförderung um einen Teil für inklusive Quartiere und
199 Dörfer ergänzen. Hier sind auch Länder und Kommunen gefragt, den barrierefreien Ausbau
200 voranzubringen und die infrastrukturelle Anbindung des ländlichen Raums an die Groß- und
201 Mittelstädten, sowie untereinander zu ergänzen und zu verbessern.

202 Verdichten, aber nicht Erdrücken

203 Boden ist ein begrenztes Gut. Wir müssen Bauflächen schaffen und gleichzeitig den
204 Flächenfraß reduzieren. Was wie ein Widerspruch klingt, wird durch eine innovative
205 Bauoffensive aufgelöst werden, die behutsam verdichtet, höher baut, und die ganze Stadt
206 konsequent begrünt.

207 Besonders in unseren Städten erleben wir vielfältige Nutzungskonflikte. Was hat Vorrang?
208 Parkplatz oder Spielplatz? Wohnung oder Einkaufszentrum? Solche Fragen werden in Kommunen

209 täglich diskutiert und potentielle Bauflächen sind heiß umkämpft. Um mehr Wohnraum in
210 Städten zu schaffen, wollen wir, wo es sinnvoll ist, nachverdichten. Neue Quartiere sollen

211 nach dem Leitbild "Stadt der kurzen Wege" geplant werden, damit die Bewohner*innen alle
212 Angebote des täglichen Bedarfs fußläufig (möglicher Ergänzung: oder mit dem ÖPNV) erreichen
213 können. Bestehende Gebäude sollen aufgestockt werden, um Flächen zu sparen, Supermärkte
und
214 Parkplätze können überbaut werden. Wir erleichtern die behutsame Nachverdichtung durch
215 Dachausbauten finanziell, wenn dadurch bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird. Statt einer
216 Sonderabschreibung, welche die Preise weiter in die Höhe treibt, wollen wir eine
217 Investitionszulage im Rahmen einer „Grünen Bauoffensive“ schaffen. Wir fördern damit
218 finanziell die Nachverdichtung mit Wohnungen sowie das Aktivieren von Brachen in den
219 Innenbereichen der Städte.

220 In Deutschland stehen etwa zwei Millionen Wohnungen leer. Wir fördern die Wiederbelebung
221 leerstehender Häuser und Wohnungen finanziell mit der "Grünen Bauoffensive". Vielerorts
222 lässt sich so Naturverlust und Flächenversiegelung an Ortsrändern und im Umland verhindern
223 und vorhandene Häuser und Grundstücke in den Ortskernen wieder beleben. Das schafft und
224 sichert Werte, statt Natur und das Klima zu zerstören und Ortskerne auszuhöhlen.

225 Die Bewohnerinnen und Bewohner müssen bei der Planung beteiligt werden. Mangelnde
226 Beteiligung führt zu langwierigen Rechtsstreitigkeiten und Bauverzögerungen und oft
227 entstehen an dem Alltag der Menschen vorbei gebaute Quartiere. Deswegen stehen wir für
228 moderne Beteiligungsprozesse im Rahmen einer zu verwirklichenden Baukultur. Wir wollen
229 Beteiligungsprozesse organisieren, in denen Menschen frühzeitig ergebnisoffen mitentscheiden
230 können, was gebaut, wird.

231 Viele bestehende Bebauungspläne sind schon älter und ermöglichen nur begrenzt heutige
232 Anforderungen an eine angemessene Nachverdichtung. Wir wollen die Kommunen dabei
233 unterstützen, bestehende Bebauungspläne im Sinne einer vertikalen Siedlungsentwicklung zu
234 ändern, so dass höher gebaut werden kann und Natur in der Stadt und Umland geschont und
235 bereits versiegelte Flächen besser genutzt werden.

236 Bisher ungenutzte Brachen, die eine ökologische Funktion für die Stadt haben, sollten wir
237 schon aus Klimaschutzgründen nicht vollständig bebauen, sondern auch für neue grüne Lungen,

238 Erholungsgebiete und soziale Begegnungsräume nutzen. Wir verschreiben uns dem Ziel der
239 doppelten Innenentwicklung. Ebenfalls ist es wichtig, dass neue öffentliche Räume
240 erschlossen und unsere Städte lebenswerter gestaltet werden.

241 Soviel, wie neu gebaut wird, so viel an neuem Grün wollen wir schaffen – auch und vor allem
242 auf Dächern und Fassaden, die heute dafür weitgehend ungenutzt bleiben. So wollen wir das
243 Stadtgrün schützen und erweitern, nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes und als
244 Anpassungsmaßnahme an die Klimakrise, sondern auch, weil es für die Lebensqualität in den
245 Städten, gerade für Menschen ohne Zugang zu Gärten und Freiflächen, von hoher Bedeutung
ist.

246 Wir setzen auf die Senkung der Flächeninanspruchnahme auf maximal 30 Hektar pro Tag.
247 Spätestens ab 2030 wollen wir erreichen, dass für jede neue Versiegelung von Fläche eine
248 gleich große, nicht mehr benötigte Siedlungsfläche renaturiert wird.

249 Im ländlichen Raum stellt sich das Problem oft umgekehrt dar. Es gibt Leerstand und Dörfer
250 mit Einwohnerschwund. Gut ausgebaute ÖPNV-Verbindungen sind nicht nur eine
klimafreundliche

251 Verkehrsalternative, sondern auch ein Mittel gegen Wohnungsnot, wenn so der ländliche Raum
252 mit attraktiven Reisezeiten an die Ballungszentren angeschlossen und angebunden wird. Um
253 ländliche Räume wieder attraktiver zu machen, müssen wir aber mehr tun, als nur eine
254 Verbindung in die nächste Stadt herzustellen. Es bedarf einer massiven Stärkung der
255 öffentlichen Infrastruktur in ländlichen Räumen. Gesundheitsversorgung, Verwaltung, soziale
256 und kulturelle Angebote und vieles mehr.

257 Der Baulandspekulation den Boden entziehen

258 Der stärkste Kostentreiber beim Wohnen sind Grundstücks- und Baulandpreise. Die Preise für
259 Bauland sind seit 2010 um über 60 Prozent gestiegen, in den Großstädten noch deutlich
260 stärker. Mit 870 Prozent Bodenwertsteigerung in weniger als zehn Jahren musste Berlin den
261 größten Anstieg weltweit verkraften. Grund und Boden ist zum Spekulationsobjekt geworden
und
262 die explodierenden Bodenpreise schlagen auf die Immobilienpreise und Mieten durch. Wenn
263 davon gesprochen wird, dass günstiges Bauen kaum mehr möglich ist, liegt dies zuvorderst an
264 den inzwischen für sehr viele Menschen unbezahlbaren Grundstückspreisen. Aber Boden ist ein
265 Allgemeingut, unvermehrbar, unentbehrlich und sozial gebunden.

266 In Deutschland hat die öffentliche Hand viele ihrer Grundstücke verkauft. Die Bundesanstalt
267 für Immobilienaufgaben (BImA) hat ihre Grundstücke lange Zeit meistbietend versteigert und
268 wurde damit selbst zu einem Treiber der Spekulation. Eine Bodenvorratspolitik, die Vorsorge
269 für die Zukunft betreibt, haben deutsche Städte und Gemeinden fast nirgends gemacht. Daraus
270 resultiert, dass die wertvollen Baugrundstücke in unseren Städten heute größtenteils in
271 privater Hand sind und die Kommunen horrenden Preise zahlen müssten, um sie zurück zu
kaufen.

272 Wir wollen Kommunen dabei unterstützen, wieder eine aktive Bodenpolitik zu betreiben und
273 verstärkt Grund und Boden für öffentliche Aufgaben wie gemeinnützigen Wohnungsbau zu
274 erwerben. Der Bund muss das durch eine langfristige gemeinwohlorientierte Bodenpolitik
275 unterstützen.

276 Die noch vorhandenen bundeseigenen Bestände sollen nicht mehr an private Investoren
277 veräußert, sondern ausschließlich verbilligt an Kommunen mit einer dauerhaften Sozialbindung
278 abgegeben werden. An private Investor*innen sollte hingegen nur noch im Erbbaurecht
vergeben

279 werden, damit die Flächen dauerhaft im staatlichen Eigentum verbleiben. Heute laufen
280 Sozialbindungen nach 15 bis 30 Jahren aus. Durch die Vergabe im Erbbaurecht wollen wir
281 vertraglich sicherstellen, dass künftig Sozialwohnungen dauerhaft in der Bindung erhalten
282 bleiben. Wir werden die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) und die Liegenschaften
283 des Bundeseisenbahnvermögens zu einem gemeinnützigen, revolvingierenden Bundesbodenfonds
weiter

284 entwickeln. Der Bundesbodenfonds soll für gemeinwohlorientierte und öffentliche Akteure des
285 Wohnungsbaus Grundstücke ankaufen und diesen Akteuren Grundstücke übertragen bzw.
286 verpachten.

287 Viele Investor*innen sind Eigentümer von Bauland, spekulieren aber lieber auf steigende
288 Bodenpreise als zu bauen. Das Bau- und Planungsrecht bietet die Möglichkeit,
289 Grundstückseigentümer mit dem Baugebot zur Bebauung zu verpflichten. Das
290 Bundesverfassungsgericht sieht gerade bei Grund und Boden eine besondere und weitgehend
291 soziale Verpflichtung des Eigentums. Wer der Aufforderung sein Grundstück zu bebauen nicht

292 nachkommt, kann zum Verkauf gezwungen werden, ggf. nur gegen Entschädigung zum
293 Bodenrichtwert . Wir unterstützen die Kommunen, die von dieser Möglichkeit bei besonders
294 angespannten Wohnungsmärkten Gebrauch machen. Bei solchen Lagen sollen Kommunen das
Baugebot
295 nicht nur für einzelne Grundstücke, sondern für bestimmte Gebiete aussprechen können. Länder

296 sollen in die Lage versetzt werden, durch eine erhöhte Grundsteuer für unbebaute Grundstücke
297 einen Anreiz zum Bauen zu schaffen.
298 Es gibt weitere Möglichkeiten, die Rechte von Mieterinnen und Mietern zu stärken.
299 Vorbildcharakter hat für uns die betriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer*innen. Durch
300 sie ist sichergestellt, dass nicht nur die Eigentümer*innen eines Unternehmens, sondern auch
301 die dort beschäftigten Arbeitnehmer*innen einen Einfluss auf die Entscheidungen haben, die
302 sie direkt betreffen. Wir wollen dieses Prinzip vom Arbeitsverhältnis auf das Mietverhältnis
303 übertragen. Unser Ziel ist, der Gemeinschaft der Mieter*innen Mitbestimmungsrechte zu
304 einzuräumen, etwa wenn es um Umbauten oder Modernisierungen geht. Wir wollen so eine
echte
305 Mietermitbestimmung entwickeln, um die Gemeinwohlorientierung des Eigentums auch auf dem

306 Wohnungsmarkt durchzusetzen. Diese Mietermitbestimmung soll – analog zur
307 Arbeitnehmermitbestimmung – für Wohnungsgesellschaften ab einer bestimmten Größe gelten.
308
309 Die größte Hürde zur Schaffung bezahlbaren Wohnraumes liegt nicht in fehlenden Investoren
310 oder Fördermitteln, sondern überwiegend in der Vergabep Praxis von Flächen. Immer noch zu oft
311 werden öffentliche Flächen meistbietend an Investoren veräußert, ohne ausreichende
312 städtebauliche wie mietpreisbeschränkende Rahmenbedingungen zu definieren,. In der Folge
313 wird eben kein bezahlbarer Wohnraum geschaffen, sondern vielmehr die Mieten maximiert.Die
314 Kommunalpolitik hat häufig zu wenig Instrumente, um dem entgegenzuwirken. Aufgabe der
315 Bundes- und Landespolitik ist es daher, solchen für die Wohnungsmärkte fatalen
316 Flächenvergaben entgegenzuwirken und die Kommunen zu unterstützen, eine aktive
Bodenpolitik
317 zu betreiben und mehr Transparenz zu schaffen.

318 Die Preise für Grund und Boden steigen nicht, weil die Eigentümer*innen die Qualität des
319 Bodens verbessern, sondern wegen der Lage, also einer Umgebung mit öffentlicher
320 Infrastruktur, attraktiven Arbeitsplätzen, Kultureinrichtungen oder Universitäten. Aufgrund
321 dieser Faktoren werden bestimmte Gegenden beliebter und stärker nachgefragt. Die Ernte
322 dieser Leistungen anderer sollte nicht über eine Bodenrente privatisiert werden. Für die
323 Eigentümer*in stellen sie einen leistungslosen Vermögenszuwachs dar. Im Baugesetzbuch gibt
es
324 bereits Instrumente, die durch die kommunale Planung geschaffenen privaten
325 Bodenwertsteigerungen im Rahmen von städtebaulichen Verträgen und bei Sanierungs- und
326 Entwicklungsmaßnahmen abzuschöpfen. Wir wollen es den Kommunen ermöglichen,
weitergehende
327 planungsbedingte Bodenwertsteigerungen rechtssicher abzuschöpfen und für kommunale
328 Infrastrukturen, soziales Wohnung und Umwelt einzusetzen. Dies soll auch bei Bauvorhaben in
329 bereits bebauten Quartieren ermöglicht werden (§34 BauGB), wo bislang leistungslose
330 Bodenwertsteigerungen gar nicht für die Belange der Allgemeinheit nutzbar sind. Damit wird

331 es auch möglich, den häufigen spekulativen Handel mit Baugenehmigungen einzudämmen und
332 so
333 mittels dieser Spekulationsbremse für Boden den zuletzt stark angewachsene Bauüberhang in
334 den Städten abzubauen.

334 Mit dem Vorkaufsrecht gemeinwohlorientiertes Wohnen schaffen und Mieter*innen vor
335 Verdrängung schützen

336 Das im Bauplanungsrecht verankerte Vorkaufsrecht der Kommunen für Wohnungen und Bauland
337 ist
338 ein wichtiges Mittel, gegen Verdrängung der angestammte Mieter*innen in den Stadtgebieten
339 entgegenzutreten, und stellt für uns ein wichtiges Instrument dar, um das Ziel von mehr
340 öffentlichem und solidarischem Eigentum zu verwirklichen. Es wird aber viel zu selten
341 genutzt und unterliegt zu restriktiven Voraussetzungen. Daher wollen wir den Kommunen die
342 Möglichkeit geben, Vorkaufsrechte innerhalb von vier Monaten auch mit dem Ziel einer
343 langfristigen Bodenbevorratung zu begründen und im Einzelfall auszuüben. Das kommunale
344 Vorkaufsrecht soll auf alle Gebiete der Stadt ausgeweitet werden. Bei der Errechnung des
345 Preises soll der Ertrags- und nicht der Verkehrswert herangezogen werden, der bezahlbare
346 Mieten sichert und spekulative Wertsteigerungen unterbindet. Zusätzlich wollen wir
347 gesetzlich festschreiben, dass die Ausübung eines Vorkaufsrechts auch dann durch das Wohl
348 der Allgemeinheit gerechtfertigt ist, wenn sie dazu dient, geförderten Wohnraum zu schaffen
349 bzw. den Ankauf durch gemeinwohlorientierte Genossenschaften zu ermöglichen. Greifen sollen
350 gesetzliche Vorkaufsrechte zukünftig auch bei Zwangsversteigerungen und bei Share-Deals
351 analog § 1 Grunderwerbsteuergesetz. Schließlich wollen wir die Möglichkeit der Ausübung
352 eines Vorkaufsrechts zum Verkehrswert um eine Regelung ergänzen, wonach – analog den
353 bestehenden gesetzlichen Vorschriften im Enteignungsrecht – solche Wertsteigerungen des
354 Grundstücks außer Betracht bleiben, die erst aus der städtebaulichen Maßnahme resultieren,
355 die das gesetzliche Vorkaufsrecht begründet. Eine Stärkung des Vorkaufsrechtes der Kommunen

355 ist auch dann sinnvoll, wenn es gar nicht angewandt wird, weil die Mieter*innen auch durch
356 Abwendungsvereinbarungen vor Verdrängung geschützt werden können.

357

358 Um die kommunalen Bauämter zu unterstützen, wollen wir beim Bund (BBSR) eine
359 Rechtberatungsstelle einrichten , um Kommunen bei der Ausübung von Vorkaufsrechten und
360 weiteren Geboten zu unterstützen. Viele Kommunen erheben inzwischen Leerstände,
361 Problemimmobilien, brachliegende und verfallende Grundstücke in Online-Katastern. So können
362 Kommunen städtebauliche und soziale Missstände schnell erkennen und gegen diese
363 vorgehen. .

363 Oft haben Kommunen oder Genossenschaften Schwierigkeiten, den Ankauf zu finanzieren.
364 Deswegen wollen wir Allianzen zur Ausübung des Vorkaufsrechts unterstützen. Beispielsweise
365 könnte die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) ein Teileigentum des Bundes
366 begründen, sich so am Kauf beteiligen und damit der Kommune den Ankauf ermöglichen.
367 Genossenschaften und andere gemeinwohlorientierte Erwerber*innen könnten eine Förderung
368 durch günstige Kredite oder Zuschüsse der öffentlichen Hand erhalten, um die Finanzierung zu
369 ermöglichen.

370 Digital planen und nachhaltig bauen

371 Mit einer Innovationsoffensive für Klima-Investitionen in allen Gebäuden unterstützen wir
372 selbstnutzende Eigentümerinnen, Vermieter sowie Mieter*innen. Wir helfen ihnen, zu tragbaren
373 Kosten Zukunft zu gestalten und Klimaschutzmaßnahmen gemäß der Ziele von Paris
umzusetzen.

374 Dafür stellen wir im Aktionsplan „Faire Wärme“ sieben Milliarden Euro im Jahr für Planung,
375 Investitionen und bezahlbaren Wohnraum und für ressourcenschonendes Bauen, zum Beispiel
376 durch modularen Holzbau, bereit. Hemmnisse im Baurecht für serielles und modulares Bauen
377 wollen wir in der Musterbauordnung reduzieren und so Kostensenkungen ermöglichen. Wir
378 schaffen ein Gebäuderessourcengesetz, das die ganzheitliche Lebenszyklusbetrachtung für ein
379 Gebäude in den Blick nimmt.

380 Damit die erheblichen Investitionen für Neubau sowie klima- und altersgerechten Umbau
381 überhaupt geleistet werden können, wollen wir die Innovationskraft und Produktivität im
382 Bauwesen stärken. Durchgängige Verwaltungsstrukturen, starke gesetzliche aber umsetzbare
383 Rahmenbedingungen, hohe Fachkompetenz aller Beteiligten von der Eigentümer*in über die
384 Planenden bis zum Handwerker sind erforderlich um Nachhaltigkeit im Bauwesen Wirklichkeit
385 werden zu lassen. Wir wollen die Forschung, aber auch Verwaltung, Eigentümer*innen und
386 Bauwirtschaft unterstützen und Pilotprojekte wie beispielsweise beim Einsatz von 3-D-
387 Druckern in Deutschland fördern.

388 Der nachwachsende Baustoff Holz bietet gleich mehrfach Potenzial für eine höhere
389 Produktivität durch Modularität, Materialeigenschaften, auch durch digitale Unterstützung.
390 Er speichert CO₂ und schützt damit das Klima. Ganze Gebäudeteile lassen sich im Werk
391 vorfertigen und auf der Baustelle rasch und kostengünstig aufbauen. Holz ist leichter als
392 Stahl und Beton und damit statisch für Dachausbauten gut geeignet. Mit einem
393 Marktanreizprogramm für das Bauen mit nachwachsenden Baustoffen regen wir den verstärkten

394 Einsatz von Baumaterialien aus nachhaltigen Quellen als Baustoff an, das Bauwerk- und
395 Baustoffrecycling fördern wir vorrangig. Die Kapazität nachwachsender Die Kapazität
396 nachwachsender Baustoffe als CO₂-Speicher wollen wir im Gebäudeenergiegesetz honorieren
und
397 als Beitrag zum klimaneutralen Gebäudebestand auch anrechnen.

398 Die Möglichkeiten der Digitalisierung müssen für ressourcenschonende Infrastrukturen und
399 lebenswerte Städte genutzt und im Sinne der Bürger*innen und des Gemeinwohls eingesetzt
400 werden. Der Schutz vor Risiken, etwa bei der Datensicherheit und kritischen Infrastrukturen,
401 muss dabei immer berücksichtigt werden. Dies ist eine primäre öffentliche Aufgabe. Schon
402 heute geben Städte und Gemeinden wertvolle IT-Infrastrukturen aus der Hand. Städte und
403 Gemeinden müssen durch ein Bundesprogramm mehr Mittel an die Hand bekommen, um ihre
404 Verwaltung, das Management der Energiekreisläufe sowie die Infrastrukturen digital zu
405 ertüchtigen.

406 Wohnraum nutzen – Leerstand und Fehlnutzung verhindern

407 Nicht immer fehlt Wohnraum: Manchmal ist er vorhanden, wird aber nicht oder falsch genutzt.
408 Wir wollen gegen Fehlnutzungen und spekulativen Leerstand von Wohnraum vorgehen. Wenn
409 Eigentümer*innen eine Zweckentfremdung nicht beenden oder Wohnraum verfallen lassen und
410 andere Sanktionen nicht wirken, ist die Einsetzung von Treuhänder*innen ein Mittel zur
411 Herstellung der Wohnnutzung. In beliebten Großstädten verschwindet Wohnraum auch dadurch,

412 dass er als Ferienwohnung genutzt und so für dauerhafte Bewohner*innen unzugänglich wird.
413 Nicht selten findet man in den beliebten Lagen von Städten wie Berlin und Hamburg viele
414 Inserate bei Airbnb und Co., aber kaum Mietwohnungsangebote mehr. Wir unterstützen die
415 Kommunen dabei, gegen Zweckentfremdung und Fehlnutzungen vorzugehen und diese zu
verboten.
416 Die Verfolgung muss verbessert und die Bußgelder müssen erhöht werden. Die EU-Kommission
417 steht in der Pflicht, die Länder und Kommunen bei der Schaffung von verbindlichen
418 Auskunftspflichten von Online-Plattformen zu unterstützen.

419 Seit 1987 ist die durchschnittliche Wohnfläche pro Einwohner*in um über ein Drittel
420 gestiegen und statistisch leben mittlerweile in jeder Wohnung weniger als 2 Personen . Der
421 Grund dafür ist oft, dass immer mehr Menschen in Wohnungen leben, die für sie zu groß
422 geworden sind. Menschen etwa, die nicht in eine kleinere Wohnung ziehen, wenn die Kinder aus
dem Haus sind, oder Menschen, die nach einer Trennung oder dem Versterben der Partner*in in
424 ihrer Wohnung verbleiben. Ein Umzug kommt für sie oft aus Kostengründen nicht in Betracht,
425 weil sie dann einen älteren und sehr günstigen Mietvertrag verlieren würden. Und eine neue
426 Wohnung wäre nicht nur kleiner, sondern zudem meist sogar dennoch auch noch teurer.
Oftmals
427 ist das auch der Grund, weshalb Menschen ihre Wohnung nicht aufgeben, wenn sie eine andere,
weiter entfernte Arbeit antreten. Die weiten Arbeitswege verschärfen wiederum zusätzlich
429 die Verkehrsprobleme in unseren Städten. Diese Probleme wollen wir angehen, indem wir den
430 Mieter*innen ein Recht geben, ihre bestehenden Mietverträge untereinander zu tauschen. So
431 können Menschen ihre als zu groß empfundene Wohnung mit beispielsweise jungen Familie
432 tauschen, die dringend mehr Platz benötigt. Und das ohne steigende Kosten, weil sie einfach
433 in den Mietvertrag der Anderen als neue Mietpartei einsteigen. Bisher wird dies nur
434 innerhalb von einigen Wohnungsgesellschaften und auf freiwilliger Basis praktiziert. Wir
435 werden dafür einen allgemeinen Rechtsanspruch einführen. Er soll zunächst nur für
436 Wohnungsgesellschaften gelten, private Kleinvermieter*innen bleiben davon ausgenommen.
437 Außerdem werden wir der Vermieter*in ein Recht einräumen, bei berechtigten Gründen der
438 Übertragung des Mietvertrags zu widersprechen. Zusätzlich wollen wir den Umzug in solchen
439 Fällen finanziell fördern.

440

441 Mit einem Programm für flächensparendes Wohnen fördern wir Umzüge, Umbauten und
442 Wohnungstausch durch Information, Beratung und Zuschüsse. So werden beispielsweise Eltern
443 unterstützt, die ihre Wohnung nach dem Auszug ihrer Kinder mit einer jungen Familie tauschen
444 wollen, oder die ihre Wohnung so umbauen wollen, dass die alten Kinderzimmer als eigene
445 Wohnung vermietet werden können. Bremen beispielsweise will eine zentrale, öffentliche
446 Plattform für Wohnungstausch einrichten, in die neben den Beständen der öffentlichen
447 Wohnungsbaugesellschaften auch private Vermieter*innen einbezogen werden.

448

449

450 Kommunen und Baubranche für mehr Wohnungsneubau stärken

451 Das in den Bereichen Planung und Bau tätige Personal in den Kommunen ist seit 1991 um 35
452 Prozent zurückgegangen. . Und heute sind es diese wenigen Beschäftigten, die den
453 aufgelaufenen kommunalen Investitionsstau bei maroden Schulen und Brücken lösen und

454 zusätzlich Wohnungsneubau und Klimaschutz organisieren sollen. Gestiegene Anforderungen an
455 Vergabe, Rechtskonformität und Bürgerbeteiligung erfordern darüberhinaus, dass die
456 Personalkapazitäten in den Ämtern dauerhaft wieder aufgebaut werden.

457 Ganz ähnlich sieht es im privaten Sektor aus: Trotz Einstellungen in den vergangenen Jahren
458 arbeiten heute in der Bauwirtschaft fast 800.000 Menschen weniger als noch Mitte der 1990er
459 Jahre. Hinzu kommen die planenden, finanzierenden und überwachenden Berufe. Wenn wir
beim
460 Planen und Bauen wieder aufholen wollen, muss sich das schnell ändern.

461 Denn in dieser schwierigen Situation brauchen wir die Kommunen bei der Planung und beim
Bau
462 mehr als je zuvor. Die Steuerung der Bautätigkeit, des Klimaschutzes in Stadtvierteln und in
463 Gebäuden sehen wir als kommunale Aufgabe. Daher wollen wir den Kommunen das Planen und
464 Steuern erleichtern durch planbare, verlässliche Investitionshilfen, finanzielle Entlastung
465 der Kommunen sowie leichtere Planungsinstrumente im Planungs- und Baurecht für dringende
466 Belange: Vorkaufsrechte, Klimamodernisierung oder Neubauplanung im Ortskern. Wir stärken
die
467 Kommunen und sorgen für planbare und verlässliche Investitionshilfen, und zwar mit dem
468 „Aktionsplan Faire Wärme“, der Bauoffensive, einem Bundesprogramm für grüne Infrastrukturen
469 und der Neuen Wohngemeinnützigkeit. So können Kommunen wieder eigenes Planungspersonal
470 einstellen, ihre Wohnungsämter und Grünflächenämter stärken und bei Bedarf
471 Wohnungsunternehmen gründen, und zwar mit demokratisch legitimer Planung in
kommunaler
472 Hand, nicht durch Finanzinvestoren. Überschuldete Kommunen wollen wir durch Altschuldenhilfe
473 und Entlastung bei den Sozialkosten wieder auf die Füße helfen. Zudem wollen wir ein
474 Programm zum Abbau der Altschulden ostdeutscher kommunaler und genossenschaftlicher
475 Wohnungsunternehmen auflegen, um dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung diese
476 Ungerechtigkeit zu beseitigen.

477 Wir wollen es Kommunen ermöglichen, mit machbarem Aufwand Bauland im Innenbereich für
478 öffentliche und private Investitionen zu aktivieren, und gleichzeitig grüne Freiräume,
479 Mobilität, Schulen und Sozialwohnungen einzuplanen. Dazu geben wir ihnen da, wo
480 Wohnraummangel und Belange der Stadtentwicklung es erfordern, die Möglichkeit, ein
481 „Innenentwicklungsgebiet“ festzulegen. Darin können sie aktiv Baulücken, Brachflächen und
482 andere Flächen zur baulichen oder Freiraumnutzung erschließen und entwickeln. Das ergänzt
483 die Baugenehmigung nach §34 BauGB. Außerdem soll in diesen Gebieten das kommunale
484 Vorkaufsrecht ausgebaut werden. So können die Kommunen zum Beispiel im Umland der
485 Ballungszentren und Metropolen Baupotenziale in den Ortskernen erschließen, bevor sie
486 Bauland auf der grünen Wiese entwickeln. Die Erschließung durch Stadtbahnen und
487 Radschnellwege ist genauso wie die durch Pflegedienste, Jugendzentren und Kitas einfacher in
488 kompakteren Orten.

489 Öffentliche Bauinvestitionen sind immer noch häufig von der Kassenlage abhängig. Fehlt es an
490 Steuereinnahmen, wird nicht mehr gebaut. Damit ist es für die private Bauwirtschaft nie

491 sicher, ob die aktuelle Auftragslage auch in Zukunft Bestand hat. In dieser Situation
 492 erhöhen Unternehmen eher die Preise, als dass sie ihre Kapazitäten ausweiten. Durch die
 493 Erhöhung und Verstetigung der Mittel für den öffentlichen Wohnungsbau und für Klimaschutz in
 494 Gebäuden wollen wir das ändern und geben dem Baugewerbe das Signal, dass es sich lohnt zu
 495 investieren und neue Beschäftigte einzustellen. Die Bauwirtschaft hat kaum noch
 496 Produktivitätszuwächse. Firmen finden angesichts des Baubooms kaum noch Mitarbeiter*innen
 und
 497 Fachkräfte. Wir werden alles tun, um die Bauwirtschaft dabei zu unterstützen. Damit
 498 handwerkliche Berufe attraktiver für junge Menschen werden, wollen wir die Möglichkeiten der
 499 dualen Ausbildung aufwerten und stärken. Für die Anwerbung von Fachkräften aus dem Nicht-
 EU
 500 Ausland braucht es ein modernes Einwanderungsrecht, das die bestehenden Regelungen
 501 liberalisiert, systematisiert und vereinfacht und bessere Zugangsmöglichkeiten zu Ausbildung
 502 und Erwerbsmöglichkeiten für Asylsuchende bietet.
 503
 504 Insbesondere in Kommunen mit einem angespannten Wohnungsmarkt brauchen wir eine Politik
 der
 505 „sozialen Bodennutzung“, um ausreichend Wohn- und Pflegeprojekte schaffen zu können. In
 506 diesen Gebieten begrüßen wir es, wenn Kommunen eine Mindestquote von 30% der neu zu
 507 errichtenden Wohnflächen für den sozial geförderter Wohnungsbau vorsehen. Zudem sollten die
 508 Grundstücke nicht nach Höchstgebotsverfahren an den Meistbietenden veräußert werden. Im
 509 Rahmen von Konzeptausschreibungen sollten soziale und inklusive Wohnprojekten oder
 510 genossenschaftliche Wohnformen mit Erbbaurecht bevorzugt werden.

511 **2. Faire Mieten: Mieter*innenrechte verbessern**

512 Das Problem, dass immer mehr Menschen durch die Miete übermäßig belastet werden, hat
 513 zahlreiche Ursachen. Dazu gehören unter Anderem ein zu geringer Wohnungsneubau - vor
 allem
 514 im bezahlbaren Segment -, ein grassierender Niedriglohnsektor und prekäre
 515 Beschäftigungsformen ebenso wie Spekulation mit Immobilien. Eine spürbare Begrenzung des
 516 Mietsanstiegs ist kurzfristig das wirksamste Instrument, um die Ertragswerte von Immobilien
 517 zu begrenzen und dämpfend auf die Preisentwicklung einzuwirken.
 518 Die große Koalition hat im Jahr 2015 die sogenannte Mietpreisbremse eingeführt. Gebremst hat
 519 sie allerdings kaum. Zu viele Ausnahmen durchlöchern ihre Wirksamkeit. Mit der Durchsetzung
 520 werden die Mieter*innen allein gelassen. Es liegt an ihnen, gegen ihre neue Vermieter*in zu
 521 klagen. Viele tun das nicht. Wir wollen deshalb in Gebieten mit Wohnungsnot regionale und
 522 wirksame Mietobergrenzen einziehen. Die Mietpreisbremse muss endlich angezogen und
 unnötige
 523 Ausnahmen abgeschafft werden. Geschäftsmodelle wie möbliertes Wohnen könnten so endlich
 524 reguliert oder unterbunden werden. Sie muss als ein dauerhaftes Instrument im Mietrecht
 525 erhalten bleiben, und nicht wie von der Bundesregierung geplant bereits 2025 wieder
 526 auslaufen. Es sind die Länder, die darüber entscheiden, in welchen Gebieten die
 527 Mietpreisbremse überhaupt gilt. Die Beschränkung, dass sie dies nur für maximal fünf Jahre
 528 dürfen, muss fallen. Die Mietpreisbremse erlaubt heute, bis zu zehn Prozent über die
 529 ortsübliche Vergleichsmiete hinauszugehen. Wir werden diesen Wert auf fünf Prozent senken.

530 Verstöße gegen die Mietpreisbremse werden wir zu einer Ordnungswidrigkeit machen und mit
531 einer empfindlichen Geldbuße belegen. Um den Mietanstieg auch bei bestehenden
Mietverträgen
532 stärker einzuschränken, werden wir den Mietanstieg auf maximal 2,5 Prozent pro Jahr bis zur
533 ortsüblichen Vergleichsmiete beschränken.

534 Miethöhen orientieren sich in vielen Fällen an der ortsüblichen Vergleichsmiete, die in
535 Mietspiegeln ermittelt wird. Diese ortsübliche Vergleichsmiete steigt aber vielerorts rasch
536 an. Der Mietspiegel setzt sich derzeit aus den neuen Mietverträgen der letzten vier Jahre
537 zusammen. Die Große Koalition hat das sehr zaghaft auf künftig sechs Jahre verlängert. Dies
538 führt aber immer noch dazu, dass bei starken Mietsteigerungen auch die bestehenden
539 Mietverträge zeitlich verzögert betroffen sind. Wir werden deshalb die Mietverträge der
540 letzten zwanzig Jahre für die Berechnung des Mietspiegels berücksichtigen. In einigen
541 Kommunen gibt es überhaupt keinen qualifizierten Mietspiegel. Aber nur damit können
542 Mieter*innen die Höhe der ortsüblichen Miete und damit ihre Rechte überhaupt verlässlich
543 bestimmen. Wir werden die Kommunen finanziell unterstützen, um dies künftig abzusichern.
544 Zukünftig soll es den Ländern ermöglicht werden, Kommunen mit angespanntem
Wohnungsmarkt die
545 Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels aufzuerlegen und das auch finanziell zu
546 fördern. Dort wo es qualifizierte Mietspiegel gibt, sollen diese auch von allen
547 Wohnungsanbietern verpflichtend als Mieterhöhungsinstrument genutzt werden müssen, damit
548 Wohnungseigentümer*innen künftig nicht mehr auf Basis von teureren Vergleichswohnungen
549 Mieterhöhungen einklagen können. Die Heranziehung von Vergleichswohnungen zur
Begründung der
550 Mieterhöhung darf nur dann erfolgen, wenn die Vergleichswohnungen nicht allein aus dem
551 Bestand nur eine*r Eigentümer*in stammen.

552 Wir wollen durch Änderung des BGBs und der Betriebskostenverordnung sicherstellen, dass die
553 Grundsteuer nicht länger auf die Mieter*innen umgelegt werden kann. 57,9 Prozent der
554 Haushalte (ca. 36,4 Millionen Menschen) wären so nicht länger von der Grundsteuer belastet.
555 Für statistische Verweise auf die Betriebskostenverordnung werden wir durch eine Änderung
556 des BGBEGs eine Übergangsfrist von mindestens 10 Jahren gewähren.

557 Der Plan der Berliner Landesregierung, einen Mietendeckel einzuführen, gibt der Stadt ein
558 weiteres Instrument zur preislichen Regulierung des überhitzten Wohnungsmarktes an die
Hand.

559 Weil mit dem Mietendeckel juristisches Neuland betreten wird, ist es richtig, dass
560 Umsetzbarkeit, Verhältnismäßigkeit und Rechtssicherheit sorgsam geprüft werden.

561 Über die Kündigung bestehender Mietverträge und die Eigentumsumwandlung oder die
562 Wiedervermietung an wohlhabendere Mieter*innen findet ein großer Teil der Mietsteigerungen
563 statt. Menschen werden aus ihren Nachbarschaften verdrängt. Stadtteile werden sozial immer
564 homogener und die Gesellschaft treibt auseinander. Kündigungen führen in extremen, aber
565 leider immer häufigeren Fällen auch zu Wohnungs- oder gar Obdachlosigkeit – selbst bei
566 Familien mit Kindern. Unser Ziel ist es, beim Kündigungsschutz wieder ein Gleichgewicht
567 zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen herzustellen. Gerät ein*e Mieter*in in
568 Zahlungsverzug und erhält deswegen die Kündigung, soll er oder sie die Möglichkeit haben,
569 die Kündigung durch Nachzahlung abzuwenden. Mieter*innen sollen keine Angst haben müssen,

ihre Wohnung zu verlieren, nur weil sie berechtigt von ihrem Mietminderungsrecht bei Mängeln in der Wohnung Gebrauch gemacht haben. Wir wollen kostenfreie Mieterberatungen und die Schuldnerberatung in den Kommunen ausbauen.

Menschenrecht auf Wohnen durchsetzen

Die Anzahl wohnungsloser Menschen in Deutschland seit Jahren rapide ansteigt. Nach Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe waren im Jahr 2017 mind. 650.000 Menschen in Deutschland wohnungslos. Hinzukommen tausende Obdachlose, deren Anzahl bisher nicht systematisch erfasst ist. Immer mehr Städte reagieren auf die steigenden Obdachlosigkeit mit baulichen und ordnungspolitischen Maßnahmen, um obdachlose Menschen von bestimmten Plätzen fernzuhalten. Diese Praxis ist für uns mit der Menschenwürde nicht vereinbar, verlagert Obdachlosigkeit nur und muss unterbunden werden. Stattdessen wollen wir

ein nationales Aktionsprogramm zur Vermeidung und Bewältigung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit auf den Weg bringen und uns entsprechend der globalen Nachhaltigkeitsziele vornehmen, dass es bis 2030 keine Obdachlosigkeit mehr in Deutschland gibt.

Überforderung, Burn-out-, Suchterkrankungen, Verschuldung und Armut: Insbesondere Personen

mit sozialen Schwierigkeiten, aber zunehmend auch Frauen und Familien mit Kindern sind von Wohnungs- und Obdachlosigkeit betroffen. Um sie beim Erhalt des Wohnraums zu unterstützen, wollen wir in allen Kommunen Fachstellen einrichten, in denen Ansprechpartner*innen der Jobcenter, der Sozialämter, der Bau- und Wohnungsaufsicht, von Sucht- und Schuldnerberatungsstellen und der Mieter*innenberatung zusammenwirken. Auch Personen im ALG2-Bezug sind aufgrund von Sanktionen oder unzureichenden Kosten der Unterkunft besonders

oft von Wohnungslosigkeit bedroht. Sie wollen wir vor Wohnungslosigkeit schützen, indem wir die Kosten der Unterkunft den regionalen Wohnungsmärkten anpassen und die Sanktionierung der

sozialen Mindestsicherung und der Kosten der Unterkunft abschaffen. EU-Bürger*innen, die auf der Suche nach Arbeit nach Deutschland kommen, wollen wir ebenfalls vor Wohnungslosigkeit bewahren. Dafür wollen wir sie von Anfang an gezielt bei der Suche nach sozialversicherungspflichtiger Arbeit unterstützen und nach drei Monaten den Zugang zu Leistungen des SGB II ermöglichen. Außerdem wollen wir Kommunen befähigen, diese EU-Bürger*innen im Wohnungsnotfall den Zugang zu Notunterkünften zu gewährleisten.

In angespannten Wohnungsmärkten beobachten wir, dass die Wohnungslosigkeit bis weit in die Mittelschicht hineinreicht. Auch diese braucht unsere Unterstützung. Bei besonderen sozialen Härten sind Zwangsräumungen mit allen Mitteln zu verhindern, bis alternativer Wohnraum am Wohnort zur Verfügung steht. Denn eine Unterbringung in Wohnungsloseneinrichtungen ist für diesen Personenkreis unzumutbar. Kommunale Wohnungsunternehmen wollen wir außerdem verpflichten, Zwangsraumung durch Beratung möglichst abzuwenden und Ersatzwohnraum zur Verfügung zu stellen.

Wer einmal in die Wohnungslosigkeit gerät, schafft es selten aus eigener Kraft aus dieser

610 hinaus und lebt über mehrere Jahre in Wohnungsloseneinrichtungen. Dabei sind Betroffene
611 erheblichen gesundheitlichen und sozialen Gefährdungen ausgesetzt. Wir wollen daher
612 niedrigschwellige passgenaue Hilfen für Obdachlose ausbauen, wie z. B. Hilfeangebote für
613 Psychisch- und Suchtkranke. Es ist eine menschenwürdige Notversorgung sicherzustellen, die
614 besondere Bedarfe von vulnerablen Gruppen wie Obdachlose mit Mobilitätseinschränkungen,
615 Pflegebedürftige und Sterbenskranke (Hospiz) berücksichtigt. In spezialisierten Unterkünften
616 wollen wir unter anderem von Wohnungslosigkeit betroffenen LSBTTIQ*-Jugendlichen einen
617 "Safer Space" vor Diskriminierung, sexualisierter Gewalt und Übergriffen bieten. Darüber
618 hinaus müssen Bürger*innen unabhängig von ihrem Sozialleistungsbezug Zugang zu
619 Notunterkünften erhalten.

620 Um eine möglichst schnelle Reintegration in normale Wohnungsverhältnisse zu ermöglichen,
621 wollen wir in allen Wohnungsloseneinrichtungen die Beratung durch Sozialarbeiter*innen
622 ausbauen und Wohnungslose durch die Einrichtung von kommunalen Wohnungsakquisestelle
bei der
623 Anmietung von eigenem Wohnraum gezielt unterstützen. Außerdem braucht es eine gezielte
624 Förderung des "Housing First"-Ansatzes, bei dem Obdachlose in eine Wohnung einziehen
können,
625 ohne sich zuvor für Hilfe "qualifizieren" zu müssen. So soll das Menschenrecht auf Wohnen
626 dauerhaft sichergestellt werden.

627

628 Das Wohngeld wollen wir als wohnungs- und sozialpolitisches Instrument stärken. Es muss
629 durch jährliche Anpassung dynamisiert werden und die Berechnung der Mietstufen darf nicht
630 länger nur auf Grundlage der Wohngeldempfängerhaushalte erfolgen. Zudem wollen wir einen
631 Erwerbstätigenfreibetrag einführen und das Wohngeld unschädlich für das Aufenthaltsrecht
632 ausgestalten. Um Wohngeldbezieherinnen und Wohngeldbezieher in Folge einer energetischen
633 Sanierung nicht mit den gestiegenen Mietkosten alleine zu lassen, werden wir eine
634 Klimakomponente beim Wohngeld einführen.

635 Eigenbedarfskündigungen sollen deutlicher als heute auf die tatsächliche Nutzung durch die
636 Eigentümer*in und die nahen Verwandten beschränkt werden, um Missbrauch zu unterbinden.
Wir

637 wollen prüfen inwiefern es möglich ist, in angespannten Wohnungsmärkten bei besonders
638 schutzwürdigen Personengruppen Eigenbedarfskündigungen ganz auszuschliessen. Die
639 voranschreitende Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen wollen wir so nicht

640 hinnehmen. Die Kommunen können heute schon in sogenannten Milieuschutzgebieten die
641 Umwandlung von Wohnungen in Eigentumswohnungen zwar einschränken, aber durch eine
Lücke im

642 Bundesbaugesetz nicht untersagen. Bedingungen und Befristungen werden wir weitgehend
643 abschaffen, so dass eine Kommune mit angespanntem Wohnungsmarkt eine Umwandlung
ausnahmslos

644 und stadtweit untersagen kann, wenn sie es für geboten hält. Wir setzen verstärkt auf das
645 städtebauliche Instrument des Milieuschutzes, um die soziale Zusammensetzung der
Bevölkerung

646 in Gebieten mit hohem Verdrängungsdruck zu erhalten.

647 Oft scheitert Mietrecht in der Umsetzung. Mieter*innen werden alleine gelassen und müssen
648 ihre Rechte gegen große Wohnungskonzerne einklagen, die allerdings Heerscharen von

Anwälten

649 beschäftigen, um ihre Interessen durchzusetzen. Um ein Kräftegleichgewicht zwischen großen
650 Wohnungsunternehmen und Mieter*innen herzustellen, sind mehr kollektive Klagemöglichkeiten

651 unerlässlich. Hierfür wollen wir Gruppenklagen einführen. Außerdem streben wir an, die
652 Einhaltung der zulässigen Miethöhen effektiver zu kontrollieren und damit mehr Verstöße
653 aufzudecken. Dazu wollen wir auch das Wirtschaftsstrafrecht gegen überhöhte Mieten wieder
654 wirksam machen. Verstöße werden wir wirksam sanktionieren.

655 Viele Menschen werden auf dem Wohnungsmarkt aus rassistischen oder anderen Gründen
656 diskriminiert. Oft werden Menschen allein wegen ihres Namens, ihrer Sprache oder ihres
657 bisherigen Wohnorts nicht zu Wohnungsbesichtigungen eingeladen oder haben als potentielle
658 Mieter*innen keine Chance. Wir wollen diese Diskriminierung beenden. Dafür muss das
659 Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) reformiert, die Ausnahmen bei der Vermietung von
660 Wohnraum (AGG, §19 Abs. 3) ersatzlos gestrichen und der Merkmalskatalog erweitert werden.
661 Denn der soziale Status oder auch die Sprache sind Diskriminierungsmerkmale, die auf dem
662 Wohnungsmarkt eine besonders wichtige Rolle spielen. Wohnprojekte und Wohnformen, die
663 vulnerable und marginalisierte Gruppen gezielt unterstützen und einen "Safer Space" vor
664 Diskriminierung bieten, wollen wir fördern. Außerdem setzen wir uns für die Einführung des
665 Verbandsklagerechts ein, damit Verbände für Betroffene klagen können. Und wir wollen, dass
666 Fachstellen zur Beratung, Begleitung und Unterstützung von Menschen, die von Diskriminierung
667 betroffen sind, gestärkt und ausgebaut werden. Sie sollen auch Testingverfahren anwenden.
668 Damit wollen wir den Diskriminierungsschutz auf dem Wohnungsmarkt wirkungsvoller
gestalten.

669 Gewerbemietrecht und Grundsteuer reformieren

670 Für lebenswerte Städte ist auch ein vielfältiges Angebot an kleinen Läden,
671 Handwerksbetrieben und Angeboten für Familien im direkten Wohnumfeld entscheidend.
Gerade

672 kleine Gewerbetreibende in den begehrten Lagen können sich die steigenden Mieten vielfach
673 nicht mehr leisten. Damit wird die Knappheit auch für den Wirtschaftsstandort zu einer
674 ernststen Bedrohung für Vielfalt. Auch Träger sozialer Einrichtungen sind für ihre Arbeit auf
675 bezahlbare Gewerberäume angewiesen, die in den Städten immer knapper werden.
676 Deshalb muss auch das Gewerbemietrecht reformiert werden. Auch für Gewerbetreibende
braucht

677 es eine Begrenzung von Mieterhöhungen, eine Mietpreisbremse bei Neuvermietung und einen
678 wirksamen Kündigungsschutz. Die Wirtschaft braucht Planungssicherheit: Die Praxis,
679 Mietverträge auf kurze Zeiträume von zum Beispiel einem Jahr zu befristen, muss beendet
680 werden.

681 . Wir wollen sicherstellen, dass durch die Reform der Grundsteuer nicht die Mieter*innen
682 belastet werden. Deshalb werden wir die Umlagefähigkeit der Grundsteuer auf die Mieter*innen
683 abschaffen. Für bestehende Vereinbarungen, die dem entgegenstehen, werden wir eine
684 angemessene Übergangsfrist gewähren.

685 **3. Spekulation, Geldwäsche und Steuerumgehung beenden**

686 Die Explosion der Immobilienpreise zeigt, dass Wohnungen und Grundstücke zum
687 Spekulationsobjekt auf den Finanzmärkten geworden sind. Nicht nur die Mieter*innen leiden
688 unter dieser Entwicklung. Mehr und mehr Expert*innen warnen vor einer Immobilienpreisblase
689 in Deutschland, deren Platzen verheerende Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft hätte.
690 Wir wollen zu einem Wohnungsmarkt zurückkehren, der nicht vom Spekulationsinteresse
691 getrieben wird.
692 Wir wollen die Anhäufung von Immobilienbesitz und damit die Vermögenskonzentration in den
693 Händen weniger Investoren und anonymen Kapitals steuerlich unattraktiv machen.

694 Durch die Steuerumgehung mittels sogenannter Share Deals gelingt es großen
695 Wohnungsgesellschaften, und spekulationsgetriebenen Immobilienakteuren Immobilien zu
kaufen,
696 ohne dafür Grunderwerbsteuer zu zahlen. Immer größere Wohnungsbestände sind in die Hand
von
697 börsennotierten Konzernen, internationalen Gesellschaften und Private Equity Fonds geraten.
698 Auch die deutsche Körperschaftsteuer wird so umgangen. Sie verschieben Gewinne ins Ausland,

699 um die Körperschaftssteuer auf Mieterträge und Veräußerungsgewinne auf ein Minimum zu
700 reduzieren. Wir werden die Praxis der steuerfreien Share Deals beenden, indem wir schon bei
701 einem Verkauf der Mehrheit einer Gesellschaft zumindest anteilig Grunderwerbsteuer erheben.
702 Außerdem wollen wir für die Länder die Möglichkeit schaffen, die Grunderwerbsteuer
703 progressiv auszugestalten. Wenn Wohnungskonzerne große Immobilienbestände aufkaufen, soll
704 eine höhere Grunderwerbsteuer fällig werden, als wenn Privatpersonen ein Wohneigentum
705 erwerben. Unternehmen der Neuen Wohngemeinnützigkeit werden von der Grunderwerbsteuer
706 vollständig befreit. So wird die Grunderwerbsteuer zu einer Antispekulationssteuer.

707 Der deutsche Wohnungsmarkt gilt in Europa als Paradies für Geldwäsche. Mit Geldern aus
708 kriminellen Geschäften wie Bestechung, Waffenhandel oder Steuerhinterziehung werden
deutsche
709 Immobilien aufgekauft, denn die Gefahr, entdeckt zu werden, ist in Deutschland gering. Der
710 deutsche Wohnungsmarkt ist bei russischen Oligarchen und der italienischen Mafia ebenso
711 populär wie bei griechischen, deutschen oder amerikanischen Steuerhinterzieher*innen.
712 Deutschland gilt für sie als sicherer Hafen. Das von der großen Koalition eingeführte
713 Transparenzregister hat daran wenig geändert. Noch immer ist es in vielen Fällen nicht klar,
714 wem eine Immobilie letztlich gehört. Die wahren Eigentümer*innen verstecken sich oftmals
715 hinter verschachtelten Beteiligungsstrukturen. Transparenz darf deshalb in Zukunft nicht nur
716 drauf stehen, sondern muss auch drin sein. Für jede Immobilie in Deutschland müssen
717 wirtschaftlich Berechtigte und die letztlich dahinterstehenden natürlichen Personen benannt
718 werden – ohne jede Ausnahme. Das Transparenzregister selbst soll öffentlich zugänglich
719 werden, um seinem Namen auch endlich gerecht zu werden. Mindestens Journalist*innen,
720 Nichtregierungsorganisationen und den Bewohner*innen der Immobilien selbst muss ein
721 berechtigtes Interesse daran eingeräumt werden, so dass sie einfach und jederzeit Zugang zu
722 den Namen haben. Bei Gesellschaften als Eigentümer*in einer Immobilie muss auch im
Grundbuch
723 über eine Identifikationsnummer ersichtlich sein, wer sich konkret dahinter verbirgt.
724 Gesellschaften, die nicht im Transparenzregister eingetragen sind, werden wir den Kauf von
725 Immobilien künftig nicht mehr gestatten.

726 Die Geldwäsche mit Immobilien in Deutschland wird zur Zeit auch dadurch stark vereinfacht,
727 dass der Immobilienkauf in Deutschland auch mit Bargeld stattfinden darf. In anderen
728 europäischen Ländern ist dies meist schon aufgrund von Obergrenzen für die Zahlung mit
729 Bargeld nicht möglich. Eine solche Obergrenze werden wir beim Kauf von Immobilien ebenfalls
730 einführen. Makler*innen und Notar*innen werden dazu verpflichtet, die Herkunft der Gelder zu
731 überprüfen. Bei Verdacht auf Geldwäsche muss immer eine Meldung an die Behörden erfolgen
und
732 in Fällen, bei denen die Herkunft der Gelder nicht identifiziert werden kann, darf der
733 Kaufvertrag nicht mehr notariell beglaubigt werden. Wir setzen hierbei auch auf
734 verpflichtende Fortbildungen für Makler*innen und Notar*innen und auf die Zusammenarbeit
mit
735 den Kammern und Berufsverbänden. Auch die Bauaufsichten sollen bei unklaren
736 Eigentumsverhältnissen berechtigt werden, vor Erteilung einer Baugenehmigung Auskunft über
737 die wirtschaftlich berechtigten Eigentümer zu verlangen. Außerdem sollen künftig bei jedem
738 Immobilienkauf die Finanzbehörden informiert werden, auch wenn die Käufer*innen nicht in
739 Deutschland steuerpflichtig sind. In diesem Fall sollen Meldungen an die zuständigen
740 Finanzbehörden des Landes erfolgen, in dem die Käufer*in und der wirtschaftlich Berechtigte
741 steuerpflichtig sind. So helfen wir auch anderen Staaten bei der Verfolgung von
742 Steuerhinterzieher*innen und anderen Kriminellen.

743 Alle Maßnahmen gegen Geldwäsche helfen aber wenig, wenn die Behörden nicht dazu in der
Lage
744 sind, sie auch durchzusetzen. Wir werden die personelle und materielle Ausstattung im
745 Bereich Kontrolle und Bekämpfung sowie die Zusammenarbeit der zuständigen Behörden auf
746 Bundes- und Landesebene erheblich verbessern. Zur Bekämpfung von Finanzkriminalität,
747 insbesondere im Immobilienbereich, soll der Schutz von Whistleblowern deutlich verbessert
748 und aufbauend auf den ersten Erfahrungen die Möglichkeit der Vermögensabschöpfung
erweitert
749 werden. Wir wollen prüfen, ob Immobilien zu gemeinwohlorientierten Zwecken in Bundes- bzw.
750 Landeseigentum überführt werden können.

751 .

752 Auch steuerliche Sonderbehandlungen machen Immobilien als Investitionsobjekt interessant
und
753 treiben damit Preise und Mieten in die Höhe. Diese steuerlichen Vorteile wollen wir abbauen
754 beziehungsweise nur noch gemeinnützigen Eigentümer*innen gewähren. Für
Veräußerungsgewinne
755 von privaten Immobilien wollen wir die Spekulationsfrist abschaffen und auch bei der
756 Übertragung von Anteilen an Kapitalgesellschaften sicherstellen, dass Wertsteigerungen der
757 Immobilien besteuert werden.

758 **4. Wohnen wird klimaneutral**

759 Klimafreundliche Modernisierung

760 Wir wollen Fehlentwicklungen bei der energetischen Gebäudemodernisierung beenden. Zentral
761 ist, dass der Bund die Rechtsgrundlagen dafür schafft, allen Eigentümer von Gebäuden, die
762 dem dauerhaften Aufenthalt von Menschen dienen, Anreize zu bieten, innerhalb der nächsten
30

763 Jahre klimaneutral zu modernisieren. Auf dieser Grundlage soll energetische Modernisierung

764 klaren Kriterien folgen: mehr Klimaschutz, so warmmietenneutral wie möglich, ohne
765 Verdrängung sowie in Übereinstimmung mit den Mieterinnen und Mietern. Zusammen mit
766 einem
767 Energieeinsparrecht und einer Förderung, die die Modernisierungen auf den nötigen
768 Klimaschutzpfad bringen, wollen wir so energieeffiziente Gebäude zu geringstmöglichen Kosten
769 schaffen und die Klimaschutzziele im Gebäudebereich erreichen. Zentral wird dabei sein, auch
770 die Wärme erneuerbar zu machen. Ideale Systeme dafür sind die Nah- und Fernwärmenetze, die
771 sich aus verschiedenen erneuerbaren Energiequellen speisen. Dort, wo die Besiedlungsstruktur
772 es ermöglicht, müssen wir weg von der Einzelhausbetrachtung hin zu einer Quartiersbetrachtung.
773 Durch diese Strategie hat es zum Beispiel Dänemark geschafft, den Anteil der Erneuerbaren im
774 Wärmebereich auf 65 Prozent zu bringen und sie zielen auf 80 Prozent bis 2030. In
775 Deutschland beträgt der Anteil 14 Prozent – meist aus Biogas-Anlagen.

776 Kosten für Luxusmodernisierungen, wie beispielsweise einen neuen Balkon oder schicke
777 Waschbecken, dürfen nicht weiter gegen den Mieterwillen auf die Miete umgelegt werden, denn
778 sie führen regelmäßig zu Preissteigerungen. Freiwillige Vereinbarungen zwischen
779 Vermieter*innen und Mieter*innen sind davon unbenommen. Um jedoch den CO₂-Ausstoß wie
780 auch
781 die Energiekosten zu senken, ermöglichen wir eine, auch angesichts niedriger
782 Finanzierungskosten angemessene Umlage. Statt heute acht Prozent der Kosten sollen
783 höchstens
784 vier Prozent im Jahr auf die Miete umgelegt werden dürfen, jedoch nicht mehr als 1,50 Euro
785 pro Quadratmeter und Monat in acht Jahren. Die Berechnung der Umlage soll dabei die Höhe
786 der
787 maximal verfügbaren öffentlichen Fördermittel berücksichtigen, um einen Anreiz für die
788 Vermieter*innen zu schaffen, sie auch in Anspruch zu nehmen. Zudem soll sich die
789 Umlagefähigkeit auf Maßnahmen zum Klimaschutz, den Abbau von Barrieren und die technische
790 Einbruchssicherung beschränken. Mieter*innen sollen einen Gutschein für einen kostenlosen
791 Klima-Check erhalten, um zu ermitteln, wo sie Energie und Kosten einsparen und das Klima
792 schützen können. Eine Beschwerdestelle für Mieter*innen soll künftig im Streitfall klären,
793 ob die Modernisierungsmaßnahmen tatsächlich wie angekündigt Energie und Kosten einsparen
794 und
795 im Einklang mit Energiesparrecht und Sanierungsfahrplan sind. Selbstnutzende
796 Eigentümer*innen wollen wir mit einem Steuerbonus bei der energetischen Sanierung ihrer
797 Wohnungen und Häuser unterstützen. Diese Gruppe modernisiert weniger als
798 Wohnungsunternehmen, daher muss es für sie attraktiver werden, an öffentliche Fördermittel
799 zu gelangen.

800 Für die Soziale Wärmewende brauchen wir daher eine gerechte Kostenverteilung zwischen
801 Vermieter*innen, Mieter*innen, sowie der öffentlichen Hand. Die von uns vorgesehene
802 Absenkung der Modernisierungsumlage ist ein wichtiger Schritt, um als Sofortmaßnahme die
803 einseitige Kostenverteilung zulasten der Mieter*innen zu beenden. Darüber hinaus werden wir
804 alternative Vorschläge, die Modernisierungsumlage durch ein anderes Instrument zu ersetzen,
805 prüfen und ggfls. in einem zweiten Schritt umsetzen.

802 Wir wollen einen dynamisch angelegten, wirksamen CO₂-Preis für den Wärmesektor einführen,
803 der sich planbar an den Kosten des CO₂-Ausstoßes des Energieträgers orientiert. Zudem wollen
804 wir, dass der CO₂-Preisbestandteil auf Wärmebrennstoffe als Investitionsanreiz für die
805 Vermieter*innen wirkt, den energetischen Zustand ihrer Gebäude zu verbessern.

806 Unternehmen und Privatpersonen brauchen Planungssicherheit für ihre
807 Investitionsentscheidungen. Deshalb wollen wir erstens mit einem Energieeinspargesetz einen
808 klaren Pfad vorgeben, wie viel Energie in welchen Bereichen bis wann eingespart werden muss.
809 Im Gebäudebereich wollen wir zweitens das schwer zu durchblickende Regelungsdickicht durch
810 ein einfaches und transparentes Energieeinsparrecht ersetzen. Anstatt jedes Bauteil einzeln
811 zu bewerten, wollen wir die CO₂-Emissionen und den Wärmebedarf eines Gebäudes zur
812 maßgeblichen Steuerungsgröße machen.

813 Den genauen Fahrplan für die Modernisierung älterer Gebäude erstellen sachverständige
814 Energieberater*innen im Einklang mit der baukulturellen Gestaltung. Eigentümer*innen können
815 Schritte des Fahrplans auf Antrag kostenlos erstellen lassen. Für die einzelnen Stationen im
816 Klima-Fahrplan des Gebäudes gibt es öffentliche Fördermittel. Bei Neubau muss das Passivhaus
817 zum verpflichtenden Standard werden, denn die beste Energie ist diejenige, die man gar nicht
818 erst verbraucht. Bestandsgebäude wie Denkmäler sind unter fachlicher Aufsicht bestmöglich
819 energetisch zu modernisieren. Wird die Heizung neu eingebaut oder getauscht, müssen künftig
820 Anteile erneuerbare Wärmeenergie wie hocheffiziente Wärmepumpen, Solarenergie oder CO₂-
arme

821 Nahwärme aus einem anliegenden Netz eingesetzt werden. Öffentliche Förderung gibt es nur ab
822 einem solchen Klimapfad und für den Bestand nur bei bestmöglicher energetischer
823 Modernisierung.

824 Die Potenziale für solare, CO₂-freie Wärme werden heute völlig unzureichend genutzt. 2017
825 wurden nur knapp acht Terawattstunden Solarwärme genutzt. Für eine vollständig erneuerbare
826 Wärmeversorgung ist mindestens das Zehnfache erforderlich. Doch bisher behindern staatliche
827 Subventionen in dreistelliger Millionenhöhe für fossile Heizungen sowie fehlende gesetzliche
828 Vorgaben für erneuerbare Wärme im Gebäudebestand den zügigen Ausbau der Solarthermie.
Der

829 Einbau von Öl- und Gasheizungen wird noch immer in Millionenhöhe vom Bund gefördert. Diese
830 klimaschädliche Form des Heizens muss ein Ende haben. Ölheizungen dürfen künftig nicht mehr

831 eingebaut werden. Zusätzlich wollen wir ein Förderprogramm für den Tausch von Öl- und
832 Gasheizungen gegen moderne Heizungen mit Sonnenwärme und hocheffiziente Wärmepumpen
ggf. mit

833 Holz auflegen. Ebenso soll der Einsatz von erneuerbarer Wärme ab sofort verpflichtend
834 werden, wenn eine fossile Heizung sowieso ausgetauscht wird.

835 Energetische Quartierssanierung

836 Wir denken energetische Gebäudemodernisierung nicht länger nur von Haus zu Haus, sondern
in

837 Zusammenhängen von städtischen Quartieren, Gewerbegebieten, Dörfern oder Siedlungen.
Dadurch

838 stärken wir gemeinschaftliche Versorgungslösungen, die effizienter und günstiger sind als
839 eine Vielzahl von Einzellösungen.

840 Nahwärmenetze ermöglichen es, örtlich erzeugte Wärme aufzunehmen, mit Speichern zu
841 verknüpfen und effizient zu verteilen – insbesondere in dicht bebauten Quartieren. Deshalb
842 wollen wir sie CO₂- und energieeinsparend ausbauen und stärker fördern, wenn sie zur lokalen
843 Klimastrategie passen. Wir wollen Wärmenetze dazu für die Einspeisung erneuerbarer Wärme
844 öffnen, etwa von großflächigen Solarthermieranlagen, hocheffizienten Groß-Wärmepumpen und
845 Power-to-Heat aus temporären Stromüberschüssen. Das Einspeisen besonders effizienter
846 Wärmeenergie aus Kraft-Wärme-Kopplung oder bisher ungenutzter Wärmequellen wie Abwärme
oder

847 Abwasserwärme aus der Industrie, Rechenzentren oder Kläranlagen wollen wir fördern. Wir
848 werden eine Solarpflicht für Photovoltaik auf Neubauten einführen. Für die energetische
849 Quartierssanierung legen wir ein finanzstarkes Förderprogramm auf, um in Gebieten, in denen
850 viele Gebäude sanierungsbedürftig sind, die Modernisierungsrate zu erhöhen und
851 warmmietenneutrale Modernisierungen für Mieterinnen und Mieter mit kleinem Einkommen zu
852 ermöglichen.

853 Mit dem Quartiersprogramm „Gutes Klima im Quartier“ wollen wir der Verdrängung von
Menschen

854 mit geringem Einkommen entgegenwirken und den Zusammenhalt in den Stadtvierteln
erhalten.

855 Aber auch Kommunen sollen darüber unterstützt werden, damit sie gezielt verbindliche
856 Klimafahrpläne mit passender Wärmeplanung auflegen und zugleich soziale
Fördervereinbarungen

857 mit den Eigentümer*innen für die Modernisierung der Einzelgebäude treffen können.

858 Mieter*innen und selbstnutzende Eigentümer*innen mit kleinen Einkommen sollen bei Bedarf
859 einen Sozialplan mit Modernisierung ohne Erhöhung der Warmmieten bzw. für tragbare
860 Investitionskosten bekommen können. Hierfür gibt es einen Förderbonus zusätzlich zur
861 heutigen KfW-Förderung.

862 Ökologisch bauen und wohnen

863 Die Klimakrise erfordert, dass wir das Leben in unseren Städten neu denken. Von Hitzewellen
864 sind die Bewohner*innen von Städten besonders betroffen, da Städte heißer werden als das
865 Umland und je nach Bebauung einen zusätzlichen Hitzeinseleffekt haben. Während einer
866 Hitzewelle kann es hier noch einmal bis zu acht Grad heißer sein als im Umland. In Berlin
867 könnte so bald ein Klima wie heute im australischen Canberra herrschen. Die Klimaanpassung
868 wird also in den nächsten Jahrzehnten erhebliche Ressourcen in Anspruch nehmen.

869 Deshalb müssen wir im Städtebau dringend für Kühlung sorgen. Statt Asphaltwüsten und
870 Hitzeinseln braucht es grüne Oasen in unseren Städten. Wasserflächen, Bäume, Parks, grüne
871 Dächer und Fassaden wirken wie natürliche Klimaanlage. In Grünflächen und -dächern kann
872 Starkregen-Wasser versickern und gespeichert werden. Das kühlt und entlastet die
873 Kanalisation immens. Die Regenwasserableitung in Fließgewässer wollen wir minimieren.
874 Versickerungsflächen und Zisternen wollen wir fördern.

875 Für das Bauen werden in Deutschland jährlich 250 Millionen Tonnen Sand und Kies sowie 230
876 Millionen Tonnen Naturstein abgebaut. Das geht mit der Zerstörung von Landschaften und
877 Lebensräumen einher. Gleichzeitig landen 200 Millionen Tonnen größtenteils
878 wiederverwertbarer Bauabfälle auf Deponien. Um das Recyceln dieser Baustoffe zu fördern,
879 wollen wir, dass die Länder auf Primärrohstoffe, entsprechend der Ausbeutung von Öl und Gas,
880 eine Abgabe nehmen können.

881 Für die Herstellung der Baustoffe selbst wird ein Vielfaches der Energie verbraucht, die das
 882 entstehende Gebäude später pro Jahr benötigt. Wir wollen bei der Klassifizierung von Bau-
 883 und Dämmstoffen die Umweltauswirkungen und den Energieeinsatz bei der Herstellung
 884 berücksichtigen, die sogenannte graue Energie. Wir wollen eine Volldeklaration aller
 885 Baustoffe gegenüber den Bauherr*innen. Künftig muss der Bund in seinen Gesetzen und
 886 Förderprogrammen statt Styropor und Co. fossilfreie und CO₂-speichernde Materialien aus
 887 nachwachsenden Stoffen wie Holz und Pflanzenfasern belohnen.

888 Damit auf den Dächern von Wohn- und Mietshäusern Solaranlagen entstehen und durch
 Haushalte
 889 oder E-Mobilität genutzt werden können, müssen auch Solaranlagen aus dem Quartier als
 890 Mieterstrom gefördert werden können, ohne Mengenbegrenzungen. Das neue
 Mieterstromgesetz ist
 891 dafür jedoch ungeeignet – viel zu bürokratisch und unattraktiv. Deshalb wollen wir die
 892 Anmeldung von Mieterstromanlagen und bestehende Beschränkungen vereinfachen. Und
 schließlich
 893 ist es unser Ziel, dass bei allen bundeseigenen Gebäuden ab einer Nutzfläche von 500
 894 Quadratmetern möglichst Solarthermie und Photovoltaik genutzt werden.

895 **5. Solidarisches Eigentum sichern und erweitern**

896 Deutschland ist Mieter*innenland. Die Wohnungsmärkte – vor allem in unseren großen Städten –
 897 waren lange geprägt von öffentlichen Wohnungsgesellschaften, großen Beständen an
 898 Sozialwohnungen und sozialen Eigentümern wie Genossenschaften. Dieses Modell hat
 899 sichergestellt, dass Mieter*innen vor drastischen Mieterhöhungen geschützt waren und man in
 900 Deutschland keine Immobilie besitzen musste, um auch in Zukunft bezahlbar wohnen zu
 können.

901 Ein funktionierender Wohnungsmarkt braucht neben einem hohen Bestand an öffentlichem und
 902 gemeinwohlorientiertem Eigentum aber auch privates, selbstgenutztes Wohneigentum. Wir
 wollen
 903 die Länder ermächtigen, den Steuersatz der Grunderwerbssteuer progressiv auszugestalten und
 904 beispielsweise für große Wohnungsunternehmen zu erhöhen und im Gegenzug für private
 905 Besitzer*innen abzusenken. Wo andere auf finanzmarktgetriebene Wohnungsmärkte oder auf
 906 riesige staatliche Wohnungskonzerne setzen, ist das grüne Leitbild das gemeinschaftliche und
 907 solidarische Eigentum.

908 Wir wollen Menschen auch und gerade beim Wohnen sowie der Gestaltung ihres Wohnumfelds
 ein
 909 selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Daher werden wir gemeinwohlorientierte Akteur*innen
 wie
 910 kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften ebenso unterstützen wie den
 911 gemeinschaftlichen Erwerb von Immobilien durch die Mieter*innen. Es sind diese Akteur*innen,
 912 die Vorfahrt auf dem Wohnungsmarkt bekommen sollen. Die Erfahrungen zeigen nicht nur, dass
 913 selbstverwaltete Projekte funktionieren und auch langfristig tragen – wie zum Beispiel das
 914 „Mietshäusersyndikat“ eindrucklich zeigt. Das gemeinsame Agieren für den Stadtteil und die
 915 Gemeinschaft schafft echten Mehrwert sowie ein sozialeres und lebendigeres Umfeld: dauerhaft

916 bezahlbaren Raum zum Wohnen, vielfältige gemeinschaftlich betriebene Gebäude und nicht
917 kommerzielle, öffentliche Räume für Stadtteilaktivitäten und Kultur sowie die Erfahrung,
918 wirklich etwas bewegen zu können.

919 Wo Anonymität und Vereinsamung zum Problem werden, können gemeinschaftliche Formen des
920 Wohnens dazu beitragen, dass wieder aktive Nachbarschaften entstehen, in denen Menschen
921 generationenübergreifend füreinander Verantwortung übernehmen und sich gegenseitig helfen.
922 Deswegen werden wir Arten von gemeinschaftlichem Wohneigentum der direkten
Bewohner*innen
923 öffentlich fördern und dafür den nötigen Grund und Boden bereitstellen. Sie sollen
924 beispielsweise Vorrang bei Konzeptvergaben erhalten. Und der Immobilienerwerb sollte nicht
925 an der Finanzierung scheitern. Weil große Konzerne jederzeit Zugang zu günstigen Krediten
926 haben, wollen wir ein Gegengewicht schaffen. Dafür werden wir verschiedene
927 Finanzierungsformen wie günstige Kredite von öffentlichen Banken, Garantien und Bürgschaften

928 prüfen. Außerdem soll das Vorkaufsrecht zu Gunsten von sozialen Akteuren und von
929 Genossenschaften oder auch gemeinnützigen GmbHs ausgeübt werden können und diese
Akteure
930 auch bei der Ausübung des Vorkaufsrechts finanziell unterstützt werden. Hier kommen für uns
931 Mischformen aus öffentlichem und privatem Eigentum in Betracht. So könnten beispielsweise
932 kommunale oder landeseigene Wohnungsgesellschaften oder auch die Bundesanstalt für
933 Immobilienaufgaben (BImA) ein Teileigentum erwerben. Das verhindert den weiteren
Ausverkauf
934 an börsennotierte und renditeorientierte Kapitalgesellschaften und schafft solidarische
935 Eigentumsformen.

936 Weiterhin werden wir Mietkauf für selbstgenutztes Wohneigentum über die Länder und
Kommunen
937 fördern. So kann der Zinsvorteil des Staates an junge Familien weitergegeben werden, denen
938 es ermöglicht wird, Wohneigentum zu erwerben. Um sicher zu stellen, dass günstig gebaut und
939 verkauft wird, sollte eine öffentliche Ausschreibung für den Bau der Wohnungen erfolgen und
940 sie sollten auf öffentlichem Bauland im Erbbaurecht gebaut werden.

941 Mehr Menschen sollen sich Wohneigentum leisten können. Die Kosten für die Makler*innen
942 treiben die Preise in die Höhe. Zum Teil werden mehr als sieben Prozent des Kaufpreises
943 verlangt, was weit über dem in anderen Ländern üblichen Werten liegt. Daher werden wir das
944 Bestellerprinzip einführen: Künftig zahlt derjenige die Courtage, der auch die Maklerin
945 bestellt. In aller Regel ist dies die Verkäufer*in einer Immobilie. Zusätzlich werden wir
946 die Höhe der Gebühr gesetzlich für die Käufer*in auf maximal zwei Prozent deckeln. Zudem
947 werden wir einen Sachkundenachweis für WEG-Verwalter*innen und Mietverwalter*innen sowie
948 Makler*innen einführen.

949 Das Baukindergeld der großen Koalition werden wir abschaffen, weil es einen Mitnahmeeffekt
950 hat und wir die Mittel effizienter verwenden können. Außerdem werden wir
Baugenossenschaften
951 fördern und die Menschen dabei unterstützen, genossenschaftliches Teileigentum an
Wohnungen
952 zu erwerben. Dafür werden wir zinslose Darlehen und Zuschüsse zur Eigenkapitaleinlage
953 gewähren. Damit wird auch Menschen geholfen, die sich den vollständigen Kauf einer Immobilie

954 nicht leisten können.

955 Schon 1967 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die Nutzung von Grund und
956 Boden nicht dem unübersehbaren Spiel der freien Kräfte und dem Belieben des Einzelnen
957 vollständig überlassen werden kann. Demnach sind gerade bei Grund und Boden die Interessen
958 des Allgemeinwohls höher zu werten als bei anderem Vermögen. Die in Artikel 14 des
959 Grundgesetzes geregelte Sozialpflichtigkeit des Eigentums ist aber mehr und mehr
960 verlorengegangen. Wir wollen sie einfordern und herstellen. Die Möglichkeit zur
961 Vergesellschaftung gegen Entschädigung ist in unserer Verfassung ausdrücklich vorgesehen.
962 Wir würden uns wünschen, dass die Umstände die Länder und den Bund nicht zwingen, dieses
963 letzte Mittel anzuwenden, um das Sozialstaatsgebot zu erfüllen. Wenn Wohnungsunternehmen
964 sich jedoch weigern, ihrer sozialen Verantwortung nachzukommen, kann die öffentliche Hand
965 diesen Schritt gehen.

966 Enteignungen im Einzelfall sind nicht nur im Grundgesetz vorgesehen, sondern erfolgen auch
967 regelmäßig, etwa wenn eine neue Autobahn gebaut werden soll. Der richtige Umgang mit
968 Enteignungen ist pragmatisch, nicht ideologisch. Wir wollen Enteignungen nur als letztes
969 Mittel anwenden, wenn es zu einem groben Missbrauch des Eigentumsrechts kommt. Etwa
wenn mit

970 Bauland spekuliert, wertvoller Wohnraum bewusst nicht vermietet (spekulativer Leerstand),
971 trotz eines ausgesprochenen Baugebots weder gebaut noch verkauft wird oder wenn große
972 Wohnungsgesellschaften dauerhaft ihren Pflichten nicht nachkommen. Ob eine Enteignung
973 ökonomisch Sinn macht und das richtige Mittel ist, muss jeweils kommunal entschieden werden
974 und wird wesentlich von den erwarteten Kosten für die Steuerzahler*innen abhängen.

Bauwende – Nachhaltiges ressourcenschonendes Bauen!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: W Wohnen

Antragstext

- 1 Wenn die bis 2050 weltweit neu entstehenden Infrastrukturen nach dem Vorbild des
- 2 vergangenen
- 3 Jahrhunderts gebaut würden, d.h. vor allem mit konventionellen Baustoffen wie Zement, Stahl
- 4 und Aluminium, würden allein dadurch bereits drei Viertel des für die Einhaltung des 1,5°
- 5 Ziels noch verbleibenden CO2 Budgets verbraucht (WBGU, Hauptgutachten Urbanisierung,
- 6 2016)
- 7 **Situation**
- 8 Der Bausektor gehört zu den Wirtschaftszweigen mit dem höchsten Ressourcenverbrauch.
- 9 Unsere Siedlungs- und Bautätigkeit, also unser Bedarf an immer mehr Wohn- und Gewerberaum
- 10 sowie Infrastruktur, generiert einen wesentlichen Teil unseres CO2-Fußabdruckes. Die Hälfte
- 11 unseres Mülls entsteht auf den Baustellen, das waren 215 Millionen Tonnen Bauabfälle in
- 12 2016, das Bruttoabfallaufkommen betrug 2016 insgesamt 411 Millionen Tonnen (Quelle:
- 13 Umweltbundesamt).
- 14 **Aufgaben**
- 15 **Umweltschutz und gesundes Bauen**
- 16 Seit Jahren reden wir über Bodenschutz, Umwelt- und Klimaschutz. Doch im Bereich der
- 17 Bautätigkeit und dem Bauwesen/Bauwirtschaft gibt es angesichts der Riesenherausforderungen
- 18 viel zu wenige Fortschritte. Ökologische und energieeffiziente Sanierungen, die Senkung des
- 19 Siedlungsflächenverbrauchs, sowie der Einsatz von umwelt- und klimaschützenden Baustoffen,
- 20 Bautechniken und regenerativen Energien nehmen seit Jahren nicht zu. Mit unserer
- 21 gegenwärtigen Bautätigkeit verhindern wir die Umsetzung unserer Klima- und
- 22 Nachhaltigkeitsziele.
- 23 30% unseres Primärenergiebedarfes entsteht durch Heizen, Kühlen, durch die konventionelle
- 24 Nutzung unserer Gebäude. Dazu kommt noch der Ressourcenverbrauch beim Bauen: Baustoffe
- 25 und
- 26 Bauprodukte verursachen einen enormen Transport- und Energiebedarf: Rohstoffgewinnung,
- 27 Herstellung der Baustoffe, Einbau, Instandhaltung, Modernisierung, Abriss, der stetige
- Flächenverbrauch und die Entstehung von Müll und Sondermüll ist in jedem Schritt eine
- planetare Belastung.
- Das können wir uns nicht mehr leisten!**

28 2016 setzte das Bauwesen in Deutschland ca. 600 Mio.t mineralische Baurohstoffe ein,
29 überwiegend Primärrohstoffe. „Sand und Kies sind der meistgeforderte Rohstoff der Welt“.
30 (Zitat Umweltbundesamt: <https://www.umwelt-im-unterricht.de/hintergrund/baustoffe-ressourcen-und-nachhaltiges-bauen>)
31 Jährlich werden 250 Mio.t Sand und Kies sowie 230 Mio.t
32 Naturstein abgebaut. Der Abbau der Rohstoffe geht einher mit Zerstörung von Landschaft,
33 Lebensräumen und Eingriffen in den Wasserhaushalt. Nach Schätzungen werden für diese
34 Tagebaue täglich 4 ha Fläche neu in Anspruch genommen. Für ein Einfamilienwohnhaus sind
35 durchschnittlich etwa 200 t Kies- und Sand nötig. In einem Kilometer Autobahn stecken etwa
36 30.000 t. Die Vereinten Nationen schätzen, dass die Menschheit jährlich 40 Mrd.t Sand in
37 Anspruch nimmt. Mancherorts haben sich Mafiastrukturen etabliert: Sandlagerstätten und
38 Strände werden dort illegal abgebaggert.

39 Obwohl viel abgerissen wird, wird nur ein kleiner Bruchteil der Baustoffe recyclet und
40 wiederverwendet. In Deutschland sind die mineralischen Bauabfälle und nicht verwertbarer
41 Aushub mit ca. 202 Mio.t im Jahr die mengenmäßig größte Abfallgruppe. Man könnte diese
42 Abfälle zu 88% für den Hochbau wiederverwenden. Doch es „werden derzeit lediglich 7% der für
43 den Hochbau benötigten mineralischen Primärrohstoffe durch Sekundärrohstoffe substituiert“,
44 so der Sachverständigenrat für Umweltfragen. Das ist mittlerweile auch ein Kostenfaktor im
45 Bauwesen, denn Recycling käme teilweise günstiger.

46 Die gegenwärtig fehlende Akzeptanz für den Einsatz von Sekundärrohstoffen beruht auf
47 mangelhaften Märkten, auf befürchtetem Mehraufwand, dem Risiko zusätzlicher Prüfungen,
48 Gewährleistungsfragen und Mehrkosten, die durch unsere deutsche - an Normen und
49 Zuständigkeiten orientierte - Planungs- und Bauweise entstanden sind. Die Umsetzung der
50 Kreislaufwirtschaft wird am Bau auch durch unterschiedliche länderspezifische Regelungen
51 erschwert. Landesbauordnungen greifen das Thema bisher nicht auf. Die wenigen angebotenen
52 Rezyklate finden bei öffentlichen Ausschreibungen i.d.R. keine Berücksichtigung.

53 Das BMU schreibt im Deutschen Ressourcenschutzprogramm II: „Die Bundesregierung setzt sich
54 dafür ein, eine für Verwender transparente Kennzeichnung nach einheitlichen und
55 nachvollziehbaren Kriterien für alle in Innenräumen sowie für die Gebäudehülle verwendeten
56 Bauprodukte auf einem hohen Schutzniveau zu etablieren. Die Umsetzung soll durch europäisch
57 harmonisierte Prüfnormen zur Erfassung der Emissionen aus Bauprodukten in Innenräumen und
58 der Freisetzung gefährlicher Stoffe aus Bauprodukten in die Umwelt erfolgen.“ Passiert ist
59 bislang wenig.

60 Die meisten Baustoffe und Ausbaumaterialien enthalten zahlreiche, teilweise höchst
61 problematische, oft gesundheitsgefährdende Hilfs- und Zusatzstoffe. Die von Handwerk,
62 Verbraucher*innen oder Handel geforderten Produkteigenschaften fördern den Einsatz von
63 hochproblematischen Verbundstoffe. In zahllosen zugelassenen Bauprodukten wie
64 Beschichtungsstoffen finden sich vermeidbare Pestizide, Konservierungsmittel und
65 Mikroplastik.

66 Viele Bauteile wie Türen und Fenster, Fußböden und Abdichtungen, Leitungen und Isolierungen
67 bestehen aus PVC. Diese Bauteile aus halogenierten Kohlenwasserstoffen entwickeln im
68 Brandfall hochgiftige Gase oder verbleiben über Jahrtausende in unserer Umwelt. Wir wollen

69 und werden den Einsatz von PVC weitestgehend vermeiden, um aus der Chlorchemie
auszusteigen.

70 In Holzwerkstoffen werden teilweise nach wie vor formaldehydhaltige Leime verwendet. PCBs
71 sind immer noch in vielen Schulen und öffentlichen Bauten zu finden und die bromhaltigen
72 EPS-Dämmstoffe vieler Wärmedämmverbundsysteme bereiten Entsorgungsprobleme.

73 Das sind nur wenige, nach heutiger Rechtslage zulässige, Beispiele für den unkontrollierten
74 Einsatz von Stoffen und Stoffgruppen, deren langfristige Wirkungen noch weitgehend unbekannt

75 sind. Eine vollständige Deklaration in technischen Merkblättern ist für Baustoffe nicht
76 vorgesehen. Kaum ein Bauherr ist sich dieser Problematik bewusst. Verbaut wird in der Regel,
77 was am günstigsten ist.

78

79 Um einen effektiven Schutz unserer Lebensgrundlagen im Sinne des Vorsorgeprinzips zu
80 gewährleisten, müssen ordnungsrechtliche Maßnahmen ergriffen werden, damit umwelt- und
81 gesundheitsschädliche Stoffe nicht uns und unsere Umwelt gefährden.

82 **Urban Mining**

83 Urban Mining ist die planvolle und systematische Erschließung sekundärer Rohstoffpotenziale
84 aus Gebäuden und Infrastrukturen. Der deutsche Gesamtbestand an Gebäuden und
Infrastrukturen

85 (Materiallager) ist mit ca. 28 Milliarden Tonnen ein menschengemachtes Rohstofflager, das
86 partiell nach Nutzungsende wieder dem Recycling zugeführt werden könnte. Im Bestand sind
ca.

87 10,5 Mrd.t mineralische Baustoffe gebunden, ca. 220 Mio.t Holz und ca. 100 Mio.t Metalle.

88 Die Bereitstellung von hochwertigen Sekundärrohstoffen wird durch diverse Faktoren gehemmt.
89 Komplexe und irreversible Verbindungen und Vermischungen von Rohstoffen und zunehmend
90 problematische Stoffeinträge durch Zusätze und Hilfsmittel, die nur in aufwendigen Verfahren
91 – wenn überhaupt – in ihre Ausgangsstoffe getrennt werden können, sind ein wesentliches
92 Hindernis. Das Baustoffrecycling in qualitätserhaltenden Kreisläufen wird heute nur in
93 wenigen Fällen erreicht. Rohstoffpreise, die nicht die ökologische und soziale Wahrheit über
94 ihre Gewinnung sagen, verhindern rohstoffsparende Praktiken beim Planen, Bauen und
95 Rückbauen. Die stärkere Wiederverwertung von Bauteilen und Baustoffen könnte Arbeitsplätze
96 in den Bereichen Rückbau, Trennung und Recycling von Baumaterialien schaffen. Hierbei
97 handelt es sich in der Regel um Tätigkeiten, die vor Ort ausgeübt werden, sodass lokale
98 Arbeitsplätze im Sekundären Sektor entstehen könnten.

99 **Bauwende**

100 Inzwischen ist klar, dass ein "Weiter so" das Leben auf diesen Planeten gefährdet. Seit
101 dieser Erkenntnis hat sich im Bausektor erstaunlich wenig verändert. Die Motivation von
102 Regierungen, Industrien, Parlamenten und Bevölkerung dieses Thema ernsthaft anzugehen,
103 bleibt bei der Komplexität der Materie und der undurchdringlichen Zuständigkeit für die
104 Zusammenhänge auf der Strecke. Dabei ist die Unzufriedenheit mit den Lebens-, Arbeits- und
105 Wohnumständen überall zu spüren. In den Metropolen ebenso wie in den ländlichen Räumen.

Das

106 Zusammenspiel aus Bau- und Baustoffindustrie, Normung und Gesetzgebung, Behörden und
107 Verordnungen sowie Wohn- und Arbeitswelten bedarf dringend einer Neuaufstellung unserer

108 Planungs- und Baukultur auf allen Ebenen. Wir wollen anders bauen, ressourcenschonend und
 109 lebensfreundlich. Wir wollen diese Bauwende mit den Zielen der Agenda 2030 voranbringen,
 110 gestalten und umsetzen.

111 **Lebenswerte Städte und Dörfer**

112 Die Gestalt unserer Städte und Siedlungen ist wesentlicher Bestandteil unserer Alltagskultur
 113 und muss in die Nachhaltigkeitsdebatte einfließen. Unsere gebaute Umgebung prägt uns. Das
 114 demokratische Miteinander lässt sich gezielt durch die Gestaltung von Freiräumen, dem
 115 Stadtraum und den Aufenthaltsräumen gleichermaßen stärken. Gute öffentliche Räume sind
 Orte,

116 wo wir in Vielfalt miteinander umgehen. Sie sind Orte, die sozialisieren. Die Gestaltung des
 117 Raumes ist ein Teil unserer materiellen Lebensgrundlagen und sein Erscheinungsbild und
 118 Materialität bedarf großer Sorgfalt.

119 Die Mitglieder einer freien, demokratischen Gesellschaft brauchen Wohn- und Arbeitsräume,
 120 die durch städtebauliche und bauliche Qualität Wertschätzung, Gleichheit und positive
 121 Gestaltungskraft ausdrücken. Das ist kein Luxus, sondern Notwendigkeit für die
 122 Leistungsfähigkeit unserer arbeitsteiligen Dienstleistungsgesellschaft.

123 **Unsere Antworten und Forderungen**

124 **Ressourcenschonende und nachhaltige Baukultur**

125 Uns Grünen geht es darum, öffentliche Handlungsfähigkeiten zu stärken. Wir fordern von der
 126 gesamten Immobilien- und Bauwirtschaft nachhaltiges Handeln ein. Das Prinzip der
 127 Nachhaltigkeit muss in allen Fachgesetzen verankert und umsetzbar werden.

128 Die gesamte Wertschöpfungskette in der Bauwirtschaft – Produktgestaltung,
 129 Produktionsprozess, Nutzung und Entsorgung – muss ressourcenschonend werden. Bei
 Städtebau

130 und Gebäudeplanung sind Stoff- und Energieverbrauch bei Herstellung und Betrieb sowie das
 131 spätere Recycling durchgängig für alle Gebäude zu berücksichtigen.

132 Wir wollen die Energieversorgung von Gebäuden von fossilen Energieträgern auf erneuerbare
 133 umstellen. Mit guten Quartierslösungen kann auch der modernisierte Bestand mit erneuerbaren
 134 Energien innerhalb der Städte versorgt werden.

135 Die Lebensdauer von Gebäuden muss deutlich verlängert werden. Der Abriss und das
 „Wegwerfen“

136 von Gebäudesubstanz muss vermieden und die Weiternutzung „grauer Energie“ im Bestand
 137 unterstützt werden. Durch Erhaltung bestehender Bausubstanz und auf lange Nutzungsdauer
 138 ausgelegte Räume, Konstruktionen, wiederverwertbare Bauteile und Materialien kann die
 139 Ressourceninanspruchnahme auf ein verträgliches Maß zurückgeführt werden. Hierfür braucht
 es

140 starke Regelungen auf EU-, Bundes- und Landesebene sowie umsetzungsstarke und
 fachkompetente

141 Kommunen.

142 Im Neubau müssen Gebäudeflexibilität und kulturelle Wertigkeit zu zentralen Kriterien
 143 werden, um Umnutzungen und Nachnutzungen künftig zu erleichtern. Gebäude sind so zu
 144 konzipieren, dass sie die positive Identifikation mit ihnen erleichtern, sie leicht nutzbar

145 sind und sich Reparaturen einfach durchführen lassen. Das bedarf einer partizipativ
 146 geprägten Stadt- und Gebäudeplanung in den Kommunen, bei den öffentlichen wie privaten
 147 Bauherren eines hohen Planungsniveaus, sowie flexiblerer Regelungen in den
 148 Landesbauordnungen, Arbeitsstättenrichtlinien und in anderen öffentlich-rechtlichen
 149 Anforderungen des Planens und Bauens sowie eine Entschlackung der zahlreichen Normen.

150 Aktuell sind die Erstellungs- oder Instandsetzungs- und Modernisierungskosten eines
 151 nachhaltig geplanten und gebauten Gebäudes deutlich höher als die eines billigen „fast
 152 Plastics house“. Die Folgekosten der konventionellen Baustoffe und ihr enormer CO2-Abdruck
 153 werden im Preis nicht abgebildet. Auf diesem Gebiet Nachhaltigkeit umzusetzen, braucht es
 154 daher gerechte Finanzierungsinstrumente und Lastenverteilung mit Blick auf den gesamten
 155 Lebenszyklus eines Gebäudes.

156 Einfamilienhäuser verbrauchen besonders viele Ressourcen, da im Vergleich zum
 157 Mehrfamilienhaus der Außenhautanteil sehr groß ist, zudem verschleißten sie extrem viel
 158 Bauland und Infrastruktur. Immer neue Einfamilienhausgebiete auf der grünen Wiese treiben
 159 den Flächenverbrauch weiter an und führen vielerorts gleichzeitig zu leerfallenden und öden
 160 Ortskernen.

161 **Umbaukultur**

162 Für ein ressourcen- und umweltorientiertes Bauen reicht es nicht aus, Energiesparmaßnahmen
 163 an Einzelgebäuden vorzunehmen. Die wesentliche Steuerungsgröße liegt nicht im Neubau,
 164 sondern im klugen Umgang mit dem Bestand: im Umbau, in Werterhaltungsstrategien.

Bestehende

165 Gebäude binden wertvolle Baumaterialien, Energie und Arbeitszeit. Energetisch betrachtet
 166 besitzt jede bestehende Architektur eine eingebaute Existenzberechtigung – alleine dadurch,
 167 dass sie vorhanden ist und in ihr materielle und geistige Werte und Energien gebunden sind.

168 So ist die Weiter- und Umnutzung eines Bestandsgebäudes deutlich ressourcenschonender als
 169 das Neubauen. Selbst das zuständige Bundesministerium stellt die Nichtbaulösung an die erste
 170 Stelle seiner Planungsgrundsätze. Hier muss die öffentliche Hand ihre Vorbildfunktion
 171 deutlicher wahrnehmen und für ihren Bedarf an Gebäuden und umbauter Umwelt vollständige
 172 Nachhaltigkeitsbetrachtungen auch über die Zuständigkeitsgrenzen hinweg durchführen und
 173 diese mit einer Umsetzungsstrategie realisieren.

174

175 Wir wollen Privilegien für Flächenverbrauch wie das erleichterte Baurecht im Außenbereich
 176 (§13b Baugesetzbuch) streichen. Ortskerne z. B. wollen wir mit einem Förderprogramm für die
 177 Aktivierung von Leerstand - der Grünen Bauflächenoffensive - wieder beleben und den immer
 178 noch viel zu hohen Flächenverbrauch mittelfristig in eine Flächenkreislaufwirtschaft
 179 überführen.

180 **Nachhaltiges Bauen**

181 Nachhaltiges Bauen bedeutet eine ganzheitliche Betrachtungsweise einnehmen, über den
 182 gesamten Lebenszyklus eines Bauwerks, beginnend mit der Planung. Der Bund und viele Länder

183 setzen diesen Gedanken schon schrittweise um. Ziel ist es alle Bauten der öffentlichen Hand
 184 nachhaltig zu planen, zu bauen und zu nutzen sowie dieses Wissen auch der Privatwirtschaft
 185 zur Verfügung zu stellen.

186

187 Hierbei werden Ökologie, Ökonomie und Soziales gleichzeitig und gleichberechtigt beachtet.
188 Die ökologische Sicht zielt auf eine Minimierung der Umweltwirkungen ab, voran eine
189 Reduzierung von CO₂ und des Primärenergiebedarfs, vermeidet gesundheitsgefährdende Stoffe
190 und senkt den Wasser- und Flächenverbrauch. Energieaufwändige Baustoffe wie Stahl und
191 Beton
192 und auf fossilen Rohstoffen basierende Produkte werden negativ bewertet. Der Einsatz von
193 nachwachsenden oder ressourcenschonend produzierten Baustoffen gestärkt. Viele
194 konventionelle Baustoffe können durch ökologischere Stoffe ersetzt werden, ohne dass
195 Funktionalität und technische Qualität leiden.

196 Bauen ist und bleibt ein ressourcenintensives Geschäft. Darum ist es wichtig, dass wir die
197 durch Rückbau wieder freiwerdenden Rohstoffe dem Kreislauf wieder zuführen und damit den
198 Abbau und Verbrauch weiterer Ressourcen unnötig machen.

199 Bei der Bewertung der gesamten Nachhaltigkeit steht der komplette Lebenszyklus des
200 Gebäudes
201 und seiner einzelnen Bauprodukte im Fokus. Der Lebenszyklus umfasst die Planungs- und
202 Herstellungsphase sowie die Nutzungs- und Rückbauphase. Die Herstellungskosten eines
203 herkömmlich geplanten Gebäudes machen oftmals nur ca. 10-20% Prozent der Gesamtkosten
204 des
205 Gebäudes über eine Zeitspanne von 50 Jahren aus. Bei einer lebenszyklusoptimierten Bauweise
206 können so die Nutzungskosten gesenkt werden, ohne dass die Herstellungskosten nennenswert
207 steigen.

208 Die soziokulturelle und funktionale Qualität eines Gebäudes ergibt sich aus Sicherheit,
209 Barrierefreiheit, Schadstofffreiheit und ansprechender Gestaltung. Der Mensch muss der
210 Maßstab der Gebäudeplanung sein.

211 Alle diese Aspekte sollen grundsätzlich Berücksichtigung beim Planen und Bauen finden. Dabei
212 können Bewertungssysteme als Werkzeuge für die Qualitätssteigerung oder Qualitätssicherung
213 mit Zertifizierung verwendet werden. Dies gilt es nun in die gesamte öffentliche wie private
214 Bauwirtschaft zu transportiert. Es stehen erste Erfahrungen sowie die Werkzeuge und die
215 Methodik zur Verfügung, das Know-how zum nachhaltigen Bauen ist vorhanden und zugänglich.
216 Es
217 braucht den Willen zu Umsetzung.

218 Für das öffentliche Bauen steht das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen BNB zur Verfügung.
219 Es wird bereits verpflichtend für Neubauten des Bundes und einiger Bundesländer angewendet.
220 Aktuell ist das System begrenzt auf bestimmte Gebäudetypen und auf die Außenanlagen von
221 Bundesliegenschaften. Darüber hinaus gibt es weitere anerkannte und erprobte
222 Zertifizierungssysteme für die Privatwirtschaft wie www.nachhaltigesbauen.de.

223
224 Das BNB muss nun für ein breiteres Spektrum von Gebäudetypen der Länder und der
225 Kommunen wie
226 Krankenhäuser, Kitas, Versammlungsstätten, Sporthallen usw. entwickelt werden. Die
227 Bewertung
228 der Klimaneutralität muss obligatorisch sein. Die Länder und Kommunen müssen in der Folge

228 die Anwendung des BNB für alle Bauvorhaben einführen. Die öffentliche Hand hat
 229 Vorbildfunktion! Um finanz- oder kompetenzschwache Kommunen zu unterstützen, gilt es,
 230 Förderprogramme für Nachhaltiges Planen und Bauen im kommunalen Sektor aufzulegen.

231

232 Dabei ist unerlässlich, das Nachhaltige Bauen auch in der Privatwirtschaft zu fördern, um
 233 die Bautätigkeit in ihrer gesamten Breite und Tiefe zu erreichen. Anerkannte Bewertungs- und
 234 Zertifizierungssysteme für diverse Gebäudetypen stehen zur Verfügung und sind erprobt. Hier
 235 können Förderprogramme die Mehrkosten an Planungshonoraren auffangen und so zu einem
 236 klimaneutralen und nachhaltigen Gebäudebestandes beitragen.

237

238 Mit steigenden CO₂-Preisen besteht auch im privaten Sektor ein Anreiz, auf klimaneutrale
 239 Energieerzeugung umzusteigen. Hierzu müssen jedoch auch die fossilen Energieträger aus den
 240 öffentlichen Förderprogrammen gestrichen werden.

241

242 Neben den Neubauten müssen auch die Bestandsbauten der öffentlichen Hand dekarbonisiert
 243 werden. Bei der Erneuerung der Wärmeerzeugung im Bestand muss auf auf regenerative
 244 Energieträger umgestellt werden.

245 **Planen und Bauen unter kommunale Kontrolle**

246 Stringente Anwendung der Abfallhierarchie Reuse-Reduce-Recycle vor Ort im Baubereich mit
 247 Vorgaben und Angeboten zur Weiternutzung, Vermeidung und Wiederverwertung von
 Gebäuden,

248 Bauteilen und Baustoffen mit dem Ziel einer deutlichen Reduzierung des Rohstoffbedarfs und
 249 des Müllaufkommens im Bausektor insgesamt.

250 Integrierte Klimaanpassungs-, Ressourcenreduktions- und Nachhaltigkeitsstrategien auf
 251 kommunaler Ebene entwickeln, vermitteln und umsetzen ist eine gesamtgesellschaftliche
 252 Aufgabe, der sich auch die EU- und Bundesebene widmen muss.

253 **Gesetzlicher Handlungsbedarf im Förder- und Ordnungsrecht**

254 Folgende Maßnahmen sind geeignete Stützpunkte der Bauwende:

- 255 • Einführung einer verbindlichen Vorrangregelung für Recyclate im Hoch- und Tiefbau
- 256 • CO₂-Bepreisung von Baustoffen und -produkten sowie von Heizstoffen
- 257 • Entwicklung recyclerbarer Baumaterialien sowie die Weiterentwicklung der
- 258 Aufbereitungs- und Verwertungstechnologien, Vermeidung nicht recyclerbarer Materialien
- 259 • Klare Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für den umgehenden Einstieg in die
- 260 Kreislaufwirtschaft.
- 261 • Den Ländern soll es ermöglicht werden auf Primärrohstoffe, entsprechend der Ausbeutung

- 262 von Öl und Gas, eine Abgabe einzuführen, um das Recyclen von Baustoffen lohnender zu
263 machen.
- 264 • Einführung der Pflicht zur Volldeklaration aller Inhaltsstoffe in Baustoffen und deren
265 Energiebilanz bei der Herstellung.
- 266 • Öffentliche Förderprogramme, steuerliche Subventionen und Qualitätsstandards für
267 nachhaltiges, ökologisches Bauen, dessen Kontrolle sowie ihre sozial verträgliche und
268 baukulturell hochwertige Umsetzung.
- 269 • Ressourcenschutz und -effizienz und Nachhaltigkeitsziele zentral in der
270 Musterbauordnung und den Bauordnungen der Länder verankern.
- 271 • Energiebedarfsberechnung um den Nachweis „Graue Energie“ (Aufwand zur Herstellung
und
272 zum Recycling bzw. Entsorgen) erweitern, negative Berücksichtigung bei Verwendung
273 nicht bzw. schwer recycle barer Stoffe
- 274 • Stärkung der unteren Bauaufsichten in den Landkreisen / Bezirken
- 275 • Anreize für besonders umweltschonende, kostensparende oder qualitätsfördernde
276 Leistungen schaffen.
- 277 • Schutzstatus im Bodenschutzgesetz für unversiegelten Boden mit Festlegung eines bis
278 2035 auf Netto-Null sinkenden Flächenverbrauchs, der auf Länderebene zu kontrollieren
279 und durchzusetzen ist. Hierfür wollen wir auch ein Klagerecht anerkannter Verbände.
- 280 • Programm für flächensparendes Wohnen und Arbeiten, um die bestehenden Flächen
besser
281 auszunutzen.

Bauwende – Nachhaltiges ressourcenschonendes Bauen!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: W Wohnen

Antragstext

- 1 Wenn die bis 2050 weltweit neu entstehenden Infrastrukturen nach dem Vorbild des
- 2 vergangenen
- 3 Jahrhunderts gebaut würden, d.h. vor allem mit konventionellen Baustoffen wie Zement, Stahl
- 4 und Aluminium, wurden allein dadurch bereits drei Viertel des für die Einhaltung des 1,5°
- 5 Ziels noch verbleibenden CO2 Budgets verbraucht (WBGU, Hauptgutachten Urbanisierung,
- 6 2016)
- 7 **Situation**
- 8 Der Bausektor gehört zu den Wirtschaftszweigen mit dem höchsten Ressourcenverbrauch.
- 9 Unsere Siedlungs- und Bautätigkeit, also unser Bedarf an immer mehr Wohn- und Gewerberaum
- 10 sowie Infrastruktur, generiert einen wesentlichen Teil unseres CO2- Fußabdruckes. Die Hälfte
- 11 unseres Mülls entsteht auf den Baustellen, das waren 215 Millionen Tonnen Bauabfälle in
- 12 2016, das Bruttoabfallaufkommen betrug 2016 insgesamt 411 Millionen Tonnen (Quelle:
- 13 Umweltbundesamt).
- 14 **Aufgaben**
- 15 **Umweltschutz und gesundes Bauen**
- 16 Seit Jahren reden wir über Bodenschutz, Umwelt- und Klimaschutz. Doch im Bereich der
- 17 Bautätigkeit und dem Bauwesen/Bauwirtschaft gibt es angesichts der Riesenherausforderungen
- 18 viel zu wenige Fortschritte. Ökologische und energieeffiziente Sanierungen, die Senkung des
- 19 Siedlungsflächenverbrauchs, sowie der Einsatz von umwelt- und klimaschützenden Baustoffen,
- 20 Bautechniken und regenerativen Energien nehmen seit Jahren nicht zu. Mit unserer
- 21 gegenwärtigen Bautätigkeit verhindern wir die Umsetzung unserer Klima- und
- 22 Nachhaltigkeitsziele.
- 23 30% unseres Primärenergiebedarfes entsteht durch Heizen, Kühlen, durch die konventionelle
- 24 Nutzung unserer Gebäude. Dazu kommt noch der Ressourcenverbrauch beim Bauen: Baustoffe
- 25 und
- 26 Bauprodukte verursachen einen enormen Transport- und Energiebedarf: Rohstoffgewinnung,
- 27 Herstellung der Baustoffe, Einbau, Instandhaltung, Modernisierung, Abriss, der stetige
- Flächenverbrauch und die Entstehung von Müll und Sondermüll ist in jedem Schritt eine
- planetare Belastung.
- Das können wir uns nicht mehr leisten!**

28 2016 setzte das Bauwesen in Deutschland ca. 600 Mio.t mineralische Baurohstoffe ein,
29 überwiegend Primärrohstoffe. „Sand und Kies sind der meistgeforderte Rohstoff der Welt“.
30 (Zitat Umweltbundesamt: <https://www.umwelt-im-unterricht.de/hintergrund/baustoffe-ressourcen-und-nachhaltiges-bauen>)
31 Jährlich werden 250 Mio.t Sand und Kies sowie 230 Mio.t
32 Naturstein abgebaut. Der Abbau der Rohstoffe geht einher mit Zerstörung von Landschaft,
33 Lebensräumen und Eingriffen in den Wasserhaushalt. Nach Schätzungen werden für diese
34 Tagebaue täglich 4 ha Fläche neu in Anspruch genommen. Für ein Einfamilienwohnhaus sind
35 durchschnittlich etwa 200 t Kies- und Sand nötig. In einem Kilometer Autobahn stecken etwa
36 30.000 t. Die Vereinten Nationen schätzen, dass die Menschheit jährlich 40 Mrd.t Sand in
37 Anspruch nimmt. Mancherorts haben sich Mafiastrukturen etabliert: Sandlagerstätten und
38 Strände werden dort illegal abgebaggert.

39 Obwohl viel abgerissen wird, wird nur ein kleiner Bruchteil der Baustoffe recyclet und
40 wiederverwendet. In Deutschland sind die mineralischen Bauabfälle und nicht verwertbarer
41 Aushub mit ca. 202 Mio.t im Jahr die mengenmäßig größte Abfallgruppe. Man könnte diese
42 Abfälle zu 88% für den Hochbau wiederverwenden. Doch es „werden derzeit lediglich 7% der für
43 den Hochbau benötigten mineralischen Primärrohstoffe durch Sekundärrohstoffe substituiert“,
44 so der Sachverständigenrat für Umweltfragen. Das ist mittlerweile auch ein Kostenfaktor im
45 Bauwesen, denn Recycling käme teilweise günstiger.

46 Die gegenwärtig fehlende Akzeptanz für den Einsatz von Sekundärrohstoffen beruht auf
47 mangelhaften Märkten, auf befürchtetem Mehraufwand, dem Risiko zusätzlicher Prüfungen,
48 Gewährleistungsfragen und Mehrkosten, die durch unsere deutsche – an Normen und
49 Zuständigkeiten orientierte – Planungs- und Bauweise entstanden sind. Die Umsetzung der
50 Kreislaufwirtschaft wird am Bau auch durch unterschiedliche länderspezifische Regelungen
51 erschwert. Landesbauordnungen greifen das Thema bisher nicht auf. Die wenigen angebotenen
52 Rezyklate finden bei öffentlichen Ausschreibungen i.d.R. keine Berücksichtigung.

53 Das BMU schreibt im Deutschen Ressourcenschutzprogramm II: „Die Bundesregierung setzt sich
54 dafür ein, eine für Verwender transparente Kennzeichnung nach einheitlichen und
55 nachvollziehbaren Kriterien für alle in Innenräumen sowie für die Gebäudehülle verwendeten
56 Bauprodukte auf einem hohen Schutzniveau zu etablieren. Die Umsetzung soll durch europäisch
57 harmonisierte Prüfnormen zur Erfassung der Emissionen aus Bauprodukten in Innenräumen und
58 der Freisetzung gefährlicher Stoffe aus Bauprodukten in die Umwelt erfolgen.“ Passiert ist
59 bislang wenig.

60 Die meisten Baustoffe und Ausbaumaterialien enthalten zahlreiche, teilweise höchst
61 problematische, oft gesundheitsgefährdende Hilfs- und Zusatzstoffe. Die von Handwerk,
62 Verbraucher*innen oder Handel geforderten Produkteigenschaften fördern den Einsatz von
63 hochproblematischen Verbundstoffen. In zahllosen zugelassenen Bauprodukten wie
64 Beschichtungsstoffen finden sich vermeidbare Pestizide, Konservierungsmittel und
65 Mikroplastik.

66 Viele Bauteile wie Türen und Fenster, Fußböden und Abdichtungen, Leitungen und Isolierungen
67 bestehen aus PVC. Diese Bauteile aus halogenierten Kohlenwasserstoffen entwickeln im
68 Brandfall hochgiftige Gase oder verbleiben über Jahrtausende in unserer Umwelt. Wir wollen

69 und werden den Einsatz von PVC weitestgehend vermeiden, um aus der Chlorchemie
auszusteigen.

70 In Holzwerkstoffen werden teilweise nach wie vor formaldehydhaltige Leime verwendet. PCBs
71 sind immer noch in vielen Schulen und öffentlichen Bauten zu finden und die bromhaltigen
72 EPS-Dämmstoffe vieler Wärmedämmverbundsysteme bereiten Entsorgungsprobleme.

73 Das sind nur wenige, nach heutiger Rechtslage zulässige, Beispiele für den unkontrollierten
74 Einsatz von Stoffen und Stoffgruppen, deren langfristige Wirkungen noch weitgehend unbekannt

75 sind. Eine vollständige Deklaration in technischen Merkblättern ist für Baustoffe nicht
76 vorgesehen. Kaum ein Bauherr ist sich dieser Problematik bewusst. Verbaut wird in der Regel,
77 was am günstigsten ist.

78

79 Um einen effektiven Schutz unserer Lebensgrundlagen im Sinne des Vorsorgeprinzips zu
80 gewährleisten, müssen ordnungsrechtliche Maßnahmen ergriffen werden, damit umwelt- und
81 gesundheitsschädliche Stoffe nicht uns und unsere Umwelt gefährden.

82 **Urban Mining**

83 Urban Mining ist die planvolle und systematische Erschließung sekundärer Rohstoffpotenziale
84 aus Gebäuden und Infrastrukturen. Der deutsche Gesamtbestand an Gebäuden und
Infrastrukturen

85 (Materiallager) ist mit ca. 28 Milliarden Tonnen ein menschengemachtes Rohstofflager, das
86 partiell nach Nutzungsende wieder dem Recycling zugeführt werden könnte. Im Bestand sind
87 ca. 10,5 Mrd.t mineralische Baustoffe gebunden, ca. 220 Mio.t Holz und ca. 100 Mio.t Metalle.

88 Die Bereitstellung von hochwertigen Sekundärrohstoffen wird durch diverse Faktoren gehemmt.
89 Komplexe und irreversible Verbindungen und Vermischungen von Rohstoffen und zunehmend
90 problematische Stoffeinträge durch Zusätze und Hilfsmittel, die nur in aufwendigen Verfahren
91 – wenn überhaupt – in ihre Ausgangsstoffe getrennt werden können, sind ein wesentliches
92 Hindernis. Das Baustoffrecycling in qualitätserhaltenden Kreisläufen wird heute nur in
93 wenigen Fällen erreicht. Rohstoffpreise, die nicht die ökologische und soziale Wahrheit
94 über ihre Gewinnung sagen, verhindern rohstoffsparende Praktiken beim Planen, Bauen und
95 Rückbauen. Die stärkere Wiederverwertung von Bauteilen und Baustoffen könnte Arbeitsplätze
96 in den Bereichen Rückbau, Trennung und Recycling von Baumaterialien schaffen. Hierbei
97 handelt es sich in der Regel um Tätigkeiten, die vor Ort ausgeübt werden, sodass lokale
98 Arbeitsplätze im Sekundären Sektor entstehen könnten.

99 **Bauwende**

100 Inzwischen ist klar, dass ein "Weiter so" das Leben auf diesen Planeten gefährdet. Seit
101 dieser Erkenntnis hat sich im Bausektor erstaunlich wenig verändert. Die Motivation von
102 Regierungen, Industrien, Parlamenten und Bevölkerung dieses Thema ernsthaft anzugehen,
103 bleibt bei der Komplexität der Materie und der undurchdringlichen Zuständigkeit für die
104 Zusammenhänge auf der Strecke. Dabei ist die Unzufriedenheit mit den Lebens-, Arbeits- und
105 Wohnumständen überall zu spüren. In den Metropolen ebenso wie in den ländlichen Räumen.
Das

106 Zusammenspiel aus Bau- und Baustoffindustrie, Normung und Gesetzgebung, Behörden und
107 Verordnungen sowie Wohn- und Arbeitswelten bedarf dringend einer Neuaufstellung unserer
108 Planungs- und Baukultur auf allen Ebenen. Wir wollen anders bauen, ressourcenschonend und

109 lebensfreundlich. Wir wollen diese Bauwende mit den Zielen der Agenda 2030 voranbringen,
110 gestalten und umsetzen.

111 **Lebenswerte Städte und Dörfer**

112 Die Gestalt unserer Städte und Siedlungen ist wesentlicher Bestandteil unserer Alltagskultur
113 und muss in die Nachhaltigkeitsdebatte einfließen. Unsere gebaute Umgebung prägt uns. Das
114 demokratische Miteinander lässt sich gezielt durch die Gestaltung von Freiräumen, dem
115 Stadtraum und den Aufenthaltsräumen gleichermaßen stärken. Gute öffentliche Räume sind
Orte,
116 wo wir in Vielfalt miteinander umgehen. Sie sind Orte, die sozialisieren. Die Gestaltung des
117 Raumes ist ein Teil unserer materiellen Lebensgrundlagen und sein Erscheinungsbild und
118 Materialität bedarf großer Sorgfalt.

119 Die Mitglieder einer freien, demokratischen Gesellschaft brauchen Wohn- und Arbeitsräume,
120 die durch städtebauliche und bauliche Qualität Wertschätzung, Gleichheit und positive
121 Gestaltungskraft ausdrücken. Das ist kein Luxus, sondern Notwendigkeit für die
122 Leistungsfähigkeit unserer arbeitsteiligen Dienstleistungsgesellschaft.

123 **Unsere Antworten und Forderungen**

124 **Ressourcenschonende und nachhaltige Baukultur**

125 Uns Grünen geht es darum, öffentliche Handlungsfähigkeiten zu stärken. Wir fordern von der
126 gesamten Immobilien- und Bauwirtschaft nachhaltiges Handeln ein. Das Prinzip der
127 Nachhaltigkeit muss in allen Fachgesetzen verankert und umsetzbar werden.

128 Die gesamte Wertschöpfungskette in der Bauwirtschaft – Produktgestaltung,
129 Produktionsprozess, Nutzung und Entsorgung – muss ressourcenschonend werden. Bei
Städtebau
130 und Gebäudeplanung sind Stoff- und Energieverbrauch bei Herstellung und Betrieb sowie das
131 spätere Recycling durchgängig für alle Gebäude zu berücksichtigen.

132 Wir wollen die Energieversorgung von Gebäuden von fossilen Energieträgern auf erneuerbare
133 umstellen. Mit guten Quartierslösungen kann auch der modernisierte Bestand mit erneuerbaren
134 Energien innerhalb der Städte versorgt werden.

135 Die Lebensdauer von Gebäuden muss deutlich verlängert werden. Der Abriss und das
„Wegwerfen“
136 von Gebäudesubstanz muss vermieden und die Weiternutzung „grauer Energie“ im Bestand
137 unterstützt werden. Durch Erhaltung bestehender Bausubstanz und auf lange Nutzungsdauer
138 ausgelegte Räume, Konstruktionen, wiederverwertbare Bauteile und Materialien kann die
139 Ressourceninanspruchnahme auf ein verträgliches Maß zurückgeführt werden. Hierfür braucht
es
140 starke Regelungen auf EU-, Bundes- und Landesebene sowie umsetzungsstarke und
fachkompetente
141 Kommunen.

142 Im Neubau müssen Gebäudeflexibilität und kulturelle Wertigkeit zu zentralen Kriterien
143 werden, um Umnutzungen und Nachnutzungen künftig zu erleichtern. Gebäude sind so zu
144 konzipieren, dass sie die positive Identifikation mit ihnen erleichtern, sie leicht nutzbar
145 sind und sich Reparaturen einfach durchführen lassen. Das bedarf einer partizipativ

146 geprägten Stadt- und Gebäudeplanung in den Kommunen, bei den öffentlichen wie privaten
 147 Bauherren eines hohen Planungsniveaus, sowie flexiblerer Regelungen in den
 148 Landesbauordnungen, Arbeitsstättenrichtlinien und in anderen öffentlich-rechtlichen
 149 Anforderungen des Planens und Bauens sowie eine Entschlackung der zahlreichen Normen.

150 Aktuell sind die Erstellungs- oder Instandsetzungs- und Modernisierungskosten eines
 151 nachhaltig geplanten und gebauten Gebäudes deutlich höher als die eines billigen „fast
 152 Plastics house“. Die Folgekosten der konventionellen Baustoffe und ihr enormer CO₂-Abdruck
 153 werden im Preis nicht abgebildet. Auf diesem Gebiet Nachhaltigkeit umzusetzen, braucht es
 154 daher gerechte Finanzierungsinstrumente und Lastenverteilung mit Blick auf den gesamten
 155 Lebenszyklus eines Gebäudes.

156 Einfamilienhäuser verbrauchen besonders viele Ressourcen, da im Vergleich zum
 157 Mehrfamilienhaus der Außenhautanteil sehr groß ist, zudem verschleißten sie extrem viel
 158 Bauland und Infrastruktur. Immer neue Einfamilienhausgebiete auf der grünen Wiese treiben
 159 den Flächenverbrauch weiter an und führen vielerorts gleichzeitig zu leerfallenden und öden
 160 Ortskernen.

161 **Umbaukultur**

162 Für ein ressourcen- und umweltorientiertes Bauen reicht es nicht aus, Energiesparmaßnahmen
 163 an Einzelgebäuden vorzunehmen. Die wesentliche Steuerungsgröße liegt nicht im Neubau,
 164 sondern im klugen Umgang mit dem Bestand: im Umbau, in Werterhaltungsstrategien.
 Bestehende

165 Gebäude binden wertvolle Baumaterialien, Energie und Arbeitszeit. Energetisch betrachtet
 166 besitzt jede bestehende Architektur eine eingebaute Existenzberechtigung – alleine dadurch,
 167 dass sie vorhanden ist und in ihr materielle und geistige Werte und Energien gebunden sind.

168 So ist die Weiter- und Umnutzung eines Bestandsgebäudes deutlich ressourcenschonender als
 169 das Neubauen. Selbst das zuständige Bundesministerium stellt die Nichtbaulösung an die erste
 170 Stelle seiner Planungsgrundsätze. Hier muss die öffentliche Hand ihre Vorbildfunktion
 171 deutlicher wahrnehmen und für ihren Bedarf an Gebäuden und umbauter Umwelt vollständige
 172 Nachhaltigkeitsbetrachtungen auch über die Zuständigkeitsgrenzen hinweg durchführen und
 173 diese mit einer Umsetzungsstrategie realisieren.

174

175 Wir wollen Privilegien für Flächenverbrauch wie das erleichterte Baurecht im Außenbereich
 176 (§13b Baugesetzbuch) streichen. Ortskerne z. B. wollen wir mit einem Förderprogramm für die
 177 Aktivierung von Leerstand – der Grünen Bauflächenoffensive – wieder beleben und den immer
 178 noch viel zu hohen Flächenverbrauch mittelfristig in eine Flächenkreislaufwirtschaft
 179 überführen.

180 **Nachhaltiges Bauen**

181 Nachhaltiges Bauen bedeutet eine ganzheitliche Betrachtungsweise einnehmen, über den
 182 gesamten Lebenszyklus eines Bauwerks, beginnend mit der Planung. Der Bund und viele Länder

183 setzen diesen Gedanken schon schrittweise um. Ziel ist es alle Bauten der öffentlichen Hand
 184 nachhaltig zu planen, zu bauen und zu nutzen sowie dieses Wissen auch der Privatwirtschaft
 185 zur Verfügung zu stellen.

186

187 Hierbei werden Ökologie, Ökonomie und Soziales gleichzeitig und gleichberechtigt beachtet.

188 Die ökologische Sicht zielt auf eine Minimierung der Umweltwirkungen ab, voran eine
189 Reduzierung von CO₂ und des Primärenergiebedarfs, vermeidet gesundheitsgefährdende Stoffe
190 und senkt den Wasser- und Flächenverbrauch. Energieaufwändige Baustoffe, wie Stahl und
191 Beton
192 und auf fossilen Rohstoffen basierende Produkte werden negativ bewertet. Der Einsatz von
193 nachwachsenden oder ressourcenschonend produzierten Baustoffen gestärkt. Viele
194 konventionelle Baustoffe können durch ökologischere Stoffe ersetzt werden, ohne dass
195 Funktionalität und technische Qualität leiden.

196 Bauen ist und bleibt ein ressourcenintensives Geschäft. Darum ist es wichtig, dass wir die
197 durch Rückbau wieder freiwerdenden Rohstoffe dem Kreislauf wieder zuführen und damit den
198 Abbau und Verbrauch weiterer Ressourcen unnötig machen.

199

200 Bei der Bewertung der gesamten Nachhaltigkeit steht der komplette Lebenszyklus des
201 Gebäudes
202 und seiner einzelnen Bauprodukte im Fokus. Der Lebenszyklus umfasst die Planungs- und
203 Herstellungsphase sowie die Nutzungs- und Rückbauphase. Die Herstellungskosten eines
204 herkömmlich geplanten Gebäudes machen oftmals nur ca. 10-20% Prozent der Gesamtkosten
205 des
206 Gebäudes über eine Zeitspanne von 50 Jahren aus. Bei einer lebenszyklusoptimierten Bauweise
207 können so die Nutzungskosten gesenkt werden, ohne dass die Herstellungskosten nennenswert
208 steigen.

209 Die soziokulturelle und funktionale Qualität eines Gebäudes ergibt sich aus Sicherheit,
210 Barrierefreiheit, Schadstofffreiheit und ansprechender Gestaltung. Der Mensch muss der
211 Maßstab der Gebäudeplanung sein.

212 Alle diese Aspekte sollen grundsätzlich Berücksichtigung beim Planen und Bauen finden. Dabei
213 können Bewertungssysteme als Werkzeuge für die Qualitätssteigerung oder Qualitätssicherung
214 mit Zertifizierung verwendet werden. Dies gilt es nun in die gesamte öffentliche wie private
215 Bauwirtschaft zu transportiert. Es stehen erste Erfahrungen sowie die Werkzeuge und die
216 Methodik zur Verfügung, das Know-how zum nachhaltigen Bauen ist vorhanden und zugänglich.
217 Es
218 braucht den Willen zu Umsetzung.

219 Für das öffentliche Bauen steht das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen BNB zur Verfügung.
220 Es wird bereits verpflichtend für Neubauten des Bundes und einiger Bundesländer angewendet.
221 Aktuell ist das System begrenzt auf bestimmte Gebäudetypen und auf die Außenanlagen von
222 Bundesliegenschaften. Darüber hinaus gibt es weitere anerkannte und erprobte
223 Zertifizierungssysteme für die Privatwirtschaft wie www.nachhaltigesbauen.de.

224

225 Das BNB muss nun für ein breiteres Spektrum von Gebäudetypen der Länder und der
226 Kommunen wie
227 Krankenhäuser, Kitas, Versammlungsstätten, Sporthallen usw. entwickelt werden. Die
228 Bewertung
229 der Klimaneutralität muss obligatorisch sein. Die Länder und Kommunen müssen in der Folge
230 die Anwendung des BNB für alle Bauvorhaben einführen. Die öffentliche Hand hat

229 Vorbildfunktion! Um finanz- oder kompetenzschwache Kommunen zu unterstützen, gilt es,
 230 Förderprogramme für Nachhaltiges Planen und Bauen im kommunalen Sektor aufzulegen.
 231

232 Dabei ist unerlässlich, das Nachhaltige Bauen auch in der Privatwirtschaft zu fördern, um
 233 die Bautätigkeit in ihrer gesamten Breite und Tiefe zu erreichen. Anerkannte Bewertungs- und
 234 Zertifizierungssysteme für diverse Gebäudetypen stehen zur Verfügung und sind erprobt. Hier
 235 können Förderprogramme die Mehrkosten an Planungshonoraren auffangen und so zu einem
 236 klimaneutralen und nachhaltigen Gebäudebestandes beitragen.

237
 238 Mit steigenden CO₂-Preisen besteht auch im privaten Sektor ein Anreiz, auf klimaneutrale
 239 Energieerzeugung umzusteigen. Hierzu müssen jedoch auch die fossilen Energieträger aus den
 240 öffentlichen Förderprogrammen gestrichen werden.

241
 242 Neben den Neubauten müssen auch die Bestandsbauten der öffentlichen Hand dekarbonisiert
 243 werden. Bei der Erneuerung der Wärmeerzeugung im Bestand muss auf auf regenerative
 244 Energieträger umgestellt werden.

245 **Planen und Bauen unter kommunale Kontrolle**

246 Stringente Anwendung der Abfallhierarchie Reuse-Reduce-Recycle vor Ort im Baubereich mit
 247 Vorgaben und Angeboten zur Weiternutzung, Vermeidung und Wiederverwertung von
 Gebäuden,
 248 Bauteilen und Baustoffen mit dem Ziel einer deutlichen Reduzierung des Rohstoffbedarfs und
 249 des Müllaufkommens im Bausektor insgesamt.

250 Integrierte Klimaanpassungs-, Ressourcenreduktions- und Nachhaltigkeitsstrategien auf
 251 kommunaler Ebene entwickeln, vermitteln und umsetzen ist eine gesamtgesellschaftliche
 252 Aufgabe, der sich auch die EU- und Bundesebene widmen muss.

253 **Gesetzlicher Handlungsbedarf im Förder- und Ordnungsrecht**

254 Folgende Maßnahmen sind geeignete Stützpunkte der Bauwende:

- 255 • Einführung einer verbindlichen Vorrangregelung für Recyclate im Hoch- und Tiefbau
- 256 • CO₂-Bepreisung von Baustoffen und -produkten sowie von Heizstoffen
- 257 • Entwicklung recyclerbarer Baumaterialien sowie die Weiterentwicklung der
 258 Aufbereitungs- und Verwertungstechnologien, Vermeidung nicht recyclerbarer Materialien
- 259 • Klare Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für den umgehenden Einstieg in die
 260 Kreislaufwirtschaft.
- 261 • Den Ländern soll es ermöglicht werden auf Primärrohstoffe, entsprechend der Ausbeutung

- 262 von Öl und Gas, eine Abgabe einzuführen, um das Recyclen von Baustoffen lohnender zu
263 machen.
- 264 • Einführung der Pflicht zur Volldeklaration aller Inhaltsstoffe in Baustoffen und deren
265 Energiebilanz bei der Herstellung.
- 266 • Öffentliche Förderprogramme, steuerliche Subventionen und Qualitätsstandards für
267 nachhaltiges, ökologisches Bauen, dessen Kontrolle sowie ihre sozial verträgliche und
268 baukulturell hochwertige Umsetzung.
- 269 • Ressourcenschutz und -effizienz und Nachhaltigkeitsziele zentral in der
270 Musterbauordnung und den Bauordnungen der Länder verankern.
- 271 • Energiebedarfsberechnung um den Nachweis „Graue Energie“ (Aufwand zur Herstellung
und
272 zum Recycling bzw. Entsorgen) erweitern, negative Berücksichtigung bei Verwendung
273 nicht bzw. schwer recycle barer Stoffe
- 274 • Stärkung der unteren Bauaufsichten in den Landkreisen / Bezirken
- 275 • Anreize für besonders umweltschonende, kostensparende oder qualitätsfördernde
276 Leistungen schaffen.
- 277 • Schutzstatus im Bodenschutzgesetz für unversiegelten Boden mit Festlegung eines bis
278 2035 auf Netto-Null sinkenden Flächenverbrauchs, der auf Länderebene zu kontrollieren
279 und durchzusetzen ist. Hierfür wollen wir auch ein Klagerecht anerkannter Verbände.
- 280 • Programm für flächensparendes Wohnen und Arbeiten, um die bestehenden Flächen
besser
281 auszunutzen.

Energieversorgung für alle garantieren – Stromsperren verhindern



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: W Wohnen

Antragstext

- 1 Die Versorgung mit Energie ist Teil eines „menschenwürdigen Existenzminimums“ – das hat das
- 2 Bundesverfassungsgericht in seinen Urteilen von 2010 und 2014 klar festgestellt.
- 3 Gleichzeitig ist Energiearmut ein weit verbreitetes und wachsendes Problem in Deutschland
- 4 geworden. Dies zeigt sich insbesondere an der Anzahl der Stromsperren in deutschen
- 5 Haushalten. Bereits im Jahr 2017 hatten sich die Stromsperren auf insgesamt knapp 350.000
- 6 Haushalte erhöht. Es ist also davon auszugehen, dass jährlich bis zu einer Million Menschen
- 7 von Stromsperren betroffen sind.
- 8 Für die Betroffenen sind die Folgen einer Stromsperre schwerwiegend. Sie können mitunter
- 9 nicht mehr heizen oder eine warme Mahlzeit zubereiten. Hausaufgaben müssen im Dunkeln
- 10 oder
- 11 bei Kerzenlicht erledigt und die Lebensmittel können nicht mehr im Kühlschrank gelagert
- 12 werden. Ohne eine Versorgung mit Energie ist das menschenwürdige Existenzminimum,
- 13 welches
- 14 laut Grundgesetz jedem Menschen zusteht, nicht mehr gesichert. Besonders hart trifft dies
- 15 besonders Schutzbedürftige wie Kinder, alte, behinderte oder pflegebedürftige Menschen.
- 16 Diese haben außerdem oft einen überdurchschnittlich hohen Energiebedarf, ohne dass dies
- 17 ausreichend berücksichtigt wird.
- 18 Zudem können die Stromsperren dazu führen, dass Betroffene durch die anfallenden Gebühren
- 19 für die Mahnung, Sperrung und Entsperrung in eine Verschuldungsspirale geraten, die das
- 20 Risiko, erneut mit einer Energiesperre belegt zu werden, weiter erhöht. Dabei lag der
- 21 Zahlungsrückstand bei einer Sperrandrohung im Jahr 2017 bei durchschnittlich 117 Euro. Die
- 22 Folgekosten von der Mahnung bis zur Wiederherstellung der Versorgung nach einer Stromsperre
- 23 können hingegen schnell die Höhe des eigentlichen Zahlungsrückstandes übersteigen und
- 24 variieren erheblich zwischen den Stromversorgern.
- 25 Auch in der Wissenschaft werden die negativen Folgen der Energiearmut auf die physische und
- 26 psychische Gesundheit der Betroffenen diskutiert. Menschen mit geringem Einkommen sind
- 27 besonders häufig von Stromsperren betroffen. Bei Beziehenden von Grundsicherungsleistungen
- 28 gilt dies sogar überproportional. Häufig kommt es zu Stromsperren, wenn eine einschneidende
- 29 Veränderung im Lebensumfeld, z. B. der Übergang in Rente oder Erwerbslosigkeit, eine
- 30 Trennung, die Geburt eines Kindes oder Erkrankungen hinzukommen. Dies kann sich auch auf
- 31 die
- 32 soziale Lebenssituation der Betroffenen auswirken, denn viele Menschen schämen sich ihrer

30 Zahlungsunfähigkeit, sind stigmatisiert und ziehen sich bei Stromsperrern aus ihrem sozialen
31 Umfeld zurück.

32 Aufgabe des Sozialstaates sollte es sein, Menschen in kritischen Lebenslagen zu schützen und
33 zu unterstützen. Mit der konstant hohen Zahl von Stromsperrern wird in Kauf genommen, dass
34 die Betroffenen in noch stärkere Problemlagen geraten und ihr menschenwürdiges
35 Existenzminimum nicht gewährleistet wird.

36 Für Menschen im Grundsicherungsbezug ist die Situation besonders extrem. Das
37 Bundesverfassungsgericht hat bereits 2014 auf die Gefahr einer Unterdeckungen der
38 Stromkosten im Regelbedarf durch Preissteigerungen hingewiesen und angemahnt, dass „der
39 Gesetzgeber dabei nicht auf die reguläre Fortschreibung der Regelbedarfsstufen warten“
40 dürfe. Die Bundesregierung kommt dem höchststrichterlichen Auftrag jedoch seit Jahren nicht
41 nach. Das Vergleichsportal Verivox hat die Unterdeckung der Stromkosten im Regelsatz
42 berechnet und kommt zu dem Ergebnis, dass die tatsächlichen Stromkosten in einem Ein-
43 Personen-Haushalt den Kostenanteil im Regelsatz um 14 Prozent übersteigen. Für Personen in
44 der Grundversorgung liegt diese Lücke gar bei 24 Prozent. Dabei bestehen erhebliche
45 Unterschiede zwischen den Bundesländern. So liegt die Deckungslücke in der Grundversorgung
46 bei Ein-Personen-Haushalten zwischen 15 Prozent (Bremen) und 34 Prozent (Brandenburg).
Auch
47 die Berechnungen der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen unterstreichen dieses Ergebnis.

48 Um die Unterdeckung der Stromkosten auszugleichen, bleibt den Betroffenen nur die
49 Möglichkeit, bei anderen Ausgaben wie dem Lebensmittelkauf zu sparen. Angesichts des
50 strukturell klein gerechneten Regelsatzes besteht hierfür jedoch kaum Spielraum. So trägt
51 die Bundesregierung maßgeblich dazu bei, dass Menschen in der Grundsicherung so häufig von
52 Stromsperrern betroffen sind.

53 Die Europäische Union hat die Problematik der Energiearmut erkannt und das Problem bereits
54 2009 in einer Richtlinie aufgegriffen, in der die Mitgliedstaaten aufgefordert werden,
55 nationale Aktionspläne oder einen anderen geeigneten Rahmen zur Bekämpfung der
Energiearmut
56 schaffen, die zum Ziel haben, die Zahl der darunter leidenden Menschen zu verringern und
57 damit in jedem Fall eine ausreichende Energieversorgung für schutzbedürftige Kunden
58 gewährleisten. Eine entsprechende Umsetzung in deutsches Recht ist bislang nicht erfolgt.
59 Die Bundesregierung sperrt sich sogar dagegen, das Ausmaß der Energiearmut genauer zu
60 messen.

61 Großbritannien, Belgien und Frankreich haben hingegen auf die sozialen Härten, die mit
62 Stromsperrern einhergehen, reagiert und Maßnahmen ergriffen, um die Stromversorgung
63 sicherzustellen, darunter auch ein Verbot von Stromsperrern in den Wintermonaten. Auch auf
64 kommunaler Ebene in Deutschland wird im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten daran
65 gearbeitet, Stromsperrern und deren Folgen zu vermeiden. So hat es zum Beispiel die Stadt
66 Saarbrücken mit einer engen Kooperation zwischen Betroffenen, Energieversorgern und
67 Jobcentern geschafft, die Stromsperrern fast vollständig zu überwinden.

68 Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern einen wirksamen Schutz vor Energiearmut und Initiativen auf
 69 Bundesebene, welche insbesondere Stromsperrern und damit extreme Energiearmut verhindern:

- 70 • einen nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung der Energiearmut, der zum Ziel hat, die
 71 Zahl der darunter leidenden Menschen zu verringern und eine ausreichende
 72 Energieversorgung für schutzbedürftige Kund*innen zu gewährleisten (entsprechend der
 73 EU-Richtlinie 2009/72/EG, Nr. 53)
- 74 • einen Gesetzentwurf zur Verhinderung von Stromsperrern und zur Sicherstellung der
 75 Energieversorgung
- 76 • die Einführung einer aus dem Regelsatz der Grundsicherung ausgelagerten
 77 Stromkostenpauschale, welche jährlich an die Entwicklung der Stromkosten angepasst
 78 wird und sicherstellt, dass die Stromkosten auch tatsächlich gedeckt werden. Darüber
 79 hinaus müssen Mehrbedarfe aus gesundheitlichen Gründen (z. B. für elektrisch
 80 betriebene Hilfsmittel) oder bei einer dezentralen Warmwasserversorgung kostendeckend
 81 bemessen werden.
- 82 • die Etablierung eines frühzeitigen Hilfesystems im Fall von sich abzeichnenden
 83 Energieschulden zwischen Energieversorgern und Jobcentern bzw. Sozialämtern unter
 84 Einwilligung der Leistungsbeziehenden, um Stromsperrern zu verhindern (analog §22
 85 Absatz 7 SGB II sowie §35 Absatz 1 SGB XII)
- 86 • die Intensivierung von Maßnahmen zur Unterstützung beim Energiesparen, indem
 87 zielgenauer und verlässlicher Bedarfe durch Leistungen außerhalb des Regelsatzes
 88 abgedeckt werden. Hierzu zählen einmalige Leistungen wie Anschaffung oder Reparatur
 89 von weißer Ware wie Waschmaschine und Kühlschrank. Dabei soll sichergestellt werden,
 90 dass bevorzugt besonders energieeffiziente Geräte angeschafft werden.
- 91 • eine Neuregelung des § 19 der Stromgrundversorgungsverordnung (StromGVV). Diese soll
 92 eine Verlängerung der Mahn- und Sperrfristen, eine moderate Anhebung des
 93 Grenzbetrags
 94 bei ausstehenden Zahlungsverpflichtungen sowie eine Deckelung der Mahn- und
 95 Folgekosten umfassen. Zudem sind klare, bundeseinheitliche Härtefallregelungen zu
 96 treffen, die sicherstellen, dass besonders schutzbedürftige Personen nicht mit einer
 97 Stromsperrern belegt werden.
- 98 • die stärkere Förderung bundesweiter Energiespar- und Schuldnerberatungen für
 99 Menschen
 100 mit geringem Einkommen nach dem Vorbild der Projekte „Stromspar-Check Aktiv“ oder
 101 „NRW
 102 bekämpft Energiearmut“
- 103 • die Einführung eines sozial ausgestalteten CO2-Preises, der geringeren Verbrauch
 belohnt und Menschen mit geringem oder keinem eigenen Einkommen entlastet, indem
 die
 Stromsteuer nahezu abgeschafft und ein Energiegeld als Rückerstattung pro Kopf
 ausgezahlt wird

Zukunftsfähig wirtschaften für nachhaltigen Wohlstand - Rahmen setzen für die sozial-ökologische Marktwirtschaft

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: WKF Wirtschaft, Klima, Finanzen

Antragstext

- 1 Unser Wirtschaftssystem und unser Wohlstandsverständnis stehen vor dramatischen
- 2 Veränderungen. Dabei geht es um viel mehr als um eine konjunkturelle Flaute nach Jahren des
- 3 Booms. Viele der heutigen strukturellen Anreize zu produzieren, zu handeln und zu
- 4 konsumieren, stellen uns vor ökologische Probleme dramatischen Ausmaßes und befeuern sozial-
- 5 ökonomische Verteilungskrisen. Es geht um sehr grundsätzliche Herausforderungen.
- 6 Ein ungezügelter Natur- und Ressourcenverbrauch, die Abhängigkeit von Exportüberschüssen,
- 7 eine unzureichend regulierte Globalisierung, die Krise der Care-Arbeit, fehlende
- 8 Investitionen in die Zukunft: Die Krisen verdeutlichen, dass unser angestammtes
- 9 Wirtschaftsmodell so nicht mehr funktioniert. Der liberale Ökonom Nicolas Stern hat zu Recht
- 10 festgestellt: „Der Klimawandel ist der größte Fall von Marktversagen, den die Welt je
- 11 gesehen hat.“
- 12 Die enormen Wohlstandsgewinne kommen bei zu vielen nicht an und die Ungleichheit nimmt zu.
- 13 Globale Konzerne, die sich nationaler Rechtsetzung entziehen, und Finanzmärkte, die an
- 14 Stelle demokratischer Politik entscheiden, unter welchen Bedingungen wir Menschen leben. Das
- 15 alles höhlt nicht nur die Grundlagen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens aus und
- 16 gefährdet
- 17 bei uns und in vielen anderen Ländern immer stärker das Vertrauen in demokratische Politik.
- 18 Es zerstört auch die ökonomischen Grundlagen unserer Gesellschaft. Gleichzeitig erschüttern
- 19 globale Handelskonflikte die Weltwirtschaft und die multilaterale Weltwirtschaftsordnung.
- 20 Der drohende Brexit sorgt zusätzlich für Verunsicherung in der EU. Das hat Folgen. Nach
- 21 Jahren des Booms zeichnet sich in Deutschland ein ernsthafter Abschwung der Konjunktur ab.
- 22 Jede Generation hat ihre Aufgabe. Wohlstand als Frage der Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit
- 23 neu zu definieren und die Politik darauf auszurichten, ist unsere. Wir müssen jetzt den Mut
- 24 haben, weitreichende Entscheidungen zu treffen, dafür leidenschaftlich in der ganzen Breite
- 25 der Gesellschaft zu werben und nicht verzagt nur in Trippelschritten zu denken.
- 26 Übergeordnetes Ziel ist eine ökologisch nachhaltige, gerechte und emanzipatorische Welt.
- 27 Diese drei Dimensionen sind Richtschnur für die Bewertung der Zukunftsfähigkeit unseres
- 28 Wirtschafts- und Finanzsystems. Sie bedingen einander und dürfen nicht gegeneinander
- 29 ausgespielt werden. Wir sind dabei nicht blind für Zielkonflikte, die in demokratischen
- Aushandlungsprozessen gelöst werden müssen.

Konzepten wie „Wachstum“, „Effizienz“, „Wettbewerb“ und „Innovation“ wird derzeit ein Selbstzweck zugestanden, anstatt sie als das zu betrachten, was sie sein sollten: Mittel zur Erreichung von Wohlstand und Lebensqualität innerhalb der planetaren Grenzen. Wir aber wollen die fundamental wichtigere Debatte um gesellschaftliche Ziele führen, denen diese Mittel unterzuordnen sind. So wollen wir auch individuelle und gesellschaftliche Freiheit neu beleben.

Richtig ausgestaltet schaffen wir die Grundlagen dafür, dass notwendige Innovationen in Europa entwickelt und marktfähig gemacht werden und damit zukunftsfähige neue Arbeitsplätze im Handwerk, in Startups, in der Dienstleistungsbranche und auch in traditionsreichen Industrieunternehmen entstehen. Dazu gehören auch massive Investitionen, öffentlich wie privat, um den immensen Investitionsstau in unserem Land zu begegnen, um mit Produktivität und neuen Ideen die immensen Aufgaben beim Klimaschutz schnell und entschlossen anpacken zu können.

Wir streben ein Wirtschafts- und Finanzsystem an, das die planetaren Grenzen einhält und gleichzeitig menschliche Entfaltung garantiert – und zwar weltweit, über Grenzen hinweg und für zukünftige Generationen. Ein zentrales Mittel dafür ist die **sozial-ökologische Neubegründung der Marktwirtschaft**. Sie ist das Gegenmodell zu einem ungeregeltem Kapitalismus und einem autoritären Staatskapitalismus. Für dieses zukunftsfähige Modell der Marktwirtschaft ist mit der Gemeinwohlorientierung des Eigentums bereits die Grundlage gelegt. Art. 20a GG verpflichtet zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Die Sozialpflichtigkeit des Eigentums in Art. 14 Abs. 2 GG umfasst daher auch die Verpflichtung auf die Einhaltung ökologischer Leitplanken. Wir streben ein Wirtschafts- und Finanzsystem an, das die planetaren Grenzen einhält und gleichzeitig menschliche Entfaltung garantiert – und zwar weltweit, über Grenzen hinweg und für zukünftige Generationen.

Den Weg dahin bereitet ein **Green New Deal**. Er schafft den neuen Ordnungsrahmen für faires, ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften. Er investiert mutig in die Zukunft. Er setzt neue Kräfte für Kreativität und Innovationen frei. Er sorgt für sozialen Ausgleich und soll zur Geschlechtergerechtigkeit beitragen. Er schafft die Grundlagen für einen nachhaltigen Wohlstand, der nicht auf der Ausbeutung der Natur und einer fossilen Wirtschaftsweise basiert, sondern den Mensch in den Mittelpunkt stellt.

Wir sind überzeugt, dass das freie und kreative Handeln von Menschen und die Dynamik eines fairen Wettbewerbs und gesellschaftlicher Kooperation nachhaltigen Wohlstand und innovative Problemlösungen schaffen können. Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, bietet die Marktwirtschaft beste Voraussetzungen für sozial-ökologisches Wirtschaften. Die Kräfte von Märkten und Kapital können beeindruckend sein - sie haben unsere Gesellschaften und unseren Planeten in den letzten Generationen fundamental verändert. Märkte können Bedürfnisse und Fähigkeiten in komplexen Gesellschaften zusammenbringen und viele Menschen konnten sich so aus absoluter Armut befreien. Auch können Marktmechanismen zur Lösung mancher gesellschaftlicher Probleme beitragen. Doch andererseits können sie auch große Destruktivkräfte entwickeln: Anreize zur Ausbeutung nicht-erneuerbarer, zur Übernutzung nachwachsender Rohstoffe sowie zur Ausbeutung der Arbeitskraft von Menschen gehen zu

Lasten

71 von Ökosystemen und dem Wohl der Weltgemeinschaft. Konzentrationstendenzen auf Märkten
72 verkehren ihre positiven Aspekte ins Gegenteil.

73 Märkte funktionieren nur mit klaren Leitplanken. Doch dafür braucht es den gesamten
74 Instrumentenkasten aus Steuern-, Abgaben- und Ordnungsrecht sowie intelligenter öffentlicher
75 Forschungs- und Förderpolitik. Wir wollen die Leitplanken im Markt so setzen, dass er
76 zukunftsfähige Ergebnisse produziert. Im Wettbewerb soll erfolgreich sein, wer übergeordnete
77 gesellschaftliche Ziele nicht konterkariert, sondern sie durch die dezentrale Suche nach den
78 effizientesten Angeboten für Bedarfe befördert. Wir wollen die Besteuerung vom Faktor
79 „Arbeit“ auf die Faktoren „Ressourcen“ und „Kapital“ verlagern sowie externalisierte Umwelt-
80 und Sozialkosten internalisieren und damit in die Unternehmensbilanzierung ökologische und
81 soziale Werte einpflegen.

82 Der Markt kann allerdings nicht das alleinige Organisationsprinzip für das Wirtschaften in
83 einer Gesellschaft sein. Ein Großteil menschlicher Wirtschaftsbeziehungen erfolgt jenseits
84 von Märkten – über den Staat, in Haushalten oder gemeinschaftlich organisierten Bereichen.
85 Innovation und die Durchsetzung bester Ideen gibt es auch in kooperativen Systemen außerhalb

86 kapitalistischer Märkte. Produktion und Eigentum kann auch in anderen Formen jenseits von
87 Markt und Staat organisiert werden, etwa in Genossenschaften. Dazu bedarf es eine aktive
88 Förderung solcher Alternativen und eine Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen
89 für
90 ihre Ausweitung und Absicherung.

91 Technologische Entwicklung ist ein wesentlicher Baustein, um die genannten Ziele zu
92 erreichen. Statt eines blinden Strebens nach technischen Innovationen wollen wir diese
93 werte- und zielgeleitet gestalten und entsprechend fördern. Wir GRÜNE wollen einen
94 Fortschritt, der sich nicht an der bloßen Anzahl technischer Innovationen festmacht, sondern
95 daran, dass es eine konkrete Verbesserung der Lebensbedingungen für die Menschen und des
96 Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen gibt.

97 Ein Green New Deal, der die planetaren Grenzen unserer Erde einhält, erfordert radikales
98 Umsteuern und die Bereitschaft zu einem Kulturwandel, der Entfaltung nicht mit Konsum
99 gleichsetzt, sondern Freizeit, Bildung, Familie, Gemeinschaft und Gesundheit aufwertet.

100 Die Aufgabe besteht darin, die all diese Allokations- und Kooperationsprozesse der Zukunft
101 so auszurichten, dass sie den Menschen und der Natur dienen. Eigentum verpflichtet. Im
102 Mittelpunkt unser Wirtschaftspolitik stehen, nicht die Gewinne Einzelner, sondern das
103 Wohlergehen aller Bürger*innen und der Schutz der Umwelt. Dafür braucht es eine Politik, die
104 beherzt vorangeht. Wenn wir es gut machen, können wir die großen Herausforderungen jetzt
105 nutzen, um unsere Wirtschaft in Deutschland und in Europa auf Zukunft, Gemeinwohl und
106 nachhaltigen Wohlstand zu drehen. Deutschland kann hier eine Vorreiterrolle einnehmen und
107 vorleben, dass menschliche Entfaltung unter Einhaltung der planetaren Grenzen möglich ist.

108 Es wird gelingen

109 Unser Anspruch ist, dass Menschen sich entlang ihrer Vorstellungen in Freiheit und Würde
110 entfalten können. Das erfordert ein Wirtschaftssystem, das Unternehmensgeist ebenso fördert
111 wie es die Rechte von Beschäftigten schützt, nachhaltigen Wohlstand schafft, auf globale
112 Gerechtigkeit zielt, die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern überwindet und

gleichzeitig mit starken sozialen Institutionen Gerechtigkeit und Sicherheit garantiert. Eine starke und zukunftsfähige Wirtschaft, starke staatliche Institutionen und ökologische Leitplanken sowie ein starkes soziales Netz sind deshalb Grundbedingungen für die sozial-ökologische Marktwirtschaft. Es bedarf auch einer ökonomischen Bildung für nachhaltige Entwicklung, um diese Transformation zu realisieren und die Menschen zu befähigen, an der Umsetzung der Ziele einer nachhaltigen Entwicklung lokal, national und global mitzuwirken. Was Unternehmen, Arbeitnehmer*innen und Verbraucher*innen nicht brauchen, ist eine wankelmütige Politik, die (zu) spät ihre Unterlassungen korrigiert und dann in hektischen Aktionismus verfällt. Was sie brauchen, ist ein berechenbarer Weg in eine grundlegend neue Welt.

Für Deutschland ist die Überwindung des Kohle- und Öl-Zeitalters ein entscheidender, ja ein schicksalhafter Moment. Automobil, Chemie und Maschinenbau waren die Säulen des Erfolges der deutschen Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten, aber sie müssen sich neu erfinden, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Dabei kann die deutsche Industrie auf das bauen, was sie – und vor allem den Mittelstand – stark gemacht hat: ihre Ingenieurskunst, ihre Kreativität, das mittelständische Tüftlertum, die Sozialpartnerschaft mit den Gewerkschaften und ihre europäische und globale Orientierung.

Der Green New Deal für eine sozial-ökologische Neubegründung der Marktwirtschaft wird dann erfolgreich sein, wenn er auf ein neues Bündnis aus Arbeit und Umwelt setzt. Ohne die Beteiligung von Beschäftigten, Betriebsrät*innen und Gewerkschaften, ohne ihre Perspektive, ihren immensen Wissensschatz und ihre Wirkmacht in Unternehmen gelingt der Aufbau einer gemeinwohlorientierten Wirtschaftsordnung nicht. Wir wollen mit den Beschäftigten Seit an Seit für den Wandel kämpfen.

Viele Unternehmen machen sich bereits auf den Weg dahin. Mittelständler*innen schalten ihre Produktion auf Klimaneutralität um, Finanzinstitute entziehen sich dem Geschäft mit fossilen Energien, IT-Unternehmen setzen auf Erneuerbare und Großkonzerne erweitern grüne Produktportfolios. Die Industrie verlangt bereits ein überzeugendes, ökologisches Modernisierungsprogramm für Deutschland. Die Technologien, Innovationen und Ideen sind da. **Die Politik muss jetzt liefern.** Eine teils noch schweigende, immer lauter werdende Mehrheit ist für eine positive, sozial-ökologische Gesellschaftsvision. Diese wollen wir in politisches Gewicht ummünzen und werden den engen Schulterschluss mit Wirtschaftsvertreter*innen, Bürger*innenbewegungen, Studierendenorganisationen, Gewerkschaften und kritischen Forscher*innen suchen. Wir werden uns konsequent gegen die Kräfte behaupten, die einer Transformation entgegen stehen.

Mit folgenden Maßnahmen wollen wir den Weg in eine sozial-ökologische Transformation ebnen:

1. Ein neuer Wohlstandsbegriff

Um den universalen Anspruch der Menschen auf Würde, Freiheit und Glücksstreben innerhalb der planetaren Grenzen zu erfüllen, brauchen wir eine andere Form, Wohlstand zu messen. Unser heutiges Wirtschafts- und Sozialsystem ist darauf angewiesen, dass die Wirtschaft stetig wächst. Wächst sie nicht, drohen im heutigen System Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit, geraten Staatshaushalt und Sozialversicherungen ins Ungleichgewicht und es verschärfen sich

153 gesellschaftliche Verteilungskonflikte. Klar aber ist: Ein ökologisch blindes
154 Wirtschaftswachstum und die ökologische Begrenztheit unseres Planeten stehen miteinander im
155 Konflikt. **Dazu werden wir sowohl Wohlstand von Wachstum als auch Wachstum soweit
möglich von**
156 **Ressourcenverbrauch entkoppeln.** Wirtschaftswachstum ist nicht per se das Problem - der
damit
157 einhergehende Verbrauch natürlicher Ressourcen, die Überlastung natürlicher Senken - wie zum
158 Beispiel Ozeane und Wälder - und die Ausbeutung billiger Arbeitskraft schon.
159 Maßgeblich ist daher, nach Maßgabe globaler Tragfähigkeitskriterien sowie ökologischer
160 Regenerations- und Belastungsgrenzen, dem ökonomischen Prozess Vorgaben für den
maximalen
161 Verbrauch an nachwachsenden Ressourcen und die Inverkehrbringung fossiler Ressourcen zu
162 machen. Deswegen müssen wir unsere Systeme darauf vorbereiten auch
wachstumsunabhängig
163 stabil zu bleiben.

164 Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist schon heute ein schlechter Indikator für Wohlstand und
165 Lebensqualität, es ist blind für die sozialen Folgen und die ökologischen Schäden unseres
166 Wirtschaftens. So werden etwa der Abbau von Ressourcen und die Zerstörung von Natur- und
167 Sozialkapital im BIP überhaupt nicht berücksichtigt. Während Unternehmen beispielsweise den
168 Rückgang von eigenen Bodenschätzen den Gewinnen gegenüberstellen und Abschreibungen
169 vornehmen, macht der Staat das bisher nicht. Auch Reparaturmaßnahmen von Umweltschäden
170 erscheinen im BIP als Steigerung, obwohl damit bestenfalls der Status quo wiederhergestellt
171 und unter dem Strich nichts gewonnen ist. Genauso wird die unbezahlte Sorgearbeit, die vor
172 allem von Frauen geleistet wird und eine unverzichtbare Grundlage unseres Wohlstands bildet,
173 derzeit bei der Wohlstandsmessung nicht berücksichtigt. Wir schlagen deshalb **ein neues**
174 **Wohlstandsmaß** und eine **neue Form der Wirtschaftsberichterstattung** vor, um neben
den
175 ökonomischen auch ökologische, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen zu messen und
176 Indikatoren dafür festzulegen.

177 Wir wollen damit Wohlstand in Deutschland und Europa zukünftig umfassender messen und den
178 Fortschritt beim ökologischen Umbau der Wirtschaft langfristig abbilden. Auch für die
179 Unternehmen können davon innovative Impulse ausgehen. Wir wollen, dass öffentliche
180 Unternehmen mit gutem Beispiel voran gehen und an der Erarbeitung der integrieren
181 Berichterstattung als Pilotunternehmen mitwirken. Die von allen größeren privaten
182 Unternehmen in ihrem Jahresabschluss zu veröffentlichenden über Nachhaltigkeitsindikatoren
183 wie CO₂-Emissionen wollen wir zukünftig für börsennotierte Unternehmen verpflichtend in die
184 Kommunikation ihrer Finanzergebnisse einfügen, um so den Dialog mit Investoren und der
185 Gesellschaft zu sozial-ökologischen Werten zu verstetigen. Bestehende Ausnahmen für nicht
186 börsennotierte Unternehmen sowie für viele Banken und Versicherer wollen wir abschaffen. Wir
187 wollen das Aktienrecht und die Bilanzierungsregeln so verändern, dass Aktiengesellschaften
188 sich von innen heraus verändern und auf eine langfristige, nachhaltige Entwicklung
189 ausrichten. Wir werden Aktiengesellschaften verpflichten, sich eine Nachhaltigkeitsstrategie

zu geben. Dadurch schaffen wir einerseits Transparenz, andererseits wird so erst möglich, dass von einer Pflichtverletzung des Vorstandes abgesehen wird, wenn eine Entscheidung der nachhaltigen Entwicklung des Unternehmens, nicht der kurzfristigen Gewinnerwartung dient. Die nichtfinanziellen Ziele und Indikatoren sollten wie die finanziellen extern überprüft und testiert werden. Langfristig wollen wir erreichen, dass diese ökologischen und sozialen Werte auch entsprechend bepreist werden und so direkten Einfluss auf den wirtschaftlichen Erfolg eines Unternehmens haben.

2. Die Wirtschaft klimaneutral machen¹

Wir können unser Wirtschaften verändern, aber nicht unsere Abhängigkeit von einer intakten Natur. Aus wissenschaftlicher Perspektive sind wir beim CO₂-Ausstoß kurz davor, alle roten Linien zu überschreiten, vor denen uns fast alle Forscher*innen warnen. Das hätte gravierende Konsequenzen für uns, unsere Kinder und Enkel. Die Auswirkungen spüren wir schon heute drastisch. Noch stärker betreffen sie jetzt schon Menschen im globalen Süden, obwohl sie am wenigsten zu dem menschengemachten Klimawandel beigetragen haben. Politisch werden die Klima- und Umweltauswirkungen unserer derzeitigen Wirtschaftsweise unsere Gesellschaften fordern wie nie zuvor.

Nach Jahren des Stillstands ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, schnell und massiv in die Infrastruktur zu investieren, die eine klimaneutrale Wirtschaft und Gesellschaft trägt. Um zur klimaneutralen Wirtschaft zu kommen, müssen **Bahn, Autos und Gebäude weitgehend elektrifiziert** werden. Für Lastwagen, Flugzeuge und Schiffe wird Wasserstoff eine zentrale Rolle spielen, ebenso für die Stahlindustrie, die Zementindustrie und Teile der Chemiebranche.

Die Energiewende muss dafür nach den Phasen der Markteinführung und Marktdurchdringung nun in die dritte Phase geführt werden, in der sie die Wirtschaft flächendeckend mit regenerativer Energie versorgt. Sie ist den Kinderschuhen entwachsen und muss im nächsten Jahrzehnt via **Sektorenkopplung** die Bereiche Verkehr, Industrie und Wärme erschließen. Gleichzeitig müssen Unternehmen drastisch Energie einsparen und effizienter verwenden sowie CO₂-lastige durch CO₂-neutrale Produktionsverfahren ersetzen.

Dabei können wir darauf bauen, dass technische und gesellschaftliche Entwicklungen nicht linear verlaufen, und dass wir effizienter oder besser werden können in einem **Sprung aus dem**

Gewohnten heraus. Und darauf, dass die Marktwirtschaft ihre volle innovative Kraft entfalten kann, wenn wir die richtigen politischen Leitplanken setzen. **Märkte sind ein mächtiges Instrument**, sie schaffen und zerstören in rasendem Tempo. Sie können verheerende Krisen entzünden – Lehman Brothers lässt grüßen – und sie können gleichzeitig dafür sorgen, dass binnen weniger Jahre das Smartphone auch in den entlegendsten Winkeln dieser Erde Menschen miteinander verbindet. Märkte können, wenn die Anreize richtig gesetzt sind, eine **grüne Revolution** entfachen, die unsere Vorstellungskraft auf die Probe stellen wird. Damit dies geschieht, muss der Staat durch **Ordnungspolitik, Preispolitik, Förder- und**

228 **Investitionspolitik** den Rahmen so zu setzen, dass der Weg zum klimaneutralen Verhalten in
229 einem sozial-ökologisch gerahmten Markt rechtlich verbindlich und ökonomisch lohnend ist.

230 Wir wollen weg von einem System, das nur kurzfristige Renditen belohnt und stattdessen
231 Instrumente einsetzen, die eine langfristige und gesellschaftliche verantwortliche
232 Unternehmenspolitik fördert.

233 **Ordnungsrecht bedeutet Planungssicherheit für die Unternehmen.** Also die verlässliche
234 Vorgabe, dass Autos, Flugzeuge, Maschinen oder Kraftwerke ab einem bestimmten Datum kein
235 Treibhausgas mehr ausstoßen dürfen. **Preispolitik schafft fairen Wettbewerb**, weil die
236 Klimabilanz von Produkten zum Teil des Preises wird. Klimaschädliches Wirtschaften wird
237 teurer, klimafreundliches Verhalten billiger. **Förder- und Investitionspolitik** gibt
238 Starthilfen für neue Produkte und Produktionsweisen und verhilft ihnen über die Schwelle zur
239 Wirtschaftlichkeit. Und sie schafft über den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur die Basis
240 für ökologische Wirtschafts- und Lebensweise.

241 Ein Klimaschutzgesetz macht die Vorgaben

242 Das **Klimaschutzgesetz** ist das ordnungspolitische Herzstück. Ein solches Gesetz legt für alle
243 Wirtschaftsbereiche (Sektoren) verbindliche CO₂-Minderungsziele und CO₂-Minderungspfade
244 ebenso wie die dafür notwendigen Maßnahmen fest. Es garantiert eine dichte Kontrolle, ob die
245 Maßnahmen wirken, und sieht empfindliche Sanktionen bei einer Verfehlung der Ziele vor.
246 Ergänzt wird ein solches Klimaschutzgesetz durch weitere ordnungsrechtliche Vorgaben. Zum
247 Beispiel wollen wir, dass ab **2030 nur noch emissionsfreie Autos** neu zugelassen werden
und

248 der Weg dorthin durch verbindliche Quoten für E-Autos bereitet wird. Auch der Umbau der
249 energieintensiven Unternehmen ließe sich über ansteigende Quoten zum Beispiel für
250 klimaneutralen Stahl in Autos oder auch Windrädern und Gebäuden nicht nur planungssicherer
251 gestalten, die Unternehmen hätten gerade mit Blick auf die weltweiten Überkapazitäten so
252 auch einen Wettbewerbsvorteil auf dem europäischen Markt.

253 CO₂ muss einen Preis bekommen

254 Ein **wirksamer CO₂-Preis** ist für uns der zweite Teil des nötigen Instrumentenmixes, den wir
255 zugleich klimapolitisch wirksam und sozial gerecht ausgestalten wollen. Nur so lassen sich
256 zügig ein stabiler, langfristig orientierter Investitionsrahmen schaffen und mit
257 marktwirtschaftlichen Mitteln Anreize zur Senkung des CO₂-Ausstoßes und für eine Umstellung
258 von Produktionsweisen sowie für „Efficiency First“ beim Umgang mit Ressourcen setzen. Nur so
259 lässt sich das Potenzial auf einer für alle Marktteilnehmer transparenten Basis für einen
260 fairen Wettbewerb schaffen. Der CO₂-Preis schafft Gerechtigkeit und steigert mittelfristig
261 auch die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt — denn Klimaschutz ist nicht nur notwendig,
262 sondern auch ein globaler Zukunftstrend.

263 Keine Steuermittel mehr für klimaschädliches Verhalten

264 Damit ökonomische Anreize ihr volles Potenzial entfalten können und zusätzliche finanzielle
265 Spielräume für Zukunftsinvestitionen entstehen, wollen wir **umwelt- und klimaschädliche**
266 **Subventionen konsequent abbauen.** Insgesamt betragen diese in Deutschland über 57
Milliarden

267 Euro. Staatliche Subventionen wie die Steuerbefreiung von Rohöl zur Plastikherstellung, dem
268 immer noch gewährten Beschaffungszuschuss für neue Ölheizungen oder die Nichtbesteuerung

von

269 Kerosin wollen wir endlich beenden.

270 Investitionen in CO₂-neutrale Industrieprozesse, insbesondere in den Bereichen
 271 Metallproduktion (z.B. Stahl, Aluminium, Lithium), Chemie und Zement, lohnen meist erst bei
 272 sehr hohen CO₂-Preisen, die das europäische Emissionshandelssystem derzeit noch nicht
 273 abbildet. Damit sich solche Investitionen für Unternehmen schon heute rechnen, wollen wir
 274 den Unternehmen die Differenz zwischen dem aktuellen CO₂-Preis und den tatsächlichen CO₂-
 275 Vermeidungskosten erstatten, welche ihnen durch die Investitionen in neue Verfahren und
 276 Technologien entstehen (Carbon Contract for Difference). Die Kosten dafür können über eine
 277 Klima-Umlage refinanziert werden, die auf die Endprodukte aufgeschlagen wird und die für
 278 heimische Produkte und Importe gleichermaßen gilt. So rechnen sich diese Investitionen
 279 sofort und es werden kurzfristige Wettbewerbsnachteile gegenüber Regionen ohne eine
 280 entsprechende CO₂-Bepreisung vermieden.

281 Förderpolitik gibt Starthilfe

282 Wir lassen die Unternehmen bei der ökologischen Transformation nicht allein und wollen sie
 283 unterstützen. Für Investitionen in transformative, CO₂-neutrale Industrieprozesse in den
 284 Bereichen Stahl, Chemie oder Zement wollen wir deshalb **bessere**

Abschreibungsmöglichkeiten

285 **schaffen und Leuchtturmprojekte CO₂-neutraler Verfahren und Prozesse gezielt fördern.** Die

286 Basis zur Entwicklung solcher Verfahren ist die entsprechende Forschung. Weiterhin richten
 287 wir die öffentliche Beschaffung konsequent klimaverantwortlich aus und schaffen so
 288 Leitmärkte, die innovativen Unternehmen die notwendige Sicherheit geben, dass ihre Produkte
 289 auch einen Markt finden, auf dem sie starten können.

290 Um den ökologischen Umbau zu fördern und gleichzeitig den sich anbahnenden
 291 Wirtschaftsabschwung zu bekämpfen werden wir die degressive Abschreibung (AfA) zeitlich
 292 befristet wieder einführen.

293 Plurale Bildung und Forschung ermöglichen

294 Für ein Verständnis der Herausforderungen der Zukunft, wie z.B. die Klimakrise, und die
 295 Entwicklung von Lösungen brauchen wir in Forschung und Bildung Methoden- sowie
 296 Theorienvielfalt und kritisches Hinterfragen normativer Annahmen. Das bedeutet
 297 beispielsweise in den Wirtschaftswissenschaften, dass so genannte heterodoxe Ansätze – also
 298 z.B. feministische und ökologische Ansätze – deutlich stärker gelehrt und beforscht werden.
 299 Wir setzen uns dafür ein, dass das bei der Konzeption und Vergabe von Forschungs- und
 300 Förderprogrammen berücksichtigt wird. Mehr Forschung und Bildung zu
 Postwachstumsökonomien
 301 ist auch ein wichtiger Schlüssel für eine klimaneutrale Wirtschaft.

302 In die ökologische Infrastruktur investieren

303 Investitionen in Klimaschutz bedeutet vor allem: Auf- und Ausbau der Stromerzeugung aus
 304 Erneuerbaren Energien und der dafür notwendigen Speicher und Stromnetze, Ausbau von
 305 Bahninfrastruktur, von ÖPNV, Fahrrad- und Fußverkehrsinfrastruktur, aber auch Aufbau von
 306 Ladeinfrastruktur für E-Mobilität sowie von Infrastruktur für erneuerbaren Wasserstoff.
 307 Wärmenetze, energetische Gebäudesanierung und der Ersatz von Öl- und Gasheizungen

benötigen

308 Unterstützung. Auch stehen die Rettung unserer Wälder, die Erhöhung von Deichen und die
309 Schaffung von mehr Überflutungsflächen für Flüsse, der Umbau zu einer klima- und
310 tierschutzgerechten Landwirtschaft an.

311 Allein die Bahn braucht mindestens drei Milliarden Euro pro Jahr, um die notwendige
312 Verlagerung des Verkehrs von der Luft und der Straße auf die Schiene stemmen zu können. Für
313 den Aufbau eines elektrischen Ladesäulennetzes brauchen wir ein Investitionsprogramm in
Höhe

314 von 600 Millionen Euro. Unser Programm „Faire Wärme“, mit dem wir die energetische
315 Gebäudesanierung unterstützen wollen, umfasst 7 Milliarden Euro im Jahr. Dies sind nur drei
316 Beispiele. Insgesamt plädieren wir für **zusätzliche öffentliche Investitionen in Höhe von 30**

317 **Milliarden pro Jahr.**

318 Wettbewerbsfähigkeit sichern, Klimadumping verhindern

319 Neben den notwendigen Anreizen müssen wir bei Einführung von ordnungspolitischen
320 Klimamaßnahmen die europäische Industrie auch vor möglichen Nachteilen im internationalen
321 Wettbewerb mit Staaten ohne eine vergleichbare Klimaschutzpolitik schützen. Dies kann über
322 **Grenzausgleichsmaßnahmen** wie europäische **Klimazölle**, die auch auf Importe
aufgeschlagen

323 werden, oder über einen **Grundstoffausgleich**, der Recycling und weniger energieintensive
324 Werkstoffe belohnt, geschehen. Auch die Finanzierung der zusätzlich notwendigen
325 Investitionskosten für saubere Technologien könnte in Zukunft ein Weg sein, anstatt
326 weiterhin kostenlose Zertifikate im Emissionshandel auszugeben.

327 Divestment: Kapital aus fossilen in grüne Geschäftsfelder lenken

328 Mit einer breit angelegten **Divestmentstrategie** wollen wir dafür sorgen, dass Anlagekapital
329 zukünftig Klimaschutz statt Klimazerstörung finanziert. Öffentliche Banken und
330 Versicherungen sollen **Investitionen in die Dekarbonisierung der Wirtschaft** umlenken
und

331 umgehend aus klimaschädlichen Wirtschaftsproduktionen wie Kohle- oder Erdölindustrie
332 aussteigen. Damit auch Kleinanleger*innen von der grünen Finanzwende profitieren und ihr
333 Geld mit gutem Gewissen anlegen können, brauchen wir ein **EU-Label für nachhaltige**
334 **Finanzprodukte** mit starken ökologischen und sozialen Standards. Damit alle Anleger*innen
335 nachvollziehen können, ob Unternehmen ökologisch wirtschaften, werden wir entsprechende
336 Offenlegungspflichten einführen.

337 Neue Anlagerichtlinien für die öffentliche Hand, Fonds wie für die Beamt*innenpension oder
338 Rücklagen der Bundesanstalt für Arbeit sollen Nachhaltigkeits- und Klimaschutzkriterien
339 folgen. Der Bund kann dem Markt für nachhaltige Geldanlagen wichtige Impulse geben. Dafür
340 muss er seine Investitionen in Kohle-, Öl- und Gas-Konzerne, die Geschäfte auf Kosten des
341 Klimas machen, beenden.

342 Damit neben der Rendite auch die Klima- und Sozialverträglichkeit zur Grundlage von
343 Entscheidungen über Investitionen und Kreditvergaben gemacht werden, brauchen wir einen
344 verbindlichen **europäischen Standard für Nachhaltigkeit**, dessen Leitplanken die 17 UN-
Ziele

345 Nachhaltigkeit (SDGs) sind, anhand dessen auch sozial-, geschlechter-, klima- und

346 umweltschädliche Wirtschaftsbereiche klar benannt werden können. Auf dieser Grundlage
347 müssen

347 alle Finanzmarktakteure die Auswirkungen ihrer Investitionen offenlegen.

348 Klimarisiken, die in Konzern- und Bankbilanzen schlummern, sollten bei der Bewertung durch
349 Rating-Agenturen und die Finanzmarktaufsicht berücksichtigt werden, zum Beispiel durch
350 **Klima-Stresstests für Banken und Versicherungen** oder durch Aufschläge bei
351 Eigenkapitalanforderungen bei Finanzierungen, die hohe Klima und Umweltrisiken bergen.

352 **3. Verwerten statt Verschwenden: Kreislaufwirtschaft als übergeordneter Rahmen**

353 Die ökologische Wende kann nur gelingen, wenn wir nicht dauerhaft auf immer mehr Rohstoffe
354 angewiesen sind. So können Unternehmen Kosten in erheblichem Umfang einsparen und
außerdem

355 können hunderttausende neue Jobs entstehen. Im Bereich Elektromobilität beispielsweise gibt
356 es großes Potenzial, um durch Recycling der Lithium-Ionen-Batterien einerseits den
357 ökologischen Fußabdruck zu verkleinern, andererseits den Bedarf an Rohstoffen zu senken.
358 Dafür müsste nur die EU-Batterierichtlinie reformiert werden.

359 Unser Ziel ist der parallele **Aufbau einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft**. Diese
360 basiert auf in sich geschlossenen Stoffkreisläufen. Der Kreislauf beginnt bereits bei der
361 Produktgestaltung. Produkte müssen so designt werden, dass die jeweiligen Einzelteile auch
362 wieder voneinander getrennt und sinnvoll wiederverwertet werden können. Dafür wollen wir
363 verbindliche Vorgaben in der EU-Ökodesign-Richtlinie schaffen. Wir wollen Abfallvermeidung-
364 und verwertung durch einen Mix aus Anreizen und Vorgaben stärken: Wir wollen

Recyclingquoten

365 **einführen**, welche die tatsächlich im Kreislauf geführten Wertstoffe messen. Hersteller*innen
366 sollen zu einer festen **Einsatzquote für recycelte Rohstoffe** verpflichtet werden.

367 Die Rücknahme- und Verwertungspflicht bei Produkten wie Verpackungen, Elektro- und
368 Elektronikaltgeräten muss ausgeweitet und durch finanzielle Anreize gestärkt werden. Ein
369 solcher Anreiz ist die Weiterentwicklung der Lizenzentgelte für Verpackungen zu einer
370 **Ressourcenabgabe**, die gleichzeitig ökologische Verpackungen über einen Bonus fördert.
Auch

371 Rücknahmeprämien für einzelne Produktgruppen wie beispielsweise Mobiltelefone können ein
372 möglicher Weg sein. Unser Ziel ist, bis 2030 alle Kunststoffprodukte kosteneffizient zu
373 recyceln oder wiederzuverwenden. Schließlich wollen wir die Forschung für Recycling-Prozesse
374 und die Substitution von Rohstoffen intensivieren.

375 **4. Soziale Sicherung im ökologisch-sozialen Wandel neu denken**

376 Sowohl durch den notwendigen ökologischen Umbau der Wirtschaft als auch die Digitalisierung
377 werden viele neue Arbeitsplätze entstehen, auf der anderen Seite fallen aber auch viele
378 Arbeitsplätze weg. Neue Qualifikationen werden benötigt, es entstehen aber auch
379 Unsicherheiten. Die Arbeitswelt wird durch die Digitalisierung bunter und vielfältiger. Für
380 die soziale Sicherung bedeutet dieser Wandel der Arbeit und des Arbeitsmarktes, dass sie
381 universeller werden muss. Je diverser die Arbeitswelt wird, desto mehr brauchen wir eine
382 soziale Sicherung, die sich nicht am Erwerbsstatus orientiert, sondern alle Bürger*innen
383 absichert, unabhängig davon, ob sie Vollzeit oder Teilzeit, abhängig oder selbstständig oder
384 auch gar nicht erwerbstätig sind, zumal es immer mehr Wechsel zwischen diesen

385 unterschiedlichen Beschäftigungsformen und mehr Erwerbsunterbrechungen, freiwillige und
386 unfreiwillige, geben wird.

387 Wir wollen deswegen die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung zu
388 Bürger*innenversicherungen weiterentwickeln, in die alle Bürger*innen auf alle
389 Einkommensarten einzahlen. Die Arbeitslosenversicherung sollte zu einer Arbeitsversicherung
390 für alle Erwerbstätigen, abhängig Beschäftigte wie Selbstständige, weiterentwickelt werden,
391 mit einem Recht auf Weiterbildung, das auch entsprechend sozial abgesichert sein muss, damit
392 sich insbesondere Menschen mit geringen Einkommen auch eine Weiterbildung leisten können.
393 Und wir wollen, dass in allen Lebenslagen das Existenzminimum garantiert wird. Deswegen
394 wollen wir eine Kindergrundsicherung einführen, eine Garantierente und eine
395 Garantiesicherung, mit der wir Hartz IV überwinden. Dabei geht es nicht nur um eine soziale
396 Abfederung der Veränderungen, sondern wir wollen die Menschen befähigen selbstbestimmt an
397 der Gesellschaft teilzuhaben und den ökologisch-sozialen Wandel kreativ und innovativ
398 mitgestalten zu können.

399 **5. Gute und selbstbestimmte Arbeit - wir gestalten den Wandel der Arbeitswelt**

400 Unsere Arbeitswelt wird sich in den kommenden Jahren vor allem durch die Digitalisierung
401 rasant und tiefgreifend verändern. Bekannte Tätigkeiten und Arbeitsplätze werden wegfallen
402 oder sich stark verändern, neue Arbeitsplätze und Berufe entstehen. Ob es in der Summe dann
403 vielerorts weniger Arbeitsplätze geben wird oder mehr, kann derzeit niemand verlässlich
404 vorhersagen. Klar ist jedoch, dass sich auch die Art, wie wir arbeiten werden, massiv
405 verändert. Unser Arbeiten wird flexibler, selbstorganisierter, auch kooperativer. Zugleich
406 erleben wir bereits heute neue Formen der Ausbeutung, Überforderung und Fremdbestimmung.
Ein

407 großes Problem bedeutet daneben der bereits heute spürbare massive **Fachkräftemangel** -
eine

408 Million Stellen sind unbesetzt. In den kommenden 15 Jahren wird die Zahl der Menschen im
409 erwerbsfähigen Alter ohne Einwanderung um sechs Millionen schrumpfen.

410 Für beide Entwicklungen - den Fachkräftemangel und die Veränderungen der Arbeitswelt - muss

411 sich die Bildungs- und Weiterbildungspolitik, die Arbeitsmarkt-, Einwanderungs- und
412 Integrationspolitik viel besser rüsten als bisher. Dies gilt auch für Selbstständige.

413 Zukunftsbildung ist der Schlüssel

414 Die Ausbildungsordnungen existierender Berufe müssen auf die Erfordernisse einer
415 nachhaltigen Gesellschaft hin überarbeitet werden (nachhaltige Berufsbilder). Das bedeutet
416 vor allem, dass Menschen die Möglichkeit haben müssen, sich weiterzubilden und neu zu
417 qualifizieren. Dafür brauchen sie Geld, Zeit und passende Angebote. Wir wollen einen
418 **Rechtsanspruch auf Weiterbildung** begründen. Das lebensbegleitende Lernen wird damit
Teil des

419 öffentlichen Bildungsauftrags. Die bisherige Arbeitslosenversicherung wird dazu zu einer
420 **Arbeitsversicherung** umgebaut. So, wie wir in den beiden vergangenen Jahrhunderten damit
421 begonnen haben, uns gegen Krankheit oder Arbeitslosigkeit abzusichern, sollten wir im 21.
422 Jahrhundert im Rahmen der Arbeitsversicherung eine Garantie auf Weiterbildung festschreiben.
423 Die Arbeitsversicherung sollte sowohl die Weiterbildungsberatung finanzieren als auch den
424 Lebensunterhalt in Weiterbildungsphasen absichern. Dazu gibt es während

425 arbeitsmarktbedingter Weiterbildungsphasen ein Weiterbildungsgeld, das höher ist als die
426 Absicherung bei Arbeitslosigkeit. Für alle, die keinen Anspruch auf Leistungen im Rahmen der
427 Arbeitsversicherung haben, schaffen wir ein Weiterbildungs-BAföG, damit kein Wunsch auf
428 berufliche Entwicklung am Geldbeutel scheitert.

429

430 Überall da, wo es vor Ort eine Arbeitsagentur gibt, wollen wir, dass zusätzlich
431 **Bildungsagenturen** geschaffen werden. Die Bildungsagenturen sind zentrale Anlaufstellen für
432 alle Menschen, die Interesse an Weiterbildung haben. Auch Arbeitgeber, insbesondere kleine
433 und mittlere Unternehmen, können sich in den Bildungsagenturen informieren, wenn sie
434 geeignete Weiterbildungsangebote für ihre Belegschaften oder Förderung suchen. Die
435 Bildungsagenturen sollen zum Herzstück von regionalen Bildungsnetzwerken werden, in denen
436 sich Arbeitsagenturen, Jobcenter, Volkshochschulen, Kammern, Berufs- und Hochschulen sowie
437 andere Weiterbildungsträger vernetzen, um flächendeckend und niedrigschwellig beste
438 Weiterbildung und Beratung anbieten zu können. Im Standardfall wird die Bildungsagentur von
439 der Bundesagentur für Arbeit organisiert. Kommunen sollen aber die Wahl haben, die
440 Organisation der Bildungsagentur selbst durchzuführen, insbesondere wenn es bereits starke
441 vor Ort gewachsene Kooperationsstrukturen gibt und wenn Qualitätsstandards eingehalten
442 werden. Auch die Möglichkeiten der Digitalisierung wollen wir für die Bildung weiter nutzen.
443 Dafür soll eine öffentliche und unabhängige digitale Plattform alle Fort- und
444 Weiterbildungsangebote bündeln. Das ermöglicht neue Zugänge für Menschen, die sich
445 weiterbilden wollen. Besondere Aufmerksamkeit widmen wir dabei Menschen, die besondere
446 Hindernisse überwinden müssen, um sich in die Arbeitswelt zu integrieren, etwa weil sie
447 nicht gut lesen und schreiben können.

448 Wir sehen es zudem als unsere Verantwortung, die Arbeitnehmer*innen insbesondere beim
449 ökologischen und digitalen Wandel mitzunehmen. Wir wollen dazu als eine wichtige Maßnahme
450 eine neue „**Qualifizierungs-Kurzarbeit**“ einführen, um so die Chancen der Beschäftigten und

451 der Betriebe im Strukturwandel vorausschauend zu verbessern. Die Phase der Kurzarbeit muss
452 konsequent für die Qualifizierung der Beschäftigten genutzt werden. Dabei wollen wir die
453 „Qualifizierungs-Kurzarbeit“ eng an die Sozialpartnerschaft koppeln und zwar durch
454 tarifliche Regelungen und Betriebsvereinbarungen. Denn Unternehmen, Gewerkschaften und
455 Betriebsräte können nur gemeinsam dem Strukturwandel die richtige Richtung geben.

456 Fachkräftemangel bekämpfen

457 Der Fachkräftemangel stellt für viele Unternehmen ein Problem dar. Wir wollen darauf
458 reagieren, indem wir nicht nur engagiert auf Qualifizierung und Weiterbildung setzen und die
459 Erwerbstätigkeit von Frauen weiter stärken. Gerade angesichts des demographischen Wandels
460 halten wir zusätzlich auch eine **ambitionierte Einwanderungspolitik** für dringend
notwendig.

461 Das Fachkräftezuwanderungsgesetz der großen Koalition erfüllt diesen Anspruch nicht. Wir
462 wollen es überarbeiten und entbürokratisieren. Deutschland braucht ein **echtes**
463 **Einwanderungsgesetz** mit einem transparenten Punktesystem und der Möglichkeit eines
464 Spurwechsels. Gleichzeitig setzen wir uns für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und
465 höhere Löhne in bislang zu schlecht bezahlten Berufen ein. Das sind immer noch insbesondere
466 die mit hohem Frauenanteil. Mit passgenauen Angeboten für Spracherwerb und Aus- und

467 Weiterbildung wollen wir insbesondere geflüchtete Frauen besser in den Arbeitsmarkt
468 integrieren.

469 Für eine gerechte Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit

470 Nach wie vor gilt Sorgearbeit in unserer Gesellschaft vielfach noch als „Privatsache“ und
471 spiegelt sich in den üblichen Wohlmessungen nicht wieder. Dabei ist diese
472 Arbeitsleistung essentiell für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft und eine
473 funktionierende Wirtschaft. Immer noch werden diese Aufgaben zum Großteil von Frauen
474 geleistet, sei es in der Pflege oder in der Kinderbetreuung. Mangelnde Vereinbarkeit von
475 Familie sowie Pflege und Beruf führt dabei häufig dazu, dass insbesondere die eigenständige
476 Absicherung von Frauen zu kurz kommt. Dies spiegelt sich in dem hohen Anteil von Frauen in
477 prekären Beschäftigungsverhältnissen und führt in der Konsequenz zu einem vielfach erhöhten
478 Altersarmutsrisiko.

479 Massive Investitionen in gute und verlässliche Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen
480 mit genügend Personal sind deshalb unerlässlich. Mit einer KinderZeit Plus wollen wir
481 außerdem Eltern zeitlich unterstützen und dazu beitragen, dass diese ihr Arbeitsvolumen in
482 der Erwerbsarbeit erhöhen können. Darüber hinaus wollen wir ein Gesetz für mehr
483 Zeitsouveränität für berufstätige Pflegende entwickeln und eine dreimonatige PflegeZeit Plus
484 pro zu pflegender Person einführen.

485 Neue Jobs

486 Wir haben große Engpässe dort, wo Menschen sich um Menschen kümmern: in der Pflege, der
487 Bildung, in der Kinder- und Altersbetreuung. Diese **Jobs in der Sorge-Arbeit** müssen
ausgebaut
488 werden und brauchen endlich die Anerkennung, auch finanziell, die ihnen gemessen an ihrer
489 gesellschaftlichen Relevanz zusteht. Diejenigen, die sich um andere Menschen kümmern, dürfen

490 nicht beim Mindestlohn landen oder Probleme haben, sich eine Wohnung zu leisten.

491 Die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung schätzt, dass mit stetigen
492 Investitionen in Nachhaltigkeit bis 2030 weltweit bis zu 170 Millionen neue Jobs geschaffen
493 werden können. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)

494 geht davon aus, dass sich die Zahl der **Arbeitsplätze in der Erneuerbaren-Energien-
Branche** in

495 Deutschland allein in den nächsten zehn Jahren auf mindestens 500.000 verdoppelt. Im
496 gesamten **Bereich Umweltechnik und Ressourceneffizienz** sind bereits heute 1,5
Millionen

497 Menschen in Deutschland beschäftigt. Erwartet wird hier ein Anstieg von jährlich 6,7
498 Prozent. Für diese Zukunftsbranche brauchen wir also qualifizierte Maschinenbauer*innen,
499 Elektrotechniker*innen, Ingenieur*innen, Vertriebsmitarbeiter*innen, Bürokräfte – von der
500 Berufseinsteigerin bis zur erfahrenen Fachkraft.

501 Gute Arbeitsbedingungen

502 Gute Arbeitsbedingungen und eine faire Verteilung des Wohlstandes zwischen Arbeit und
503 Kapital auszuhandeln, ist zunächst Aufgabe der Sozialpartner. Wir wollen die kollektive
504 **Selbstorganisation und Mitbestimmung** wieder stärken und prekäre Erwerbstätigkeit

überwinden.

505 Bei der öffentlichen Vergabe sollen im Einklang mit europäischem Recht die Unternehmen zum
506 Zug kommen, die einem Tarifvertrag angehören bzw. Tariflöhne zahlen. Zudem wollen wir es
507 leichter machen, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären. Die Bildung von
508 Betriebsräten werden wir erleichtern, indem Initiator*innen einen besonderen Schutz erhalten
509 und die Verhinderung von betrieblicher Interessenvertretung als klare Straftat angesehen und
510 verfolgt wird.

511 Wir wollen die Wirtschaft demokratischer gestalten. Das betrifft sowohl die Entscheidungen,
512 was und wie produziert wird, als auch die Rechte von Arbeitnehmer*innen im Betrieb. Deshalb
513 werden wir die betriebliche Mitbestimmung ausbauen. Auf dem Weg dorthin wollen wir, dass die

514 Betriebsräte bei der Personalplanung stärker eingebunden werden und bei der Weiterbildung
515 und der Beschäftigungssicherung ein echtes Vorschlags- und Initiativrecht bekommen. Die
516 paritätische Mitbestimmung in Aufsichtsräten soll bereits ab einer Unternehmensgröße von
517 1.000 Beschäftigten voll greifen und die Mitbestimmungsrechte der
518 Arbeitnehmervertreter*innen bei strategischen Unternehmensentscheidungen im Aufsichtsrat
519 erweitert werden.

520 Der gesetzliche Mindestlohn war ein wichtiger Meilenstein für faire Arbeitsbedingungen. Wir
521 wollen **Ausnahmen beim Mindestlohn streichen**, die Kontrolle verbessern und zudem dafür
522 sorgen, dass er in Zukunft wirklich armutsfest ist. Deshalb wollen wir als Sofortmaßnahme
523 eine **Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro**, damit Vollzeitwerbstätige von ihrer Arbeit
524 auch leben können. Wir wollen die Mindestlohnkommission reformieren und ihren
525 Entscheidungsspielraum stärken. Die Anpassung des Mindestlohns darf sich künftig nicht mehr
526 nur allein an der Tarifentwicklung orientieren. Wir wollen stattdessen gesetzlich verankern,
527 dass der Mindestlohn vor Armut schützen muss und damit deutlich über die Tarifentwicklung
528 hinaus steigen kann. Gleichzeitig sollen die Vertreter*innen der Wissenschaft in der
529 Mindestlohnkommission ein Stimmrecht erhalten.

530 **Leiharbeit** wollen wir stärker **regulieren**, für Leiharbeitskräfte soll ab dem ersten Tag die
531 gleiche Bezahlung wie für die Stammbeslegschaft gelten sowie eine zusätzliche
532 Flexibilitätsprämie. **Sachgrundlose Befristungen** wollen wir **abschaffen**. Wir fordern ein
533 wirksames **Entgeltgleichheitsgesetz** mit einem Verbandsklagerecht für gleichen Lohn für
534 gleiche und gleichwertige Arbeit. Unser Ziel ist es, **Minijobs in**
535 **sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umzuwandeln** und dafür zu sorgen, dass
536 die Beiträge durch Steuern und Abgaben sowie soziale Leistungen so aufeinander abgestimmt
537 werden, dass sich Erwerbsarbeit immer rechnet. Dabei darf die Belastung mit Steuern und
538 Abgaben nicht sprunghaft steigen. Und wir streiten dafür, Berufe aufzuwerten, die heute noch
539 meist von Frauen ausgeübt werden, beispielsweise in der Erziehung, der Pflege oder im
540 Gesundheitssystem, und sie besser zu bezahlen. Wir wollen, dass **Arbeit auf Abruf** nicht mehr
541 möglich ist, wenn die Tätigkeiten mit normalen Arbeitsverhältnissen erledigt werden können,
542 etwa über die Nutzung von Arbeitszeitkonten.

543 Die Regulierung von Arbeit wollen wir an die **Herausforderung der Digitalisierung**
anpassen.

544 Dafür wollen wir die Abgrenzungskriterien zwischen abhängiger und selbstständiger
545 Beschäftigung eindeutiger und praxistauglicher regeln und den Arbeitnehmer*innen-Begriff neu

546 definieren. Ziel ist es, einerseits größere Planungssicherheit für Selbstständige
 547 herzustellen und andererseits Scheinselbstständigkeit zu verhindern. Gleichzeitig ist es
 548 notwendig, die nicht anderweitig abgesicherten Selbstständigen vor Altersarmut zu schützen.
 549 Damit dies gelingt, wollen wir sie mit der Einführung einer Bürger*innenversicherung am
 550 Solidarsystem der Rentenversicherung teilhaben lassen. Um sie dabei nicht finanziell zu
 551 überfordern, sprechen wir uns für Flexibilität in der Beitragszahlung aus. Zudem werden wir
 552 ausloten, in welchen Branchen und Bereichen der Selbstständigkeit gesetzliche
 553 Schutzmechanismen, wie Mindesthonorare, Honorarordnungen und Umlageverfahren notwendig
 sowie
 554 praktisch möglich sind. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass bei der Auftragsvergabe
 555 der öffentlichen Hand an Selbstständige die Prinzipien der Planungssicherheit, des
 556 Mindesteinkommens und der sozialen Absicherung berücksichtigt werden.

557 Durch Digitalisierung entsteht ein großes Potenzial, **Arbeitszeit** weiter zu **verkürzen**, sie
 558 mit anderen Lebensbereichen besser zu vereinbaren und Arbeit umzuverteilen, sowohl Erwerbs-
 559 als auch Sorge-Arbeit. Dabei ist uns besonders wichtig, dass es auch zu einer gerechteren
 560 Aufteilung von Erwerbs- und Sorge-Arbeit zwischen den Geschlechtern kommt. Durch die
 561 Digitalisierung wird es auch einfacher für die Beschäftigten, von zu Hause oder mobil an
 562 wechselnden Orten (Coworking Spaces etc.) zu arbeiten. Wir werden Regelungen für ein Recht
 563 auf Home-Office und mobiles Arbeiten einführen, wobei wir berücksichtigen, dass es
 564 Berufsbilder gibt, bei denen dies nicht umsetzbar ist.

565 Home-Office und die Möglichkeit, mobil zu arbeiten, kann zur besseren Vereinbarkeit von
 566 Familie und Beruf beitragen. Beides darf aber nicht dazu führen, dass Karrierechancen
 567 beeinträchtigt werden oder dass es zu einer Abkopplung vom Rest der Belegschaft, sowie von
 568 betrieblichen Abläufen oder Weiterbildungsmaßnahmen kommt. Arbeitnehmer im Home-Office,
 569 unterwegs oder an wechselnden Arbeitsorten (Coworking Spaces etc.) müssen in Bezug auf den
 570 Arbeitsschutz genauso geschützt sein wie bei der Arbeit an einem ständigen Betriebssitz. Es
 571 darf keinen Zwang zum Home-Office oder mobilem Arbeiten geben. Wenn Arbeit besser ins
 Leben
 572 passt, sind die Beschäftigten produktiver, weniger gestresst und engagierter. Auch der
 573 wachsende Fachkräftebedarf kann so besser bewältigt werden.

574 Gleichzeitig nimmt uns die Automatisierung und Robotisierung monotone und repetitive
 575 Aufgaben ab. Dies begrüßen wir als Chance auf Verringerung von menschlicher Arbeit. Dies
 576 darf jedoch nicht zu einer weiteren Zunahme der Ungleichheit führen. Wir wollen politisch
 577 sicherstellen, dass die Wohlstandsgewinne durch die Digitalisierung gerecht verteilt werden.

578 Wir brauchen nicht noch mehr Verfügbarkeit von Arbeitnehmer*innen rund um die Uhr. Zum
 579 Schutz der Gesundheit braucht es auch im digitalen Zeitalter eine Grenze für die tägliche
 580 Höchstarbeitszeit sowie ausreichende Ruhezeiten ohne Unterbrechung, wie es im Rahmen des
 581 Arbeitszeitgesetzes vorgesehen ist. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen und
 582 mehr Zeitsouveränität für die Beschäftigten schaffen und fordern eine **Wahlarbeitszeit**
 583 **zwischen 30 und 40** Wochenstunden, denn so können auch 30-Stunden-Stellen als
 Vollzeitstellen
 584 anerkannt werden. Damit wird die Vollzeit neu definiert und zu einem Arbeitszeitkorridor
 585 umgestaltet und Arbeit gerechter verteilt. Auch bei flexiblen Arbeitszeiten ist darauf zu

achten, dass jede getätigte Stunde der Arbeitskraft dem Arbeitszeitkonto gutgeschrieben wird. Dies gilt auch für Überstunden. Gleichzeitig ist für uns klar, dass jeder Mensch ein würdevolles Leben verdient hat, weshalb wir Existenzsicherung und Lohnarbeit in Zukunft stärker entkoppeln wollen.

Ein Rückkehrrecht von Teilzeit-Beschäftigten auf ihre vorherige Stundenzahl ist notwendig, damit sie beruflich wieder voll durchstarten können. Die von der großen Koalition eingeführte Brückenteilzeit nur für große Betriebe genügt diesen Anforderungen bei weitem nicht. Der überwiegende Teil der Beschäftigten (insbesondere Frauen) wird aufgrund der Einschränkungen das Recht auf Rückkehr in Vollzeit nicht in Anspruch nehmen können. In vielen Unternehmen herrscht eine nach wie vor ausgeprägte Präsenzkultur, bei der lange Anwesenheit am Arbeitsplatz als besonderes Leistungskriterium gilt. Wir wollen, dass sich Unternehmen in eine andere Richtung entwickeln: So ist es gerade für Menschen, die sich um Kinder oder Angehörige kümmern, eine große Erleichterung, wenn Meetings im Zeitraum von ca. 9 bis 15 Uhr stattfinden.

Ebenso ist es gerade für Eltern wichtig, dass Modelle wie Job-Sharing und Führung in Teilzeit möglich sind. Damit eben nicht immer nur die Personen befördert werden, die rund um die Uhr verfügbar sind, und gleichzeitig diejenigen, die Sorge-Arbeit leisten, immer noch vor allem Frauen, in der Einmal-Teilzeit-immer-Teilzeit-Falle landen. Wir wollen in einem ersten Schritt mit Anreizen dafür sorgen, dass Unternehmen sich hier weiter entwickeln, und auch die Spielräume bei öffentlichen Auftragsvergaben nutzen, um solche Unternehmen zu fördern.

Wir wollen außerdem, dass die Hälfte der Plätze in den Führungspositionen von Unternehmen mit Frauen besetzt werden. Deshalb braucht es **verbindliche Frauenquoten für Aufsichtsräte**

und vergleichbare Regelungen auch für Vorstände. Für Aufsichtsräte fordern wir eine 40-Prozent-Quote für alle 3.500 börsennotierten oder mitbestimmten Unternehmen und Sanktionsmöglichkeiten, wenn diese nicht eingehalten wird. Denn die Quote ist keine Belastung für die Wirtschaft, sondern eine Chance wirklich die besten Köpfe in Führungspositionen zu bekommen. Durch die Digitalisierung wird es auch einfacher für die Beschäftigten, von zu Hause zu arbeiten. Wir werden deswegen ein Recht auf Home-Office einführen.

Beschäftigte am Wohlstand beteiligen

Eine verbesserte **Mitarbeiter*innenbeteiligung an Unternehmen** kann sowohl dem Fachkräftemangel als auch einer ungleichen Vermögensentwicklung entgegenwirken. Sie ist ein Weg, um die Bevölkerung besser am gesellschaftlichen Produktivvermögen zu beteiligen. Bislang sind wir im europäischen Vergleich jedoch Schlusslicht bei der Mitarbeiter*innenbeteiligung. Wir wollen daher den steuerlichen Freibetrag für die Überlassung von Mitarbeiter*innenbeteiligungen deutlich anheben. Außerdem wollen wir eine Plattform schaffen, um Beispiele von erfolgreichen Beteiligungsmodellen besser zugänglich zu machen und interessierten Unternehmen mehr Informationen bereit zu stellen.

Vielfalt als Wettbewerbsvorteil

Die Wertschätzung von **Vielfalt am Arbeitsplatz** verbessert die individuelle Teilhabe im Beruf und fördert die Chancen- und Leistungsgerechtigkeit. Zur Vielfalt am Arbeitsplatz gehören

alle Facetten: Die Vielfalt der Geschlechter, der sexuellen Orientierung und geschlechtliche Identität, die Inklusion von Menschen mit Behinderungen, die Vielfalt der Kulturen, Religionen und der sozialen Herkunft. Unternehmen mit einer vielfältigen Belegschaft sind in der Regel **produktiver, kreativer und damit auch ökonomisch erfolgreicher**.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Anstrengungen privater und öffentlicher Arbeitgeber*innen verstärkt und besser koordiniert werden. Für den Privatsektor wollen wir dies durch Erfahrungsaustausch und Information stärken, moderiert und gefördert durch das Bundeswirtschafts- und Bundesarbeitsministerium. Wir werben dafür, dass sich noch mehr Firmen und öffentliche Stellen der **Charta der Vielfalt** anschließen. Im 21. Jahrhundert erwarten wir von modernen und innovativen Unternehmen auch einen modernen und professionellen Umgang mit Diversität: durch **Diversitäts- und Gleichstellungsstrategien**, durch diversitätsorientierte Fortbildungsangebote, insbesondere auch für Führungskräfte, sowie durch klare Beschwerde- und Interventionsstrukturen bei Diskriminierung und sexualisierter Gewalt. Der öffentliche Dienst und öffentliche Unternehmen müssen mit gutem Beispiel vorangehen. Dazu braucht es inklusive, faire und **diskriminierungssensible Bewerbungs- und Auswahlverfahren**. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass anonymisierte Bewerbungsverfahren im öffentlichen Dienst und bei den staatlichen Unternehmen grundsätzlich angewandt werden. Sie führen zu mehr Chancengerechtigkeit und senken die Bürokratiekosten.

Das Diskriminierungsverbot muss auch für Beschäftigte von Unternehmen gelten, die im Eigentum von Religionsgemeinschaften stehen. Außerdienstliches Verhalten von Beschäftigten einer Kirche, Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft, z.B. Wiederverheirateten und LSBT*IQ-Menschen, deren Tätigkeit nicht den Bereich der Verkündung umfasst, darf keine arbeitsrechtlichen Auswirkungen, wie etwa eine Kündigung, zur Folge haben. Wir wollen deshalb die Ausnahmen für die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften enger fassen und damit den individuellen Rechten deutlich mehr Geltung verschaffen.

6. Eine neue Gründerzeit ermöglichen

Viele **kleine und mittelständische Unternehmen (KMU)** treiben den ökologischen Wandel voran und schreiben schon heute mit grünen Ideen schwarze Zahlen. Sie schaffen neue Arbeitsplätze, die auch morgen noch bestehen. Wir wollen sie mit einem steuerlichen Forschungsbonus unterstützen, die Chancen von ressourcensparenden und emissionsarmen Produkten und Verfahren zu nutzen und sie mit einfacheren Abschreibungsregeln, Vereinfachungen bei der Umsatzsteuer und guten Bedingungen für Mitarbeiterbeteiligungen entlasten. In Strukturwandelregionen wollen wir die **regionale Wirtschaftsförderung stärken**, damit es lokal ansässigen Unternehmen schnell gelingt, den neuen Marktanforderungen gerecht zu werden. Gerade die kleinen und mittleren Unternehmen im **Handwerk** sind unverzichtbar. Sie realisieren die Energiewende, sorgen für fachgerechte Wärmedämmung und sind regionaler Partner für die Landwirtschaft. Damit Handwerksberufe wieder attraktiver werden setzen wir auf eine stärkere Tarifbindung und branchenspezifische Mindestvergütungen. Die Handwerksbetriebe sollen bei der Ausbildung und Gewinnung von Auszubildenden stärker beraten, unterstützt und begleitet werden. Durch

667 einen **Rechtsanspruch auf einen schnellen Breitband-Internetanschluss** sorgen wir
668 dafür, dass
669 das Handwerk auch im ländlichen Raum online ist.

669 Gründer*innen fördern

670 Wir brauchen eine neue Gründer*innenwelle. Keine gute Idee darf an zu wenig Eigenkapital
671 scheitern. Wir fordern daher eine schnelle Einführung des unbürokratischen
672 Gründungskapitals, welches Gründer*innen einen Einmalbetrag bis maximal 25.000 Euro
673 sicherstellt, unter der Voraussetzung einer Wirtschaftlichkeitsprüfung. Das Gründungskapital
674 wird als zinsloses staatliches Darlehen ausbezahlt. Die Rückzahlung erfolgt flexibel und
675 orientiert sich am jeweiligen Unternehmensgewinn. Die Kriterien für das Exist-
676 Gründungsstipendium wollen wir aktualisieren und Diversität der Gründungsteams sowie
677 ökologische und gemeinwohlorientierte Innovationen besser berücksichtigen.

678 Frauen sind erfolgreiche Gründerinnen, bei Gründungen von Unternehmen jedoch
679 unterrepräsentiert. Nur 15 Prozent der Startups in Deutschland werden laut Female Founder
680 Monitor von Frauen gegründet. Bei einer solch niedrigen Quote entgeht Deutschland ein großes
681 Potenzial an innovativen Unternehmen. Öffentliche Fördergelder erreichen in der Regel eher
682 männliche als weibliche Gründer*innen, weshalb wir die Diversität des Gründungsteams zu
683 einem Evaluationskriterium für die Vergabe von öffentlichen Fördermitteln machen wollen **Wir**
684 **schlagen zudem vor, einen staatlich geförderten Wagniskapitalfonds zu schaffen, der**
685 **sich nur**
686 **an Gründerinnen richtet.** Irland hat mit diesem Modell gute Erfahrungen gemacht. Nach
687 einem
688 Zeitraum von fünf Jahren sollte überprüft werden, ob der Fonds einen nachhaltigen Effekt
689 hatte. Daneben sollten maßgeschneiderte Qualifizierungs- und Coachingmaßnahmen für
690 Frauen,
691 die eine Gründung, Weiterentwicklung oder Übernahme kleiner Unternehmen anstreben
692 finanziell
693 unterstützt werden, genauso wie Netzwerkorganisationen. Solche Plattformen können dazu
694 dienen, voneinander zu lernen, gemeinsam neue Geschäftsideen oder auch Interessen zu
695 entwickeln und umzusetzen.

692 Jede*r fünfte Gründer*in hat eine Einwanderungsgeschichte. Die migrantische Ökonomie ist zu
693 einem wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden. Deutschlandweit machen von Menschen mit
694 Migrationsgeschichte geführte Betriebe heute rund 20 Prozent aller Unternehmen aus. In
695 einigen Regionen des Landes liegt die Zahl deutlich höher. Damit leisten sie einen
696 entscheidenden Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung. Wir wollen, dass die Hürden bei
697 allen Instrumenten der Unternehmens- und Gründungsförderung für Menschen mit
698 Migrationshintergrund abgebaut werden. Förderung darf nicht vom Pass oder dem persönlichen
699 Hintergrund abhängen, Informationen müssen in verschiedenen Sprachen angeboten werden
700 und
701 wir wollen ein zugeschnittenes Beratungsangebot für die migrantische Ökonomie schaffen.

701 Der Staat ist durch die öffentliche Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen ein
702 wichtiger Impulsgeber für die Wirtschaft. Die öffentliche Hand kann durch die
703 Auftragsvergabe eine aktive Vorbild- und Lenkungsfunktion erfüllen, eine nachhaltige
704 Wirtschaftsweise stärken und Innovationen fördern. Wir wollen, dass Vergabeverfahren so
705 gestalten werden, **dass der Bund im Rahmen seiner öffentlichen Auftragsvergabe und**

706 **Ausschreibungen Startups und jüngere Unternehmen, neue Technologien und innovative**

707 **Geschäftsmodelle stärker berücksichtigt.** Dafür müssen Vergabeverfahren verschlankt und

708 schneller angelegt werden einschließlich zeitnaher Begleichung der Verbindlichkeiten

709 öffentlicher Auftraggeber und zügiger Entscheidungsverfahren, damit auch Startups mit

710 vergleichsweise kurzen Planungshorizonten sich gegenüber etablierten Unternehmen durchsetzen

711 können. Vergabelose sollten KMU-freundlich ausgeschrieben werden.

712 Wir fordern **Startup-Zentren** ähnlich der französischen Station F, die Gründer*innen den

713 notwendigen Arbeitsraum zur Verfügung stellen. Wir fordern zwei Jahre Befreiung von nicht

714 unbedingt nötigen Melde- und Berichtspflichten und wollen die Gründungsberatung und -

715 förderung aus einer Hand in „One-Stop-Shops“ ermöglichen, damit Gründer*innen Zeit zum

716 Gründen haben. Ausgründungen aus Hochschulen und Kooperationen von Gründer*innen und

717 Hochschulen sollen durch bessere Beratung und Betreuung gefördert werden. Die heutige

718 Gründungsförderung ist stark auf technologieorientierte Startups zugeschnitten. Wir wollen

719 die bestehenden Förderinstrumente neutraler ausgestalten und damit stärker als bisher zum

720 Beispiel sozial orientierte Unternehmen oder die Kreativwirtschaft fördern.

721 Wir wollen die freiwillige **Arbeitslosenversicherung** weitgehend **für Selbständige öffnen** und

722 erreichen, dass anderweitig nicht abgesicherte Selbständige in die gesetzliche

723 Rentenversicherung einbezogen werden. Und wir brauchen in Deutschland auch eine Kultur des

724 Scheiterns. Das Insolvenzrecht muss so gestaltet sein, dass es schneller Neuanfänge

725 ermöglicht.

726 Für die erfolversprechendsten Startups wollen wir einen **Europäischen Startup-Pass**

727 einführen. Dieser soll ihnen die Möglichkeit geben, an allen europäischen Startup-

728 Förderprogrammen teilzunehmen und Unterstützung durch Inkubatoren zu erhalten. Sie sollen

729 außerdem breite Unterstützung durch Informationen und Beratung zur Rechtslage und zu

730 Patenten bis hin zu vereinfachten Visa für ausländische Mitarbeiter*innen des Startups

731 bekommen. Ausländischen Startups sollen neben einem Europäisches Startup-Visum auch Beratung

732 und finanzielle Unterstützung angeboten werden, damit sie sich in Europa ansiedeln.

733 Verwaltung effizienter und kooperativer gestalten

734 Zugleich kann die öffentliche Verwaltung innovativer und kooperativer werden. Wir fordern

735 daher ein **deutsches GovTech-Programm** nach dänischem Vorbild. Unser Ziel ist die vollständige

736 elektronische Abwicklung in der Verwaltung. Das spart Unternehmen, Bürger*innen und der

737 Verwaltung viel Zeit und Geld.

738 Wir wollen Regulierungen konsequent am Schutz ökologischer und sozialer Schutzziele

739 ausrichten. Insbesondere kleinere Unternehmen und den Mittelstand wollen wir gezielt von

740 unnötiger Regulierung entlasten. Für die Gründungsphase eines Unternehmens wollen wir

741 bestimmte Regulierungen ganz aussetzen. **Genehmigungsverfahren** wollen wir **beschleunigen**.

742 Entscheidend hierfür ist es, Beteiligungsverfahren bereits in frühen Planungsphasen

743 vorzusehen und die Behörden mit ausreichenden Ressourcen (z.B. Personal) für eine zügige
744 Planung auszustatten.

745 Wagnisse ermöglichen

746 Wir müssen nicht nur technologisch exzellent sein, sondern bahnbrechende Technologien auch
747 in neue Geschäftsmodelle, Märkte, Dienstleistungen und Produkte umwandeln können.

748 Fördermöglichkeiten und Netzwerke für Startups und junge Unternehmen können den
Unterschied
749 zwischen einer guten Idee auf dem Flipchart und einem weltweit erfolgreichen Unternehmen
750 ausmachen.

751 **Startup-Förderung** braucht Anschubfinanzierung und eine starke Finanzierung in der
752 Wachstumsphase. Wir wollen mit einem **öffentlichen Zukunftsfonds** eine Investitionswelle
im
753 Venture Capital Markt auslösen. Dieser Fonds soll als eine Art stille Teilhaber*in jungen
754 und wachsenden Startups das nötige Eigenkapital bereitstellen. Das verhindert, dass unsere
755 Startups auf ausländische Geldgeber angewiesen sind, aufgekauft werden und das
756 technologische Know-how ins Ausland fließt. Wir wollen den Unternehmen Fördermittel
757 möglichst in Form von Eigenkapital zur Verfügung stellen. Wenn Startups später einmal
758 verkauft werden sollten, führt dies dazu, dass die Fördermittel vom Käufer bezahlt werden.

759 Der Fonds soll mit Eigenkapital ausgestattet werden und sich dann weiteres Kapital günstig
760 am Finanzmarkt leihen. Seine Gewinne sollen vollständig das eigene Kapital weiter
761 aufstocken. Der Zukunftsfonds soll politisch unabhängig gemanagt werden. Unser unabhängig
762 verwalteter Bürger*innenfonds für eine stabile und rentable Anlagemöglichkeit soll in den
763 Zukunftsfonds investieren können und auch andere Investitionen im Venture-Capital-Bereich
764 finanzieren können. Über die Trennung von Zukunftsfonds und Bürger*innenfonds verhindern
wir
765 problematische Interessenskonflikte zwischen industriepolitischen Zielen und dem
766 Bürger*innenfonds.

767 Auch Crowdfunding kann – vor allem wenn reward-basiert – neue Finanzierungsquellen für junge
Unternehmen erschließen. Wir wollen dafür sorgen, dass öffentliche Förderungen von
768 Gründungen und von Forschung mit Crowdfunding kombiniert werden können.

770 Gute Bedingungen für gute Ideen schafft auch der europäische Binnenmarkt mit über 500
771 Millionen Menschen, die sich daran beteiligen. Der Wagniskapitalmarkt der EU ist derzeit in
772 viele kleine nationale Märkte zersplittert. Wir wollen die nationalen Förderinstrumente
773 koordinieren und abstimmen. Wir wollen insbesondere europäische Wagniskapitalfonds
aufbauen,
774 die schwerpunktmäßig Innovationen in strategischen Bereichen finanzieren, bspw.
775 Ressourceneffizienz, IT-Sicherheit oder Verwaltungsmodernisierung (Govtech). Die Strukturen
776 sollen so aufgebaut sein, dass nicht sofort alle Mitgliedstaaten sich beteiligen müssen,
777 sondern auch schon einzelne sich für solche Wagniskapitalfonds zusammenschließen können.

778 Dabei wollen wir auch Anreize schaffen, um neben dem ökologischen Potenzial der
779 Digitalisierung auch dessen soziales Potenzial zu heben. Startups und digitale Ökosysteme
780 können uns helfen, durch neue Technologien und Geschäftsmodelle umweltpolitische und

781 sozialpolitische Ziele zu erreichen. Wir GRÜNE wollen technischen Fortschritt, der sich an
782 dessen ökologischen und sozialen Effekten (SDGs) messen lässt.

783 **7. Digital von der Null zur Eins werden**

784 Die Digitalisierung birgt ungeheure Potentiale für mehr Ressourceneffizienz sowie die
785 Minimierung von Transportwegen und Lagerung durch den Aufbau dezentraler Strukturen der
786 Produktion und Versorgung. Entscheidend dafür sind auch die globale Vernetzung und der freie
787 Austausch von Produktionswissen zur Herstellung wohlfahrtssteigernder Produkte und Dienste.
788 Diesen Wissensaustausch wollen wir gezielt befördern.

789 Gleichzeitig stellt uns die Digitalisierung durch den zu erwartenden hohen Verbrauch von
790 Energie und seltener Ressourcen vor gewaltige Herausforderungen. Ohne grundlegende
Eingriffe

791 in das derzeitige Produktionsmuster wird die Digitalisierung den Raubbau an Natur und
792 Gesellschaft intensivieren – Extraktivismus on speed!

793 Die digitale Transformation muss daher sozial-ökologisch ausgestaltet werden. Hierfür muss
794 der Einfluss multinationaler Oligopole zugunsten von Selbstbestimmung und lokalem
795 Unternehmer*innentum eingeschränkt werden. Noch nicht industrialisierte Länder wollen wir
796 dabei unterstützen, die Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen, um die Frühphase der
797 Industrialisierung möglichst zu überspringen.

798 Wir setzen uns für eine Politik der **technologischen Souveränität Europas** ein und plädieren
799 für eine starke europäische Digitalinfrastruktur. Anstatt sich zum Beispiel bei Cloud-
800 Diensten zwischen Amazon oder Alibaba entscheiden zu müssen, wollen wir eine eigene
801 europäische Cloud-Infrastruktur aufbauen. Diese soll unseren Unternehmen eine effiziente und
802 sichere Alternative zu den amerikanischen und chinesischen Anbietern sein.

803 Dabei setzen wir unsere Priorität auf die **Stärkung der europäischen Halbleiterindustrie** -
804 eine technologische Schlüsselbranche. Wir intensivieren die Zusammenarbeit im Bereich
805 Forschung und Entwicklung auf europäischer Ebene und stärken die Cluster nachhaltig. Ein
806 besonderes Augenmerk muss auch auf die Ressourcenwiederverwendung gelegt werden. In
807 Ostdeutschland haben wir einen der größten Standorte für die Halbleiterproduktion in Europa.
808 Wir wollen auf dieser Stärke aufbauen, indem wir die Forschung und Entwicklung von
809 ultraeffizienten Chips fördern und den Mikroelektronik-Cluster in Dresden stärken.

810 Vielfalt und Offenheit statt digitaler Monopole

811 Die Digitalisierung hat datenbasierte Plattform-Geschäftsmodelle hervorgebracht, die eine
812 Tendenz zum Monopol aufweisen. So erfordern es Wettbewerb und moderner
Verbraucherschutz,

813 dass die **Grundsätze der Interoperabilität** – wie wir sie aus dem Mobilfunk kennen – auch
bei

814 online-gestützten Angeboten gelten. Was heute bei Telefon, SMS und Mail selbstverständlich
815 ist, muss zum Beispiel auch bei Messenger-Diensten oder sozialen Netzwerken gewährleistet
816 werden, nämlich unkompliziert zwischen Anbietern und Plattformen kommunizieren und
wechseln

817 zu können.

818 Auch digitale Großkonzerne müssen sich an das europäische Ordnungsrecht halten. Deshalb
819 setzen wir uns für eine **faire Besteuerung digitaler Großkonzerne** ein, die bisher von der
820 Bundesregierung verhindert wird.

821 Infrastrukturen sind eine öffentliche Aufgabe. Dieses Prinzip, das bei Stromnetzen oder
822 Straßen selbstverständlich ist, muss im digitalen Bereich neu ausgehandelt werden. Wenn
823 beispielsweise
824 Google seine dominierende Stellung bei Handy-Betriebssystemen oder Amazon seine beim
Verkauf
825 über den Marketplace ausnutzt, müssen wir dem einen Riegel vorschieben. Den **lokalen**
826 **Einzelhandel** werden wir vor unfairem Dumpingwettbewerb von Amazon und Co. **schützen**.
Ziel ist
827 es, **privatisierte Marktplätze wieder öffentlich zugänglich zu machen**. Außerdem werden
wir
828 die Gebühren für Plattformen mit weitreichender Marktmacht regulieren, damit die Gewinne von
829 kleinen Unternehmen nicht von den Plattformbetreibern abgeschöpft werden können.

830 Google und Facebook dominieren mittlerweile den Markt für Onlinewerbung. Kaum ein
831 Unternehmen kann es sich noch leisten, nicht über sie online für die eigenen Produkte zu
832 werben. Ein solches Oligopol muss reguliert werden. Wir wollen in Europa eine **gesetzliche**
833 **Grundlage für Onlinewerbung** schaffen.

834 Standards für die datengetriebene Wirtschaft

835 Wir wollen einen einheitlichen europäischen Rechtsrahmen für datengetriebene
836 Geschäftsmodelle schaffen. Daten sind Schlüsselressource der digitalen Welt, insbesondere
837 für Technologien wie die künstliche Intelligenz. Diese Ressourcen wollen wir heben und wir
838 plädieren für eine anonymisierte Bereitstellung öffentlicher Daten, damit dadurch neue
839 Innovationen und Geschäftsmodelle entstehen. **Open-Data ist die Grundvoraussetzung**,
damit
840 Startups, Unternehmen und Forschungseinrichtungen, aber auch Zivilgesellschaft diesen
841 Datenschatz für die Entwicklung innovativer Technologien und Bereitstellung öffentlicher
842 Dienstleistungen nutzen können. Der Bundesregierung kommt dabei eine Führungsrolle zu, die
843 sie bisher nicht wahrnimmt. Sie muss Beispiel geben und bei Innovationen und neuen
844 technologischen Lösungen im Bereich des öffentlichen Sektors vorangehen.

845 Dabei müssen wir aber auch sicherstellen, dass anonyme Daten nicht nachträglich durch die
846 Verknüpfung mit anderen Informationen einzelnen Personen zugeordnet werden können.
Solange
847 dies nicht gewährleistet werden kann, darf es keine weiteren Pflichten zum Datenaustausch
848 geben. Keinesfalls dürfen deanonymisierte Daten zur Grundlage von Geschäftsmodellen oder
849 staatlichen Prognosen werden, weil dies tief in die Grundrechte der Menschen eingreift.
850 Dafür wollen wir mehr Forschung und Standardsetzung zu Anonymisierung von Daten und zur
851 Nutzung synthetischer Daten sowie klare Regelungen gegen Deanonymisierung, die auch
852 strafbewehrter Verbote einschließen.

853 Gerade im industriellen Bereich braucht es neue Ansätze, um eine kooperative Nutzung nicht
854 personenbezogener oder nicht-personenbeziehbarer Daten zum Beispiel aus Entwicklungs- und
855 Fertigungsprozessen vor allem im Sinne Kleiner und Mittelständischer Unternehmen

856 rechtssicher zu gestalten. Dies kann über die Schaffung von klaren gesetzlichen Vorgaben für
 857 kooperative und dezentrale Datenpools und Datentreuhandmodelle geschehen, die
 treuhänderisch
 858 nach klaren gesetzlichen Vorgaben organisiert, eine gemeinsame und durch Kartellbehörden
 859 überprüfbare Nutzung dieser Daten ermöglichen. Entsprechende Ausgestaltungsmöglichkeiten
 für
 860 Treuhandmodelle oder auch Ansätze für Datenspenden, zum Beispiel von Einzelpersonen,
 wollen
 861 wir möglichst zeitnah gemeinsam mit den relevanten Akteuren erarbeiten und erste
 862 Modellprojekte anstoßen.

863 Der Realität globaler Datenmonopole weniger Konzerne und der ausufernden digitalen
 864 Überwachung und Auswertung der Daten durch staatliche Stellen wollen wir mit einem
 865 engmaschigen Datenschutz und internationaler Regulierung begegnen. So, wie wir mit der
 866 Datenschutzgrundverordnung unseren europäischen Rechtsrahmen in der digitalen Welt stärken

867 konnten, an die sich andere halten müssen, wollen wir auch ethische, gesellschaftliche und
 868 sicherheitspolitische **Grundregeln für intelligente Maschinen und algorithmische**
 869 **Entscheidungssysteme** auf EU-Ebene etablieren. Dazu gehören Regeln bezüglich der
 Haftung,
 870 Transparenz, Nicht-Diskriminierung und Überprüfbarkeit algorithmischer Entscheidungen sowie
 871 essentielle IT-Sicherheitsstandards.

872 IT für grüne Ziele nutzen

873 Wir wollen die Digitalisierung nutzen, um Ökonomie und Ökologie weiter zusammenzuführen.
 Die
 874 Digitalisierung schafft enorme Chancen für Ökoeffizienz und Kreislaufwirtschaft. Dafür
 875 wollen wir ein EU-Förderprogramm, das sich exklusiv dem **ökologischen Potenzial der**
 876 **Digitalisierung** widmet und die Ökoeffizienz in Unternehmen fördert. Die Digitalisierung kann
 877 zum ökologischen Umbau unserer Gesellschaft beitragen. Wenn wir nicht handeln, besteht aber
 878 das Risiko, dass die Digitalisierung zum Treiber von Klimakrise und Umweltzerstörung wird.
 879 Derzeit werden wertvolle Rohstoffe zunehmend für die Digitalisierung gebraucht und der
 880 Energiebedarf für digitale Prozesse wächst jedes Jahr massiv. Expert*innen zufolge wird der
 881 digitale Energiebedarf bis zum Jahr 2040 die weltweite Energieproduktion übersteigen, wenn
 882 wir nicht umsteuern.

883 Wir wollen als Teil der Energiewende **energiearme IT-Technik** voranbringen und eine
 884 europäische „Green-IT“-Strategie auflegen. Darüber hinaus setzen wir uns für „Green-IT“-
 885 Kriterien bei der öffentlichen Vergabe und ein Label für energieeffiziente, nachhaltige
 886 Rechenzentren ein. Denn gerade die Digitalisierung bietet auch ein erhebliches Potenzial für
 887 den Klimaschutz und zur Einsparung von Treibhausgasen und Ressourcen.

888 Allein durch die Digitalisierung könnten die globalen CO₂-Emissionen bis 2030 gegenüber
 889 jetzigen Prognosen um 20 Prozent sinken. Studien gehen von 15 bis 20 Prozent
 890 Energieeinsparung durch Gebäude-Klimamanagementsysteme aus. Um 25 bis 30 Prozent
 könnte der
 891 Energieverbrauch der Industrie durch IT-gesteuerte Prozessoptimierung sinken, indem
 892 Maschinen intelligent miteinander vernetzt werden. Dieses Potenzial wollen wir konsequent
 893 nutzen.

Bei großen Unternehmen ist es längst selbstverständlich, dass Videokonferenzen in vielen Fällen Reisen per Bahn oder Flugzeug ersetzen. Das spart Zeit und Kosten, entlastet die Mitarbeitenden und schont zugleich die Umwelt. Home Office-Regelungen sorgen dafür, dass Wegstrecken zur Arbeit und damit CO₂-Emissionen eingespart werden können. Mit den selbstfahrenden Autos von morgen bietet sich durch Vernetzung, Carsharing und zusätzlich flexible öffentliche Nahverkehrsangebote gerade im ländlichen Raum die Chance, viele Privatfahrten im Auto zu ersetzen. Die Digitalisierung kann die Energiewende in Form intelligenter Netze unterstützen oder dabei helfen, Transportketten zu optimieren und etwa Leerfahrten zu verhindern.

IT-Sicherheit für die Industrie

Es braucht dringend ein umfassendes Paket zur Stärkung der IT-Sicherheit unserer Industrie. Dies umfasst die Einrichtung eines **europäischen Forschungsverbunds für IT-Sicherheit**, in dem das Nationale Forschungszentrum in Darmstadt integraler Teil wird, um die Entwicklung von Technologien und industriellen Fähigkeiten im Bereich der IT-Sicherheit zu fördern. Außerdem wollen wir ein in allen Mitgliedstaaten anerkanntes EU-weites Zertifizierungssystem für Produkte und Dienstleistungen sowie umfassende Beratungsangebote einführen.

8. Die Technik von morgen entwickeln

Um den Wirtschaftsstandort Deutschland in die Zukunft zu führen müssen wir auch für Forschung, Entwicklung und Bildung die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Innovationen entstehen in Ökosystemen, die von Kooperationen, Trans- und Interdisziplinarität und Kreativität geprägt sind. Es geht darum, Kooperationen zu fördern, die Arbeit in isolierten Fach-Communities aufzubrechen, Wissen zu teilen und von der Erfindung nahtlos in die Umsetzung zu kommen.

917

Wir fordern daher **mehr** Forschungsplattformen, an denen sich insbesondere Hochschulen, freie

Forschungsinstitute, zivilgesellschaftliche Organisationen, einzelne Interessierte und Unternehmen beteiligen, miteinander kooperieren, Wissen austauschen und Kreativität entwickeln können. Darüber hinaus sind Reallabore und Experimentierräume in der Forschung ein geeignetes Instrument, damit bahnbrechende neue Innovationen gemeinsam entwickelt und in

der Umsetzung getestet werden können. Um die inter- und transdisziplinäre Forschung zu fördern, soll „Horizon Europe“ gestärkt werden. Zusätzlich soll für die Entwicklung neuer Technologien und der Technikfolgenabschätzung eine eigene Förderlinie eingerichtet werden.

Alle heute genutzten Technologien beruhen auf öffentlicher Grundlagenforschung. Auch in Europa und Deutschland sollte die öffentliche Hand massiv investieren, gerade da, wo Märkte versagen: bei risikoreicher Forschung, öffentlicher Infrastruktur, Sprunginnovationen. Für diese Jahrhundertaufgabe müssen deutsche und europäische Förderprogramme ambitionierter, risikofreudiger und agiler werden. Es geht uns dabei um einen gezielt agierenden, proaktiven und **unternehmerischen Staat**, der unternehmerisches Risiko eingeht und als **Leadinvestor** ein

innovationsfreundliches Umfeld auch für private Unternehmen und ihre Ideen schafft.

933 Dabei legen wir besonderen Wert auf die Freiheit von Forschung und Lehre. Hochschulen und
934 insbesondere die Grundlagenforschung funktionieren nicht nach unternehmerischer Logik.
935 Gerade disruptive Innovationen können davon profitieren. Grundlagenforschung ohne Blick auf
936 eine unmittelbare (wirtschaftliche) Verwertbarkeit ist ebenso wichtig und notwendig, wie es
937 Forschungsprogramme zu drängenden gesellschaftlichen Fragestellungen sind. Deshalb setzen
938 wir uns ein für eine solide Grundfinanzierung und demokratische Selbstorganisation der
939 Hochschulen und Wissenschaftsfreiheit in Verantwortung.

940 In Zukunftstechnologien und digitale Infrastruktur investieren

941 Europäische Kooperation ist die Grundvoraussetzung, um die Herausforderungen des 21.
942 Jahrhunderts in Bezug auf Technologie und gesellschaftliche Veränderungen im Rahmen der
943 Klimakrise bestehen zu können. Wir wollen deswegen wieder intensiv in den Wissens- und
944 Innovationsstandort Europa investieren und die Mittel des **kommenden europäischen**
945 **Forschungsrahmenprogramms auf 120 Milliarden** Euro aufstocken. Damit wollen wir ein
946 schlagkräftiges Nachfolgeprogramm zu „Horizon 2020“ etablieren, das besonders die
947 Grundlagenforschung und die Wissenschaftsfreiheit inter- und transdisziplinär fördert,
948 wohlwissend, dass eine Gesellschaft technisches und Orientierungswissen benötigt, um
949 erfolgreich die Zukunft bewältigen zu können.

950 Es bleibt daher ein Fehler, dass die Bundesregierung die Vorschläge vom französischen
951 Präsidenten, eine **europäische Agentur für Sprunginnovationen und ein deutsch-**
französisches

952 **KI-Zentrum** zu etablieren, nicht angenommen und ernsthaft verfolgt hat. Stattdessen hat die
953 große Koalition eine allein national ausgerichtete Agentur für Sprunginnovationen etabliert.
954 Wir fordern, dass diese nun zumindest mit den europäischen Institutionen und Initiativen eng
955 verzahnt wird. Auch sind die geplanten 500.000 Euro Förderung für ein virtuelles deutsch-
956 französisches KI-Netzwerk viel zu wenig, um die besten Forscher*innen zusammenzubringen
und
957 tatsächlich Synergien zu etablieren.

958 **Schnelles Netz** ist die Grundlage für alles – Industrie, Mobilität, Landwirtschaft, digitale
959 Verwaltung, Teilhabe, ökonomischer Erfolg. Für Unternehmen ist der Breitbandausbau eine
960 harte Standortfrage. Und oftmals sind es gerade die ländlichen Regionen, die von schnellem
961 Internet abgehängt sind. Von der flächendeckenden Grundversorgung, die die Bundesregierung
962 versprochen hatte, sind wir weit entfernt. Für die digitale Infrastruktur Glasfaser und 5G-
963 Mobilfunk gibt es erhebliche Investitionslücken.

964 Wir lassen uns beim Ausbau der 5G-Netze vom Vorsorgeprinzip leiten. Wir fordern daher die
965 Veröffentlichung der Ergebnisse bereits durchgeführter Studien zu Auswirkungen von 5G, die
966 aus öffentlichen Mitteln ganz oder teilweise finanziert wurden und rufen auch die
967 Unternehmen auf, ihre eigenen Untersuchungen vollumfänglich zu veröffentlichen. Wir
968 unterstützen die Überprüfung und ggf. Erarbeitung geeigneter Prüf- und Messverfahren über
969 Auswirkungen durch hochfrequente Sende- und Empfangsanlagen oberhalb 20 GHz und die
970 Erstellung verbindlicher Grenzwerte durch das Bundesamt für Strahlenschutz. Wir setzen uns
971 für eine EU-weite Abstimmung zu diesen Fragen ein und fordern ein möglichst einheitliches
972 Vorgehen in den Mitgliedstaaten.

973 Damit der Glasfaserausbau zügig vorankommt und die Versorgung mit schnellem Internet bis zu

974 jeder Haustür (FTTB) im ganzen Land sichergestellt wird, brauchen wir eine solide
 975 Finanzierung. Dafür wollen wir öffentliche Breitbandgesellschaften für den Glasfaserausbau
 976 im ländlichen Raum gründen, in die der Bund mindestens den Erlös des Verkaufs seiner
 977 Telekom-Aktien einbringt. Zusätzlich werden wir bei Netzregulierung, insbesondere bei neuen
 978 Ausschreibungen von Frequenzen darauf achten, dass die Netzbetreiber harte Verpflichtungen
 979 unterschreiben, auch entlegene ländliche Regionen zu versorgen.

980 Neue Wege bei Forschung & Entwicklung

981 Für die Lösung von Zukunftsfragen brauchen wir eine starke Wissenschaft. Deshalb wollen wir
 982 die Wissenschaft bei der Digitalisierung unterstützen. Die freie Zugänglichkeit,
 983 Nachvollziehbarkeit und Verständlichkeit von Wissen ist dabei ein zentraler Baustein für
 984 eine innovative und zugleich am Gemeinwohl orientierte Wirtschaft. Wir wollen unter
 985 Berücksichtigung von Datenschutz freie Inhalte (in Forschung und Lehre), insbesondere Open
 986 Access-Publikationen, und bei Forschungsdaten (Open Science Data) besonders fördern. Wir
 987 wollen Initiativen der Wissenschaft fördern, Ergebnisse breit in die Gesellschaft zu
 988 kommunizieren und den Zugang und die Verständlichkeit von Wissen über kreative und neue
 989 kommunikative Wege zu erleichtern. Neben Vorträgen, Citizen Science und Science Slams
 bilden

990 auch (Forschungs-)Museen, Reallabore und öffentliche Veranstaltungen an
 991 Forschungseinrichtungen wichtige Brücken zwischen Bürger*innen und Forschenden.

992 KMUs sollen bei der Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsoffensive eine größere Rolle
 993 zugemessen werden, die wir durch steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung
 994 unterstützen wollen. Ferner wollen wir eine breite Verfügbarkeit von Basisinnovationen
 995 ermöglichen und dafür Open-Source-Lösungen fördern, insbesondere wenn diese von
 öffentlichen

996 Forschungseinrichtungen entwickelt werden. Wir finden es wichtig bei Forschungsanliegen
 997 stärker NGOs und andere zivilgesellschaftliche Akteur*innen zu berücksichtigen. Dafür
 998 brauchen wir z.B. mehr Reallabore und einen breiteren öffentlichen Dialog bei der
 999 Formulierung von Forschungsfragen.

1000 Eine faire Ausgestaltung des internationalen Rechtssystems muss verhindern, dass Patente und
 1001 sonstige geistige Eigentumsrechte (etwa auf HIV-Präparate, Saatgut oder tradiertes Wissen)
 1002 sozial schädlich genutzt werden und wirtschaftliche Entwicklung behindern. Investitionen aus
 1003 Drittstaaten müssen zum Aufbau von lokalem Wissen und hochwertigeren Anteilen an der
 1004 globalen Wertschöpfung beitragen. Ein möglichst großer Teil dieser Technologien sollte in
 1005 Formen offenen Wissens (Open Design, Open Source, Open Data, Creative Commons) entwickelt

1006 werden und allen Menschen zur Verfügung stehen.

1007 **9. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West, Stadt und Land**

1008 Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass Stadt und Land, dass strukturschwache und
 1009 wirtschaftsstarke Regionen nicht weiter auseinanderdriften. In den deutschen Kommunen klappt
 1010 eine öffentliche Investitionslücke bei der Infrastruktur von 138 Milliarden Euro. So viel
 1011 Geld fehlt in Kitas, Straßen, Brücken oder Spielplätzen, allein um die Substanz zu erhalten.
 1012 Viele Kommunen können das nicht finanzieren. Damit werden wir unserer Verpflichtung nach
 1013 gleichwertigen Lebensverhältnissen nicht überall im Land gerecht, was vor allem
 1014 strukturschwache Regionen, gerade in Ostdeutschland, betrifft.

1015 Bund und Länder sollen in die Lage versetzt werden, strukturschwache Regionen besser zu
1016 unterstützen, so dass die regionale Daseinsvorsorge überall gewährleistet ist. Das kann über
1017 eine neue Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ erfolgen. Wir wollen auch
1018 Kompetenzagenturen schaffen, welche die Kommunen bei der Planung von Investitionen und
dem
1019 Abruf von Fördermitteln unterstützt. Eine Förderung über alle Regionen hinweg führt oft
1020 dazu, dass stärkere Regionen aufgrund ihrer funktionierenden Infrastruktur und Verwaltung
1021 die Mittel als erstes beantragen und bekommen, während die schwächeren Regionen dann das
1022 Nachsehen haben. Wir wollen die Förderung auf die wirklich strukturschwachen Regionen
1023 ausrichten und dabei auch Geschlechteraspekte bei der Ausgestaltung der regionalen
1024 Daseinsvorsorge berücksichtigen. Die beste Förderung hilft nicht, wenn die Mittel nicht dort
1025 ankommen, wo sie wirksam werden sollen.

1026 Wir wollen die aktuelle Förderung von ihrer Projektorientierung hin zu Prozessen ausrichten,
1027 damit Projekte vor Ort langfristig gesichert sind und das Engagement der Leute vor Ort
1028 nachhaltig gefördert wird. Daneben soll ein **Altschuldenfonds** Kommunen mit hohen
Altschulden
1029 neue Spielräume eröffnen, indem der Bund einen Teil der Schulden übernimmt, aber auch die
1030 Verantwortung der Länder zum Tragen kommt sowie berücksichtigt wird, dass einige
1031 Landesregierungen dies bereits aus eigener Kraft getan haben. Der Bund kann sich zu sehr
1032 niedrigen – momentan sogar negativen – Zinsen finanzieren, und so den Kommunen wieder Luft
1033 zum Atmen verschaffen. Außerdem werden wir die Kommunen bei den Sozialausgaben
entlasten und
1034 prüfen, wie Länder und Kommunen ihr Schuldenmanagement verbessern und in den Genuss der
1035 günstigen Zinskonditionen des Bundes kommen können. Die **regionale**
Wirtschaftsförderung
1036 wollen wir neu ausrichten und Regionen, die einen starken Strukturwandel zu bewältigen
1037 haben, mehr in den Blick nehmen. Entscheidend für die Ansiedlung von Unternehmen ist nicht
1038 der Scheck vom Staat, sondern eine exzellente Infrastruktur und gut ausgebildete Fachkräfte
1039 vor Ort. Wo es keinen Datenhighway gibt, kann sich heute kein Unternehmen mehr ansiedeln.

1040 Für die Lausitz hieße das zum Beispiel, dass man von den kleinen Orten schnell nach Cottbus
1041 kommen kann, und von Cottbus schnell mit der Bahn nach Berlin, Wrocław oder Warschau.
1042 Schnelles Internet und das digitale Büro würden es mit einem Arbeitsplatz in Berlin
1043 ermöglichen, an der mecklenburgischen Seenplatte zu wohnen. Gute Bahnverbindungen
würden die
1044 gelegentliche, zügige Fahrt zur Firma erlauben. Wir wollen die **regionalen Zentren stärken**
1045 und zu Ankerpunkten in den Regionen mit breitem Angebot an öffentlichen und kulturellen
1046 Dienstleistungen machen. Dies wollen wir in Grenzregionen auch grenzüberschreitend und
1047 europäisch gestalten. Wir wollen auch Universitäten und Fachhochschulen ansiedeln bzw.
1048 erweitern, denn sie können einen Wissenstransfer in die lokale Wirtschaft organisieren.
1049 Gleichzeitig bringen die gut ausgebildeten Studierenden eigene Geschäftsideen mit oder sind
1050 künftige Fachkräfte für die lokale Wirtschaft. So kann es auch gelingen, junge Zugewanderte
1051 zu motivieren, etwa in die Uckermark oder nach Ostsachsen zu ziehen.

1052 **10. Mit einer gemeinsamen Industriestrategie die Stärke des europäischen** 1053 **Binnenmarktes**

1053 **nutzen**

1054 Der Kern einer guten Industriepolitik liegt in der Stärkung der eigenen Innovationskraft,
1055 nicht in der Abwehr von Konkurrenz. Trotzdem ist es wichtig, dass Deutschland und Europa
1056 faire Regeln entwickeln und diese dann nach innen und außen durchsetzen.

1057 Der **europäische Binnenmarkt** ist der größte gemeinsame Wirtschaftsraum der Welt. Kein
großes
1058 globales Unternehmen kann es sich leisten, auf diesem riesigen Markt nicht vertreten zu
1059 sein. Den Europäischen Binnenmarkt müssen wir nutzen, um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit
und
1060 faire Spielregeln zu stärken, anstatt uns von nationalen Interessen auseinanderdividieren zu
1061 lassen.

1062 Wer auf dem europäischen Markt mitspielen will, muss den europäischen Regeln folgen. Mit der
1063 Datenschutzgrundverordnung haben wir gezeigt, wie das geht. Entweder halten sich
Unternehmen
1064 daran, oder ihnen wird der Zugang zum Markt verwehrt. Mittlerweile macht die DSGVO
1065 international Karriere.

1066 Die Europäische Union muss dafür als starke und geeinte Akteurin gemeinsame Standards für
1067 eine zukunftsfähige Wirtschaft entwickeln – statt Empfängerin der strategischen
1068 Entscheidungen anderer zu sein. Wenn die USA auf einen finanzmarktgetriebenen Kapitalismus
1069 und China auf autoritären Staatskapitalismus setzt, dann müssen wir uns nicht entscheiden,
1070 sondern darauf eine europäische Antwort geben: mit einem **Green New Deal für die sozial-**
1071 **ökologische Marktwirtschaft.**

1072 Europa braucht eine **gemeinsame Industriepolitik**, deren Kern in der Stärkung der eigenen
1073 Innovationskraft und der Durchsetzung von fairen Spielregeln für die Wirtschaft liegt – nach
1074 innen wie nach außen. Ihre Ziele und Instrumente sollen sich an der Notwendigkeit einer
1075 sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft orientieren. So kann der europäische
1076 Binnenmarkt, auch aufgrund seiner Größe, zum Leitmarkt für die Welt werden.

1077 Eine Industriestrategie zur Stärkung von Innovation und Nachhaltigkeit

1078 **Eine Industriestrategie** muss in erster Linie Innovationen in Deutschland und Europa aktiv
1079 vorantreiben, zum Beispiel durch ordnungspolitische Leitplanken und öffentliche Aufträge,
1080 welche die Nachfrage nach neuen Technologien stimulieren. Sie soll dabei insbesondere auch
1081 den ökologischen Wandel der Wirtschaft unterstützen, durch Maßnahmen wie eine langfristige
1082 Klimaschutzstrategie, einen europaweiten CO₂-Mindestpreis, oder die Förderung industrieller
1083 Leuchtturmprojekte mit dem Ziel, Treibhausgasemissionen in den energieintensiven Branchen
1084 abzubauen. Finanzmärkte müssen so reguliert werden, dass sich nachhaltige Investitionen
1085 auszahlen und nicht benachteiligt werden. Auch die europäischen Investitionsprogramme
müssen

1086 auf Nachhaltigkeit getrimmt werden.

1087 Eine Industriestrategie soll auch dafür sorgen, dass europäische Kräfte bei künstlicher
1088 Intelligenz gebündelt werden und öffentliche Investitionen in europäische Gemeingüter
1089 getätigt werden, wie in die Verkehrs-, Telekommunikations- und Energieinfrastruktur.

1090 Rechtswidriger Steuerumgehung und Steuerbetrug erteilen wir eine Absage, denn auch
1091 Unternehmen müssen sich angemessen an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligen.
1092 Auch gerechte Arbeitsbedingungen, Mindeststandards bei der sozialen Absicherung und eine
1093 europäische Rückversicherung für die nationalen Arbeitslosenversicherungssysteme müssen Teil

1094 einer solchen sozial-ökologischen Industriestrategie sein.

1095 Wettbewerbsverzerrungen bekämpfen

1096 Gegenüber staatlich subventionierten Monopolisten aus China und unregulierten
1097 Digitalkonzernen aus den USA muss eine europäische Industriestrategie fairen Wettbewerb auf
1098 dem europäischen Markt sicherstellen, zum Beispiel durch eine Weiterentwicklung der Anti-
1099 Dumping- und Anti-Subventionsinstrumente, eine Reform der WTO und eine Schärfung der
Regeln

1100 im Kartellrecht. Auch muss die Europäische Union Wettbewerbsverzerrungen bei öffentlichen
1101 Aufträgen stärker ahnden können. Ein Weg könnte sein, im Vergaberecht die Möglichkeiten zu
1102 schaffen, Angebote aus Ländern, die ihre Firmen subventionieren, mit einem Aufschlag zu
1103 versehen und auch bei Nicht-EU-Bietern hohe Arbeits- und Umweltstandards zu berücksichtigen.

1104 Mittelfristig sollte das Prinzip der Gegenseitigkeit (Reziprozität) für Drittstaaten gelten,
1105 damit es zu gleichen Wettbewerbsbedingungen kommen kann. Außerdem braucht es eine
1106 europäische Antwort darauf, wie damit umzugehen ist, wenn zum Beispiel chinesische
1107 Unternehmen europäische aufkaufen, ihnen dann de facto umsonst Kredite zukommen lassen
und

1108 dadurch den Wettbewerb verzerren.

1109 Kontrolle über kritische Infrastruktur

1110 Ausländische Direktinvestitionen in **Schlüsseltechnologien und kritische Infrastruktur**
1111 sollten besser überwacht werden. Der neue europäische Screening-Mechanismus für
1112 Direktinvestitionen sollte in die deutsche Außenwirtschaftsordnung integriert und konsequent
1113 angewandt werden. Denn wenn wir keine Kontrolle mehr über unsere kritische Infrastruktur
1114 haben, haben wir ein riesiges Sicherheitsproblem, sind abhängig und im schlimmsten Fall
1115 erpressbar.

1116 Die fortschreitende Digitalisierung macht die bessere Überwachung von ausländischen
1117 Direktinvestitionen in **Schlüsseltechnologien und den Schutz der kritischen**
Infrastruktur

1118 **notwendig.**

1119 Der neue europäische Screening-Mechanismus für Direktinvestitionen sollte in die deutsche
1120 Außenwirtschaftsordnung integriert und konsequent angewandt werden. Sichere digitale
1121 Infrastrukturen sind längst systemrelevant. Mit Blick auf die konkret anstehende
1122 Entscheidung zu 5G stellen wir fest, dass Huawei die Kriterien des derzeit vorliegenden IT-
1123 Sicherheitskatalogs bislang nicht erfüllt hat und deshalb zumindest in besonders
1124 sicherheitsrelevanten Netzen nicht zugelassen werden darf. Die Diskussion hat gezeigt, wie
1125 groß die Versäumnisse der Bundesregierung sind, gerade wenn es um den Schutz besonders
1126 kritischer Infrastrukturen geht. Sie hat gezeigt, dass es weiterhin klarer rechtlicher
1127 Vorgaben für den Einsatz und die Überprüfbarkeit von Hard- und Software, neuer
1128 Haftungsregelungen, des verstärkten Einsatzes von Open Source und Open Hardware und

1129unabhängiger Aufsichtsstrukturen dringend bedarf – fernab einzelner Anbieter und auch für
1130europäische Firmen. Nur hierdurch ist das Ziel zu erreichen, IT-Sicherheit effektiv zu
1131erhöhen, Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern zu reduzieren und die digitale Souveränität
1132für Europas Bürger*innen und seine Unternehmen zu verfolgen.

1133Regulatorische Macht für sozial-ökologische Ziele

1134Auch global sollten wir Europäer*innen Regeln setzen und dazu unser gesamtes europäisches
1135Schwergewicht in die Waagschale werfen. Wer in Europa Produkte verkaufen will, muss fair
1136produzieren. Die Produktion muss im Einklang mit den Klimazielen von Paris stattfinden.
1137Menschen- und Arbeitsrechte und der Schutz der Umwelt müssen geachtet werden. Dafür
braucht

1138es Handelsabkommen, die ökologische und soziale Standards gegenüber Handelspartnern
1139einklagbar machen und ein **Lieferkettengesetz**, das Transparenz und menschenrechtliche
1140Sorgfaltspflichten für Unternehmen rechtsverbindlich macht. Wir wollen den Einsatz neuer
1141Technologien fördern, die die Zwischenstufen im Produktionsprozess nachvollziehbar machen.
1142So verhindern wir zum Beispiel, dass bei uns Produkte verkauft werden, deren Vorprodukte mit
1143Kinderarbeit in Afrika hergestellt wurden.

1144Den Euro zur Leitwährung machen

1145Kaum ein Land in der EU profitiert so stark von der gemeinsamen Europäischen Währung.
1146Anstatt sich als Exportnation zu feiern, sollte Deutschland zum Wohle und Wohlstand aller
1147daher besonders in die Stärkung der Eurozone investieren.

1148Die wirtschaftliche Stärke Europas wird zentral davon abhängen, ob wir die **Währungsunion**
1149**vollenden**. Bis jetzt verlassen wir uns fast vollständig darauf, dass die Europäische
1150Zentralbank die Kohlen aus dem Feuer holt. Das darf nicht so bleiben. Dazu kommt, dass eine
1151Währungsunion ohne makroökonomische Ausgleichsmechanismen auf Dauer nicht gut
funktionieren

1152kann. Daher wollen wir eine **gemeinsame Fiskalpolitik** für die Eurozone, die im Abschwung
1153beherzt gegensteuern, die Wirtschaft stabilisieren und europäische Gemeingüter finanzieren
1154kann. Investitionen des gemeinsamen Haushalts sollten für europäische Gemeingüter wie den
1155Klimaschutz, den Ausbau der erneuerbaren Energien, Kommunikation und Internet oder die
1156Schieneninfrastruktur eingesetzt werden. Ein solches Eurozonenbudget, das stabilisiert und
1157investiert, sollte mindestens ein Prozent der Wirtschaftsleistung der teilnehmenden Staaten
1158umfassen, um makroökonomisch wirksam zu sein. Es könnte sich auch über europaweite
Steuern

1159wie eine Digitalkonzernsteuer, eine Finanztransaktionssteuer oder einen Teil einer
1160harmonisierten europäischen Körperschaftssteuer finanzieren.

1161Kaum ein Land in der EU profitiert so stark von der gemeinsamen Europäischen Währung.
1162Anstatt sich als Exportnation zu feiern, sollte Deutschland zum Wohle und Wohlstand aller
1163daher besonders in die Stärkung der Eurozone investieren. Zur Vollendung der Währungsunion
1164braucht es nicht nur eine gemeinsame Fiskalpolitik, sondern erstens einen großen Markt für
1165sichere europäische Anleihen und zweitens einen glaubwürdigen Rahmen für das gemeinsame
1166Krisenmanagement. Für den Ausbau der paneuropäischen Infrastruktur wie zum Beispiel
1167grenzüberschreitender Strom- oder Bahnnetze ist es **sinnvoll, gemeinsame europäische**
Anleihen

1168zu schaffen, über die ein Teil dieser Investitionen im Rahmen des Eurozonenhaushalts und
1169perspektivisch auch des EU-Haushalts über Kredite finanziert werden kann.

1170 So kann es uns gelingen, den **Euro zu einer** globalen Leitwährung auszubauen. Das ist nicht
 1171 nur eine Frage der wirtschaftlichen Stabilität, sondern es ist auch eine zentrale Frage
 1172 europäischer Souveränität und unserer außenpolitischen Handlungsfähigkeit.

1173 Gleichzeitig wollen wir sicherstellen, dass Europa seine Krisen selbst lösen kann. Dafür
 1174 wollen wir den Europäischen Rettungsschirm ESM zu einem vollwertigen **Europäischen**
 1175 **Währungsfonds** weiterentwickeln, im EU-Recht verankern und der demokratischen
 Mitbestimmung

1176 und Kontrolle durch das Europäische Parlament unterwerfen. Für eine wirksame
 1177 Krisenbekämpfung muss auch die Bankenunion vollendet werden. So stellen wir sicher, dass
 1178 Banken in Zukunft einheitlich, europäisch, und nicht zu Lasten der Steuerzahler abgewickelt
 1179 werden. Dafür benötigen wir zum einen ein glaubwürdiges Abwicklungsregime inklusive einer
 1180 robusten Letztsicherung für den gemeinsamen Abwicklungsfonds. Zum anderen braucht es dafür
 1181 eine **gemeinsame europäische Einlagensicherung**. Sie sollte als Rückversicherung
 ausgestaltet

1182 sein, damit die europäische Sicherung erst eingreift, wenn die nationale überfordert ist.
 1183 Die deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken können so weiter auf ihre bewährten
 1184 Institutssicherungssysteme setzen. Schließlich sollte auch und gerade Deutschland mit seiner
 1185 eigenen Fiskalpolitik viel stärker zu einem guten Funktionieren der Eurozone beitragen.

1186 Für einen **Ausgleich von makroökonomischen Ungleichgewichten** innerhalb Europas und
 zur

1187 Stärkung der europäischen Nachfrage muss Deutschland aktiv seinen überbordenden
 1188 Leistungsbilanzüberschuss reduzieren und den europäischen Partnern mehr Luft zum Atmen
 1189 lassen, und darf nicht zu einer einseitigen und spaltenden Sparpolitik zurückkehren. Um dies
 1190 zu erreichen wollen wir in Deutschland für faire Löhne besonders am unteren Ende der
 1191 Einkommensskala sorgen und die Investitionen hochfahren. Auf EU-Ebene setzen wir uns für die
 1192 Einführung einer europäischen Arbeitslosen-Rückversicherung als automatischen Stabilisator
 1193 ein.

1194 **11. Fairer Wettbewerb statt Machtwirtschaft**

1195 Wettbewerb ist Grundlage der Marktwirtschaft und Motor des Fortschritts. Ein starkes
 1196 Kartellrecht, das fairen Wettbewerb sichert und die Konzentration wirtschaftlicher Macht
 1197 begrenzt, ist nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für das Funktionieren der
 1198 Demokratie wesentlich. Es hält Märkte offen und sorgt dafür, dass sich die beste Idee
 1199 durchsetzt und nicht stets der Platzhirsch. Fehlt der Wettbewerb, können Monopolisten hohe
 1200 Gewinne auf Kosten der Verbraucher*innen machen und Startups in ihrer Entwicklung
 behindern.

1201 Eine exzessive Marktkonzentration geht einher mit der Konzentration von Vermögen und erhöht
 1202 die Ungleichheit. Und wer Märkte kontrolliert, kann auch politische Kontrolle ausüben und
 1203 Spielregeln mitbestimmen. **Das Wettbewerbsrecht braucht ein Update.** Digitale
 Geschäftsmodelle

1204 ändern Geschäftsbeziehungen und Wettbewerbsdynamik. Nutzer*innen zahlen für viele Dienste
 im

1205 Internet nicht mit Geld, sondern mit Daten. Netzwerkeffekte machen einzelne Plattformen zu
 1206 Giganten mit riesigen Datenschätzen. Ihre Marktmacht können sie missbrauchen, um
 1207 Datenschutzbestimmungen abzusenken, Geschäftspartner*innen Preise zu diktieren oder
 1208 Konkurrent*innen auszubooten.

1209 Wir wollen marktbeherrschende **digitale Plattformen streng regulieren**. Wenn sie anderen
1210 Firmen den Marktzugang verwehren oder absurde Konditionen verlangen, müssen die
1211 Kartellbehörden hart dagegen vorgehen. Damit die europäische Wettbewerbspolitik den
1212 Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird, brauchen wir ein **eigenständiges,**
1213 **europäisches Kartellamt** mit angemessenen Mitteln und Personal. Unter dem Dach dieses
1214 Kartellamtes soll eine europäische Digitalaufsicht etabliert werden, die als politisches
1215 Frühwarnsystem für kritische Marktmachtkonzentrationen und verbraucherschädigendes
Verhalten
1216 fungiert, dabei insbesondere große Plattformmärkte und natürliche, digitale Monopole
1217 reguliert und sanktionsbewährte Kooperations- sowie Transparenzpflichten aussprechen kann.

1218 Heute muss die Kartellaufsicht den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung
nachweisen,
1219 um ein Unternehmen entflechten zu können. Das ist in der Regel kaum möglich. Wir treten
1220 daher dafür ein, dass Unternehmen auch unabhängig von einem Missbrauch aufgespalten
werden
1221 können, wenn ihre Marktmacht zu groß und zum Problem für Wirtschaft und Gesellschaft wird.

1222 Das Facebook-Monopol ist beispielsweise so ein Fall. Wir wollen **Instagram, Facebook und**
1223 **WhatsApp wieder entflechten**. Indem wir die Grundsätze der Interoperabilität, wie sie heute
1224 bei Telefon, SMS und Mail selbstverständlich sind, auf Messenger-Dienste übertragen, wollen
1225 wir den Markteintritt neuer Anbieter erleichtern und den Wettbewerb um die besten
1226 Datenschutzbestimmungen entfachen.

1227 Wir GRÜNE wollen, dass das Wettbewerbsrecht im Sinne der europäischen Verträge angewandt
1228 wird. Umweltschutz und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung müssen dabei
1229 berücksichtigt werden. Die Fusionen von Bayer und Monsanto sowie weiterer
Agrochemiekonzerne
1230 sind zum Beispiel nicht nur für den Wettbewerb problematisch, sondern auch für die Umwelt.
1231 Fehlende Sortenvielfalt, Pestizideinsatz und Artensterben sind die Folgen.

1232 Außerdem sollte bei der Fusionskontrolle die Hohe Vertreter*in für Außen- und
1233 Sicherheitspolitik einbezogen und um eine sicherheitspolitische Einschätzung gebeten werden.

1234 Wer fairen Wettbewerb will, muss **Verstöße wirksam juristisch ahnden**. Der Abgasskandal
hat
1235 einmal mehr gezeigt, wie Unternehmen versuchen, fairen Wettbewerb durch Betrug zu
umgehen.

1236 Wir GRÜNE wollen solch gemeinwohlschädliches Verhalten strikt ahnden. Wir wollen eine
1237 gesetzliche Regelung, welche die bessere Verfolgung und Sanktionierung von Straftaten
1238 ermöglicht, die aus Unternehmen heraus begangen werden. Dabei muss der Staat seine
Gesetze
1239 und Verordnungen konsequent durchsetzen. Des Weiteren sollen identifizierte Gesetzeslücken
1240 geschlossen werden. Der Abgasskandal ist auch ein Beispiel dafür, dass er das nicht immer
1241 tut – denn er wurde erst durch die jahrelange Kumpanei von Autoindustrie, Aufsichtsbehörden
1242 und Politik möglich. Und um den Einfluss von Lobbyist*innen und Interessengruppen auf den
1243 Bundestag offenzulegen, wollen wir ein **verpflichtendes öffentliches Lobbyregister**
1244 einrichten. Wer als Hinweisgeber unethisches oder strafbares Verhalten in der Wirtschaft
1245 aufdeckt, handelt im Interesse des Gemeinwohls und braucht rechtlichen Schutz vor Sanktionen

und wirtschaftlichen Nachteilen. Damit solche Missstände frühzeitig aufgedeckt und abgestellt werden, brauchen wir zudem klare und sichere Meldewege für Whistleblower*innen. Wir wollen solche sicheren und anonymen Meldewege für digitale und analoge Daten bei öffentlichen Aufsichts- und Strafverfolgungsstellen einrichten und bekannt machen.

Bisher gibt es in Deutschland und Europa keine finanziellen Entschädigungen für die vom Dieselskandal Betroffenen. Für Einzelne ist es oft viel zu schwer, das geltende Recht auch zur Geltung zu bringen. So weigern sich etwa Fluggesellschaften, Entschädigungsansprüchen nachzukommen. Auch auf unseren Druck hin ist es gelungen, in Deutschland erstmals Musterfeststellungsklagen zu ermöglichen. Sie sind aber unzureichend, denn immer noch muss jede*r Betroffene einzeln klagen. Daher wollen wir endlich Gruppenklagen ermöglichen, um das Prozessrisiko auf viele Schultern zu verteilen.

12. Faire Welthandels- und Währungsordnung schaffen

Uns geht es um eine **Re-Regulierung der Globalisierung**. Die vergangenen Jahre haben gezeigt:

Eine unregulierte Globalisierung führt zur Ausbeutung von Menschen und Umwelt und beschleunigt die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Die Wohlstandsgewinne aus internationalem Handel sind ungleich verteilt. Rechtsextremist*innen und Nationalist*innen benutzen die berechtigte Kritik an Fehlentwicklungen der Globalisierung, um einen Rückfall in den Nationalismus zu propagieren. Das ist die falsche Antwort. Wir stellen eine freiheitliche und weltoffene Antwort dagegen. Richtig genutzt kann eine gute Handelspolitik Umweltschutz, Klimaschutz, Menschenrechte, Arbeitnehmer*innenrechte und Wirtschaftsinteressen in Balance bringen. Und so die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erhalten, im globalen Süden Gerechtigkeit schaffen und Demokratieverdrossenheit bekämpfen. Wir brauchen aber auch einen Globalen Green New Deal. Denn unsere Ökonomien und unsere Ökosysteme hängen voneinander ab. In einer globalisierten Welt sind nicht nur die Krisen global, auch die Lösungen müssen global sein. Das bedeutet nicht abzuwarten, bis andere vorangehen. Gerade die wohlhabenden und technologisch hoch entwickelten Staaten müssen den

Weg für eine grüne Wende im globalen Maßstab ebnen.

Europa hat mit dem größten Binnenmarkt der Welt etwas zu bieten – und wir wollen dieses Angebot mit einer klaren Aufforderung zu progressiver Politik verbinden. Den Zugang zu unseren Märkten gewähren wir nur bei Einhaltung sozial-ökologischer Mindeststandards. Dadurch werden positive Auswirkungen auf Arbeitnehmer*innen weltweit entstehen. Wenn Regierungen wirtschaftspolitische Maßnahmen ergreifen wollen, um das Pariser Klimaabkommen,

die VN-Menschenrechtskonventionen oder die Ziele der Agenda 2030 zu erfüllen, dürfen diese nicht durch Handelsverträge oder Investitionsschutzklagen erschwert oder gar konterkariert werden. Bestandteil von Verträgen sollte sein, dass alle Handelspartner*innen sich verpflichten, den bei ihnen tätigen oder ansässigen Unternehmen eine menschenrechtliche Sorgfaltspflicht im Sinne der VN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte aufzuerlegen.

Doch hierfür brauchen wir eine **Neuausrichtung der EU-Handelspolitik**. Das Mercosur-Abkommen,

das die EU unter anderem mit Brasilien abschließen will, ist das letzte fatale Beispiel einer Agenda, die Liberalisierung und Deregulierung in den Mittelpunkt stellt. Wir

1287 kritisieren die hochproblematischen Konzernschiedsgerichte in Verträgen wie bei TTIP, CETA
1288 oder JEFTA, die auf der anderen Seite keine effektiven Schutzmechanismen für Klima, Umwelt,
1289 Menschenrechte, Arbeitnehmer*innen und Verbraucher*innen enthalten. Der brennende
Amazonas

1290 führt uns diese fatale Logik mehr als deutlich vor Augen, denn die zwischen der EU und den
1291 Mercosur-Staaten vereinbarten Handelserleichterungen für Rindfleisch wirken für den
1292 Regenwald wie ein Brandbeschleuniger. Wir wollen einen **Importstopp von Agrarprodukten**
aus
1293 **gerodeten Gebieten des Amazonas sowie von Palmöl aus dem indonesischen**
Regenwald.

1294 Mittlerweile wird auch immer mehr europäischen Regierungen klar, dass die
1295 Nachhaltigkeitsklauseln im Abkommen zahnlos sind und für das Klima, den Regenwald und die
1296 dort heimischen Indigenen keinen ausreichenden Schutz bieten, da es keinen wirkungsvollen
1297 Sanktionsmechanismus gibt, durch den Handelserleichterungen zurückgenommen werden
könnten.

1298 **Wir GRÜNE lehnen dieses Abkommen wie auch CETA und JEFTA in ihrer bisherigen**
Form ab, denn

1299 trotz einzelner Verbesserungen erfüllen sie die Bedingungen an fairen Handel nicht. Deswegen
1300 wollen wir, dass sich die Bundesregierung im Rat für einen Stopp der Ratifizierung des
1301 jetzigen

1302 Mercosur-Abkommens und für Nachverhandlungen mit einem neuen Mandat einsetzt. Außerdem
ist

1303 es an der Zeit für ein **Bündnis für fairen Handel** – aufbauend auf den Korrekturen, die es
1304 nach der umfassenden Kritik gerade auch der Zivilgesellschaft bereits gegeben hat und die
1305 auch einige europäische Regierungen zum Umdenken gebracht haben.

1306 Die EU sollte dabei in erster Linie auf Reformen der multilateralen Handelsregeln sowie auf
1307 einen **gemeinsamen plurilateralen Vertrag** setzen, der weltweit Standards für fairen,
offenen,

1308 geschlechtergerechten und ökologischen Handel etabliert mit dem Ziel, die Globalisierung
1309 gerecht zu gestalten. Bilaterale Handelsverträge können Zwischenschritte sein. Dafür müssen
1310 diese aber offen für andere Handelspartner und so ausgestaltet sein, dass sie in ein
1311 globales Welthandelssystem integrierbar sind. Der Fokus muss in Zukunft auf
1312 Handelsliberalisierungen liegen, die sich positiv auf die nachhaltige Entwicklung auswirken.

1313 Starke Regeln für faire Märkte gehören dabei zum Kern von Handelsabkommen. Das beinhaltet
1314 zentrale internationale Abkommen wie die ILO-Kernarbeitsnormen oder das Pariser
1315 Klimaschutzabkommen. Handelserleichterungen könnten somit auch wieder aufgehoben
werden,

1316 wenn ein Handelspartner zum Beispiel den Klimavertrag von Paris aufkündigt oder dessen Ziele
1317 nicht einhält. Das gleiche gilt für den Verstoß gegen Menschenrechte und auch für die Nicht-
1318 Einhaltung von Mindeststandards für Umwelt und Arbeit.

1319 Das **Vorsorgeprinzip** wollen wir zum Schutz von Umwelt und Verbraucher*innen für alle Teile
1320 von Handelsverträgen geltend machen. Parlamente dürfen durch Regeln zur regulatorischen
1321 Zusammenarbeit in Handelsabkommen nicht umgangen oder geschwächt werden. Faire
1322 Handelspolitik lässt den Staaten, Regionen und Kommunen Freiräume, um Dienstleistungen so

zu

1323organisieren und zu regulieren, wie sie das für richtig halten.

1324Statt einseitiger Sonderklagerechte für private Investoren (ISDS/ICS) setzen wir uns für
1325einen **ständigen internationalen Handelsgerichtshof** ein, vor dem auch Betroffene klagen
1326können, wenn Unternehmen gegen Investorenpflichten im Bereich der grundlegenden
1327Menschenrechte, Sozial- oder Umweltstandards verstoßen. Die zugrundeliegenden Regeln, die
1328Unternehmensklagen ermöglichen, müssen eng begrenzt werden, um bspw. Klagen gegen
Fracking-
1329Verbote oder den Atom-Ausstieg auszuschließen.

1330Lieferkettengesetz einführen

1331Damit Menschenrechte und Umwelt in internationalen Lieferketten nicht länger unter die Räder
1332geraten, wollen wir gesetzliche Regeln zu Transparenz und Sorgfaltspflichten für Unternehmen
1333einführen. Das beinhaltet, dass die EU nachvollziehbare entwaldungsfreie Lieferketten
1334verbindlich durchsetzt. So kann bei Bruch von internationalen Verträgen und Verpflichtungen
1335ein Importstopp von Agrarprodukten wie zum Beispiel für Soja und Rindfleisch aus gerodeten
1336Gebieten des Amazonas verhängt werden. In der öffentlichen Beschaffung sollte Deutschland
1337mit gutem Beispiel voran gehen und nur noch Produkte aus nachweislich entwaldungsfreien
1338Lieferketten einkaufen.

1339Transnationale Unternehmen, **die in Deutschland tätig sind**, wollen wir dafür haftbar
machen,

1340wenn sie innerhalb ihrer Produktions- und Ressourcenketten an Menschenrechtsverletzungen
1341beteiligt sind. **Wenn Unternehmen nachweislich fahrlässig gehandelt oder bewusst ihre**

1342**Sorgfaltspflichten misachtet haben, sollen Betroffene diese in Deutschland
zivilrechtlich**

1343**belangen können.** Das Beispiel Frankreich zeigt, dass dies möglich ist. Unternehmen müssen
1344entlang ihrer Lieferketten soziale und ökologische Mindeststandards einhalten und vor allem
1345müssen diese transparent sein, sodass klar ist, unter welchen Bedingungen Produkte
1346produziert wurden. Kriege, Menschenrechtsverletzungen und Ausbeutung dürfen nicht durch
1347Produkte finanziert werden, die in der EU verkauft werden. Produkte, die soziale und
1348ökologische Mindeststandards nicht einhalten, wollen wir nicht in unseren Supermarktregalen
1349sehen. Wir wollen eine konsequente Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und
1350Menschenrechte.

1351Und wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich endlich aktiv am Prozess der
1352Vereinten Nationen zur Erreichung eines völkerrechtlichen Abkommens (UN Binding Treaty
1353Prozess) beteiligt, mit dem transnationale Konzerne und andere Wirtschaftsunternehmen für
1354Menschenrechtsverstöße zur Verantwortung gezogen werden sollen.

1355Wir fordern, dass in allen Handelsabkommen der EU soziale und ökologische Standards für
1356Unternehmen, die Produkte in die EU importieren, rechtsverbindlich verankert werden. So
1357sorgen wir zum Beispiel dafür, dass Smartphones, deren Rohstoffe mit Kinderarbeit im Kongo
1358geschürft wurden, Jeans, deren Produktion Flüsse in Bangladesh vergiftet haben oder auch
1359Rindfleisch aus gerodeten Gebieten des Amazonas nicht mehr länger auf den Europäischen
Markt

1360gelangen. Daraus resultierende Importbeschränkungen stellen sicher, dass durch die

1361Marktmacht des größten Binnenmarkts der Welt ökologische und soziale Verbesserungen entlang

1362der Lieferkette international durchgesetzt werden.

1363Handel nicht auf Kosten der Ärmsten

1364Entwicklungschancen für wirtschaftlich schwächere Länder müssen durch Handelsabkommen

1365vergrößert statt verkleinert werden. Dazu gehören wirksame Klauseln zum Schutz sensibler

1366Wirtschaftsbereiche, die Erlaubnis für Exportsteuern auf Rohstoffe, die Förderung regionaler

1367Integration, Technologietransfer und eine angemessene Besteuerung wirtschaftlicher

1368Aktivität. Menschenrechte und Entwicklungschancen müssen Vorrang vor reinen

1369Handelsinteressen haben. Deshalb ist eine gewisse asymmetrische Ausgestaltung von Verträgen

1370zum Vorteil wirtschaftlich schwächerer Länder, aber auch in unserem Interesse.

1371Gerade die Industrieländer werden von einer stabilen Entwicklung im globalen Süden, die den

1372Menschen Chancen, Perspektiven und Bildung gibt, ökonomisch, friedenspolitisch und

1373klimapolitisch profitieren. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen sind dafür

1374kontraproduktiv. Gleichzeitig fordern wir, dass die EU ihre Zölle auf verarbeitete Produkte

1375aus Entwicklungsländern senkt oder abschafft, um die Produktion vor Ort zu fördern. Wir

1376wollen die regionale Integration von Entwicklungsländern fördern. Und wir bevorzugen die

1377Welthandelsorganisation und multilaterale Abkommen gegenüber bilateralen

Handelsabkommen, da

1378die Interessen insbesondere ärmerer Länder ansonsten drohen, unter die Räder zu geraten.

1379Entwicklungschancen für rohstofffördernde Länder

1380Bei Gewinnung, Verarbeitung und Nutzung von Bodenschätzen geht es auch um

1381Entwicklungschancen für die rohstofffördernden Länder. Der überproportionale Verbrauch von

1382Rohstoffen in den Industrieländern gibt uns nicht das Recht auf überproportionalen Zugang.

1383Nur eine faire Verteilung gewährleistet auch eine langfristig friedliche Zukunft. Daher

1384setzen wir auf **internationale und kooperative Lösungsansätze**. Häufig geht der Abbau von

1385Rohstoffen mit gravierenden Menschenrechtsverletzungen einher. Die EU-Verordnung zu

1386Konfliktmineralien tritt 2021 in Kraft und ist ein wichtiger Schritt, um den schlimmsten

1387Verbrechen Einhalt zu gebieten. Wir setzen uns dafür ein, die Verordnung auszuweiten, denn

1388bisher sind nur vereinzelte Rohstoffe abgedeckt. Gleichzeitig ergeben sich auch Vorteile,

1389wenn der Zugang zu und der Handel mit Rohstoffen stabil und langfristig ist. Voraussetzung

1390dafür ist, dass die menschenrechtlichen, sicherheits-, umwelt- und demokratiepolitischen

1391Konsequenzen mitberücksichtigt und dafür jeweils Standards geschaffen werden. Diese müssen

1392auf verschiedenen Ebenen ansetzen: im Herkunftsland, bei Investor*innen und Unternehmen, im

1393Verbraucherland und auf internationaler Ebene.

1394Sichere und stabile Weltwährungsordnung schaffen

1395Nachdem in den 1970er Jahren das internationale Währungssystem „Bretton Woods“ aufgekündigt

1396wurde – es regelte die internationalen Finanz- und Wechselkursbeziehungen – waren die

1397Staaten nicht bereit, eine neue gemeinsame Ordnung zu etablieren. Stattdessen ließen die

1398großen Industrienationen ihre Wechselkurse weitgehend frei schwanken und die internationalen

1399Finanzinstitutionen setzten sich für einen unbeschränkten internationalen Kapital- und
1400Finanzverkehr ein. Regelmäßige Währungs- und Finanzkrisen haben seitdem die Welt
erschüttert
1401und vor allem weniger entwickelte Länder wurden durch spekulative Kapitalflüsse in ihrer
1402Entwicklung immer wieder zurückgeworfen. Gleichzeitig sind die globalen
1403Handelsungleichgewichte explodiert und stellen einen neuen Herd der Instabilität dar. Wir
1404wollen international **im Rahmen der G20 eine Diskussion über ein neues System**
stabilisierter
1405**Wechselkurse anregen.** In der Überzeugung, dass wir so Spekulation eindämmen,
Entwicklung und
1406Handel fördern und Handelsungleichgewichte abbauen könnten.

1407**Für die ärmsten Länder der Welt** ist die öffentliche Entwicklungsfinanzierung zentral. Wir
1408streben eine Weltwährungsordnung an, die es nicht nur den wohlhabenden Ländern ermöglicht,
1409langfristige Investitionen auch langfristig und damit verlässlich zu finanzieren. Dafür
1410müssen kurzfristige, spekulative Finanzströme reguliert, verteuert und notfalls auch
1411verboten werden. Wir müssen uns gegen spekulative Attacken auf Staaten und ihre Währungen
1412absichern. Dafür braucht es globale öffentliche Institutionen. Hier sind aber keine
1413kurzfristigen Erfolge zu erwarten. Um dennoch schnell zu einer Veränderung zu kommen, wollen

1414wir, dass die Europäische Zentralbank die Auswirkungen ihrer Politik auf Entwicklungsländer
1415berücksichtigt und diese unterstützt. Entwicklungsländern, die durch ungerechtfertigte
1416Währungsspekulationen unter Druck geraten, soll sie zur Seite springen können, sofern es mit
1417den geldpolitischen Zielen vereinbar ist. Hierfür könnten zum Beispiel Devisenswap-
1418Vereinbarungen oder Art. 219 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
1419(AEUV) zur Festlegung von Wechselkurspolitiken genutzt werden.

1420Die globale Transformation bedeutet vor allem in ärmeren Ländern massive Investitionen.
1421Diese nachhaltig, sozial-ökologisch und auf lokale Bedürfnisse ausgerichtet bereitzustellen,
1422muss ein zentrales Ziel der globalen Finanzierungsarchitektur sein.

1423Die multilateralen Finanzinstitutionen **IWF, Weltbank** und regionale Entwicklungsbanken
können
1424beim Erreichen der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) und dem weltweiten sozial-
1425ökologischen Umbau eine entscheidende Rolle spielen. Wir wollen Ländern verlässlichen Zugang

1426zu Finanzierung der Transformationsprozesse gewähren. Dabei muss die Weltgemeinschaft für
1427globale Allmenden (etwa das Klima, Biodiversität, Wälder) auch im Sinne der "gemeinsamen,
1428aber differenzierten Verantwortung" Lastenteilung ermöglichen. Dazu gehört derzeit ganz
1429konkret ihr Engagement konsequent am Pariser Klimaabkommen auszurichten. Wir dürfen sie
1430nicht aus der Verantwortung entlassen, selbst zu einer stabilen, nachhaltigen und
1431armutsmindernden globalen Finanzarchitektur beizutragen.

1432Um die notwendigen Kredite nicht zu finanziellen Bumerangs zu machen, braucht es ein
1433geordnetes Staateninsolvenzverfahren bei Überschuldung in Fremdwährung. Nur ein System,
das
1434die Interessen der Gläubiger*innen und Schuldner*innen austariert, führt zu adäquater
1435Kreditversorgung und nachhaltiger Lösung von Überschuldungskrisen. Dabei spielen die
1436aktuelle Regierungsführung und das Schuldenmanagement eine zentrale Rolle. Genauso wie

1437korrupte Schuldnerregierungen durch Schuldenerlass nicht nachträglich für Fehlinvestitionen
1438belohnt werden dürfen, muss „Geierfonds“ durch kollektive vereinbarte Regeln das Einklagen
1439von Schulden verwehrt werden.

1440Wir setzen uns aktiv gegen Steuersümpfe und für eine nachhaltige Finanzierung des
1441Gemeinwohls ein. Eine Vielzahl ärmerer Länder sind entgegen jeglicher Logik
1442„Nettokreditgeber“ – das heißt das Geld, das ihnen über Kapital- und Steuerflucht verloren
1443geht, übersteigt die Summe aus Direktinvestitionen, Rücküberweisungen und
1444Entwicklungszahlungen. Wir unterstützen daher eine aggressive Vorgehensweise gegen die
1445organisierte Ausbeutung über Steuersümpfe und das Bankgeheimnis. Außerdem müssen wir
Staaten
1446dabei unterstützen, solide Steuersysteme aufzubauen.

1447**13. Stabile und nachhaltige Finanzmärkte und sichere Anlagen**

1448Der Finanzsektor sollte eine zentrale Grundlage für die Ermöglichung realwirtschaftlicher
1449Aktivitäten und damit der Vielfalt unserer Lebensentwürfe sein. Heute nimmt er diese
1450positive Funktion oft nicht wahr. Daher brauchen wir klare und effektive Regeln, die die
1451globale Finanzmarktarchitektur auf diese Aufgabe fokussiert. Dazu zählen Zahlungsverkehr,
1452Kreditvergabe, Sparmöglichkeiten, Investitionsfinanzierung, Absicherungsgeschäfte und
1453internationale Handelsunterstützung. Dabei gilt es, seine Funktion als Dienstleister
1454gegenüber allen Bevölkerungsgruppen sicherzustellen und die Fähigkeit zum Umgang mit
1455Finanzdienstleistungen staatlich zu fördern („financial inclusion“).

1456Banken und Finanzmärkte sollen dazu dienen, Bürger*innen attraktive Sparmöglichkeiten
1457anzubieten und Investitionen zu finanzieren. Mit geeigneten Regulierungen und einer
1458umfassenden Finanztransaktionssteuer wollen wir reine Spekulationsgeschäfte und vor allem
1459den Hochfrequenzhandel unattraktiv machen. Nicht genutztes Guthaben auf so genannten
1460nachrichtenlosen Konten, wollen wir nutzen, um einen Fonds zu schaffen, der zielgerichtet in
1461nachhaltige und soziale Innovationen investiert, sofern keine Erbensprüche vorhanden sind.
1462Dazu brauchen wir ein datenschutzrechtlich konformes Verfahren zur Erfassung dieser Konten,
1463deren Guthaben andernfalls in den Besitz der Banken übergehen.

1464Lokal agierende kleine und mittelgroße Banken in Deutschland, und immer stärker auch wieder
1465im Rest der EU, stellen für die meisten Firmen die Kreditversorgung sicher. In Deutschland
1466hat sich das Drei-Säulen-Modell aus Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Privatbanken
1467bewährt. Deshalb wollen wir **das Lokalbankenprinzip in ganz Europa stärken**. Öffentliche
1468Banken sind dem Gemeinwohl in besonderer Weise verpflichtet und sollten Fragen der nicht-
1469finanziellen Berichterstattung zu sozialen, ökologischen und ökonomischen Faktoren eine
1470Vorreiterrolle einnehmen. Sparkassen sollen Gemeinwohlberichte erstellen und transparenter
1471werden, was die Offenlegung von Gehältern angeht.

1472Mit einem Regulierungssystem aus klaren, harten aber deutlich weniger komplexen Regeln
1473werden kleine Banken entlastet. Unsere europäische **Schuldenbremse für Banken** - eine
1474ungewichtete Eigenkapitalquote von zehn Prozent - stellt sicher, dass genügend
1475Sicherheitspolster vorhanden sind. Unter EZB-Bankenaufsicht stehende systemrelevante
Banken

1476müssen zudem zusätzliches Eigenkapital aufbauen, das sich am Risiko des Geschäftsmodells
1477orientiert. Zusätzlich wird allen Banken ein prozentual höherer Beitrag zu den
1478Einlagensicherungsfonds auferlegt, der die Größe und das Risiko der Bankbilanz

1479berücksichtigt. Großbanken müssen kleiner werden. Durch ein effektives Trennbankensystem,
1480hohe Eigenkapitalanforderungen und eine vollendete Bankenunion werden sie nicht mehr das
1481Finanzsystem gefährden können. Die Rettung von Banken mit Geld der Steuerzahler*innen
gehört
1482dann der Vergangenheit an.

1483Mit den Möglichkeiten der Digitalisierung können neue Akteure auf den Finanzmärkten
1484entstehen bzw. wachsen. Sie machen für viele den Finanz- und Zahlungsverkehr einfacher und
1485schneller und bieten neue Anlagemöglichkeiten. Wir wollen hier klare Wettbewerbsregeln
1486schaffen, in welchen weder Banken noch große Tech-Unternehmen ihre dominante Stellung
nutzen

1487können, um unliebsame Konkurrenten und Innovationen zu behindern. Die Einführung eines **E-**
1488**Euros** bietet Chancen beim Zahlungsverkehr und für neue innovative Dienstleistungen. Diese
1489von den Zentralbanken des Eurosystems eingeführte elektronische Währung soll auch vielen
1490Menschen im Alltag als einfaches, sicheres und bequemes Zahlungsmittel dienen. **Privates**
Geld

1491wie etwa der von Facebook geplante Libra hingegen würde kein Problem lösen, aber potentiell
1492viele neue schaffen. Eine Verdrängung kleiner Unternehmen über die Währung eines Konzerns,
1493die Anhäufung von Zahlungsverkehrsdaten bei einem Unternehmen mit ohnehin schon
1494problematischer Datenmacht und die Aushöhlung des staatlichen Geld- und Währungsmonopols

1495lehnen wir ab und werden Libra nicht zulassen.

1496**Versicherungen und Pensionsfonds** stecken derzeit in finanziellen Problemen, weil sich ihre
1497Zinserwartungen nicht erfüllt haben. Die große Koalition hat wiederholt Maßnahmen
1498eingeläutet, um die Krise der Versicherer einseitig auf Kosten der Kunden zu lösen. Diese
1499Politik lehnen wir entschieden ab. Wir werden im Falle einer Schieflage einer Versicherung
1500eine faire Lastenverteilung zwischen den Eigentümer*innen der Unternehmen und den
Kund*innen

1501gewährleisten. Das Volumen des Sicherungsfonds Protektor ist im Falle einer Krise viel zu
1502gering. Um Abhilfe zu schaffen, muss das Volumen des Fonds deutlich erhöht werden. Auch
1503sollte ein europäisches Rückversicherungssystem eingeführt werden. Außerdem werden wir es
1504nicht mehr gestatten, dass die Unternehmen Versicherungsverträge ohne die Zustimmung der
1505Kund*in weiterverkaufen.

1506Die **Finanzberatung** muss sich grundlegend wandeln. Durch Provisionen kommt es heute
dazu,

1507dass Anleger*innen nicht die passenden Produkte empfohlen werden, sondern die mit den
1508höchsten Provisionen. Mit dem schrittweisen Übergang zur Honorarberatung – die Kund*in zahlt
1509die Beratung also nicht mehr indirekt über die Provision, sondern direkt an die Berater*in,
1510dafür ist das Produkt dann günstiger – wird sich die Qualität der Beratung verbessern und
1511sich das Berufsbild der Berater*innen wandeln. Als Zwischenschritt sollen Finanzinstitute
1512Verträge mit Beitragskalkulationen inklusive und exklusive Provisionen bereitstellen.

1513Der **Finanzsektor** ist entscheidend für mehr Klimaschutz. Klimarisiken, die in Konzern- und
1514Bankbilanzen schlummern, sollten bei der Bewertung durch Rating-Agenturen und die
1515Finanzmarktaufsicht berücksichtigt werden, zum Beispiel durch Klima-Stresstests für Banken
1516und Versicherungen oder durch Aufschläge bei Eigenkapitalanforderungen zu Finanzierungen,
1517die hohe Klima- und Umweltrisiken bergen. Besonders Finanzinstitute in öffentlicher Hand, wie

1518deutsche und europäische Förderinstitute, aber auch öffentlich-rechtliche Sparkassen müssen
1519ihre Investitionen in Kohle-, Öl- und Gas-Konzerne, die Geschäfte auf Kosten des Klimas
1520machen, beenden. Zudem müssen staatliche Garantien in der Exportförderung im Einklang mit
1521dem Pariser Klimaabkommen stehen.

1522Die Europäische Zentralbank kann ebenfalls einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Sie sollte
1523Klimaschutzziele bei der Entscheidung berücksichtigen, welche Vermögenswerte sie als
1524Sicherheit akzeptiert und welche sie im Rahmen der quantitativen Lockerung ankauft.

1525Ein Bürger*innenfonds für stabile und rentable Anlagemöglichkeiten

1526Damit die Bevölkerung in Deutschland mehr von den volkswirtschaftlichen Gewinnen der
1527Wirtschaft profitieren kann, schlagen wir die Errichtung eines **Bürger*innenfonds** vor. Er
1528soll all den Bürger*innen eine Beteiligung an Wohlstandsgewinnen sichern, deren Einkommen zu

1529klein sind, um selbst Vermögen in Aktien, Immobilien oder anderen Werten anzusparen. In den
1530Bürger*innenfonds zahlt jede Bürger*in automatisch einen bestimmten Teil seines Einkommens
1531ein. So stellen wir für den Fonds eine hohe Anlagesumme sicher und senken damit die
1532Verwaltungskosten. Wer aber andere Formen der Anlage bevorzugt, kann der Einzahlung in den
1533Bürger*innenfonds einfach widersprechen (Opt-out). Um Fehler von Riester zu vermeiden, wird
1534der Fonds keine Zinsgarantien gewähren, weil sie die Rendite mindern. Sicherheit werden wir
1535stattdessen über eine breit gefächerte, diversifizierte, nachhaltige und langfristige
1536Anlagestrategie gewährleisten. Der Bürger*innenfonds bietet also Menschen, die kleine
1537Ersparnisse haben, eine risikoarme und vor allem extrem preiswerte Anlageform. Auch die
1538Wirtschaft wird von diesem Fonds profitieren. Denn es tritt ein gewünschter Nebeneffekt ein:
1539Das Kapital ist nicht von einer kurzfristigen Renditeerwartung getrieben, sondern einer
1540nachhaltigen Anlageentwicklung verpflichtet.

1541**14. Gemeinwohlorientierte Unternehmen stärken**

1542Im Bereich der sozialen und technischen Infrastruktur (Gesundheit, Bildung, Energie, Wasser,
1543Transport), in deren Rahmen für das Leben der Bürger*innen grundlegende Güter und
1544Dienstleistungen zur Verfügung gestellt werden, muss dem öffentlichen Sektor eine wichtige
1545Funktion zukommen. Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen im Bereich der öffentlichen
1546Pflichtaufgaben der Daseinsvorsorge lehnen wir ab, die Ausbreitung kommerzieller Träger
1547wollen wir begrenzen. Außerdem muss die Gemeinwohlorientierung von Unternehmen gestärkt
1548werden.

1549Viele Unternehmen engagieren sich bereits jetzt für ökologische und soziale Ziele. Immer
1550mehr Unternehmen schreiben diese gesellschaftlichen Ziele parallel zum wirtschaftlichen
1551Erfolg verbindlich fest. Diese ökonomische Bürger*innenbewegung werden wir systematisch
1552stärken. **Unser Ziel ist eine Gründungswelle neuer Genossenschaften und von sozial-
ökologisch**

1553**inspirierten Unternehmen.** Dabei wollen wir auch eine Unternehmensrechtsform
ermöglichen, die

1554eine vollständige Vermögensbindung (asset-lock) erlaubt, so dass das Unternehmen nicht mehr
1555von Vermögenseigentümer*innen sondern von Verantwortungseigentümer*innen gehalten wird.

1556Öffentliche Finanzierungsprogramme der Wirtschaftsförderung, Informationsangebote für
1557Gründer*innen und Beratungsangebote für Unternehmen werden wir systematisch für alle

1558Unternehmungen öffnen. So wollen wir auch Genossenschaften, Social Startups und Vereine
1559stärken, die wirtschaftlich aktiv sind.

1560Die Unternehmen der sozialen und solidarischen Ökonomie brauchen attraktive Rechtsformen.
1561Eine vereinfachte, **allgemeinverständliche Mustersatzung für Genossenschaften** wollen
wir in

1562Zusammenarbeit mit den Genossenschaftsverbänden breit zugänglich machen. Kleine
1563Genossenschaften werden wir von einschlägigen Auflagen des Handelsrechts entlasten. Die
1564Überarbeitung der Rechtsformen soll ermöglichen, dass Unternehmen der solidarischen
Ökonomie

1565sichtbarer werden und dadurch in Deutschland und in Europa besser vertreten sind.

1566Sozialgenossenschaften sollen künftig nicht mehr durch ein faktisches Kombinationsverbot von
1567bezahlter und ehrenamtlicher Arbeit behindert werden. In eine gesetzliche Reserve
1568eingestellte Gewinne wollen wir von der Körperschafts- und Gewerbesteuer freistellen. So
1569stärken wir die Eigenkapitalbasis und Investitionsfähigkeit von Genossenschaften. Auf
1570europäischer Ebene setzen wir uns für ein Label von Produkten aus der sozialen und
1571solidarischen Ökonomie ein. Wer keinen Gewinn machen will, ist auf eine günstige
1572Finanzierung angewiesen. Wir wollen Sozialunternehmen diese bereitstellen, zum Beispiel über
1573Kreditprogramme der öffentlichen Förderbanken.

1574So unterstützen wir die Förderung kooperativer und regionaler Unternehmensformen und damit
1575die Stärkung lokaler Wirtschaftsstrukturen stärkt. Damit begünstigen wir engere Beziehungen
1576zwischen Konsumierenden und Produzierenden und regionalisieren Wertschöpfungsketten.

1577Zugleich gilt es, den **Bürgerenergiegenossenschaften** die regulativen Fesseln abzunehmen,
1578damit sie wieder zu kraftvollen Akteuren der Energiewende werden. Wir wollen die EU-
1579Richtlinie über den Elektrizitätsbinnenmarkt so wirtschaftsfreundlich in deutsches Recht
1580übersetzen, dass die Bürger*innenenergie umfassend gestärkt wird. Beim Mieter*innenstrom
1581wollen wir hinderliche Preisvorgaben abschaffen, um dezentrale Investitionen in Erneuerbare
1582zu ermöglichen.

1583Viele Unternehmen engagieren sich im Rahmen der Gemeinwohlökonomie. Wir wollen, dass
auch

1584Unternehmen im Bundesbesitz **Gemeinwohlbilanzen** erstellen oder in die Finanzbericht
1585integrierte sozial-ökologische Kriterien gleichwertig mit den finanziellen Kriterien
1586berichten. Eine Verankerung von Gemeinwohlbilanzen oder der integrierten Bilanzierung von
1587sozial-ökologischen Kriterien wollen wir über die CSR (Corporate Social Responsibility-)
1588Richtlinie hinaus im europäischen und deutschen Recht verankern. Auch heutige
1589gewinnorientierte Rechtsformen wie die Aktiengesellschaft sollen sich per Mehrheitsbeschluss
1590künftig andere Ziele geben können als die Maximierung des Profits, ohne dass sie dem Risiko
1591ausgesetzt sind, dass Minderheitsgesellschafter*innen dagegen klagen.

1592**15. Investitionen solide und gerecht finanzieren**

1593Wir wollen die **öffentlichen Investitionen deutlich steigern**. Ein Land, in dem jede achte
der

1594insgesamt 40.000 Brücken marode ist, das weniger Geld in Bildung steckt als fast all seine
1595Nachbarländer, das für seine Funklöcher berüchtigt ist statt berühmt für seine Smartphones,
1596ein solches Land lebt von vergänglicher Substanz. Es wird dauern, die politischen Vorzeichen
1597auf Vernunft zu drehen. Umso wichtiger ist es, jetzt damit zu beginnen. Investitionen

1598schaffen öffentliche Güter. Sie kosten Geld, aber wenn in das Richtige, Zukunftsfähige
1599investiert wird, schaffen sie Wohlstand. Jede Ausgabe, die der Staat so tätigt, führt in der
1600Wirtschaft zu Einnahmen und es werden Jobs geschaffen. Für einen Euro, den wir klug
1601investieren, kann unsere Wirtschaftsleistung um deutlich mehr als einen Euro steigen. Eine
1602stärkere Investitionspolitik steht dabei auch im Zeichen der Generationengerechtigkeit, denn
1603zukünftige Generationen haben nichts davon, wenn sie in ein paar Jahrzehnten zwar mit einer
1604Schwarzen Null, aber auch einer vollkommen kaputt gesparten Infrastruktur dastehen.

1605Wir wollen diese Investitionen finanzieren, indem wir Fehlanreize abstellen, Gelder
1606umschichten und gezielt Investitionen über Kredite ermöglichen. Wir unterscheiden dabei
1607zwischen einmaligen Investitionen und dauerhaften Ausgaben. Diese dauerhaften Ausgaben
zum

1608Beispiel für Bildung und Gerechtigkeit sind für den sozialen Ausgleich und den Zusammenhalt
1609der Gesellschaft essenziell. Diese dauerhaften Ausgaben wollen wir durch laufende
1610Steuereinnahmen, eine gerechtere Besteuerung von Vermögen und die Bekämpfung von
1611Steuerbetrug und -umgehung gegenfinanzieren.

1612Bisher scheitern Investitionsprogramme auch an mangelnden Kapazitäten in der Bauwirtschaft
1613oder in den Planungsabteilungen des öffentlichen Dienstes. Unsere Investitionspolitik ist
1614deshalb verlässlich und langfristig angelegt, so dass sowohl die private Bauwirtschaft als
1615auch der öffentliche Dienst wieder mehr Kapazitäten aufbauen können. Wir investieren
1616dauerhaft und nachhaltig.

1617Investitionsgesellschaften gründen

1618Viele Investitionen schaffen werthaltige Wirtschaftsgüter, mit denen sich Einnahmen erzielen
1619lassen. Eine Stromleitung erzielt Einnahmen durch den durchgeleiteten Strom. Das gleiche
1620gilt analog für Ladeinfrastruktur für Elektroautos, Breitband für Internet und vieles
1621andere. Um diese Investitionen effizient durchzuführen, werden wir sie jeweils in
1622öffentlichen Investitionsgesellschaften bündeln, darüber finanzieren und stringent managen.
1623Damit werden wir nachhaltige Werte für die nächste Generation schaffen, die sich auch
1624wirtschaftlich rechnen, insbesondere in Zeiten von Nullzinsen, ja mitunter sogar negativer
1625Zinsen.

1626Die grundgesetzlichen Regelungen zur Schuldenbremse sehen vor, dass die Verschuldung von
1627**öffentlichen Gesellschaften** wie zum Beispiel der Bahn, Wohnungsbaugesellschaften oder
1628öffentlichen Krankenhäusern nicht auf die Schuldenbremse angerechnet werden. Das gleiche
1629gilt für die neu zu gründenden Investitionsgesellschaften. Daher werden wir sie aus dem
1630Investitionsfonds mit genügend Eigenkapital ausstatten, damit sie sich wie jedes private
1631Unternehmen auch am Finanzmarkt selbst zusätzliches Kapital besorgen können. Der Bund gibt
1632für diese Kreditaufnahme eine Staatsgarantie. So könnte der Bund zum Beispiel eine
1633Ladesäulengesellschaft neu gründen, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben für
1634Wohnungsneubau und Gebäudesanierung eine Kreditaufnahme erlauben und die
Verschuldungsgrenze

1635bei der Deutsche Bahn erhöhen. **Good Governance** und demokratische Beteiligung sollen für
1636Transparenz und Kontrolle sorgen. Die Regierung muss steuern können und für Parlament und
1637Öffentlichkeit müssen Entscheidungen und Mittelverwendung transparent sein. Die
1638Privatisierung dieser Gesellschaften wollen wir dauerhaft ausschließen, damit öffentliches
1639Vermögen auch öffentlich bleibt.

1640 Die Begrenzung der Staatsschulden mit Investitionen in Infrastruktur kombinieren

1641 Es war richtig, dass sich Deutschland Regeln gegeben hat, die dafür sorgen, dass es nicht zu
1642 exzessiver Verschuldung der öffentlichen Hand kommt. Sie haben – gemeinsam mit der
1643 Geldpolitik der Europäischen Zentralbank – geholfen, die Verschuldung einzudämmen. In
1644 Deutschland ist die Schuldenquote so von 80 Prozent auf unter 60 Prozent der
1645 Wirtschaftsleistung zurückgegangen. An diesem Erfolg wollen wir festhalten.

1646 Aber nicht nur Schulden im Haushalt sind Schulden. Wenn wir jetzt nicht in Bildung,
1647 Innovation und Forschung sowie in Maßnahmen zum Klimaschutz investieren, verspielen wir
1648 unseren zukünftigen Wohlstand. Außerdem würden die Finanzmärkte, die immer auch sichere
1649 Anlagemöglichkeiten wie Staatsanleihen brauchen, bei einem immer geringeren Schuldenstand
1650 nicht mehr stabil funktionieren, weil ihnen sichere Anlagemöglichkeiten fehlen. **Wir wollen**
1651 **daher die Schuldenbremse im Rahmen der europäischen Stabilitätskriterien**
weiterentwickeln

1652 **und sie mit einer verbindlichen Investitionsregel verknüpfen.** Wenn der Bund mehr
investiert
1653 als sein Vermögen an Wert verliert – wenn er also neue Werte schafft – soll dies auch durch
1654 die Platzierung von neuen Anleihen finanziert werden können. **Die öffentlichen Investitionen**

1655 **sollen mindestens so hoch sein, dass sich das öffentliche Vermögen nach Abnutzung**
und

1656 **Wertverlusten mindestens im Gleichklang mit der Wirtschaftsleistung bewegt.**

1657 Diese Möglichkeit ist für Deutschland entsprechend den europäischen Vorgaben daran
gebunden,

1658 dass die öffentliche Schuldenquote unterhalb der Maastricht-Marke von 60 Prozent des BIP
1659 liegt und das strukturelle Defizit maximal ein Prozent der Wirtschaftsleistung beträgt.

1660 Durch diese Beschränkungen ist sichergestellt, dass die Schuldenquote sogar weiter fallen
1661 würde. Das gilt umso mehr, als dadurch zusätzliche Nachfrage und damit wirtschaftliche
1662 Entwicklung entsteht. Gerade im Falle eines bevorstehenden Abschwungs halten wir diese
1663 Möglichkeit für sinnvoller als etwa pauschale Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen, denn

1664 diese würden den Abschwung noch verschärfen. Das wäre das Gegenteil einer nachhaltigen
1665 Finanzpolitik.

1666 Durch unseren Vorschlag dürfte der Bund im Durchschnitt etwa 35 Milliarden Euro pro Jahr
1667 Kredite aufnehmen. Diese Gelder wollen wir in einen **Bundesinvestitionsfonds** überführen,
der

1668 als Sondervermögen im Bundeshaushalt nicht der Jährlichkeit des Haushalts unterliegt. Er
1669 kann dann zweckgebunden investieren und auch eine stärkere antizyklische Wirkung entfalten.
1670 Um den Investitionsfonds abzusichern und sauber zu implementieren, streben wir eine
Änderung

1671 des Grundgesetzes an.

1672 Für eine optimale Steuerung von Staatsschulden und Investitionen erhalten Länder und
1673 Kommunen einen verbindlich vereinbarten Anteil aus den Mitteln des Bundes-Investitionsfonds,
1674 an dem alle Länder partizipieren und selbst entscheiden können, für welchen der vorgegebenen

1675 investiven Zwecke sie die Mittel einsetzen.

1676 Es ist richtig, dass die Maastricht-Kriterien die Staatsverschuldung auch auf europäischer
1677 Ebene begrenzen. Bei der anstehenden Reform wollen wir die Anreize für staatliche
1678 Investitionen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts verbessern. Zum Beispiel indem
1679 Investitionsausgaben bei der Berechnung der Defizitquoten ähnlich wie private Investitionen
1680 über mehrere Jahre abgeschrieben werden können. Damit stärken wir öffentliche Investitionen
1681 gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs. Außerdem unterstützen wir Bestrebungen,
1682 die Europäische Investitionsbank in eine Bank für Investitionen für die sozial-ökologische
1683 Transformation umzubauen und setzen uns für einen stärkeren europäischen Haushalt ein. Wir
1684 kommen beim Klimaschutz, bei Innovationen und dem sozialen Zusammenhalt besser und
schneller
1685 gemeinsam voran. Dafür sind wir auch bereit, einen größeren deutschen Beitrag für diesen
1686 europäischen Mehrwert zu verteidigen.

1687 1. Wir beschreiben im Antrag „Handeln – und zwar jetzt“ ausführlich unseren Maßnahmenplan
für
1688 einen radikal realistischen und sektorenübergreifenden Klimaschutz.

Zukunftsfähig wirtschaften für nachhaltigen Wohlstand - Rahmen setzen für die sozial-ökologische Marktwirtschaft



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 17.11.2019
Tagesordnungspunkt: WKF Wirtschaft, Klima, Finanzen

Antragstext

- 1 Unser Wirtschaftssystem und unser Wohlstandsverständnis stehen vor dramatischen
- 2 Veränderungen. Dabei geht es um viel mehr als um eine konjunkturelle Flaute nach Jahren des
- 3 Booms. Viele der heutigen strukturellen Anreize zu produzieren, zu handeln und zu
- 4 konsumieren, stellen uns vor ökologische Probleme dramatischen Ausmaßes und befeuern sozial-
- 5 ökonomische Verteilungskrisen. Es geht um sehr grundsätzliche Herausforderungen.
- 6 Ein ungezügelter Natur- und Ressourcenverbrauch, die Abhängigkeit von Exportüberschüssen,
- 7 eine unzureichend regulierte Globalisierung, die Krise der Care-Arbeit, fehlende
- 8 Investitionen in die Zukunft: Die Krisen verdeutlichen, dass unser angestammtes
- 9 Wirtschaftsmodell so nicht mehr funktioniert. Der liberale Ökonom Nicolas Stern hat zu Recht
- 10 festgestellt: „Der Klimawandel ist der größte Fall von Marktversagen, den die Welt je
- 11 gesehen hat.“
- 12 Die enormen Wohlstandsgewinne kommen bei zu vielen nicht an und die Ungleichheit nimmt zu.
- 13 Globale Konzerne, die sich nationaler Rechtsetzung entziehen, und Finanzmärkte, die an
- 14 Stelle demokratischer Politik entscheiden, unter welchen Bedingungen wir Menschen leben. Das
- 15 alles höhlt nicht nur die Grundlagen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens aus und gefährdet
- 16 bei uns und in vielen anderen Ländern immer stärker das Vertrauen in demokratische Politik.
- 17 Es zerstört auch die ökonomischen Grundlagen unserer Gesellschaft. Gleichzeitig erschüttern
- 18 globale Handelskonflikte die Weltwirtschaft und die multilaterale Weltwirtschaftsordnung.
- 19 Der drohende Brexit sorgt zusätzlich für Verunsicherung in der EU. Das hat Folgen. Nach
- 20 Jahren des Booms zeichnet sich in Deutschland ein ernsthafter Abschwung der Konjunktur ab.
- 21 Jede Generation hat ihre Aufgabe. Wohlstand als Frage der Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit
- 22 neu zu definieren und die Politik darauf auszurichten, ist unsere.. Wir müssen jetzt den Mut
- 23 haben, weitreichende Entscheidungen zu treffen, dafür leidenschaftlich in der ganzen Breite
- 24 der Gesellschaft zu werben und nicht verzagt nur in Trippelschritten zu denken. .
- 25 Übergeordnetes Ziel ist eine ökologisch nachhaltige, gerechte und emanzipatorische Welt.
- 26 Diese drei Dimensionen sind Richtschnur für die Bewertung der Zukunftsfähigkeit unseres
- 27 Wirtschafts- und Finanzsystems. Sie bedingen einander und dürfen nicht gegeneinander
- 28 ausgespielt werden. Wir sind dabei nicht blind für Zielkonflikte, die in demokratischen
- 29 Aushandlungsprozessen gelöst werden müssen.

30 Konzepten wie „Wachstum“, „Effizienz“, „Wettbewerb“ und „Innovation“ wird derzeit ein
 31 Selbstzweck zugestanden, anstatt sie als das zu betrachten, was sie sein sollten: Mittel zur
 32 Erreichung von Wohlstand und Lebensqualität innerhalb der planetaren Grenzen. Wir aber
 33 wollen die fundamental wichtigere Debatte um gesellschaftliche Ziele führen, denen diese
 34 Mittel unterzuordnen sind. So wollen wir auch individuelle und gesellschaftliche Freiheit
 35 neu beleben.

36 Richtig ausgestaltet schaffen wir die Grundlagen dafür, dass notwendige Innovationen in
 37 Europa entwickelt und marktfähig gemacht werden und damit zukunftsfähige neue
 Arbeitsplätze
 38 im Handwerk, in Startups, in der Dienstleistungsbranche und auch in traditionsreichen
 39 Industrieunternehmen entstehen. Dazu gehören auch massive Investitionen, öffentlich wie
 40 privat, um den immensen Investitionsstau in unserem Land zu begegnen, um mit Produktivität
 41 und neuen Ideen die immensen Aufgaben beim Klimaschutz schnell und entschlossen anpacken
 zu
 42 können.

43 Wir streben ein Wirtschafts- und Finanzsystem an, das die planetaren Grenzen einhält und
 44 gleichzeitig menschliche Entfaltung garantiert – und zwar weltweit, über Grenzen hinweg und
 45 für zukünftige Generationen. Ein zentrales Mittel dafür ist die **sozial-ökologische**
 46 **Neubegründung der Marktwirtschaft**. Sie ist das Gegenmodell zu einem ungeregeltem
 47 Kapitalismus und einem autoritären Staatskapitalismus. Für dieses zukunftsfähige Modell der
 48 Marktwirtschaft ist mit der Gemeinwohlorientierung des Eigentums bereits die Grundlage
 49 gelegt. Art. 20a GG verpflichtet zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Die
 50 Sozialpflichtigkeit des Eigentums in Art. 14 Abs. 2 GG umfasst daher auch die Verpflichtung
 51 auf die Einhaltung ökologischer Leitplanken. Wir streben ein Wirtschafts- und Finanzsystem
 52 an, das die planetaren Grenzen einhält und gleichzeitig menschliche Entfaltung garantiert –
 53 und zwar weltweit, über Grenzen hinweg und für zukünftige Generationen.

54 Den Weg dahin bereitet ein **Green New Deal**. Er schafft den neuen Ordnungsrahmen für
 faires,
 55 ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften. Er investiert mutig in die Zukunft. Er setzt
 56 neue Kräfte für Kreativität und Innovationen frei. Er sorgt für sozialen Ausgleich und soll
 57 zur Geschlechtergerechtigkeit beitragen. Er schafft die Grundlagen für einen nachhaltigen
 58 Wohlstand, der nicht auf der Ausbeutung der Natur und einer fossilen Wirtschaftsweise
 59 basiert, sondern den Mensch in den Mittelpunkt stellt.

60 Wir sind überzeugt, dass das freie und kreative Handeln von Menschen und die Dynamik eines
 61 fairen Wettbewerbs und gesellschaftlicher Kooperation nachhaltigen Wohlstand und innovative
 62 Problemlösungen schaffen können. Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, bietet die
 63 Marktwirtschaft beste Voraussetzungen für sozial-ökologisches Wirtschaften. Die Kräfte von
 64 Märkten und Kapital können beeindruckend sein - sie haben unsere Gesellschaften und unseren
 65 Planeten in den letzten Generationen fundamental verändert. Märkte können Bedürfnisse und
 66 Fähigkeiten in komplexen Gesellschaften zusammenbringen und viele Menschen konnten sich so

67 aus absoluter Armut befreien. Auch können Marktmechanismen zur Lösung mancher
 68 gesellschaftlicher Probleme beitragen. Doch andererseits können sie auch große
 69 Destruktivkräfte entwickeln: Anreize zur Ausbeutung nicht-erneuerbarer, zur Übernutzung
 70 nachwachsender Rohstoffe sowie zur Ausbeutung der Arbeitskraft von Menschen gehen zu

Lasten

- 71 von Ökosystemen und dem Wohl der Weltgemeinschaft. Konzentrationstendenzen auf Märkten
72 verkehren ihre positiven Aspekte ins Gegenteil.
- 73 Märkte funktionieren nur mit klaren Leitplanken. Doch dafür braucht es den gesamten
74 Instrumentenkasten aus Steuern-, Abgaben- und Ordnungsrecht sowie intelligenter öffentlicher
75 Forschungs- und Förderpolitik. Wir wollen die Leitplanken im Markt so setzen, dass er
76 zukunftsfähige Ergebnisse produziert. Im Wettbewerb soll erfolgreich sein, wer übergeordnete
77 gesellschaftliche Ziele nicht konterkariert, sondern sie durch die dezentrale Suche nach den
78 effizientesten Angeboten für Bedarfe befördert. Wir wollen die Besteuerung vom Faktor
79 „Arbeit“ auf die Faktoren „Ressourcen“ und „Kapital“ verlagern sowie externalisierte Umwelt-
80 und Sozialkosten internalisieren und damit in die Unternehmensbilanzierung ökologische und
81 soziale Werte einpflegen.
- 82 Der Markt kann allerdings nicht das alleinige Organisationsprinzip für das Wirtschaften in
83 einer Gesellschaft sein. Ein Großteil menschlicher Wirtschaftsbeziehungen erfolgt jenseits
84 von Märkten – über den Staat, in Haushalten oder gemeinschaftlich organisierten Bereichen.
85 Innovation und die Durchsetzung bester Ideen gibt es auch in kooperativen Systemen außerhalb
- 86 kapitalistischer Märkte. Produktion und Eigentum kann auch in anderen Formen jenseits von
87 Markt und Staat organisiert werden, etwa in Genossenschaften. Dazu bedarf es eine aktive
88 Förderung solcher Alternativen und eine Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen
89 für ihre Ausweitung und Absicherung.
- 90 Technologische Entwicklung ist ein wesentlicher Baustein, um die genannten Ziele zu
91 erreichen. Statt eines blinden Strebens nach technischen Innovationen wollen wir diese
92 werte- und zielgeleitet gestalten und entsprechend fördern. Wir Grüne wollen einen
93 Fortschritt, der sich nicht an der bloßen Anzahl technischer Innovationen festmacht, sondern
94 daran, dass es eine konkrete Verbesserung der Lebensbedingungen für die Menschen und des
95 Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen gibt.
- 96 Ein Green New Deal, der die planetaren Grenzen unserer Erde einhält, erfordert radikales
97 Umsteuern und die Bereitschaft zu einem Kulturwandel, der Entfaltung nicht mit Konsum
98 gleichsetzt, sondern Freizeit, Bildung, Familie, Gemeinschaft und Gesundheit aufwertet.
- 99 Die Aufgabe besteht darin, die all diese Allokations- und Kooperationsprozesse der Zukunft
100 so auszurichten, dass sie den Menschen und der Natur dienen. Eigentum verpflichtet. Im
101 Mittelpunkt unser Wirtschaftspolitik stehen, nicht die Gewinne Einzelner, sondern das
102 Wohlergehen aller Bürger*innen und der Schutz der Umwelt. Dafür braucht es eine Politik, die
103 beherzt vorangeht. Wenn wir es gut machen, können wir die großen Herausforderungen jetzt
104 nutzen, um unsere Wirtschaft in Deutschland und in Europa auf Zukunft, Gemeinwohl und
105 nachhaltigen Wohlstand zu drehen. Deutschland kann hier eine Vorreiterrolle einnehmen und
106 vorleben, dass menschliche Entfaltung unter Einhaltung der planetaren Grenzen möglich ist.
- 107 Es wird gelingen
- 108 Unser Anspruch ist, dass Menschen sich entlang ihrer Vorstellungen in Freiheit und Würde
109 entfalten können. Das erfordert ein Wirtschaftssystem, das Unternehmensgeist ebenso fördert
110 wie es die Rechte von Beschäftigten schützt, nachhaltigen Wohlstand schafft, auf globale
111 Gerechtigkeit zielt, die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern überwindet und

gleichzeitig mit starken sozialen Institutionen Gerechtigkeit und Sicherheit garantiert. Eine starke und zukunftsfähige Wirtschaft, starke staatliche Institutionen und ökologische Leitplanken sowie ein starkes soziales Netz sind deshalb Grundbedingungen für die sozial-ökologische Marktwirtschaft. Es bedarf auch einer ökonomischen Bildung für nachhaltige Entwicklung, um diese Transformation zu realisieren und die Menschen zu befähigen, an der Umsetzung der Ziele einer nachhaltigen Entwicklung lokal, national und global mitzuwirken. Was Unternehmen, Arbeitnehmer*innen und Verbraucher*innen nicht brauchen, ist eine wankelmütige Politik, die (zu) spät ihre Unterlassungen korrigiert und dann in hektischen Aktionismus verfällt. Was sie brauchen, ist ein berechenbarer Weg in eine grundlegend neue Welt.

Für Deutschland ist die Überwindung des Kohle- und Öl-Zeitalters ein entscheidender, ja ein schicksalhafter Moment. Automobil, Chemie und Maschinenbau waren die Säulen des Erfolges der deutschen Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten, aber sie müssen sich neu erfinden, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Dabei kann die deutsche Industrie auf das bauen, was sie – und vor allem den Mittelstand – stark gemacht hat: ihre Ingenieurskunst, ihre Kreativität, das mittelständische Tüftlertum, die Sozialpartnerschaft mit den Gewerkschaften und ihre europäische und globale Orientierung.

Der Green New Deal für eine sozial-ökologische Neubegründung der Marktwirtschaft wird dann erfolgreich sein, wenn er auf ein neues Bündnis aus Arbeit und Umwelt setzt. Ohne die Beteiligung von Beschäftigten, Betriebsrät*innen und Gewerkschaften, ohne ihre Perspektive, ihren immensen Wissensschatz und ihre Wirkmacht in Unternehmen gelingt der Aufbau einer gemeinwohlorientierten Wirtschaftsordnung nicht. Wir wollen mit den Beschäftigten Seit an Seit für den Wandel kämpfen.

Viele Unternehmen machen sich bereits auf den Weg dahin. Mittelständler*innen schalten ihre Produktion auf Klimaneutralität um, Finanzinstitute entziehen sich dem Geschäft mit fossilen Energien, IT-Unternehmen setzen auf Erneuerbare und Großkonzerne erweitern grüne Produktportfolios. Die Industrie verlangt bereits ein überzeugendes, ökologisches Modernisierungsprogramm für Deutschland. Die Technologien, Innovationen und Ideen sind da. **Die Politik muss jetzt liefern.** Eine teils noch schweigende, immer lauter werdende Mehrheit ist für eine positive, sozial-ökologische Gesellschaftsvision. Diese wollen wir in politisches Gewicht ummünzen und werden den engen Schulterschluss mit Wirtschaftsvertreter*innen, Bürgerbewegungen, Studierendenorganisationen, Gewerkschaften und kritischen Forscher*innen suchen. Wir werden uns konsequent gegen die Kräfte behaupten, die einer Transformation entgegen stehen.

Mit folgenden Maßnahmen wollen wir den Weg in eine sozial-ökologische Transformation ebnen:

1. Ein neuer Wohlstandsbegriff

Um den universalen Anspruch der Menschen auf Würde, Freiheit und Glücksstreben innerhalb der planetaren Grenzen zu erfüllen, brauchen wir eine andere Form, Wohlstand zu messen. Unser heutiges Wirtschafts- und Sozialsystem ist darauf angewiesen, dass die Wirtschaft stetig wächst. Wächst sie nicht, drohen im heutigen System Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit,

152 geraten Staatshaushalt und Sozialversicherungen ins Ungleichgewicht und es verschärfen sich
153 gesellschaftliche Verteilungskonflikte. Klar aber ist: Ein ökologisch blindes
154 Wirtschaftswachstum und die ökologische Begrenztheit unseres Planeten stehen miteinander im

155 Konflikt. **Dazu werden wir sowohl Wohlstand von Wachstum als auch Wachstum soweit
möglich von**
156 **Ressourcenverbrauch entkoppeln.** Wirtschaftswachstum ist nicht per se das Problem – der
damit
157 einhergehende Verbrauch natürlicher Ressourcen, die Überlastung natürlicher Senken - wie zum

158 Beispiel Ozeane und Wälder - und die Ausbeutung billiger Arbeitskraft schon.

159 Maßgeblich ist daher, nach Maßgabe globaler Tragfähigkeitskriterien sowie ökologischer
160 Regenerations- und Belastungsgrenzen, dem ökonomischen Prozess Vorgaben für den
maximalen
161 Verbrauch an nachwachsenden Ressourcen und die Inverkehrbringung fossiler Ressourcen zu
162 machen. Deswegen müssen wir unsere Systeme darauf vorbereiten auch
wachstumsunabhängig
163 stabil zu bleiben.

164 Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist schon heute ein schlechter Indikator für Wohlstand und
165 Lebensqualität, es ist blind für die sozialen Folgen und die ökologischen Schäden unseres
166 Wirtschaftens. So werden etwa der Abbau von Ressourcen und die Zerstörung von Natur- und
167 Sozialkapital im BIP überhaupt nicht berücksichtigt. Während Unternehmen beispielsweise den
168 Rückgang von eigenen Bodenschätzen den Gewinnen gegenüberstellen und Abschreibungen
169 vornehmen, macht der Staat das bisher nicht. Auch Reparaturmaßnahmen von Umweltschäden
170 erscheinen im BIP als Steigerung, obwohl damit bestenfalls der Status quo wiederhergestellt
171 und unter dem Strich nichts gewonnen ist. Genauso wird die unbezahlte Sorgearbeit, die vor
172 allem von Frauen geleistet wird und eine unverzichtbare Grundlage unseres Wohlstands bildet,
173 derzeit bei der Wohlstandsmessung nicht berücksichtigt. Wir schlagen deshalb **ein neues**
174 **Wohlstandsmaß** und eine **neue Form der Wirtschaftsberichterstattung** vor, um neben
den
175 ökonomischen auch ökologische, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen zu messen und
176 Indikatoren dafür festzulegen.

177 Wir wollen damit Wohlstand in Deutschland und Europa zukünftig umfassender messen und den

178 Fortschritt beim ökologischen Umbau der Wirtschaft langfristig abbilden. Auch für die
179 Unternehmen können davon innovative Impulse ausgehen. Wir wollen, dass öffentliche
180 Unternehmen mit gutem Beispiel voran gehen und an der Erarbeitung der integrieren
181 Berichterstattung als Pilotunternehmen mitwirken. Die von allen größeren privaten
182 Unternehmen in ihrem Jahresabschluss zu veröffentlichenden über Nachhaltigkeitsindikatoren
183 wie CO₂-Emissionen wollen wir zukünftig für börsennotierte Unternehmen verpflichtend in die
184 Kommunikation ihrer Finanzergebnisse einfügen, um so den Dialog mit Investoren und der
185 Gesellschaft zu sozial-ökologischen Werten zu verstetigen. Bestehende Ausnahmen für nicht
186 börsennotierte Unternehmen sowie für viele Banken und Versicherer wollen wir abschaffen. Wir
187 wollen das Aktienrecht und die Bilanzierungsregeln so verändern, dass Aktiengesellschaften
188 sich von innen heraus verändern und auf eine langfristige, nachhaltige Entwicklung

189 ausrichten. Wir werden Aktiengesellschaften verpflichten, sich eine Nachhaltigkeitsstrategie
 190 zu geben. Dadurch schaffen wir einerseits Transparenz, andererseits wird so erst möglich,
 191 dass von einer Pflichtverletzung des Vorstandes abgesehen wird, wenn eine Entscheidung der
 192 nachhaltigen Entwicklung des Unternehmens, nicht der kurzfristigen Gewinnerwartung dient.
 193 Die nichtfinanziellen Ziele und Indikatoren sollten wie die finanziellen extern überprüft
 194 und testiert werden. Langfristig wollen wir erreichen, dass diese ökologischen und sozialen
 195 Werte auch entsprechend bepreist werden und so direkten Einfluss auf den wirtschaftlichen
 196 Erfolg eines Unternehmens haben.

197 **2. Die Wirtschaft klimaneutral machen¹**

198 Wir können unser Wirtschaften verändern, aber nicht unsere Abhängigkeit von einer intakten
 199 Natur. Aus wissenschaftlicher Perspektive sind wir beim CO₂-Ausstoß kurz davor, alle roten
 200 Linien zu überschreiten, vor denen uns fast alle Forscher*innen warnen. Das hätte
 201 gravierende Konsequenzen für uns, unsere Kinder und Enkel. Die Auswirkungen spüren wir
 schon
 202 heute drastisch. Noch stärker betreffen sie jetzt schon Menschen im globalen Süden, obwohl
 203 sie am wenigsten zu dem menschengemachten Klimawandel beigetragen haben. Politisch
 werden
 204 die Klima- und Umweltauswirkungen unserer derzeitigen Wirtschaftsweise unsere
 Gesellschaften
 205 fordern wie nie zuvor.

206 Nach Jahren des Stillstands ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, schnell und massiv in die
 207 Infrastruktur zu investieren, die eine klimaneutrale Wirtschaft und Gesellschaft trägt. Um
 208 zur klimaneutralen Wirtschaft zu kommen, müssen **Bahn, Autos und Gebäude weitgehend**
 209 **elektrifiziert** werden. Für Lastwagen, Flugzeuge und Schiffe wird Wasserstoff eine zentrale
 210 Rolle spielen, ebenso für die Stahlindustrie, die Zementindustrie und Teile der
 211 Chemiebranche.

212 Die Energiewende muss dafür nach den Phasen der Markteinführung und Marktdurchdringung
 nun
 213 in die dritte Phase geführt werden, in der sie die Wirtschaft flächendeckend mit
 214 regenerativer Energie versorgt. Sie ist den Kinderschuhen entwachsen und muss im nächsten
 215 Jahrzehnt via **Sektorenkopplung** die Bereiche Verkehr, Industrie und Wärme erschließen.
 216 Gleichzeitig müssen Unternehmen drastisch Energie einsparen und effizienter verwenden sowie
 217 CO₂-lastig durch CO₂-neutrale Produktionsverfahren ersetzen.

218 Dabei können wir darauf bauen, dass technische und gesellschaftliche Entwicklungen nicht
 219 linear verlaufen, und dass wir effizienter oder besser werden können in einem **Sprung aus**
dem
 220 **Gewohnten heraus**. Und darauf, dass die Marktwirtschaft ihre volle innovative Kraft entfalten
 221 kann, wenn wir die richtigen politischen Leitplanken setzen. **Märkte sind ein mächtiges**
 222 **Instrument**, sie schaffen und zerstören in rasendem Tempo. Sie können verheerende Krisen
 223 entzünden – Lehman Brothers lässt grüßen – und sie können gleichzeitig dafür sorgen, dass
 224 binnen weniger Jahre das Smartphone auch in den entlegendsten Winkeln dieser Erde
 Menschen
 225 miteinander verbindet. Märkte können, wenn die Anreize richtig gesetzt sind, eine **grüne**
 226 **Revolution** entfachen, die unsere Vorstellungskraft auf die Probe stellen wird. Damit dies
 227 geschieht, muss der Staat durch **Ordnungspolitik, Preispolitik, Förder- und**

228 **Investitionspolitik** den Rahmen so zu setzen, dass der Weg zum klimaneutralen Verhalten in
229 einem sozial-ökologisch gerahmten Markt rechtlich verbindlich und ökonomisch lohnend ist.

230 Wir wollen weg von einem System, das nur kurzfristige Renditen belohnt und stattdessen
231 Instrumente einsetzen, die eine langfristige und gesellschaftliche verantwortliche
232 Unternehmenspolitik fördert.

233 **Ordnungsrecht bedeutet Planungssicherheit für die Unternehmen.** Also die verlässliche
234 Vorgabe, dass Autos, Flugzeuge, Maschinen oder Kraftwerke ab einem bestimmten Datum kein
235 Treibhausgas mehr ausstoßen dürfen. **Preispolitik schafft fairen Wettbewerb**, weil die
236 Klimabilanz von Produkten zum Teil des Preises wird. Klimaschädliches Wirtschaften wird
237 teurer, klimafreundliches Verhalten billiger. **Förder- und Investitionspolitik** gibt
238 Starthilfen für neue Produkte und Produktionsweisen und verhilft ihnen über die Schwelle zur
239 Wirtschaftlichkeit. Und sie schafft über den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur die Basis
240 für ökologische Wirtschafts- und Lebensweise.

241 Ein Klimaschutzgesetz macht die Vorgaben

242 Das **Klimaschutzgesetz** ist das ordnungspolitische Herzstück. Ein solches Gesetz legt für alle
243 Wirtschaftsbereiche (Sektoren) verbindliche CO₂-Minderungsziele und CO₂-Minderungspfade
244 ebenso wie die dafür notwendigen Maßnahmen fest. Es garantiert eine dichte Kontrolle, ob die
245 Maßnahmen wirken, und sieht empfindliche Sanktionen bei einer Verfehlung der Ziele vor.
246 Ergänzt wird ein solches Klimaschutzgesetz durch weitere ordnungsrechtliche Vorgaben. Zum
247 Beispiel wollen wir, dass ab **2030 nur noch emissionsfreie Autos** neu zugelassen werden
und

248 der Weg dorthin durch verbindliche Quoten für E-Autos bereitet wird. Auch der Umbau der
249 energieintensiven Unternehmen ließe sich über ansteigende Quoten zum Beispiel für
250 klimaneutralen Stahl in Autos oder auch Windrädern und Gebäuden nicht nur planungssicherer
251 gestalten, die Unternehmen hätten gerade mit Blick auf die weltweiten Überkapazitäten so
252 auch einen Wettbewerbsvorteil auf dem europäischen Markt.

253 CO₂ muss einen Preis bekommen

254 Ein **wirksamer CO₂-Preis** ist für uns der zweite Teil des nötigen Instrumentenmixes, den wir
255 zugleich klimapolitisch wirksam und sozial gerecht ausgestalten wollen. Nur so lassen sich
256 zügig ein stabiler, langfristig orientierter Investitionsrahmen schaffen und mit
257 marktwirtschaftlichen Mitteln Anreize zur Senkung des CO₂-Ausstoßes und für eine Umstellung
258 von Produktionsweisen sowie für „Efficiency First“ beim Umgang mit Ressourcen setzen. Nur so
259 lässt sich das Potenzial auf einer für alle Marktteilnehmer transparenten Basis für einen
260 fairen Wettbewerb schaffen. Der CO₂-Preis schafft Gerechtigkeit und steigert mittelfristig
261 auch die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt — denn Klimaschutz ist nicht nur notwendig,
262 sondern auch ein globaler Zukunftstrend.

263 Keine Steuermittel mehr für klimaschädliches Verhalten

264 Damit ökonomische Anreize ihr volles Potenzial entfalten können und zusätzliche finanzielle
265 Spielräume für Zukunftsinvestitionen entstehen, wollen wir **umwelt- und klimaschädliche**
266 **Subventionen konsequent abbauen.** Insgesamt betragen diese in Deutschland über 57
Milliarden

267 Euro. Staatliche Subventionen wie die Steuerbefreiung von Rohöl zur Plastikherstellung, dem
268 immer noch gewährten Beschaffungszuschuss für neue Ölheizungen oder die Nichtbesteuerung

von

269 Kerosin wollen wir endlich beenden.

270 Investitionen in CO₂-neutrale Industrieprozesse, insbesondere in den Bereichen
 271 Metallproduktion (z.B. Stahl, Aluminium, Lithium), Chemie und Zement, lohnen meist erst bei
 272 sehr hohen CO₂-Preisen, die das europäische Emissionshandelssystem derzeit noch nicht
 273 abbildet. Damit sich solche Investitionen für Unternehmen schon heute rechnen, wollen wir
 274 den Unternehmen die Differenz zwischen dem aktuellen CO₂-Preis und den tatsächlichen CO₂-
 275 Vermeidungskosten erstatten, welche ihnen durch die Investitionen in neue Verfahren und
 276 Technologien entstehen (Carbon Contract for Difference). Die Kosten dafür können über eine
 277 Klima-Umlage refinanziert werden, die auf die Endprodukte aufgeschlagen wird und die für
 278 heimische Produkte und Importe gleichermaßen gilt. So rechnen sich diese Investitionen
 279 sofort und es werden kurzfristige Wettbewerbsnachteile gegenüber Regionen ohne eine
 280 entsprechende CO₂-Bepreisung vermieden.

281 Förderpolitik gibt Starthilfe

282 Wir lassen die Unternehmen bei der ökologischen Transformation nicht allein und wollen sie
 283 unterstützen. Für Investitionen in transformative, CO₂-neutrale Industrieprozesse in den
 284 Bereichen Stahl, Chemie oder Zement wollen wir deshalb **bessere**

Abschreibungsmöglichkeiten

285 **schaffen und Leuchtturmprojekte CO₂-neutraler Verfahren und Prozesse gezielt fördern.** Die

286 Basis zur Entwicklung solcher Verfahren ist die entsprechende Forschung. Weiterhin richten
 287 wir die öffentliche Beschaffung konsequent klimaverantwortlich aus und schaffen so
 288 Leitmärkte, die innovativen Unternehmen die notwendige Sicherheit geben, dass ihre Produkte
 289 auch einen Markt finden, auf dem sie starten können.

290 Um den ökologischen Umbau zu fördern und gleichzeitig den sich anbahnenden
 291 Wirtschaftsabschwung zu bekämpfen werden wir die degressive Abschreibung (AfA) zeitlich
 292 befristet wieder einführen.

293 Plurale Bildung und Forschung ermöglichen

294 Für ein Verständnis der Herausforderungen der Zukunft, wie z.B. die Klimakrise, und die
 295 Entwicklung von Lösungen brauchen wir in Forschung und Bildung Methoden- sowie
 296 Theorienvielfalt und kritisches Hinterfragen normativer Annahmen. Das bedeutet
 297 beispielsweise in den Wirtschaftswissenschaften, dass so genannte heterodoxe Ansätze – also
 298 z.B. feministische und ökologische Ansätze – deutlich stärker gelehrt und beforscht werden.
 299 Wir setzen uns dafür ein, dass das bei der Konzeption und Vergabe von Forschungs- und
 300 Förderprogrammen berücksichtigt wird. Mehr Forschung und Bildung zu
 Postwachstumsökonomien
 301 ist auch ein wichtiger Schlüssel für eine klimaneutrale Wirtschaft.

302 In die ökologische Infrastruktur investieren

303 Investitionen in Klimaschutz bedeutet vor allem: Auf- und Ausbau der Stromerzeugung aus
 304 Erneuerbaren Energien und der dafür notwendigen Speicher und Stromnetze, Ausbau von
 305 Bahninfrastruktur, von ÖPNV, Fahrrad- und Fußverkehrsinfrastruktur, aber auch Aufbau von
 306 Ladeinfrastruktur für E-Mobilität sowie von Infrastruktur für erneuerbaren Wasserstoff.
 307 Wärmenetze, energetische Gebäudesanierung und der Ersatz von Öl- und Gasheizungen

benötigen

308 Unterstützung. Auch stehen die Rettung unserer Wälder, die Erhöhung von Deichen und die
309 Schaffung von mehr Überflutungsflächen für Flüsse, der Umbau zu einer klima- und
310 tierschutzgerechten Landwirtschaft an.

311 Allein die Bahn braucht mindestens drei Milliarden Euro pro Jahr, um die notwendige
312 Verlagerung des Verkehrs von der Luft und der Straße auf die Schiene stemmen zu können. Für
313 den Aufbau eines elektrischen Ladesäulennetzes brauchen wir ein Investitionsprogramm in
Höhe

314 von 600 Millionen Euro. Unser Programm „Faire Wärme“, mit dem wir die energetische
315 Gebäudesanierung unterstützen wollen, umfasst 7 Milliarden Euro im Jahr. Dies sind nur drei
316 Beispiele. Insgesamt plädieren wir für **zusätzliche öffentliche Investitionen in Höhe von 30**

317 **Milliarden pro Jahr.**

318 Wettbewerbsfähigkeit sichern, Klimadumping verhindern

319 Neben den notwendigen Anreizen müssen wir bei Einführung von ordnungspolitischen
320 Klimamaßnahmen die europäische Industrie auch vor möglichen Nachteilen im internationalen
321 Wettbewerb mit Staaten ohne eine vergleichbare Klimaschutzpolitik schützen. Dies kann über
322 **Grenzausgleichsmaßnahmen** wie europäische **Klimazölle**, die auch auf Importe
aufgeschlagen

323 werden, oder über einen **Grundstoffausgleich**, der Recycling und weniger energieintensive
324 Werkstoffe belohnt, geschehen. Auch die Finanzierung der zusätzlich notwendigen
325 Investitionskosten für saubere Technologien könnte in Zukunft ein Weg sein, anstatt
326 weiterhin kostenlose Zertifikate im Emissionshandel auszugeben.

327 Divestment: Kapital aus fossilen in grüne Geschäftsfelder lenken

328 Mit einer breit angelegten **Divestmentstrategie** wollen wir dafür sorgen, dass Anlagekapital
329 zukünftig Klimaschutz statt Klimazerstörung finanziert. Öffentliche Banken und
330 Versicherungen sollen **Investitionen in die Dekarbonisierung der Wirtschaft** umlenken
und

331 umgehend aus klimaschädlichen Wirtschaftsproduktionen wie Kohle- oder Erdölindustrie
332 aussteigen. Damit auch Kleinanlegerinnen und Kleinanleger von der grünen Finanzwende
333 profitieren und ihr Geld mit gutem Gewissen anlegen können, brauchen wir ein **EU-Label für**
334 **nachhaltige Finanzprodukte** mit starken ökologischen und sozialen Standards. Damit alle
335 Anleger*innen nachvollziehen können, ob Unternehmen ökologisch wirtschaften, werden wir
336 entsprechende Offenlegungspflichten einführen.

337 Neue Anlagerichtlinien für die öffentliche Hand, Fonds wie für die Beamtenpension oder
338 Rücklagen der Bundesanstalt für Arbeit sollen Nachhaltigkeits- und Klimaschutzkriterien
339 folgen. Der Bund kann dem Markt für nachhaltige Geldanlagen wichtige Impulse geben. Dafür
340 muss er seine Investitionen in Kohle-, Öl- und Gas-Konzerne, die Geschäfte auf Kosten des
341 Klimas machen, beenden.

342 Damit neben der Rendite auch die Klima- und Sozialverträglichkeit zur Grundlage von
343 Entscheidungen über Investitionen und Kreditvergaben gemacht werden, brauchen wir einen
344 verbindlichen **europäischen Standard für Nachhaltigkeit**, dessen Leitplanken die 17 UN-
Ziele

345 Nachhaltigkeit (SDGs) sind, anhand dessen auch sozial-, geschlechter-, klima- und

346 umweltschädliche Wirtschaftsbereiche klar benannt werden können. Auf dieser Grundlage
347 müssen

347 alle Finanzmarktakteure die Auswirkungen ihrer Investitionen offenlegen.

348 Klimarisiken, die in Konzern- und Bankbilanzen schlummern, sollten bei der Bewertung durch
349 Rating-Agenturen und die Finanzmarktaufsicht berücksichtigt werden, zum Beispiel durch
350 **Klima-Stresstests für Banken und Versicherungen** oder durch Aufschläge bei
351 Eigenkapitalanforderungen bei Finanzierungen, die hohe Klima und Umweltrisiken bergen.

352 **3. Verwerten statt Verschwenden: Kreislaufwirtschaft als übergeordneter Rahmen**

353 Die ökologische Wende kann nur gelingen, wenn wir nicht dauerhaft auf immer mehr Rohstoffe
354 angewiesen sind. So können Unternehmen Kosten in erheblichem Umfang einsparen und
außerdem

355 können hunderttausende neue Jobs entstehen. Im Bereich Elektromobilität beispielsweise gibt
356 es großes Potenzial, um durch Recycling der Lithium-Ionen-Batterien einerseits den
357 ökologischen Fußabdruck zu verkleinern, andererseits den Bedarf an Rohstoffen zu senken.
358 Dafür müsste nur die EU-Batterierichtlinie reformiert werden.

359 Unser Ziel ist der parallele **Aufbau einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft**. Diese
360 basiert auf in sich geschlossenen Stoffkreisläufen. Der Kreislauf beginnt bereits bei der
361 Produktgestaltung. Produkte müssen so designt werden, dass die jeweiligen Einzelteile auch
362 wieder voneinander getrennt und sinnvoll wiederverwertet werden können. Dafür wollen wir
363 verbindliche Vorgaben in der EU-Ökodesign-Richtlinie schaffen. Wir wollen Abfallvermeidung-
364 und verwertung durch einen Mix aus Anreizen und Vorgaben stärken: Wir wollen

Recyclingquoten

365 **einführen**, welche die tatsächlich im Kreislauf geführten Wertstoffe messen. Hersteller*innen
366 sollen zu einer festen **Einsatzquote für recycelte Rohstoffe** verpflichtet werden.

367 Die Rücknahme- und Verwertungspflicht bei Produkten wie Verpackungen, Elektro- und
368 Elektronikaltgeräten muss ausgeweitet und durch finanzielle Anreize gestärkt werden. Ein
369 solcher Anreiz ist die Weiterentwicklung der Lizenzentgelte für Verpackungen zu einer
370 **Ressourcenabgabe**, die gleichzeitig ökologische Verpackungen über einen Bonus fördert.
Auch

371 Rücknahmeprämien für einzelne Produktgruppen wie beispielsweise Mobiltelefone können ein
372 möglicher Weg sein. Unser Ziel ist, bis 2030 alle Kunststoffprodukte kosteneffizient zu
373 recyceln oder wiederzuverwenden. Schließlich wollen wir die Forschung für Recycling-Prozesse
374 und die Substitution von Rohstoffen intensivieren.

375 **4. Soziale Sicherung im ökologisch-sozialen Wandel neu denken**

376 Sowohl durch den notwendigen ökologischen Umbau der Wirtschaft als auch die Digitalisierung
377 werden viele neue Arbeitsplätze entstehen, auf der anderen Seite fallen aber auch viele
378 Arbeitsplätze weg. Neue Qualifikationen werden benötigt, es entstehen aber auch
379 Unsicherheiten. Die Arbeitswelt wird durch die Digitalisierung bunter und vielfältiger. Für
380 die soziale Sicherung bedeutet dieser Wandel der Arbeit und des Arbeitsmarktes, dass sie
381 universeller werden muss. Je diverser die Arbeitswelt wird, desto mehr brauchen wir eine
382 soziale Sicherung, die sich nicht am Erwerbsstatus orientiert, sondern alle Bürgerinnen und
383 Bürger absichert, unabhängig davon, ob sie Vollzeit oder Teilzeit, abhängig oder
384 selbstständig oder auch gar nicht erwerbstätig sind, zumal es immer mehr Wechsel zwischen

385 diesen unterschiedlichen Beschäftigungsformen und mehr Erwerbsunterbrechungen, freiwillige
386 und unfreiwillige, geben wird.

387 Wir wollen deswegen die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung zu Bürgerversicherungen
388 weiterentwickeln, in die alle Bürgerinnen und Bürger auf alle Einkommensarten einzahlen. Die
389 Arbeitslosenversicherung sollte zu einer Arbeitsversicherung für alle Erwerbstätigen,
390 abhängig Beschäftigte wie Selbstständige, weiterentwickelt werden, mit einem Recht auf
391 Weiterbildung, das auch entsprechend sozial abgesichert sein muss, damit sich insbesondere
392 Menschen mit geringen Einkommen auch eine Weiterbildung leisten können. Und wir wollen,
dass
393 in allen Lebenslagen das Existenzminimum garantiert wird. Deswegen wollen wir eine
394 Kindergrundsicherung einführen, eine Garantierente und eine Garantiesicherung, mit der wir
395 Hartz IV überwinden. Dabei geht es nicht nur um eine soziale Abfederung der Veränderungen,
396 sondern wir wollen die Menschen befähigen selbstbestimmt an der Gesellschaft teilzuhaben und
397 den ökologisch-sozialen Wandel kreativ und innovativ mitgestalten zu können.

398 **5. Gute und selbstbestimmte Arbeit - wir gestalten den Wandel der Arbeitswelt**

399 Unsere Arbeitswelt wird sich in den kommenden Jahren vor allem durch die Digitalisierung
400 rasant und tiefgreifend verändern. Bekannte Tätigkeiten und Arbeitsplätze werden wegfallen
401 oder sich stark verändern, neue Arbeitsplätze und Berufe entstehen. Ob es in der Summe dann
402 vielerorts weniger Arbeitsplätze geben wird oder mehr, kann derzeit niemand verlässlich
403 vorhersagen. Klar ist jedoch, dass sich auch die Art, wie wir arbeiten werden, massiv
404 verändert. Unser Arbeiten wird flexibler, selbstorganisierter, auch kooperativer. Zugleich
405 erleben wir bereits heute neue Formen der Ausbeutung, Überforderung und Fremdbestimmung.
Ein

406 großes Problem bedeutet daneben der bereits heute spürbare massive **Fachkräftemangel** -
eine

407 Million Stellen sind unbesetzt. In den kommenden 15 Jahren wird die Zahl der Menschen im
408 erwerbsfähigen Alter ohne Einwanderung um sechs Millionen schrumpfen.

409 Für beide Entwicklungen - den Fachkräftemangel und die Veränderungen der Arbeitswelt - muss

410 sich die Bildungs- und Weiterbildungspolitik, die Arbeitsmarkt-, Einwanderungs- und
411 Integrationspolitik viel besser rüsten als bisher. Dies gilt auch für Selbstständige.

412 Zukunftsbildung ist der Schlüssel

413 Die Ausbildungsordnungen existierender Berufe müssen auf die Erfordernisse einer
414 nachhaltigen Gesellschaft hin überarbeitet werden (nachhaltige Berufsbilder). Das bedeutet
415 vor allem, dass Menschen die Möglichkeit haben müssen, sich weiterzubilden und neu zu
416 qualifizieren. Dafür brauchen sie Geld, Zeit und passende Angebote. Wir wollen einen
417 **Rechtsanspruch auf Weiterbildung** begründen. Das lebensbegleitende Lernen wird damit
Teil des

418 öffentlichen Bildungsauftrags. Die bisherige Arbeitslosenversicherung wird dazu zu einer
419 **Arbeitsversicherung** umgebaut. So, wie wir in den beiden vergangenen Jahrhunderten damit
420 begonnen haben, uns gegen Krankheit oder Arbeitslosigkeit abzusichern, sollten wir im 21.
421 Jahrhundert im Rahmen der Arbeitsversicherung eine Garantie auf Weiterbildung festschreiben.
422 Die Arbeitsversicherung sollte sowohl die Weiterbildungsberatung finanzieren als auch den

423 Lebensunterhalt in Weiterbildungsphasen absichern. Dazu gibt es während
 424 arbeitsmarktbedingter Weiterbildungsphasen ein Weiterbildungsgeld, das höher ist als die
 425 Absicherung bei Arbeitslosigkeit. Für alle, die keinen Anspruch auf Leistungen im Rahmen der
 426 Arbeitsversicherung haben, schaffen wir ein Weiterbildungs-BAföG, damit kein Wunsch auf
 427 berufliche Entwicklung am Geldbeutel scheitert.

428
 429 Überall da, wo es vor Ort eine Arbeitsagentur gibt, wollen wir, dass zusätzlich
 430 **Bildungsagenturen** geschaffen werden. Die Bildungsagenturen sind zentrale Anlaufstellen für
 431 alle Menschen, die Interesse an Weiterbildung haben. Auch Arbeitgeber, insbesondere kleine
 432 und mittlere Unternehmen, können sich in den Bildungsagenturen informieren, wenn sie
 433 geeignete Weiterbildungsangebote für ihre Belegschaften oder Förderung suchen. Die
 434 Bildungsagenturen sollen zum Herzstück von regionalen Bildungsnetzwerken werden, in denen
 435 sich Arbeitsagenturen, Jobcenter, Volkshochschulen, Kammern, Berufs- und Hochschulen sowie
 436 andere Weiterbildungsträger vernetzen, um flächendeckend und niedrigschwellig beste
 437 Weiterbildung und Beratung anbieten zu können. Im Standardfall wird die Bildungsagentur von
 438 der Bundesagentur für Arbeit organisiert. Kommunen sollen aber die Wahl haben, die
 439 Organisation der Bildungsagentur selbst durchzuführen, insbesondere wenn es bereits starke
 440 vor Ort gewachsene Kooperationsstrukturen gibt und wenn Qualitätsstandards eingehalten
 441 werden. Auch die Möglichkeiten der Digitalisierung wollen wir für die Bildung weiter nutzen.
 442 Dafür soll eine öffentliche und unabhängige digitale Plattform alle Fort- und
 443 Weiterbildungsangebote bündeln. Das ermöglicht neue Zugänge für Menschen, die sich
 444 weiterbilden wollen. Besondere Aufmerksamkeit widmen wir dabei Menschen, die besondere
 445 Hindernisse überwinden müssen, um sich in die Arbeitswelt zu integrieren, etwa weil sie
 446 nicht gut lesen und schreiben können.

447 Wir sehen es zudem als unsere Verantwortung, die Arbeitnehmer*innen insbesondere beim
 448 ökologischen und digitalen Wandel mitzunehmen. Wir wollen dazu als eine wichtige Maßnahme
 449 eine neue „**Qualifizierungs-Kurzarbeit**“ einführen, um so die Chancen der Beschäftigten und

450 der Betriebe im Strukturwandel vorausschauend zu verbessern. Die Phase der Kurzarbeit muss
 451 konsequent für die Qualifizierung der Beschäftigten genutzt werden. Dabei wollen wir die
 452 „Qualifizierungs-Kurzarbeit“ eng an die Sozialpartnerschaft koppeln und zwar durch
 453 tarifliche Regelungen und Betriebsvereinbarungen. Denn Unternehmen, Gewerkschaften und
 454 Betriebsräte können nur gemeinsam dem Strukturwandel die richtige Richtung geben.

455 Fachkräftemangel bekämpfen

456 Der Fachkräftemangel stellt für viele Unternehmen ein Problem dar. Wir wollen darauf
 457 reagieren, indem wir nicht nur engagiert auf Qualifizierung und Weiterbildung setzen und die
 458 Erwerbstätigkeit von Frauen weiter stärken. Gerade angesichts des demographischen Wandels
 459 halten wir zusätzlich auch eine **ambitionierte Einwanderungspolitik** für dringend
 notwendig.

460 Das Fachkräftezuwanderungsgesetz der großen Koalition erfüllt diesen Anspruch nicht. Wir
 461 wollen es überarbeiten und entbürokratisieren. Deutschland braucht ein **echtes**
 462 **Einwanderungsgesetz** mit einem transparenten Punktesystem und der Möglichkeit eines
 463 Spurwechsels. Gleichzeitig setzen wir uns für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und
 464 höhere Löhne in bislang zu schlecht bezahlten Berufen ein. Das sind immer noch insbesondere
 465 die mit hohem Frauenanteil. Mit passgenauen Angeboten für Spracherwerb und Aus- und

466 Weiterbildung wollen wir insbesondere geflüchtete Frauen besser in den Arbeitsmarkt
467 integrieren.

468 Für eine gerechte Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit

469 Nach wie vor gilt Sorgearbeit in unserer Gesellschaft vielfach noch als „Privatsache“ und
470 spiegelt sich in den üblichen Wohlstandsmessungen nicht wieder. Dabei ist diese
471 Arbeitsleistung essentiell für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft und eine
472 funktionierende Wirtschaft. Immer noch werden diese Aufgaben zum Großteil von Frauen
473 geleistet, sei es in der Pflege oder in der Kinderbetreuung. Mangelnde Vereinbarkeit von
474 Familie sowie Pflege und Beruf führt dabei häufig dazu, dass insbesondere die eigenständige
475 Absicherung von Frauen zu kurz kommt. Dies spiegelt sich in dem hohen Anteil von Frauen in
476 prekären Beschäftigungsverhältnissen und führt in der Konsequenz zu einem vielfach erhöhten
477 Altersarmutsrisiko.

478 Massive Investitionen in gute und verlässliche Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen
479 mit genügend Personal sind deshalb unerlässlich. Mit einer KinderZeit Plus wollen wir
480 außerdem Eltern zeitlich unterstützen und dazu beitragen, dass diese ihr Arbeitsvolumen in
481 der Erwerbsarbeit erhöhen können. Darüber hinaus wollen wir ein Gesetz für mehr
482 Zeitsouveränität für berufstätige Pflegende entwickeln und eine dreimonatige PflegeZeit Plus
483 pro zu pflegender Person einführen.

484 Neue Jobs

485 Wir haben große Engpässe dort, wo Menschen sich um Menschen kümmern: in der Pflege, der
486 Bildung, in der Kinder- und Altersbetreuung. Diese **Jobs in der Sorge-Arbeit** müssen
ausgebaut
487 werden und brauchen endlich die Anerkennung, auch finanziell, die ihnen gemessen an ihrer
488 gesellschaftlichen Relevanz zusteht. Diejenigen, die sich um andere Menschen kümmern, dürfen

489 nicht beim Mindestlohn landen oder Probleme haben, sich eine Wohnung zu leisten.

490 Die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung schätzt, dass mit stetigen
491 Investitionen in Nachhaltigkeit bis 2030 weltweit bis zu 170 Millionen neue Jobs geschaffen
492 werden können. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)

493 geht davon aus, dass sich die Zahl der **Arbeitsplätze in der Erneuerbaren-Energien-
Branche** in

494 Deutschland allein in den nächsten zehn Jahren auf mindestens 500.000 verdoppelt. Im
495 gesamten **Bereich Umweltechnik und Ressourceneffizienz** sind bereits heute 1,5
Millionen

496 Menschen in Deutschland beschäftigt. Erwartet wird hier ein Anstieg von jährlich 6,7
497 Prozent. Für diese Zukunftsbranche brauchen wir also qualifizierte Maschinenbauer,
498 Elektrotechnikerinnen, Ingenieurinnen, Vertriebsmitarbeiter*innen, Bürokräfte – von der
499 Berufseinsteigerin bis zur erfahrenen Fachkraft.

500 Gute Arbeitsbedingungen

501 Gute Arbeitsbedingungen und eine faire Verteilung des Wohlstandes zwischen Arbeit und
502 Kapital auszuhandeln, ist zunächst Aufgabe der Sozialpartner. Wir wollen die kollektive
503 **Selbstorganisation und Mitbestimmung** wieder stärken und prekäre Erwerbstätigkeit

überwinden.

504 Bei der öffentlichen Vergabe sollen im Einklang mit europäischem Recht die Unternehmen zum
505 Zug kommen, die einem Tarifvertrag angehören bzw. Tariflöhne zahlen. Zudem wollen wir es
506 leichter machen, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären. Die Bildung von
507 Betriebsräten werden wir erleichtern, indem Initiator*innen einen besonderen Schutz erhalten
508 und die Verhinderung von betrieblicher Interessenvertretung als klare Straftat angesehen und
509 verfolgt wird.

510 Wir wollen die Wirtschaft demokratischer gestalten. Das betrifft sowohl die Entscheidungen,
511 was und wie produziert wird, als auch die Rechte von Arbeitnehmer*innen im Betrieb. Deshalb
512 werden wir die betriebliche Mitbestimmung ausbauen. Auf dem Weg dorthin wollen wir, dass die

513 Betriebsräte bei der Personalplanung stärker eingebunden werden und bei der Weiterbildung
514 und der Beschäftigungssicherung ein echtes Vorschlags- und Initiativrecht bekommen. Die
515 paritätische Mitbestimmung in Aufsichtsräten soll bereits ab einer Unternehmensgröße von
516 1.000 Beschäftigten voll greifen und die Mitbestimmungsrechte der
517 Arbeitnehmervertreter*innen bei strategischen Unternehmensentscheidungen im Aufsichtsrat
518 erweitert werden.

519 Der gesetzliche Mindestlohn war ein wichtiger Meilenstein für faire Arbeitsbedingungen. Wir
520 wollen **Ausnahmen beim Mindestlohn streichen**, die Kontrolle verbessern und zudem dafür
521 sorgen, dass er in Zukunft wirklich armutsfest ist. Deshalb wollen wir als Sofortmaßnahme
522 eine **Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro**, damit Vollzeitbeschäftigte von ihrer Arbeit
523 auch leben können. Wir wollen die Mindestlohnkommission reformieren und ihren
524 Entscheidungsspielraum stärken. Die Anpassung des Mindestlohns darf sich künftig nicht mehr
525 nur allein an der Tarifentwicklung orientieren. Wir wollen stattdessen gesetzlich verankern,
526 dass der Mindestlohn vor Armut schützen muss und damit deutlich über die Tarifentwicklung
527 hinaus steigen kann. Gleichzeitig sollen die Vertreter*innen der Wissenschaft in der
528 Mindestlohnkommission ein Stimmrecht erhalten.

529 **Leiharbeit** wollen wir stärker **regulieren**, für Leiharbeitskräfte soll ab dem ersten Tag die
530 gleiche Bezahlung wie für die Stammbeslegschaft gelten sowie eine zusätzliche
531 Flexibilitätsprämie. **Sachgrundlose Befristungen** wollen wir **abschaffen**. Wir fordern ein
532 wirksames **Entgeltgleichheitsgesetz** mit einem Verbandsklagerecht für gleichen Lohn für
533 gleiche und gleichwertige Arbeit. Unser Ziel ist es, **Minijobs in**
534 **sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umzuwandeln** und dafür zu sorgen, dass
535 die
536 Beiträge durch Steuern und Abgaben sowie soziale Leistungen so aufeinander abgestimmt
537 werden, dass sich Erwerbsarbeit immer rechnet. Dabei darf die Belastung mit Steuern und
538 Abgaben nicht sprunghaft steigen. Und wir streiten dafür, Berufe aufzuwerten, die heute noch
539 meist von Frauen ausgeübt werden, beispielsweise in der Erziehung, der Pflege oder im
540 Gesundheitssystem, und sie besser zu bezahlen. Wir wollen, dass **Arbeit auf Abruf** nicht mehr
541 möglich ist, wenn die Tätigkeiten mit normalen Arbeitsverhältnissen erledigt werden können,

542 Die Regulierung von Arbeit wollen wir an die **Herausforderung der Digitalisierung**
543 anpassen.

543 Dafür wollen wir die Abgrenzungskriterien zwischen abhängiger und selbstständiger
544 Beschäftigung eindeutiger und praxistauglicher regeln und den Arbeitnehmer*innen-Begriff neu

545 definieren. Ziel ist es, einerseits größere Planungssicherheit für Selbstständige
 546 herzustellen und andererseits Scheinselbstständigkeit zu verhindern. Gleichzeitig ist es
 547 notwendig, die nicht anderweitig abgesicherten Selbstständigen vor Altersarmut zu schützen.
 548 Damit dies gelingt, wollen wir sie mit der Einführung einer Bürgerversicherung am
 549 Solidarsystem der Rentenversicherung teilhaben lassen. Um sie dabei nicht finanziell zu
 550 überfordern, sprechen wir uns für Flexibilität in der Beitragszahlung aus. Zudem werden wir
 551 ausloten, in welchen Branchen und Bereichen der Selbstständigkeit gesetzliche
 552 Schutzmechanismen, wie Mindesthonorare, Honorarordnungen und Umlageverfahren notwendig
 sowie
 553 praktisch möglich sind. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass bei der Auftragsvergabe
 554 der öffentlichen Hand an Selbstständige die Prinzipien der Planungssicherheit, des
 555 Mindesteinkommens und der sozialen Absicherung berücksichtigt werden.

556 Durch Digitalisierung entsteht ein großes Potenzial, **Arbeitszeit** weiter zu **verkürzen**, sie
 557 mit anderen Lebensbereichen besser zu vereinbaren und Arbeit umzuverteilen, sowohl Erwerbs-
 558 als auch Sorge-Arbeit. Dabei ist uns besonders wichtig, dass es auch zu einer gerechteren
 559 Aufteilung von Erwerbs- und Sorge-Arbeit zwischen den Geschlechtern kommt. Durch die
 560 Digitalisierung wird es auch einfacher für die Beschäftigten, von zu Hause oder mobil an
 561 wechselnden Orten (Coworking Spaces etc.) zu arbeiten. Wir werden Regelungen für ein Recht
 562 auf Home-Office und mobiles Arbeiten einführen, wobei wir berücksichtigen, dass es
 563 Berufsbilder gibt, bei denen dies nicht umsetzbar ist.

564 Home-Office und die Möglichkeit, mobil zu arbeiten, kann zur besseren Vereinbarkeit von
 565 Familie und Beruf beitragen. Beides darf aber nicht dazu führen, dass Karrierechancen
 566 beeinträchtigt werden oder dass es zu einer Abkopplung vom Rest der Belegschaft, sowie von
 567 betrieblichen Abläufen oder Weiterbildungsmaßnahmen kommt. Arbeitnehmer im Home-Office,
 568 unterwegs oder an wechselnden Arbeitsorten (Coworking Spaces etc.) müssen in Bezug auf den
 569 Arbeitsschutz genauso geschützt sein wie bei der Arbeit an einem ständigen Betriebssitz. Es
 570 darf keinen Zwang zum Home-Office oder mobilem Arbeiten geben. Wenn Arbeit besser ins
 Leben
 571 passt, sind die Beschäftigten produktiver, weniger gestresst und engagierter. Auch der
 572 wachsende Fachkräftebedarf kann so besser bewältigt werden.

573 Gleichzeitig nimmt uns die Automatisierung und Robotisierung monotone und repetitive
 574 Aufgaben ab. Dies begrüßen wir als Chance auf Verringerung von menschlicher Arbeit. Dies
 575 darf jedoch nicht zu einer weiteren Zunahme der Ungleichheit führen. Wir wollen politisch
 576 sicherstellen, dass die Wohlstandsgewinne durch die Digitalisierung gerecht verteilt werden.

577 Wir brauchen nicht noch mehr Verfügbarkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern rund
 um
 578 die Uhr. Zum Schutz der Gesundheit braucht es auch im digitalen Zeitalter eine Grenze für
 579 die tägliche Höchstarbeitszeit sowie ausreichende Ruhezeiten ohne Unterbrechung, wie es im
 580 Rahmen des Arbeitszeitgesetzes vorgesehen ist. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung
 581 nutzen und mehr Zeitsouveränität für die Beschäftigten schaffen und fordern eine
 582 **Wahlarbeitszeit zwischen 30 und 40** Wochenstunden, denn so können auch 30-Stunden-
 Stellen als
 583 Vollzeitstellen anerkannt werden. Damit wird die Vollzeit neu definiert und zu einem

584 Arbeitszeitkorridor umgestaltet und Arbeit gerechter verteilt. Auch bei flexiblen
 585 Arbeitszeiten ist darauf zu achten, dass jede getätigte Stunde der Arbeitskraft dem
 586 Arbeitszeitkonto gutgeschrieben wird. Dies gilt auch für Überstunden. Gleichzeitig ist für
 587 uns klar, dass jeder Mensch ein würdevolles Leben verdient hat, weshalb wir
 588 Existentsicherung und Lohnarbeit in Zukunft stärker entkoppeln wollen.

589 Ein Rückkehrrecht von Teilzeit-Beschäftigten auf ihre vorherige Stundenzahl ist notwendig,
 590 damit sie beruflich wieder voll durchstarten können. Die von der großen Koalition
 591 eingeführte Brückenteilzeit nur für große Betriebe genügt diesen Anforderungen bei weitem
 592 nicht. Der überwiegende Teil der Beschäftigten (insbesondere Frauen) wird aufgrund der
 593 Einschränkungen das Recht auf Rückkehr in Vollzeit nicht in Anspruch nehmen können. In
 594 vielen Unternehmen herrscht eine nach wie vor ausgeprägte Präsenzkultur, bei der lange
 595 Anwesenheit am Arbeitsplatz als besonderes Leistungskriterium gilt. Wir wollen, dass sich
 596 Unternehmen in eine andere Richtung entwickeln: So ist es gerade für Menschen, die sich um
 597 Kinder oder Angehörige kümmern, eine große Erleichterung, wenn Meetings im Zeitraum von
 ca.
 598 9 bis 15 Uhr stattfinden.

599 Ebenso ist es gerade für Eltern wichtig, dass Modelle wie Job-Sharing und Führung in
 600 Teilzeit möglich sind. Damit eben nicht immer nur die Personen befördert werden, die rund um
 601 die Uhr verfügbar sind, und gleichzeitig diejenigen, die Sorge-Arbeit leisten, immer noch
 602 vor allem Frauen, in der Einmal-Teilzeit-immer-Teilzeit-Falle landen. Wir wollen in einem
 603 ersten Schritt mit Anreizen dafür sorgen, dass Unternehmen sich hier weiter entwickeln, und
 604 auch die Spielräume bei öffentlichen Auftragsvergaben nutzen, um solche Unternehmen zu
 605 fördern.

606 Wir wollen außerdem, dass die Hälfte der Plätze in den Führungspositionen von Unternehmen
 607 mit Frauen besetzt werden, Deshalb braucht es **verbindliche Frauenquoten für
 Aufsichtsräte**

608 und vergleichbare Regelungen auch für Vorstände. Für Aufsichtsräte fordern wir eine 40-
 609 Prozent-Quote für alle 3.500 börsennotierten oder mitbestimmten Unternehmen und
 610 Sanktionsmöglichkeiten, wenn diese nicht eingehalten wird. Denn die Quote ist keine
 611 Belastung für die Wirtschaft, sondern eine Chance wirklich die besten Köpfe in
 612 Führungspositionen zu bekommen. Durch die Digitalisierung wird es auch einfacher für die
 613 Beschäftigten, von zu Hause zu arbeiten. Wir werden deswegen ein Recht auf Home-Office
 614 einführen.

615 Beschäftigte am Wohlstand beteiligen

616 Eine verbesserte **Mitarbeiterbeteiligung an Unternehmen** kann sowohl dem
 Fachkräftemangel als
 617 auch einer ungleichen Vermögensentwicklung entgegenwirken. Sie ist ein Weg, um die
 618 Bevölkerung besser am gesellschaftlichen Produktivvermögen zu beteiligen. Bislang sind wir
 619 im europäischen Vergleich jedoch Schlusslicht bei der Mitarbeiterbeteiligung. Wir wollen
 620 daher den steuerlichen Freibetrag für die Überlassung von Mitarbeiterbeteiligungen deutlich
 621 anheben. Außerdem wollen wir eine Plattform schaffen, um Beispiele von erfolgreichen
 622 Beteiligungsmodellen besser zugänglich zu machen und interessierten Unternehmen mehr
 623 Informationen bereit zu stellen.

624 Vielfalt als Wettbewerbsvorteil

625 Die Wertschätzung von **Vielfalt am Arbeitsplatz** verbessert die individuelle Teilhabe im Beruf
 626 und fördert die Chancen- und Leistungsgerechtigkeit. Zur Vielfalt am Arbeitsplatz gehören
 627 alle Facetten: Die Vielfalt der Geschlechter, der sexuellen Orientierung und geschlechtliche
 628 Identität, die Inklusion von Menschen mit Behinderungen, die Vielfalt der Kulturen,
 629 Religionen und der sozialen Herkunft. Unternehmen mit einer vielfältigen Belegschaft sind in
 630 der Regel **produktiver, kreativer und damit auch ökonomisch erfolgreicher**.

631 Wir setzen uns dafür ein, dass die Anstrengungen privater und öffentlicher Arbeitgeber*innen
 632 verstärkt und besser koordiniert werden. Für den Privatsektor wollen wir dies durch
 633 Erfahrungsaustausch und Information stärken, moderiert und gefördert durch das
 634 Bundeswirtschafts- und Bundesarbeitsministerium. Wir werben dafür, dass sich noch mehr
 635 Firmen und öffentliche Stellen der **Charta der Vielfalt** anschließen. Im 21. Jahrhundert
 636 erwarten wir von modernen und innovativen Unternehmen auch einen modernen und
 637 professionellen Umgang mit Diversität: durch **Diversitäts- und Gleichstellungsstrategien**,
 638 durch diversitätsorientierte Fortbildungsangebote, insbesondere auch für Führungskräfte,
 639 sowie durch klare Beschwerde- und Interventionsstrukturen bei Diskriminierung und
 640 sexualisierter Gewalt. Der öffentliche Dienst und öffentliche Unternehmen müssen mit gutem
 641 Beispiel vorangehen. Dazu braucht es inklusive, faire und **diskriminierungssensible**
 642 **Bewerbungs- und Auswahlverfahren**. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass anonymisierte
 643 Bewerbungsverfahren im öffentlichen Dienst und bei den staatlichen Unternehmen
 grundsätzlich
 644 angewandt werden. Sie führen zu mehr Chancengerechtigkeit und senken die Bürokratiekosten.

645 Das Diskriminierungsverbot muss auch für Beschäftigte von Unternehmen gelten, die im
 646 Eigentum von Religionsgemeinschaften stehen. Außerdienstliches Verhalten von Beschäftigten
 647 einer Kirche, Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft, z.B. Wiederverheirateten und
 648 LSBT*IQ-Menschen, deren Tätigkeit nicht den Bereich der Verkündung umfasst, darf keine
 649 arbeitsrechtlichen Auswirkungen, wie etwa eine Kündigung, zur Folge haben. Wir wollen
 650 deshalb die Ausnahmen für die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften enger fassen
 und
 651 damit den individuellen Rechten deutlich mehr Geltung verschaffen.

652 **6. Eine neue Gründerzeit ermöglichen**

653 Viele **kleine und mittelständische Unternehmen (KMU)** treiben den ökologischen Wandel
 654 voran
 655 und schreiben schon heute mit grünen Ideen schwarze Zahlen. Sie schaffen neue Arbeitsplätze,
 656 die auch morgen noch bestehen. Wir wollen sie mit einem steuerlichen Forschungsbonus
 657 unterstützen, die Chancen von ressourcensparenden und emissionsarmen Produkten und
 Verfahren
 658 zu nutzen und sie mit einfacheren Abschreibungsregeln, Vereinfachungen bei der Umsatzsteuer
 659 und guten Bedingungen für Mitarbeiterbeteiligungen entlasten. In Strukturwandelregionen
 659 wollen wir die **regionale Wirtschaftsförderung stärken**, damit es lokal ansässigen
 Unternehmen
 660 schnell gelingt, den neuen Marktanforderungen gerecht zu werden. Gerade die kleinen und
 661 mittleren Unternehmen im **Handwerk** sind unverzichtbar. Sie realisieren die Energiewende,
 662 sorgen für fachgerechte Wärmedämmung und sind regionaler Partner für die Landwirtschaft.
 663 Damit Handwerksberufe wieder attraktiver werden setzen wir auf eine stärkere Tarifbindung
 664 und branchenspezifische Mindestvergütungen. Die Handwerksbetriebe sollen bei der Ausbildung

665 und Gewinnung von Auszubildenden stärker beraten, unterstützt und begleitet werden. Durch
666 einen **Rechtsanspruch auf einen schnellen Breitband-Internetanschluss** sorgen wir
dafür, dass
667 das Handwerk auch im ländlichen Raum online ist.

668 Gründer*innen fördern

669 Wir brauchen eine neue Gründer*innenwelle. Keine gute Idee darf an zu wenig Eigenkapital
670 scheitern. Wir fordern daher eine schnelle Einführung des unbürokratischen
671 Gründungskapitals, welches Gründer*innen einen Einmalbetrag bis maximal 25.000 Euro
672 sicherstellt, unter der Voraussetzung einer Wirtschaftlichkeitsprüfung. Das Gründungskapital
673 wird als zinsloses staatliches Darlehen ausbezahlt. Die Rückzahlung erfolgt flexibel und
674 orientiert sich am jeweiligen Unternehmensgewinn. Die Kriterien für das Exist-
675 Gründungsstipendium wollen wir aktualisieren und Diversität der Gründungsteams sowie
676 ökologische und gemeinwohlorientierte Innovationen besser berücksichtigen.

677 Frauen sind erfolgreiche Gründerinnen, bei Gründungen von Unternehmen jedoch
678 unterrepräsentiert. Nur 15 Prozent der Startups in Deutschland werden laut Female Founder
679 Monitor von Frauen gegründet. Bei einer solch niedrigen Quote entgeht Deutschland ein großes
680 Potenzial an innovativen Unternehmen. Öffentliche Fördergelder erreichen in der Regel eher
681 männliche als weibliche Gründer*innen, weshalb wir die Diversität des Gründungsteams zu
682 einem Evaluationskriterium für die Vergabe von öffentlichen Fördermitteln machen wollen **Wir**
683 **schlagen zudem vor, einen staatlich geförderten Wagniskapitalfonds zu schaffen, der**
sich nur
684 **an Gründerinnen richtet.** Irland hat mit diesem Modell gute Erfahrungen gemacht. Nach
einem
685 Zeitraum von fünf Jahren sollte überprüft werden, ob der Fonds einen nachhaltigen Effekt
686 hatte. Daneben sollten maßgeschneiderte Qualifizierungs- und Coachingmaßnahmen für
Frauen,
687 die eine Gründung, Weiterentwicklung oder Übernahme kleiner Unternehmen anstreben
finanziell
688 unterstützt werden, genauso wie Netzwerkorganisationen. Solche Plattformen können dazu
689 dienen, voneinander zu lernen, gemeinsam neue Geschäftsideen oder auch Interessen zu
690 entwickeln und umzusetzen.

691 Jede fünfte Gründerin und jeder fünfte Gründer hat eine Einwanderungsgeschichte. Die
692 migrantische Ökonomie ist zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden. Deutschlandweit
693 machen von Menschen mit Migrationsgeschichte geführte Betriebe heute rund 20 Prozent aller
694 Unternehmen aus. In einigen Regionen des Landes liegt die Zahl deutlich höher. Damit leisten
695 sie einen entscheidenden Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung. Wir wollen, dass die
696 Hürden bei allen Instrumenten der Unternehmens- und Gründungsförderung für Menschen mit
697 Migrationshintergrund abgebaut werden. Förderung darf nicht vom Pass oder dem persönlichen
698 Hintergrund abhängen, Informationen müssen in verschiedenen Sprachen angeboten werden
und
699 wir wollen ein zugeschnittenes Beratungsangebot für die migrantische Ökonomie schaffen.

700 Der Staat ist durch die öffentliche Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen ein
701 wichtiger Impulsgeber für die Wirtschaft. Die öffentliche Hand kann durch die
702 Auftragsvergabe eine aktive Vorbild- und Lenkungsfunktion erfüllen, eine nachhaltige

703 Wirtschaftsweise stärken und Innovationen fördern. Wir wollen, dass Vergabeverfahren so
704 gestalten werden, **dass der Bund im Rahmen seiner öffentlichen Auftragsvergabe und**
705 **Ausschreibungen Startups und jüngere Unternehmen, neue Technologien und**
706 **Geschäftsmodelle stärker berücksichtigt.** Dafür müssen Vergabeverfahren verschlankt
und
707 schneller angelegt werden einschließlich zeitnaher Begleichung der Verbindlichkeiten
708 öffentlicher Auftraggeber und zügiger Entscheidungsverfahren, damit auch Startups mit
709 vergleichsweise kurzen Planungshorizonten sich gegenüber etablierten Unternehmen
durchsetzen
710 können. Vergabelose sollten KMU-freundlich ausgeschrieben werden.

711 Wir fordern **Startup-Zentren** ähnlich der französischen Station F, die Gründer*innen den
712 notwendigen Arbeitsraum zur Verfügung stellen. Wir fordern zwei Jahre Befreiung von nicht
713 unbedingt nötigen Melde- und Berichtspflichten und wollen die Gründungsberatung und
714 -förderung aus einer Hand in „One-Stop-Shops“ ermöglichen, damit Gründer*innen Zeit zum
715 Gründen haben. Ausgründungen aus Hochschulen und Kooperationen von Gründer*innen und
716 Hochschulen sollen durch bessere Beratung und Betreuung gefördert werden. Die heutige
717 Gründungsförderung ist stark auf technologieorientierte Startups zugeschnitten. Wir wollen
718 die bestehenden Förderinstrumente neutraler ausgestalten und damit stärker als bisher zum
719 Beispiel sozial orientierte Unternehmen oder die Kreativwirtschaft fördern.

720 Wir wollen die freiwillige **Arbeitslosenversicherung** weitgehend **für Selbständige öffnen**
und
721 erreichen, dass anderweitig nicht abgesicherte Selbständige in die gesetzliche
722 Rentenversicherung einbezogen werden. Und wir brauchen in Deutschland auch eine Kultur des
723 Scheiterns. Das Insolvenzrecht muss so gestaltet sein, dass es schneller Neuanfänge
724 ermöglicht.

725 Für die erfolgsversprechendsten Startups wollen wir einen **Europäischen Startup-Pass**
726 einführen. Dieser soll ihnen die Möglichkeit geben, an allen europäischen Startup-
727 Förderprogrammen teilzunehmen und Unterstützung durch Inkubatoren zu erhalten. Sie sollen
728 außerdem breite Unterstützung durch Informationen und Beratung zur Rechtslage und zu
729 Patenten bis hin zu vereinfachten Visa für ausländische Mitarbeiter*innen des Startups
730 bekommen. Ausländischen Startups sollen neben einem Europäisches Startup-Visum auch
Beratung
731 und finanzielle Unterstützung angeboten werden, damit sie sich in Europa ansiedeln.

732 Verwaltung effizienter und kooperativer gestalten

733 Zugleich kann die öffentliche Verwaltung innovativer und kooperativer werden. Wir fordern
734 daher ein **deutsches GovTech-Programm** nach dänischem Vorbild. Unser Ziel ist die
vollständige
735 elektronische Abwicklung in der Verwaltung. Das spart Unternehmen, Bürger*innen und der
736 Verwaltung viel Zeit und Geld.

737 Wir wollen Regulierungen konsequent am Schutz ökologischer und sozialer Schutzziele
738 ausrichten. Insbesondere kleinere Unternehmen und den Mittelstand wollen wir gezielt von
739 unnötiger Regulierung entlasten. Für die Gründungsphase eines Unternehmens wollen wir
740 bestimmte Regulierungen ganz aussetzen. **Genehmigungsverfahren** wollen wir

beschleunigen.

741 Entscheidend hierfür ist es, Beteiligungsverfahren bereits in frühen Planungsphasen
742 vorzusehen und die Behörden mit ausreichenden Ressourcen (z.B. Personal) für eine zügige
743 Planung auszustatten.

744 Wagnisse ermöglichen

745 Wir müssen nicht nur technologisch exzellent sein, sondern bahnbrechende Technologien auch
746 in neue Geschäftsmodelle, Märkte, Dienstleistungen und Produkte umwandeln können.

747 Fördermöglichkeiten und Netzwerke für Startups und junge Unternehmen können den
Unterschied
748 zwischen einer guten Idee auf dem Flipchart und einem weltweit erfolgreichen Unternehmen
749 ausmachen.

750 **Startup-Förderung** braucht Anschubfinanzierung und eine starke Finanzierung in der
751 Wachstumsphase. Wir wollen mit einem **öffentlichen Zukunftsfonds** eine Investitionswelle
im
752 Venture Capital Markt auslösen. Dieser Fonds soll als eine Art stille Teilhaber*in jungen
753 und wachsenden Startups das nötige Eigenkapital bereitstellen. Das verhindert, dass unsere
754 Startups auf ausländische Geldgeber angewiesen sind, aufgekauft werden und das
755 technologische Know-how ins Ausland fließt. Wir wollen den Unternehmen Fördermittel
756 möglichst in Form von Eigenkapital zur Verfügung stellen. Wenn Startups später einmal
757 verkauft werden sollten, führt dies dazu, dass die Fördermittel vom Käufer bezahlt werden.

758 Der Fonds soll mit Eigenkapital ausgestattet werden und sich dann weiteres Kapital günstig
759 am Finanzmarkt leihen. Seine Gewinne sollen vollständig das eigene Kapital weiter
760 aufstocken. Der Zukunftsfonds soll politisch unabhängig gemanagt werden. Unser unabhängig
761 verwalteter Bürgerfonds für eine stabile und rentable Anlagemöglichkeit soll in den
762 Zukunftsfonds investieren können und auch andere Investitionen im Venture-Capital-Bereich
763 finanzieren können. Über die Trennung von Zukunftsfonds und Bürgerfonds verhindern wir
764 problematische Interessenskonflikte zwischen industriepolitischen Zielen und dem
765 Bürgerfonds.

766 Auch Crowdfunding kann – vor allem wenn reward-basiert – neue Finanzierungsquellen für junge
Unternehmen erschließen. Wir wollen dafür sorgen, dass öffentliche Förderungen von
768 Gründungen und von Forschung mit Crowdfunding kombiniert werden können.

769 Gute Bedingungen für gute Ideen schafft auch der europäische Binnenmarkt mit über 500
770 Millionen Menschen, die sich daran beteiligen. Der Wagniskapitalmarkt der EU ist derzeit in
771 viele kleine nationale Märkte zersplittert. Wir wollen die nationalen Förderinstrumente
772 koordinieren und abstimmen. Wir wollen insbesondere europäische Wagniskapitalfonds
aufbauen,
773 die schwerpunktmäßig Innovationen in strategischen Bereichen finanzieren, bspw.
774 Ressourceneffizienz, IT-Sicherheit oder Verwaltungsmodernisierung (Govtech). Die Strukturen
775 sollen so aufgebaut sein, dass nicht sofort alle Mitgliedsstaaten sich beteiligen müssen,
776 sondern auch schon einzelne sich für solche Wagniskapitalfonds zusammenschließen können.

777 Dabei wollen wir auch Anreize schaffen, um neben dem ökologischen Potenzial der
778 Digitalisierung auch dessen soziales Potenzial zu heben. Startups und digitale Ökosysteme
779 können uns helfen, durch neue Technologien und Geschäftsmodelle umweltpolitische und

780 sozialpolitische Ziele zu erreichen. Wir Grüne wollen technischen Fortschritt, der sich an
781 dessen ökologischen und sozialen Effekten (SDGs) messen lässt.

782 **7. Digital von der Null zur Eins werden**

783 Die Digitalisierung birgt ungeheure Potentiale für mehr Ressourceneffizienz sowie die
784 Minimierung von Transportwegen und Lagerung durch den Aufbau dezentraler Strukturen der
785 Produktion und Versorgung. Entscheidend dafür sind auch die globale Vernetzung und der freie
786 Austausch von Produktionswissen zur Herstellung wohlfahrtssteigernder Produkte und Dienste.
787 Diesen Wissensaustausch wollen wir gezielt befördern.

788 Gleichzeitig stellt uns die Digitalisierung durch den zu erwartenden hohen Verbrauch von
789 Energie und seltener Ressourcen vor gewaltige Herausforderungen. Ohne grundlegende
Eingriffe

790 in das derzeitige Produktionsmuster wird die Digitalisierung den Raubbau an Natur und
791 Gesellschaft intensivieren – Extraktivismus on speed!

792 Die digitale Transformation muss daher sozial-ökologisch ausgestaltet werden. Hierfür muss
793 der Einfluss multinationaler Oligopole zugunsten von Selbstbestimmung und lokalem
794 Unternehmertum eingeschränkt werden. Noch nicht industrialisierte Länder wollen wir dabei
795 unterstützen, die Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen, um die Frühphase der
796 Industrialisierung möglichst zu überspringen.

797 Wir setzen uns für eine Politik der **technologischen Souveränität Europas** ein und plädieren
798 für eine starke europäische Digitalinfrastruktur. Anstatt sich zum Beispiel bei Cloud-
799 Diensten zwischen Amazon oder Alibaba entscheiden zu müssen, wollen wir eine eigene
800 europäische Cloud-Infrastruktur aufbauen. Diese soll unseren Unternehmen eine effiziente und
801 sichere Alternative zu den amerikanischen und chinesischen Anbietern sein.

802 Dabei setzen wir unsere Priorität auf die **Stärkung der europäischen Halbleiterindustrie** -
803 eine technologische Schlüsselbranche. Wir intensivieren die Zusammenarbeit im Bereich
804 Forschung und Entwicklung auf europäischer Ebene und stärken die Cluster nachhaltig.. Ein
805 besonderes Augenmerk muss auch auf die Ressourcenwiederverwendung gelegt werden. In
806 Ostdeutschland haben wir einen der größten Standorte für die Halbleiterproduktion in Europa.
807 Wir wollen auf dieser Stärke aufbauen, indem wir die Forschung und Entwicklung von
808 ultraeffizienten Chips fördern und den Mikroelektronik-Cluster in Dresden stärken.

809 Vielfalt und Offenheit statt digitaler Monopole

810 Die Digitalisierung hat datenbasierte Plattform-Geschäftsmodelle hervorgebracht, die eine
811 Tendenz zum Monopol aufweisen. So erfordern es Wettbewerb und moderner
Verbraucherschutz,

812 dass die **Grundsätze der Interoperabilität** – wie wir sie aus dem Mobilfunk kennen – auch
bei

813 online-gestützten Angeboten gelten. Was heute bei Telefon, SMS und Mail selbstverständlich
814 ist, muss zum Beispiel auch bei Messenger-Diensten oder sozialen Netzwerken gewährleistet
815 werden, nämlich unkompliziert zwischen Anbietern und Plattformen kommunizieren und
wechseln

816 zu können.

817 Auch digitale Großkonzerne müssen sich an das europäische Ordnungsrecht halten. Deshalb
818 setzen wir uns für eine **faire Besteuerung digitaler Großkonzerne** ein, die bisher von der
819 Bundesregierung verhindert wird.

820 Infrastrukturen sind eine öffentliche Aufgabe. Dieses Prinzip, das bei Stromnetzen oder
821 Straßen selbstverständlich ist, muss im digitalen Bereich neu ausgehandelt werden. Wenn
822 beispielsweise
823 Google seine dominierende Stellung bei Handy-Betriebssystemen oder Amazon seine beim
Verkauf
824 über den Marketplace ausnutzt, müssen wir dem einen Riegel vorschieben. Den **lokalen**
825 **Einzelhandel** werden wir vor unfairem Dumpingwettbewerb von Amazon und Co. **schützen**.
Ziel ist
826 es, **privatisierte Marktplätze wieder öffentlich zugänglich zu machen**. Außerdem werden
wir
827 die Gebühren für Plattformen mit weitreichender Marktmacht regulieren, damit die Gewinne von
828 kleinen Unternehmen nicht von den Plattformbetreibern abgeschöpft werden können.

829 Google und Facebook dominieren mittlerweile den Markt für Onlinewerbung. Kaum ein
830 Unternehmen kann es sich noch leisten, nicht über sie online für die eigenen Produkte zu
831 werben. Ein solches Oligopol muss reguliert werden. Wir wollen in Europa eine **gesetzliche**
832 **Grundlage für Onlinewerbung** schaffen.

833 Standards für die datengetriebene Wirtschaft

834 Wir wollen einen einheitlichen europäischen Rechtsrahmen für datengetriebene
835 Geschäftsmodelle schaffen. Daten sind Schlüsselressource der digitalen Welt, insbesondere
836 für Technologien wie die künstliche Intelligenz. Diese Ressourcen wollen wir heben und wir
837 plädieren für eine anonymisierte Bereitstellung öffentlicher Daten, damit dadurch neue
838 Innovationen und Geschäftsmodelle entstehen. **Open-Data ist die Grundvoraussetzung**,
damit
839 Startups, Unternehmen und Forschungseinrichtungen, aber auch Zivilgesellschaft diesen
840 Datenschatz für die Entwicklung innovativer Technologien und Bereitstellung öffentlicher
841 Dienstleistungen nutzen können. Der Bundesregierung kommt dabei eine Führungsrolle zu, die
842 sie bisher nicht wahrnimmt. Sie muss Beispiel geben und bei Innovationen und neuen
843 technologischen Lösungen im Bereich des öffentlichen Sektors vorangehen.

844 Dabei müssen wir aber auch sicherstellen, dass anonyme Daten nicht nachträglich durch die
845 Verknüpfung mit anderen Informationen einzelnen Personen zugeordnet werden können.
Solange
846 dies nicht gewährleistet werden kann, darf es keine weiteren Pflichten zum Datenaustausch
847 geben. Keinesfalls dürfen deanonymisierte Daten zur Grundlage von Geschäftsmodellen oder
848 staatlichen Prognosen werden, weil dies tief in die Grundrechte der Menschen eingreift.
849 Dafür wollen wir mehr Forschung und Standardsetzung zu Anonymisierung von Daten und zur
850 Nutzung synthetischer Daten sowie klare Regelungen gegen Deanonymisierung, die auch
851 strafbewehrter Verbote einschließen.

852 Gerade im industriellen Bereich braucht es neue Ansätze, um eine kooperative Nutzung nicht
853 personenbezogener oder nicht-personenbeziehbarer Daten zum Beispiel aus Entwicklungs- und
854 Fertigungsprozessen vor allem im Sinne Kleiner und Mittelständischer Unternehmen

855 rechtssicher zu gestalten. Dies kann über die Schaffung von klaren gesetzlichen Vorgaben für
856 kooperative und dezentrale Datenpools und Datentreuhandmodelle geschehen, die
treuhänderisch
857 nach klaren gesetzlichen Vorgaben organisiert, eine gemeinsame und durch Kartellbehörden
858 überprüfbare Nutzung dieser Daten ermöglichen. Entsprechende Ausgestaltungsmöglichkeiten
für
859 Treuhandmodelle oder auch Ansätze für Datenspenden, zum Beispiel von Einzelpersonen,
wollen
860 wir möglichst zeitnah gemeinsam mit den relevanten Akteuren erarbeiten und erste
861 Modellprojekte anstoßen.

862 Der Realität globaler Datenmonopole weniger Konzerne und der ausufernden digitalen
863 Überwachung und Auswertung der Daten durch staatliche Stellen wollen wir mit einem
864 engmaschigen Datenschutz und internationaler Regulierung begegnen. So, wie wir mit der
865 Datenschutzgrundverordnung unseren europäischen Rechtsrahmen in der digitalen Welt stärken

866 konnten, an die sich andere halten müssen, wollen wir auch ethische, gesellschaftliche und
867 sicherheitspolitische **Grundregeln für intelligente Maschinen und algorithmische**
868 **Entscheidungssysteme** auf EU-Ebene etablieren. Dazu gehören Regeln bezüglich der
Haftung,
869 Transparenz, Nicht-Diskriminierung und Überprüfbarkeit algorithmischer Entscheidungen sowie
870 essentielle IT-Sicherheitsstandards.

871 IT für grüne Ziele nutzen

872 Wir wollen die Digitalisierung nutzen, um Ökonomie und Ökologie weiter zusammenzuführen.
Die
873 Digitalisierung schafft enorme Chancen für Ökoeffizienz und Kreislaufwirtschaft. Dafür
874 wollen wir ein EU-Förderprogramm, das sich exklusiv dem **ökologischen Potenzial der**
875 **Digitalisierung** widmet und die Ökoeffizienz in Unternehmen fördert. Die Digitalisierung kann
876 zum ökologischen Umbau unserer Gesellschaft beitragen. Wenn wir nicht handeln, besteht aber
877 das Risiko, dass die Digitalisierung zum Treiber von Klimakrise und Umweltzerstörung wird.
878 Derzeit werden wertvolle Rohstoffe zunehmend für die Digitalisierung gebraucht und der
879 Energiebedarf für digitale Prozesse wächst jedes Jahr massiv. Expert*innen zufolge wird der
880 digitale Energiebedarf bis zum Jahr 2040 die weltweite Energieproduktion übersteigen, wenn
881 wir nicht umsteuern.

882 Wir wollen als Teil der Energiewende **energiearme IT-Technik** voranbringen und eine
883 europäische „Green-IT“-Strategie auflegen. Darüber hinaus setzen wir uns für „Green-IT“-
884 Kriterien bei der öffentlichen Vergabe und ein Label für energieeffiziente, nachhaltige
885 Rechenzentren ein. Denn gerade die Digitalisierung bietet auch ein erhebliches Potenzial für
886 den Klimaschutz und zur Einsparung von Treibhausgasen und Ressourcen.

887 Allein durch die Digitalisierung könnten die globalen CO₂-Emissionen bis 2030 gegenüber
888 jetzigen Prognosen um 20 Prozent sinken. Studien gehen von 15 bis 20 Prozent
889 Energieeinsparung durch Gebäude-Klimamanagementsysteme aus. Um 25 bis 30 Prozent
könnte der
890 Energieverbrauch der Industrie durch IT-gesteuerte Prozessoptimierung sinken, indem
891 Maschinen intelligent miteinander vernetzt werden. Dieses Potenzial wollen wir konsequent
892 nutzen.

Bei großen Unternehmen ist es längst selbstverständlich, dass Videokonferenzen in vielen Fällen Reisen per Bahn oder Flugzeug ersetzen. Das spart Zeit und Kosten, entlastet die Mitarbeitenden und schont zugleich die Umwelt. Home Office-Regelungen sorgen dafür, dass Wegstrecken zur Arbeit und damit CO₂-Emissionen eingespart werden können. Mit den selbstfahrenden Autos von morgen bietet sich durch Vernetzung, Carsharing und zusätzlich flexible öffentliche Nahverkehrsangebote gerade im ländlichen Raum die Chance, viele Privatfahrten im Auto zu ersetzen. Die Digitalisierung kann die Energiewende in Form intelligenter Netze unterstützen oder dabei helfen, Transportketten zu optimieren und etwa Leerfahrten zu verhindern.

IT-Sicherheit für die Industrie

Es braucht dringend ein umfassendes Paket zur Stärkung der IT-Sicherheit unserer Industrie. Dies umfasst die Einrichtung eines **europäischen Forschungsverbunds für IT-Sicherheit**, in dem das Nationale Forschungszentrum in Darmstadt integraler Teil wird, um die Entwicklung von Technologien und industriellen Fähigkeiten im Bereich der IT-Sicherheit zu fördern. Außerdem wollen wir ein in allen Mitgliedstaaten anerkanntes EU-weites Zertifizierungssystem für Produkte und Dienstleistungen sowie umfassende Beratungsangebote einführen.

8. Die Technik von morgen entwickeln

Um den Wirtschaftsstandort Deutschland in die Zukunft zu führen müssen wir auch für Forschung, Entwicklung und Bildung die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Innovationen entstehen in Ökosystemen, die von Kooperationen, Trans- und Interdisziplinarität und Kreativität geprägt sind. Es geht darum, Kooperationen zu fördern, die Arbeit in isolierten Fach-Communities aufzubrechen, Wissen zu teilen und von der Erfindung nahtlos in die Umsetzung zu kommen.

916

Wir fordern daher **mehr** Forschungsplattformen, an denen sich insbesondere Hochschulen, freie

Forschungsinstitute, zivilgesellschaftliche Organisationen, einzelne Interessierte und Unternehmen beteiligen, miteinander kooperieren, Wissen austauschen und Kreativität entwickeln können. Darüber hinaus sind Reallabore und Experimentierräume in der Forschung ein geeignetes Instrument, damit bahnbrechende neue Innovationen gemeinsam entwickelt und in

der Umsetzung getestet werden können. Um die inter- und transdisziplinäre Forschung zu fördern, soll „Horizon Europe“ gestärkt werden. Zusätzlich soll für die Entwicklung neuer Technologien und der Technikfolgenabschätzung eine eigene Förderlinie eingerichtet werden.

Alle heute genutzten Technologien beruhen auf öffentlicher Grundlagenforschung. Auch in Europa und Deutschland sollte die öffentliche Hand massiv investieren, gerade da, wo Märkte versagen: bei risikoreicher Forschung, öffentlicher Infrastruktur, Sprunginnovationen. Für diese Jahrhundertaufgabe müssen deutsche und europäische Förderprogramme ambitionierter, risikofreudiger und agiler werden. Es geht uns dabei um einen gezielt agierenden, proaktiven und **unternehmerischen Staat**, der unternehmerisches Risiko eingeht und als **Leadinvestor** ein

innovationsfreundliches Umfeld auch für private Unternehmen und ihre Ideen schafft.

932 Dabei legen wir besonderen Wert auf die Freiheit von Forschung und Lehre. Hochschulen und
933 insbesondere die Grundlagenforschung funktionieren nicht nach unternehmerischer Logik.

Gerade

934 disruptive Innovationen können davon profitieren. Grundlagenforschung ohne Blick auf eine
935 unmittelbare (wirtschaftliche) Verwertbarkeit ist ebenso wichtig und notwendig, wie es
936 Forschungsprogramme zu drängenden gesellschaftlichen Fragestellungen sind. Deshalb setzen
937 wir uns ein für eine solide Grundfinanzierung und demokratische Selbstorganisation der
938 Hochschulen und Wissenschaftsfreiheit in Verantwortung.

939 In Zukunftstechnologien und digitale Infrastruktur investieren

940 Europäische Kooperation ist die Grundvoraussetzung, um die Herausforderungen des 21.
941 Jahrhunderts in Bezug auf Technologie und gesellschaftliche Veränderungen im Rahmen der
942 Klimakrise bestehen zu können. Wir wollen deswegen wieder intensiv in den Wissens- und
943 Innovationsstandort Europa investieren und die Mittel des **kommenden europäischen**
944 **Forschungsrahmenprogramms auf 120 Milliarden** Euro aufstocken. Damit wollen wir ein
945 schlagkräftiges Nachfolgeprogramm zu „Horizon 2020“ etablieren, das besonders die
946 Grundlagenforschung und die Wissenschaftsfreiheit inter- und transdisziplinär fördert,
947 wohlwissend, dass eine Gesellschaft technisches und Orientierungswissen benötigt, um
948 erfolgreich die Zukunft bewältigen zu können.

949 Es bleibt daher ein Fehler, dass die Bundesregierung die Vorschläge vom französischen
950 Präsidenten, eine **europäische Agentur für Sprunginnovationen und ein deutsch-**
französisches

951 **KI-Zentrum** zu etablieren, nicht angenommen und ernsthaft verfolgt hat. Stattdessen hat die
952 große Koalition eine allein national ausgerichtete Agentur für Sprunginnovationen etabliert.
953 Wir fordern, dass diese nun zumindest mit den europäischen Institutionen und Initiativen eng
954 verzahnt wird. Auch sind die geplanten 500.000 Euro Förderung für ein virtuelles deutsch-
955 französisches KI-Netzwerk viel zu wenig, um die besten Forscherinnen und Forscher
956 zusammenzubringen und tatsächlich Synergien zu etablieren.

957 **Schnelles Netz** ist die Grundlage für alles – Industrie, Mobilität, Landwirtschaft, digitale
958 Verwaltung, Teilhabe, ökonomischer Erfolg. Für Unternehmen ist der Breitbandausbau eine
959 harte Standortfrage. Und oftmals sind es gerade die ländlichen Regionen, die von schnellem
960 Internet abgehängt sind. Von der flächendeckenden Grundversorgung, die die Bundesregierung
961 versprochen hatte, sind wir weit entfernt. Für die digitale Infrastruktur Glasfaser und 5G-
962 Mobilfunk gibt es erhebliche Investitionslücken.

963 Wir lassen uns beim Ausbau der 5G Netze vom Vorsorgeprinzip leiten. Wir fordern daher die
964 Veröffentlichung der Ergebnisse bereits durchgeführter Studien zu Auswirkungen von 5G, die
965 aus öffentlichen Mitteln ganz oder teilweise finanziert wurden und rufen auch die
966 Unternehmen auf, ihre eigenen Untersuchungen vollumfänglich zu veröffentlichen. Wir
967 unterstützen die Überprüfung und ggf. Erarbeitung geeigneter Prüf- und Messverfahren über
968 Auswirkungen durch hochfrequente Sende- und Empfangsanlagen oberhalb 20 GHz und die
969 Erstellung verbindlicher Grenzwerte durch das Bundesamt für Strahlenschutz. Wir setzen uns
970 für eine EU-weite Abstimmung zu diesen Fragen ein und fordern ein möglichst einheitliches
971 Vorgehen in den Mitgliedstaaten.

972 Damit der Glasfaserausbau zügig vorankommt und die Versorgung mit schnellem Internet bis zu

973 jeder Haustür (FTTB) im ganzen Land sichergestellt wird, brauchen wir eine solide
 974 Finanzierung. Dafür wollen wir öffentliche Breitbandgesellschaften für den Glasfaserausbau
 975 im ländlichen Raum gründen, in die der Bund mindestens den Erlös des Verkaufs seiner
 976 Telekom-Aktien einbringt. Zusätzlich werden wir bei Netzregulierung, insbesondere bei neuen
 977 Ausschreibungen von Frequenzen darauf achten, dass die Netzbetreiber harte Verpflichtungen
 978 unterschreiben, auch entlegene ländliche Regionen zu versorgen.

979 Neue Wege bei Forschung & Entwicklung

980 Für die Lösung von Zukunftsfragen brauchen wir eine starke Wissenschaft. Deshalb wollen wir
 981 die Wissenschaft bei der Digitalisierung unterstützen. Die freie Zugänglichkeit,
 982 Nachvollziehbarkeit und Verständlichkeit von Wissen ist dabei ein zentraler Baustein für
 983 eine innovative und zugleich am Gemeinwohl orientierte Wirtschaft. Wir wollen unter
 984 Berücksichtigung von Datenschutz freie Inhalte (in Forschung und Lehre), insbesondere Open
 985 Access-Publikationen, und bei Forschungsdaten (Open Science Data) besonders fördern. Wir
 986 wollen Initiativen der Wissenschaft fördern, Ergebnisse breit in die Gesellschaft zu
 987 kommunizieren und den Zugang und die Verständlichkeit von Wissen über kreative und neue
 988 kommunikative Wege zu erleichtern. Neben Vorträgen, Citizen Science und Science Slams
 bilden

989 auch (Forschungs-)Museen, Reallabore und öffentliche Veranstaltungen an
 990 Forschungseinrichtungen wichtige Brücken zwischen Bürger*innen und Forschenden.

991 KMUs sollen bei der Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsoffensive eine größere Rolle
 992 zugemessen werden, die wir durch steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung
 993 unterstützen wollen. Ferner wollen wir eine breite Verfügbarkeit von Basisinnovationen
 994 ermöglichen und dafür Open-Source-Lösungen fördern, insbesondere wenn diese von
 öffentlichen

995 Forschungseinrichtungen entwickelt werden. Wir finden es wichtig bei Forschungsanliegen
 996 stärker NGOs und andere zivilgesellschaftliche Akteur*innen zu berücksichtigen. Dafür
 997 brauchen wir z.B. mehr Reallabore und einen breiteren öffentlichen Dialog bei der
 998 Formulierung von Forschungsfragen.

999 Eine faire Ausgestaltung des internationalen Rechtssystems muss verhindern, dass Patente und
 1000 sonstige geistige Eigentumsrechte (etwa auf HIV-Präparate, Saatgut oder tradiertes Wissen)
 1001 sozial schädlich genutzt werden und wirtschaftliche Entwicklung behindern. Investitionen aus
 1002 Drittstaaten müssen zum Aufbau von lokalem Wissen und hochwertigeren Anteilen an der
 1003 globalen Wertschöpfung beitragen. Ein möglichst großer Teil dieser Technologien sollte in
 1004 Formen offenen Wissens (Open Design, Open Source, Open Data, Creative Commons) entwickelt

1005 werden und allen Menschen zur Verfügung stehen.

1006 **9. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West, Stadt und Land**

1007 Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass Stadt und Land, dass strukturschwache und
 1008 wirtschaftsstarke Regionen nicht weiter auseinanderdriften. In den deutschen Kommunen klappt
 1009 eine öffentliche Investitionslücke bei der Infrastruktur von 138 Milliarden Euro. So viel
 1010 Geld fehlt in Kitas, Straßen, Brücken oder Spielplätzen, allein um die Substanz zu erhalten.
 1011 Viele Kommunen können das nicht finanzieren. Damit werden wir unserer Verpflichtung nach
 1012 gleichwertigen Lebensverhältnissen nicht überall im Land gerecht, was vor allem
 1013 strukturschwache Regionen, gerade in Ostdeutschland, betrifft.

1014 Bund und Länder sollen in die Lage versetzt werden, strukturschwache Regionen besser zu
 1015 unterstützen, so dass die regionale Daseinsvorsorge überall gewährleistet ist. Das kann über
 1016 eine neue Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ erfolgen. Wir wollen auch
 1017 Kompetenzagenturen schaffen, welche die Kommunen bei der Planung von Investitionen und
 dem
 1018 Abruf von Fördermitteln unterstützt. Eine Förderung über alle Regionen hinweg führt oft
 1019 dazu, dass stärkere Regionen aufgrund ihrer funktionierenden Infrastruktur und Verwaltung
 1020 die Mittel als erstes beantragen und bekommen, während die schwächeren Regionen dann das
 1021 Nachsehen haben. Wir wollen die Förderung auf die wirklich strukturschwachen Regionen
 1022 ausrichten und dabei auch Geschlechteraspekte bei der Ausgestaltung der regionalen
 1023 Daseinsvorsorge berücksichtigen. Die beste Förderung hilft nicht, wenn die Mittel nicht dort
 1024 ankommen, wo sie wirksam werden sollen.

1025 Wir wollen die aktuelle Förderung von ihrer Projektorientierung hin zu Prozessen ausrichten,
 1026 damit Projekte vor Ort langfristig gesichert sind und das Engagement der Leute vor Ort
 1027 nachhaltig gefördert wird. Daneben soll ein **Altschuldenfonds** Kommunen mit hohen
 Altschulden
 1028 neue Spielräume eröffnen, indem der Bund einen Teil der Schulden übernimmt, aber auch die
 1029 Verantwortung der Länder zum Tragen kommt sowie berücksichtigt wird, dass einige
 1030 Landesregierungen dies bereits aus eigener Kraft getan haben. Der Bund kann sich zu sehr
 1031 niedrigen – momentan sogar negativen – Zinsen finanzieren, und so den Kommunen wieder Luft
 1032 zum Atmen verschaffen. Außerdem werden wir die Kommunen bei den Sozialausgaben
 entlasten und
 1033 prüfen, wie Länder und Kommunen ihr Schuldenmanagement verbessern und in den Genuss der
 1034 günstigen Zinskonditionen des Bundes kommen können. Die **regionale**
Wirtschaftsförderung
 1035 wollen wir neu ausrichten und Regionen, die einen starken Strukturwandel zu bewältigen
 1036 haben, mehr in den Blick nehmen. Entscheidend für die Ansiedlung von Unternehmen ist nicht
 1037 der Scheck vom Staat, sondern eine exzellente Infrastruktur und gut ausgebildete Fachkräfte
 1038 vor Ort. Wo es keinen Datenhighway gibt, kann sich heute kein Unternehmen mehr ansiedeln.

1039 Für die Lausitz hieße das zum Beispiel, dass man von den kleinen Orten schnell nach Cottbus
 1040 kommen kann, und von Cottbus schnell mit der Bahn nach Berlin, Wrocław oder Warschau.
 1041 Schnelles Internet und das digitale Büro würden es mit einem Arbeitsplatz in Berlin
 1042 ermöglichen, an der mecklenburgischen Seenplatte zu wohnen. Gute Bahnverbindungen
 würden die
 1043 gelegentliche, zügige Fahrt zur Firma erlauben. Wir wollen die **regionalen Zentren stärken**
 1044 und zu Ankerpunkten in den Regionen mit breitem Angebot an öffentlichen und kulturellen
 1045 Dienstleistungen machen. Dies wollen wir in Grenzregionen auch grenzüberschreitend und
 1046 europäisch gestalten. Wir wollen auch Universitäten und Fachhochschulen ansiedeln bzw.
 1047 erweitern, denn sie können einen Wissenstransfer in die lokale Wirtschaft organisieren.
 1048 Gleichzeitig bringen die gut ausgebildeten Studierenden eigene Geschäftsideen mit oder sind
 1049 künftige Fachkräfte für die lokale Wirtschaft. So kann es auch gelingen, junge Zugewanderte
 1050 zu motivieren, etwa in die Uckermark oder nach Ostsachsen zu ziehen.

1051 **10. Mit einer gemeinsamen Industriestrategie die Stärke des europäischen** 1052 **Binnenmarktes**

1052 **nutzen**

1053 Der Kern einer guten Industriepolitik liegt in der Stärkung der eigenen Innovationskraft,
1054 nicht in der Abwehr von Konkurrenz. Trotzdem ist es wichtig, dass Deutschland und Europa
1055 faire Regeln entwickeln und diese dann nach innen und außen durchsetzen.

1056 Der **europäische Binnenmarkt** ist der größte gemeinsame Wirtschaftsraum der Welt. Kein
großes

1057 globales Unternehmen kann es sich leisten, auf diesem riesigen Markt nicht vertreten zu
1058 sein. Den Europäischen Binnenmarkt müssen wir nutzen, um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit
und

1059 faire Spielregeln zu stärken, anstatt uns von nationalen Interessen auseinanderdividieren zu
1060 lassen.

1061 Wer auf dem europäischen Markt mitspielen will, muss den europäischen Regeln folgen. Mit der
1062 Datenschutzgrundverordnung haben wir gezeigt, wie das geht. Entweder halten sich
Unternehmen

1063 daran, oder ihnen wird der Zugang zum Markt verwehrt. Mittlerweile macht die DSGVO
1064 international Karriere.

1065 Die Europäische Union muss dafür als starke und geeinte Akteurin gemeinsame Standards für
1066 eine zukunftsfähige Wirtschaft entwickeln – statt Empfängerin der strategischen
1067 Entscheidungen anderer zu sein. Wenn die USA auf einen finanzmarktgetriebenen Kapitalismus
1068 und China auf autoritären Staatskapitalismus setzt, dann müssen wir uns nicht entscheiden,
1069 sondern darauf eine europäische Antwort geben: mit einem **Green New Deal für die sozial-**
1070 **ökologische Marktwirtschaft.**

1071 Europa braucht eine **gemeinsame Industriepolitik**, deren Kern in der Stärkung der eigenen
1072 Innovationskraft und der Durchsetzung von fairen Spielregeln für die Wirtschaft liegt – nach
1073 innen wie nach außen. Ihre Ziele und Instrumente sollen sich an der Notwendigkeit einer
1074 sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft orientieren. So kann der europäische
1075 Binnenmarkt, auch aufgrund seiner Größe, zum Leitmarkt für die Welt werden.

1076 Eine Industriestrategie zur Stärkung von Innovation und Nachhaltigkeit

1077 **Eine Industriestrategie** muss in erster Linie Innovationen in Deutschland und Europa aktiv
1078 vorantreiben, zum Beispiel durch ordnungspolitische Leitplanken und öffentliche Aufträge,
1079 welche die Nachfrage nach neuen Technologien stimulieren. Sie soll dabei insbesondere auch
1080 den ökologischen Wandel der Wirtschaft unterstützen, durch Maßnahmen wie eine langfristige
1081 Klimaschutzstrategie, einen europaweiten CO₂-Mindestpreis, oder die Förderung industrieller
1082 Leuchtturmprojekte mit dem Ziel, Treibhausgasemissionen in den energieintensiven Branchen
1083 abzubauen. Finanzmärkte müssen so reguliert werden, dass sich nachhaltige Investitionen
1084 auszahlen und nicht benachteiligt werden. Auch die europäischen Investitionsprogramme
müssen

1085 auf Nachhaltigkeit getrimmt werden.

1086 Eine Industriestrategie soll auch dafür sorgen, dass europäische Kräfte bei künstlicher
1087 Intelligenz gebündelt werden und öffentliche Investitionen in europäische Gemeingüter
1088 getätigt werden, wie in die Verkehrs-, Telekommunikations- und Energieinfrastruktur.

1089Rechtswidriger Steuerumgehung und Steuerbetrug erteilen wir eine Absage, denn auch
1090Unternehmen müssen sich angemessen an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligen.
1091Auch gerechte Arbeitsbedingungen, Mindeststandards bei der sozialen Absicherung und eine
1092europäische Rückversicherung für die nationalen Arbeitslosenversicherungssysteme müssen Teil

1093einer solchen sozial-ökologischen Industriestrategie sein.

1094Wettbewerbsverzerrungen bekämpfen

1095Gegenüber staatlich subventionierten Monopolisten aus China und unregulierten
1096Digitalkonzernen aus den USA muss eine europäische Industriestrategie fairen Wettbewerb auf
1097dem europäischen Markt sicherstellen, zum Beispiel durch eine Weiterentwicklung der Anti-
1098Dumping- und Anti-Subventionsinstrumente, eine Reform der WTO und eine Schärfung der
Regeln
1099im Kartellrecht. Auch muss die Europäische Union Wettbewerbsverzerrungen bei öffentlichen
1100Aufträgen stärker ahnden können. Ein Weg könnte sein, im Vergaberecht die Möglichkeiten zu
1101schaffen, Angebote aus Ländern, die ihre Firmen subventionieren, mit einem Aufschlag zu
1102versehen und auch bei Nicht-EU-Bietern hohe Arbeits- und Umweltstandards zu berücksichtigen.

1103Mittelfristig sollte das Prinzip der Gegenseitigkeit (Reziprozität) für Drittstaaten gelten,
1104damit es zu gleichen Wettbewerbsbedingungen kommen kann. Außerdem braucht es eine
1105europäische Antwort darauf, wie damit umzugehen ist, wenn zum Beispiel chinesische
1106Unternehmen europäische aufkaufen, ihnen dann de facto umsonst Kredite zukommen lassen
und
1107dadurch den Wettbewerb verzerren.

1108Kontrolle über kritische Infrastruktur

1109Ausländische Direktinvestitionen in **Schlüsseltechnologien und kritische Infrastruktur**
1110sollten besser überwacht werden. Der neue europäische Screening-Mechanismus für
1111Direktinvestitionen sollte in die deutsche Außenwirtschaftsordnung integriert und konsequent
1112angewandt werden. Denn wenn wir keine Kontrolle mehr über unsere kritische Infrastruktur
1113haben, haben wir ein riesiges Sicherheitsproblem, sind abhängig und im schlimmsten Fall
1114erpressbar.

1115Die fortschreitende Digitalisierung macht die bessere Überwachung von ausländischen
1116Direktinvestitionen in **Schlüsseltechnologien und den Schutz der kritischen**
Infrastruktur

1117**notwendig.**

1118Der neue europäische Screening-Mechanismus für Direktinvestitionen sollte in die deutsche
1119Außenwirtschaftsordnung integriert und konsequent angewandt werden. Sichere digitale
1120Infrastrukturen sind längst systemrelevant. Mit Blick auf die konkret anstehende
1121Entscheidung zu 5G stellen wir fest, dass Huawei die Kriterien des derzeit vorliegenden IT-
1122Sicherheitskatalogs bislang nicht erfüllt hat und deshalb zumindest in besonders
1123sicherheitsrelevanten Netzen nicht zugelassen werden darf. Die Diskussion hat gezeigt, wie
1124groß die Versäumnisse der Bundesregierung sind, gerade wenn es um den Schutz besonders
1125kritischer Infrastrukturen geht. Sie hat gezeigt, dass es weiterhin klarer rechtlicher
1126Vorgaben für den Einsatz und die Überprüfbarkeit von Hard- und Software, neuer
1127Haftungsregelungen, des verstärkten Einsatzes von Open Source und Open Hardware und

1128unabhängiger Aufsichtsstrukturen dringend bedarf – fernab einzelner Anbieter und auch für
1129europäische Firmen. Nur hierdurch ist das Ziel zu erreichen, IT-Sicherheit effektiv zu
1130erhöhen, Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern zu reduzieren und die digitale Souveränität
1131für Europas Bürgerinnen und Bürger und seine Unternehmen zu verfolgen.

1132Regulatorische Macht für sozial-ökologische Ziele

1133Auch global sollten wir Europäer*innen Regeln setzen und dazu unser gesamtes europäisches
1134Schwergewicht in die Waagschale werfen. Wer in Europa Produkte verkaufen will, muss fair
1135produzieren. Die Produktion muss im Einklang mit den Klimazielen von Paris stattfinden.
1136Menschen- und Arbeitsrechte und der Schutz der Umwelt müssen geachtet werden. Dafür
braucht

1137es Handelsabkommen, die ökologische und soziale Standards gegenüber Handelspartnern
1138einklagbar machen und ein **Lieferkettengesetz**, das Transparenz und menschenrechtliche
1139Sorgfaltspflichten für Unternehmen rechtsverbindlich macht. Wir wollen den Einsatz neuer
1140Technologien fördern, die die Zwischenstufen im Produktionsprozess nachvollziehbar machen.
1141So verhindern wir zum Beispiel, dass bei uns Produkte verkauft werden, deren Vorprodukte mit
1142Kinderarbeit in Afrika hergestellt wurden.

1143Den Euro zur Leitwährung machen

1144Kaum ein Land in der EU profitiert so stark von der gemeinsamen Europäischen Währung.
1145Anstatt sich als Exportnation zu feiern, sollte Deutschland zum Wohle und Wohlstand aller
1146daher besonders in die Stärkung der Eurozone investieren.

1147Die wirtschaftliche Stärke Europas wird zentral davon abhängen, ob wir die **Währungsunion**
1148**vollenden**. Bis jetzt verlassen wir uns fast vollständig darauf, dass die Europäische
1149Zentralbank die Kohlen aus dem Feuer holt. Das darf nicht so bleiben. Dazu kommt, dass eine
1150Währungsunion ohne makroökonomische Ausgleichsmechanismen auf Dauer nicht gut
funktionieren

1151kann. Daher wollen wir eine **gemeinsame Fiskalpolitik** für die Eurozone, die im Abschwung
1152beherzt gegensteuern, die Wirtschaft stabilisieren und europäische Gemeingüter finanzieren
1153kann. Investitionen des gemeinsamen Haushalts sollten für europäische Gemeingüter wie den
1154Klimaschutz, den Ausbau der erneuerbaren Energien, Kommunikation und Internet oder die
1155Schieneninfrastruktur eingesetzt werden. Ein solches Eurozonenbudget, das stabilisiert und
1156investiert, sollte mindestens ein Prozent der Wirtschaftsleistung der teilnehmenden Staaten
1157umfassen, um makroökonomisch wirksam zu sein. Es könnte sich auch über europaweite
Steuern

1158wie eine Digitalkonzernsteuer, eine Finanztransaktionssteuer oder einen Teil einer
1159harmonisierten europäischen Körperschaftssteuer finanzieren.

1160Kaum ein Land in der EU profitiert so stark von der gemeinsamen Europäischen Währung.
1161Anstatt sich als Exportnation zu feiern, sollte Deutschland zum Wohle und Wohlstand aller
1162daher besonders in die Stärkung der Eurozone investieren. Zur Vollendung der Währungsunion
1163braucht es nicht nur eine gemeinsame Fiskalpolitik, sondern erstens einen großen Markt für
1164sichere europäische Anleihen und zweitens einen glaubwürdigen Rahmen für das gemeinsame
1165Krisenmanagement. Für den Ausbau der paneuropäischen Infrastruktur wie zum Beispiel
1166grenzüberschreitender Strom- oder Bahnnetze ist es **sinnvoll, gemeinsame europäische**
Anleihen

1167zu schaffen, über die ein Teil dieser Investitionen im Rahmen des Eurozonenhaushalts und
1168perspektivisch auch des EU-Haushalts über Kredite finanziert werden kann.

1169 So kann es uns gelingen, den **Euro zu einer** globalen Leitwährung auszubauen. Das ist nicht
 1170 nur eine Frage der wirtschaftlichen Stabilität, sondern es ist auch eine zentrale Frage
 1171 europäischer Souveränität und unserer außenpolitischen Handlungsfähigkeit.

1172 Gleichzeitig wollen wir sicherstellen, dass Europa seine Krisen selbst lösen kann. Dafür
 1173 wollen wir den Europäischen Rettungsschirm ESM zu einem vollwertigen **Europäischen**
 1174 **Währungsfonds** weiterentwickeln, im EU-Recht verankern und der demokratischen
 Mitbestimmung

1175 und Kontrolle durch das Europäische Parlament unterwerfen. Für eine wirksame
 1176 Krisenbekämpfung muss auch die Bankenunion vollendet werden. So stellen wir sicher, dass
 1177 Banken in Zukunft einheitlich, europäisch, und nicht zu Lasten der Steuerzahler abgewickelt
 1178 werden. Dafür benötigen wir zum einen ein glaubwürdiges Abwicklungsregime inklusive einer
 1179 robusten Letztsicherung für den gemeinsamen Abwicklungsfonds. Zum anderen braucht es dafür
 1180 eine **gemeinsame europäische Einlagensicherung**. Sie sollte als Rückversicherung
 ausgestaltet

1181 sein, damit die europäische Sicherung erst eingreift, wenn die nationale überfordert ist.
 1182 Die deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken können so weiter auf ihre bewährten
 1183 Institutssicherungssysteme setzen. Schließlich sollte auch und gerade Deutschland mit seiner
 1184 eigenen Fiskalpolitik viel stärker zu einem guten Funktionieren der Eurozone beitragen.

1185 Für einen **Ausgleich von makroökonomischen Ungleichgewichten** innerhalb Europas und
 zur

1186 Stärkung der europäischen Nachfrage muss Deutschland aktiv seinen überbordenden
 1187 Leistungsbilanzüberschuss reduzieren und den europäischen Partnern mehr Luft zum Atmen
 1188 lassen, und darf nicht zu einer einseitigen und spaltenden Sparpolitik zurückkehren. Um dies
 1189 zu erreichen wollen wir in Deutschland für faire Löhne besonders am unteren Ende der
 1190 Einkommensskala sorgen und die Investitionen hochfahren. Auf EU-Ebene setzen wir uns für die
 1191 Einführung einer europäischen Arbeitslosen-Rückversicherung als automatischen Stabilisator
 1192 ein.

1193 **11. Fairer Wettbewerb statt Machtwirtschaft**

1194 Wettbewerb ist Grundlage der Marktwirtschaft und Motor des Fortschritts. Ein starkes
 1195 Kartellrecht, das fairen Wettbewerb sichert und die Konzentration wirtschaftlicher Macht
 1196 begrenzt, ist nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für das Funktionieren der
 1197 Demokratie wesentlich. Es hält Märkte offen und sorgt dafür, dass sich die beste Idee
 1198 durchsetzt und nicht stets der Platzhirsch. Fehlt der Wettbewerb, können Monopolisten hohe
 1199 Gewinne auf Kosten der Verbraucher*innen machen und Startups in ihrer Entwicklung
 behindern.

1200 Eine exzessive Marktkonzentration geht einher mit der Konzentration von Vermögen und erhöht
 1201 die Ungleichheit. Und wer Märkte kontrolliert, kann auch politische Kontrolle ausüben und
 1202 Spielregeln mitbestimmen. **Das Wettbewerbsrecht braucht ein Update.** Digitale
 Geschäftsmodelle

1203 ändern Geschäftsbeziehungen und Wettbewerbsdynamik. Nutzer*innen zahlen für viele Dienste
 im

1204 Internet nicht mit Geld, sondern mit Daten. Netzwerkeffekte machen einzelne Plattformen zu
 1205 Giganten mit riesigen Datenschätzen. Ihre Marktmacht können sie missbrauchen, um
 1206 Datenschutzbestimmungen abzusenken, Geschäftspartner*innen Preise zu diktieren oder
 1207 Konkurrent*innen auszubooten.

Wir wollen marktbeherrschende **digitale Plattformen streng regulieren**. Wenn sie anderen Firmen den Marktzugang verwehren oder absurde Konditionen verlangen, müssen die Kartellbehörden hart dagegen vorgehen. Damit die europäische Wettbewerbspolitik den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird, brauchen wir ein **eigenständiges, europäisches Kartellamt** mit angemessenen Mitteln und Personal. Unter dem Dach dieses Kartellamtes soll eine europäische Digitalaufsicht etabliert werden, die als politisches Frühwarnsystem für kritische Marktmachtkonzentrationen und verbraucherschädigendes Verhalten fungiert, dabei insbesondere große Plattformmärkte und natürliche, digitale Monopole reguliert und sanktionsbewährte Kooperations- sowie Transparenzpflichten aussprechen kann.

Heute muss die Kartellaufsicht den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung nachweisen, um ein Unternehmen entflechten zu können. Das ist in der Regel kaum möglich. Wir treten daher dafür ein, dass Unternehmen auch unabhängig von einem Missbrauch aufgespalten werden können, wenn ihre Marktmacht zu groß und zum Problem für Wirtschaft und Gesellschaft wird. Das Facebook-Monopol ist beispielsweise so ein Fall. Wir wollen **Instagram, Facebook und WhatsApp wieder entflechten**. Indem wir die Grundsätze der Interoperabilität, wie sie heute bei Telefon, SMS und Mail selbstverständlich sind, auf Messenger-Dienste übertragen, wollen wir den Markteintritt neuer Anbieter erleichtern und den Wettbewerb um die besten Datenschutzbestimmungen entfachen.

Wir Grüne wollen, dass das Wettbewerbsrecht im Sinne der europäischen Verträge angewandt wird. Umweltschutz und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung müssen dabei berücksichtigt werden. Die Fusionen von Bayer und Monsanto sowie weiterer Agrochemiekonzerne sind zum Beispiel nicht nur für den Wettbewerb problematisch, sondern auch für die Umwelt. Fehlende Sortenvielfalt, Pestizideinsatz und Artensterben sind die Folgen.

Außerdem sollte bei der Fusionskontrolle die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik einbezogen und um eine sicherheitspolitische Einschätzung gebeten werden.

Wer fairen Wettbewerb will, muss **Verstöße wirksam juristisch ahnden**. Der Abgasskandal hat einmal mehr gezeigt, wie Unternehmen versuchen, fairen Wettbewerb durch Betrug zu umgehen.

Wir Grüne wollen solch gemeinwohlschädliches Verhalten strikt ahnden. Wir wollen eine gesetzliche Regelung, welche die bessere Verfolgung und Sanktionierung von Straftaten ermöglicht, die aus Unternehmen heraus begangen werden. Dabei muss der Staat seine Gesetze und Verordnungen konsequent durchsetzen. Des Weiteren sollen identifizierte Gesetzeslücken geschlossen werden. Der Abgasskandal ist auch ein Beispiel dafür, dass er das nicht immer tut – denn er wurde erst durch die jahrelange Kumpanei von Autoindustrie, Aufsichtsbehörden und Politik möglich. Und um den Einfluss von Lobbyist*innen und Interessengruppen auf den Bundestag offenzulegen, wollen wir ein **verpflichtendes öffentliches Lobbyregister** einrichten. Wer als Hinweisgeber unethisches oder strafbares Verhalten in der Wirtschaft aufdeckt, handelt im Interesse des Gemeinwohls und braucht rechtlichen Schutz vor Sanktionen

und wirtschaftlichen Nachteilen. Damit solche Missstände frühzeitig aufgedeckt und abgestellt werden, brauchen wir zudem klare und sichere Meldewege für Whistleblower*innen. Wir wollen solche sicheren und anonymen Meldewege für digitale und analoge Daten bei öffentlichen Aufsichts- und Strafverfolgungsstellen einrichten und bekannt machen.

Bisher gibt es in Deutschland und Europa keine finanziellen Entschädigungen für die vom Dieselskandal Betroffenen. Für Einzelne ist es oft viel zu schwer, das geltende Recht auch zur Geltung zu bringen. So weigern sich etwa Fluggesellschaften, Entschädigungsansprüchen nachzukommen. Auch auf unseren Druck hin ist es gelungen, in Deutschland erstmals Musterfeststellungsklagen zu ermöglichen. Sie sind aber unzureichend, denn immer noch muss jede* Betroffene einzeln klagen. Daher wollen wir endlich Gruppenklagen ermöglichen, um das Prozessrisiko auf viele Schultern zu verteilen.

12. Faire Welthandels- und Währungsordnung schaffen

Uns geht es um eine **Re-Regulierung der Globalisierung**. Die vergangenen Jahre haben gezeigt:

Eine unregulierte Globalisierung führt zur Ausbeutung von Menschen und Umwelt und beschleunigt die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Die Wohlstandsgewinne aus internationalem Handel sind ungleich verteilt. Rechtsextremisten und Nationalisten benutzen die berechtigte Kritik an Fehlentwicklungen der Globalisierung, um einen Rückfall in den Nationalismus zu propagieren. Das ist die falsche Antwort. Wir stellen eine freiheitliche und weltoffene Antwort dagegen. Richtig genutzt kann eine gute Handelspolitik Umweltschutz, Klimaschutz, Menschenrechte, Arbeitnehmer*innenrechte und Wirtschaftsinteressen in Balance bringen. Und so die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erhalten, im globalen Süden Gerechtigkeit schaffen und Demokratieverdrossenheit bekämpfen. Wir brauchen aber auch einen

Globalen Green New Deal. Denn unsere Ökonomien und unsere Ökosysteme hängen voneinander ab.

In einer globalisierten Welt sind nicht nur die Krisen global, auch die Lösungen müssen global sein. Das bedeutet nicht abzuwarten, bis andere vorangehen. Gerade die wohlhabenden und technologisch hoch entwickelten Staaten müssen den Weg für eine grüne Wende im globalen

Maßstab ebnen.

Europa hat mit dem größten Binnenmarkt der Welt etwas zu bieten – und wir wollen dieses Angebot mit einer klaren Aufforderung zu progressiver Politik verbinden. Den Zugang zu unseren Märkten gewähren wir nur bei Einhaltung sozial-ökologischer Mindeststandards. Dadurch werden positive Auswirkungen auf Arbeitnehmer*innen weltweit entstehen. Wenn Regierungen wirtschaftspolitische Maßnahmen ergreifen wollen, um das Pariser Klimaabkommen,

die VN-Menschenrechtskonventionen oder die Ziele der Agenda 2030 zu erfüllen, dürfen diese nicht durch Handelsverträge oder Investitionsschutzklagen erschwert oder gar konterkariert werden. Bestandteil von Verträgen sollte sein, dass alle Handelspartner*innen sich verpflichten, den bei ihnen tätigen oder ansässigen Unternehmen eine menschenrechtliche Sorgfaltspflicht im Sinne der VN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte aufzuerlegen.

Doch hierfür brauchen wir eine **Neuausrichtung der EU Handelspolitik**. Das Mercosur-Abkommen,

1284 das die EU unter anderem mit Brasilien abschließen will, ist das letzte fatale Beispiel
 1285 einer Agenda, die Liberalisierung und Deregulierung in den Mittelpunkt stellt. Wir
 1286 kritisieren die hochproblematischen Konzernschiedsgerichte in Verträgen wie bei TTIP, CETA
 1287 oder JEFTA, die auf der anderen Seite keine effektiven Schutzmechanismen für Klima, Umwelt,
 1288 Menschenrechte, Arbeitnehmer*innen und Verbraucher*innen enthalten. Der brennende
 Amazonas
 1289 führt uns diese fatale Logik mehr als deutlich vor Augen, denn die zwischen der EU und den
 1290 Mercosur-Staaten vereinbarten Handelserleichterungen für Rindfleisch wirken für den
 1291 Regenwald wie ein Brandbeschleuniger. Wir wollen einen **Importstopp von Agrarprodukten**
aus
 1292 **gerodeten Gebieten des Amazonas sowie von Palmöl aus dem indonesischen**
Regenwald.

1293 Mittlerweile wird auch immer mehr europäischen Regierungen klar, dass die
 1294 Nachhaltigkeitsklauseln im Abkommen zahnlos sind und für das Klima, den Regenwald und die
 1295 dort heimischen Indigenen keinen ausreichenden Schutz bieten, da es keinen wirkungsvollen
 1296 Sanktionsmechanismus gibt, durch den Handelserleichterungen zurückgenommen werden
 könnten.

1297 **Wir Grüne lehnen dieses Abkommen wie auch CETA und JEFTA in ihrer bisherigen**
Form ab, denn

1298 trotz einzelner Verbesserungen erfüllen sie die Bedingungen an fairen Handel nicht. Deswegen
 1299 wollen wir, dass sich die Bundesregierung im Rat für einen Stopp der Ratifizierung des
 1300 jetzigen

1301 Mercosur-Abkommens und für Nachverhandlungen mit einem neuen Mandat einsetzt. Außerdem
 ist

1302 es an der Zeit für ein **Bündnis für fairen Handel** – aufbauend auf den Korrekturen, die es
 1303 nach der umfassenden Kritik gerade auch der Zivilgesellschaft bereits gegeben hat und die
 1304 auch einige europäische Regierungen zum Umdenken gebracht haben.

1305 Die EU sollte dabei in erster Linie auf Reformen der multilateralen Handelsregeln sowie auf
 1306 einen **gemeinsamen plurilateralen Vertrag** setzen, der weltweit Standards für fairen,
 offenen,

1307 geschlechtergerechten und ökologischen Handel etabliert mit dem Ziel, die Globalisierung
 1308 gerecht zu gestalten. Bilaterale Handelsverträge können Zwischenschritte sein. Dafür müssen
 1309 diese aber offen für andere Handelspartner und so ausgestaltet sein, dass sie in ein
 1310 globales Welthandelssystem integrierbar sind. Der Fokus muss in Zukunft auf
 1311 Handelsliberalisierungen liegen, die sich positiv auf die nachhaltige Entwicklung auswirken.

1312 Starke Regeln für faire Märkte gehören dabei zum Kern von Handelsabkommen. Das beinhaltet
 1313 zentrale internationale Abkommen wie die ILO-Kernarbeitsnormen oder das Pariser
 1314 Klimaschutzabkommen. Handelserleichterungen könnten somit auch wieder aufgehoben
 werden,

1315 wenn ein Handelspartner zum Beispiel den Klimavertrag von Paris aufkündigt oder dessen Ziele
 1316 nicht einhält. Das gleiche gilt für den Verstoß gegen Menschenrechte und auch für die Nicht-
 1317 Einhaltung von Mindeststandards für Umwelt und Arbeit.

1318 Das **Vorsorgeprinzip** wollen wir zum Schutz von Umwelt und Verbraucher*innen für alle Teile
 1319 von Handelsverträgen geltend machen. Parlamente dürfen durch Regeln zur regulatorischen
 1320 Zusammenarbeit in Handelsabkommen nicht umgangen oder geschwächt werden. Faire

1321 Handelspolitik lässt den Staaten, Regionen und Kommunen Freiräume, um Dienstleistungen so
1322 zu

1322 organisieren und zu regulieren, wie sie das für richtig halten.

1323 Statt einseitiger Sonderklagerechte für private Investoren (ISDS/ICS) setzen wir uns für
1324 einen **ständigen internationalen Handelsgerichtshof** ein, vor dem auch Betroffene klagen
1325 können, wenn Unternehmen gegen Investorenpflichten im Bereich der grundlegenden
1326 Menschenrechte, Sozial- oder Umweltstandards verstoßen. Die zugrundeliegenden Regeln, die
1327 Unternehmensklagen ermöglichen, müssen eng begrenzt werden, um bspw. Klagen gegen
Fracking-

1328 Verbote oder den Atom-Ausstieg auszuschließen.

1329 Lieferkettengesetz einführen

1330 Damit Menschenrechte und Umwelt in internationalen Lieferketten nicht länger unter die Räder
1331 geraten, wollen wir gesetzliche Regeln zu Transparenz und Sorgfaltspflichten für Unternehmen
1332 einführen. Das beinhaltet, dass die EU nachvollziehbare entwaldungsfreie Lieferketten
1333 verbindlich durchsetzt. So kann bei Bruch von internationalen Verträgen und Verpflichtungen
1334 ein Importstopp von Agrarprodukten wie zum Beispiel für Soja und Rindfleisch aus gerodeten
1335 Gebieten des Amazonas verhängt werden. In der öffentlichen Beschaffung sollte Deutschland
1336 mit gutem Beispiel voran gehen und nur noch Produkte aus nachweislich entwaldungsfreien
1337 Lieferketten einkaufen.

1338 Transnationale Unternehmen, **die in Deutschland tätig sind**, wollen wir dafür haftbar
machen,

1339 wenn sie innerhalb ihrer Produktions- und Ressourcenketten an Menschenrechtsverletzungen
1340 beteiligt sind. **Wenn Unternehmen nachweislich fahrlässig gehandelt oder bewusst ihre**

1341 **Sorgfaltspflichten misachtet haben, sollen Betroffene diese in Deutschland
zivilrechtlich**

1342 **belangen können.** Das Beispiel Frankreich zeigt, dass dies möglich ist. Unternehmen müssen
1343 entlang ihrer Lieferketten soziale und ökologische Mindeststandards einhalten und vor allem
1344 müssen diese transparent sein, sodass klar ist, unter welchen Bedingungen Produkte
1345 produziert wurden. Kriege, Menschenrechtsverletzungen und Ausbeutung dürfen nicht durch
1346 Produkte finanziert werden, die in der EU verkauft werden. Produkte, die soziale und
1347 ökologische Mindeststandards nicht einhalten, wollen wir nicht in unseren Supermarktregalen
1348 sehen. Wir wollen eine konsequente Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und
1349 Menschenrechte.

1350 Und wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich endlich aktiv am Prozess der
1351 Vereinten Nationen zur Erreichung eines völkerrechtlichen Abkommens (UN Binding Treaty
1352 Prozess) beteiligt, mit dem transnationale Konzerne und andere Wirtschaftsunternehmen für
1353 Menschenrechtsverstöße zur Verantwortung gezogen werden sollen.

1354 Wir fordern, dass in allen Handelsabkommen der EU soziale und ökologische Standards für
1355 Unternehmen, die Produkte in die EU importieren, rechtsverbindlich verankert werden. So
1356 sorgen wir zum Beispiel dafür, dass Smartphones, deren Rohstoffe mit Kinderarbeit im Kongo
1357 geschürft wurden, Jeans, deren Produktion Flüsse in Bangladesh vergiftet haben oder auch
1358 Rindfleisch aus gerodeten Gebieten des Amazonas nicht mehr länger auf den Europäischen
Markt

1359gelangen. Daraus resultierende Importbeschränkungen stellen sicher, dass durch die
1360Marktmacht des größten Binnenmarkts der Welt ökologische und soziale Verbesserungen
entlang

1361der Lieferkette international durchgesetzt werden.

1362Handel nicht auf Kosten der Ärmsten

1363Entwicklungschancen für wirtschaftlich schwächere Länder müssen durch Handelsabkommen
1364vergrößert statt verkleinert werden. Dazu gehören wirksame Klauseln zum Schutz sensibler
1365Wirtschaftsbereiche, die Erlaubnis für Exportsteuern auf Rohstoffe, die Förderung regionaler
1366Integration, Technologietransfer und eine angemessene Besteuerung wirtschaftlicher
1367Aktivität. Menschenrechte und Entwicklungschancen müssen Vorrang vor reinen
1368Handelsinteressen haben. Deshalb ist eine gewisse asymmetrische Ausgestaltung von
Verträgen

1369zum Vorteil wirtschaftlich schwächerer Länder, aber auch in unserem Interesse.

1370Gerade die Industrieländer werden von einer stabilen Entwicklung im globalen Süden, die den
1371Menschen Chancen, Perspektiven und Bildung gibt, ökonomisch, friedenspolitisch und
1372klimapolitisch profitieren. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen sind dafür
1373kontraproduktiv. Gleichzeitig fordern wir, dass die EU ihre Zölle auf verarbeitete Produkte
1374aus Entwicklungsländern senkt oder abschafft, um die Produktion vor Ort zu fördern. Wir
1375wollen die regionale Integration von Entwicklungsländern fördern. Und wir bevorzugen die
1376Welthandelsorganisation und multilaterale Abkommen gegenüber bilateralen
Handelsabkommen, da

1377die Interessen insbesondere ärmerer Länder ansonsten drohen, unter die Räder zu geraten.

1378Entwicklungschancen für rohstofffördernde Länder

1379Bei Gewinnung, Verarbeitung und Nutzung von Bodenschätzen geht es auch um
1380Entwicklungschancen für die rohstofffördernden Länder. Der überproportionale Verbrauch von
1381Rohstoffen in den Industrieländern gibt uns nicht das Recht auf überproportionalen Zugang.
1382Nur eine faire Verteilung gewährleistet auch eine langfristig friedliche Zukunft. Daher
1383setzen wir auf **internationale und kooperative Lösungsansätze**. Häufig geht der Abbau
von

1384Rohstoffen mit gravierenden Menschenrechtsverletzungen einher. Die EU-Verordnung zu
1385Konfliktmineralien tritt 2021 in Kraft und ist ein wichtiger Schritt, um den schlimmsten
1386Verbrechen Einhalt zu gebieten. Wir setzen uns dafür ein, die Verordnung auszuweiten, denn
1387bisher sind nur vereinzelte Rohstoffe abgedeckt. Gleichzeitig ergeben sich auch Vorteile,
1388wenn der Zugang zu und der Handel mit Rohstoffen stabil und langfristig ist. Voraussetzung
1389dafür ist, dass die menschenrechtlichen, sicherheits-, umwelt- und demokratiepolitischen
1390Konsequenzen mitberücksichtigt und dafür jeweils Standards geschaffen werden. Diese müssen
1391auf verschiedenen Ebenen ansetzen: im Herkunftsland, bei Investor*innen und Unternehmen,
im

1392Verbraucherland und auf internationaler Ebene.

1393Sichere und stabile Weltwährungsordnung schaffen

1394Nachdem in den 1970er Jahren das internationale Währungssystem „Bretton Woods“
aufgekündigt

1395wurde – es regelte die internationalen Finanz- und Wechselkursbeziehungen – waren die
1396Staaten nicht bereit, eine neue gemeinsame Ordnung zu etablieren. Stattdessen ließen die

1397 großen Industrienationen ihre Wechselkurse weitgehend frei schwanken und die internationalen
1398 Finanzinstitutionen setzten sich für einen unbeschränkten internationalen Kapital- und
1399 Finanzverkehr ein. Regelmäßige Währungs- und Finanzkrisen haben seitdem die Welt
erschüttert

1400 und vor allem weniger entwickelte Länder wurden durch spekulative Kapitalflüsse in ihrer
1401 Entwicklung immer wieder zurückgeworfen. Gleichzeitig sind die globalen
1402 Handelsungleichgewichte explodiert und stellen einen neuen Herd der Instabilität dar. Wir
1403 wollen international **im Rahmen der G20 eine Diskussion über ein neues System
stabilisierter**

1404 **Wechselkurse anregen.** In der Überzeugung, dass wir so Spekulation eindämmen,
Entwicklung und

1405 Handel fördern und Handelsungleichgewichte abbauen könnten.

1406 **Für die ärmsten Länder der Welt** ist die öffentliche Entwicklungsfinanzierung zentral. Wir
1407 streben eine Weltwährungsordnung an, die es nicht nur den wohlhabenden Ländern ermöglicht,
1408 langfristige Investitionen auch langfristig und damit verlässlich zu finanzieren. Dafür
1409 müssen kurzfristige, spekulative Finanzströme reguliert, verteuert und notfalls auch
1410 verboten werden. Wir müssen uns gegen spekulative Attacken auf Staaten und ihre Währungen
1411 absichern. Dafür braucht es globale öffentliche Institutionen. Hier sind aber keine
1412 kurzfristigen Erfolge zu erwarten. Um dennoch schnell zu einer Veränderung zu kommen, wollen

1413 wir, dass die Europäische Zentralbank die Auswirkungen ihrer Politik auf Entwicklungsländer
1414 berücksichtigt und diese unterstützt. Entwicklungsländern, die durch ungerechtfertigte
1415 Währungsspekulationen unter Druck geraten, soll sie zur Seite springen können, sofern es mit
1416 den geldpolitischen Zielen vereinbar ist. Hierfür könnten zum Beispiel Devisenswap-
1417 Vereinbarungen oder Art. 219 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
1418 (AEUV) zur Festlegung von Wechselkurspolitiken genutzt werden.

1419 Die globale Transformation bedeutet vor allem in ärmeren Ländern massive Investitionen.
1420 Diese nachhaltig, sozial-ökologisch und auf lokale Bedürfnisse ausgerichtet bereitzustellen,
1421 muss ein zentrales Ziel der globalen Finanzierungsarchitektur sein.

1422 Die multilateralen Finanzinstitutionen **IWF, Weltbank** und regionale Entwicklungsbanken
können

1423 beim Erreichen der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) und dem weltweiten sozial-
1424 ökologischen Umbau eine entscheidende Rolle spielen. Wir wollen Ländern verlässlichen Zugang

1425 zu Finanzierung der Transformationsprozesse gewähren. Dabei muss die Weltgemeinschaft für
1426 globale Allmenden (etwa das Klima, Biodiversität, Wälder) auch im Sinne der "gemeinsamen,
1427 aber differenzierten Verantwortung" Lastenteilung ermöglichen. Dazu gehört derzeit ganz
1428 konkret ihr Engagement konsequent am Pariser Klimaabkommen auszurichten. Wir dürfen sie
1429 nicht aus der Verantwortung entlassen, selbst zu einer stabilen, nachhaltigen und
1430 armutsmindernden globalen Finanzarchitektur beizutragen.

1431 Um die notwendigen Kredite nicht zu finanziellen Bumerangs zu machen, braucht es ein
1432 geordnetes Staateninsolvenzverfahren bei Überschuldung in Fremdwährung. Nur ein System,
das

1433 die Interessen der Gläubiger*innen und Schuldner*innen austariert, führt zu adäquater
1434 Kreditversorgung und nachhaltiger Lösung von Überschuldungskrisen. Dabei spielen die

1435aktuelle Regierungsführung und das Schuldenmanagement eine zentrale Rolle. Genauso wie
1436korrupte Schuldnerregierungen durch Schuldenerlass nicht nachträglich für Fehlinvestitionen
1437belohnt werden dürfen, muss „Geierfonds“ durch kollektive vereinbarte Regeln das Einklagen
1438von Schulden verwehrt werden.

1439Wir setzen uns aktiv gegen Steuersümpfe und für eine nachhaltige Finanzierung des Gemein-
1440wohls ein. Eine Vielzahl ärmerer Länder sind entgegen jeglicher Logik „Nettokreditgeber“ –
1441das heißt das Geld, das ihnen über Kapital- und Steuerflucht verloren geht, übersteigt die
1442Summe aus Direktinvestitionen, Rücküberweisungen und Entwicklungszahlungen. Wir
unterstützen

1443daher eine aggressive Vorgehensweise gegen die organisierte Ausbeutung über Steuersümpfe
und

1444das Bankgeheimnis. Außerdem müssen wir Staaten dabei unterstützen, solide Steuersysteme
1445aufzubauen.

1446**13. Stabile und nachhaltige Finanzmärkte und sichere Anlagen**

1447Der Finanzsektor sollte eine zentrale Grundlage für die Ermöglichung realwirtschaftlicher
1448Aktivitäten und damit der Vielfalt unserer Lebensentwürfe sein. Heute nimmt er diese
1449positive Funktion oft nicht wahr. Daher brauchen wir klare und effektive Regeln, die die
1450globale Finanzmarktarchitektur auf diese Aufgabe fokussiert. Dazu zählen Zahlungsverkehr,
1451Kreditvergabe, Sparmöglichkeiten, Investitionsfinanzierung, Absicherungsgeschäfte und
1452internationale Handelsunterstützung. Dabei gilt es, seine Funktion als Dienstleister
1453gegenüber allen Bevölkerungsgruppen sicherzustellen und die Fähigkeit zum Umgang mit
1454Finanzdienstleistungen staatlich zu fördern („financial inclusion“).

1455Banken und Finanzmärkte sollen dazu dienen, Bürgerinnen und Bürger attraktive
1456Sparmöglichkeiten anzubieten und Investitionen zu finanzieren. Mit geeigneten Regulierungen
1457und einer umfassenden Finanztransaktionssteuer wollen wir reine Spekulationsgeschäfte und
1458vor allem den Hochfrequenzhandel unattraktiv machen. Nicht genutztes Guthaben auf so
1459genannten nachrichtenlosen Konten, wollen wir nutzen, um einen Fonds zu schaffen, der
1460zielgerichtet in nachhaltige und soziale Innovationen investiert, sofern keine Erbensprüche
1461vorhanden sind. Dazu brauchen wir ein datenschutzrechtlich konformes Verfahren zur Erfassung

1462dieser Konten, deren Guthaben andernfalls in den Besitz der Banken übergehen.

1463Lokal agierende kleine und mittelgroße Banken in Deutschland, und immer stärker auch wieder
1464im Rest der EU, stellen für die meisten Firmen die Kreditversorgung sicher. In Deutschland
1465hat sich das Drei-Säulen-Modell aus Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Privatbanken
1466bewährt. Deshalb wollen wir **das Lokalbankenprinzip in ganz Europa stärken**. Öffentliche
1467Banken sind dem Gemeinwohl in besonderer Weise verpflichtet und sollten Fragen der nicht-
1468finanziellen Berichterstattung zu sozialen, ökologischen und ökonomischen Faktoren eine
1469Vorreiterrolle einnehmen. Sparkassen sollen Gemeinwohlberichte erstellen und transparenter
1470werden, was die Offenlegung von Gehältern angeht.

1471Mit einem Regulierungssystem aus klaren, harten aber deutlich weniger komplexen Regeln
1472werden kleine Banken entlastet. Unsere europäische **Schuldenbremse für Banken** - eine
1473ungewichtete Eigenkapitalquote von zehn Prozent- stellt sicher, dass genügend
1474Sicherheitspolster vorhanden sind. Unter EZB-Bankenaufsicht stehende systemrelevante
Banken

1475müssen zudem zusätzliches Eigenkapital aufbauen, das sich am Risiko des Geschäftsmodells
1476orientiert. Zusätzlich wird allen Banken ein prozentual höherer Beitrag zu den
1477Einlagensicherungsfonds auferlegt, der die Größe und das Risiko der Bankbilanz
1478berücksichtigt. Großbanken müssen kleiner werden. Durch ein effektives Trennbankensystem,
1479hohe Eigenkapitalanforderungen und eine vollendete Bankenunion werden sie nicht mehr das
1480Finanzsystem gefährden können. Die Rettung von Banken mit Geld der Steuerzahler*innen
gehört

1481dann der Vergangenheit an.

1482Mit den Möglichkeiten der Digitalisierung können neue Akteure auf den Finanzmärkten
1483entstehen bzw. wachsen. Sie machen für viele den Finanz- und Zahlungsverkehr einfacher und
1484schneller und bieten neue Anlagemöglichkeiten. Wir wollen hier klare Wettbewerbsregeln
1485schaffen, in welchen weder Banken noch große Tech-Unternehmen ihre dominante Stellung
nutzen

1486können, um unliebsame Konkurrenten und Innovationen zu behindern. Die Einführung eines **E-**
1487**Euros** bietet Chancen beim Zahlungsverkehr und für neue innovative Dienstleistungen. Diese
1488von den Zentralbanken des Eurosystems eingeführte elektronische Währung soll auch vielen
1489Menschen im Alltag als einfaches, sicheres und bequemes Zahlungsmittel dienen. **Privates**
Geld

1490wie etwa der von Facebook geplante Libra hingegen würde kein Problem lösen, aber potentiell
1491viele neue schaffen. Eine Verdrängung kleiner Unternehmen über die Währung eines Konzerns,
1492die Anhäufung von Zahlungsverkehrsdaten bei einem Unternehmen mit ohnehin schon
1493problematischer Datenmacht und die Aushöhlung des staatlichen Geld- und Währungsmonopols

1494lehnen wir ab und werden Libra nicht zulassen.

1495**Versicherungen und Pensionsfonds** stecken derzeit in finanziellen Problemen, weil sich ihre
1496Zinserwartungen nicht erfüllt haben. Die große Koalition hat wiederholt Maßnahmen
1497eingeläutet, um die Krise der Versicherer einseitig auf Kosten der Kunden zu lösen. Diese
1498Politik lehnen wir entschieden ab. Wir werden im Falle einer Schieflage einer Versicherung
1499eine faire Lastenverteilung zwischen den Eigentümer der Unternehmen und der Kunden
1500gewährleisten. Das Volumen des Sicherungsfonds Protektor ist im Falle einer Krise viel zu
1501gering. Um Abhilfe zu schaffen, muss das Volumen des Fonds deutlich erhöht werden. Auch
1502sollte ein europäisches Rückversicherungssystem eingeführt werden. Außerdem werden wir es
1503nicht mehr gestatten, dass die Unternehmen Versicherungsverträge ohne die Zustimmung des
1504Kunden weiterverkaufen.

1505Die **Finanzberatung** muss sich grundlegend wandeln. Durch Provisionen kommt es heute
dazu,

1506dass Anleger*innen nicht die passenden Produkte empfohlen werden, sondern die mit den
1507höchsten Provisionen. Mit dem schrittweisen Übergang zur Honorarberatung – der Kunde zahlt
1508die Beratung also nicht mehr indirekt über die Provision, sondern direkt an die Berater*in,
1509dafür ist das Produkt dann günstiger – wird sich die Qualität der Beratung verbessern und
1510sich das Berufsbild der Berater*innen wandeln. Als Zwischenschritt sollen Finanzinstitute
1511Verträge mit Beitragskalkulationen inklusive und exklusive Provisionen bereitstellen.

1512Der **Finanzsektor** ist entscheidend für mehr Klimaschutz. Klimarisiken, die in Konzern- und
1513Bankbilanzen schlummern, sollten bei der Bewertung durch Rating-Agenturen und die
1514Finanzmarktaufsicht berücksichtigt werden, zum Beispiel durch Klima-Stresstests für Banken

und Versicherungen oder durch Aufschläge bei Eigenkapitalanforderungen zu Finanzierungen, die hohe Klima- und Umweltrisiken bergen. Besonders Finanzinstitute in öffentlicher Hand, wie deutsche und europäische Förderinstitute, aber auch öffentlich-rechtliche Sparkassen müssen ihre Investitionen in Kohle-, Öl- und Gas-Konzerne, die Geschäfte auf Kosten des Klimas machen, beenden. Zudem müssen staatliche Garantien in der Exportförderung im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen stehen.

Die Europäische Zentralbank kann ebenfalls einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Sie sollte Klimaschutzziele bei der Entscheidung berücksichtigen, welche Vermögenswerte sie als Sicherheit akzeptiert und welche sie im Rahmen der quantitativen Lockerung ankauft.

Ein Bürgerfonds für stabile und rentable Anlagemöglichkeiten

Damit die Bevölkerung in Deutschland mehr von den volkswirtschaftlichen Gewinnen der Wirtschaft profitieren kann, schlagen wir die Errichtung eines **Bürgerfonds** vor. Er soll allen Bürgerinnen und Bürgern eine Beteiligung an Wohlstandsgewinnen sichern, deren Einkommen

zu klein sind, um selbst Vermögen in Aktien, Immobilien oder anderen Werten anzusparen. In den Bürgerfonds zahlt jede Bürger*in automatisch einen bestimmten Teil seines Einkommens ein. So stellen wir für den Fonds eine hohe Anlagesumme sicher und senken damit die Verwaltungskosten. Wer aber andere Formen der Anlage bevorzugt, kann der Einzahlung in den Bürgerfonds einfach widersprechen (Opt-out). Um Fehler von Riester zu vermeiden, wird der Fonds keine Zinsgarantien gewähren, weil sie die Rendite mindern. Sicherheit werden wir stattdessen über eine breit gefächerte, diversifizierte, nachhaltige und langfristige Anlagestrategie gewährleisten. Der Bürgerfonds bietet also Menschen, die kleine Ersparnisse haben, eine risikoarme und vor allem extrem preiswerte Anlageform. Auch die Wirtschaft wird von diesem Fonds profitieren. Denn es tritt ein gewünschter Nebeneffekt ein: Das Kapital ist nicht von einer kurzfristigen Renditeerwartung getrieben, sondern einer nachhaltigen Anlageentwicklung verpflichtet.

14. Gemeinwohlorientierte Unternehmen stärken

Im Bereich der sozialen und technischen Infrastruktur (Gesundheit, Bildung, Energie, Wasser, Transport), in deren Rahmen für das Leben der Bürger*innen grundlegende Güter und Dienstleistungen zur Verfügung gestellt werden, muss dem öffentlichen Sektor eine wichtige Funktion zukommen. Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen im Bereich der öffentlichen Pflichtaufgaben der Daseinsvorsorge lehnen wir ab, die Ausbreitung kommerzieller Träger wollen wir begrenzen. Außerdem muss die Gemeinwohlorientierung von Unternehmen gestärkt werden.

Viele Unternehmen engagieren sich bereits jetzt für ökologische und soziale Ziele. Immer mehr Unternehmen schreiben diese gesellschaftlichen Ziele parallel zum wirtschaftlichen Erfolg verbindlich fest. Diese ökonomische Bürger*innenbewegung werden wir systematisch stärken. **Unser Ziel ist eine Gründungswelle neuer Genossenschaften und von sozial-ökologisch**

inspirierten Unternehmen. Dabei wollen wir auch eine Unternehmensrechtsform ermöglichen, die

eine vollständige Vermögensbindung (asset-lock) erlaubt, so dass das Unternehmen nicht mehr von Vermögenseigentümer*innen sondern von Verantwortungseigentümer*innen gehalten wird.

1555 Öffentliche Finanzierungsprogramme der Wirtschaftsförderung, Informationsangebote für
1556 Gründer*innen und Beratungsangebote für Unternehmen werden wir systematisch für alle
1557 Unternehmungen öffnen. So wollen wir auch Genossenschaften, Social Startups und Vereine
1558 stärken, die wirtschaftlich aktiv sind.

1559 Die Unternehmen der sozialen und solidarischen Ökonomie brauchen attraktive Rechtsformen.
1560 Eine vereinfachte, **allgemeinverständliche Mustersatzung für Genossenschaften** wollen wir in

1561 Zusammenarbeit mit den Genossenschaftsverbänden breit zugänglich machen. Kleine
1562 Genossenschaften werden wir von einschlägigen Auflagen des Handelsrechts entlasten. Die
1563 Überarbeitung der Rechtsformen soll ermöglichen, dass Unternehmen der solidarischen
Ökonomie

1564 sichtbar werden und dadurch in Deutschland und in Europa besser vertreten sind.
1565 Sozialgenossenschaften sollen künftig nicht mehr durch ein faktisches Kombinationsverbot von
1566 bezahlter und ehrenamtlicher Arbeit behindert werden. In eine gesetzliche Reserve
1567 eingestellte Gewinne wollen wir von der Körperschafts- und Gewerbesteuer freistellen. So
1568 stärken wir die Eigenkapitalbasis und Investitionsfähigkeit von Genossenschaften. Auf
1569 europäischer Ebene setzen wir uns für ein Label von Produkten aus der sozialen und
1570 solidarischen Ökonomie ein. Wer keinen Gewinn machen will, ist auf eine günstige
1571 Finanzierung angewiesen. Wir wollen Sozialunternehmen diese bereitstellen, zum Beispiel über
1572 Kreditprogramme der öffentlichen Förderbanken.

1573 So unterstützen wir die Förderung kooperativer und regionaler Unternehmensformen und damit
1574 die Stärkung lokaler Wirtschaftsstrukturen stärkt. Damit begünstigen wir engere Beziehungen
1575 zwischen Konsumierenden und Produzierenden und regionalisieren Wertschöpfungsketten.

1576 Zugleich gilt es, den **Bürgerenergiegenossenschaften** die regulativen Fesseln abzunehmen,
1577 damit sie wieder zu kraftvollen Akteuren der Energiewende werden. Wir wollen die EU-
1578 Richtlinie über den Elektrizitätsbinnenmarkt so wirtschaftsfreundlich in deutsches Recht
1579 übersetzen, dass die Bürgerenergie umfassend gestärkt wird. Beim Mieterstrom wollen wir
1580 hinderliche Preisvorgaben abschaffen, um dezentrale Investitionen in Erneuerbare zu
1581 ermöglichen.

1582 Viele Unternehmen engagieren sich im Rahmen der Gemeinwohlökonomie. Wir wollen, dass
auch

1583 Unternehmen im Bundesbesitz **Gemeinwohlbilanzen** erstellen oder in die Finanzbericht
1584 integrierte sozial-ökologische Kriterien gleichwertig mit den finanziellen Kriterien
1585 berichten. Eine Verankerung von Gemeinwohlbilanzen oder der integrierten Bilanzierung von
1586 sozial-ökologischen Kriterien wollen wir über die CSR (Corporate Social Responsibility-)
1587 Richtlinie hinaus im europäischen und deutschen Recht verankern. Auch heutige
1588 gewinnorientierte Rechtsformen wie die Aktiengesellschaft sollen sich per Mehrheitsbeschluss
1589 künftig andere Ziele geben können als die Maximierung des Profits, ohne dass sie dem Risiko
1590 ausgesetzt sind, dass Minderheitsgesellschafter dagegen klagen.

1591 **15. Investitionen solide und gerecht finanzieren**

1592 Wir wollen die **öffentlichen Investitionen deutlich steigern**. Ein Land, in dem jede achte
der

1593 insgesamt 40.000 Brücken marode ist, das weniger Geld in Bildung steckt als fast all seine
1594 Nachbarländer, das für seine Funklöcher berüchtigt ist statt berühmt für seine Smartphones,

1595 ein solches Land lebt von vergänglicher Substanz. Es wird dauern, die politischen Vorzeichen
1596 auf Vernunft zu drehen. Umso wichtiger ist es, jetzt damit zu beginnen. Investitionen
1597 schaffen öffentliche Güter. Sie kosten Geld, aber wenn in das Richtige, Zukunftsfähige
1598 investiert wird, schaffen sie Wohlstand. Jede Ausgabe, die der Staat so tätigt, führt in der
1599 Wirtschaft zu Einnahmen und es werden Jobs geschaffen. Für einen Euro, den wir klug
1600 investieren, kann unsere Wirtschaftsleistung um deutlich mehr als einen Euro steigen. Eine
1601 stärkere Investitionspolitik steht dabei auch im Zeichen der Generationengerechtigkeit, denn
1602 zukünftige Generationen haben nichts davon, wenn sie in ein paar Jahrzehnten zwar mit einer
1603 Schwarzen Null, aber auch einer vollkommen kaputt gesparten Infrastruktur dastehen.

1604 Wir wollen diese Investitionen finanzieren, indem wir Fehlanreize abstellen, Gelder
1605 umschichten und gezielt Investitionen über Kredite ermöglichen. Wir unterscheiden dabei
1606 zwischen einmaligen Investitionen und dauerhaften Ausgaben. Diese dauerhaften Ausgaben
zum

1607 Beispiel für Bildung und Gerechtigkeit sind für den sozialen Ausgleich und den Zusammenhalt
1608 der Gesellschaft essenziell. Diese dauerhaften Ausgaben wollen wir durch laufende
1609 Steuereinnahmen, eine gerechtere Besteuerung von Vermögen und die Bekämpfung von
1610 Steuerbetrug und -umgehung gegenfinanzieren.

1611 Bisher scheitern Investitionsprogramme auch an mangelnden Kapazitäten in der Bauwirtschaft
1612 oder in den Planungsabteilungen des öffentlichen Dienstes. Unsere Investitionspolitik ist
1613 deshalb verlässlich und langfristig angelegt, so dass sowohl die private Bauwirtschaft als
1614 auch der öffentliche Dienst wieder mehr Kapazitäten aufbauen können. Wir investieren
1615 dauerhaft und nachhaltig.

1616 Investitionsgesellschaften gründen

1617 Viele Investitionen schaffen werthaltige Wirtschaftsgüter, mit denen sich Einnahmen erzielen
1618 lassen. Eine Stromleitung erzielt Einnahmen durch den durchgeleiteten Strom. Das gleiche
1619 gilt analog für Ladeinfrastruktur für Elektroautos, Breitband für Internet und vieles
1620 andere. Um diese Investitionen effizient durchzuführen, werden wir sie jeweils in
1621 öffentlichen Investitionsgesellschaften bündeln, darüber finanzieren und stringent managen.
1622 Damit werden wir nachhaltige Werte für die nächste Generation schaffen, die sich auch
1623 wirtschaftlich rechnen, insbesondere in Zeiten von Nullzinsen, ja mitunter sogar negativer
1624 Zinsen.

1625 Die grundgesetzlichen Regelungen zur Schuldenbremse sehen vor, dass die Verschuldung von
1626 **öffentlichen Gesellschaften** wie zum Beispiel der Bahn, Wohnungsbaugesellschaften oder
1627 öffentlichen Krankenhäusern nicht auf die Schuldenbremse angerechnet werden. Das gleiche
1628 gilt für die neu zu gründenden Investitionsgesellschaften. Daher werden wir sie aus dem
1629 Investitionsfonds mit genügend Eigenkapital ausstatten, damit sie sich wie jedes private
1630 Unternehmen auch am Finanzmarkt selbst zusätzliches Kapital besorgen können. Der Bund gibt
1631 für diese Kreditaufnahme eine Staatsgarantie. So könnte der Bund zum Beispiel eine
1632 Ladesäulengesellschaft neu gründen, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben für
1633 Wohnungsneubau und Gebäudesanierung eine Kreditaufnahme erlauben und die
Verschuldungsgrenze

1634 bei der Deutsche Bahn erhöhen. **Good Governance** und demokratische Beteiligung sollen für
1635 Transparenz und Kontrolle sorgen. Die Regierung muss steuern können und für Parlament und
1636 Öffentlichkeit müssen Entscheidungen und Mittelverwendung transparent sein. Die

1637Privatisierung dieser Gesellschaften wollen wir dauerhaft ausschließen, damit öffentliches
1638Vermögen auch öffentlich bleibt.

1639Die Begrenzung der Staatsschulden mit Investitionen in Infrastruktur kombinieren

1640Es war richtig, dass sich Deutschland Regeln gegeben hat, die dafür sorgen, dass es nicht zu
1641exzessiver Verschuldung der öffentlichen Hand kommt. Sie haben – gemeinsam mit der
1642Geldpolitik der Europäischen Zentralbank – geholfen, die Verschuldung einzudämmen. In
1643Deutschland ist die Schuldenquote so von 80 Prozent auf unter 60 Prozent der
1644Wirtschaftsleistung zurückgegangen. An diesem Erfolg wollen wir festhalten.

1645Aber nicht nur Schulden im Haushalt sind Schulden. Wenn wir jetzt nicht in Bildung,
1646Innovation und Forschung sowie in Maßnahmen zum Klimaschutz investieren, verspielen wir
1647unseren zukünftigen Wohlstand. Außerdem würden die Finanzmärkte, die immer auch sichere
1648Anlagemöglichkeiten wie Staatsanleihen brauchen, bei einem immer geringeren Schuldenstand
1649nicht mehr stabil funktionieren, weil ihnen sichere Anlagemöglichkeiten fehlen. **Wir wollen**
1650**daher die Schuldenbremse im Rahmen der europäischen Stabilitätskriterien**
weiterentwickeln

1651**und sie mit einer verbindlichen Investitionsregel verknüpfen.** Wenn der Bund mehr
investiert

1652als sein Vermögen an Wert verliert – wenn er also neue Werte schafft – soll dies auch durch
1653die Platzierung von neuen Anleihen finanziert werden können. **Die öffentlichen Investitionen**

1654**sollen mindestens so hoch sein, dass sich das öffentliche Vermögen nach Abnutzung**
und

1655**Wertverlusten mindestens im Gleichklang mit der Wirtschaftsleistung bewegt.**

1656Diese Möglichkeit ist für Deutschland entsprechend den europäischen Vorgaben daran
gebunden,

1657dass die öffentliche Schuldenquote unterhalb der Maastricht-Marke von 60 Prozent des BIP
1658liegt und das strukturelle Defizit maximal ein Prozent der Wirtschaftsleistung beträgt.

1659Durch diese Beschränkungen ist sichergestellt, dass die Schuldenquote sogar weiter fallen
1660würde. Das gilt umso mehr, als dadurch zusätzliche Nachfrage und damit wirtschaftliche
1661Entwicklung entsteht. Gerade im Falle eines bevorstehenden Abschwungs halten wir diese
1662Möglichkeit für sinnvoller als etwa pauschale Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen, denn

1663diese würden den Abschwung noch verschärfen. Das wäre das Gegenteil einer nachhaltigen
1664Finanzpolitik.

1665Durch unseren Vorschlag dürfte der Bund im Durchschnitt etwa 35 Milliarden Euro pro Jahr
1666Kredite aufnehmen. Diese Gelder wollen wir in einen **Bundesinvestitionsfonds** überführen,
der

1667als Sondervermögen im Bundeshaushalt nicht der Jährlichkeit des Haushalts unterliegt. Er
1668kann dann zweckgebunden investieren und auch eine stärkere antizyklische Wirkung entfalten.
1669Um den Investitionsfonds abzusichern und sauber zu implementieren, streben wir eine
Änderung

1670des Grundgesetzes an.

1671Für eine optimale Steuerung von Staatsschulden und Investitionen erhalten Länder und
1672Kommunen einen verbindlich vereinbarten Anteil aus den Mitteln des Bundes-Investitionsfonds,

1673an dem alle Länder partizipieren und selbst entscheiden können, für welchen der vorgegebenen

1674investiven Zwecke sie die Mittel einsetzen.

1675Es ist richtig, dass die Maastricht-Kriterien die Staatsverschuldung auch auf europäischer
1676Ebene begrenzen. Bei der anstehenden Reform wollen wir die Anreize für staatliche
1677Investitionen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts verbessern. Zum Beispiel indem
1678Investitionsausgaben bei der Berechnung der Defizitquoten ähnlich wie private Investitionen
1679über mehrere Jahre abgeschrieben werden können. Damit stärken wir öffentliche Investitionen
1680gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs. Außerdem unterstützen wir Bestrebungen,
1681die Europäische Investitionsbank in eine Bank für Investitionen für die sozial-ökologische
1682Transformation umzubauen und setzen uns für einen stärkeren europäischen Haushalt ein. Wir
1683kommen beim Klimaschutz, bei Innovationen und dem sozialen Zusammenhalt besser und
schneller
1684gemeinsam voran. Dafür sind wir auch bereit, einen größeren deutschen Beitrag für diesen
1685europäischen Mehrwert zu verteidigen.

16861 Wir beschreiben im Antrag „Handeln – und zwar jetzt“ ausführlich unseren Maßnahmenplan
für

1687einen radikal realistischen und sektorenübergreifenden Klimaschutz.

Sustainable management for sustainable prosperity - Establishing the framework for the social-ecological market economy

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: WKf Wirtschaft, Klima, Finanzen

Antragstext

- 1 Our economic system and our understanding of prosperity are facing dramatic changes. This is
- 2 much more than an economic downturn that follows boom years. Many of today's structural
- 3 incentives for production, trade and consumption present us with ecological problems of
- 4 dramatic proportions and fuel socio-economic distribution crises. This is a matter of very
- 5 fundamental challenges.
- 6 An unbridled consumption of nature and resources, dependence on export surpluses,
- 7 insufficiently regulated globalisation, the care crisis, lack of investment in the future:
- 8 The crises illustrate that our traditional economic model no longer able to function in this
- 9 manner. The liberal economist Nicolas Stern has rightly stated: "Climate change is the
- 10 biggest case of market failure the world has ever seen."
- 11 The enormous gains in prosperity are not reaching too many and inequality is on the rise.
- 12 Global corporations that elude national legislation and financial markets rather than
- 13 democratic policies decide under what conditions we humans live. All this not only
- 14 undermines the foundations of community and increasingly threatens our confidence, as well
- 15 as that of many other countries, in democratic politics. It also destroys the economic
- 16 foundations of our society. At the same time, global trade conflicts shake the world economy
- 17 and the multilateral world economic order. The threat of Brexit is also creating uncertainty
- 18 in the EU. This all has consequences. After years of boom, there are signs of a serious
- 19 economic downturn in Germany.
- 20 Every generation has its task. To redefine prosperity as a question of sustainability and
- 21 justice and to align politics accordingly is ours... We must now have the courage to take
- 22 far-reaching decisions, to campaign passionately for them across the entire spectrum of
- 23 society and not to think despondently, taking only tiny steps. The over-arching goal is an
- 24 ecologically sustainable, just and emancipatory world. These three dimensions are the
- 25 guiding principles for assessing the sustainability of our economic and financial system.
- 26 They are interdependent and must not be played off against each other. We are not blind to
- 27 conflicting goals that have to be resolved in processes of democratic negotiation.
- 28 Concepts such as "growth", "efficiency", "competition" and "innovation" are currently seen
- 29 as an end unto themselves rather than as what they should be: A means to achieve prosperity
- 30 and quality of life within planetary limits. But we want to conduct the fundamentally more
- 31 important debate about society's goals to which these means are subordinate. That is how we
- 32 want to revitalize individual and social freedom.

33 Properly designed, we will establish the basis for the necessary innovations to be developed
34 and made marketable in Europe, thus creating sustainable new jobs in the skilled trades, in
35 start-ups, in the service sector and also in traditional industrial companies. This also
36 includes massive public and private investments to counter the immense investment backlog in

37 our country and to tackle the immense challenges of climate protection quickly and
38 decisively with productivity and new ideas.

39 We strive for an economic and financial system that respects planetary limitations and at
40 the same time guarantees human development - worldwide, across borders and for future
41 generations. A primary medium for this is the **social-ecological reset of the market
economy**.

42 This is the counter-model to unregulated capitalism and authoritarian state capitalism. The
43 common good orientation of property has already been established as the basis for this
44 sustainable model of a market economy. Article 20a of the Basic Law obligates the guarding
45 of the natural foundations of life. The social obligation of property in Article 14 (2) of
46 the Basic Law therefore also includes the necessity of complying with ecological guardrails.
47 We strive for an economic and financial system that respects planetary limits and at the
48 same time guarantees human development - worldwide, across borders and for future
49 generations.

50 The way to this is directed by a **Green New Deal**. This establishes the new regulatory
51 framework for fair, ecological and sustainable management. The Green New Deal invests
52 courageously in the future. It releases new forces for creativity and innovation. It ensures
53 social balance and should contribute to gender equality. It creates the basis for
54 sustainable prosperity that is not based on the exploitation of nature or a fossil economy
55 but focuses on people.

56 We are convinced that free and creative action by people and the dynamics of fair
57 competition and social cooperation can create sustainable prosperity and innovative
58 solutions to problems. If the basic conditions are right, the market economy offers the best
59 conditions for social-ecological economic activity. The forces of markets and capital can be
60 impressive - they have fundamentally changed our societies and our planet in recent
61 generations. Markets can bring needs and capabilities together in complex societies and many
62 people have thus been able to free themselves from absolute poverty. Market mechanisms can
63 also contribute to the solution of some of society's problems. On the other hand, they can
64 also be the source of great destructive forces: Incentives for the exploitation of non-
65 renewable resources, for the overexploitation of renewable resources and for the
66 exploitation of human labour come at the cost of ecosystems and the global community.
67 Tendencies toward concentration on markets counteract their positive aspects.

68 Markets only function with clear guardrails. But these require the entire range of
69 instruments from taxes, levies and regulations as well as intelligent public research and
70 funding policy. We want to set the guardrails in the market in such a way that the market
71 produces sustainable results. Those who do not counteract overriding social goals but rather
72 promote them through a decentralised search for the most efficient offers for needs should
73 succeed in competition. We want to shift taxation from the "labour" factor to the
74 "resources" and "capital" factors and internalise externalised environmental and social
75 costs, thereby incorporating ecological and social values into corporate accounting.

However, the market cannot be the sole organisational principle for economic activity in a society. A large part of human economic relations occurs outside of markets - through the state, in households or in commonly organised sectors. Innovation and the assertion of best ideas also exist in cooperative systems outside capitalist markets. Production and ownership can also be organized in other forms outside the market and the state, such as cooperatives. This requires active promotion of such alternatives and an improvement of the legal framework for their expansion and safeguarding.

Technological development is an essential building block for achieving these goals. Instead of blindly striving for technical innovations, we want to design and promote them in a value- and target-oriented manner. We GREENS want progress that is not based on a mere number of technical innovations, but on a concrete improvement in people's living conditions and the protection of natural resources.

A Green New Deal that respects the limitations of the planet earth requires a radical change of course and a willingness to embrace a cultural change that does not equate development with consumption, but rather enhances leisure, education, family, community and health.

The task is to align all these allocation and cooperation processes of the future in such a way that they serve people and nature. Property obliges. The focus of our economic policy is not the profits of individuals, but the well-being of all citizens and the protection of the environment. To achieve this, we need a policy that moves forward courageously. If we do it well, we can use the major challenges now to turn our economies in Germany and Europe towards the future, the common good and sustainable prosperity. Germany can take on a pioneering role here and show that human development is possible while respecting planetary limits.

It will succeed

Our aim is that people can develop in freedom and dignity along the paths of their ideas. This requires an economic system that promotes entrepreneurship as well as protects the rights of employees, creates sustainable prosperity, aims at global justice, overcomes gender inequalities and at the same time guarantees justice and security through strong social institutions. A strong and sustainable economy, strong state institutions and ecological guardrails as well as a strong social network are therefore basic conditions for a social-ecological market economy. Economic education for sustainable development is also needed so as to realize this transformation and to enable people to participate in the implementation of the goals for sustainable development locally, nationally and globally. What companies, employees and consumers do not need is a fickle policy that lapses (too) late into hectic activity to correct its failings. What they need is a sure path into a fundamentally new world.

For Germany, overcoming era of coal and oil is a decisive, even crucial, moment. The automotive, chemical and mechanical engineering industries have been the pillars of the success for the German economy in recent decades, but they must reinvent themselves in order

to meet the challenges of the 21st century. German industry can build on what has made it strong - and above all on the strength of small and medium-sized enterprises: Its engineering skills, its creativity, its medium-sized tinkering companies, its social partnership with the trade unions and its European and global orientation.

119 The Green New Deal for a new social-ecological foundation of the market economy will be
120 successful if it is based on a new alliance of work and environment. Without the
121 participation of employees, works councils and trade unions, without their perspectives,
122 their immense wealth of knowledge and their impact in companies, it will not be possible to
123 build an economic order oriented towards the common good. We want to fight for change side
124 by side with employees.

125 Many companies are already on their way there. Medium-sized companies are switching their
126 production to climate neutrality, financial institutions are turning away from the fossil
127 energy business, IT companies are focusing on renewables and major corporations are
128 expanding their green product portfolios. Industry is already demanding a convincing,
129 ecological modernisation programme for Germany. The technologies, innovations and ideas are
130 there. **Politicians have to deliver now.** A majority that is still somewhat silent and
131 becoming ever louder is in favour of a positive, social-ecological vision for society. We
132 want to convert this into political weight and will seek close cooperation with business
133 representatives, citizens' groups, student organisations, trade unions and critical
134 researchers. We will consistently assert ourselves against the forces that stand in the way
135 of transformation.

136 With the following measures we want to pave the way for a social-ecological transformation:

137 **1. A new understanding of prosperity**

138 In order to fulfil people's universal aspirations for dignity, freedom and happiness within
139 planetary limitations, we need a different method of determining wealth. Today's economic
140 and social system depends on the steady growth of the economy. If it does not grow, the
141 current system is threatened by economic crises and unemployment, the national budget and
142 social security system become unbalanced and social distribution conflicts intensify. One
143 thing is clear: ecologically blind economic growth and the ecological limitations of our
144 planet are in conflict with each other. **To that end, we will decouple prosperity from
growth**

145 **and, as far as possible, growth from the consumption of resources.** Economic growth is
not

146 the problem per se - the associated consumption of natural resources, the overloading of
147 natural sinks - such as oceans and forests - and the exploitation of cheap labour are.

148 It is therefore crucial, in accordance with criteria for the global load-bearing capacity
149 and ecological regeneration and load limits, to establish economic process targets for the
150 maximum consumption of renewable resources and the marketing of fossil resources. We must
151 therefore prepare our systems to remain stable independent of growth.

152 Gross domestic product (GDP) is already a poor indicator of prosperity and quality of life;
153 it is blind to the social consequences and environmental damage of our economy. For example,
154 the extraction of resources and the destruction of natural and social capital are not taken
155 into account at all by GDP. While companies, for example, contrast the decline in own
156 natural resources with profits and calculate depreciation, the government does not yet do
157 so. Repair measures for environmental damage also appear as an increase in GDP, although at
158 best the status quo has been restored and the bottom line is that nothing has been gained.
159 In the same manner, unpaid care work, which is mainly performed by women and forms an
160 indispensable basis for our prosperity, is not currently taken into account in the

161 measurement of prosperity. We therefore propose **a new measure of prosperity and a new**
 162 **form**
 163 **of economic reporting** in order to measure not only economic but also ecological, social and
 163 societal developments and to define indicators for them.

164 We want to use it to more comprehensively measure prosperity in Germany and Europe in the
 165 future and to map progress in the ecological restructuring of the economy over the long
 166 term. We want publicly-owned companies to set a good example and participate in the
 167 development of integrated reporting as pilot companies. In the future, we want to make the
 168 sustainability indicators such as CO2 emissions, which all major private companies are
 169 required to publish in their annual financial statements, mandatory for listed companies to
 170 communicate their financial results in order to establish an ongoing dialogue with investors
 171 and society on social-ecological values. We want to abolish existing exceptions for non-
 172 listed companies and for many banks and insurers. We want to change stock corporation law
 173 and accounting rules in such a way that stock corporations change from the inside out and
 174 focus on long-term, sustainable development. We will obligate stock corporations to adopt a
 175 sustainability strategy. On the one hand, this will create transparency; on the other hand,
 176 it will only make it possible, with the exception of a breach of duty on the part of the
 177 board of management, if a decision serves the sustainable development of the company rather
 178 than short-term profit expectations. The non-financial targets and indicators, like the
 179 financial ones, should be externally audited and certified. In the long term, we want to
 180 ensure that these ecological and social values are priced accordingly and thus have a direct
 181 influence on the economic success of a company.

182 **2. Making the economy climate neutral¹**

183 We can change our economies, but not our dependence on an intact nature. From a scientific
 184 perspective, we are on the verge of crossing all the red lines in CO2 emissions that almost
 185 every researcher has warned us about. This would have serious repercussions for us, our
 186 children and grandchildren. We are already feeling the effects drastically today. They
 187 already affect people in the southern hemisphere more, even though they have contributed
 188 least to man-made climate change. Politically, the climate and environmental impacts of our
 189 current economic system will challenge our societies beyond any previous measure.

190 After years of stagnation, the time has now come to invest quickly and intensively in the
 191 infrastructure that supports a climate-neutral economy and society. In order to achieve a
 192 climate-neutral economy, **railways, cars and buildings have to be electrified to a large**
 193 **extent**. Hydrogen will play a central role for trucks, aircraft and ships, as well as for the
 194 steel industry, the cement industry and parts of the chemical industry.

195 Following on the phases of market introduction and market penetration, the energy
 196 transformation must now move into the third phase, in which it supplies the economy with
 197 renewable energy across the board. It has outgrown its infancy and will have to develop in
 198 the areas of transport, industry and heating via **sector coupling** in the coming decade. At
 199 the same time, companies must drastically reduce energy consumption, use it more efficiently
 200 and replace CO2-intensive production processes with CO2-neutral ones.

201 We can rely on the fact that technological and social developments are not linear, and that
 202 we can become more efficient or better in one **leap out of the ordinary**. And that the market
 203 economy can develop its full innovative power if we set the right political guardrails.

204 **Markets are a powerful instrument**; they create and destroy at a rapid pace. They can
ignite
205 devastating crises – just think of Lehman Brothers - and at the same time they can ensure
206 that within a few years the smartphone connects people even in the remotest corners of the
207 earth. If the incentives are right, markets can spark a **green revolution** that will test our
208 imagination. For this to happen, the state must set the framework through **regulatory,**
209 **pricing, promotion and investment policies** in such a way that the path to climate-neutral
210 behaviour in a socially and ecologically framed market is legally binding and economically
211 worthwhile.

212 We want to move away from a system that only rewards short-term returns and instead use
213 instruments that promote a long-term and socially responsible corporate policy.

214 **Regulatory law means planning security for companies.** In other words, the steadfast
215 stipulation that cars, aircraft, machines and power plants may no longer emit greenhouse
216 gases after a certain date. **Pricing policy creates fair competition** because the climate
217 balance of products becomes part of the price. Climate-damaging economic activity becomes
218 more expensive, climate-friendly behaviour cheaper. **Promotion and investment policy**
provides
219 start-up aid for new products and production methods and helps them cross the threshold to
220 profitability. And by expanding the public infrastructure, it creates the basis for an
221 ecological economy and way of life.

222 A climate protection law sets the standard

223 The **climate protection law** is the core of regulatory policy. Such a law defines binding CO2
224 reduction targets and CO2 reduction paths as well as the necessary measures for every
225 economic sector. It guarantees close monitoring of whether the measures are effective and
226 provides for severe sanctions in the event of failure to meet the targets. Such a climate
227 protection law is supplemented by further regulatory requirements. For example, we want **only**
228 **zero-emission cars** to be registered **from 2030** and the way to achieve this to be paved by
229 binding quotas for e-cars. The restructuring of energy-intensive companies could not only be
230 made more reliable by increasing quotas, for example for climate-neutral steel in cars or
231 wind turbines and buildings, but - especially in view of the global overcapacities -
232 companies would also have a competitive advantage on the European market.

233 CO2 must have a price

234 For us, **an effective CO2 price** is the second part of the vital mix of instruments that we
235 want to make both effective in terms of climate policy as well as socially just. Only in
236 this manner can a stable, long-term investment framework be established, and market-based
237 means create incentives to reduce CO2 emissions, to change production methods and to make
238 “efficiency first” our standard way of handling resources. This is the only way to create
239 the potential for fair competition on a basis that is transparent for every market
240 participant. The CO2 price creates justice and also increases competitiveness on the world
241 market in the medium term - because climate protection is not only necessary, but also a
242 global trend for the future.

243 No further tax euros for climate-damaging behaviour

244 We want to **systematically reduce environmentally and climate-damaging subsidies** so
245 that

246 economic incentives can develop their full potential and additional financial opportunities
247 for future investments is created. In total, these amount to over 57 billion euros in
248 Germany. We want to finally put an end to government subsidies such as the tax exemption of
249 crude oil for the production of plastics, the procurement subsidy still granted for new oil
heating systems or the non-taxation of kerosene.

250 Investments in CO₂-neutral industrial processes, especially in the areas of metal production
251 (e.g. steel, aluminium, lithium), chemicals and cement, usually only pay off at very high
252 CO₂ prices, which are not yet reflected in the European emissions trading system. To ensure
253 that such investments pay off for companies already today, we want to reimburse companies
254 for the difference between the current CO₂ price and the actual CO₂ avoidance costs they
255 incur as a result of investments in new processes and technologies (Carbon Contract for
256 Difference). The costs for this can be refinanced via a climate levy that is added to the
257 end products and applies equally to domestic products and imports. In this manner, these
258 investments pay off immediately and short-term competitive disadvantages compared to
regions
259 without corresponding CO₂ pricing are avoided.

260 Subsidy policy kick starts transformation

261 We do not leave the companies to fend for the ecological transformation by themselves and
262 want to support them. For investments in transformative, CO₂-neutral industrial processes in
263 the areas of steel, chemicals or cement, we therefore want to **create better depreciation**
264 **opportunities and specifically promote lighthouse projects for CO₂-neutral processes**
and

265 **procedures**. The basis for the development of such processes is the corresponding research.
266 In addition, we consistently align public procurement with climate responsibility and thus
267 create lead markets that give innovative companies the necessary certainty that their
268 products will also find a market in which they can start.

269 In order to promote ecological restructuring and at the same time combat the impending
270 economic downturn, we will reintroduce degressive write-offs for a limited period of time.

271 Making plural education and research possible

272 For an understanding of the challenges of the future, such as the climate crisis, and the
273 development of solutions, we need a variety of methods and theories in research and
274 education, as well as critical scrutiny of normative assumptions. In economics, for example,
275 this means that so-called heterodox approaches - such as feminist and ecological approaches
276 - are taught and researched much more intensively. We are committed to ensuring that this is
277 taken into account in the conception and awarding of research and funding programmes. More
278 research and education on post-growth economies is also an important key to a climate-
279 neutral economy.

280 Investing in the ecological infrastructure

281 Above all, investing in climate protection means developing and expanding power generation
282 from renewable energies and the storage and power grids necessary for this; expanding rail
283 infrastructure, local public transport, bicycle and pedestrian traffic infrastructure, but

284 also developing charging infrastructure for e-mobility and infrastructure for renewable
285 hydrogen. Heating networks, energy-efficient building refurbishment and the replacement of
286 oil and gas heating systems need support. We also need to save our forests, raise dikes and
287 create more flood plains for rivers, and convert our agriculture to be climate and animal-
288 friendly.

289 Rail alone needs at least three billion euros per year in order to be able to shift traffic
290 from air and road to rail. We need an investment programme of EUR 600 million to set up an
291 electric charging post network. Our "Fair Heat" programme, with which we want to support the
292 energy-efficient renovation of buildings, is for 7 billion euros a year. These are just
293 three examples. In total, we advocate **additional public investment of 30 billion euros per**
294 **year.**

295 Guaranteeing competitiveness, stopping climate dumping

296 In addition to the necessary incentives, when introducing regulatory climate measures, we
297 must also protect European industry from possible disadvantages in international competition
298 with countries without a comparable climate protection policy. This can be done by means of
299 **border adjustment measures** such as European **climate tariffs**, which are also added to
300 imports, or by means of **compensation for raw materials**, which rewards recycling and less
301 energy-intensive materials. Financing the additional necessary investment costs for clean
302 technologies could also be a way forward instead of continuing to issue free certificates in
303 emissions trading.

304 Divestment: Steering capital from fossil to green business fields

305 With a broad-based **divestment strategy**, we want to ensure that in the future investment
306 capital finances climate protection instead of climate destruction. Public banks and
307 insurance companies should redirect **investments towards decarbonizing the economy**
308 and
309 immediately abandon climate-damaging economic productions such as coal and oil industries.
309 We need an **EU label for sustainable financial products** with strong ecological and social
310 standards so that small investors can also benefit from the transition to green financing
311 and invest their money with a clear conscience. To ensure that all investors can understand
312 whether companies are doing business ecologically, we will introduce appropriate disclosure
313 requirements.

314 New investment guidelines for the public sector, funds such as for civil servant pensions or
315 reserves of the Federal Labour Office should adhere sustainability and climate protection
316 criteria. The federal government can provide important impetus to the market for sustainable
317 investments. To do so, it must stop investing in coal, oil and gas companies that do
318 business at the expense of the climate.

319 In order to make climate and social compatibility the basis for decisions on investments and
320 lending in addition to returns, we need a binding **European standard for sustainability**,
321 whose guardrails are the 17 UN Sustainability Goals (SDGs), which can be used to clearly
322 identify economic sectors that are harmful to society, gender, climate and the environment.
323 On this basis, all financial market players must disclose the impact of their investments.

Climate risks that are dormant in group and bank balance sheets should be taken into account when rating agencies and financial market regulators assess them, e.g. through **climate stress tests for banks and insurance companies** or through surcharges on capital requirements for financing transactions involving high climate and environmental risks.

3. Recycling instead of waste: Circular economy as the overarching framework

The ecological transition can only succeed if we are not permanently dependent on more and more raw materials. In this manner, companies can make substantial savings in costs and hundreds of thousands of new jobs can be created. In the field of electromobility, for example, there is great potential to reduce the ecological footprint by recycling lithium-ion batteries on the one hand and to reduce the need for raw materials on the other. All that would have to be done is to reform the EU Battery Directive.

Our goal is the parallel **development of a functioning circular economy**. This is based on closed material cycles. The cycle begins with the product design. Products must be designed in such a way that the individual parts can be separated from each other and recycled in a meaningful way. To this end, we want to create binding specifications in the EU Eco-design Directive. We want to strengthen waste prevention and recycling through a mix of incentives and targets; we want to **introduce recycling quotas** that measure the recyclable materials that are actually recycled. Manufacturers are to be obligated to a fixed **use quota for recycled raw materials**.

The obligation to take back and recycle products such as packaging and waste electrical and electronic equipment must be extended and strengthened by financial incentives. One such incentive is the further development of licence fees for packaging into a **resource levy**, that simultaneously promotes ecological packaging through a bonus. Take-back premiums for individual product groups, such as mobile phones, can also be a possible way forward. Our goal is to cost-effectively recycle or reuse all plastic products by 2030. Finally, we want to intensify research into recycling processes and the substitution of raw materials.

4. Rethinking social security in the context of ecological-social change

Both the necessary ecological restructuring of the economy and digitisation will create many new jobs, but on the other hand many jobs will be lost. New qualifications will be needed, but there will also be uncertainties. The world of work is becoming more colourful and diverse as a result of digitisation. For social security, this change in work and the labour market means that it must become more universal. The more diverse the world of work becomes,

the more we need social security that is not based on employment status, but protects all citizens, regardless of whether they are full-time or part-time, dependent or self-employed, or even not working at all, especially since there will be more and more changes between these different forms of employment and more and more interruptions in employment, both voluntary and involuntary.

We therefore want to develop pension, health and long-term care insurance into citizens' insurance schemes into which all citizens pay for all types of income. Unemployment insurance should be developed into employment insurance for all gainfully employed persons, employees and the self-employed, with the right to further training, which must also be socially secured, so that people with low incomes, in particular, can also afford further

366 training. And we want the minimum subsistence level to be guaranteed in all circumstances.
367 That is why we want to introduce a basic child income, a guaranteed retirement income and a
368 guarantee device with which we can overcome Hartz IV. This is not only about a social
369 cushioning of the transformations, but we want to enable people to participate in society in
370 a self-determined way and to be able to creatively and innovatively shape ecological-social
371 change.

372 **5. Good and self-determined work - we are shaping the transformation of the working world**

373 Our working world will change rapidly and profoundly in the coming years, above all as a
374 result of digitalisation. Known activities and jobs will disappear or change significantly,
375 new jobs and professions will be created. Whether there will then be fewer jobs in many
376 places or more, nobody can reliably predict at present. It is clear, however, that the way
377 we will work will also change dramatically. Our work will become more flexible, more self-
378 organised and more cooperative. At the same time, we are already experiencing new forms of
379 exploitation, excessive demands and heteronomy. Another major problem is the already
380 noticeable massive **shortage of skilled workers** - one million jobs are unfilled. Without
381 immigration, the number of people of working age will shrink by six million in the next 15
382 years.

383 For both developments - the shortage of skilled workers and the changes in the world of work
384 - education and training policy, labour market policy, immigration policy and integration
385 policy need to be much better equipped than before. This holds true for the self-employed as
386 well.

387 Education for the future is the key

388 The training regulations for existing occupations must be revised to meet the requirements
389 of a sustainable society (sustainable occupations). Above all, this means that people must
390 have the opportunity to further their education and acquire new qualifications. For this
391 they need money, time and suitable offers. We want to establish a **legal right to further
392 training**. Lifelong learning thus becomes part of the public educational mandate. The current
393 unemployment insurance system will be converted into an **employment insurance** system.
Just as

394 we have begun to insure ourselves against illness or unemployment in the past two centuries,
395 we should also establish a guarantee for further training within the framework of employment
396 insurance in the 21st century. Employment insurance should both finance further training
397 counselling and secure livelihoods in further training phases. For this purpose, there will
398 be a training allowance during training phases resulting from the labour market; the
399 allowance will be higher than the unemployment benefit. For all those who are not entitled
400 to benefits under the employment insurance scheme, we are creating a further training BAföG
401 so that no wish for career development fails because of cashflow.

402 Wherever there is a local employment agency, we want additional **education agencies** to be
403 created. The education agencies are central contact points for anybody who is interested in
404 further education. Employers, especially small and medium-sized enterprises, can also obtain
405 information from the education agencies if they are looking for suitable further training
406 opportunities for their workforces or for support. The education agencies are to become the
407 heart of regional education networks in which employment agencies, job centres, adult

408 education centres, chambers of commerce, vocational colleges, universities and other
409 continuing education institutions network in order to be able to offer the best continuing
410 education and advice on a nationwide and low-threshold basis. In the standard case, the
411 education agency is organised by the Federal Employment Agency. However, municipalities
412 should have the choice of organising the education agency themselves, especially if there
413 are already strong cooperation structures that have developed locally and if quality
414 standards are adhered to. We also want to continue to use the possibilities of digitisation
415 for education. To this end, a public and independent digital platform will bundle all
416 further education and training offers. This will provide new access for people who want to
417 continue their education. We pay particular attention to people who have to overcome
418 particular obstacles in order to integrate into the world of work, for example because they
419 cannot read or write well.

420 We also see it as our responsibility to take employees with us, especially in the context of
421 ecological and digital change. In foresight, we want to introduce a new **"short-time work
422 qualification"** as an important measure in order to improve the chances of employees and
423 enterprises in the structural change. The phase of short-time work must be used consistently
424 for the qualification of employees. We want to closely link "short-time work qualification"
425 to the social partnership by means of collective agreements and works agreements. This is
426 because companies, trade unions and works councils can only jointly provide structural
427 change with the right direction.

428 Combating skills shortages

429 The shortage of skilled workers is a problem for many companies. We want to respond to this
430 by not only focusing on qualification and further training and by further strengthening the
431 employment of women. In view of demographic change in particular, we also believe that an
432 **ambitious immigration policy** is urgently needed. The grand coalition's law on the
433 immigration of skilled workers does not fulfil this requirement. We want to revise it and
434 make it less bureaucratic. Germany needs a **genuine immigration law** with a transparent
435 system and the possibility of a "lane change". At the same time, we are working for an
436 improvement in working conditions and higher wages in professions that have hitherto been
437 too poorly paid. These are still, in particular, those with a high proportion of women. We
438 want to better integrate refugee women into the labour market, in particular, by offering
439 tailor-made language-learning and training opportunities.

440 For a fair distribution of care and gainful work

441 Care work in our society is still often regarded as a "private matter" and is not reflected
442 in the usual measures of prosperity. This work is essential for living together in our
443 society and for a functioning economy. The majority of these tasks are still performed by
444 women, whether in nursing or childcare. A lack of compatibility between family, care and
445 work often leads to a lack of independent security for women in particular. This is
446 reflected in the high proportion of women in precarious employment and leads to a much
447 higher risk of old-age poverty.

448 Profound investment in good and reliable childcare and educational facilities with
449 sufficient staff is therefore essential. With KinderZeit Plus, we also want to support
450 parents over time and help them to increase their work volumes in gainful employment. In

451 addition, we want to develop a law for more sovereignty over time for working carers and
452 introduce a three-month PflegeZeit Plus per person to be cared for.

453 New jobs

454 We have major bottlenecks where people care for people: in care, education, childcare and
455 care for the elderly. These **jobs in care work** must be expanded and need the recognition,
456 including financial recognition, to which they are entitled in terms of their social
457 relevance. Those who take care of other people must not end up at the minimum wage or have
458 problems to afford housing.

459 The United Nations Conference on Trade and Development estimates that by 2030 up to 170
460 million new jobs could be created worldwide with steady investment in sustainability. The
461 Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation and Nuclear Safety (BMU) expects
462 the number of **jobs in the renewable energy sector** in Germany to double to at least
500,000

463 in the next ten years alone. Today, 1.5 million people are already employed in the **field of**
464 **environmental technology and resource efficiency** in Germany. An annual increase of 6.7
465 percent is expected. For this industry of the future, we need qualified mechanical
466 engineers, electrical engineers, engineers, sales staff and office staff - from young
467 professionals to experienced specialists.

468 Good working conditions

469 Negotiating good working conditions and a fair distribution of wealth between labour and
470 capital is primarily a task of the social partners. We want to strengthen collective **self-**
471 **organisation and co-determination** and overcome precarious employment. In accordance
with

472 European law, public contracts should be awarded to companies that belong to a collective
473 agreement or pay collectively agreed wages. We also want to make it easier to make
474 collective agreements generally binding. We will facilitate the formation of works councils
475 by giving special protection to initiators and by considering and prosecuting the prevention
476 of employee representation of interests as a clear criminal offence.

477 We want to make the economy more democratic. This applies both to decisions on what and
how

478 to produce and to the rights of employees in the company. That is why we will expand co-
479 determination within the companies. On the way there, we want the works councils to be more
480 closely involved in personnel planning and to have a genuine right of proposal and
481 initiative for further training and job security. Parity co-determination in supervisory
482 boards should take full effect for companies with more than 1,000 employees and the co-
483 determination rights of employee representatives should be extended into the supervisory
484 board for strategic company decisions.

485 The statutory minimum wage was an important milestone for fair working conditions. We want
486 to **abolish exceptions to the minimum wage**, improve control and also ensure that it is
really

487 poverty-proof in future. That is why we want an immediate measure to **increase the minimum**

488 **wage to 12 euros**, so that full-time workers can live off their work. We want to reform the
489 Minimum Wage Commission and increase its scope for decision-making. In future, the

490 adjustment of the minimum wage must no longer be based solely on the development of
491 collective bargaining agreements. Instead, we want to enshrine in law that the minimum wage
492 must protect people from poverty and can therefore rise significantly above the development
493 of collective bargaining. At the same time, representatives of the scientific community
494 should be given the right to vote in the Minimum Wage Commission.

495 We want to **regulate temporary agency work** more strongly; the same pay should apply to
496 temporary workers from the first day on as to the permanent workforce, as well as an
497 additional flexibility premium. We want to **abolish unfounded time limits**. We call for an
498 **effective equal pay law** with the right of collective action for equal pay for equal work and
499 work of equal value. Our aim is to **convert mini-jobs into employment subject to social**
500 **security contributions** and to ensure that contributions are coordinated through taxes,
501 contributions and social benefits in such a way that gainful employment always pays off. At
502 the same time, the burden of taxes and levies must not rise by leaps and bounds. And we
503 argue in favour of upgrading professions that are still mostly practised by women today, for
504 example in education, care or the health system, and paying them better. We want **work on**
505 **call** to no longer be possible when activities can be carried out under normal working
506 conditions, for example through the use of work-time accounts.

507 We want to adapt the regulation of labour to the **challenge of digitisation**. To this end, we
508 want to regulate the demarcation criteria between dependent and self-employed employment in

509 a clearer and more practical way and redefine the concept of "employee". The aim is, on the
510 one hand, to create greater planning security for the self-employed and, on the other hand,
511 to prevent bogus self-employment. At the same time, it is necessary to protect self-employed
512 persons who are not otherwise covered against poverty in old age. In order for this to
513 succeed, we want them to participate in the solidarity system of pension insurance by
514 introducing a citizens' insurance scheme. In order not to overburden them financially, we
515 are in favour of flexibility in the payment of contributions. We will also sound out in
516 which sectors and areas of self-employment legal protection mechanisms such as minimum
fees,

517 fee regulations and pay-as-you-go procedures are necessary and practically possible. At the
518 same time, we are committed to ensuring that the principles of planning security, minimum
519 income and social security are taken into account when public authorities award contracts to
520 self-employed persons.

521 Digitisation offers great potential to further **reduce working hours**, better reconcile them
522 with other spheres of life and redistribute work, both gainful and care-related. It is
523 particularly important to us that there is also a fairer division of gainful and care-
524 related work between the sexes. Digitisation will also make it easier for employees to work
525 from home or on the move in different places (coworking spaces, etc.). We will introduce
526 rules for a right to home office and mobile work, taking into account that there are
527 professions where this is not feasible.

528 Home office and the possibility of working on the move can contribute to a better
529 reconciliation of family and career. However, neither may lead to career opportunities being
530 impaired or to a disconnection from the rest of the workforce, or from operational processes
531 or further training measures. Employees in the home office, on the road or at changing
532 places of work (coworking spaces, etc.) must be protected with regard to occupational safety

533 just as much as when working at a permanent company site. There must be no compulsion to
534 work at home or on the move. When work fits better into life, employees are more productive,
535 less stressed and more committed. The growing demand for skilled workers can also be better
536 managed in this way.

537 At the same time, automation and robotization relieves us of monotonous and repetitive
538 tasks. We welcome this as an opportunity to reduce human labour. However, this may not lead
539 to a further increase in inequality. We want to politically ensure that the gains in
540 prosperity attained by digitisation are distributed fairly.

541 We do not need more availability of workers around the clock. To protect health, even in the
542 digital age we need a limit on the maximum daily working hours and sufficient rest periods
543 without interruption, as provided for in the Working Time Act. We want to take advantage of
544 the opportunities offered by digitisation and create more sovereignty over time for
545 employees, and we call for a **selected period of between 30 and 40** hours per week,
because

546 this would allow 30-hour jobs to be recognised as full-time jobs. This redefines full-time
547 work and transforms it into a working time corridor and distributes work more fairly. Even
548 in the case of flexible working hours, care must be taken to ensure that every hour worked
549 by the employee is credited to the working time account. This also applies to overtime. At
550 the same time, it is clear to us that every human being deserves a dignified life, which is
551 why in the future we want to decouple the need to secure one's existence from hourly wages.

552 The right of part-time employees to return to their previous number of hours is necessary so
553 that they can get off to a full start again in their careers. The part-time work bridge
554 introduced by the grand coalition exclusively for large companies falls far short of meeting
555 these requirements. Due to the restrictions, the majority of employees (especially women)
556 will not be able to claim the right to return to full-time. In many companies there is still
557 a pronounced culture of attendance in which long presence at the workplace is considered a
558 special performance criterion. We want companies to develop in a different direction: It is
559 a great relief, especially for people who look after children or relatives, when meetings
560 take place between 9 am and 3 pm.

561 It is also important, especially for parents, that models such as job sharing and part-time
562 leadership are possible. So that not only those people who are available around the clock
563 are always promoted, and at the same time those who perform care work, especially women,
564 still end up in the "once part-time always part-time trap". As a first step, we want to use
565 incentives to ensure that companies develop along these lines and also use the power in
566 public procurement to promote such companies.

567 We also want half the positions in management positions in companies to be filled by women,
568 which is why we need **binding quotas for women on supervisory boards** and comparable
569 regulations for management boards. For supervisory boards, we demand a 40 percent quota for
570 all 3,500 listed or co-determined companies and the possibility of sanctions if this is not
571 adhered to. After all, the quota is not a burden for the economy, but an opportunity to
572 really get the best brains in management positions. Digitisation also makes it easier for
573 employees to work from home. We will therefore introduce the right to a home office.

574 Including employees in prosperity

575 Improved **employee participation in companies** can counteract both a shortage of skilled
576 workers and an unequal development of wealth. It is a way of improving the participation of
577 the population in society's productive assets. So far, however, we have been at the bottom
578 of the European league when it comes to employee participation. We therefore want to
579 significantly increase the tax allowance for the transfer of employee shareholdings. We also
580 want to create a platform to make examples of successful participation models more
581 accessible and to provide interested companies with more information.

582 Diversity as a competitive advantage

583 Appreciation of **diversity in the workplace** improves individual participation in the
584 workplace and promotes equal opportunities and performance. Diversity in the workplace
585 encompasses all facets: The diversity of the sexes, sexual orientation and gender identity,
586 the inclusion of people with disabilities, the diversity of cultures, religions and social
587 origins. Companies with a diverse workforce are generally more **productive, more creative**
and
588 **thus more successful economically as well.**

589 We are committed to strengthening and better coordinating the efforts of private and public
590 employers. For the private sector, we want to strengthen this through the exchange of
591 experience and information, moderated and promoted by the Federal Ministry of Economic
592 Affairs and Energy and the Federal Ministry of Labour and Social Affairs. We are campaigning
593 for even more companies and public bodies to adopt to the **Charter of Diversity**. In the 21st
594 century, we expect modern and innovative companies to assume a modern and professional
595 approach to diversity: Through **diversity and equality strategies**, through diversity-based
596 training programmes, especially for managers, and through clear complaint and intervention
597 structures in the event of discrimination and sexualised violence. Public service and public
598 enterprises must set a good example. This requires inclusive, fair and **discrimination-**
599 **sensitive application and selection procedures**. We want to work to ensure that
anonymous

600 application procedures are generally used in the public sector and in state-owned companies.
601 They lead to more equal opportunities and lower bureaucratic costs.

602 The prohibition of discrimination must also apply to employees of companies owned by
603 religious communities. Conduct outside the workplace by employees of a church, religious or
604 philosophical community, e.g. remarried and LGBTQ people, whose work does not include the
605 area of proclamation, may not suffer any consequences according to labour law, such as
606 dismissal. We therefore want to narrow down the exceptions for religious and philosophical
607 communities and thus make individual rights much more applicable.

608 **6. Enabling a new founding age**

609 Many **small and medium-sized enterprises(SMEs)** are driving ecological change and are
already
610 in the black with green ideas. They are creating new jobs that will continue to exist
611 tomorrow. We want to support them with a fiscal research bonus, take advantage of the
612 opportunities offered by resource-saving and low-emission products and processes and relieve
613 them with simpler depreciation regulations, simplifications in VAT and good conditions for
614 employee participation. In regions undergoing structural change, we want to **strengthen**
615 **regional economic development** so that local companies can quickly meet the new market

616 requirements. Small and medium-sized enterprises in the **trades** are particularly
617 indispensable. They are implementing the energy revolution, ensuring professional thermal
618 insulation is installed and are regional partners for agriculture. In order to make the
619 trades more attractive again, we are relying on stronger collective bargaining and industry-
620 specific minimum remuneration. Trade enterprises should be given more advice, support and
621 assistance in the training and recruitment of trainees. By making a **legal claim to a fast**
622 **broadband Internet connection**, we will ensure that the trades are also online in rural
623 areas.

624 Promoting female founders

625 We need a new wave of founders. No good idea should fail due to a lack of equity. We
626 therefore call for a rapid introduction of unbureaucratic start-up capital, which guarantees
627 founders a one-off amount of up to a maximum of 25,000 euros, subject to a performance
628 audit. The start-up capital is to be disbursed as interest-free government loan. The
629 repayment takes place flexibly and orients itself on the profits of the respective
630 enterprise. We want to update the criteria for the Exist Start-up Scholarship and take
631 better account of the diversity of the start-up teams as well as ecological and social
632 innovations.

633 Women are successful founders, but underrepresented in company start-ups. According to the
634 Female Founder Monitor, only 15 percent of start-ups in Germany are founded by women. At
635 such a low rate, Germany misses out on a huge potential of innovative companies. As a rule,
636 public funds tend to reach male rather than female founders, which is why we want to make
637 the diversity of the founding team an evaluation criterion for the allocation of public
638 funds. **We therefore propose to create a government-funded venture capital fund**
aimed only at

639 **female entrepreneurs**. Ireland has had good experience with this model. After a period of
640 five years, it should be checked whether the fund had a lasting effect. In addition, tailor-
641 made training and coaching measures for women seeking to set up, develop or take over small
642 businesses should be financially supported, as should networking organisations. Such
643 platforms can be used to learn from each other, to jointly develop and implement new
644 business ideas or interests.

645 Every fifth founder, both male and female, has an immigration history. The migrant economy
646 has become an important economic factor. Throughout Germany, companies run by people with
647 a

647 migration history now account for around 20 percent of all companies. In some regions of the
648 country, the figure is significantly higher. They thus make a decisive contribution to
649 economic development. We want to remove the hurdles in all instruments of business and
650 start-up promotion for people with a migration background. Funding may not depend on a
651 passport or personal background; information must be offered in different languages and we
652 want to create a tailor-made advisory service for the migrant economy.

653 Through the public procurement of products and services, the state is an important driving
654 force for the economy. By awarding contracts, the public sector can serve as an active role
655 model and steering function, strengthen a sustainable economy and promote innovation. We
656 want procurement procedures to be designed in such a way **that the federal government**
takes

657 **greater account of start-ups and younger companies, new technologies and**

innovative business

658 **models in its public procurement and tendering procedures.** To this end, procurement
659 procedures must be streamlined and speeded up, including the prompt settlement of public-
660 sector obligations and speedy decision-making procedures, so that start-ups, with
661 comparatively short planning horizons, can also assert themselves over established
662 companies. Requests for tender should also be published in an SME-friendly manner.

663 We demand **start-up centres** similar to the French Station F, which provides founders with the
664 necessary working space. We call for two years' exemption from reporting obligations that
665 are not absolutely necessary, and we want to enable start-up advice and support from a
666 single source in "one-stop shops" so that start-ups have time to start up. Spin-offs from
667 universities and cooperations between founders are to be promoted through better advice and
668 support. Today's start-up support is strongly tailored to technology-oriented start-ups. We
669 want to make the existing funding instruments more neutral and thus promote, for example,
670 socially oriented companies or the creative industries more strongly than in the past.

671 We want to **open up** voluntary **unemployment insurance** to **self-employed persons** to a
large
672 extent and ensure that self-employed persons who are not otherwise covered are included in
673 the statutory pension insurance. And we also need a culture of failure in Germany.
674 Insolvency law must be designed in such a way that it enables new beginnings to be made more
675 quickly.

676 We want to introduce a **European Start-up Pass** for the most promising start-ups. This should
677 give them the opportunity to participate in all European start-up funding programmes and to
678 receive support from incubators. They will also receive broad support in the form of
679 information and advice on the legal situation and patents, as well as simplified visas for
680 foreign start-up staff. In addition to a European start-up visa, foreign start-ups are to be
681 offered advice and financial support so that they can settle in Europe.

682 Making administration more efficient and cooperative

683 At the same time, public administration can become more innovative and cooperative. We
684 therefore call for a **German GovTech programme** based on the Danish model. Our goal is
complete
685 electronic processing in the administration. This saves companies, citizens and the
686 administration a lot of time and money.

687 We want to align regulations consistently with the protection of ecological and social
688 protection goals. In particular, we want to relieve smaller companies and SMEs of
689 unnecessary regulation. We want to completely suspend certain regulations for the start-up
690 phase of a company. We want to **speed up approval procedures.** The decisive factor here is
to
691 provide for participation procedures at an early planning stage and to provide the
692 authorities with sufficient resources (e.g. personnel) for rapid planning.

693 Embracing risk

694 We can not only be technologically excellent, but also be able to transform breakthrough
695 technologies into new business models, markets, services and products. Funding opportunities

696 and networks for start-ups and young companies can make the difference between a good idea
697 on the flipchart and a globally successful company.

698 **Start-up funding** needs start-up financing and strong financing in the growth phase. We want
699 to trigger a wave of investment in the venture capital market with a **public fund for the**
700 **future**. As a kind of silent partner, this fund will provide young and growing start-ups with
701 the necessary equity capital. This prevents our start-ups from being dependent on foreign
702 investors, from being bought up and from having their technological know-how transferred
703 abroad. We want to provide companies with subsidies in the form of equity capital wherever
704 possible. If start-ups are sold at a later date, the funds will be paid for by the buyer.

705 The fund is to be provided with equity capital and then borrow further capital cheaply on
706 the financial market. Its profits are to be invested in their entirety to increase the
707 company's own capital. The future fund is to be managed politically independently. Our
708 independently managed citizen fund for a stable and profitable investment opportunity should
709 be able to invest in the future fund and also be able to finance other investments in the
710 venture capital sector. By separating the future fund from the citizens' fund, we prevent
711 problematic conflicts of interest between industrial policy objectives and the citizens'
712 fund.

713 Crowdfunding can also - especially if reward-based - open up new sources of financing for
714 young companies. We want to ensure that public funding for start-ups and research can be
715 combined with crowdfunding.

716 Good conditions for good ideas are also created by the European internal market with over
717 500 million people participating. The EU venture capital market is currently fragmented into
718 many small national markets. We want to coordinate and harmonise national support
719 instruments. In particular, we want to set up European venture capital funds that focus on
720 financing innovations in strategic areas such as resource efficiency, IT security or
721 administrative modernisation (Govtech). The structures should be set up in such a way that
722 not all member states have to participate immediately, but individual member states can also
723 join forces for such venture capital funds.

724 In doing so, we also want to create incentives to enhance not only the ecological potential
725 of digitisation, but also its social potential. Start-ups and digital ecosystems can help us
726 achieve environmental and social goals through new technologies and business models. We
727 GREENS want technological progress that can be measured by its ecological and social effects
728 (SDGs).

729 **7. Becoming digital no. 1**

730 Digitisation holds enormous potential for greater resource efficiency and the minimisation
731 of transport routes and storage through the establishment of decentralised production and
732 supply structures. Global networking and the free exchange of production knowledge for the
733 manufacture of welfare-boosting products and services are also crucial. We want to promote
734 this exchange of knowledge in a targeted manner.

735 At the same time, digitisation is presenting us with enormous challenges due to the expected
736 high consumption of energy and rare resources. Without fundamental intervention in the
737 current production pattern, digitisation will intensify the overexploitation of nature and
738 society – super activism on speed.!

739 The digital transformation must therefore be shaped socio-ecologically. To this end, the
740 influence of multinational oligopolies must be limited in favour of self-determination and
741 local entrepreneurship. We want to support countries that are not yet industrialized to use
742 the possibilities of digitisation to skip over the early phase of industrialisation as far
743 as possible.

744 We advocate a policy of **European technological sovereignty** and call for a strong European
745 digital infrastructure. Instead of having to choose between Amazon or Alibaba for cloud
746 services, for example, we want to build our own European cloud infrastructure. This should
747 provide our companies with an efficient and secure alternative to American and Chinese
748 providers.

749 Our priority here is to **strengthen the European semiconductor industry** - a key
technological
750 sector. We are intensifying cooperation in the area of research and development at the
751 European level and strengthening the clusters on a sustainable basis. Particular attention
752 must also be paid to the reuse of resources. In Eastern Germany, we have one of the largest
753 semiconductor production sites in Europe. We want to build on this strength by promoting the
754 research and development of ultra-efficient chips and strengthening the microelectronics
755 cluster in Dresden.

756 Diversity and openness rather than digital monopolies

757 Digitisation has produced data-based platform business models with a tendency towards
758 monopoly. Competition and modern consumer protection require that the **principles of**
759 **interoperability** - as we know them from mobile telephony - also apply to online services.
760 What is now taken for granted for telephone, SMS and e-mail, for example, must also be
761 guaranteed for messenger services or social networks, namely being able to communicate and
762 switch easily between providers and platforms.

763 Large digital corporations must also comply with European regulatory law. That is why we
764 advocate **fair taxation of large digital corporations**, which has so far been prevented by
the
765 federal government.

766 Infrastructures are a public task. This principle, which is taken for granted in electricity
767 networks or roads, must be renegotiated in the digital domain. If, for example, Google
768 exploits its dominant position in mobile phone operating systems or Amazon its dominant
769 position in sales via the marketplace, we must put a stop to this. We will **protect local**
770 **retailers** from unfair dumping competition from Amazon and Co. The goal is to **make**
privatized

771 **marketplaces accessible to the public again**. We will also regulate the fees for platforms
772 with far-reaching market power so that the profits of small companies cannot be siphoned off
773 by the platform operators.

774 Google and Facebook now dominate the online advertising market. Hardly any company can
775 afford not to advertise its own products online via them. Such an oligopoly must be
776 regulated. We want to create a **legal basis for online advertising** in Europe.

777 Standardizing the data-driven economy

778 We want to create a uniform European legal framework for data-driven business models. Data
779 is a key resource in the digital world, especially for technologies such as artificial
780 intelligence. We want to leverage these resources and advocate the anonymous provision of
781 public data in order to create new innovations and business models. **Open data is the
primary**

782 **prerequisite** for start-ups, companies and research institutions, but also civil society, to
783 be able to use this wealth of data for the development of innovative technologies and the
784 provision of public services. The federal government has a leading role to play here that it
785 has not yet assumed. It must set an example and lead the way in innovations and new
786 technological solutions in the public sector.

787 However, we must also ensure that anonymous data cannot subsequently be assigned to
788 individual persons by linking to other information. As long as this cannot be guaranteed,
789 there must be no further obligations for the exchange of data. Under no circumstances should
790 deanonymised data become the basis of business models or government forecasts, because
this

791 would deeply interfere with people's fundamental rights. To that end, we want more research
792 and standard setting on the anonymisation of data and on the use of synthetic data, as well
793 as clear regulations against deanonymisation, which also include prohibitions under criminal
794 law.

795 Particularly in the industrial sector, new approaches are needed to ensure the legally
796 secure cooperative use of non-personal or non-personal data, for example from development
797 and manufacturing processes, especially in the interests of small and medium-sized
798 enterprises. This can be achieved by creating clear legal requirements for cooperative and
799 decentralised data pools and data trust models, which are organised on a fiduciary basis in
800 accordance with clear legal requirements and enable a joint use of this data that can be
801 verified by the antitrust authorities. We want to develop appropriate options for fiduciary
802 models or approaches for data donations, for example from individuals, as soon as possible
803 together with the relevant players and initiate the first model projects.

804 We want to counter the reality of global data monopolies of a few corporations and the
805 escalating digital monitoring and evaluation of data by government agencies with tight data
806 protection controls and international regulation. Just as we were able to strengthen our
807 European legal framework in the digital world with the General Data Protection Regulation,
808 which others must adhere to, we also want to establish ethical, social and security policy
809 **principles for intelligent machines and algorithmic decision-making systems** at the EU
level.

810 These include rules regarding liability, transparency, non-discrimination and verifiability
811 of algorithmic decisions as well as essential IT security standards.

812 Using IT for green goals

813 We want to use digitisation to further combine economy and ecology. Digitisation creates
814 enormous opportunities for eco-efficiency and recycling. To that end, we want an EU funding
815 programme that is exclusively dedicated to the **ecological potential of digitisation** and
816 promotes eco-efficiency in companies. Digitisation can contribute to the ecological
817 transformation of our society. If we do not act, however, there is a risk that digitisation
818 will become a driver of the climate crisis and environmental destruction. At present,
819 valuable raw materials are increasingly being used for digitisation, and the energy

820 requirements for digital processes are growing massively every year. According to experts,
821 digital energy demand will exceed global energy production by 2040 unless we change course.

822 As part of the energy system transformation, we want to promote **low-energy IT technology**
823 and

823 launch a European "Green IT" strategy. We are also committed to green IT criteria for public
824 procurement and a label for energy-efficient, sustainable data centres. Digitisation in
825 particular also offers considerable potential for climate protection and for saving
826 greenhouse gases and resources.

827 By 2030 digitisation alone could reduce global CO2 emissions by 20 percent compared with
828 current forecasts. Studies estimate energy savings of 15 to 20 percent from building climate
829 management systems. IT-controlled process optimisation could reduce industrial energy
830 consumption by 25 to 30 percent by intelligently networking machines. We want to make
831 consistent use of this potential.

832 For large companies, it has long been taken for granted that video conferencing often
833 replaces travel by train or plane. This saves time and money, takes the strain off employees
834 and protects the environment at the same time. Home office regulations ensure that commuting

835 and thus CO2 emissions can be reduced. With the self-propelled cars of tomorrow, networking,
836 car sharing and additional flexible public transport services, especially in rural areas,
837 offer the opportunity to replace many individual travels with cars. Digitisation can support
838 the energy revolution in the form of intelligent networks or help to optimise transport
839 chains and prevent empty transports, for example.

840 IT-security for industry

841 We urgently need a comprehensive package to strengthen the IT security of our industry. This
842 includes the establishment of a **European research network for IT security**, in which the
843 National Research Centre in Darmstadt will become an integral part in order to promote the
844 development of technologies and industrial capabilities in the field of IT security. In
845 addition, we want to introduce an EU-wide certification system for products and services
846 recognized in all member states, as well as comprehensive consulting services.

847 **8. Developing tomorrow's technology**

848 In order to lead Germany into the future as a business location, we must also set the right
849 framework conditions for research, development and education. Innovations are created in
850 ecosystems that are characterised by cooperation, trans- and interdisciplinarity and
851 creativity. The aim is to promote cooperation, to break up work in isolated specialist
852 communities, to share knowledge and to move seamlessly from invention to implementation.

853 We therefore call for **more** research platforms in which universities, independent research
854 institutes, civil society organisations, individual interested parties and companies in
855 particular can participate, cooperate with each other, exchange knowledge and develop
856 creativity. In addition, real laboratories and experimental spaces in research are a
857 suitable instrument for jointly developing ground-breaking new innovations and testing their
858 implementation. "Horizon Europe" will be strengthened to promote inter- and
859 transdisciplinary research. In addition, a separate funding line is to be set up for the
860 development of new technologies and technology assessment.

861 Every technology in use today is based on publicly-funded basic research. In Europe and
862 Germany, too, the public sector should invest massively, especially where markets fail: In
863 high-risk research, public infrastructure, leapfrog innovations. For this task of the
864 century, German and European funding programmes must become more ambitious, less risk-averse

865 and agiler. For us this is a matter of a targeted, proactive and **entrepreneurial state** that
866 takes entrepreneurial risks and, as a **lead investor**, creates an innovation-friendly
867 environment, for private companies and their ideas as well.

868 We attach particular importance to the freedom of research and teaching. Universities and in
869 particular basic research do not function according to entrepreneurial logic. Disruptive
870 innovations in particular can profit from this. Basic research without a view to direct
871 (economic) usability is just as important and necessary as research programmes on pressing
872 social issues. This is why we are committed to solid basic funding and democratic self-
873 organisation of universities as well as scientific freedom.

874 Investing in technologies of the future and the digital infrastructure

875 European cooperation is a prerequisite for meeting the challenges of the 21st century with
876 regard to technology and societal change in the context of the climate crisis. We therefore
877 want to again invest intensively in Europe as a location for knowledge and innovation and
878 increase the funds of the **forthcoming European Research Framework Programme to 120 billion**

879 euros. In doing so, we want to establish a powerful follow-up programme to “Horizon 2020”
880 that promotes basic research and scientific freedom in an interdisciplinary and
881 transdisciplinary way, knowing full well that a society needs technical and orientation
882 knowledge in order to successfully cope with the future.

883 It therefore remains a mistake that the federal government has not accepted and seriously
884 pursued the proposals made by the French President to establish a **European agency for**
885 **leapfrog innovations and a Franco-German AI centre**. Instead, the grand coalition has
886 established a national agency for leapfrog innovations. We demand that this should now at
887 least be closely interlinked with the European institutions and initiatives. In addition,
888 the planned 500,000 euros in funding for a virtual Franco-German AI network are far too
889 little to bring together the best researchers and actually establish synergies.

890 A **fast network** is the basis for everything - industry, mobility, agriculture, digital
891 management, participation, economic success. For companies, broadband expansion is a strong

892 factor in location. And it is often the rural regions in particular that are cut off from
893 the fast Internet. We are a long way from the nationwide basic service promised by the
894 federal government. There are considerable gaps in investment for the digital infrastructure
895 for fibre optics and 5G mobile communications.

896 We are guided by the supplier principle in the establishment of the 5G networks. We
897 therefore call for the publication of the results of studies already carried out on the
898 effects of 5G financed in whole or in part by public funds and call on companies to publish
899 their own studies in full. We support the review and, if necessary, development of suitable
900 test and measurement procedures on the effects of high-frequency transmitters and receivers
901 above 20 GHz and the establishment of binding limit values by the Federal Office for

902 Radiation Protection. We are committed to EU-wide coordination on these issues and call for
903 as uniform a procedure as possible in the member states.

904 We need solid financing to ensure that the fibre optic roll-out moves ahead quickly and that
905 fast Internet access is available to every building (FTTB) in the country. To this end, we
906 want to set up public broadband companies for fibre-optic expansion in rural areas, to which
907 the federal government will contribute at least the proceeds from the sale of its Telekom
908 shares. In addition, when it comes to network regulation, especially new frequency tenders,
909 we will ensure that network operators sign hard commitments to supply even remote rural
910 regions.

911 New paths in research and development

912 We need a strong science to solve the questions of the future. That's why we want to support
913 science in digitising. The free accessibility, lucidity and comprehensibility of knowledge
914 is a central building block for an innovative economy that is at the same time oriented on
915 the common good. We want to promote free content (in research and teaching), in particular
916 open access publications, and research data (Open Science Data), while taking data
917 protection into account. We want to promote scientific initiatives, communicate results
918 broadly to society and facilitate access to and comprehensibility of knowledge via creative
919 and new communicative channels. In addition to lectures, citizen science and science slams,
920 (research) museums, real laboratories and public events at research institutions form
921 important bridges between citizens and researchers.

922 SMEs are to be given a greater role in the research, development and innovation offensive,
923 which we want to support through tax incentives for research and development. We also want
924 to make basic innovations widely available and promote open source solutions for them,
925 especially if they are developed by public research institutions. We find it important to
926 take greater account of NGOs and other civil society players in research concerns. To that
927 end, we need, for example, more real laboratories and a broader public dialogue in
928 formulating research questions.

929 A fair design of the international legal system must prevent patents and other intellectual
930 property rights (e.g. on HIV preparations, seeds or traded knowledge) from being used in a
931 socially harmful way and hindering economic development. Investments from third countries
932 must contribute to the development of local knowledge and higher-quality shares in global
933 value creation. As many as possible of these technologies should be developed in forms of
934 open knowledge (open design, open source, open data, creative commons) and made available
935 to everybody.

936 **9. Equivalent living conditions in east and west, urban and rural**

937 Together we can ensure that city and country, structurally weak and economically strong
938 regions do not drift further apart. In German municipalities, there is a public investment
939 gap of 138 billion euros in infrastructure. So much money is lacking in child-care
940 facilities, roads, bridges and playgrounds just to preserve what exists. Many municipalities
941 cannot finance this. This means that we do not fulfil our commitment to equal living
942 conditions everywhere in the country, especially in structurally weak regions, particularly
943 in eastern Germany.

944 The federal government and the states should be put in a position to better support
 945 structurally weak regions so that basic regional services are guaranteed everywhere. This
 946 can be achieved through a new joint task "Basic regional services ". We also want to create
 947 competence agencies to support local authorities in planning investments and accessing
 948 subsidies. Support across all regions often means that stronger regions, because of their
 949 functioning infrastructure and administration, are the first to apply for and receive
 950 funding, while weaker regions then lose out. We want to focus support on regions that are
 951 truly structurally weak, taking gender aspects into account when designing basic regional
 952 services. The best support will not help if the funds do not get to where they are intended
 953 to be effective.

954 We want to align the current funding from its project orientation to processes so that local
 955 projects are secured in the long term and the commitment of local residents is sustainably
 956 promoted. In addition, an **old debt fund** is to open up new opportunities for municipalities
 957 with high levels of old debt by allowing the federal government to assume part of the debt,
 958 but also by taking the responsibility of the federal states into account, as well as the
 959 fact that some state governments have already done this on their own. The federal government
 960 can finance itself at very low - at the moment even negative - interest rates, and thus give
 961 the municipalities air to breathe again. In addition, we will relieve the municipalities of
 962 the burden of social spending and examine how the states and municipalities can improve
 963 their debt management and benefit from the favourable interest conditions of the federal
 964 government. We want to realign **regional economic development** and focus more on regions
 that
 965 have to cope with major structural changes. The decisive factor in attracting companies to
 966 the region is not the money from the state, but an excellent infrastructure and well-trained
 967 local specialists. If there is no data highway, no company will settle there today.

968 For the Lausitz, for example, this means that you can get to Cottbus quickly from the small
 969 towns, and from Cottbus quickly by train to Berlin, Wrocław or Warsaw. Fast Internet and the
 970 digital office would make it possible to live in the Mecklenburg Lake District with a
 971 workplace in Berlin. Good rail connections would allow the occasional, fast trip to the
 972 company. We want to **strengthen the regional centres** and make them anchor points in
 regions

973 with a wide range of public and cultural services. In border regions, we also want to make
 974 this cross-border and European. We also want to establish or expand universities and
 975 universities of applied sciences, because they can organise the transfer of knowledge to the
 976 local economy. At the same time, well-educated students bring their own business ideas with
 977 them or are future specialists for the local economy. This can also motivate young
 978 immigrants to move to the Uckermark or East Saxony, for example.

979 **10. Benefiting from the strength of the single European market with a joint industrial** 980 **strategy**

981 The core of a good industrial policy lies in strengthening one's own innovative strength,
 982 not in defending against competition. Nevertheless, it is important that Germany and Europe
 983 develop fair rules and then enforce them internally and externally.

984 The **European single market** is the largest common economic area in the world. No large
 global

985 company can afford not to be present in this huge market. We must use the European internal
986 market to reinforce democracy, the rule of law and fair rules of the game, rather than
987 allowing ourselves to be divided by national interests.

988 Anyone who wants to play in the European market must follow the European rules. We have
989 shown how this works with the General Data Protection Regulation. Either companies abide by
990 it or they are denied access to the market. The GDPR is now making an international career.

991 The European Union, as a strong and united player, must develop common standards for a
992 sustainable economy - instead of being the recipient of the strategic choices of others. If
993 the USA relies on financial market-driven capitalism and China on authoritarian state
994 capitalism, then we do not have to decide, but give a European answer: with a **Green New
Deal**

995 **for the social-ecological market economy.**

996 Europe needs a **common industrial policy** whose core lies in strengthening its own
innovative

997 strength and enforcing fair rules for the economy - both internally and externally. Its
998 goals and instruments should be geared to the need for a social-ecological transformation of
999 the economy. In this way, the European single market can become the lead market for the
1000 world, not least because of its size.

1001 An industrial strategy to reinforce innovation and sustainability

1002 **An industrial strategy** must first and foremost actively promote innovation in Germany and
1003 Europe, for example through regulatory guardrails and public contracts that stimulate demand
1004 for new technologies. In particular, it should support the ecological transformation of the
1005 economy through measures such as a long-term climate protection strategy, a Europe-wide
1006 minimum price for CO₂, or the promotion of industrial lighthouse projects with the aim of
1007 reducing greenhouse gas emissions in energy-intensive sectors. Financial markets must be
1008 regulated in such a way that sustainable investments pay off and are not disadvantaged.
1009 European investment programmes must also be geared towards sustainability.

1010 An industrial strategy should also ensure that European forces are concentrated in
1011 artificial intelligence and that public investments are made in European common goods, such
1012 as transport, telecommunications and energy infrastructure. We reject unlawful tax evasion
1013 and tax fraud, because companies must also participate appropriately in the financing of
1014 public tasks. Fair working conditions, minimum social security standards and European
1015 reinsurance for national unemployment insurance systems must also be part of such a social-
1016 ecological industrial strategy.

1017 Combating biases in competition

1018 A European industrial strategy must ensure fair competition on the European market vis-à-vis
1019 state-subsidised monopolists from China and unregulated digital corporations from the USA,
1020 for example by further developing anti-dumping and anti-subsidy instruments, reforming the
1021 WTO and sharpening the rules in antitrust law. The European Union must also be able to
1022 penalise biases in competition in public contracts more severely. One way could be to create
1023 possibilities in procurement law to add a surcharge to bids from countries that subsidise
1024 their companies and to take high labour and environmental standards into account even for
1025 non-EU bidders. In the medium term, the principle of reciprocity should apply to third

1026 countries in order to achieve a level playing field. A European response is also needed to
1027 the question of how to deal with the situation where, for example, Chinese companies buy up
1028 European companies and then grant them de facto free loans, thereby distorting competition.

1029 Control of critical infrastructure

1030 Foreign direct investment in **key technologies and critical infrastructure** should be better
1031 monitored. The new European screening mechanism for direct investment should be integrated
1032 into the German foreign trade directive and applied consistently. Because if we no longer
1033 have control over our critical infrastructure, we have a huge security problem, are
1034 dependent and in the worst case can be subjected to extortion.

1035 Progressive digitisation makes it necessary to better monitor foreign direct investment in
1036 **key technologies and to safeguard critical infrastructure.**

1037 The new European screening mechanism for direct investments should be integrated into the
1038 German foreign trade order and applied consistently. Secure digital infrastructures have
1039 long been systemically relevant. With a view to the concrete decision on 5G, we note that
1040 Huawei has not yet fulfilled the criteria of the IT security catalogue currently available
1041 and may therefore not be approved, at least in networks that are particularly relevant to
1042 security. The discussion has shown how great the failures of the federal government are,
1043 especially when it comes to the protection of particularly critical infrastructures. It has
1044 shown that there is still an urgent need for clear legal requirements for the use and
1045 verifiability of hardware and software, new liability regulations, the increased use of open
1046 source and open hardware and independent supervisory structures - far away from individual
1047 providers and even for European companies. This is the only way can we achieve the goal of
1048 effectively increasing IT security, reducing dependencies on individual providers and
1049 pursuing digital sovereignty for Europe's citizens and businesses.

1050 Regulatory power for social-ecological goals

1051 We Europeans should also set rules globally and put our entire European weight into the
1052 balance. Anyone who wants to sell products in Europe must produce fairly. Production must be
1053 in line with the Paris climate objectives. Human and labour rights and the protection of the
1054 environment must be respected. This requires trade agreements that make ecological and
1055 social standards enforceable against trading partners and a **supply chain law** that makes
1056 transparency and human rights due diligence legally binding on companies. We want to
promote

1057 the use of new technologies that make the intermediate stages in the production process
1058 comprehensible. For example, we prevent products from being sold whose semi-finished
1059 products were manufactured with child labour in Africa.

1060 Making the Euro a key currency

1061 Hardly any other country in the EU benefits as much from the common European currency.
1062 Instead of celebrating itself as an exporting nation, Germany should therefore invest
1063 particularly in strengthening the eurozone for the benefit and prosperity of all. Europe's
1064 economic strength will depend centrally on whether we **complete monetary union**. So far,
we

1065 have relied almost entirely on the European Central Bank to handle the difficult tasks. This
1066 cannot continue. What is more, a monetary union cannot function well in the long term

without macroeconomic compensation mechanisms. That is why we want a **common fiscal policy**

for the eurozone, which can take courageous countermeasures during a downturn, stabilise the economy and finance European common goods. Common budget investments should be used for

European common goods such as climate protection, the expansion of renewable energies, communications and the Internet, or rail infrastructure. Such a eurozone budget, which stabilises and invests, should cover at least one percent of the economic output of the participating states in order to be macroeconomically effective. It could also be financed through Europe-wide taxes such as a digital corporate tax, a financial transaction tax or part of a harmonised European corporate income tax.

Hardly any other country in the EU benefits so much from the common European currency. Instead of celebrating itself as an exporting nation, Germany should therefore invest particularly in strengthening the euro zone for the good and prosperity of all. The completion of monetary union requires not only a common fiscal policy, but firstly a large market for secure European bonds and secondly a credible framework for joint crisis management. For the expansion of the pan-European infrastructure, such as cross-border electricity or rail networks, it **makes sense to create common European bonds** that can be used to finance part of these investments through loans within the framework of the eurozone budget and, in the long term, even the EU budget. In this way, we can succeed in turning the **euro into** a global reserve currency. This is not just a question of economic stability; it is also a central question of European sovereignty and our ability to act in foreign policy.

At the same time, we want to ensure that Europe can resolve its crises itself. To that end, we want to develop the European Stability Mechanism ESM into a fully-fledged **European Monetary Fund**, enshrine it in EU law and subject it to democratic co-determination and control by the European Parliament. To combat crises effectively, the banking union must also be completed. In this way, we can ensure that banks will in future be run in a uniform, European manner and not at the taxpayers' expense. To that end, we need, on the one hand, a credible settlement regimen including robust ultimate collateral for the common settlement fund. On the other hand, we need a **common European deposit guarantee**. It should be structured as reinsurance, so that the European guarantee only intervenes when the national guarantee is overstretched. The German savings banks and cooperative banks can thus continue

to rely on their proven institutional guarantee systems. In the end, Germany in particular should make a much greater contribution to the good functioning of the eurozone with its own fiscal policy.

To **compensate for macroeconomic imbalances** within Europe and strengthen European demand,

Germany must actively reduce its excessive current account surplus and give its European partners more room to breathe and must not return to a one-sided and divisive austerity policy. To achieve this, we in Germany want to ensure fair wages, especially at the lower end of the income scale, and boost investment. At the EU level, we advocate the introduction of European unemployment reinsurance as an automatic stabiliser.

11. Fair competition instead of power economics

1107 Competition is the basis of the market economy and the engine of progress. A strong
1108 antitrust law that ensures fair competition and limits the concentration of economic power
1109 is essential not only for the economy, but also for the functioning of democracy. It keeps
1110 markets open and ensures that the best idea prevails and not always the top dog. If there is
1111 no competition, monopolists can make high profits at the expense of consumers and hinder
1112 start-ups in their development. Excessive market concentration goes hand in hand with the
1113 concentration of wealth and increases inequality. And those who control markets can also
1114 exercise political control and determine the rules of the game. The **competition law needs an**

1115 **update**. Digital business models change business relationships and competitive dynamics.
1116 Users pay for many services on the Internet not with money, but with data. Network effects
1117 turn individual platforms into giants with huge data resources. They can abuse their market
1118 power to lower data protection regulations, dictate prices to business partners or boot out
1119 competitors.

1120 We want to **strictly regulate** dominant **digital platforms**. If they deny other companies
access
1121 to the market or demand absurd conditions, the antitrust authorities must take tough action.
1122 If European competition policy is to meet the demands of the 21st century, we need an
1123 **independent European antitrust authority** with adequate resources and personnel. Under
the
1124 umbrella of this cartel office, a European digital supervisory authority is to be
1125 established which functions as a political early warning system for critical concentrations
1126 of market power and consumer-damaging behaviour, in particular regulating large platform
1127 markets and natural, digital monopolies, and can impose cooperation and transparency
1128 obligations that have proven their worth by sanctions.

1129 Today, the anti-trust authorities have to prove abuse of a dominant position in order to
1130 unbundle a company. As a rule, this is hardly possible. We therefore advocate that companies
1131 can also be split up independently of an abuse if their market power becomes too great and a
1132 problem for the economy and society. The Facebook monopoly, for example, is such a case. We
1133 want to **unbundle Instagram, Facebook and WhatsApp again**. By transferring the
principles of
1134 interoperability, which are now taken for granted for telephone, SMS and mail, to messenger
1135 services, we want to make it easier for new providers to enter the market and spark
1136 competition for the best data protection regulations.

1137 We GREENS want competition law to be applied in accordance with the European treaties.
1138 Environmental protection and the promotion of sustainable development must be taken into
1139 account. The mergers of Bayer, Monsanto and other agrochemical groups, for example, pose
1140 problems not only for competition but also for the environment. The consequences are a lack
1141 of variety, the use of pesticides and the extinction of species.

1142 In addition, the High Representative for Foreign Affairs and Security Policy should be
1143 involved in merger control and asked for a security policy assessment.

1144 If you want fair competition, you have to take **effective legal action against infringements**.
1145 The exhaust scandal has once again shown how companies try to circumvent fair competition
by
1146 fraud. We GREENS want to strictly punish such behaviour, which is harmful to the common

1147good. We want a legal regulation that makes it easier to prosecute and sanction crimes
1148committed by companies. The state must consistently enforce its laws and regulations.
1149Furthermore, loopholes identified in the law should be closed. The exhaust scandal is also
1150an example of the fact that it does not always do this - because it was made possible only
1151through years of cronyism between the car industry, supervisory authorities and politicians.
1152And in order to reveal the influence of lobbyists and interest groups on the Bundestag, we
1153want to establish a **mandatory public lobby register**. Those who, as whistle-blowers,
uncover
1154unethical or punishable behaviour in the economy act in the interest of the common good and
1155need legal protection against sanctions and economic disadvantages. In order for such abuses
1156to be detected and remedied at an early stage, we also need clear and secure reporting
1157channels for whistle-blowers. We want to set up such secure and anonymous reporting channels

1158for digital and analogue data at public supervisory and law enforcement agencies and make
1159them known.

1160So far there has been no financial compensation in Germany and Europe for those affected by
1161the diesel scandal. It is often far too difficult for individuals to enforce the applicable
1162law. Airlines, for example, refuse to comply with compensation claims. Even under our
1163pressure, we have succeeded in making it possible for the first time in Germany to bring
1164model declaratory litigation. They are, however, inadequate, because each party still has to
1165sue individually. That is why we finally want to make class actions possible in order to
1166spread the risk of litigation over many shoulders.

1167**12. Creating a fair world trade and monetary order**

1168Our aim is to **re-regulate globalisation**. Recent years have shown that unregulated
1169globalisation leads to the exploitation of people and the environment and accelerates the
1170destruction of our livelihoods. The gains in wealth from international trade are unequally
1171distributed. Right-wing extremists and nationalists use the justified criticism of
1172undesirable developments in globalisation to propagate a relapse into nationalism. That is
1173the wrong response. We oppose this with a liberal and cosmopolitan response. Properly used,
1174a good trade policy can strike a balance between environmental protection, climate
1175protection, human rights, workers' rights and economic interests. And in that manner
1176maintain the competitiveness of companies, create justice in the global South and combat
1177disenchantment with democracy. But we also need a Global Green New Deal. After all, our
1178economies and our ecosystems are interdependent. In a globalised world, not only are crises
1179global, solutions must also be global. That doesn't mean waiting until others take the lead.
1180The prosperous and technologically highly developed countries in particular must pave the
1181way for a green change on a global scale.

1182Europe has something to offer with the largest single market in the world - and we want to
1183combine that offer with a clear call for progressive policy. Access to our markets is only
1184granted if minimum social and environmental standards are met. This will have a positive
1185impact on workers worldwide. If governments want to take economic policy measures to comply

1186with the Paris Climate Convention, the UN Human Rights Conventions or the objectives of
1187Agenda 2030, these must not be made more difficult or even counteracted by trade agreements

1188or investment protection suits. Part of contracts should be that all trading partners
1189undertake to impose a human rights due diligence obligation on the companies operating or
1190headquartered in them in accordance with the UN Guiding Principles for Business and Human
1191Rights.

1192But for that we need a **reorientation of EU trade policy**. The Mercosur Agreement, which the
1193EU wants to conclude with Brazil, among others, is the last fatal example of an agenda that
1194focuses on liberalisation and deregulation. We criticise the highly problematic corporate
1195arbitration tribunals in agreements such as TTIP, CETA or JEFTA, which, on the other hand,
1196do not contain effective mechanisms for protecting the climate, the environment, human
1197rights and workers or consumers. The burning Amazon shows us this fatal logic more than
1198clearly, because the trade facilitation for beef agreed between the EU and the Mercosur
1199states acts like a fire accelerant for the rainforest. We want an **import ban on agricultural**
1200**products from cleared areas of the Amazon and on palm oil from the Indonesian**
rainforest.

1201Meanwhile, more and more European governments are realising that the sustainability clauses
1202in the agreement are toothless and do not offer sufficient protection for the climate, the
1203rainforest or the indigenous peoples living there, as there is no effective sanction
1204mechanism through which trade facilitation could be revoked.

1205**We GREENS reject this agreement as well as CETA and JEFTA in their present form,**
because

1206despite individual improvements, they do not fulfil the conditions of fair trade. That is
1207why we want the German government to work in the council for a halt to the ratification of
1208the current Mercosur Agreement and for renegotiations with a new mandate. In addition, it is
1209time for an **alliance for fair trade** - building on the corrections that have already been
1210made following extensive criticism, particularly by civil society, and which have also
1211prompted some European governments to reconsider.

1212The EU should focus first and foremost on reforms of multilateral trade rules and on a
1213**common plurilateral treaty** that establishes global standards for fair, open, gender-
1214equitable and ecological trade with the aim of making globalisation fair. Bilateral trade
1215agreements can be intermediate steps. For this, however, they must be open to other trading
1216partners and designed in such a way that they can be integrated into a global world trade
1217system. In future, the focus must be on trade liberalisation that has a positive impact on
1218sustainable development.

1219Strong rules for fair markets are at the core of trade agreements. This includes key
1220international agreements such as the ILO core labour standards or the Paris Climate
1221Protection Agreement. Trade facilitation could thus also be revoked if, for example, a
1222trading partner were to terminate the Paris Climate Treaty or fail to comply with its
1223objectives. The same applies to violations of human rights and non-compliance with minimum
1224standards for the environment and labour.

1225We want to apply the **supply principle** to the protection of the environment and consumers in
1226all parts of trade agreements. Parliaments may not be circumvented or weakened by rules on
1227regulatory cooperation in trade agreements. Fair trade policy gives states, regions and
1228municipalities the freedom to organise and regulate services as they see fit.

1229 Instead of unilateral special litigation rights for private investors (ISDS/ICS), we
1230 advocate for a **permanent international commercial court**, before which those affected
1231 can

1231 also sue if companies violate investor obligations in the area of fundamental human rights,
1232 social or environmental standards. The underlying rules, which allow corporate lawsuits,
1233 must be narrowly limited in order to exclude for instance lawsuits against fracking bans or
1234 the nuclear phase-out.

1235 Introducing a supply-chain law

1236 To ensure that human rights and the environment are no longer neglected in international
1237 supply chains, we want to introduce statutory regulations on transparency and due diligence
1238 for companies. This means that the EU must enforce traceable deforestation-free supply
1239 chains on a binding basis. For example, if international treaties and obligations are
1240 breached, an import ban can be imposed on agricultural products such as soya and beef from
1241 cleared areas of the Amazon. In public procurement, Germany should set a good example by
1242 purchasing only products from supply chains that are demonstrably deforestation-free.

1243 We want to hold transnational companies **operating in Germany** liable if they are involved in
1244 human rights violations within their production and resource chains. **If companies have**
1245 **demonstrably acted negligently or deliberately ignored their duty of care, those**
1246 **affected**

1246 **should be able to sue them under civil law in Germany.** The example of France shows
1247 that this

1247 is possible. Companies must comply with minimum social and ecological standards along their
1248 supply chains and, above all, these must be transparent so that it is clear under what
1249 conditions products were produced. Wars, human rights violations and exploitation may not be
1250 financed by products sold in the EU. We do not want to see products that do not meet minimum
1251 social and environmental standards on our supermarket shelves. We want a consistent
1252 implementation of the UN's guiding principles for business and human rights.

1253 And we expect the German government to finally participate actively in the UN Binding Treaty
1254 process, which aims to hold transnational corporations and other business enterprises
1255 accountable for human rights abuses.

1256 We demand that social and ecological standards for companies that import products into the
1257 EU be enshrined in legally binding form in all EU trade agreements. For example, we ensure
1258 that smartphones whose raw materials were dug up with child labour in the Congo, jeans whose

1259 production poisoned rivers in Bangladesh or beef from cleared areas of the Amazon no longer
1260 reach the European market. The resulting import restrictions ensure that the market power of
1261 the world's largest single market ensures that environmental and social improvements are
1262 implemented internationally along the supply chain.

1263 Not trading at the expense of the most impoverished

1264 Development opportunities for economically weaker countries must be increased rather than
1265 reduced through trade agreements. These include effective clauses to protect sensitive
1266 economic sectors, permission for export taxes on raw materials, promotion of regional
1267 integration, technology transfer and appropriate taxation of economic activity. Human rights
1268 and development opportunities must take precedence over pure trade interests. That is why a

1269 certain asymmetry in the form of treaties is in the interests of economically weaker
1270 countries, but also in our own interest.

1271 The industrialised countries in particular will benefit economically, peace policy and
1272 climate policy from a stable development in the global South that will give people
1273 opportunities, prospects and education. The economic partnership agreements are
1274 counterproductive in this respect. At the same time, we demand that the EU lower or abolish
1275 its tariffs on processed products from developing countries in order to promote local
1276 production. We want to promote the regional integration of developing countries. And we
1277 prefer the World Trade Organisation and multilateral agreements to bilateral trade
1278 agreements, because otherwise the interests of poorer countries in particular could fall by
1279 the wayside.

1280 Development opportunities for raw material-producing countries

1281 The extraction, processing and use of mineral resources also involves development
1282 opportunities for the countries that extract the raw materials. The disproportionate
1283 consumption of raw materials in the industrialized countries does not give us the right to
1284 disproportionate access. Only fair distribution can guarantee a peaceful long-term future.
1285 That is why we rely on **international and cooperative solutions**. The extraction of raw
1286 materials is often accompanied by serious violations of human rights. The EU regulation on
1287 conflict minerals will go into effect in 2021 and is an important step towards curbing the
1288 worst crimes. We are committed to extending the regulation, because so far only a few raw
1289 materials have been covered. At the same time, there are also benefits if access to and
1290 trade in raw materials is stable and long-term. The prerequisite for this is that the human
1291 rights, security, environmental and democratic consequences are taken into account and that
1292 standards are set for them. These must start at various levels: in the country of origin,
1293 among investors and companies, in the consumer country and at the international level.

1294 Creating a secure and stable world monetary order

1295 After the international monetary system "Bretton Woods" was abandoned in the 1970s - it
1296 regulated international financial and exchange rate relations - the states were not prepared
1297 to establish a new common order. Instead, the major industrial nations allowed their
1298 exchange rates to fluctuate freely to a large extent, and the international financial
1299 institutions advocated unrestricted international capital and financial flows. Since then,
1300 regular currency and financial crises have shaken the world and, above all, less developed
1301 countries have been repeatedly set back in their development by speculative capital flows.
1302 At the same time, global trade imbalances have exploded and represent a new source of
1303 instability. We want to stimulate an international **discussion on a new system of stabilised**
1304 **exchange rates within the framework of the G20**. We are convinced that we can only curb
1305 speculation, promote development and trade and reduce trade imbalances in this manner.

1306 **For the world's poorest countries**, public development finance is of major importance. We
are

1307 striving for a world monetary order that not only enables wealthy countries to finance long-
1308 term investments reliably in the long term. To that end, short-term, speculative financial
1309 flows must be regulated, made more expensive and, if necessary, banned. We must protect
1310 ourselves against speculative attacks on nations and their currencies. This requires global
1311 public institutions. But no short-term successes are to be expected here. Nevertheless, in

1312order to bring about change quickly, we want the European Central Bank to take into account
1313the effects of its policies on developing countries and to support them. It should be able
1314to come to the aid of developing countries that come under pressure from unjustified
1315currency speculation, provided such assistance is compatible with monetary policy
1316objectives. For example, currency swap agreements or Article 219 of the Treaty on the
1317Functioning of the European Union (TFEU) could be used to define exchange rate policies.

1318Global transformation means massive investment, especially in poorer countries. Providing
1319these investments in a sustainable, social-ecological and local way must be a central tenet
1320of the global financing architecture.

1321The multilateral financial institutions **IMF, World Bank** and regional development banks can
1322play a decisive role in achieving the sustainability development goals (SDGs) and the global
1323social-ecological transformation. We want to grant countries reliable access to financing
1324for transformation processes. At the same time, the global community must enable burden
1325sharing for global commons (such as climate, biodiversity, forests) in the sense of "common
1326but differentiated responsibility". At present, this includes specifically aligning its
1327commitment to the Paris Climate Agreement. We may not release them from their responsibility

1328to contribute to a stable, sustainable and poverty-reducing global financial architecture.

1329In order not to turn the necessary loans into financial boomerangs, an orderly state
1330insolvency procedure is needed in the event of over-indebtedness in foreign currency. Only a
1331system that balances the interests of creditors and debtors will lead to an adequate supply
1332of credit and a sustainable solution to over-indebtedness crises. Current governance and
1333debt management play a central role in this. Just as corrupt debtor governments may not be
1334rewarded subsequently for bad investments through debt relief, through collectively agreed
1335rules "vulture funds" must be denied the right to sue for debts.

1336We are actively engaged against tax revenues and for a sustainable financing of the common
1337good. A large number of poorer countries are "net lenders" against all logic - that is, the
1338money lost to them through capital and tax evasion exceeds the sum of direct investments,
1339remittances and development payments. We therefore support an aggressive approach against
1340organised exploitation via tax havens and banking secrecy. We must also support countries in
1341building sound tax systems.

1342**13. Stable and sustainable financial markets and safe investments**

1343The financial sector should be a central basis for enabling real economic activities and
1344thus the diversity of our lifestyles. Today, it often does not perform this positive
1345function. We therefore need clear and effective rules that focus the global financial market
1346architecture on this task. These include payments, lending, savings, investment finance,
1347hedging and international trade support. The aim is to safeguard its function as a service
1348provider for all population groups and to promote the ability of the state to handle
1349financial services ("financial inclusion").

1350Banks and financial markets should serve to offer citizens attractive savings opportunities
1351and finance investments. With appropriate regulations and a comprehensive financial
1352transaction tax, we want to make purely speculative transactions and, above all, high-
1353frequency trading unattractive. We want to use unused assets in so-called dormant accounts
1354to create a fund that invests specifically in sustainable and social innovations, as long as

1355there are no inheritance claims. To that end, we need a data-protection-compliant procedure
1356for determining these accounts, the credit of which would otherwise pass into the possession
1357of the banks.

1358Locally operating small and medium-sized banks in Germany, and increasingly in the rest of
1359the EU as well, ensure the supply of credit for most companies. In Germany, the three-pillar
1360model of savings banks, cooperative banks and private banks has proven its worth. That is
1361why we want to **strengthen the local bank principle throughout Europe**. Public banks are
1362particularly committed to the common good and should play a pioneering role in non-financial
1363reporting on social, ecological and economic factors. Savings banks should draw up public
1364service reports and become more transparent with regard to the disclosure of salaries.

1365Small banks would be relieved of a burden by a regulatory system consisting of clear, hard
1366but much fewer complex rules. Our European **debt brake for banks** - an unweighted equity
ratio
1367of ten percent - ensures that sufficient safety margins are in place. Systemically important
1368banks subject to ECB banking supervision must also build up additional capital that is
1369geared to the risk of the business model. In addition, all banks are required to make a
1370higher percentage contribution to the deposit protection fund, taking into account the size
1371and risk of the bank's balance sheet. Big banks must become smaller. They will no longer be
1372able to endanger the financial system through an effective segregation banking system, high
1373capital requirements and a complete banking union. Rescuing banks with taxpayers' money will
1374then become a thing of the past.

1375With the possibilities of digitisation, new players can emerge or grow on the financial
1376markets. For many, they make financial and payment transactions simpler and faster and offer
1377new investment opportunities. We want to create clear competition rules in which neither
1378banks nor large tech companies can use their dominant position to hinder unwelcome
1379competitors or innovations. The introduction of an **e-euro** offers opportunities for payment
1380transactions and new, innovative services. This electronic currency, introduced by the
1381central banks of the Eurosystem, will also serve as a simple, secure and convenient means of
1382payment for many people in their everyday lives. **Private money** such as the Libra planned by
1383Facebook, on the other hand, would not solve a problem, but would potentially create many
1384new ones. We reject the suppression of small companies by the currency of a corporate group,
1385the accumulation of payment transaction data in a company that already has problematic data
1386power and we reject the erosion of the state money and currency monopoly and will not allow
1387Libra.

1388**Insurance companies and pension funds** are currently experiencing financial problems
because

1389their interest rate expectations have not been fulfilled. The grand coalition has repeatedly
1390introduced measures to solve the insurers' crisis unilaterally at the expense of clients. We
1391firmly reject this policy. In the event of an insurance crisis, we will ensure fair burden
1392sharing between the owners of the companies and the clients. The volume of the Protektor
1393protection fund is far too small in the event of a crisis. To remedy this, the volume of the
1394fund must be significantly increased. A European reinsurance system should also be
1395introduced. Furthermore, we will no longer allow companies to resell insurance contracts
1396without the client's consent.

1397 **Financial advice** must fundamentally change. Today, commissions mean that investors are not

1398 recommended the proper products, but those with the highest commissions. With the gradual
1399 transition to fee-based consulting - the client no longer pays the advice indirectly via the
1400 commission, but directly to the consultant, the product being cheaper - the quality of the
1401 advice will improve and the career profile of the consultants will change. As an
1402 intermediate step, financial institutions are to provide contracts with premium calculations
1403 including and excluding commissions.

1404 The **financial sector** is crucial for more climate protection. Climate risks that are dormant
1405 in corporate and bank balance sheets should be taken into account when rating agencies and
1406 financial market regulators assess them, for example through climate stress tests for banks
1407 and insurance companies or through surcharges on capital requirements for financing that
1408 involves high climate and environmental risks. Public-sector financial institutions in
1409 particular, such as German and European development institutions, but also public-sector
1410 savings banks, must put an end to their investments in coal, oil and gas groups that do
1411 business at the expense of the climate. In addition, government guarantees in export
1412 promotion must be in line with the Paris Climate Agreement.

1413 The European Central Bank can also make a contribution to climate protection. It should take
1414 climate change objectives into account when deciding which assets to accept as collateral
1415 and which to purchase as part of the quantitative easing.

1416 A citizens' fund for stable and profitable investment opportunities

1417 So that the population in Germany can benefit more from the economic profits of the economy,
1418 we propose setting up a **citizens' fund**. It is intended to ensure that all citizens, even
1419 those whose incomes are too small to be able to participate in shares, real estate or other
1420 assets, are able to take part in gains in wealth. Every citizen automatically pays a certain
1421 portion of their income into the citizens' funds. In this way, we ensure a high investment
1422 sum for the fund and thus reduce administrative costs. But those who prefer other forms of
1423 investment can simply opt out of paying into the citizens' funds. In order to avoid
1424 Riester's mistakes, the fund will not grant interest guarantees because they reduce the
1425 return. Instead, we will ensure security through a broadly diversified, sustainable and
1426 long-term investment strategy. The citizens' funds therefore offers people who have small
1427 savings a low-risk and, above all, extremely inexpensive form of investment. The economy
1428 will also benefit from this fund. Because there is a desired side effect: The capital is not
1429 driven by an expectation of short-term returns but is committed to sustainable investment
1430 development.

1431 **14. Strengthening public welfare-oriented companies**

1432 In the field of social and technical infrastructure (health, education, energy, water,
1433 transport), which provides basic goods and services for the lives of citizens, the public
1434 sector has an important role to play. We reject the privatisation of public companies in the
1435 field of public services, and we want to limit the spread of commercial institutions. We
1436 also need to strengthen the public interest orientation of companies.

1437 Many companies are already committed to ecological and social goals. More and more
companies

1438 are binding these social goals parallel to their economic success. We will systematically

strengthen this economic citizens' movement. **Our goal is to create a wave of new cooperatives and socially and ecologically inspired companies.** At the same time, we also

want to make a legal form of company possible that allows a complete asset-lock, so that the company is no longer held by asset owners but rather by responsibility owners.

We will systematically open up public financing programmes for business development, information services for entrepreneurs and advisory services for businesses to all companies. We also want to strengthen cooperatives, social start-ups and associations that are economically active.

Companies in the social and solidarity-based economy need attractive legal forms. In cooperation with the cooperative associations, we want to make a simplified, **generally understandable model statutes for cooperatives** widely accessible. We will relieve small cooperatives of the relevant requirements of commercial law. The revision of the legal forms should make it possible for companies in the solidarity-based economy to become more visible and thus better represented in Germany and Europe. In future, social cooperatives should no longer be hampered by a de facto ban on combining paid and voluntary work. We want to exempt

profits placed in a legal reserve from corporation and trade tax. In this way we strengthen the equity base and investment capacity of cooperatives. At the European level, we advocate a label for products from the social and solidarity-based economy. Organisations that do not aim to make a profit, need inexpensive financing. We want to make this available to social enterprises, for example through loan programmes from the public development banks.

In this way we support the promotion of cooperative and regional forms of enterprise and thus strengthen local economic structures. In this way, we promote closer relationships between consumers and producers and regionalise value chains.

At the same time, the **citizens' energy cooperatives** must be relieved of their regulatory shackles so that they can once again become powerful players in the energy shift. We want to translate the EU directive on the single electricity market into German law in such a business-friendly way that citizen energy is comprehensively strengthened. In the case of tenant electricity, we want to abolish obstructive price targets in order to make decentralised investments in renewables possible.

Many companies are committed to the common-wealth economy. We also want companies owned by

the German government to draw up **public-economy balance sheets** or to report on social-ecological criteria integrated into the financial report on an equal footing with the financial criteria. We want to embed in European and German law an anchoring of social-ecological balance sheets or the integrated balancing of social-ecological criteria beyond the CSR (Corporate Social Responsibility) guidelines. Even today's profit-oriented legal forms such as stock corporations should be able by majority vote to set themselves other goals in the future than maximizing profits without being exposed to the risk that minority shareholders will sue them.

15. Financing investments soundly and fairly

We want to **significantly increase public investment**. A country in which every eighth of its 40,000 bridges is dilapidated, which invests less money in education than almost all its

neighbours, which is notorious for its dead spots instead of famous for its smartphones, such a country lives from fading substance. It will take time to turn the political indications to reason. It is therefore all the more important to start now. Investments create public goods. They cost money, but if they invest in the right things for the future, they create prosperity. Every expenditure that the state makes in this way leads to income in the economy and jobs are created. For every euro, which we invest wisely, our economic performance can increase by much more than a euro. A stronger investment policy will also be geared towards intergenerational justice, because future generations will not benefit if, in a few decades' time, they are left with a black zero, but also with a poor infrastructure with a massive investment backlog.

We want to finance these investments by eliminating misguided incentives, reallocating funds and making targeted investments possible through loans. We distinguish between one-off investments and permanent expenditures. These permanent expenditures, for example for education and justice, are essential for social balance and cohesion in society. We want to finance these permanent expenditures through current tax revenues, fairer taxation of wealth and to combat tax fraud and avoidance.

So far, investment programmes have also failed due to a lack of capacity in the construction industry or in the planning departments of public services. Our investment policy is therefore reliable and long-term, so that both the private construction industry and the public sector can build up more capacity again. We invest sustainably and on a long-term basis.

Establishing investment companies

Many investments create valuable assets with which revenues can be generated. A power line generates revenue from the electricity that passes through it. The same applies analogously to charging infrastructure for electric cars, broadband for the Internet and much more. In order to carry out these investments efficiently, we will bundle them in public investment companies, use these companies to finance and stringently manage the investments. In this way we will create sustainable value for the next generation that also pays off economically, especially in times of zero interest rates and sometimes even negative interest rates.

The constitutional regulations on the debt constraints provide that the indebtedness of **government-owned companies** such as the railways, housing associations or public hospitals

are not included in the debt constraints. The same applies to the new investment companies to be founded. We will therefore provide them with sufficient equity from the investment fund to enable them, like any private company, to raise additional capital on the financial market themselves. The federal government provides a state guarantee for this borrowing. For example, the federal government could set up a new charging pillar company, allow the Federal Agency for Real Estate Tasks for New Housing Construction and Building Renovation to take out a loan and raise the debt limit for Deutsche Bahn. **Good governance** and democratic participation should ensure transparency and control. The government must be able to control, and the decisions and the use of funds must be transparent for parliament and the public. We want to exclude the privatisation of these companies permanently so that public assets remain public.

1523Combining sovereign debt limitation with infrastructure investments

1524It was right for Germany to set itself rules that would ensure that there would be no
1525excessive public debt. Together with the monetary policy of the European Central Bank, they
1526have helped to curb debt. In Germany, the debt ratio has thus fallen from 80 percent to
1527below 60 percent of economic output. We want to maintain this success.

1528But debt is not only budget debt. If we do not invest now in education, innovation and
1529research and in climate protection measures, we will lose our future prosperity. Moreover,
1530the financial markets, which always need secure investment opportunities such as government
1531bonds, would no longer function stably if the debt level were to fall because they lack
1532secure investment opportunities. **We therefore want to further develop the debt**

constraints

1533**within the framework of the European stability criteria and link it to a binding**
investment

1534**rule.** If the federal government invests more than its assets lose in value - i.e. if it
1535creates new value - it should be able to finance this by offering new bonds. **Public**
1536**investments should be at least high enough to ensure that public assets move at**
least in

1537**line with economic output less wear and tear and loss in value.**

1538For Germany, this option is tied to the fact that the public debt ratio is below the
1539Maastricht mark of 60 percent of GDP and the structural deficit amounts to a maximum of one
1540percent of economic output, in line with European requirements. These restrictions ensure
1541that the debt ratio would fall even further. This is all the more true as it creates
1542additional demand and thus economic development. Particularly in the event of an impending
1543downturn, we believe that this option makes more sense than flat-rate tax increases or
1544expenditure cuts, for these would exacerbate the downturn even further. That would be the
1545opposite of a sustainable fiscal policy.

1546Our proposal would allow the federal government to borrow an average of around 35 billion
1547euros a year. We want to transfer these funds to a **federal investment fund** which, as a
1548special fund in the federal budget, is not subject to the annual considerations of the
1549budget. It can then invest for a specific purpose and also have a stronger anti-cyclical
1550effect. In order to secure and cleanly implement the investment fund, we are striving to
1551amend the Basic Law.

1552In order to optimally manage national debt and investments, Länder and municipalities
1553receive a binding agreed share from the federal investment fund, in which all Länder
1554participate and can decide for themselves for which of the specified investment purposes
1555they use the funds.

1556It is true that the Maastricht criteria also limit public debt at the European level. In the
1557forthcoming reform, we want to improve the incentives for public investment within the
1558framework of the Stability and Growth Pact. For example, investment expenditures can be
1559written off over several years in the calculation of deficit ratios in a similar way to
1560private investment. In this way, we strengthen public investment, especially in times of
1561economic downturn. We also support efforts to transform the European Investment Bank into a
1562bank for investment in social-ecological transformation and are committed to a stronger
1563European budget. Together, we are making better and faster progress in climate protection,

1564innovation and social cohesion. In return, we are also prepared to defend a greater German
1565contribution to this European added value.

15661 In our proposal "Action - now", we describe in detail our action plan for radically
1567realistic and cross-sectoral climate protection.

Handeln – und zwar jetzt! Maßnahmen für ein klimaneutrales Land

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: WKF Wirtschaft, Klima, Finanzen

Antragstext

- 1 "Wenn wir jetzt versagen, werden unsere Kinder uns nicht verzeihen."[\[1\]](#)
- 2 Mit diesen Worten verpflichtete sich die Weltgemeinschaft 2015 in Paris, die Erhitzung des
- 3 Planeten bis zum Ende des Jahrhunderts auf "deutlich unter zwei Grad, möglichst 1,5 Grad" zu
- 4 halten und ab der zweiten Hälfte des Jahrhunderts nur noch so viel Treibhausgase
- 5 auszustoßen, wie das natürliche Ökosystem aufnehmen kann. Die Industriestaaten sind
- 6 verpflichtet, voranzuschreiten und schneller klimaneutral zu werden.
- 7 Doch das Gegenteil ist passiert. Zu Recht demonstrieren weltweit Millionen Menschen auf der
- 8 Straße für den Schutz der Erde. Denn der Ausstoß von Treibhausgasen[\[2\]](#) ist weltweit
- 9 ungebrochen. Mehr als 36 Milliarden Tonnen CO₂ emittiert unsere noch immer auf fossilen
- 10 Energien wie Kohle, Öl und Gas basierende Weltwirtschaft jedes Jahr. Deutschland liegt dabei
- 11 im Vergleich der am meisten CO₂-produzierenden Länder an sechster Stelle. Allein auf
- 12 Deutschland entfallen rund 800 Millionen Tonnen CO₂. Wir haben auch heute noch einen
- 13 doppelt
- 14 so hohen CO₂-Fußabdruck wie der weltweite Durchschnitt.
- 15 Seit Beginn der Industrialisierung ist Deutschland für fast fünf Prozent der
- 16 Treibhausgasemissionen verantwortlich, bei einem heutigen Anteil an der Weltbevölkerung von
- 17 lediglich 1,1 Prozent. Diese Emissionen heizen die Atmosphäre immer weiter auf und vermüllen
- 18 unsere Erde. Die Klimakrise spitzt sich dramatisch zu. Die vergangenen vier Jahre waren
- 19 weltweit die wärmsten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Bereits jetzt ist die globale
- 20 Durchschnittstemperatur im Vergleich zum vorindustriellen Niveau um etwa ein Grad[\[3\]](#)
- 21 angestiegen. Die Eisschilde schmelzen immer schneller und der Anstieg des Meeresspiegels
- 22 verdoppelt sich. Werden die für das Weltklimasystem sensiblen Kipppunkte erreicht, steuert
- 23 die Erde auf eine Erhitzung von vier und mehr Grad zu.
- 24 Der Sonderbericht des Weltklimarats 2018 hat verdeutlicht, dass bei zwei Grad globaler
- 25 Erwärmung - im Vergleich zu 1,5 Grad - Kipppunkte im Klimasystem überschritten werden
- 26 können, über 99% aller Korallenriffe absterben und hunderte Millionen Menschen unter
- 27 schweren Klimafolgen zu leiden haben werden. Zerstörte Infrastrukturen, Nahrungs- und
- 28 Wassermangel, politische und soziale Instabilität, Ressourcenkonflikte, Flucht, Vertreibung
- 29 und Krankheiten sind die Folgen.
- 30 Am stärksten von der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen betroffen sind die Ärmsten
- 31 der Armen, die sie am wenigsten verursacht haben, sich am wenigsten dagegen schützen und
- 32 aufbegehren können. Im Globalen Süden sind viele Menschen aufgrund von Dürren oder
- 33 Meeresspiegelanstiegen bereits jetzt gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Dies zeigt die

historische Verantwortung Deutschlands und der Industrienationen gegenüber dem Rest der Welt, der wir uns jetzt konsequent stellen müssen. **Die Klimakrise ist auch eine soziale Krise - sie spitzt Verteilungskonflikte und Machtverhältnisse zu und verstärkt damit insbesondere im Globalen Süden, aber auch innerhalb von Europa bestehende Ungerechtigkeiten.**

Auch in Deutschland ist die Klimakrise angekommen. Am stärksten betroffen sind Kinder, kranke und alte Menschen sowie ärmere Menschen. Erhöhte Sterblichkeit und Erkrankungshäufigkeit in extremen Hitzeperioden sind eine brisante Entwicklung. Auch unsere Felder und Wälder leiden. Mehr als 180.000 Hektar Waldfläche, das entspricht 250.000 Fußballfeldern, sind bereits durch die Klimaveränderung zerstört. Doch statt vier Jahre nach dem Pariser Abkommen endlich zu reagieren, verabschiedete die Bundesregierung nun ein Klimapaket, welches das 1,5-Grad-Limit endgültig beerdigt und selbst für einen 2-Grad-Pfad viel zu wenig ist. Damit wird Deutschland seiner internationalen Klimaverantwortung nicht gerecht. Denn gemäß dem Sachverständigenrat für Umweltfragen^[4] ergibt sich aus dem jüngsten

Sonderbericht des UN-Weltklimarats IPCC für uns bei gleichmäßiger Aufteilung auf die Weltbevölkerung ein verbleibendes nationales Kohlenstoffbudget von 6.600 Millionen Tonnen CO₂ ab 2020^[5]. Bei fortdauernden Emissionen auf heutigem Niveau wäre das Budget in weniger

als neun Jahren verbraucht, bei einer linearen Reduktion rund um 2035. Ein längerer Zeitverlauf zur Treibhausgasneutralität bis 2050, wie auf europäischer Ebene angestrebt, erfordert überproportionale Reduktionserfolge in den nächsten Jahren.

Daran wird deutlich: Die Uhr tickt und wir müssen schnell und zügig umsteuern. Je rascher wir die Emissionen senken, desto länger reicht unser CO₂-Budget, um den Übergang in die klimaneutrale Gesellschaft gemeinsam gestalten zu können. Jedes weitere Jahr hingegen, in dem nichts getan wird, verschärft die Krise, da sich CO₂ in der Luft ansammelt und der Erhitzung der Atmosphäre weiter Vorschub leistet. Wir brauchen eine Radikalität, die sich in entschlossenem Handeln ausdrückt. Entsprechend der verschärften Dringlichkeit streben wir die Umsetzung rasch und effektiv wirkender Klimaschutzmaßnahmen und das Erreichen der Klimaneutralität Deutschlands so früh wie möglich an, um im Hier und Jetzt das möglich zu machen, was notwendig ist, um langfristige Ziele zu erreichen.

Jetzt wird über den EU-Haushalt für die kommenden Jahre entschieden. Jetzt wird entschieden, ob wir die europäische Landwirtschaftspolitik neu justieren. Es geht jetzt darum, den Ausbau des Schienenverkehrs voranzubringen. Jetzt müssen wir entscheiden, dass öffentliche Mittel für den Ausbau der Erneuerbare-Energien-Infrastruktur und nicht für Öl- und Gaspipelines ausgegeben werden. Es gilt jetzt zu entscheiden, wie wir aus Handelsabkommen mit gravierenden Auswirkungen auf das Klima rauskommen. Die EU muss als eine Hauptverursacherin

der Klimakrise ambitioniert vorangehen – jetzt! Europa hat die historische Verantwortung vorzumachen, wie das Wirtschaften in planetaren Grenzen demokratisch erreicht werden kann.

Der Aufbruch ins klimaneutrale Zeitalter lohnt sich

Wir sehen nie dagewesene Chancen für eine neue Lebensqualität und nachhaltigen Wohlstand. Die Herausforderungen sind jedoch ohne Zweifel enorm. Klimaschutz macht unsere Städte grüner, leiser, sauberer und sicherer. Er hilft, die Artenvielfalt zu bewahren. Er macht uns

73 unabhängig von russischem Gas, von Fracking und vom Öl. Klimaschutz eröffnet unseren
74 Unternehmen neue Geschäftsfelder. Er schafft neue Arbeitsplätze und sichert bestehende.

75 Ja, Klimaschutz kostet viel Geld. Aber es ist volkswirtschaftlich völlig klar, dass uns kein
76 Klimaschutz deutlich mehr kosten wird: Der Stern-Report machte bereits 2006 deutlich, dass
77 die jährlichen Kosten für Maßnahmen zur Stabilisierung der Treibhausgaskonzentration bei
78 etwa einem Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts liegen. Die jährlichen Kosten einer
79 ungebremsten Klimaerhitzung hingegen werden dem Verlust von mindestens fünf Prozent des
80 globalen Bruttoinlandsprodukts entsprechen. Wenn man eine breitere Palette von Risiken und
81 Einflüssen berücksichtigt, könnten die Schäden sogar auf 20 Prozent oder mehr ansteigen.

82 Zudem wird Klimaschutz enorme neue Werte schaffen: Wirtschaftsstudien sehen ein
83 Geschäftspotenzial von etwa elf Billionen Euro durch neue, digital-basierte klimafreundliche
84 Geschäftsmodelle im Jahr 2030. Die sozial-ökologischen Innovationen in allen Sektoren können
85 Europa zu deutlich mehr Wohlstand verhelfen, Schäden für Mensch und Umwelt verhindern und
86 einen intakten Planeten bewahren. Dafür müssen wir Wohlstand materiell und sozialökologisch
87 neu definieren. Die finanzielle Belastung durch die radikale Transformation, die in den
88 nächsten fünf Jahren auf die Spur gebracht werden muss, werden wir sozial gerecht
89 ausgestalten.

90 Wir müssen hier und heute eine erhebliche Transformation einleiten. Und wir werden das
91 nur gemeinsam als Gesellschaft schaffen. Die dafür notwendigen tiefgreifenden Änderungen
92 werden nicht für alle einfach. Arbeitsplätze werden wegfallen, neue werden entstehen.
93 Menschen werden neu lernen und sich verändern müssen, das ist nichts Neues. Deshalb ist eine

94 aktive politische Gestaltung dieser Veränderung ebenso wichtig wie ihre kluge soziale
95 Absicherung und ihre kulturelle und gesellschaftliche Balance. Klimaschutz erfordert eine
96 aktive Arbeitsmarkt- und Weiterbildungspolitik, eine sozial faire Rückerstattung der CO₂-
97 Bepreisung, eine kluge Regional- und Strukturpolitik. Und schließlich gilt: Die notwendigen
98 Veränderungen werden nur demokratisch gelingen, also wenn wir es schaffen, gemeinsam die
99 notwendigen Veränderungen und Handlungskonsequenzen anzugehen, neue Wege
100 auszuhandeln und so
101 die Menschen mit auf den Weg nehmen.

101 Am 20. September 2019 haben wir zwei Parallelwelten erlebt: Auf der einen Seite standen
102 weltweit mehrere Millionen Menschen, die für Klimaschutz auf die Straße gegangen sind. Wir
103 bringen uns in diese Klimagerechtigkeitsbewegung ein, die mit vielen unterschiedlichen
104 friedlichen Aktionsarten auf die drängenden Probleme hinweist, und begleiten auch Aktionen
105 zivilen Ungehorsams. Auf der anderen Seite sahen wir eine völlig ermüdete Koalition, die
106 nicht in der Lage war, mehr als Trippelschritte zu liefern.

107 Die Lücke zwischen wissenschaftlich Notwendigem und gesellschaftlich Möglichem auf der einen
108 und der politischen Realität auf der anderen Seite klafft immer weiter auseinander. In
109 dieser Situation liegt es gerade auch an uns, das Vertrauen einer ganzen Generation in die
110 Gestaltungs- und Handlungsfähigkeit der Politik zu erhalten. Demokratie zeigt gerade dort
111 ihre Stärke, wo es uns gelingt, radikale Umbrüche im Sinne der universellen Freiheit und
112 Gleichheit zu gestalten und die gesellschaftlichen Verhältnisse so zu verändern, dass wir
113 eine klimaneutrale Gesellschaft erreichen.

114 Für uns bedeutet das: Jetzt erst recht! Die Gesellschaft ist viel weiter als die deutsche
115 Bundesregierung. Wir starten einen neuen Anlauf in der Klimapolitik: Wir machen ein
116 politisches Angebot an all jene, die vorangehen wollen, von Fridays for Future über
117 Gewerkschaften, progressive Unternehmer*innen bis hin zu Klimakommunen, Kulturschaffenden

118 und allen, die sich noch anschließen wollen. Ihre Anliegen wollen wir im Dialog
119 weiterentwickeln und in die Parlamente tragen. Gemeinsam, im Bündnis und Solidarität mit
120 ihnen wollen wir die Wende in der Klimapolitik schaffen und die Chancen des Klimaschutzes
121 für mehr Gerechtigkeit und Zusammenhalt nutzen.

122 Ziel dieses Antrags und unserer Politik ist es, einen radikal realistischen und
123 sektorenübergreifenden Maßnahmenplan vorzulegen. Die entscheidende Messlatte ist dabei für
124 uns das nationale Klimabudget, also die Menge an Emissionen, die noch ausgestoßen werden
125 dürfen, um den deutschen Anteil am Pariser Abkommen einzuhalten; wissentlich, dass auch
126 Budgets nur modellhaft gerechnet sind und dass weder technologische noch gesellschaftliche
127 Entwicklungen linear verlaufen. Durch soziale und technologische Innovationen, die wir heute
128 noch gar nicht kennen können, werden unsere momentanen Annahmen selbstverständlich in
den

129 kommenden Jahren angepasst werden müssen. Aber wir widersprechen allen, die daraus
ableiten,

130 eigentlich müssen wir doch in der Gegenwart gar nichts tun, denn irgendwann kommt die
131 Wundertechnik, die alle unsere Probleme löst. Es ist genau umgekehrt: Positive Innovationen
132 und Eigeninitiative als Katalysatoren der Veränderung müssen durch Abschied vom Alten
133 überhaupt erst ermöglicht sowie gefördert und angereizt werden. Wir müssen jetzt schnell
134 loslaufen, damit wir eine Chance haben, auf dem Weg zu lernen.

135 Die Grundlage unseres Handelns sind das Pariser Klimaabkommen und der aktuelle Stand der
136 Klimawissenschaft. Wir werden auf dem weiteren Weg um jedes Zehntel Grad weniger
137 Erderhitzung kämpfen, um das 1,5-Grad-Ziel überhaupt noch erreichen zu können. Daran
138 orientieren wir unsere Politik. Es ist unsere Verantwortung, dass Deutschland seinen Teil
139 tut, damit die erforderliche Transformation in Schwung kommt. Wir müssen deshalb sowohl bei
140 uns entschiedenen Klimaschutz umsetzen als auch andere Länder beim Klimaschutz
unterstützen.

141 Klar ist: Die Menschen müssen diesen Weg zur Klimaneutralität unterstützen, sonst wird es
142 unmöglich sein, die vorgeschlagenen Maßnahmen umzusetzen. Wir erkennen dabei den
143 Klimanotstand an. Damit ist explizit keine juristische Grundlage für Notstandsmaßnahmen
144 gemeint, sondern ein politisches Zeichen verknüpft mit klimapolitischen Maßnahmen.

145 **1. Ein Klimaschutzgesetz für einen verbindlichen planungs- und ordnungsrechtlichen Rahmen**

146 Nur mit klar festgelegten Zielen und Zwischenzielen, verknüpft mit einem verbindlichen
147 Monitoring der Maßnahmen und Ergebnisse sowie verankerten Korrekturmechanismen bei
148 Zielverfehlung können wir wieder auf den erforderlichen Zielpfad von Paris beim Klimaschutz
149 kommen. Durch ein Klimaschutzgesetz müssen endlich Verbindlichkeiten innerhalb der
150 jeweiligen Sektoren und der zuständigen Ressorts festgeschrieben werden. Denn die
151 Verantwortung für das Erreichen der Klimaschutzziele kann nicht länger allein beim
152 Bundesumweltministerium liegen, sondern muss als Querschnitt der Regierung auch die

153 Ministerien, die zuständig sind für Verkehr, Landwirtschaft, Bauen und Wirtschaft in die
154 Pflicht nehmen. Was wir brauchen ist eine Klimaregierung.

155 Dazu gehört auch, dass wir Klimaschutz ins Grundgesetz schreiben. Wir möchten:

- 156 • die international vereinbarten Klimaschutzziele in die Verfassung aufnehmen,
- 157 • eine "CO₂-Bremse", die Transparenz und einklagbare Korrekturen klimaschädlicher
158 Politikvorhaben schafft, verbindlich in der Verfassung verankern. Jedes neue Gesetz
159 muss auf seine „Klimawirksamkeit“ überprüft werden ("climate mainstreaming"). Bei
160 Bedarf muss ein Klimavorbehalt dafür sorgen, dass klimafreundliche Alternativen oder
161 Ausgleichsmaßnahmen erarbeitet werden. So bekommt Klimaschutz endlich Priorität und
162 muss von allen stets mitgedacht werden.

163 Zudem wollen wir ein Klimaschutzgesetz, das den Rahmen für alle Klimaschutzmaßnahmen
bildet

164 und das sich bei allen Maßgaben auf ein verbleibendes Restbudget für CO₂ stützt, dem gemäß
165 wir die Ziele des Pariser Abkommens erreichen können. Wir wollen:

- 166 • klare Maßnahmen für alle Sektoren,
- 167 • klar festgelegte Ziele, Zwischenziele und CO₂-Minderungspfade für alle Sektoren mit
168 dem verbindlichen Ziel, das Pariser Klimaschutzabkommen zu erfüllen,
- 169 • dichte Kontrollen, ob die Maßnahmen wirken sowie empfindliche Sanktionen,
- 170 • gesetzliche Festlegung einer klimaneutralen öffentlichen Verwaltung.

171 Klare ordnungsrechtliche Maßnahmen müssen in einem Klimaschutzgesetz die zentrale Rolle
172 spielen. Alle großen umweltpolitischen Errungenschaften wurden über das Ordnungsrecht
173 erreicht. Zudem wäre es fatal, allein auf Preissignale zu setzen. Denn wollte man die
174 Klimaziele allein über die Bepreisung von CO₂ erreichen, müsste dieser so hoch sein, dass er
175 unweigerlich zu erheblichen negativen sozialen Auswirkungen führen würde. Einige könnten
176 sich rauskaufen, andere nicht mehr teilhaben. Damit Klimaschutz eben nicht zu Lasten der
177 Menschen mit geringeren Einkommen geht, brauchen wir einen klugen Mix aus CO₂-Preis,
178 Anreizen und Förderung sowie dem Ordnungsrecht. So kann man die jeweiligen Vorteile der
179 Instrumente nutzen und gleichzeitig Nachteile minimieren. Gut gemacht, wird der ordnende
180 Rahmen zum notwendigen Innovationstreiber.

181 Klar gibt es gegen Ordnungsrecht, also auch Verbote, immer Vorbehalte. Aber Regeln zu
182 setzen, also zu sagen, was geht und was nicht, ist Sinn von Politik und zugleich der beste
183 Innovationsmotor. Heute stört sich niemand mehr daran, dass Blei im Benzin verboten ist,
184 Asbest nicht mehr eingebaut werden darf und Weichmacher in Kinderspielzeug verboten sind.
185 Das gleiche gilt ganz besonders für den Bereich der Chemikalien. Nach Verboten entwickelt
186 die Branche meist innerhalb kürzester Zeit ungefährlichere Alternativen oder bereits
187 vorhandene Alternativen bekommen ihre Chance auf dem Markt. Deshalb machen wir
Klimaschutz

188 mit definierten Zwischenzielen in einem nationalen Klimaschutzgesetz planbar und rechtlich
189 verbindlich.

190 2. Planungen beschleunigen

- 191 Die Energie- und Verkehrswende braucht zügige, bürger*innennahe und effiziente
 192 Planungsprozesse. Zentrale Herausforderung dafür ist die Aufstockung und Qualifizierung von
 193 Personal in den Planungs- und Genehmigungsbehörden. Seit 1990 wurde in den Kommunen
 194 knapp
 195 die Hälfte des Bau- und Planungspersonals abgebaut. Daher ist es dringend erforderlich, hier
 196 wieder Personal einzustellen. Wir werden den Kommunen und genehmigenden Behörden das
 197 Planen
 198 und Steuern erleichtern. Durch planbare, verlässliche Investitionshilfen, finanzielle
 199 Entlastung der Kommunen sowie leichtere Planungsinstrumente für Klimaschutz.
- 200 Zu einem wirkungsvollen ordnungsrechtlichen Rahmen gehört es auch, den Kommunen und
 201 Genehmigungsbehörden das Planen und Steuern von Klimaschutzmaßnahmen zu erleichtern.
 202 Ebenso
 203 bedarf es einer Modernisierung des Planungsrechts. Denn die Zeit läuft uns davon und wir
 204 brauchen rasch Baugenehmigungen für Photovoltaik- und Windkraftanlagen,
 205 Übertragungsleitungen wie auch Schienenverbindungen. Planungs- und
 206 Genehmigungsverfahren
 207 können deutlich vereinfacht und beschleunigt werden, wenn man im Verkehrswegebau bei
 208 Ersatzneubauten ohne Ausbau bzw. Erweiterung die Maßstäbe für Sanierungen statt für
 209 Neubauten heranzieht.
- 210 Die Planungs-, Bau- und Realisierungszeiten sind zu lang und wir wollen sie für alle CO₂-
 211 mindernde Infrastruktur halbieren, indem
- 212 • wir eine Priorisierung der zu bauenden Infrastrukturprojekte vornehmen, auch, um sich
 213 bei geringen Planungskapazitäten nicht zu verzetteln,
 - 214 • frühzeitig Bürger*innen und Nichtregierungsorganisationen beteiligt werden und so die
 215 Entwicklung von Optionen und Varianten sowie das frühe Ausräumen von Konflikten
 216 ermöglicht wird; hierbei sollen auch weitere Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung
 217 erprobt und gegebenenfalls eingeführt werden,
 - 218 • wir für Verkehrsprojekte eine bessere Verzahnung von Raumordnungs- und
 219 Planfeststellungsverfahren gewährleisten, etwa indem die Untersuchungsergebnisse des
 220 Raumordnungsverfahrens für das Planfeststellungsverfahren genutzt werden können; sich
 221 wiederholende Verfahrensschritte in beiden Verfahren könnten zusammengeführt werden,
 - 222 • die Regelungen des Gesetzes zur Beschleunigung von Planungs- und
 223 Genehmigungsverfahren
 224 für ÖPNV bei der anstehenden Novelle des Personenbeförderungsgesetzes übernommen
 225 werden,
 - 226 • Arten- und Naturschutz von vornherein in die Planungen einbezogen werden, um
 227 Verfahren
 schneller und rechtssicherer zu machen. Für den erforderlichen Ausgleich bei
 Eingriffen in die Natur müssen Kompensationsmaßnahmen verstärkt und vereinfacht
 werden. Abwägungen zum Artenschutz müssen auf wissenschaftlicher Grundlage
 erfolgen.
 Dabei muss der Schutz der Gesamtpopulation das zentrale Beurteilungskriterium sein.
 - wir die behördlichen Abstimmungsprozesse effizienter gestalten. Beim Artenschutz etwa
 gibt es ein großes Potenzial für den Wissensaustausch zwischen Behörden und für

- 228 vorgezogene Großmaßnahmen über ein Ökokonto und andere
Anrechnungsvereinfachungen,
- 229 • wir die Digitalisierung in den Planungs- und Genehmigungsbehörden konsequent
230 voranbringen,
- 231 • eine verbindliche Frist bis zur Eröffnung von Gerichtsverfahren bei gleichzeitiger
232 personeller Stärkung der Gerichte eingeführt wird.

233 3. Ökonomische Anreize richtig setzen

234 Ergänzend zum planungs- und ordnungsrechtlichen Rahmen wollen wir die notwendigen
235 ökonomischen Anreize setzen, damit der Klimaschutz vorankommt.

236 Dafür setzen wir auf eine CO₂-Preiskomponente auf alle fossilen Brennstoffe über den
237 bestehenden europäischen Emissionshandel (ETS) hinaus. Dem Preis kommt in einer
238 Marktwirtschaft eine zentrale Steuerungswirkung zu. Wir brauchen eine ökologisch wirksame,
239 sozial gerechte und ökonomisch vernünftige CO₂-Bepreisung. Das ist eine wesentliche
240 Voraussetzung dafür, dass erneuerbare Energien, Energieeffizienz und innovative
241 Klimaschutztechnologien sich durchsetzen. Das Umweltbundesamt schätzt die Kosten der
242 Schäden, die durch den Ausstoß einer Tonne CO₂ entstehen, auf 180 Euro – in Preisen von 2016
243 gerechnet. Doch die Preiskomponente ist nur ein Hebel für Klimawirksamkeit neben den
244 ordnungsrechtlichen Maßnahmen wie dem Kohleausstieg.

245 Wir brauchen also einen Preis, der lenkt, Innovationen schafft und zugleich nicht sozial
246 verzerrt oder schnellere und wirkungsvollere ordnungsrechtliche Maßnahmen konterkariert. In
247 der Schweiz liegt der nationale Preis pro Tonne CO₂ bei rund 90 Euro für fossile Brennstoffe
248 wie Heizöl, Erdgas oder Kohle. Globaler Spitzenreiter ist derzeit Schweden mit rund 110 Euro
249 pro Tonne CO₂ für alle fossilen Brennstoffe. Als Sofortmaßnahmen werden wir uns für
250 Folgendes einsetzen:

- 251 • Die Energiesteuern beginnend im Bereich Verkehr und Wärme wollen wir mit einer CO₂-
252 Komponente reformieren. Dabei wird parallel ein sozialer Ausgleich eingeführt; alle
253 Einnahmen aus dem CO₂-Preis fließen nach Absenkung der Stromsteuer als Energiegeld
an
254 jede*n Einwohner*in zurück. Der Einstiegspreis in diesen Sektoren soll bei 40 Euro pro
255 Tonne liegen und ab 2020 auf 60 Euro pro Tonne erhöht werden. Danach muss er jedes
256 Jahr planbar analog ansteigen, auch das Energiegeld erhöht sich entsprechend. Zugleich
257 schlagen wir für Deutschland ein unabhängiges Gremium vor, das bis zu einer Einigung
258 auf europäischer Ebene die Preissteigerung und die sozialen Auswirkungen kontrolliert
259 und den Preis wenn notwendig anpasst, um ein optimales Zusammenwirken mit den
260 begleitenden ordnungsrechtlichen Maßnahmen zum Klimaschutz herzustellen. Damit soll
261 die erforderliche Lenkungswirkung zum Einhalten des Paris-kompatiblen CO₂-Budgets
262 erreicht werden.
- 263 • Auf europäischer Ebene muss die Bundesregierung bei der Neufassung der
264 Energiesteuerrichtlinie für eine ambitionierte CO₂-Mindestbepreisung eintreten. Wir
265 werden uns dafür einsetzen, dass ein CO₂-Preis im Non-ETS-Bereich europaweit
266 eingeführt wird.
- 267 • Im europäischen Emissionshandel, der vor allem Industrieanlagen und Kraftwerke
268 abdeckt, sollte Deutschland, idealerweise in Abstimmung mit anderen europäischen
269 Ländern wie Frankreich und die Niederlande, einen gemeinsamen Mindestpreis in Höhe
von

- 270 40 Euro festlegen. Zeigt sich, dass der Mindestpreis keine Wirkung erzielt, muss hier
271 nachgesteuert werden.
- 272 • Zu den Sektoren, die bislang nicht durch den europäischen Emissionshandel erfasst
273 werden, gehört auch die Landwirtschaft. Wir führen die Bepreisung von Klimagasen daher
274 auch für landwirtschaftliche Produkte ein, angefangen mit tierischen Lebensmitteln.
- 275 • Wir wollen die Wirksamkeit der Marktstabilitätsreserve im europäischen
276 Emissionshandelssystem erhöhen, damit die immer noch vorhandenen überschüssigen
277 Emissionszertifikate stärker reduziert und schneller vom Markt genommen werden.
- 278 • Im Zuge der Stilllegung von Kraftwerksblöcken werden wir entsprechend den vom Netz
279 gehenden CO₂-Emissionen Emissionszertifikate vom Markt nehmen, indem wir dafür das
280 nationale Versteigerungsbudget entsprechend kürzen. Damit wird vermieden, dass hier
281 eingesparte Emissionen an anderer Stelle in Europa emittiert werden können.

282 **4. Umweltschädliche Subventionen abbauen**

283 Damit ökonomische Anreize ihr volles Potenzial entfalten können und zusätzliche finanzielle
284 Spielräume für Zukunftsinvestitionen entstehen, wollen wir umwelt- und klimaschädliche
285 Subventionen konsequent abbauen. Insgesamt betragen diese in Deutschland über 57
Milliarden
286 Euro. Staatliche Subventionen, die dem Klima schaden, wollen wir endlich beenden, wie zum
287 Beispiel

- 288 • die Steuerbefreiung von Rohöl zur Plastikherstellung,
- 289 • den immer noch gewährten Beschaffungszuschuss für neue Öl- und Gasheizungen,
- 290 • die Nichtbesteuerung von Kerosin,
- 291 • das Dieselprivileg,
- 292 • Privatfahrten, die als betriebliche Kosten absetzbar sind,
- 293 • die weitgehende Befreiung von EEG-Umlage und Netzentgelten von energieintensiven
294 Unternehmen.

295 **5. Klimafreundlich wirtschaften**

296 Klimaschutz geht nur in einem System, das klimafreundliches Verhalten belohnt. Heute wird
297 dieses Verhalten strukturell erschwert und klimaschädliches Verhalten noch subventioniert.
298 Wir beschreiben im Rahmen des Antrags "Anders Wirtschaften für nachhaltigen Wohlstand"
299 ausführlich unsere Vision für ein in seiner Gesamtheit positiv transformiertes
300 Wirtschaftssystem, das die planetarischen Grenzen einhält. Hier stellen wir ausgewählte
301 wesentliche Aspekte vor, die auch das Klima betreffen:

- 302 • Unser gesellschaftlicher Erfolg soll in Zukunft auch nach Nachhaltigkeitskriterien,
303 wie dem absoluten CO₂-Ausstoß bewertet werden. Dadurch soll der einseitige Fokus auf
304 das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei der Wohlstandsmessung und -steuerung um wichtige
305 Aspekte ergänzt werden.
- 306 • Entsprechend ändern wir auf betriebswirtschaftlicher Ebene die Buchhaltungsregeln und
307 Erfolgsrechnung hin zu einer nachhaltigen Bilanzierung von Unternehmen, die nicht nur
308 den finanziellen, sondern auch den ökologischen Wert von Unternehmen misst und

steuert. Hier wollen wir praxisnah mit führenden Wirtschaftsinitiativen zusammenarbeiten und Konzepte wie das der Gemeinwohlökonomie aufgreifen.

- In der Digitalisierung fördern wir gezielt klimawirksame Innovation, damit sie ihr Potenzial für die notwendige Suffizienz, Effizienzsteigerungen und Dematerialisierung entfalten kann und nicht unkontrollierbaren Schaden durch immer mehr Energiehunger anrichtet. Auch mithilfe der Digitalisierung könnten wir es schaffen, wirtschaftliches Wachstum von steigenden CO₂-Emissionen zu entkoppeln. Dabei ist die Überwindung des Rebound-Effekts, also des Effekts, dass Einsparungen durch mehr Energieeffizienz durch mehr Konsum wieder aufgezehrt werden, die größte Herausforderung.
- Bei öffentlichen Investitionen und der Vergabe wenden wir auf allen politischen Ebenen sozial-ökologische Kriterien bei der Entscheidungsfindung und Planung an.
- Wir stärken die kommunalen Ebenen. Gesetzliche Rahmenbedingungen dürfen die Kreativität und regional spezifische Maßnahmen und Erfordernisse zum Schutz des Klimas und zur Einhaltung der Klimaziele in den Kommunen nicht blockieren. Kommunen müssen zum Vorbild anderer voranschreiten können.
- Klimaagenturen mit beratender Funktion geben "Best Practice"-Beispiele weiter, unterstützen bei Förderanträgen und organisieren Bildungsveranstaltungen und Bürger*innenforen.
- Wir brauchen eine Kampagne für das Handwerk und Umschulungsangebote, auch für Unternehmen, und oft in Verbindung mit digitalen Technologien. Der immense Ausbau der Erneuerbaren, die Sanierung von Gebäuden, das 100.000-Wärmepumpen-Programm oder auch die arbeitsintensivere Öko-Landwirtschaft – der Klimaschutz wird zig Tausende neue Jobs bringen, vor allem in Technologie und Handwerk.

6. Sektorspezifische Maßnahmen zur Umsetzung der Klimaschutzziele

Um die Ziele des Klimaschutzgesetzes in den einzelnen Sektoren zu erreichen, wollen wir die nachfolgenden Maßnahmen auf den Weg bringen:

6a. Stromerzeugung erneuerbar

Derzeit liegen die ausgestoßenen Mengen CO₂ für die Energiewirtschaft bei über 300 Millionen Tonnen jährlich, das sind über 30 Prozent. Das ist meilenweit von einem Pfad zur Einhaltung der Pariser Klimaziele entfernt. Schlimmer noch: Deutschland hinkt beim Ausbau der erneuerbaren Energien weit hinterher. Sie sind jedoch das Herzstück jedes Klimaschutzes. Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, ist der schnelle Ausbau der erneuerbaren Energien nicht mehr nur entscheidend für wirksamen und erfolgreichen Klimaschutz im Strombereich, sondern auch der Wärme- und Verkehrssektor werden zukünftig größtenteils auf elektrischer Basis betrieben und massiv erneuerbare Energie benötigen. Hinzu kommt der zusätzliche Bedarf an erneuerbarem Strom, um Wasserstoff und andere Gase (zum Beispiel als Speicher oder für erneuerbare Treibstoffe) zu produzieren, gerade auch für den Stahl- und den Chemiebereich. Es geht nun also nicht mehr nur um die 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien zur reinen Elektrizitätsversorgung, die wir 2030 erreichen wollen, sondern um 100 Prozent erneuerbaren Strom für eine klimaneutrale Wirtschaft insgesamt.

Der stockende Ausbau und die Politik der Bundesregierung führen dazu, dass wir uns derzeit aber nur auf einem Ausbaupfad von maximal 45 Prozent bewegen. Das ist auch das größte Hindernis für den Kohleausstieg, den wir sofort beginnen und schnell abschließen müssen. Die von der Bundesregierung eingesetzte Kohlekommission hat einen Plan zum Kohleausstieg vorgelegt, der nicht Paris-kompatibel ist und bei Weitem nicht ausreicht. Sowohl beim

354 Ausstiegsdatum, als auch bei den zeitnahen Maßnahmen gibt es erheblichen Korrekturbedarf.
355 Deshalb haben die am Ergebnis beteiligten Umweltverbände und Wissenschaftler*innen
356 Revisionsklauseln verankert und ein Sondervotum abgegeben. Entscheidend ist jetzt, das
357 verbleibende CO₂-Budget für den Stromsektor deutlich zu reduzieren. Das heißt, viele
358 Kraftwerke schnell und zeitnah abzuschalten, um spätestens 2030 aus der Kohle aussteigen zu
359 können. Das heißt auch, dass Dörfer nicht mehr zerstört werden dürfen. Dafür wollen wir das
360 überkommene Bergrecht ändern. Denn noch immer sollen Menschen - gegen ihren Willen - für
361 Braunkohletagebaue umgesiedelt werden. Wir machen uns daher dafür stark:

- 362 • über ein Kohleausstiegsgesetz in den nächsten drei Jahren mindestens rund ein Viertel
363 der Braunkohlekapazitäten und ein Drittel der Steinkohlekapazitäten abzuschalten.
- 364 • einen verbindlichen Abschaltplan der Kohlekraftwerke für die Zeit nach 2022. Wir
365 werden uns zudem für entschädigungsfreie Abschaltungen der Kohlekraftwerke einsetzen.
- 366 • die Strukturförderung an konkrete Abschaltungen und den Ausbau erneuerbarer Energien
367 sowie weiterer Energiewende-Infrastruktur vor Ort zu koppeln.

368 Zentral dafür wird sein, ob wir den Ausbau der Erneuerbaren und des Energiesystems
umgehend
369 und massiv voranbringen. Gleichzeitig muss der Atomausstieg konsequent umgesetzt werden,
370 denn von der Atomenergie gehen nicht zu verantwortende Gefahren, Strahlenbelastungen für
371 Generationen und erhebliche wirtschaftliche Risiken aus.

372 Das Missmanagement der Bundesregierung hat den Ausbau der erneuerbaren Energien fast
zum
373 Erliegen gebracht. Durch die letzten Novellen ist aus dem extrem erfolgreichen Erneuerbare-
374 Energien-Gesetz, dem am häufigsten kopierten Gesetz der Welt, mittlerweile eher ein Anti-
375 Erneuerbare-Energien-Gesetz geworden: Den Erneuerbaren wurden Deckel und andere
Hindernisse
376 zur Verhinderung von schnellem Wachstum vorgegeben. Das ist der eigentliche Skandal.

377 Wir wollen den Ausbau der Erneuerbaren mit großer Geschwindigkeit wieder in Gang bringen.
378 Konkret soll die installierte Leistung von Wind onshore in den nächsten zehn Jahren
379 mindestens verdoppelt, die für offshore verfünffacht und die für PV (Dach, Fassaden und
380 Freiflächen) auf 250 Gigawatt (GW) angehoben werden. Damit sowie mit massiver
381 Energieeinsparung kann Deutschland seinen Stromverbrauch komplett erneuerbar decken.
Dafür
382 benötigen wir auch eine schnelle Realisierung der geplanten Nord-Süd-Leitungen, insbesondere
383 von "SuedLink".

384 Ergänzend wollen wir Energiepartnerschaften mit den Nachbarstaaten der Europäischen Union
385 aus dem Sonnengürtel zur Produktion von solarem Wasserstoff schließen. Solche
386 Energiepartnerschaften müssen auf Augenhöhe und unter Einbeziehung der Bürger*innen in der
387 Region verhandelt werden. Die Vorteile müssen vor allem der Region zugutekommen, aus
welcher
388 die Energie geliefert wird. Darüber hinaus dürfen die Projekte nicht von der Herausforderung
389 des Ausbaus erneuerbarer Energien in Deutschland ablenken.

390 Klar ist: Die Energiewende mit 100 Prozent Erneuerbaren kann besser gelingen, wenn wir sie
 391 europäisch denken, indem wir Energie durch Import und Export nach Bedarf ausgleichen und
 392 zugleich die Potenziale der Bürger*innen-Energiewende wieder heben.

393 Weder ist es nötig noch erstrebenswert, dass wir dezentrale Energieerzeugung zu kleinteilig
 394 denken. Europa soll zu einem gemeinsamen Strommarkt auf der Basis von Erneuerbaren
 395 zusammenwachsen. Dafür brauchen wir eine zu 100 Prozent erneuerbare und energieeffiziente
 396 Europäische Union als Treiberin für die internationale Energiewende und ambitioniertere
 397 europäische Klimaziele. Die Förderung von nachhaltiger Landwirtschaft, klimafreundlicher
 398 Mobilität, Photovoltaik, Windenergie, Biomasse und anderen regenerativen Stromquellen auch
 399 auf europäischer Ebene muss noch stärker vorangetrieben werden. Die Vernetzung der
 400 verschiedenen erneuerbaren Quellen senkt den Bedarf am Ausbau erheblich. Je größer der
 Raum
 401 und je vernetzter die Quellen, desto günstiger wird es und desto geringer ist der Bedarf am
 402 Ausbau.

403 Im Sektor Strom müssen Effizienzgewinne schnell realisiert werden:

- 404 • strikte Effizienzvorgaben und Förderung von Effizienzgewinnen und Stromeinsparungen
 405 für Energieversorger, Produktion, Industrie, Datenzentren, Gewerbe, bei Handel und
 406 Dienstleistungen,
- 407 • eine "Langes Leben"-Produktoffensive (zum Beispiel Garantiehaftung von zwei auf fünf
 408 Jahre anheben) sowie ein Förderprogramm "Dekarbonisierung für die Industrie",
- 409 • Förderung von Stromeinsparungen im Haushaltsbereich durch kontinuierlich steigende
 410 Effizienzvorgaben für Haushaltsgeräte, Umstellung auf LED-Beleuchtung und sparsamere
 411 Rechnerleistungen.

412 Die Ausbau-Offensive im Bereich der erneuerbaren Stromerzeugung umfasst folgende
 Maßnahmen:

- 413 • Die Verhinderungs-Deckel beim Ausbau von Ökostrom müssen unverzüglich gestrichen
 414 werden. Nur den Solardeckel aufzuheben, reicht nicht aus. Entsprechend des
 415 Ausbaupfades müssen die planbaren Flächen deutlich erhöht werden. Wir wollen, dass
 416 insbesondere für Energieprojekte von Bürger*innen wieder feste Einspeisevergütungen
 417 gezahlt werden. Ausschreibungen haben sich als Zubaubremse erwiesen.
- 418 • Vorrangregelung und Abnahmepflicht des erneuerbaren Stroms müssen gesichert werden.
- 419 • Jährlicher Zubau von mindestens 5-6 GW Wind auf dem Land, ab Mitte der 2020er Jahre
 420 von 7-8 GW.
- 421 • Eine Repowering-Offensive durch planungsrechtliche Verbesserungen und gesonderte
 422 Ausschreibungen.
- 423 • Festlegung eines nationalen Flächenziels Windkraft von zwei Prozent der Landesfläche
 424 und Verpflichtung der Länder, entsprechende Flächen auszuweisen, auf denen
 425 Windenergieanlagen errichtet werden können.
- 426 • Wenn Windparks gebaut oder erweitert werden, sollen die anliegenden Gemeinden und
 427 damit ihre Bürger*innen über eine Windpark-Abgabe finanziell an den Erträgen
 428 teilhaben.
- 429 • Erhebliche Erleichterungen bei den Genehmigungen für Windenergieanlagen durch
 430 Überprüfung bestehender Regelungen im Bereich Flugsicherung, Denkmal- und
 Naturschutz

sowie bei Abstandsregelungen und im Planungsrecht mit der Maßgabe, den Ausbau von Erneuerbaren zu fördern. Im Artenschutz wollen wir bei guter Bestandsentwicklung die Ausnahmegenehmigungen besser nutzen.

- Das Ausbauziel für Windenergie auf See ist auf 35 GW bis 2035 anzuheben. Dazu brauchen wir im Durchschnitt einen jährlichen Zubau von etwa drei GW pro Jahr.
- Um bei Wind offshore schneller voranzukommen, wollen wir mit anderen Nord- und Ostsee-Anrainerstaaten eine gemeinsame Raumplanung machen, die dann auch die Räume außerhalb der einzelnen Hoheitsgebiete enthält und eine koordinierte Planung zur Berücksichtigung des Artenschutzes, insbesondere den Vogelzug, erlaubt.
- Bei Photovoltaik akuter jährlicher Zubau von 10-12 GW pro Jahr als Dachanlagen, für Gebäudefassaden und Freiflächen; ab Mitte der 2020er Anstieg auf 18-20 GW pro Jahr.
- Einführung einer Solarpflicht für Photovoltaik oder Solarthermie bei Neubauten sowie bei Dach- oder Fassadenerneuerung im Altbau. Mit Blick auf die Baukultur und zur Wahrung der hohen Akzeptanz der Photovoltaik wollen wir die Verbreitung der gebäude- und bauwerkintegrierten Photovoltaik fördern. Die Technik ist vorhanden. Jedoch bestehen u.a. rechtliche Hürden bei der Markteinführung, die so schnell wie möglich abgebaut werden müssen.
- Ausbildungs- und Weiterbildungsprogramm für Fachkräfte für Solarenergie, im Bausektor und Facharbeiter*innen in der Solarzellenproduktion.
- Aufbau einer Multi-Gigawatt-Solarfabrik, unterstützt durch staatliche Bürgschaften.

Flächen effizient nutzen. Der immense Ausbau der Erneuerbaren, den wir brauchen, benötigt

Fläche. Für Windenergie an Land benötigen wir nicht mehr als zwei Prozent der Landesfläche. Gleichzeitig brauchen wir eine Vervielfältigung der Solarenergieproduktion. Dafür können - neben anderweitig nicht nutzbaren Flächen wie beispielsweise Deponien, bereits versiegelten Flächen oder direkt in Windparks - auch Ackerflächen genutzt werden, auf den keine Lebensmittelproduktion stattfindet, wie z.B. Flächen zur Kraftstoffproduktion. Zudem kann der Bedarf an Biogas-Mais verringert werden, da die Energieerzeugung durch Photovoltaik fünfzig- bis hundertfach flächeneffizienter ist. Landwirt*innen, die in den bestehenden Energiepflanzen-Programmen ökonomisch gebunden sind, fördern wir einkommensneutral, sodass

sie auf Photovoltaik umsteigen können. Durch Agro-PV-Anlagen können in Summe sogar höhere Erträge als heute erzielt werden.

Photovoltaik-Freiflächenanlagen im Bereich von 110 Metern beiderseits von Autobahnen und Schienen sollen als "Sonnen-Ernte" landwirtschaftlicher Nutzung gleichgestellt werden.

Dadurch werden sie privilegiert und das Planungsverfahren entschlackt. Zudem wollen wir mehr

Dachflächen für den Ausbau der Photovoltaik aktivieren, indem wir zum Beispiel Photovoltaik-Anlagen auf Gebäuden wieder aus der Ausschreibungspflicht nehmen. Die EEG-Umlage auf Eigenverbrauch werden wir abschaffen.

Insgesamt streben wir für den Energiesektor an:

- Der bis ins Unermessliche gestiegene bürokratische Aufwand für eine eigene Photovoltaik-Anlage auf dem Dach und sonstige eigene Erneuerbaren-Anlagen zur

Stromlieferung an Dritte sowie die damit verbundenen, mittlerweile kaum mehr zu verstehenden steuerrechtlichen Regelungen müssen harmonisiert, deutlich reduziert und vereinfacht werden, wie es auch das EU-Recht fordert.

- Den Ausbau von PV-Strom vom Dach als Mieterstrom wollen wir insbesondere im Mieterstromgesetz radikal vereinfachen und steuerliche Hemmnisse und Bürokratie abbauen. Dabei wollen wir Marktanreize insbesondere auch für die gebäude- und bauwerksintegrierte Photovoltaik setzen. Die Verpachtung von Dächern und die Vermarktung von PV-Strom vom Dach im Quartier muss einfach und lohnend werden, für Erzeuger*innen und Nutzer*innen.
- Auflegen eines Förderprogramms für 100.000 Stromspeicher, die netzdienlich betrieben werden, um die dezentrale Ökostromversorgung zu erleichtern.
- Anreize für Investor*innen, Anwohner*innen, und Anliegergemeinden von Wind- und Solarenergieanlagen schaffen, u.a. durch Forschungs- und Förderprogramme für Agrophotovoltaik zur gleichzeitigen Nutzung von Fläche für Landwirtschaft und Energieproduktion sowie Pflichtanteile erneuerbarer Wärme wie Solarthermie bei der Modernisierung von Altbauten. Bei der Onshore-Windkraft wollen wir zugunsten von Bürgerenergieprojekten die vorhandenen Spielräume jenseits der Ausschreibungspflicht nutzen.
- Länder und Kommunen bei der Lösung von Konflikten, zum Beispiel zwischen Windanlagen und Naturschutz unterstützen, anstatt sie wie bisher alleine zu lassen.
- Das Strom- und Energiemarktdesign reformieren und zukunftsfähig machen: Erneuerbare werden planbar ausgebaut, Sektorkopplung wird ermöglicht und die Chancen der Digitalisierung werden genutzt.
- Eine Anschlussfinanzierung für bestehende Biomasseanlagen, um die Energieerzeugung aus Biomasse zu erhalten. Die Anschlussfinanzierung soll daran geknüpft sein, dass die Bioenergieanlagen flexibilisiert werden und entweder Biogas einspeisen können oder dann Strom erzeugen, wenn wenig Wind- und Solarenergie zur Verfügung steht, und sie möglichst weitgehend auf Rest- und Abfallstoffe sowie Gülle umgestellt werden.
- Fairere Gestaltung der Umlagen und Entgelte zwischen Verbraucher*innen, der Industrie und kleineren und mittleren Unternehmen, um die Quersubventionierung der Industrie über die EEG- und Netzentgelt-Befreiung der energieintensiven Unternehmen zu Lasten der Privathaushalte zu beenden. Das schafft mehr soziale Gerechtigkeit und Anreize, in der Industrie Emissionen zu senken. Die Benachteiligungen für die erneuerbaren Energien, die sich aus dem gegenwärtigen Strommarktdesign ergeben, wollen wir analysieren und beseitigen.
- Europarechtliche Vorgaben im Energiemarktdesign so schnell wie möglich in nationales Recht umsetzen, um der Bürgerenergie Flügel zu verleihen: So kann jede*r auf Dach oder Balkon Strom erzeugen und abgabefrei selbst verbrauchen oder an Nachbar*innen verkaufen.
- Deutschland muss den Vertrag über die Energiecharta kündigen, damit auch fossile Infrastruktur ausländischer Eigentümer*innen entschädigungsfrei stillgelegt werden kann.
- Schnellstmögliche und konsequente Umsetzung der EU-Vorgaben für den Schadstoffausstoß von Kraftwerken in nationales Recht. Die nationalen Grenzwerte müssen aus Gründen des Gesundheitsschutzes - insbesondere auch bei Quecksilber - an der unteren Grenze der nach EU-Recht zulässigen Bandbreiten festgelegt werden.

517 Parallel dazu setzen wir auf:

- 518 • eine Förderung der inländischen, nachhaltigen Batteriezellenproduktion und einer damit
519 verbundenen Kreislaufwirtschaft,
- 520 • die konsequente Umstrukturierung des Energiemarktdesigns und der energiebezogenen
521 Abgaben, Entgelte und Umlagen mit der Zielvorgabe 100 Prozent Erneuerbare bis 2030.
522 Dazu gehören starke Anreize für Sektorkopplung und Speicherung,
- 523 • Forschungsunterstützung für die Wasserstoff-Industrie über ein Investitionsprogramm
524 "Grüner Wasserstoff". Gefördert werden sollen u.a. die erneuerbare
525 Wasserstofferzeugung und Speicherung, Wasserstoff-Dunkelflautenspeicher in
Gaskavernen
526 und der Einsatz in Industrieprozessen.

527 **6b. Energiewende im Wärmesektor und bei Gebäuden**

528 Die Energiewende in Gebäuden kommt seit Jahren nicht schnell genug voran. Die
Sanierungsrate
529 zur Energieeinsparung und der Anteil an Wärme aus erneuerbaren Energien reichen bei Weitem
530 nicht aus und stagnieren auf niedrigstem Niveau. Mit einem "Weiter so" würde es hundert
531 Jahre dauern, einen klimaneutralen Gebäudereich zu schaffen – wir brauchen ihn aber
532 viermal so schnell, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Daher müssen wir jetzt gemeinsam
533 mit allen Eigentümer*innen und allen Mieter*innen einen Aufbruch hin zu ökologisch modernen
534 Gebäuden schaffen.

535 Mit Zuschüssen und zinslosen staatlichen Sanierungskrediten mit wahlweise langen Laufzeiten
536 unterstützen wir Eigenheimbesitzer*innen bei der energetischen Gebäudemodernisierung. Ein
537 CO₂-Preis auf Heizstoffe macht Klima-Modernisierung wirtschaftlicher als bisher. Damit alle
538 Eigentümer*innen und Mieter*innen bei der Energiewende in Gebäuden mitmachen und
539 partizipieren können, braucht es zusätzlich passende Regeln, Anreize und Informationen. So
540 soll der CO₂-Preis auf Wärmebrennstoffe als Anreiz für die Vermieter*innen wirken, den
541 energetischen Zustand ihrer Gebäude zu verbessern. Sie sollen deshalb CO₂-Preiskomponenten
542 nicht Eins-zu-Eins auf Mieter*innen umlegen dürfen.

543 Dazu gehört auch die steuerliche Förderung als Anreiz für energetische Modernisierung.
544 Gerade private Eigenheimbesitzer*innen benötigen steuerliche Anreize zur
545 Gebäudemodernisierung. Der Steuerbonus muss klimapolitisch wirksam ausgestaltet sein. Egal
546 ob Zuschuss-, Kredit- oder steuerliche Förderung: Es dürfen nur Maßnahmen gefördert werden,
547 die nachweislich mit ihrer CO₂-Einsparung auf dem vom Pariser Abkommen vorgegebenen
548 Minderungspfad liegen. Durch Abzug von der Steuerschuld müssen alle gleichermaßen davon
549 profitieren, und die Sonderabschreibung muss analog zur KfW-Förderung ausgestaltet sein.

550 Wie im Stromsektor gehört auch beim Heizen und Kühlen die Zukunft den erneuerbaren
Energien.

551 Wir wollen:

- 552 • einen Systemwechsel erreichen: Dort, wo es die Besiedlungsstruktur ermöglicht, weg von
553 der Einzelbefeuerungsanlage und der Einzelhausbetrachtung hin zu einer
554 Quartiersbetrachtung und zu Nah- bzw. Fernwärmenetzen, die dann aus verschiedenen
555 erneuerbaren Quellen gespeist werden können.
- 556 • dass alle Kommunen ein Energiemanagement durchführen müssen und einen
Energiebericht

verfassen, damit überhaupt Daten erhoben, Maßnahmen umgesetzt und nachgesteuert werden können. Kommunen haben sich zukünftig nicht nur um ihren eigenen Gebäudebestand zu kümmern. Kommunen werden wir dabei finanziell unterstützen, eine datenbasierte Wärmeplanung für einen klimaverträglichen Umbau der Wärmeversorgung in den einzelnen Quartieren aufzulegen. Diese Wärmeplanung wird Grundlage für eine Förderung der nötigen Investitionen sein.

- den vorgeschriebenen Anteil an erneuerbaren Energien bei Neubau und Bestand deutlich anheben.
- den Passivhausstandard für alle Neubauten verbindlich machen, Fassaden- oder Dachbegrünung sowie Plus-Energiegebäude fördern.
- eine Ausbildungsoffensive im Handwerk und Baugewerbe, um die notwendige Sanierungsrate überhaupt zu ermöglichen.

Ein Austauschprogramm "Sonne statt Öl" und Klima-Service für Eigentümer*innen. 16 der 19

Millionen Wohngebäude in Deutschland sind Ein- und Zweifamilienhäuser. Viele davon sind noch

vor der ersten Wärmeschutzverordnung im Jahr 1978 entstanden und bisher nicht energetisch modernisiert. Die Eigentümer*innen und Mieter*innen dieser Gebäude sind in der Regel keine Bauexperten. Sie brauchen daher einen einfachen Zugang zu den besten Klimainformationen und

Modernisierungen. Zentral ist für uns daher:

- ein Austauschprogramm "Sonne statt Öl", das den Tausch von Öl- und Gasheizungen gegen moderne Heizungen mit Sonnenwärme und hocheffizienten Wärmepumpen fördert,
- dass Ölheizungen ab sofort und reine Gasheizungen (ohne Kraft-Wärme-Kopplung oder Unterstützung von Wärmepumpen, Solarenergie oder anderen erneuerbaren Wärmequellen) ab 2025 nicht mehr eingebaut werden,
- der Ersatz der fossilen Erdgasversorgung durch ambitionierte Effizienzanstrengungen, die den Gesamtbedarf reduzieren, sowie durch erneuerbare Energien (u.a. grüne Gase),
- das Auflegen eines 100.000-Wärmepumpen-Programms. Mit Wärmepumpen können wir aus einer Kilowattstunde (kWh) Strom rund vier kWh Wärme machen. Der Austausch von fossilen Heizungen zu Wärmepumpen stellt mit Solarwärme und PV sowie saisonalen Speichern und Wärmenetzen in der drängenden, kurzen Zeit eine große Chance auf rasche Klimaneutralität des Gebäudebestands dar,
- ein kostenloser Klima-Service für Eigentümer*innen von Ein- und Zweifamilienhäusern: Qualifizierte Energieberater*innen nehmen eine Vor-Ort-Analyse vor und erstellen einen kostenlosen Sanierungsfahrplan fürs Haus. Ein solcher Klima-Fahrplan schlägt geeignete Schritte vor, mit denen das Haus zum Niedrig-Energie-Gebäude mit erneuerbarer Wärme werden kann,
- ein finanzieller Zuschuss für eine fachkundige Energie-Planung und -Bauüberwachung für Ein- und Zweifamilienhäusern: Qualifizierte Energieberater*innen planen und überwachen in Zusammenarbeit mit der Objektplanung, der Bauleitung und der

Objektbauüberwachung

595 die Umsetzung einzelner Schritte des Klima-Fahrplans für das Haus.

596 **Klima-Check und Mieterschutz für Mieter*innen.** Jede*r Mieter*in soll wissen, wie es um
597 die

597 eigene Wohnung bezüglich der Klimaziele und Heizkosten steht. Außerdem wollen wir

598 Mieter*innen vor hohen Heiz- und Modernisierungskosten schützen. Dafür wollen wir:

599 • jede*r Mieter*in Mieter einen Gutschein für einen Klima-Check für ihre/seine Wohnung
600 geben, um ein kostenloses Heizgutachten auf Basis der aktuellen Heizkostenabrechnung
601 zu erstellen,

602 • klimagerechte Modernisierungen von Gebäuden und Wohnungen, die sich jede*r leisten
603 kann, möglichst ohne Erhöhung der Warmmiete. Für energetisch modernisierte
Wohnungen

604 wollen wir einen Klimazuschuss zum Wohngeld einführen, damit sich auch Haushalte mit
605 kleinen Einkommen diese Wohnungen leisten können. Mit dem Förderprogramm "Gutes
Klima

606 im Quartier" fördern wir energetische Modernisierungen ganzer Stadtviertel ohne
607 Erhöhung der Warmmieten. Mit der sozialen Wohnraumförderung und bei kommunalen
608 Wohnungsunternehmen ermöglichen wir das ebenfalls. Die von uns vorgesehene
Absenkung

609 der Modernisierungsumlage ist ein wichtiger Schritt, um als Sofortmaßnahme die
610 einseitige Kostenverteilung zulasten der Mieter*innen zu beenden. Darüber hinaus
611 werden wir alternative Vorschläge, die Modernisierungsumlage durch ein anderes
612 Instrument zu ersetzen, prüfen und gegebenenfalls in einem zweiten Schritt umsetzen.

613 **Aktionsplan Faire Wärme.** Unser umfassender Aktionsplan Faire Wärme denkt die Bausteine
der

614 Energiewende im Wärmesektor und in Gebäuden zusammen, für Wohnhäuser und Quartiere,
Stadt

615 und Land. Dazu gehören:

616 • eine erhebliche Aufstockung der Mittel für erneuerbare Wärme, energetische
617 Modernisierung und saubere Wärmenetze, um Heizen ohne Klimaschaden zu ermöglichen,

618 • das Programm "Gutes Klima im Quartier": ein Förderprogramm für die Quartierssanierung
619 ohne Erhöhung der Warmmieten, zur Klima-Modernisierung ganzer Stadtviertel und Dörfer

620 und ihrer Gebäude, gemeinsam geplant mit den Menschen und Unternehmen vor Ort,

621 • deutlicher Ausbau der Förderung und Unterstützung für Kommunen, damit auch
622 finanzschwache Kommunen diese Aufgaben im kommunalen Klimaschutz wahrnehmen
und ihre
623 eigenen Liegenschaften möglichst schnell klimaneutral machen können,

624 • ein Steuerbonus für selbst nutzende Eigentümer*innen, die ihr Haus oder ihre Wohnung
625 klimafreundlich modernisieren wollen,

626 • endlich konsequenter Klimaschutz bei Bundesimmobilien: Klima-Fahrplan für die
627 bundeseigenen Liegenschaften und ein Aktionsprogramm klimaneutrale
Bundesverwaltung;

628 Ziel: sämtliche Bundesliegenschaften werden bis zum Jahr 2030 klimaneutral,

629 • 200 Millionen Euro jährlich für qualifizierte Energieberatung wie Klima-Service und
630 Klima-Check.

- 631 **Mehr Energieeffizienz.** Die beste Energie ist diejenige, die gar nicht erst verbraucht wird.
- 632 Hier reichen die heutigen politischen Rahmenbedingungen für mehr Energiesparen und bessere
- 633 Energieeffizienz bei weitem nicht aus. Wir brauchen:
- 634 • Förderprogramme für die Entwicklung und Nutzung ökologischer Bau- und Dämmstoffe, um
 - 635 Alternativen zu synthetischen Dämmstoffen auf fossiler Basis zu unterstützen,
 - 636 • die Umsetzung des gültigen EU-Rechts in ein modernes Gebäudeenergiegesetz, das an
 - 637 Energieeffizienz und dem CO₂-Ausstoß ausgerichtet ist,
 - 638 • Möglichst geringer Energieverbrauch als verpflichtenden Standard: das Passivhaus bei
 - 639 Neubauten, und bei umfassender Modernisierung sowie Sanierung des Bestandes soll das
 - 640 KfW-Effizienzhaus 55 der Zielstandard sein, oberhalb der gesetzlichen Standards wollen
 - 641 wir die Förderung durch die KfW aufstocken.
 - 642 • für energetische Modernisierungen staatliche Nullzins-Darlehen mit langen
 - 643 Rücklaufzeiten, denn eine bessere Investition als Energieeinsparung gibt es nicht.
- 644 **Wärmenetze dekarbonisieren und ausbauen.** Ein relevanter Teil der Wärmeversorgung erfolgt
- 645 über Nah- und Fernwärmenetze. Doch derzeit wird das Potenzial der leitungsgebundenen Wärme
- 646 für den Klimaschutz nicht ausreichend genutzt. Das gilt hinsichtlich der Integration von
- 647 erneuerbaren Energien ebenso wie für die Nutzung von Abwärme, die bei Produktions- und
- 648 Dienstleistungsprozessen entsteht und ansonsten als ungenutztes Nebenprodukt an die Umwelt
- 649 abgeführt werden müsste. Wir wollen:
- 650 • Nahwärmenetze zielgerichtet ausbauen und die entsprechenden Förderprogramme erhöhen,
 - 651 • ein Förderprogramm in Höhe von 400 Millionen Euro für 10.000 Wärmespeicher auflegen,
 - 652 damit insbesondere Gemeinden oder Stadtteile mit Wärmenetzen mindestens einen großen
 - 653 Wärmespeicher errichten können und so die Flexibilität im Wärme- und
 - 654 Stromversorgungssystem erhöht wird,
 - 655 • verpflichtende Emissionsminderungsziele für Fernwärmebetreiber,
 - 656 • Wärmenetze für die Einspeisung erneuerbarer Wärme sowie industrieller und gewerblicher
 - 657 Abwärme durch gesetzliche Regelungen öffnen, um auch die Nah- und Fernwärmeversorgung
 - 658 so schnell wie möglich zu dekarbonisieren. Wenn eine Wärmeversorgung auf Basis von
 - 659 Abwärme möglich ist, ist diese einer Nutzung von zusätzlichen Erneuerbaren
 - 660 vorzuziehen.
- 661 **Flächensparend Wohnen und ressourcensparend Bauen.** Die Effizienzgewinne durch energetische
- 662 Modernisierungen wurden in den letzten Jahrzehnten weitgehend durch die Zunahme der Pro-
- 663 Kopf-Wohnfläche aufgezehrt, sodass der Energieverbrauch real kaum gesunken ist. Und das
- 664 trotz Dämmung, effizienterer Heizkessel und dreifachverglaster Fenster. Gleichzeitig steckt
- 665 in jedem Neubau graue Energie, die für die Herstellung von Beton, Stahl und anderen
- 666 Baustoffen eingesetzt wurde. In Zeiten der Klimakrise heißt die Lösung für zu wenig

667 verfügbaren, bezahlbaren Wohnraum deshalb auch, den bestehenden Wohnraum besser auszunutzen.

668 Dazu vereinfachen wir die rechtlichen Voraussetzungen für Wohnungstausch, fördern flexible Grundrisse und beraten zu Umzügen und Umbauten mit dem Ziel der Verkleinerung der Wohnfläche. Mit einem Programm für flächensparendes Wohnen ermöglichen wir es beispielsweise

671 Eltern, ihre Wohnung nach dem Auszug ihrer Kinder so umzubauen, dass die alten Kinderzimmer

672 vermietet werden können.

673 **6c. Verkehrswende – mehr Mobilität mit weniger Verkehr**

674 Rund 20 Prozent der deutschen Treibhausgase kommen aus dem Verkehrssektor. Von einem Minderungspfad, der mit den Klimazielen von Paris vereinbar wäre, sind wir meilenweit entfernt. Die Emissionen im Verkehrssektor sind derzeit immer noch genauso hoch wie 1990, alle Effizienzmaßnahmen sind durch höheres Gewicht, stärkere Leistungen, längere Strecken im Autoverkehr und die Zunahme des Straßengüterverkehrs aufgezehrt worden, alle Klimaziele im Verkehrssektor werden krachend verfehlt. Die zunehmenden Emissionen des von Deutschland ausgehenden internationalen Luftverkehrs sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt. Allein die durch unseren Verkehr verursachten Folgekosten liegen pro Jahr bei 149 Milliarden Euro.

682 Mobilität und Lebensqualität zusammenzubringen heißt: Verkehr vermeiden, verlagern und klimafreundliche Verkehrsmittel miteinander vernetzen. Ein "Weiter so" wäre nicht nur ökologischer, sondern auch volkswirtschaftlicher Irrsinn. Um Klimaschädigung und Verkehrsbelastungen wirksam zu vermindern, müssen wir eine umfassende Verkehrswende auf den

686 Weg bringen. Mit ihr geht die Ära des fossilen Verbrennungsmotors und eine einseitig auf immer mehr Pkw- und Lkw-Verkehr ausgerichtete Infrastrukturentwicklung zu Ende.

688 Mit dem Ausbau von Schiene, ÖPNV und Radverkehr, der Vernetzung von Verkehrsangeboten, mit

689 neuen Sharing-Formen und der Antriebswende können wir den Energiebedarf des Verkehrs vermindern, eine für alle Menschen bezahlbare Mobilität schaffen und die Klimaziele im Verkehr erreichen. Wir können die Anzahl der Autos verringern, die heute Tag für Tag im Stau stehen und in den Städten wertvolle Flächen vollstellen, und so Verkehrssicherheit und Lebensqualität erhöhen, ohne unsere Mobilität zu vermindern. Schon die Entzerrung eingeschliffener Tagesabläufe, etwa des Schulbeginns, hilft uns, den Bedarf nach Mobilität gleichmäßiger zu verteilen und unsere Infrastruktur besser zu nutzen.

696 Unsere Schwerpunkte für eine klimafreundliche Mobilität sind:

697 **Überarbeitung des ordnungs-, finanz- und steuerpolitischen Rahmens der Verkehrspolitik.**

698 Diesen Rahmen zu überarbeiten mit dem Ziel der Förderung sozialverträglicher, ökologischer und technischer Maßnahmen heißt:

- 700 • den Bundesverkehrswegeplan komplett zu überarbeiten und als Bundesnetzplan für Mobilität neu aufzustellen,
- 702 • den Kommunen das Recht zu geben, innerorts eigenständig und unbürokratisch über die Einführung von Maßnahmen zur Einhaltung der Klimaziele zu entscheiden: zum Beispiel

autofreie Innenstädte und Quartiere innerhalb ihrer Stadtgrenzen und/oder in Kooperation mit benachbarten Kommunen gestalten und dafür die Reduzierung öffentlichen und privaten Parkraums umzusetzen, Fahrradstraßen und Fußwegenetze, Tempolimits oder eine City-Maut einführen,

- den steuer- und finanzpolitischen Rahmen u.a. mit dem Ziel auszuschöpfen, den Kauf von Autos mit fossilem Verbrennungsmotor auslaufen zu lassen und die Nutzung öffentlicher Verkehrsangebote preiswert zu gestalten.

Die Bahn flott machen. In den letzten Jahrzehnten wurde einseitig in den Straßenbau investiert, während Schieneninfrastruktur in großem Ausmaß zurückgebaut wurde. Jetzt ist die Schiene dran! Wir brauchen eine deutliche Erhöhung der Mittel für die Schiene. Während in der Schweiz 348 Euro pro Einwohner*in in die Schiene fließen, sind es in Deutschland nur 64 Euro pro Kopf. Wir werden das Bestandsnetz besser pflegen und erhalten, stillgelegte Strecken reaktivieren und das Schienennetz ausbauen.

Zur Finanzierung wollen wir den bisherigen "Finanzierungskreislauf Straße" auflösen, wonach Einnahmen aus der Lkw-Maut allergrößtenteils in den Straßenbau fließen. Mauteinnahmen müssen

auch der Bahn zugutekommen. Ab 2025 wollen wir keine neuen Bundesstraßen mehr in Angriff nehmen, da Deutschland mit Straßen ausreichend erschlossen ist, während bei den Schienenwegen erhebliche Nachholbedarfe aufzuarbeiten sind. Die Bahn ist das Verkehrsmittel, das sich am einfachsten und mit der höchsten Energieeffizienz elektrifizieren lässt. Sie ist das Rückgrat der Verkehrswende. Es braucht jedoch erhebliche Anstrengungen, damit sie diese Rolle endlich übernehmen kann:

- Bundesweiten Deutschlandtakt einführen: garantierte Anschlüsse, dichter Takt, Abstimmung Fern- und Nahverkehr.
- Regionalisierungsmittel erhöhen mit dem Ziel, die Fahrgastzahlen in Zügen bis spätestens 2030 zu verdoppeln und langfristig zu vervierfachen.
- Innerdeutschen und grenzüberschreitenden Schienenverkehr stärken: fehlende Verbindungen im Schienennetz herstellen, Elektrifizierungslücken schließen, mehr Ausweichstellen und Weichen schaffen sowie bisher eingleisige Strecken ausbauen.
- Passagierrechte europaweit stärken, Nachtzugverbindungen wieder aufnehmen und erweitern.
- Um auch bei der Bahn das fossile Zeitalter auslaufen zu lassen, sind bis zum Jahr 2030 mindestens 75 Prozent der Bahnstrecken zu elektrifizieren. Die verbleibenden Strecken sind entweder ebenfalls zu elektrifizieren oder die Züge werden auf alternative Antriebe umgestellt.
- Technische Möglichkeiten ausschöpfen zur intelligenten Steuerung des Schienenverkehrs sowie zur Steigerung der Nutzung, bspw. Taktverdichtung.
- Bessere Harmonisierung und Verstärkung des internationalen Bahnverkehrs zur Beseitigung technischer Hemmnisse und für verbesserte Verbindungen; damit

einhergehend

Anschlussgarantien und grenzüberschreitender Verbraucher*innenschutz.

- Erstellung eines Reaktivierungskonzeptes für ungenutzte und stillgelegte Schienenstrecken sowie Personen- und Güterbahnhöfe inklusive der Chance, bereits entwidmete, aber notwendige Trassen wieder zu ertüchtigen.

- Die wachsende Zahl von Eisenbahnverkehrsunternehmen erfordert eine neutrale Überwachung der Pünktlichkeit. Wir wollen diese nach einheitlichen Kriterien dem Eisenbahn-Bundesamt übertragen und die unzureichende Selbstkontrolle der Unternehmen beenden.

Den öffentlichen Personenverkehr stärken. Damit alle bezahlbar, verlässlich und klimaschonend von A nach B kommen, muss der Öffentliche Personenverkehr besser ausgebaut und

die Angebote verbessert werden. Dazu braucht es:

- ein Förderprogramm "Mobilität im ländlichen Raum" mit eindeutigen Kriterien zugunsten des Ausbaus von vernetzten Mobilitäts- und Fahrzeugangeboten,
- die deutliche Erhöhung der Mittel für den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs, um die Kapazitäten und das Preis-Leistungs-Verhältnis zu verbessern,
- die Förderkriterien für neue ÖPNV-Verbindungen überarbeiten und Klima- und Umweltschutzaspekten ein größeres Gewicht geben,
- einen Mobilpass, um aus einer Hand mit allen Verkehrsmitteln – Busse, Bahnen, Share-Bikes und -Cars – in ganz Deutschland unterwegs sein zu können,
- eine Mobilitätsgarantie für alle Menschen in Deutschland: durch gezielte Förderung strukturschwacher Regionen allen Menschen Zugang zu einem regelmäßigen und verlässlichen Nahverkehrsangebot ermöglichen,
- ein Investitionsprogramm zur Modernisierung und Sanierung der Personenbahnhöfe über die bestehenden Initiativen hinaus,
- die Förderung von bundesweit zwanzig Modellprojekten, bei denen Kommunen auf einen umlagefinanzierten stark preisreduzierten oder ticketslosen ÖPNV umsteigen wollen - zudem werden wir die rechtlichen Hürden für alternative Nahverkehrsfinanzierungsmodelle abbauen. Wir wollen Konzepte entwickeln, wie man einen ticketlosen ÖPNV vor Ort erreichen kann,
- das Nutzen der Digitalisierung unter Berücksichtigung des Datenschutz, um weitere Kapazitätserhöhungen und Flexibilisierungen im ÖPNV zu erreichen,
- ein Investitionsprogramm für Oberleitungs- und Schienenfahrzeuge in den Städten zugunsten eines engmaschigen Nahverkehrsnetzes (Trams, Trolleybusse, Straßenbahnen),
- die Erstellung eines bundesweiten Mobilitätskonzeptes, das den Umweltverbund auch im Umland stärkt, inklusive eines bundesweiten Rad- und Fußwegekonzepts in Zusammenarbeit mit den Bundesländern zugunsten einer sicheren Rad- und Fußwegeinfrastruktur mit allen notwendigen technischen Nebenanlagen wie Servicestationen oder Notrufe.

779 **Vorrang für Rad- und Fußverkehr.** Vier von zehn Autofahrten in der Stadt sind unter fünf
 780 Kilometer – Distanzen, die leicht mit dem Fahrrad oder sogar zu Fuß zurückgelegt werden
 781 können. Dem Fuß- und Radverkehr wird bislang aber meist nur so viel Platz zugestanden, dass
 782 der Auto- und Lastwagenverkehr ungehindert rollen kann. Dabei legen die Menschen ein Drittel
 783 ihrer täglichen Wege zu Fuß oder mit dem Rad zurück. Höchste Zeit, dass diese
 784 klimafreundlichsten Fortbewegungen endlich nicht mehr behindert, sondern gefördert und
 785 sicher gestaltet werden. Dazu braucht es:

- 786 • eine gerechte Verteilung und mehr Raum für Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen in
- 787 den Städten und Gemeinden sowie neue Möglichkeiten des Parkraummanagements durch
- 788 Änderung des Straßenverkehrsrechts,
- 789 • autofreie Innenstädte, deren Planung und Einrichtung wir finanziell unterstützen
- 790 wollen, und die Förderung von City-Maut-Zonen,
- 791 • gemeinsame Bund-Länder-Kommunen-Programme zur Förderung von Rad- und
- 792 Fußverkehr,
- 793 • eine Erhöhung der Mittel: Die Finanzierung fahrrad- und fußgängerfreundlicher Kommunen
- 794 muss sich an 100 Euro pro Einwohner*in pro Jahr orientieren,
- 795 • eine Rad- und fußverkehrsfreundliche Überarbeitung des Straßenverkehrsrechts, um
- 796 Radfahren und zu Fuß gehen als gleichberechtigte Verkehrsarten zu fördern und deutlich
- 797 sicherer und bequemer zu machen. Außerdem müssen Bußgelder für
- 798 verkehrsgefährdendes
- 799 und fuß- und radverkehrsbehinderndes Verhalten erhöht werden,
- 800 • das Nutzen der Digitalisierung, um Sicherheit und Vorfahrt für Rad- und Fußverkehr
- 801 umzusetzen.

800 **Tempolimits.** In erster Linie helfen Tempolimits, den Verkehr sicherer zu machen, und
 801 Unfälle, Tote und Verletzte zu vermeiden. Aber sie tragen auch zu Lärm-, Umwelt- und zum
 802 Klimaschutz bei. Sehr schnell umsetzbar sind:

- 803 • die Einführung eines allgemeinen Tempolimits von 130 km/h auf Autobahnen. Wenn
- 804 besondere Gründe es notwendig machen, wie beispielsweise in und um Städte oder
- 805 Ballungsgebiete, dann gelten maximal 120 km/h.
- 806 • die Einführung von Tempo 30 innerorts auf allen Straßen als Regelgeschwindigkeit. Die
- 807 Kommunen dürfen dort auf Tempo 50 erhöhen, wo dadurch keine zusätzliche Gefährdung
- 808 entsteht.
- 809 • ein automatisiertes Verlangsamten in Gefahrenzonen, insbesondere vor
- 810 Kreuzungsbereichen, Schulen oder Krankenhäusern.
- 811 • das Anschärfen des Bußgeldkatalogs für Falschparken und zu schnelles Fahren.

812 **Emissionsfreie Mobilität voranbringen.** Trotz Bahnausbaus und gut funktionierendem
 813 Personennahverkehr wird in naher Zukunft das Auto weiterhin eine wichtige Rolle spielen –
 814 insbesondere in ländlichen Räumen. Jetzt muss die Bundesregierung endlich die richtigen
 815 politischen Rahmenbedingungen setzen, damit der Sprung in die Zukunft klimafreundlicher

816 Antriebe schnell und reibungslos gelingt und es neue Ideen für gemeinschaftliche

817 Nutzungskonzepte gibt:

- 818 • Spätestens ab 2030 sollen nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen werden.
- 819 • Die Grüne Bundestagsfraktion wird beauftragt, unter Hinzuziehung externer
820 Einschätzungen aus Wissenschaft und Wirtschaft und in Kooperation mit der
821 Bundesarbeitsgemeinschaft Mobilität und Verkehr bis Ende 2020 ein Ausstiegsszenario
822 für das Ende des Verbrennungsmotors sowie die Produktion und den Vertrieb fossiler und
823 klimaschädigender Kraftstoffe auszuarbeiten und der Bundesdelegiertenkonferenz zur
824 Beschlussfassung vorzulegen.
- 825 • Die Förderung emissionsfreier Fahrzeuge soll durch eine Bonus-Malus-Regelung in der
826 Kfz-Steuer wirken, die kleine und energiearme Fahrzeuge belohnt und emissions- und
827 energieverbrauchsintensive Fahrzeuge teurer macht sowie durch Quoten für E-Autos.
828 Diese Quoten sollen ab 2021 exponentiell ansteigen, damit bereits Mitte der 2020er
829 Jahre drastisch weniger Autos mit fossilem Verbrennungsmotor auf den Markt kommen.
- 830 • Die öffentliche Hand muss bei emissionsfreien Fahrzeugen mit gutem Beispiel vorangehen
831 und bspw. Dienstwagenflotten und Nutzfahrzeugparks schnell umstellen.
- 832 • Wir wollen den Ausbau und die Standardisierung der Ladeinfrastruktur für
833 Elektromobilität im öffentlichen und privaten Raum, die Entwicklung eines
834 flächendeckenden, engmaschigen öffentlichen Netzes von Lade- und Tankstellen für
835 grünen Wasserstoff sowie CO₂-neutrales Gas mit unkomplizierter Handhabung und
836 Abrechnung sowie mit transparenten Preisen und Abbau bürokratischer Hürden für
837 Ladestellen in Wohnhäusern. Ladestellen sollten auch für E-Fahrräder und andere
838 Elektrofahrzeuge nutzbar sein und während des Ladens sichere Abstellmöglichkeiten
839 bieten.
- 840 • Wir wollen den Abbau von Subventionen für fossil betriebene Autos sowie steuerliche
841 Anreize für die Nutzung von Rad, Bus, Bahn und abgasfreier Autos statt die
842 Subventionierung schwerer Dienstwagen.

843 **Flugverkehr vermeiden und die Subventionierung des Flugverkehrs beenden.** Wir
wollen

844 innerdeutschen Flüge und Kurzstreckenflüge ins benachbarte Ausland durch schnelle und
845 bezahlbare Alternativen mit der Bahn bis 2030 überflüssig machen. Zug um Zug mit dem
Ausbau
846 der Bahn werden wir Inlands- und Kurzstreckenflüge streichen, sodass diese bis 2030 der
847 Vergangenheit angehören. Staatliche Institutionen sollen beim Wechsel vom Flugzeug zur Bahn
848 als Vorbild voran gehen und ihre Regelungen zur Reisekostenerstattung entsprechend
anpassen.
849 Dazu muss massiv in die Schieneninfrastruktur und das Zugmaterial investiert und zugleich
850 die Subventionierung des Flugverkehrs beendet werden. Insgesamt muss der Flugverkehr
851 klimafreundlicher gemacht werden. Wir wollen:

- 852 • die Befreiung des Kerosins von der Energiesteuer beenden,
- 853 • die Mehrwertsteuer für alle Flugreisen einführen und eine Vervierfachung der Steuern
854 auf Flugreisen, solange Kerosin- und Mehrwertsteuer nicht im vollen Umfang erhoben

- 855 werden, dabei soll es eine Differenzierung nach Streckenlänge, Klasse und
856 Lärmbelastung geben sowie die Ausweitung auf Frachtflüge,
- 857 • dass die Statussysteme für Vielflieger*innen und die Bonusmeilenprogramme aufgrund
858 ihrer klimapolitischen Fehlanreize beendet werden,
- 859 • die Subventionierung von Flughäfen stoppen,
- 860 • keine weiteren Start- und Landebahnen mehr genehmigen, sondern entsprechend des
861 wegfallenden Inlandsverkehrs reduzieren,
- 862 • die Start- und Landegebühen für besonders klimazerstörende, schadstoffreiche und
863 laute Flieger erhöhen,
- 864 • eine Initiative zur Festlegung ambitionierter CO₂-Grenzwerte für Flugzeuge
865 international vorantreiben,
- 866 • die Forschung und Förderung von emissionsneutralen Flugzeugen und Kraftstoffen
867 fördern,
- 868 • Flüge mit Start und Ziel außerhalb der EU schnellstmöglich wieder in den Europäischen
869 Emissionshandel einbeziehen – ohne kostenlose Zuteilung von Zertifikaten,
- 870 • europäische und bilaterale Abkommen zur Erhebung einer Kerosinsteuer.

871 **Den Güterverkehr dekarbonisieren.** Der Güterverkehr nimmt immer weiter zu. Gleichzeitig
872 wächst der Anteil des Gütertransports auf der Straße, nicht aber auf der Schiene. Das wollen
873 wir umdrehen. Eine klimafreundliche Verkehrspolitik muss:

- 874 • die Lkw-Maut reformieren: Staffelung der Maut nach CO₂-Ausstoß sowie Ausdehnung der
875 Lkw-Maut auf alle Straßen und alle Lkw über 3,5 Tonnen,
- 876 • schnell Güter von der Straße auf die Schiene bringen: dauerhafte Halbierung der
877 Trassenpreise, Ausbau der Schieneninfrastruktur,
- 878 • den Transportbedarf und den Güterverkehr reduzieren durch regionale
879 Wirtschaftskreisläufe und Verlagerung des Restverkehrs auf umweltfreundliche
880 Verkehrsträger,
- 881 • den gesamten Güterverkehr – auf Straße, Schiene, Wasser und in der Luft – auf
882 erneuerbare Energien umstellen; dazu bedarf es umfangreicher Forschungs- und
883 Markteinführungsförderung,

884 **Mit der Binnen- und Seeschifffahrt die Klimaziele einhalten.** Wir wollen:

- 885 • die Koordinierung und Konzeptionierung der Schifffahrt und der Häfen endlich in eine
- 886 verantwortliche zentrale Aufgabe des Bundes überführen, um die Klimaziele und die
- 887 Kapazitätsauslastung aller Häfen einzuhalten,
- 888 • klimafreundliche Antriebe zunächst auf EU-Ebene zum Standard machen,
- 889 • die Kreuzschifffahrt endlich Umweltstandards unterwerfen, denn diese gelten dort
- 890 bisher nicht
- 891 • mehr Güter von der Straße auf das Binnenschiff bringen, in dem wir zügig marode
- 892 Wasserstraßen umweltverträglich sanieren und ihren Erhalt und Modernisierung
- 893 langfristig sichern,
- 894 • schnell eine flächendeckende und verpflichtende Landstromversorgung in Häfen
- aufbauen,
- 895 • die Flottenerneuerung und Modernisierung der Binnenschifffahrt unterstützen, um
- 896 schnell zu emissionsfreien Antrieben zu kommen,
- 897 • den Seeschiffsverkehr in den EU-Emissionshandel einbeziehen,
- 898 • verbindliche Emissionsminderungsziele für die Seeschifffahrt – möglichst global, in
- 899 einem ersten Schritt jedoch von und zu Häfen in der Europäischen Union. Diese
- 900 Forderung hat Luxemburg bereits in den Rat der Mitgliedsstaaten eingebracht.

901 **Ausbildungs- und Forschungsoffensive.** Wir wollen:

- 902 • Die Forschung in Vernetzung und Digitalisierung von Verkehr darf nicht länger
- 903 vernachlässigt werden. Für neue Antriebe sowohl für Kraftfahrzeuge, für Schiffe und
- 904 vor allem für Flugzeuge brauchen wir innovativen Forschungsgeist. Deutschland hat die
- 905 Möglichkeit, zum globalen Spitzenreiter in diesem Sektor zu werden. Auch die Forschung
- 906 in die Vermeidung von Ultrafeinstaub muss höhere Priorität genießen.
- 907 • Die Bundesregierung hat dafür Sorge zu tragen, dass die Ausbildung von Verkehrs- und
- 908 Stadtplaner*innen der klimafreundlichen Mobilität Rechnung trägt. Vorbilder sind hier
- 909 unsere europäischen Nachbarn Niederlande und Dänemark.

910 **6d. Zukunftsfähige Industriepolitik**

- 911 Auch die Industrie muss einen deutlich stärkeren Beitrag zum Klimaschutz leisten als bisher.
- 912 Die CO₂-Emissionen sind gerade hier in den vergangenen Jahren nicht gesunken – trotz
- 913 europäischem Emissionshandel. Digitalisierung und andere neue Technologien wie der Einsatz
- 914 Künstlicher Intelligenz können helfen, ökologische Effizienz zu heben, die Sektorenkopplung
- 915 effizient zu nutzen und die für eine ökologische Wende der Wirtschaft dringend benötigten
- 916 Innovationen auszulösen. Wir gehen auf die energieintensiven Industrien und Großverbraucher
- 917 von Energie zu, wie Stahl, Zement, Chemie, Papier, Aluminium, Glas, um gemeinsame
- Maßnahmen
- 918 zur Dekarbonisierung zu beraten und umzusetzen. Eine dekarbonisierte Industrie wird
- 919 wettbewerbsfähiger sein als heute. Eine deutsche Industrie, deren Klimaneutralität ein
- 920 internationaler Wettbewerbsvorteil ist, sichert ihre Zukunft.
- 921 Dem entgegen steht aber aktuell der immense und stetig steigende Energiehunger der digitalen
- 922 Transformation, der droht, zum Brandbeschleuniger der Klimakrise zu werden.
- 923 Effizienzsteigerungen im Energieverbrauch werden durch Rebound-Effekte mehr als

924 aufgefressen. Deshalb braucht es eine Suffizienzstrategie, die die Entwicklungen der
 925 digitalen Transformation hinsichtlich ihres Ressourcenverbrauches sinnvoll begrenzt. Zudem
 926 wollen wir durch ein Bündel an Maßnahmen dazu beitragen, die Umweltbilanz digitaler
 927 Technologien zu verbessern, etwa durch:

- 928 • Verpflichtung zur Nutzung der Abwärme von Rechenzentren,
- 929 • Einführung von Benchmarks und Klassen des Energieverbrauchs bei Soft- und Hardware
 930 und
 Kennzeichnungspflicht der Energieverbrauchsklasse,
- 931 • Verpflichtung für Einrichtungen der öffentlichen Hand und öffentlich geförderte
 932 Projekte, ausschließlich daten- und energiesparsame Soft- und Hardware zu verwenden,
- 933 • Ersetzen von Kupferkabeln durch Glasfaserverbindungen auch auf der letzten Meile,
- 934 • Einführung eines Right to Repair und einer Software Updategarantie für zehn Jahre bei
 935 allen Digitalgeräten,
- 936 • Einrichtung von ressortübergreifenden Sonderprogrammen/-budgets für innovative
 937 digitale Projekte der öffentlichen Hand mit besonderem ökologischem Nutzen,
- 938 • Implementierung des Aspekts Daten- und Energiesparsamkeit in Aus- und Weiterbildung
 939 von Anwender*innenn und von Produkt- und Softwaredesigner*innenn, sowie der
 Förderung
 940 und Beratung von Start Ups.

941 Die wichtigsten industriepolitischen Rahmenbedingungen und innovationspolitischen
 942 Förderinstrumente sind vor diesem Hintergrund:

- 943 • Investitionen in CO₂-freie Industrieprozesse tätigen: Stärkung des Emissionshandels,
 944 bessere Abschreibungsmöglichkeiten, Fördergelder für Modellprojekte, gezielte
 945 Forschungsförderung,
- 946 • erneuerbare Energien zur Eigennutzung günstiger machen,
- 947 • zukünftige Förderung im Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz nur für den Einsatz von
 948 Erneuerbaren,
- 949 • Anreize setzen: die bestehenden Regeln zum Schutz der Wettbewerbsfähigkeit der
 950 energieintensiven Industrie zielgenauer ausrichten und Grenzausgleichsmaßnahmen
 951 einführen, damit die Industrie vor möglichen Nachteilen im internationalen Wettbewerb
 952 mit Staaten ohne vergleichbare Klimaschutzpolitik geschützt bleibt. Gleichzeitig soll
 953 damit ein stärkerer Anreiz für die Industrie gegeben werden, in CO₂-freie Technologien
 954 zu investieren und CO₂-sparsame Werkstoffe einzusetzen,
- 955 • Investitionen in CO₂-freie Industrieprozesse ermöglichen: insbesondere in den
 956 Bereichen Stahl, Chemie und Zement lohnen sich Investitionen in CO₂-freie
 957 Industrieprozesse meist erst bei sehr hohen CO₂-Preisen, die das europäische
 958 Emissionshandelssystem derzeit noch nicht abbildet. Damit sich solche Investitionen
 959 für Unternehmen schon heute rechnen, wollen wir den Unternehmen die Differenz
 zwischen
 960 dem aktuellen CO₂-Preis und den tatsächlichen CO₂-Vermeidungskosten erstatten, die

- 961 ihnen durch die Investitionen in neue Verfahren und Technologien entstehen ("Carbon
962 Contract for Difference"),
- 963 • klimafreundliche Leitmärkte schaffen: Umstellung der gesamten öffentlichen Beschaffung
964 auf klimafreundliche Produkte, Produktionsverfahren, Fahrzeuge, Immobilien; Einsatz
965 recycelter Werkstoffe; europaweite klimaschützende Produktstandards einführen,
 - 966 • Quoten festlegen: Um den Umbau der energieintensiven Unternehmen planungssicherer
967 zu
968 gestalten und perspektivisch finanzielle Förderung zu reduzieren, unterstützen wir die
969 Vorschläge auf europäischer Ebene im Zuge des angekündigten Klimapaketes,
970 ansteigende
971 Quoten für klimaneutralen Stahl, Kunststoffe oder Zement in Autos oder auch Windrädern
972 und Gebäuden festzulegen,
 - 973 • die zentralen innovationspolitischen Förderinstrumente gezielt auf die Bekämpfung der
974 Klimakrise ausrichten: Explizit klimafreundliche Innovationen werden bevorzugt
975 gefördert. Dies betrifft etwa die Startup-Förderung, die Forschungs- und
976 Entwicklungsförderung sowie die Innovationsförderung für den Mittelstand, die wir
977 sozial-ökologisch ausrichten möchten, die Hightech-Strategie, die KI-Strategie oder
978 die neue Agentur für Sprunginnovationen,
 - 979 • wir geben Planungssicherheit und senken die EEG-Befreiung der energieintensiven
980 Industrien schrittweise. Dadurch senken wir die EEG-Umlage für alle anderen und
981 entlasten sofort Haushalte mit niedrigem Einkommen, kleine und mittelständische
982 Betriebe und schaffen damit sozialen Ausgleich. So schaffen wir die Grundlage für mehr
983 Investitionen in der energieintensiven Industrie,
 - 984 • Systeminnovationen für eine klimaneutrale Wirtschaft identifizieren und fördern, zum
985 Beispiel durch die Ausdehnung von Förderformaten wie den Kopernikus-Projekten (z.B.
986 Power-to-Gas) auf weitere Politikfelder wie Landwirtschaft und Verkehr,
 - 987 • die Vorgaben auf europäischer Ebene zur Kreislaufwirtschaft ausbauen: Durch eine
988 verstärkte Kreislaufwirtschaft können die CO₂-Emissionen der vier wichtigsten
989 Industriesektoren (Kunststoff, Stahl, Aluminium und Zement) in Europa um die Hälfte
990 reduziert werden,
 - 991 • klimaneutrale Kreislaufwirtschaft verankern: u.a. durch ein gesetzliches
992 Abfallvermeidungsziel für Verpackungsmüll von 110 Kilogramm pro Kopf bis 2030, durch
993 Ressourcenschonung und Recyclingfähigkeit von Produkten in der Ökodesign-Richtlinie,
994 durch die Einrichtung eines Forschungsinstituts zur Förderung der Kreislaufwirtschaft,
995 durch zunehmende Verpflichtung und Förderung zur Wiedereinspeisung von Plastik in die
996 Kunststoffproduktion und mehr Transparenz über die energetischen Kosten über den
997 gesamten Lebenszyklus.

996 **6e. Landwirtschaft klimafreundlich und klimafest machen**

997 Kein anderer Bereich ist so unmittelbar auf den Erhalt unserer Lebensgrundlagen angewiesen
998 wie die Land- und Forstwirtschaft. Dieser Sommer hat erneut deutlich gemacht: Die
999 Landwirtschaft ist schon heute sowohl Leidtragende als auch Mitverursacherin der Klimakrise
1000– und für uns auch ein Teil der Lösung. Unser Ziel ist ein klimaneutrales
1001Landwirtschaftssystem, in dem nicht nur klimaschädliche Gase reduziert werden, sondern es zu
1002einer langfristigen Kohlenstoffbindung in Boden und Bäumen kommt.

1003Die Landwirtschaft produziert heute größtenteils nach Bedingungen, die in eine Sackgasse für
1004Bäuer*innen, für Umwelt und Klima führen. Das Motto ist "Wachse oder weiche!", produziere
1005also intensiver und billiger. Wir müssen dieses System grundsätzlich ändern, so dass ein
1006umwelt-, tier- und klimafreundliches Wirtschaften sich eher lohnt als industrialisierte

1007 Landwirtschaft. Die Agrarpolitik der Bundesregierung wie auch die EU-Agrarpolitik tun aber
 1008 genau das nicht und leisten so ihren Beitrag, die Klimakrise anzukurbeln. Immer mehr
 1009 Landwirt*innen erkennen, dass dieser Weg in die Sackgasse führt. Gemeinsam mit den
 1010 Bäuer*innen wollen wir zu einer standortangepassten Tierhaltung kommen.

1011 Auch beim Ackerbau ist spätestens seit der Dürre 2018 klar, dass wir eine Strategieänderung
 1012 brauchen. Wir wollen, dass Böden so bewirtschaftet werden, dass sie CO₂ speichern und
 1013 Wetterextreme abpuffern. Und wir wollen darauf hinwirken, dass widerstandsfähige
 1014 Anbausysteme gefördert werden, um zukünftigen Wetterextremen besser trotzen zu können,
 etwa
 1015 durch die Verbindung von Fruchtfolgen, die Verbesserung von Bodengesundheit und
 Bodenschutz
 1016 oder Agroforstsysteme.

1017 Unsere Ernährung trägt zu einem Fünftel zu unserer schlechten Klimabilanz bei. Vor allem der
 1018 übermäßige Fleischkonsum ist hierfür verantwortlich. Global betrachtet verursacht die
 1019 Erzeugung tierischer Lebensmittel mehr Klimagase als der gesamte Verkehrsbereich. Heute
 1020 wandert ein Drittel der weltweiten Getreideernte in die Futtertröge. Klar ist: Die
 1021 Produktion und der Konsum von Fleisch und anderen tierischen Produkten müssen sinken,
 1022 Dumpingpreise der Vergangenheit angehören. Unser Ernährungssystem muss umgebaut
 werden,
 1023 damit ökologische, regionale und gesunde Ernährung der leichte Weg sind. Vom Kindergarten
 1024 über Schulen bis zu Krankenhäusern soll die Gemeinschaftsverpflegung dementsprechend
 1025 umgestaltet werden, soll die Lebensmittelversorgung in der Stadt und auf dem Land auf
 1026 regionale Wertschöpfungsketten setzen und damit ihren Klimabeitrag leisten.

1027 Maßnahmen für eine klimagerechte Landwirtschafts- und Ernährungspolitik:

- 1028 • Radikaler Umbau der EU-Agrarförderung (GAP) und Qualifizierung der Gelder der
 1029 Europäischen Agrarpolitik: Öffentliche Gelder sollen qualifiziert und spätestens ab
 1030 2027 nur in öffentliche Leistung investiert werden. Gefördert werden soll dann nur
 1031 noch eine klimagerechte und tier-, arten- und umweltschützende Landwirtschaft.
 1032 Deutschland hat über den Europäischen Rat Einfluss und Möglichkeit, diesen
 1033 Systemwechsel in der EU-Agrarpolitik einzufordern. Wir müssen alle bestehenden und
 1034 sich durch die GAP-Reform ergebenden Möglichkeiten nutzen, um eine klimagerechtere
 1035 Landwirtschaft voranzubringen.
- 1036 • Ausweitung des Ökolandbaus bis 2025 auf mindestens 25 Prozent der Fläche: Dafür
 1037 wollen wir in den nächsten sieben Jahren eine Milliarde Euro Bundesmittel in den Ökolandbau
 1038 investieren.
- 1039 • Umbau der industriellen Tierhaltung in tierschutzkonforme Haltung: Die Landwirtschaft
 1040 soll ihre Tierhaltung tierschutz- und klimagerecht umbauen. Die Bestände sollen dabei
 1041 reduziert werden, der Tierbestand soll flächengebunden sein und bis 2030 maximal bei
 1042 zwei Großvieheinheiten pro Hektar liegen, perspektivisch noch darunter. Zusätzlich
 1043 muss es Obergrenzen pro Standort, gerade auch für Geflügel, geben. Im Gegenzug soll es
 1044 eine Förderung für den Stallumbau geben. Damit reduzieren wir Methan- und Lachgas-
 1045 Emissionen und schützen Regenwälder vor Abholzung für europäischen Fleischkonsum
 und -
 1046 export. Diese Maßnahmen werden dazu führen, dass Fleisch teurer wird.
- 1047 • Tierhaltende Landwirt*innen, die die Tierhaltung aufgeben möchten, wollen wir dabei
 1048 unterstützen. Sie sollen vor Ort Beratung in Anspruch nehmen können und bei der klima-

- 1049 und naturverträglichen Umnutzung der Flächen durch einen Bundesfonds unterstützt
1050 werden.
- 1051 • Verbot von Importen von Futtermitteln und Palmöl von gerodeten Flächen bzw. von
1052 Flächen, für die natürliche Ökosysteme zerstört wurden durch gesetzliche Regelungen im
1053 Rahmen des Waldaktionsplans auf EU-Ebene.
- 1054 • Stärkung des Anbaus heimischer, Eiweiß liefernder Futterpflanzen als Ersatz für
1055 Import-Soja.
- 1056 • Anpassung des deutschen Düngerechts an die Anforderungen der EU-Kommission für
Klima-,
1057 Natur- und Wasserschutz: Wir wollen vor allem für ohnehin belastete Gebiete neben
1058 einem verbesserten Düngemanagement die Menge an Düngemitteln, die ausgebracht
werden
1059 darf, deutlich begrenzen. Um die tatsächlichen Düngermengen sicher zu erfassen, soll
1060 ein Meldesystem für den Handel mit Stickstoff- und Phosphordünger eingeführt werden.
1061 Wenn das Ordnungsrecht nicht zeitnah Erfolge erzielt, soll ab 2022 eine
1062 Stickstoffabgabe erhoben werden.
- 1063 • Den Einsatz von chemisch-synthetischen Pestiziden sukzessive reduzieren und eine
1064 Pestizidabgabe einführen.
- 1065 • Fördern von Permakultur: Sie bietet höchste Produktivität auf minimalem Raum und ist
1066 gut für Böden und Humus.
- 1067 • Reduzierung der Fleischproduktion: Wir wollen über die Konsequenzen des
Fleischkonsums
1068 aufklären und setzen uns für mehr Selbstverständlichkeit von vegetarischer und veganer
1069 Ernährung ein. Darum fördern wir ein größeres Angebot an vegetarischen und veganen
1070 Speisen in Schulen, Mensen und Kantinen. In allen öffentlichen Mensen und Kantinen,
1071 von Schulen über Krankenhäuser bis zu Behördenkantinen, muss es möglich sein, sich
1072 bezahlbar vollwertig vegan zu ernähren.
- 1073 • Alternativen zu Fleisch aus pflanzlichen Zutaten werden künftig eine größere Rolle
1074 spielen. Die Weiterentwicklung solcher Alternativen halten wir für richtig und
1075 wichtig, denn sie eröffnen eine Perspektive, tierisches Eiweiß ohne Tierleid,
1076 Nitratbelastung und mit deutlich geringerer Klimabelastung herzustellen. Dies ist
1077 zudem ein Weg, um die Tierbestände zu reduzieren, die Tierhaltung zu verbessern und
1078 die Landwirtschaft zu extensivieren.
- 1079 • Förderung regionaler Produktion: Bei der Art und Weise, wie wir uns ernähren, setzen
1080 wir auf regionale Versorgungsstrukturen und Wertschöpfungsketten in der Stadt, auf dem
1081 Land und in der Gemeinschaftsverpflegung. Zugleich entwickeln wir nachhaltige
1082 Ernährungsstrategien, worüber auch der Ausbau des Ökolandbaus unterstützt wird.
- 1083 • Eindämmen von Lebensmittelverschwendung: Bis 2030 muss die
Lebensmittelverschwendung
1084 halbiert werden – das ist eines der internationalen Nachhaltigkeitsziele. Um das zu
1085 erreichen, brauchen wir verbindliche Reduktionsziele für alle Stufen der
1086 Wertschöpfungskette und einen gesetzlichen Wegwerfstopp für Supermärkte und
1087 Lebensmittelproduzent*innen. Für lang haltbare Lebensmittel wie Nudeln oder
1088 Hülsenfrüchte wollen wir das Mindesthaltbarkeitsdatum aufheben. Handels- oder EU-
1089 Normen, die dazu führen, dass zu kleines oder unförmiges Obst und Gemüse gar nicht
1090 erst die Supermarktregele erreicht, wollen wir abschaffen, Lebensmittelspenden
1091 erleichtern und Containern straffrei machen.

1092 **Wälder schützen...**

1093 Wir brauchen Wälder, die der Klimakrise besser trotzen und dabei aktiven Klimaschutz
 1094 betreiben. Sie sind unverzichtbar für den Klimaschutz. Der Aufbau eines naturnahen, gesunden
 1095 Waldes kann viele Millionen Tonnen CO₂ binden, bei nachhaltiger Nutzung des Holzes auch
 1096 dauerhaft. Aktuell ist der Wald von der Klimakrise bedroht, das liegt auch an den Fehlern
 1097 der Vergangenheit. Statt auf schnell wachsende Nadelholzplantagen zu setzen, brauchen wir
 1098 jetzt naturnahe Mischwälder mit standortheimischen Baumarten. Durch den Dürresommer 2018
 und

1099 die Hitzeperioden dieses Jahres erleben wir ein neues Waldsterben. Die Waldpolitik muss
 1100 daher auf allen Ebenen umsteuern:

- 1101 • Umwandlung von Holzplantagen in naturnahe Wälder vorantreiben und ökologische
 1102 Bewirtschaftung gesetzlich festlegen und fördern und den Erhalt sowie die Erhöhung des
 1103 Anteils alter Bäume mit Fördermaßnahmen erreichen,
- 1104 • Waldzukunftsfonds von einer Milliarde Euro für die nächsten Jahre als erste
 1105 Finanzspritze für den kranken Wald einführen; Förderung immer nach dem Prinzip
 1106 „öffentliches Geld nur für öffentliche Leistungen“ ausgeben,
- 1107 • Wiederbewaldung mit standortangepassten, heimischen Baumarten auf zerstörten
 1108 Waldflächen, in Auen und Niederungen fördern mit Vorrang der Nutzung der
 1109 Naturverjüngungs- und Naturaufwuchspotentiale,
- 1110 • Ziele der UN-Declaration of Forests umsetzen,
- 1111 • Fünf Prozent, perspektivisch zehn Prozent Wildnis- und Naturwaldflächen im
 1112 öffentlichen Wald bundesweit festschreiben, eine vergleichbare Größenordnung durch
 1113 Förderung im Privatwald anstreben,
- 1114 • Die wertvolle Ressource Holz muss effizient und nachhaltig genutzt werden, auch um zu
 1115 vermeiden, dass es zu vermehrtem Import von Hölzern kommt. Deshalb müssen der
 1116 Verbrauch von Frischfasern und der Holzverbrauch für Paletten/Verpackungen in der
 1117 Industrie stark reduziert werden. Dafür wollen wir die Kaskadennutzung fördern, in der
 1118 Holznutzung für langlebige Produkte wie für den Bau und für Möbel an erster Stelle
 1119 steht. Erst ganz am Ende einer Nutzungskette sollten kurzlebige Holz- und
 1120 Papierprodukte entstehen oder Holz als Energieträger verbrannt werden. Die Nutzung von
- 1121 landbasierter Biomasse für energetische Zwecke darf nicht weiter ausgebaut werden. Die
 1122 direkte Verbrennung von Frisch-Holz darf nicht weiter gefördert werden und muss
 1123 zurückgehen. Heizungen mit Holz (fester Biomasse) müssen mit wirksamer
 1124 Emissionsminderungstechnik entsprechend dem Stand der Technik (z.B.
 1125 Partikelabscheider) ausgestattet sein, um negative Effekte auf die Luftqualität zu
 1126 vermeiden.
- 1127 • Kohlenstoffsенke des Waldes erhalten durch Ausweisung von Naturwäldern verbunden mit
 1128 einer Anpassung des jährlichen Holzeinschlags und der Förderung von Waldflächen mit
 1129 natürlicher Waldentwicklung, um Anpassungsprozesse an die Klimakrise zu ermöglichen.

1130 **...und Moore auch.**

1131 Entwässerte Moore setzen Klimagase frei. Besonders landwirtschaftlich genutzte Moorböden,
 1132 die zwar nur sieben Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Deutschlands ausmachen,
 1133 emittieren 37 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft.

Moorschutz

1134 würde daher auf die Fläche gerechnet überproportional hohe Einsparungen in den
 1135 Treibhausgasen bedeuten. Daher ist Moorschutz wichtig und notwendig.

- 1136 • Moore renaturieren: Die schnelle Wiedervernässung von Mooren ist von
 1137 überproportionalem Nutzen zur Einsparung von Treibhausgasen. Deshalb starten wir ein
 1138 gemeinsames großflächig wirksames Moorrenaturierungsprogramm von Bund und
 Ländern und
 1139 stoppen den Umbruch, die Entwässerung und die Zahlung von Agrarsubventionen für die
 1140 Bewirtschaftung entwässerter Moorböden ab 2021.
- 1141 • 50 Prozent des entwässerten Waldes sollen bis 2030 wiedervernässt werden.
- 1142 • Für alle bundeseigenen Moorflächen muss die Entwässerung sofort gestoppt werden.
- 1143 • Paludikultur, also die landwirtschaftliche Nutzung nasser Hoch- und Niedermoore,
 1144 wollen wir als Landwirtschaft anerkennen und in die Agrarförderung aufnehmen. Dazu
 1145 starten wir ein Investitionsprogramm und eine Klimaschutz-Flächenprämie.
- 1146 • Aus der Gewinnung von Torf wollen wir aussteigen und Torf durch erneuerbare
 1147 Alternativen ersetzen.

1148 **6f. Green Finance**

1149 Der Finanzsektor ist entscheidend für mehr Klimaschutz. Mit einer breit angelegten Strategie
 1150 sorgen wir dafür, dass Anlagekapital in Zukunft Klimaschutz statt Klimazerstörung
 1151 finanziert:

- 1152 • Alle Akteure – Banken, Versicherungsunternehmen und Rating-Agenturen – müssen
 Risiken,
 1153 die sich aus nicht nachhaltigen Investitionen ergeben, konsequent berücksichtigen. So
 1154 können Unternehmen, die Menschenrechte verletzen oder den Klimazielen von Paris
 1155 zuwider arbeiten, von den Anleger*innen auf den Finanzmärkten abgestraft werden. Das
 1156 heißt für sie höhere Zinsen und schlechterer Zugang zu Kapital.
 1157 Nachhaltigkeitskennziffern müssen in der Berichterstattung regelmäßig offengelegt
 1158 werden.
- 1159 • Klimarisiken, die in Konzern- und Bankbilanzen schlummern, sollten bei der Bewertung
 1160 durch Rating-Agenturen und die Finanzmarktaufsicht berücksichtigt werden, zum Beispiel
 1161 durch Klima-Stresstests für Banken und Versicherungen oder durch Aufschläge bei
 1162 Eigenkapitalanforderungen zu Finanzierungen, die hohe Klima- und Umweltrisiken bergen.
- 1163 • Damit Kleinanleger*innen von der grünen Finanzwende profitieren und ihr Geld mit gutem
 1164 Gewissen anlegen können, brauchen wir ein EU-Label für nachhaltige Finanzprodukte mit
 1165 starken ökologischen und sozialen Standards. Anhand eines einfachen
 1166 Klassifizierungssystems und klarer Standards für Grüne Anleihen können Anleger*innen
 1167 sich einfach über den Grad der Nachhaltigkeit ihrer Geldanlage informieren. Auch

1168 werden sie bei jedem Beratungsgespräch verpflichtend gefragt, wie
1169 Nachhaltigkeitskriterien in ihren Anlagen berücksichtigt werden sollen.

1170 • Die Europäische Zentralbank muss ebenfalls ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Als
1171 Sicherheiten sollte sie nur noch Vermögenswerte akzeptieren, die mit unseren
1172 Klimaschutzzielen konform sind.

1173 • Auch für die öffentliche Hand brauchen wir endlich neue Anlagerichtlinien. Die
1174 Pensionen für die Beamten oder auch für die Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit
1175 müssen nach Klimaschutz- und Nachhaltigkeitskriterien angelegt werden. Der Bund kann
1176 dem Markt für nachhaltige Geldanlagen wichtige Impulse geben. Dafür muss er seine
1177 Investitionen in Kohle-, Öl- und Gas-Konzerne, die Geschäfte auf Kosten des Klimas
1178 machen, beenden (Divestment).

1179 **7. Klimaschutz in Bildung und Wissenschaft**

1180 Wissenschaftliche Erkenntnisse sind für uns Grundlage politischer Entscheidungen. Sie kommen
1181 aus allen Bereichen: Geistes-, Sozial-, Human-, Wirtschafts- und Naturwissenschaften. Sie
1182 zeigen Lösungsansätze und Entscheidungsalternativen für große gesellschaftliche Probleme,
1183 wie zum Beispiel den menschengemachten Klimawandel, auf. Aktuelle Studien, wie zum Beispiel

1184 zum Schmelzen der Permafrostböden, zeigen, dass die Klimakrise bereits weiter
1185 fortgeschritten ist als bisher angenommen. Der notwendige Weg, die globale Erhitzung zu
1186 begrenzen, erfordert gesellschaftliche Auseinandersetzung, deren wissenschaftliche
1187 Begleitung sowie eine "Bildung für nachhaltige Entwicklung" (BNE).

1188 Ernährungssicherheit, Bevölkerungswachstum oder Energiewende: keine globale
Herausforderung

1189 lässt sich losgelöst von der Klimafrage bearbeiten. Die Gestaltungsaufgaben für eine globale
1190 Nachhaltigkeitstransformation sind dabei weder rein wissenschaftlich-technologischer noch
1191 rein gesellschaftlicher Natur. Daher brauchen wir Forschung und Bildung, die Ansätze aus
1192 allen Disziplinen zusammenführt, um die Systemfragen und die Schnittstellen zwischen Klima,
1193 Biosphäre und sozio-ökonomischer Entwicklung zu bearbeiten.

1194 Gleichzeitig entbindet die Dringlichkeit der ökologischen Krisen uns nicht davon, genau
1195 hinzuschauen und mögliche Risiken und Konsequenzen im Blick zu haben, wie schon bei der
1196 Atomenergie, deren Gefahren und lange Strahlung jedes verantwortbare Maß menschlicher
1197 Verantwortung überschreiten, oder bei der Freisetzung von gentechnisch veränderten
1198 Organismen. Wir werden alle Optionen am Vorsorgeprinzip und dem Prinzip der Umkehrbarkeit
1199 messen: Was kurzfristig hilfreich erscheint, ist untauglich, wenn es in der Folge neue
1200 Probleme schafft. Was Folgen mit sich bringt, die nicht wieder rückgängig gemacht werden
1201 können, ist nicht der richtige Weg, denn er nimmt zukünftigen Generationen die Freiheit.
1202 Daraus leiten wir die folgenden Forderungen ab:

1203 • Klimagerechtigkeit muss in allen Bildungsinstitutionen (Kitas, Schulen,
1204 Erwachsenenbildungseinrichtungen, berufliche Fort- und Weiterbildung, Hochschulen
1205 etc.) und non-formalen Bildungsorten auf allen Ebenen besser verankert werden. Die
1206 Maßnahmen des Nationalen Aktionsplans Bildung für Nachhaltige Entwicklung müssen
zügig
1207 umgesetzt werden. Wichtig ist auch Menschen die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung
1208 (Sustainable Development Goals – SDGs) zu vermitteln. Ausgehend von der zeitlich
1209 bedingten Notwendigkeit, muss Bildung für nachhaltige Entwicklung deshalb im gesamten

- 1210 Bildungs- und Wissenschaftssystem maßgeblich das Grundverständnis, die Strukturen,
1211 Inhalte und Ziele bestimmen.
- 1212 • Wir wollen Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung in die
1213 landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung aufnehmen, z. B. durch vertiefende Lehre in
1214 der Bodenbiologie. Den Ökolandbau wollen wir in vollem Umfang in die Lehre an
1215 Hochschulen und in die landwirtschaftliche Ausbildung integrieren und Forschung an
1216 klimapositiver Landwirtschaft stärker fördern.
- 1217 • Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, brauchen wir in erheblichem Umfang negative
1218 Emissionen, d.h. wir müssen Kohlendioxid aus der Atmosphäre zurückholen. Das gelingt
1219 zum einen durch die Speicherung von CO₂ in den Böden und Wäldern, zum anderen
1220 durch neue Technologien. Solche, die in die biogeochemischen Prozesse der Erde eingreifen,
1221 lehnen wir ab. Bei der Forschung und Erprobung von Geoengineering müssen sich alle
1222 Optionen an den Prinzipien der Vorsorge und der Umkehrbarkeit messen lassen.
- 1223 • Für ein noch besseres Verständnis der ökologischen Herausforderungen braucht es unter
1224 anderem Klima-, Energie-, Vulnerabilitäts-, Klimanpassungs- und Akzeptanzforschung,
1225 Forschung zur Zukunft der Arbeit sowie unterschiedlichen Ansätzen in der Wirtschaft
1226 und zur Überwindung der "Wissens-Verhaltens-Lücke".
- 1227 • Wir brauchen insgesamt mehr Vielfalt in allen Wissenschaftsbereichen. Dabei ist es für
1228 uns zentral, dass die Wissenschaft frei und unabhängig von Verwertungsinteressen
1229 bleibt. So müssen zum Beispiel einige Bundeszuwendungen verstetigt werden.
1230 Anderenfalls werden unvorhersehbare, kreative Ideen und interessanter Dialog verloren
1231 gehen.
- 1232 • Wir wollen bestehende Grenzen zwischen den Wissenschaftsfeldern aufbrechen und trans-
1233 und interdisziplinäre Zusammenarbeit unterstützen, auch in Zusammenarbeit mit der
1234 Zivilgesellschaft. Deshalb setzen wir uns auch dafür ein, gemeinsame Forschung mit
1235 Anwohner*innen sowie lokalen Initiativen in Reallaboren zu ermöglichen.
- 1236 • Öffentlich finanzierte Hochschulen und Forschungseinrichtungen haben schon immer
1237 einen Vorbildcharakter gehabt, was nachhaltige Entwicklung betrifft. Sie müssen durch
1238 klimagerechte Maßnahmen insbesondere bei Mobilität, eigenem Energiekonsum, Gebäude
1239 und Beschaffung bis spätestens 2030 klimaneutral sein.

1240 **8. Mit Klimaschutz dem ländlichen Raum eine Zukunft geben**

1241 Das fossile Zeitalter war mit einem Versprechen neuer Freiheit für den ländlichen Raum
1242 verbunden, das sich nicht erfüllt hat. Denn mit dem Siegeszug des Automobils ging ein
1243 Rückzug der Angebote alltäglicher Infrastruktur aus der Fläche einher: Immer weitere Wege
1244 zur Arbeit, zu Gesundheitsversorgung, Banken, zum Einkauf, zu Behörden oder
1245 Freizeitangeboten. Alternativen zum Auto wurden zurückgebaut. Vor allem durch den Rückzug
1246 der Bahn aus der Fläche ist der Nahverkehr vielerorts nicht mehr konkurrenzfähig.

- 1247 Kommunikationsorte wie Gastwirtschaften gehen verloren, Dorfkerne veröden, die Gewinnung
von
1248 Arbeitskräften und Auszubildenden scheitert oft am hohen Aufwand für Mobilität. Die
1249 Abhängigkeit vom Auto und der Rückzug der Infrastruktur aus der Fläche haben dem Land nicht

1250 gut getan. Beides schließt alte ebenso wie junge oder Menschen mit geringem Einkommen von
1251 einem Teil des Lebens aus.

1252 Die Energiewende bietet große Chancen für mehr Wertschöpfung auf dem Land. Die
1253 Mobilitätswende bietet große Chancen auf eine Wiederbelegung der öffentlichen Räume und auf

1254 mehr Unabhängigkeit vom eigenen Auto. Die Wende in Land- und Ernährungswirtschaft eröffnet
1255 die Chance auf eine Wiederbelebung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Die Klimakrise ist
1256 schon jetzt auf dem Land besonders zu spüren durch Trockenheit, Wassermangel, Brände,
1257 Bodenerosion oder das Absterben unserer Wälder.

1258 Der Wandel zu einer klimaneutralen Gesellschaft wird jedoch nur gelingen, wenn alle Menschen
1259 auf diesem Weg mitgenommen werden. Wir müssen das Auseinanderdriften der Regionen
stoppen,
1260 das Gefälle zwischen Stadt und Land darf nicht noch größer werden. Deshalb muss Klimapolitik
1261 sozial ausgewogen sein und auf die Unterschiede zwischen Ballungsräumen und dem Land
1262 Rücksicht nehmen. Wenn wir es richtig machen, wird Klimaschutz zu einer Stärkung des
1263 ländlichen Raums führen.

1264 Ein relevanter Teil der Landbevölkerung lebt mit geringen oder durchschnittlichen Einkommen
1265 in größerem Wohneigentum, heizt mit Öl oder Gas und ist für Teilhabe und die Grundversorgung

1266 fast vollständig auf das eigene Auto angewiesen, darunter überdurchschnittlich viele ältere
1267 Menschen. Die einzelnen Bürger*innen sind davon abhängig, dass ihnen öffentlicher Nahverkehr

1268 in einer zumutbaren Qualität zu bezahlbaren Tarifen bereitgestellt wird.

1269 Die Anschaffung von emissionsfreien Autos, die energetische und barrierefreie Sanierung von
1270 Wohnhäusern und die Umstellung von alten Ölheizungen erfordern erhebliche Investitionen.
1271 Trotz hoher Förderungen ist das nicht für alle ohne weiteres zu stemmen. Daher gehen wir
1272 neue Wege und schaffen Wahlmöglichkeiten:

1273 • Der Ausbau von Alternativen zum Auto auf dem Land hat Priorität: Vergleichsweise
1274 schnell zu reaktivierende Bahntrassen können zum Rückgrat für einen attraktiven und
1275 bezahlbaren öffentlichen Verkehr werden. Die Digitalisierung bietet gerade für das
1276 Land Chancen auf ganz neue Mobilitätsangebote: Flexible Rufsysteme, die Integration
1277 des Taxis und von Mitfahrgelegenheiten in den öffentlichen Nahverkehr sowie Angebote
1278 für die letzte Meile von der Haltestelle bis zur Haustür werden damit leichter
1279 zugänglich.

1280 • Neue Lösungen für den Individualverkehr: Die Digitalisierung erleichtert den Aufbau
1281 von Sharing-Angeboten für E-Autos, leichte Fahrzeuge und E-Bikes. So können wir die
1282 Haushalte von den hohen Kosten für die Haltung oft mehrerer Kraftfahrzeuge entlasten.
1283 Die Entwicklung und Förderung solcher Angebote jenseits des klassischen Nahverkehrs,

1284 die sich auf dem Land – anders als in Ballungsräumen – nicht ohne weiteres
1285 wirtschaftlich rechnen, gehört für uns zur Daseinsvorsorge.

1286 • Den Wohnungsbestand zukunftsfest machen: Wir werden gezielte Programme für die
1287 Sanierung des Eigenheimbestands auf dem Land entwickeln, die neue
Finanzierungsmodelle
1288 für Härtefälle und systematische Unterstützung bei der Umsetzung der Sanierung
1289 verbinden.

1290 • Wir wollen faire Bedingungen und gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land
1291 und die dafür notwendigen Kompensationsmaßnahmen aufgrund der räumlich
1292 unterschiedlichen Auswirkungen der CO₂-Bepreisung prüfen und auf den Weg bringen.

1293 Wir verringern den Zwang zu Mobilität:

1294 • Neben der Art der Mobilität wollen wir vor allem die Chancen der Digitalisierung zur
1295 Vermeidung von Verkehr nutzen, etwa durch ein Recht auf Homeoffice, durch die
1296 Vermeidung von Dienstreisen durch Telefonkonferenzen oder den Ersatz von
1297 Behördengängen durch digitale Angebote der Verwaltung.

1298 • Um regionale Wirtschaftskreisläufe wieder zu beleben und die Ernährungswende
1299 umzusetzen, sind kleine, regionale Lebensmittelverarbeiter wie Mühlen, Bäckereien oder
1300 Brauereien unverzichtbar. Die kleinen Betriebe der Nahversorgung wollen wir mit
1301 Entlastung von Regulierung, die für die Großindustrie geschaffen wurde, und speziellen
1302 Fördermaßnahmen für beispielsweise moderne energieeffiziente Anlagen bei der
1303 Transformation hin zu CO₂-neutralen Betriebsprozessen unterstützen.

1304 • Wir wollen den Rückzug der Alltagsinfrastruktur wie Behörden, Gesundheitsversorgung,
1305 Banken und Kultureinrichtungen aus dem ländlichen Raum stoppen. Dazu gehört die
1306 Förderung mobiler Infrastruktur für solche Dienstleistungen in der Fläche, um die
1307 Notwendigkeit für individuelle Mobilität zu reduzieren.

1308 **9. Soziale Maßnahmen für gerechten Klimaschutz**

1309 Unter den Auswirkungen der Klimakrise leiden Menschen mit geringen Einkommen mehr als
1310 Menschen mit hohen. Daher ist Klimapolitik immer auch Sozialpolitik. Zugleich ist klar, dass
1311 Preiserhöhungen sozial ausgewogen sein müssen. Wir wollen den Klimaschutz als Gesellschaft
1312 gemeinsam und fair miteinander gestalten und die Auswirkungen der klimapolitischen
Maßnahmen

1313 auf soziale Bedingungen, auf die Verteilung der Einkommen, der Vermögen und der Chancen in
1314 unserem Land regelmäßig analysieren, um im Bedarfsfall weitere konkrete Maßnahmen zu
1315 entwickeln. Die notwendige Transformation der Wirtschaft kann nur gelingen, wenn sie
1316 ökologisch und gleichzeitig sozial ist. Die ökologische Frage ist auch immer eine soziale
1317 Frage.

1318 Der Klimaschutz wird in zahlreichen Branchen zu einem Strukturwandel führen. Wir wollen die
1319 klimapolitischen Maßnahmen durch eine aktive und vorausschauende Industrie-, Arbeits- und
1320 Sozialpolitik begleiten. Für besonders betroffene Branchen wollen wir mit Wissenschaft,
1321 Gewerkschaften und Unternehmensverbänden Transformations- und Ersatzstrategien
entwickeln.

1322 In besonders betroffenen Regionen streben wir frühzeitig gezielte strukturpolitische
1323 Maßnahmen an, um vor Ort neue Arbeitsplätze zu schaffen.

1324 Wir stellen sicher, dass die Menschen von ökologisch-sozialer Modernisierung profitieren:

- 1325 • Aus den Einnahmen der CO₂-Bepreisung finanzieren wir jährlich ein Energiegeld, das
1326 alle Einwohner*innen am Jahresanfang erhalten. Es steigt mit dem CO₂-Preis an. Da
1327 Menschen mit niedrigem Einkommen in der Regel weniger CO₂ produzieren, profitieren
sie
1328 überdurchschnittlich davon. Die über die Absenkung der Stromsteuer hinausgehenden
1329 Einnahmen der CO₂-Bepreisung schütten wir vollumfänglich aus. Dieses Energiegeld
1330 erhält jede*r in derselben Höhe und es wird nicht auf Transferleistungen angerechnet.
1331 Außerdem führen wir ein wirksames Monitoring über die sozialen Folgen der
1332 Klimamaßnahmen ein. Wir wollen den Sozialstaat so besser machen, soziale Härten sollen
1333 vermieden werden, denn ökologischer und sozialer Aufbruch können Hand in Hand gehen.
- 1334 • Kaufpreisprämien müssen in niedrigeren Preissegmenten höher sein als in teureren
1335 Preissegmenten.
- 1336 • Wir wollen Energiearmut in Deutschland bekämpfen und Stromsperren verhindern, von
1337 denen besonders häufig Menschen mit geringem Einkommen oder in schwierigen
Lebenslagen
1338 betroffen sind. Wo Menschen mit geringem Einkommen keinen Einfluss auf die
1339 energetischen Zustand ihrer Wohnung haben, weil sie weder die Sanierung durchsetzen
1340 können noch eine Auswahl am Wohnungsmarkt haben, wird ein Klimazuschuss zum
Wohngeld
1341 in einer Übergangsphase auch bei einem schlechten energetischen Zustand des
1342 Wohngebäudes gewährt.
- 1343 • Bei der Gebäudesanierung wollen wir ein Klimawohngeld einführen und so für
1344 Mieter*innen mit kleinem Einkommen warmmietneutrale Modernisierungen ermöglichen.
- 1345 • Gute Bezahlung und gerechte Entlohnung bilden mit die Basis für ökologische
1346 Kaufentscheidungen. Wir wollen das Tarifvertragssystem stärken, den Mindestlohn
1347 erhöhen, Wege aus den Minijobs und dem Niedriglohnsektor ebnen und eine bessere
1348 Bezahlung der sozialen Berufe durchsetzen.
- 1349 • Beim Strukturwandel wollen wir die Beschäftigten unterstützen. Weiterbildung und
1350 Qualifizierung sind dabei entscheidend. Wir wollen ein Recht auf Weiterbildung
1351 einführen, die Beratung vor Ort verbessern und vernetzen sowie eine sozial gerechte
1352 Weiterbildungsförderung schaffen. Die Arbeitslosenversicherung wollen wir zu einer
1353 Arbeitsversicherung weiterentwickeln.
- 1354 • Um Beschäftigte zu unterstützen, die aufgrund eines Klimaschutzbedingten
1355 technologischen Wandels absehbar neue Qualifikationen benötigen, schlagen wir ein
1356 Klimaqualifizierungsgeld vor. Dies kommt insbesondere solchen Unternehmen zugute, die
1357 auf Grund ihrer Größe und ihres Umsatzes nicht ohne weiteres einen eigenen
1358 Qualifizierungsfonds einrichten können. Voraussetzung für den Bezug des
1359 Klimaqualifizierungsgeldes ist ein gemeinsam zwischen den Betriebspartnern erstellter
1360 Business- und Qualifizierungsplan, der klar regelt, welche Maßnahmen für den
1361 Klimaschutz getroffen und welche Qualifikationen durch die Beschäftigten erworben
1362 werden müssen.
- 1363 • Für Regionen, die besonders von der Transformation betroffen sind, braucht es gezielte
1364 Hilfe. Daher unterstützen wir den „Just Transition Fund“ auf EU-Ebene und wollen die
1365 beihilferechtlichen Vorgaben in Sinne gerechter Transformation weiter entwickeln.
- 1366 • Um soziale Härten im Zuge des Kohleausstieges zu vermeiden, müssen im
1367 Kohleausstiegsgesetz bzw. im Strukturstärkungsgesetz arbeitsmarkt- und
1368 qualifizierungspolitische Maßnahmen sowohl für die direkt als auch für die in der
1369 Zuliefererindustrie indirekt vom Braunkohleausstieg betroffenen Beschäftigten

- 1370 enthalten und mit entsprechenden Finanzmitteln hinterlegt sein. Zugleich müssen die
 1371 Vorbereitungen zur nachhaltigen sozialen Absicherung älterer Beschäftigter,
 1372 insbesondere in Form des Anpassungsgeldes, gerade auch im Haushalt unverzüglich
 1373 eingeleitet werden.
- 1374 • Wir müssen sicherstellen, dass Menschen nicht zum Arbeiten verpflichtet werden, wenn
 1375 sie durch extreme Hitze ihre Gesundheit und ihr Leben gefährden. Deswegen wollen wir
 1376 für hitzebedingte Arbeitsausfälle ein Hitzegehalt einführen, das den Beschäftigten 60
 1377 Prozent ihres Nettogehaltes garantiert.
- 1378 • Alle Menschen sollen Zugang zu bezahlbarer Mobilität haben. Bahn und ÖPNV sind
 1379 Bereiche der Daseinsfürsorge. Der Umstieg auf ÖPNV und Bahn muss attraktiver werden
 1380 durch günstige Preise, einfache Abwicklung und bequeme Verknüpfung mit P+R für
 1381 Fahrten aus entlegenen Gebieten. Über Sozialtickets und unseren Mobilpass sorgen wir dafür,
 1382 dass Bahnfahren und ÖPNV gerade für Menschen mit niedrigen Einkommen bezahlbar
 sind.
- 1383 • Wir wollen die Stromkostenpauschale aus dem Hartz-IV-Regelsatz herauslösen und
 1384 jährlich dynamisieren, sodass Kostensteigerungen beim Strompreis nicht zu einer
 1385 Unterdeckung des Regelsatzes führen. Weitere Kostensteigerungen, die sich aus dem
 1386 Klimaschutz ergeben, müssen in die Anpassung der Sätze miteinbezogen werden.
 Menschen,
 1387 die keine weitere Belastung schultern können, dürfen auch nicht stärker belastet
 1388 werden.

1389 **10. Anpassung an das Unvermeidbare**

1390 Anpassung ist keine Alternative zur Minderung von Treibhausgasen. Jedes Zehntel Grad
 1391 Erderwärmung macht einen Unterschied, wie heftig die Auswirkungen der Klimakrise in den
 1392 nächsten Jahrzehnten sein werden. Daher kommt es auch auf jede eingesparte Tonne CO₂ an.
 1393 Doch auch bei einer Begrenzung der globalen Erhitzung auf deutlich unter zwei Grad, selbst
 1394 bei 1,5 Grad werden die Auswirkungen der Klimakrise deutlich spürbar sein. Eine Anpassung
 1395 daran ist unvermeidlich. Die Zunahme der Extremwetterereignisse wie Dürren oder die
 1396 Extremniederschläge der vergangenen Jahre haben gezeigt, worauf wir uns einstellen müssen.

1397 Zur Abmilderung der Auswirkungen der Klimakrise und zur Bewältigung des Unvermeidbaren
 1398 braucht Deutschland einen Aktionsplan, der Klimaschutz und Klimaanpassung miteinander
 1399 verbindet. Damit werden Menschen, Städte, Umwelt und Natur widerstandsfähiger gegen die
 1400 Folgen der Klimakrise gemacht und können einen größeren Beitrag zur Minimierung der
 1401 Klimakrise leisten. Im Zentrum dabei steht für uns ein nationaler Klimafolgenanpassungsfonds
 1402 in Höhe von zwei Milliarden Euro, mit denen wir die schlimmsten Auswirkungen der Klimakrise
 1403 begrenzen wollen. Folgende Schritte sind aus unserer Sicht schon jetzt unerlässlich:

- 1404 • Beim Städte- und Wohnungsbau müssen wir für Hitzeschutz sorgen. Schon heute liegen
 1405 die
 1406 Temperaturen in Großstädten wie Köln, Stuttgart oder Berlin im Sommer teilweise zehn
 Grad über denen des Umlandes. Menschen können nächtelang nicht schlafen und
 arbeiten
 1407 in klimatisierten Räumen. Wir brauchen einen Städte- und Wohnungsbau, der die
 1408 Entwicklungen der Klimakrise berücksichtigt. Statt Betonwüsten braucht es mehr Bäume,
 1409 Wasser- und Grünflächen sowie Frischluftschneisen in unseren Städten, denn sie wirken
 1410 wie Klimaanlage. Wir streben eine Flächenkreislaufwirtschaft an, indem wir
 1411 verbindliche Budgets für die Neuversiegelung von Flächen definieren und auf die
 1412 Kommunen herunter brechen. Jede Neuinanspruchnahme als Siedlungs- und
 Verkehrsfläche
 1413 muss von Ausgleichsmaßnahmen im Umfeld begleitet sein, wobei die entsiegelte Fläche

nicht kleiner als die neu versiegelte sein darf und vier junge Bäume einen alten Baum ersetzen. Den Kommunen wollen wir Instrumente in die Hand geben, um bei Neuversiegelungen im Umfeld Ausgleichsmaßnahmen wie Entsiegelungen und Baumpflanzungen

durchzusetzen, etwa durch städtebauliche Verträge mit Bauträgern. Mit finanziellen Mitteln müssen Projekte für mehr Stadt- und Fassadenbegrünung, Schattenflächen, Häuserdämmung sowie Kühlung durch Kältespeicher und erneuerbar betriebene Wärmepumpen

in den Wohnungen, aber auch begrünte Fassaden und hellerer Straßenbelag gefördert werden. Das ist gut für die Gesundheit der Menschen, die Luft und das Klima.

- Um unsere Städte fit für die Klimakrise zu machen, wollen wir sie zu Schwammstädten umbauen. So wird das Regenwasser gespeichert, wo es anfällt, um es in Trockenperioden zu nutzen. Damit werden wertvolle Ressourcen geschützt und die Infrastruktur an immer extremere Starkwetterereignisse angepasst.

- Wir wollen Betroffene entschädigen. Derzeit sind nur 40 Prozent der Häuser in Deutschland gegen Elementarschäden versichert und gerade in den von Hochwasser gefährdeten Gebieten werden Versicherungen gar nicht mehr angeboten oder sind kaum finanzierbar. Neben angemessenen Versicherungslösungen für die Betroffenen ist ein zusätzlicher Fonds für unbürokratische und zügige Entschädigungszahlungen aufzulegen für Menschen, deren Existenz bedroht ist. Zudem sollen regionale Landkarten erstellt werden, auf denen absehbare Gefährdungslagen kartiert sind. Die Ausweisung von Neubaugebieten in Überschwemmungsgebieten werden wir beenden.

- Wir wollen den Gesundheitsschutz erhöhen. Im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts ist die Zahl von Todesfällen aufgrund von Herzkrankheiten während der Hitzewellen deutlich angestiegen. Besonders betroffen sind Säuglinge, Kleinkinder und ältere Menschen. Das Bundesgesundheitsministerium rechnet bis zum Ende des Jahrhunderts mit einer um den Faktor drei bis fünf erhöhten Todesrate durch Hitzewellen. Hinzu kommen Folgeprobleme wie eine massive Zunahme von Allergien, da sich etwa die Pollenflugsaison in den vergangenen 30 Jahren bereits um zehn bis zwölf Tage verlängert hat. Für Warnsysteme, bessere Behandlungsmöglichkeiten von klimabedingten Krankheiten sowie Hitze-Aktionspläne muss Geld bereitgestellt werden. Die Aktionspläne sollten eine koordinierte Kommunikation von Tipps und Verhaltensweisen für die Bevölkerung bei Extremwetterereignissen beinhalten. Über eine bundesweite Beratungstelefonnummer sollen Informationen zur Vermeidung hitzebedingter Gesundheitsschäden abgerufen werden können.

- Wir wollen einen bundesweiten Hitzeaktionsplan verabschieden. Damit schützen wir die Bevölkerung vor hitzebedingten Gesundheitsschäden.

- Wir wollen die Landwirtschaft anpassen und die Forschung für robuste Anbausysteme intensivieren, damit Landwirt*innen die Herausforderungen der Klimakrise meistern können. Entschädigungen sowie Förderprogramme für technische Lösungen bekämpfen nur die Symptome, sparen aber die erforderlichen Änderungen im System sowohl auf dem Acker als auch in der Tierhaltung aus. Vielfältige Fruchtfolgen, angepasste Sorten und humusreiche Böden können Trockenstress und Klimawandel besser trotzen als Monokulturen. Alternative Forschung und Anbaumethoden müssen deutlich stärker gefördert werden.

- Wir wollen gesunde Böden fördern: Viele Regionen werden in den nächsten Jahren mit Trockenheit zu kämpfen haben. Umso wichtiger, dass der Boden gesund und geschützt ist – mit genügend Humus, um ausreichend Wasser zu speichern. Wir werden den Humuserhalt und -aufbau von Böden durch Umwandlung ungeeigneter Äcker in Grünland sowie die

- 1461 Ausweitung agrarökologischer Methoden wie Agroforstsysteme, Mischkulturen, weite
1462 Fruchtfolgen und eine ganzjährige Bodenbedeckung fördern.
- 1463 • Wir wollen Flächen entsiegeln. Versiegelte Flächen heizen die Umgebung nicht nur
1464 unnötig auf, sondern können auch kein Regenwasser aufnehmen. Letzteres führt zu
1465 Überschwemmungen. Deshalb braucht es ein Programm zur Wiederherstellung
1466 geschädigter und versiegelter Böden in ihre natürliche Funktion als CO₂- und Wasserspeicher.
- 1467 • Bäume stellen Kohlenstoffsinken dar. Deshalb sind Agroforstsysteme unabdingbar für
1468 eine klimagerechte Landwirtschaft. Auch wollen wir den Baumstand (Vorratsfestmeter) im
1469 Wald erhöhen und durch Begrünung städtischer Umgebungen und entlang von
1470 Verkehrswegen steigern.
- 1471 • Wir wollen Wälder vor Bränden schützen. Ganz besonders wichtig ist
1472 Waldbrandprävention. Dazu gehören Vorsorgemaßnahmen wie Schutzstreifen und
1473 Waldbrandriegel sowie den nachhaltigen Umbau der Wälder insbesondere nach
1474 Sturmschäden von Monokultur-Nadelwäldern hin zu artenreichen Mischwäldern. Diese sind weniger
1475 brandgefährdet und zudem ein Gewinn für die Artenvielfalt. Darüberhinaus ist eine
1476 Waldbrandstrategie gefordert. Für den Fall großer Waldbrände braucht es
1477 bundesländerübergreifende Katastrophenpläne, ausreichende Spezialisten und eine gute
1478 Ausrüstung zum Beispiel mit Löschflugzeugen.
- 1479 • Wir wollen vor Hochwasser schützen. Hochwasserschutz ist mehr als Deiche bauen. Mit
1480 Blick auf die mittlerweile alle paar Jahre hereinbrechenden Jahrhunderthochwasser ist
1481 eine prioritäre Finanzierung des ökologischen Hochwasserschutzes überfällig. Dazu
1482 gehört, den Flüssen wieder mehr Raum zu geben sowie eine Reaktivierung von Auen
1483 entlang von Flüssen. Auch braucht es Hochwasserkonzepte für Städte, die aufgrund ihrer
1484 massiven Versiegelung nicht für extreme Niederschläge gerüstet sind.

1485 **11. Klimaschutz kennt keine Grenzen**

1486 Auch wenn sich dieser Maßnahmenplan vor allem auf die national notwendigen Anstrengungen
1487 konzentriert, so ist doch völlig klar: Unser Beitrag zum Paris Abkommen ist europäisch und
1488 muss global gedacht werden. Wir möchten die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 dafür zu
1489 nutzen, innerhalb der EU und im Kontext der G20 auf eine Ambitionssteigerung und
1490 beschleunigte Umsetzung der Beiträge zum Paris Abkommen hinzuwirken. Deshalb wollen wir
1491 konsequenten Klimaschutz im eigenen Land umsetzen und gleichzeitig Klimaschutz in anderen
1492 Teilen der Welt unterstützen. Deshalb machen wir den Klimaschutz, den Ausbau erneuerbarer
1493 Energien und die Anpassung an Folgen des Klimawandels zu einem Schwerpunkt der Außen-,
1494 Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik und wollen den Aufbau eines internationalen
1495 Finanzierungsmechanismus für klimabezogene Schäden und Verluste unterstützen, der durch
1496 die

1496 Verursacher finanziert wird

1497 Von der Klimakrise betroffen sind weltweit zuerst jene, die die Klimakrise nicht verursacht
1498 haben und sich am wenigsten vor den Auswirkungen schützen können: Menschen, besonders
1499 Frauen, in den Ländern des Globalen Südens. Wir unterstützen die ärmsten Staaten beim
1500 Klimaschutz und bei der Anpassung an Klimaveränderungen. Insbesondere mit Schwellen- und
1501 Entwicklungsländern bauen wir Klimapartnerschaften auf und verstärken die klimapolitische
1502 Zusammenarbeit.

1503 Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern, die
1504 besonders von der Klimakrise betroffen sind, solidarische und koordinierte Hilfe der
1505 Staatengemeinschaft erhalten. Dafür fördern wir systematisch Klimarisikoplanungen und ein
1506 Klimarisikomanagement. Ansätze auf internationaler Ebene müssen die Umsetzung der
1507 Menschenrechte, etwa der Rechte auf Nahrung, Wasser oder Gesundheit, befördern und die
1508 Bevölkerung vor Ort miteinbeziehen. Lokal Betroffenen muss die notwendige Umsiedlung in
1509 Würde garantiert werden, Menschen, die ihre Heimat aufgrund der Klimakrise verlassen,
1510 brauchen internationalen Schutz.

1511 • Wir werden uns in den internationalen Klimaverhandlungen dafür einsetzen, das Pariser
1512 Klimaabkommen zu einem internationalen Regime weiterzuentwickeln, das von den
Staaten

1513 möglichst verbindliche Ziele einfordert, Vergleichbarkeit und Transparenz der
1514 Zieleinhaltung sicherstellt und die Nichteinhaltung sanktioniert. Dies soll zuerst auf
1515 EU-Ebene passieren.

1516 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass internationale Klimaverhandlungen durch eine
1517 bessere Einbindung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen gerade aus dem Globalen
1518 Süden transparenter und partizipativer durchgeführt werden. Vor allem muss die
1519 Beteiligung von Frauen an Verhandlungen ausgebaut werden.

1520 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass die im Rahmen des Pariser Klimaabkommens
1521 anstehenden regelmäßigen fünfjährigen Überprüfungen („global stocktakes“) der
1522 nationalen Klimaschutzbeiträge (NDCs) tatsächlich dazu führen, dass die Klimaziele
1523 aller Staaten angemessen erhöht werden. Dafür muss sich der Überprüfungsprozess am
1524 aktuellen Stand der Wissenschaft zur Begrenzung der Erderhitzung auf deutlich unter
1525 zwei Grad, möglichst 1,5 Grad und an Kriterien der globalen Klimagerechtigkeit
1526 orientieren. Damit die erste Runde der Zielerhöhung funktioniert, ist es entscheidend,
1527 dass Deutschland sich dafür einsetzt, dass die EU ihr unzureichendes 2030-Ziel von
1528 derzeit minus 40 auf minus 65 Prozent Emissionsreduktion erhöht und fristgerecht 2020
1529 bei der UN einreicht. Gleichzeitig werden wir die Unterstützung von Ländern für die
1530 Umsetzung und Verbesserung von NDCs in Foren wie der NDC-Partnerschaft deutlich
1531 ausbauen.

1532 • Die Industrieländer haben zugesagt, die Entwicklungsländer ab 2020 mit jährlich 100
1533 Milliarden US-Dollar bei Klimaschutz und Anpassung an die Folgen der Klimakrise zu
1534 unterstützen; der gerechte Anteil Deutschlands daran wären etwa zehn Milliarden
1535 Dollar. Doch wir wissen bereits heute, dass diese Summen nicht reichen werden. Wir
1536 werden uns daher dafür einsetzen, dass Deutschland in einem ersten Schritt jährlich
1537 zehn Milliarden Euro aus öffentlichen Mitteln für internationale Klimafinanzierung
1538 bereitstellt, mit denen dann auch weitere private Mittel mobilisiert werden können.
1539 Zusätzlich soll Deutschland auch seine Zahlungen erhöhen, um die anderen nachhaltigen
1540 Entwicklungsziele zu erreichen.

1541 • Die Koalition der Finanzminister*innen für Klimaschutz soll bis Mitte 2020 ein
1542 ambitioniertes Programm für die Ausrichtung der globalen Finanzströme an den Zielen
1543 des Pariser Klimaabkommens vorlegen. Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland in
1544 dieser Koalition eine Führungsrolle einnimmt und die beschlossenen Maßnahmen auch im
1545 Kontext der G20 konsequent vertritt. Das heißt mit gutem Beispiel voran zu schreiten,
1546 und sofort konkrete Schritte einzuleiten, alle klimaschädlichen Subventionen abzubauen
1547 und alle klimabedingten Geschäftsrisiken konsequent offen zu legen.

1548 • Deutschland sollte die strategische Klima-Allianz mit den 48 von der Klimakrise
1549 besonders betroffenen Entwicklungsländern, die sich zu 100 Prozent erneuerbaren

- 1550 Energien und Netto-Nullemissionen verpflichtet haben, ausbauen, damit sie diese Ziele
1551 sobald wie möglich erreichen.
- 1552 • Internationale Allianzen der Regionen, wie zum Beispiel die „Under2Coalition“, werden
1553 wir stärken und ausbauen, um auch in jenen Staaten den Klimaschutz voranzubringen, die
1554 derzeit Schlusslicht in der internationalen Klimapolitik sind. Dadurch stärken wir
1555 auch die Zusammenarbeit mit subnationalen Akteuren in allen Ländern und halten die Tür
1556 für Länder wie die USA offen, wenn sie sich zur Rückkehr zum Pariser Abkommen
1557 entscheiden.
- 1558 • Wir setzen uns für ressortübergreifende strategische Partnerschaften mit den großen
1559 Schwellenländern für klimafreundliche Investitionsoffensiven in Mobilität, Energie,
1560 Digitalisierung, nachhaltige Stadtentwicklung und Schlüsselindustrien wie Stahl oder
1561 Zement ein.
- 1562 • Wir werden die Kriterien für die internationale Zusammenarbeit zugunsten
1563 klimaneutraler Investitionen ändern und dafür sorgen, dass jede Art fossiler
1564 Technologie nicht mehr über Exportkredite oder Bürgschaften abgesichert werden kann,
1565 wenn sie nicht im Einklang mit den Zielen von Paris steht. Dies soll auch für
1566 multilaterale sowie nationale Entwicklungsbanken gelten. Mit Schwellenländern,
1567 insbesondere China, wollen wir an der nachhaltigen Ausrichtung von
1568 Infrastrukturinvestitionen arbeiten. Erfahrungen und Techniken für die schnellere
1569 Dekarbonisierung wollen wir mit den Vorreitern unter den Industrienationen
1570 austauschen.
- 1571 • Wir müssen uns in Europa und global dafür einsetzen, dass Klima-Aktivist*innen,
1572 zivilgesellschaftliche Organisationen und Umweltwissenschaftler*innen nicht
1573 kriminalisiert und bedroht werden.
- 1574 • Für das Jahr 2050 werden 100 bis 150 Millionen Menschen auf der Flucht prognostiziert
1575 – allein aufgrund der Klimakrise, wenn sie ungebremst fortschreitet. Wir müssen unsere
1576 humanitäre Hilfe massiv erhöhen, uns auf Katastrophen bedingt durch die Klimakrise
1577 einrichten und uns intensiver mit dem Recht auf Klimaflucht auseinandersetzen. Wir
1578 unterstützen Entwicklungsländer im Rahmen der Agenda 2030 dabei, der Klimakrise
1579 entgegenzuwirken, damit die Menschen ihre Lebensgrundlagen nicht verlieren. Und wir
1580 helfen ihnen dabei, nötige Umsiedlungen durch Klimakatastrophen bewältigen zu können.
- 1581 [1] Laurent Fabius, Chefverhandler der Klimakonferenz in Paris und damaliger französischer
1582 Außenminister
- 1583 [2] Im weiteren Text verkürzt als CO₂.
- 1584 [3] <https://www.scientists4future.org/stellungnahme/fakten/>
- 1585 [4] [https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/2016_2020/2019_09_Brie-
1586 f_Klimakabinett.pdf?__blob=publicationFile&v=5](https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/2016_2020/2019_09_Brie-f_Klimakabinett.pdf?__blob=publicationFile&v=5)
- 1587 [5] Annahme: Bei einem Temperaturanstieg von maximal 1,75° C und einer Wahrscheinlichkeit
1588 der Zielerreichung von 67 Prozent; mit einer Wahrscheinlichkeit von 40 Prozent sogar 1,5° C
1589 Erderhitzung.

Handeln – und zwar jetzt! Maßnahmen für ein klimaneutrales Land

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 17.11.2019
Tagesordnungspunkt: WKf Wirtschaft, Klima, Finanzen

Antragstext

- 1 „Wenn wir jetzt versagen, werden unsere Kinder uns nicht verzeihen.“[\[1\]](#)
- 2 Mit diesen Worten verpflichtete sich die Weltgemeinschaft 2015 in Paris, die Erhitzung des
3 Planeten bis zum Ende des Jahrhunderts auf „deutlich unter zwei Grad, möglichst 1,5 Grad“ zu
4 halten und ab der zweiten Hälfte des Jahrhunderts nur noch so viel Treibhausgase
5 auszustoßen, wie das natürliche Ökosystem aufnehmen kann. Die Industriestaaten sind
6 verpflichtet, voranzuschreiten und schneller klimaneutral zu werden.
- 7 Doch das Gegenteil ist passiert. Zu Recht demonstrieren weltweit Millionen Menschen auf der
8 Straße für den Schutz der Erde. Denn der Ausstoß von Treibhausgasen[\[2\]](#) ist weltweit
9 ungebrochen. Mehr als 36 Milliarden Tonnen CO₂ emittiert unsere noch immer auf fossilen
10 Energien wie Kohle, Öl und Gas basierende Weltwirtschaft jedes Jahr. Deutschland liegt dabei
11 im Vergleich der am meisten CO₂-produzierenden Länder an sechster Stelle. Allein auf
12 Deutschland entfallen rund 800 Millionen Tonnen CO₂. Wir haben auch heute noch einen
13 doppelt
14 so hohen CO₂-Fußabdruck wie der weltweite Durchschnitt.
- 15 Seit Beginn der Industrialisierung ist Deutschland für fast fünf Prozent der
16 Treibhausgasemissionen verantwortlich, bei einem heutigen Anteil an der Weltbevölkerung von
17 lediglich 1,1 Prozent. Diese Emissionen heizen die Atmosphäre immer weiter auf und vermüllen
18 unsere Erde. Die Klimakrise spitzt sich dramatisch zu. Die vergangenen vier Jahre waren
19 weltweit die wärmsten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Bereits jetzt ist die globale
20 Durchschnittstemperatur im Vergleich zum vorindustriellen Niveau um etwa ein Grad[\[3\]](#)
21 angestiegen. Die Eisschilde schmelzen immer schneller und der Anstieg des Meeresspiegels
22 verdoppelt sich. Werden die für das Weltklimasystem sensiblen Kipppunkte erreicht, steuert
23 die Erde auf eine Erhitzung von vier und mehr Grad zu.
- 24 Der Sonderbericht des Weltklimarats 2018 hat verdeutlicht, dass bei zwei Grad globaler
25 Erwärmung - im Vergleich zu 1,5 Grad - Kipppunkte im Klimasystem überschritten werden
26 können, über 99% aller Korallenriffe absterben und hunderte Millionen Menschen unter
27 schweren Klimafolgen zu leiden haben werden. Zerstörte Infrastrukturen, Nahrungs- und
28 Wassermangel, politische und soziale Instabilität, Ressourcenkonflikte, Flucht, Vertreibung
29 und Krankheiten sind die Folgen.
- 30 Am stärksten von der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen betroffen sind die Ärmsten
31 der Armen, die sie am wenigsten verursacht haben, sich am wenigsten dagegen schützen und
32 aufbegehren können. Im Globalen Süden sind viele Menschen aufgrund von Dürren oder
33 Meeresspiegelanstiegen bereits jetzt gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Dies zeigt die

historische Verantwortung Deutschlands und der Industrienationen gegenüber dem Rest der Welt, der wir uns jetzt konsequent stellen müssen. **Die Klimakrise ist auch eine soziale Krise - sie spitzt Verteilungskonflikte und Machtverhältnisse zu und verstärkt damit insbesondere im Globalen Süden, aber auch innerhalb von Europa bestehende Ungerechtigkeiten.**

Auch in Deutschland ist die Klimakrise angekommen. Am stärksten betroffen sind Kinder, kranke und alte Menschen sowie ärmere Menschen. Erhöhte Sterblichkeit und Erkrankungshäufigkeit in extremen Hitzeperioden sind eine brisante Entwicklung. Auch unsere Felder und Wälder leiden. Mehr als 180.000 Hektar Waldfläche, das entspricht 250.000 Fußballfeldern, sind bereits durch die Klimaveränderung zerstört. Doch statt vier Jahre nach dem Pariser Abkommen endlich zu reagieren, verabschiedete die Bundesregierung nun ein Klimapaket, welches das 1,5-Grad-Limit endgültig beerdigt und selbst für einen 2-Grad-Pfad viel zu wenig ist. Damit wird Deutschland seiner internationalen Klimaverantwortung nicht gerecht. Denn gemäß dem Sachverständigenrat für Umweltfragen^[4] ergibt sich aus dem jüngsten

Sonderbericht des UN-Weltklimarats IPCC für uns bei gleichmäßiger Aufteilung auf die Weltbevölkerung ein verbleibendes nationales Kohlenstoffbudget von 6.600 Millionen Tonnen CO₂ ab 2020^[5]. Bei fortdauernden Emissionen auf heutigem Niveau wäre das Budget in weniger

als neun Jahren verbraucht, bei einer linearen Reduktion rund um 2035. Ein längerer Zeitverlauf zur Treibhausgasneutralität bis 2050, wie auf europäischer Ebene angestrebt, erfordert überproportionale Reduktionserfolge in den nächsten Jahren.

Daran wird deutlich: Die Uhr tickt und wir müssen schnell und zügig umsteuern. Je rascher wir die Emissionen senken, desto länger reicht unser CO₂-Budget, um den Übergang in die klimaneutrale Gesellschaft gemeinsam gestalten zu können. Jedes weitere Jahr hingegen, in dem nichts getan wird, verschärft die Krise, da sich CO₂ in der Luft ansammelt und der Erhitzung der Atmosphäre weiter Vorschub leistet. Wir brauchen eine Radikalität, die sich in entschlossenem Handeln ausdrückt. Entsprechend der verschärften Dringlichkeit streben wir die Umsetzung rasch und effektiv wirkender Klimaschutzmaßnahmen und das Erreichen der Klimaneutralität Deutschlands so früh wie möglich an, um im Hier und Jetzt das möglich zu machen, was notwendig ist, um langfristige Ziele zu erreichen.

Jetzt wird über den EU-Haushalt für die kommenden Jahre entschieden. Jetzt wird entschieden, ob wir die europäische Landwirtschaftspolitik neu justieren. Es geht jetzt darum, den Ausbau des Schienenverkehrs voranzubringen. Jetzt müssen wir entscheiden, dass öffentliche Mittel für den Ausbau der Erneuerbare-Energien-Infrastruktur und nicht für Öl- und Gaspipelines ausgegeben werden. Es gilt jetzt zu entscheiden, wie wir aus Handelsabkommen mit gravierenden Auswirkungen auf das Klima rauskommen. Die EU muss als eine Hauptverursacherin

der Klimakrise ambitioniert vorangehen – jetzt! Europa hat die historische Verantwortung vorzumachen, wie das Wirtschaften in planetaren Grenzen demokratisch erreicht werden kann.

Der Aufbruch ins klimaneutrale Zeitalter lohnt sich

Wir sehen nie dagewesene Chancen für eine neue Lebensqualität und nachhaltigen Wohlstand. Die Herausforderungen sind jedoch ohne Zweifel enorm. Klimaschutz macht unsere Städte grüner, leiser, sauberer und sicherer. Er hilft, die Artenvielfalt zu bewahren. Er macht uns

73 unabhängig von russischem Gas, von Fracking und vom Öl. Klimaschutz eröffnet unseren
74 Unternehmen neue Geschäftsfelder. Er schafft neue Arbeitsplätze und sichert bestehende.

75 Ja, Klimaschutz kostet viel Geld. Aber es ist volkswirtschaftlich völlig klar, dass uns kein
76 Klimaschutz deutlich mehr kosten wird: Der Stern-Report machte bereits 2006 deutlich, dass
77 die jährlichen Kosten für Maßnahmen zur Stabilisierung der Treibhausgaskonzentration bei
78 etwa einem Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts liegen. Die jährlichen Kosten einer
79 ungebremsten Klimaerhitzung hingegen werden dem Verlust von mindestens fünf Prozent des
80 globalen Bruttoinlandsprodukts entsprechen. Wenn man eine breitere Palette von Risiken und
81 Einflüssen berücksichtigt, könnten die Schäden sogar auf 20 Prozent oder mehr ansteigen.

82 Zudem wird Klimaschutz enorme neue Werte schaffen: Wirtschaftsstudien sehen ein
83 Geschäftspotenzial von etwa elf Billionen Euro durch neue, digital-basierte klimafreundliche
84 Geschäftsmodelle im Jahr 2030. Die sozial-ökologischen Innovationen in allen Sektoren können
85 Europa zu deutlich mehr Wohlstand verhelfen, Schäden für Mensch und Umwelt verhindern und
86 einen intakten Planeten bewahren. Dafür müssen wir Wohlstand materiell und sozialökologisch
87 neu definieren. Die finanzielle Belastung durch die radikale Transformation, die in den
88 nächsten fünf Jahren auf die Spur gebracht werden muss, werden wir sozial gerecht
89 ausgestalten.

90 Wir müssen hier und heute eine erhebliche Transformation einleiten. Und wir werden das
91 nur gemeinsam als Gesellschaft schaffen. Die dafür notwendigen tiefgreifenden Änderungen
92 werden nicht für alle einfach. Arbeitsplätze werden wegfallen, neue werden entstehen.
93 Menschen werden neu lernen und sich verändern müssen, das ist nichts Neues. Deshalb ist eine

94 aktive politische Gestaltung dieser Veränderung ebenso wichtig wie ihre kluge soziale
95 Absicherung und ihre kulturelle und gesellschaftliche Balance. Klimaschutz erfordert eine
96 aktive Arbeitsmarkt- und Weiterbildungspolitik, eine sozial faire Rückerstattung der CO₂-
97 Bepreisung, eine kluge Regional- und Strukturpolitik. Und schließlich gilt: Die notwendigen
98 Veränderungen werden nur demokratisch gelingen, also wenn wir es schaffen, gemeinsam die
99 notwendigen Veränderungen und Handlungskonsequenzen anzugehen, neue Wege
100 auszuhandeln und so
101 die Menschen mit auf den Weg nehmen.

101 Am 20. September 2019 haben wir zwei Parallelwelten erlebt: Auf der einen Seite standen
102 weltweit mehrere Millionen Menschen, die für Klimaschutz auf die Straße gegangen sind. Wir
103 bringen uns in diese Klimagerechtigkeitsbewegung ein, die mit vielen unterschiedlichen
104 friedlichen Aktionsarten auf die drängenden Probleme hinweist, und begleiten auch Aktionen
105 zivilen Ungehorsams. Auf der anderen Seite sahen wir eine völlig ermüdete Koalition, die
106 nicht in der Lage war, mehr als Trippelschritte zu liefern.

107 Die Lücke zwischen wissenschaftlich Notwendigem und gesellschaftlich Möglichem auf der einen
108 und der politischen Realität auf der anderen Seite klafft immer weiter auseinander. In
109 dieser Situation liegt es gerade auch an uns, das Vertrauen einer ganzen Generation in die
110 Gestaltungs- und Handlungsfähigkeit der Politik zu erhalten. Demokratie zeigt gerade dort
111 ihre Stärke, wo es uns gelingt, radikale Umbrüche im Sinne der universellen Freiheit und
112 Gleichheit zu gestalten und die gesellschaftlichen Verhältnisse so zu verändern, dass wir
113 eine klimaneutrale Gesellschaft erreichen.

114 Für uns bedeutet das: Jetzt erst recht! Die Gesellschaft ist viel weiter als die deutsche
115 Bundesregierung. Wir starten einen neuen Anlauf in der Klimapolitik: Wir machen ein
116 politisches Angebot an all jene, die vorangehen wollen, von Fridays for Future über
117 Gewerkschaften, progressive Unternehmer*innen bis hin zu Klimakommunen, Kulturschaffenden

118 und allen, die sich noch anschließen wollen. Ihre Anliegen wollen wir im Dialog
119 weiterentwickeln und in die Parlamente tragen. Gemeinsam, im Bündnis und Solidarität mit
120 ihnen wollen wir die Wende in der Klimapolitik schaffen und die Chancen des Klimaschutzes
121 für mehr Gerechtigkeit und Zusammenhalt nutzen.

122 Ziel dieses Antrags und unserer Politik ist es, einen radikal realistischen und
123 sektorenübergreifenden Maßnahmenplan vorzulegen. Die entscheidende Messlatte ist dabei für
124 uns das nationale Klimabudget, also die Menge an Emissionen, die noch ausgestoßen werden
125 dürfen, um den deutschen Anteil am Pariser Abkommen einzuhalten; wissentlich, dass auch
126 Budgets nur modellhaft gerechnet sind und dass weder technologische noch gesellschaftliche
127 Entwicklungen linear verlaufen. Durch soziale und technologische Innovationen, die wir heute
128 noch gar nicht kennen können, werden unsere momentanen Annahmen selbstverständlich in
den

129 kommenden Jahren angepasst werden müssen. Aber wir widersprechen allen, die daraus
ableiten,

130 eigentlich müssen wir doch in der Gegenwart gar nichts tun, denn irgendwann kommt die
131 Wundertechnik, die alle unsere Probleme löst. Es ist genau umgekehrt: Positive Innovationen
132 und Eigeninitiative als Katalysatoren der Veränderung müssen durch Abschied vom Alten
133 überhaupt erst ermöglicht sowie gefördert und angereizt werden. Wir müssen jetzt schnell
134 loslaufen, damit wir eine Chance haben, auf dem Weg zu lernen.

135 Die Grundlage unseres Handelns sind das Pariser Klimaabkommen und der aktuelle Stand der
136 Klimawissenschaft. Wir werden auf dem weiteren Weg um jedes Zehntel Grad weniger
137 Erderhitzung kämpfen, um das 1,5-Grad-Ziel überhaupt noch erreichen zu können. Daran
138 orientieren wir unsere Politik. Es ist unsere Verantwortung, dass Deutschland seinen Teil
139 tut, damit die erforderliche Transformation in Schwung kommt. Wir müssen deshalb sowohl bei
140 uns entschiedenen Klimaschutz umsetzen als auch andere Länder beim Klimaschutz
unterstützen.

141 Klar ist: Die Menschen müssen diesen Weg zur Klimaneutralität unterstützen, sonst wird es
142 unmöglich sein, die vorgeschlagenen Maßnahmen umzusetzen. Wir erkennen dabei den
143 Klimanotstand an. Damit ist explizit keine juristische Grundlage für Notstandsmaßnahmen
144 gemeint, sondern ein politisches Zeichen verknüpft mit klimapolitischen Maßnahmen.

145 **1. Ein Klimaschutzgesetz für einen verbindlichen planungs- und ordnungsrechtlichen Rahmen**

146 Nur mit klar festgelegten Zielen und Zwischenzielen, verknüpft mit einem verbindlichen
147 Monitoring der Maßnahmen und Ergebnisse sowie verankerten Korrekturmechanismen bei
148 Zielverfehlung können wir wieder auf den erforderlichen Zielpfad von Paris beim Klimaschutz
149 kommen. Durch ein Klimaschutzgesetz müssen endlich Verbindlichkeiten innerhalb der
150 jeweiligen Sektoren und der zuständigen Ressorts festgeschrieben werden. Denn die
151 Verantwortung für das Erreichen der Klimaschutzziele kann nicht länger allein beim
152 Bundesumweltministerium liegen, sondern muss als Querschnitt der Regierung auch die

153 Ministerien, die zuständig sind für Verkehr, Landwirtschaft, Bauen und Wirtschaft in die
154 Pflicht nehmen. Was wir brauchen ist eine Klimaregierung.

155 Dazu gehört auch, dass wir Klimaschutz ins Grundgesetz schreiben. Wir möchten:

- 156 • die international vereinbarten Klimaschutzziele in die Verfassung aufnehmen,
- 157 • eine „CO₂-Bremsen“, die Transparenz und einklagbare Korrekturen klimaschädlicher
158 Politikvorhaben schafft, verbindlich in der Verfassung verankern. Jedes neue Gesetz
159 muss auf seine „Klimawirksamkeit“ überprüft werden („climate mainstreaming“). Bei
160 Bedarf muss ein Klimavorbehalt dafür sorgen, dass klimafreundliche Alternativen oder
161 Ausgleichsmaßnahmen erarbeitet werden. So bekommt Klimaschutz endlich Priorität und
162 muss von allen stets mitgedacht werden.

163 Zudem wollen wir ein Klimaschutzgesetz, das den Rahmen für alle Klimaschutzmaßnahmen
bildet

164 und das sich bei allen Maßgaben auf ein verbleibendes Restbudget für CO₂ stützt, dem gemäß
165 wir die Ziele des Pariser Abkommens erreichen können. Wir wollen:

- 166 • klare Maßnahmen für alle Sektoren,
- 167 • klar festgelegte Ziele, Zwischenziele und CO₂-Minderungspfade für alle Sektoren mit
168 dem verbindlichen Ziel, das Pariser Klimaschutzabkommen zu erfüllen,
- 169 • dichte Kontrollen, ob die Maßnahmen wirken sowie empfindliche Sanktionen,
- 170 • gesetzliche Festlegung einer klimaneutralen öffentlichen Verwaltung.

171 Klare ordnungsrechtliche Maßnahmen müssen in einem Klimaschutzgesetz die zentrale Rolle
172 spielen. Alle großen umweltpolitischen Errungenschaften wurden über das Ordnungsrecht
173 erreicht. Zudem wäre es fatal, allein auf Preissignale zu setzen. Denn wollte man die
174 Klimaziele allein über die Bepreisung von CO₂ erreichen, müsste dieser so hoch sein, dass er
175 unweigerlich zu erheblichen negativen sozialen Auswirkungen führen würde. Einige könnten
176 sich rauskaufen, andere nicht mehr teilhaben. Damit Klimaschutz eben nicht zu Lasten der
177 Menschen mit geringeren Einkommen geht, brauchen wir einen klugen Mix aus CO₂-Preis,
178 Anreizen und Förderung sowie dem Ordnungsrecht. So kann man die jeweiligen Vorteile der
179 Instrumente nutzen und gleichzeitig Nachteile minimieren. Gut gemacht, wird der ordnende
180 Rahmen zum notwendigen Innovationstreiber.

181 Klar gibt es gegen Ordnungsrecht, also auch Verbote, immer Vorbehalte. Aber Regeln zu
182 setzen, also zu sagen, was geht und was nicht, ist Sinn von Politik und zugleich der beste
183 Innovationsmotor. Heute stört sich niemand mehr daran, dass Blei im Benzin verboten ist,
184 Asbest nicht mehr eingebaut werden darf und Weichmacher in Kinderspielzeug verboten sind.
185 Das gleiche gilt ganz besonders für den Bereich der Chemikalien. Nach Verboten entwickelt
186 die Branche meist innerhalb kürzester Zeit ungefährlichere Alternativen oder bereits
187 vorhandene Alternativen bekommen ihre Chance auf dem Markt. Deshalb machen wir
Klimaschutz
188 mit definierten Zwischenzielen in einem nationalen Klimaschutzgesetz planbar und rechtlich
189 verbindlich.

190 2. Planungen beschleunigen

- 191 Die Energie- und Verkehrswende braucht zügige, bürger*innennahe und effiziente
 192 Planungsprozesse. Zentrale Herausforderung dafür ist die Aufstockung und Qualifizierung von
 193 Personal in den Planungs- und Genehmigungsbehörden. Seit 1990 wurde in den Kommunen
 194 knapp
 195 die Hälfte des Bau- und Planungspersonals abgebaut. Daher ist es dringend erforderlich, hier
 196 wieder Personal einzustellen. Wir werden den Kommunen und genehmigenden Behörden das
 197 Planen
 198 und Steuern erleichtern. Durch planbare, verlässliche Investitionshilfen, finanzielle
 199 Entlastung der Kommunen sowie leichtere Planungsinstrumente für Klimaschutz.
- 200 Zu einem wirkungsvollen ordnungsrechtlichen Rahmen gehört es auch, den Kommunen und
 201 Genehmigungsbehörden das Planen und Steuern von Klimaschutzmaßnahmen zu erleichtern.
 202 Ebenso
 203 bedarf es einer Modernisierung des Planungsrechts. Denn die Zeit läuft uns davon und wir
 204 brauchen rasch Baugenehmigungen für Photovoltaik- und Windkraftanlagen,
 205 Übertragungsleitungen wie auch Schienenverbindungen. Planungs- und
 206 Genehmigungsverfahren
 207 können deutlich vereinfacht und beschleunigt werden, wenn man im Verkehrswegebau bei
 208 Ersatzneubauten ohne Ausbau bzw. Erweiterung die Maßstäbe für Sanierungen statt für
 209 Neubauten heranzieht.
- 210 Die Planungs-, Bau- und Realisierungszeiten sind zu lang und wir wollen sie für alle CO₂-
 211 mindernde Infrastruktur halbieren, indem
- 212 • wir eine Priorisierung der zu bauenden Infrastrukturprojekte vornehmen, auch, um sich
 213 bei geringen Planungskapazitäten nicht zu verzetteln,
 - 214 • frühzeitig Bürger*innen und Nichtregierungsorganisationen beteiligt werden und so die
 215 Entwicklung von Optionen und Varianten sowie das frühe Ausräumen von Konflikten
 216 ermöglicht wird; hierbei sollen auch weitere Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung
 217 erprobt und gegebenenfalls eingeführt werden,
 - 218 • wir für Verkehrsprojekte eine bessere Verzahnung von Raumordnungs- und
 219 Planfeststellungsverfahren gewährleisten, etwa indem die Untersuchungsergebnisse des
 220 Raumordnungsverfahrens für das Planfeststellungsverfahren genutzt werden können; sich
 221 wiederholende Verfahrensschritte in beiden Verfahren könnten zusammengeführt werden,
 - 222 • die Regelungen des Gesetzes zur Beschleunigung von Planungs- und
 223 Genehmigungsverfahren
 224 für ÖPNV bei der anstehenden Novelle des Personenbeförderungsgesetzes übernommen
 225 werden,
 - 226 • Arten- und Naturschutz von vornherein in die Planungen einbezogen werden, um
 227 Verfahren
 schneller und rechtssicherer zu machen. Für den erforderlichen Ausgleich bei
 Eingriffen in die Natur müssen Kompensationsmaßnahmen verstärkt und vereinfacht
 werden. Abwägungen zum Artenschutz müssen auf wissenschaftlicher Grundlage
 erfolgen.
 Dabei muss der Schutz der Gesamtpopulation das zentrale Beurteilungskriterium sein.
 - wir die behördlichen Abstimmungsprozesse effizienter gestalten. Beim Artenschutz etwa
 gibt es ein großes Potenzial für den Wissensaustausch zwischen Behörden und für

- 228 vorgezogene Großmaßnahmen über ein Ökokonto und andere
Anrechnungsvereinfachungen,
- 229 • wir die Digitalisierung in den Planungs- und Genehmigungsbehörden konsequent
230 voranbringen,
- 231 • eine verbindliche Frist bis zur Eröffnung von Gerichtsverfahren bei gleichzeitiger
232 personeller Stärkung der Gerichte eingeführt wird.

233 3. Ökonomische Anreize richtig setzen

234 Ergänzend zum planungs- und ordnungsrechtlichen Rahmen wollen wir die notwendigen
235 ökonomischen Anreize setzen, damit der Klimaschutz vorankommt.

236 Dafür setzen wir auf eine CO₂-Preiskomponente auf alle fossilen Brennstoffe über den
237 bestehenden europäischen Emissionshandel (ETS) hinaus. Dem Preis kommt in einer
238 Marktwirtschaft eine zentrale Steuerungswirkung zu. Wir brauchen eine ökologisch wirksame,
239 sozial gerechte und ökonomisch vernünftige CO₂-Bepreisung. Das ist eine wesentliche
240 Voraussetzung dafür, dass erneuerbare Energien, Energieeffizienz und innovative
241 Klimaschutztechnologien sich durchsetzen. Das Umweltbundesamt schätzt die Kosten der
242 Schäden, die durch den Ausstoß einer Tonne CO₂ entstehen, auf 180 Euro – in Preisen von 2016
243 gerechnet. Doch die Preiskomponente ist nur ein Hebel für Klimawirksamkeit neben den
244 ordnungsrechtlichen Maßnahmen wie dem Kohleausstieg.

245 Wir brauchen also einen Preis, der lenkt, Innovationen schafft und zugleich nicht sozial
246 verzerrt oder schnellere und wirkungsvollere ordnungsrechtliche Maßnahmen konterkariert. In
247 der Schweiz liegt der nationale Preis pro Tonne CO₂ bei rund 90 Euro für fossile Brennstoffe
248 wie Heizöl, Erdgas oder Kohle. Globaler Spitzenreiter ist derzeit Schweden mit rund 110 Euro
249 pro Tonne CO₂ für alle fossilen Brennstoffe. Als Sofortmaßnahmen werden wir uns für
250 Folgendes einsetzen:

- 251 • Die Energiesteuern beginnend im Bereich Verkehr und Wärme wollen wir mit einer CO₂-
252 Komponente reformieren. Dabei wird parallel ein sozialer Ausgleich eingeführt; alle
253 Einnahmen aus dem CO₂-Preis fließen nach Absenkung der Stromsteuer als Energiegeld
an
254 jede*n Einwohner*in zurück. Der Einstiegspreis in diesen Sektoren soll bei 40 Euro pro
255 Tonne liegen und ab 2020 auf 60 Euro pro Tonne erhöht werden. Danach muss er jedes
256 Jahr planbar analog ansteigen, auch das Energiegeld erhöht sich entsprechend. Zugleich
257 schlagen wir für Deutschland ein unabhängiges Gremium vor, das bis zu einer Einigung
258 auf europäischer Ebene die Preissteigerung und die sozialen Auswirkungen kontrolliert
259 und den Preis wenn notwendig anpasst, um ein optimales Zusammenwirken mit den
260 begleitenden ordnungsrechtlichen Maßnahmen zum Klimaschutz herzustellen. Damit soll
261 die erforderliche Lenkungswirkung zum Einhalten des Paris-kompatiblen CO₂-Budgets
262 erreicht werden.
- 263 • Auf europäischer Ebene muss die Bundesregierung bei der Neufassung der
264 Energiesteuerdirektive für eine ambitionierte CO₂-Mindestbepreisung eintreten. Wir
265 werden uns dafür einsetzen, dass ein CO₂-Preis im Non-ETS-Bereich europaweit
266 eingeführt wird.
- 267 • Im europäischen Emissionshandel, der vor allem Industrieanlagen und Kraftwerke
268 abdeckt, sollte Deutschland, idealerweise in Abstimmung mit anderen europäischen
269 Ländern wie Frankreich und die Niederlande, einen gemeinsamen Mindestpreis in Höhe
von

- 270 40 Euro festlegen. Zeigt sich, dass der Mindestpreis keine Wirkung erzielt, muss hier
271 nachgesteuert werden.
- 272 • Zu den Sektoren, die bislang nicht durch den europäischen Emissionshandel erfasst
273 werden, gehört auch die Landwirtschaft. Wir führen die Bepreisung von Klimagasen daher
274 auch für landwirtschaftliche Produkte ein, angefangen mit tierischen Lebensmitteln.
- 275 • Wir wollen die Wirksamkeit der Marktstabilitätsreserve im europäischen
276 Emissionshandelssystem erhöhen, damit die immer noch vorhandenen überschüssigen
277 Emissionszertifikate stärker reduziert und schneller vom Markt genommen werden.
- 278 • Im Zuge der Stilllegung von Kraftwerksblöcken werden wir entsprechend den vom Netz
279 gehenden CO₂-Emissionen Emissionszertifikate vom Markt nehmen, indem wir dafür das
280 nationale Versteigerungsbudget entsprechend kürzen. Damit wird vermieden, dass hier
281 eingesparte Emissionen an anderer Stelle in Europa emittiert werden können.

282 **4. Umweltschädliche Subventionen abbauen**

283 Damit ökonomische Anreize ihr volles Potenzial entfalten können und zusätzliche finanzielle
284 Spielräume für Zukunftsinvestitionen entstehen, wollen wir umwelt- und klimaschädliche
285 Subventionen konsequent abbauen. Insgesamt betragen diese in Deutschland über 57
Milliarden
286 Euro. Staatliche Subventionen, die dem Klima schaden, wollen wir endlich beenden, wie zum
287 Beispiel

- 288 • die Steuerbefreiung von Rohöl zur Plastikherstellung,
- 289 • den immer noch gewährten Beschaffungszuschuss für neue Öl- und Gasheizungen,
- 290 • die Nichtbesteuerung von Kerosin,
- 291 • das Dieselprivileg,
- 292 • Privatfahrten, die als betriebliche Kosten absetzbar sind,
- 293 • die weitgehende Befreiung von EEG-Umlage und Netzentgelten von energieintensiven
294 Unternehmen.

295 **5. Klimafreundlich wirtschaften**

296 Klimaschutz geht nur in einem System, das klimafreundliches Verhalten belohnt. Heute wird
297 dieses Verhalten strukturell erschwert und klimaschädliches Verhalten noch subventioniert.
298 Wir beschreiben im Rahmen des Antrags „Anders Wirtschaften für nachhaltigen Wohlstand“
299 ausführlich unsere Vision für ein in seiner Gesamtheit positiv transformiertes
300 Wirtschaftssystem, das die planetarischen Grenzen einhält. Hier stellen wir ausgewählte
301 wesentliche Aspekte vor, die auch das Klima betreffen:

- 302 • Unser gesellschaftlicher Erfolg soll in Zukunft auch nach Nachhaltigkeitskriterien,
303 wie dem absoluten CO₂-Ausstoß bewertet werden. Dadurch soll der einseitige Fokus auf
304 das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei der Wohlstandsmessung und -steuerung um wichtige
305 Aspekte ergänzt werden.
- 306 • Entsprechend ändern wir auf betriebswirtschaftlicher Ebene die Buchhaltungsregeln und
307 Erfolgsrechnung hin zu einer nachhaltigen Bilanzierung von Unternehmen, die nicht nur
308 den finanziellen, sondern auch den ökologischen Wert von Unternehmen misst und

steuert. Hier wollen wir praxisnah mit führenden Wirtschaftsinitiativen zusammenarbeiten und Konzepte wie das der Gemeinwohlökonomie aufgreifen.

- In der Digitalisierung fördern wir gezielt klimawirksame Innovation, damit sie ihr Potenzial für die notwendige Suffizienz, Effizienzsteigerungen und Dematerialisierung entfalten kann und nicht unkontrollierbaren Schaden durch immer mehr Energiehunger anrichtet. Auch mithilfe der Digitalisierung könnten wir es schaffen, wirtschaftliches Wachstum von steigenden CO₂-Emissionen zu entkoppeln. Dabei ist die Überwindung des Rebound-Effekts, also des Effekts, dass Einsparungen durch mehr Energieeffizienz durch mehr Konsum wieder aufgezehrt werden, die größte Herausforderung.
- Bei öffentlichen Investitionen und der Vergabe wenden wir auf allen politischen Ebenen sozial-ökologische Kriterien bei der Entscheidungsfindung und Planung an.
- Wir stärken die kommunalen Ebenen. Gesetzliche Rahmenbedingungen dürfen die Kreativität und regional spezifische Maßnahmen und Erfordernisse zum Schutz des Klimas und zur Einhaltung der Klimaziele in den Kommunen nicht blockieren. Kommunen müssen zum Vorbild anderer voranschreiten können.
- Klimaagenturen mit beratender Funktion geben „Best Practice“-Beispiele weiter, unterstützen bei Förderanträgen und organisieren Bildungsveranstaltungen und Bürger*innenforen.
- Wir brauchen eine Kampagne für das Handwerk und Umschulungsangebote, auch für Unternehmen, und oft in Verbindung mit digitalen Technologien. Der immense Ausbau der Erneuerbaren, die Sanierung von Gebäuden, das 100.000-Wärmepumpen-Programm oder auch die arbeitsintensivere Öko-Landwirtschaft – der Klimaschutz wird zig Tausende neue Jobs bringen, vor allem in Technologie und Handwerk.

6. Sektorspezifische Maßnahmen zur Umsetzung der Klimaschutzziele

Um die Ziele des Klimaschutzgesetzes in den einzelnen Sektoren zu erreichen, wollen wir die nachfolgenden Maßnahmen auf den Weg bringen:

6a. Stromerzeugung erneuerbar

Derzeit liegen die ausgestoßenen Mengen CO₂ für die Energiewirtschaft bei über 300 Millionen Tonnen jährlich, das sind über 30 Prozent. Das ist meilenweit von einem Pfad zur Einhaltung der Pariser Klimaziele entfernt. Schlimmer noch: Deutschland hinkt beim Ausbau der erneuerbaren Energien weit hinterher. Sie sind jedoch das Herzstück jedes Klimaschutzes. Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, ist der schnelle Ausbau der erneuerbaren Energien nicht mehr nur entscheidend für wirksamen und erfolgreichen Klimaschutz im Strombereich, sondern auch der Wärme- und Verkehrssektor werden zukünftig größtenteils auf elektrischer Basis betrieben und massiv erneuerbare Energie benötigen. Hinzu kommt der zusätzliche Bedarf an erneuerbarem Strom, um Wasserstoff und andere Gase (zum Beispiel als Speicher oder für erneuerbare Treibstoffe) zu produzieren, gerade auch für den Stahl- und den Chemiebereich. Es geht nun also nicht mehr nur um die 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien zur reinen Elektrizitätsversorgung, die wir 2030 erreichen wollen, sondern um 100 Prozent erneuerbaren Strom für eine klimaneutrale Wirtschaft insgesamt.

Der stockende Ausbau und die Politik der Bundesregierung führen dazu, dass wir uns derzeit aber nur auf einem Ausbaupfad von maximal 45 Prozent bewegen. Das ist auch das größte Hindernis für den Kohleausstieg, den wir sofort beginnen und schnell abschließen müssen. Die von der Bundesregierung eingesetzte Kohlekommission hat einen Plan zum Kohleausstieg vorgelegt, der nicht Paris-kompatibel ist und bei Weitem nicht ausreicht. Sowohl beim

354 Ausstiegsdatum, als auch bei den zeitnahen Maßnahmen gibt es erheblichen Korrekturbedarf.
355 Deshalb haben die am Ergebnis beteiligten Umweltverbände und Wissenschaftler*innen
356 Revisionsklauseln verankert und ein Sondervotum abgegeben. Entscheidend ist jetzt, das
357 verbleibende CO₂-Budget für den Stromsektor deutlich zu reduzieren. Das heißt, viele
358 Kraftwerke schnell und zeitnah abzuschalten, um spätestens 2030 aus der Kohle aussteigen zu
359 können. Das heißt auch, dass Dörfer nicht mehr zerstört werden dürfen. Dafür wollen wir das
360 überkommene Bergrecht ändern. Denn noch immer sollen Menschen - gegen ihren Willen - für
361 Braunkohletagebaue umgesiedelt werden. Wir machen uns daher dafür stark:

- 362 • über ein Kohleausstiegsgesetz in den nächsten drei Jahren mindestens rund ein Viertel
363 der Braunkohlekapazitäten und ein Drittel der Steinkohlekapazitäten abzuschalten.
- 364 • einen verbindlichen Abschaltplan der Kohlekraftwerke für die Zeit nach 2022. Wir
365 werden uns zudem für entschädigungsfreie Abschaltungen der Kohlekraftwerke einsetzen.
- 366 • die Strukturförderung an konkrete Abschaltungen und den Ausbau erneuerbarer Energien
367 sowie weiterer Energiewende-Infrastruktur vor Ort zu koppeln.

368 Zentral dafür wird sein, ob wir den Ausbau der Erneuerbaren und des Energiesystems
umgehend
369 und massiv voranbringen. Gleichzeitig muss der Atomausstieg konsequent umgesetzt werden,
370 denn von der Atomenergie gehen nicht zu verantwortende Gefahren, Strahlenbelastungen für
371 Generationen und erhebliche wirtschaftliche Risiken aus.

372 Das Missmanagement der Bundesregierung hat den Ausbau der erneuerbaren Energien fast
zum
373 Erliegen gebracht. Durch die letzten Novellen ist aus dem extrem erfolgreichen Erneuerbare-
374 Energien-Gesetz, dem am häufigsten kopierten Gesetz der Welt, mittlerweile eher ein Anti-
375 Erneuerbare-Energien-Gesetz geworden: Den Erneuerbaren wurden Deckel und andere
Hindernisse
376 zur Verhinderung von schnellem Wachstum vorgegeben. Das ist der eigentliche Skandal.

377 Wir wollen den Ausbau der Erneuerbaren mit großer Geschwindigkeit wieder in Gang bringen.
378 Konkret soll die installierte Leistung von Wind onshore in den nächsten zehn Jahren
379 mindestens verdoppelt, die für offshore verfünffacht und die für PV (Dach, Fassaden und
380 Freiflächen) auf 250 Gigawatt (GW) angehoben werden. Damit sowie mit massiver
381 Energieeinsparung kann Deutschland seinen Stromverbrauch komplett erneuerbar decken.
Dafür
382 benötigen wir auch eine schnelle Realisierung der geplanten Nord-Süd-Leitungen, insbesondere
383 von "SuedLink".

384 Ergänzend wollen wir Energiepartnerschaften mit den Nachbarstaaten der Europäischen Union
385 aus dem Sonnengürtel zur Produktion von solarem Wasserstoff schließen. Solche
386 Energiepartnerschaften müssen auf Augenhöhe und unter Einbeziehung der Bürger*innen in der
387 Region verhandelt werden. Die Vorteile müssen vor allem der Region zugutekommen, aus
welcher
388 die Energie geliefert wird. Darüber hinaus dürfen die Projekte nicht von der Herausforderung
389 des Ausbaus erneuerbarer Energien in Deutschland ablenken.

390 Klar ist: Die Energiewende mit 100 Prozent Erneuerbaren kann besser gelingen, wenn wir sie
 391 europäisch denken, indem wir Energie durch Import und Export nach Bedarf ausgleichen und
 392 zugleich die Potenziale der Bürger*innen-Energiewende wieder heben.

393 Weder ist es nötig noch erstrebenswert, dass wir dezentrale Energieerzeugung zu kleinteilig
 394 denken. Europa soll zu einem gemeinsamen Strommarkt auf der Basis von Erneuerbaren
 395 zusammenwachsen. Dafür brauchen wir eine zu 100 Prozent erneuerbare und energieeffiziente
 396 Europäische Union als Treiberin für die internationale Energiewende und ambitioniertere
 397 europäische Klimaziele. Die Förderung von nachhaltiger Landwirtschaft, klimafreundlicher
 398 Mobilität, Photovoltaik, Windenergie, Biomasse und anderen regenerativen Stromquellen auch
 399 auf europäischer Ebene muss noch stärker vorangetrieben werden. Die Vernetzung der
 400 verschiedenen erneuerbaren Quellen senkt den Bedarf am Ausbau erheblich. Je größer der
 Raum
 401 und je vernetzter die Quellen, desto günstiger wird es und desto geringer ist der Bedarf am
 402 Ausbau.

403 Im Sektor Strom müssen Effizienzgewinne schnell realisiert werden:

- 404 • strikte Effizienzvorgaben und Förderung von Effizienzgewinnen und Stromeinsparungen
 405 für Energieversorger, Produktion, Industrie, Datenzentren, Gewerbe, bei Handel und
 406 Dienstleistungen,
- 407 • eine „Langes Leben“-Produktoffensive (zum Beispiel Garantiehaftung von zwei auf fünf
 408 Jahre anheben) sowie ein Förderprogramm „Dekarbonisierung für die Industrie“,
- 409 • Förderung von Stromeinsparungen im Haushaltsbereich durch kontinuierlich steigende
 410 Effizienzvorgaben für Haushaltsgeräte, Umstellung auf LED-Beleuchtung und sparsamere
 411 Rechnerleistungen.

412 Die Ausbau-Offensive im Bereich der erneuerbaren Stromerzeugung umfasst folgende
 Maßnahmen:

- 413 • Die Verhinderungs-Deckel beim Ausbau von Ökostrom müssen unverzüglich gestrichen
 414 werden. Nur den Solardeckel aufzuheben, reicht nicht aus. Entsprechend des
 415 Ausbaupfades müssen die planbaren Flächen deutlich erhöht werden. Wir wollen, dass
 416 insbesondere für Energieprojekte von Bürger*innen wieder feste Einspeisevergütungen
 417 gezahlt werden. Ausschreibungen haben sich als Zubaubremse erwiesen.
- 418 • Vorrangregelung und Abnahmepflicht des erneuerbaren Stroms müssen gesichert werden.
- 419 • Jährlicher Zubau von mindestens 5-6 GW Wind auf dem Land, ab Mitte der 2020er Jahre
 420 von 7-8 GW.
- 421 • Eine Repowering-Offensive durch planungsrechtliche Verbesserungen und gesonderte
 422 Ausschreibungen.
- 423 • Festlegung eines nationalen Flächenziels Windkraft von zwei Prozent der Landesfläche
 424 und Verpflichtung der Länder, entsprechende Flächen auszuweisen, auf denen
 425 Windenergieanlagen errichtet werden können.
- 426 • Wenn Windparks gebaut oder erweitert werden, sollen die anliegenden Gemeinden und
 427 damit ihre Bürger*innen über eine Windpark-Abgabe finanziell an den Erträgen
 428 teilhaben.
- 429 • Erhebliche Erleichterungen bei den Genehmigungen für Windenergieanlagen durch
 430 Überprüfung bestehender Regelungen im Bereich Flugsicherung, Denkmal- und
 Naturschutz

sowie bei Abstandsregelungen und im Planungsrecht mit der Maßgabe, den Ausbau von Erneuerbaren zu fördern. Im Artenschutz wollen wir bei guter Bestandsentwicklung die Ausnahmegenehmigungen besser nutzen.

- Das Ausbauziel für Windenergie auf See ist auf 35 GW bis 2035 anzuheben. Dazu brauchen wir im Durchschnitt einen jährlichen Zubau von etwa drei GW pro Jahr.
- Um bei Wind offshore schneller voranzukommen, wollen wir mit anderen Nord- und Ostsee-Anrainerstaaten eine gemeinsame Raumplanung machen, die dann auch die Räume außerhalb der einzelnen Hoheitsgebiete enthält und eine koordinierte Planung zur Berücksichtigung des Artenschutzes, insbesondere den Vogelzug, erlaubt.
- Bei Photovoltaik akuter jährlicher Zubau von 10-12 GW pro Jahr als Dachanlagen, für Gebäudefassaden und Freiflächen; ab Mitte der 2020er Anstieg auf 18-20 GW pro Jahr.
- Einführung einer Solarpflicht für Photovoltaik oder Solarthermie bei Neubauten sowie bei Dach- oder Fassadenerneuerung im Altbau. Mit Blick auf die Baukultur und zur Wahrung der hohen Akzeptanz der Photovoltaik wollen wir die Verbreitung der gebäude- und bauwerkintegrierten Photovoltaik fördern. Die Technik ist vorhanden. Jedoch bestehen u.a. rechtliche Hürden bei der Markteinführung, die so schnell wie möglich abgebaut werden müssen.
- Ausbildungs- und Weiterbildungsprogramm für Fachkräfte für Solarenergie, im Bausektor und Facharbeiter*innen in der Solarzellenproduktion.
- Aufbau einer Multi-Gigawatt-Solarfabrik, unterstützt durch staatliche Bürgschaften.

Flächen effizient nutzen. Der immense Ausbau der Erneuerbaren, den wir brauchen, benötigt

Fläche. Für Windenergie an Land benötigen wir nicht mehr als zwei Prozent der Landesfläche. Gleichzeitig brauchen wir eine Vervielfältigung der Solarenergieproduktion. Dafür können - neben anderweitig nicht nutzbaren Flächen wie beispielsweise Deponien, bereits versiegelten Flächen oder direkt in Windparks - auch Ackerflächen genutzt werden, auf den keine Lebensmittelproduktion stattfindet, wie z.B. Flächen zur Kraftstoffproduktion. Zudem kann der Bedarf an Biogas-Mais verringert werden, da die Energieerzeugung durch Photovoltaik fünfzig- bis hundertfach flächeneffizienter ist. Landwirtinnen und Landwirte, die in den bestehenden Energiepflanzen-Programmen ökonomisch gebunden sind, fördern wir einkommensneutral, sodass sie auf Photovoltaik umsteigen können. Durch Agro-PV-Anlagen können in Summe sogar höhere Erträge als heute erzielt werden.

Photovoltaik-Freiflächenanlagen im Bereich von 110 Metern beiderseits von Autobahnen und Schienen sollen als "Sonnen-Ernte" landwirtschaftlicher Nutzung gleichgestellt werden. Dadurch werden sie privilegiert und das Planungsverfahren entschlackt. Zudem wollen wir mehr

Dachflächen für den Ausbau der Photovoltaik aktivieren, indem wir zum Beispiel Photovoltaik-Anlagen auf Gebäuden wieder aus der Ausschreibungspflicht nehmen. Die EEG-Umlage auf Eigenverbrauch werden wir abschaffen.

Insgesamt streben wir für den Energiesektor an:

- Der bis ins Unermessliche gestiegene bürokratische Aufwand für eine eigene Photovoltaik-Anlage auf dem Dach und sonstige eigene Erneuerbaren-Anlagen zur Stromlieferung an Dritte sowie die damit verbundenen, mittlerweile kaum mehr zu

- 472 verstehen steuerrechtlichen Regelungen müssen harmonisiert, deutlich reduziert und
473 vereinfacht werden, wie es auch das EU-Recht fordert.
- 474 • Den Ausbau von PV-Strom vom Dach als Mieterstrom wollen wir insbesondere im
475 Mieterstromgesetz radikal vereinfachen und steuerliche Hemmnisse und Bürokratie
476 abbauen. Dabei wollen wir Marktanreize insbesondere auch für die gebäude- und
477 bauwerksintegrierte Photovoltaik setzen. Die Verpachtung von Dächern und die
478 Vermarktung von PV-Strom vom Dach im Quartier muss einfach und lohnend werden, für
479 Erzeuger*innen und Nutzer*innen.
- 480 • Auflegen eines Förderprogramms für 100.000 Stromspeicher, die netzdienlich betrieben
481 werden, um die dezentrale Ökostromversorgung zu erleichtern.
- 482 • Anreize für Investor*innen, Anwohner*innen, und Anliegergemeinden von Wind- und
483 Solarenergieanlagen schaffen, u.a. durch Forschungs- und Förderprogramme für
484 Agrophotovoltaik zur gleichzeitigen Nutzung von Fläche für Landwirtschaft und
485 Energieproduktion sowie Pflichtanteile erneuerbarer Wärme wie Solarthermie bei der
486 Modernisierung von Altbauten. Bei der Onshore-Windkraft wollen wir zugunsten von
487 Bürgerenergieprojekten die vorhandenen Spielräume jenseits der Ausschreibungspflicht
488 nutzen.
- 489 • Länder und Kommunen bei der Lösung von Konflikten, zum Beispiel zwischen
490 Windanlagen und Naturschutz unterstützen, anstatt sie wie bisher alleine zu lassen.
- 491 • Das Strom- und Energiemarktdesign reformieren und zukunftsfähig machen: Erneuerbare
492 werden planbar ausgebaut, Sektorkopplung wird ermöglicht und die Chancen der
493 Digitalisierung werden genutzt.
- 494 • Eine Anschlussfinanzierung für bestehende Biomasseanlagen, um die Energieerzeugung
495 aus
496 Biomasse zu erhalten. Die Anschlussfinanzierung soll daran geknüpft sein, dass die
497 Bioenergieanlagen flexibilisiert werden und entweder Biogas einspeisen können oder
498 dann Strom erzeugen, wenn wenig Wind- und Solarenergie zur Verfügung steht, und sie
möglichst weitgehend auf Rest- und Abfallstoffe sowie Gülle umgestellt werden.
- 499 • Fairere Gestaltung der Umlagen und Entgelte zwischen Verbraucher*innen, der Industrie
500 und kleineren und mittleren Unternehmen, um die Quersubventionierung der Industrie
501 über die EEG- und Netzentgelt-Befreiung der energieintensiven Unternehmen zu Lasten
502 der Privathaushalte zu beenden. Das schafft mehr soziale Gerechtigkeit und Anreize, in
503 der Industrie Emissionen zu senken. Die Benachteiligungen für die erneuerbaren
504 Energien, die sich aus dem gegenwärtigen Strommarktdesign ergeben, wollen wir
505 analysieren und beseitigen.
- 506 • Europarechtliche Vorgaben im Energiemarktdesign so schnell wie möglich in nationales
507 Recht umsetzen, um der Bürgerenergie Flügel zu verleihen: So kann jede*r auf Dach oder
508 Balkon Strom erzeugen und abgabefrei selbst verbrauchen oder an Nachbar*innen
509 verkaufen.
- 510 • Deutschland muss den Vertrag über die Energiecharta kündigen, damit auch fossile
511 Infrastruktur ausländischer Eigentümer*innen entschädigungsfrei stillgelegt werden
512 kann.
- 513 • Schnellstmögliche und konsequente Umsetzung der EU-Vorgaben für den
Schadstoffausstoß
514 von Kraftwerken in nationales Recht. Die nationalen Grenzwerte müssen aus Gründen des
515 Gesundheitsschutzes - insbesondere auch bei Quecksilber - an der unteren Grenze der
516 nach EU-Recht zulässigen Bandbreiten festgelegt werden.

517 Parallel dazu setzen wir auf:

- 518 • eine Förderung der inländischen, nachhaltigen Batteriezellenproduktion und einer damit
519 verbundenen Kreislaufwirtschaft,
- 520 • die konsequente Umstrukturierung des Energiemarktdesigns und der energiebezogenen
521 Abgaben, Entgelte und Umlagen mit der Zielvorgabe 100 Prozent Erneuerbare bis 2030.
522 Dazu gehören starke Anreize für Sektorkopplung und Speicherung,
- 523 • Forschungsunterstützung für die Wasserstoff-Industrie über ein Investitionsprogramm
524 „Grüner Wasserstoff“. Gefördert werden sollen u.a. die erneuerbare
525 Wasserstofferzeugung und Speicherung, Wasserstoff-Dunkelflautenspeicher in
Gaskavernen
526 und der Einsatz in Industrieprozessen.

527 **6b. Energiewende im Wärmesektor und bei Gebäuden**

528 Die Energiewende in Gebäuden kommt seit Jahren nicht schnell genug voran. Die
Sanierungsrate
529 zur Energieeinsparung und der Anteil an Wärme aus erneuerbaren Energien reichen bei Weitem
530 nicht aus und stagnieren auf niedrigstem Niveau. Mit einem „Weiter so“ würde es hundert
531 Jahre dauern, einen klimaneutralen Gebäudereich zu schaffen – wir brauchen ihn aber
532 viermal so schnell, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Daher müssen wir jetzt gemeinsam
533 mit allen Eigentümerinnen und Eigentümern und allen Mieterinnen und Mietern einen Aufbruch
534 hin zu ökologisch modernen Gebäuden schaffen.

535 Mit Zuschüssen und zinslosen staatlichen Sanierungskrediten mit wahlweise langen Laufzeiten
536 unterstützen wir Eigenheimbesitzer*innen bei der energetischen Gebäudemodernisierung. Ein
537 CO₂-Preis auf Heizstoffe macht Klima-Modernisierung wirtschaftlicher als bisher. Damit alle
538 Eigentümer*innen und Mieter*innen bei der Energiewende in Gebäuden mitmachen und
539 partizipieren können, braucht es zusätzlich passende Regeln, Anreize und Informationen. So
540 soll der CO₂-Preis auf Wärmebrennstoffe als Anreiz für die Vermieter*innen wirken, den
541 energetischen Zustand ihrer Gebäude zu verbessern. Sie sollen deshalb CO₂-Preiskomponenten
542 nicht Eins-zu-Eins auf Mieter*innen umlegen dürfen.

543 Dazu gehört auch die steuerliche Förderung als Anreiz für energetische Modernisierung.
544 Gerade private Eigenheimbesitzer*innen benötigen steuerliche Anreize zur
545 Gebäudemodernisierung. Der Steuerbonus muss klimapolitisch wirksam ausgestaltet sein. Egal
546 ob Zuschuss-, Kredit- oder steuerliche Förderung: Es dürfen nur Maßnahmen gefördert werden,
547 die nachweislich mit ihrer CO₂-Einsparung auf dem vom Pariser Abkommen vorgegebenen
548 Minderungspfad liegen. Durch Abzug von der Steuerschuld müssen alle gleichermaßen davon
549 profitieren, und die Sonderabschreibung muss analog zur KfW-Förderung ausgestaltet sein.

550 Wie im Stromsektor gehört auch beim Heizen und Kühlen die Zukunft den erneuerbaren
Energien.

551 Wir wollen:

- 552 • einen Systemwechsel erreichen: Dort, wo es die Besiedlungsstruktur ermöglicht, weg von
553 der Einzelbefeuerungsanlage und der Einzelhausbetrachtung hin zu einer
554 Quartiersbetrachtung und zu Nah- bzw. Fernwärmenetzen, die dann aus verschiedenen
555 erneuerbaren Quellen gespeist werden können.
- 556 • dass alle Kommunen ein Energiemanagement durchführen müssen und einen
Energiebericht

verfassen, damit überhaupt Daten erhoben, Maßnahmen umgesetzt und nachgesteuert werden

Kommunen haben sich zukünftig nicht nur um ihren eigenen Gebäudebestand zu kümmern. Kommunen werden wir dabei finanziell unterstützen, eine datenbasierte Wärmeplanung für einen klimaverträglichen Umbau der Wärmeversorgung in den einzelnen

Quartieren aufzulegen. Diese Wärmeplanung wird Grundlage für eine Förderung der nötigen Investitionen sein.

- den vorgeschriebenen Anteil an erneuerbaren Energien bei Neubau und Bestand deutlich anheben.

- den Passivhausstandard für alle Neubauten verbindlich machen, Fassaden- oder Dachbegrünung sowie Plus-Energiegebäude fördern.

- eine Ausbildungsoffensive im Handwerk und Baugewerbe, um die notwendige Sanierungsrate überhaupt zu ermöglichen.

Ein Austauschprogramm „Sonne statt Öl“ und Klima-Service für Eigentümer*innen. 16 der 19

Millionen Wohngebäude in Deutschland sind Ein- und Zweifamilienhäuser. Viele davon sind noch

vor der ersten Wärmeschutzverordnung im Jahr 1978 entstanden und bisher nicht energetisch modernisiert. Die Eigentümer*innen und Mieter*innen dieser Gebäude sind in der Regel keine Bauexperten. Sie brauchen daher einen einfachen Zugang zu den besten Klimainformationen und

Modernisierungen. Zentral ist für uns daher:

- ein Austauschprogramm „Sonne statt Öl“, das den Tausch von Öl- und Gasheizungen gegen moderne Heizungen mit Sonnenwärme und hocheffizienten Wärmepumpen fördert,
- dass Ölheizungen ab sofort und reine Gasheizungen (ohne Kraft-Wärme-Kopplung oder Unterstützung von Wärmepumpen, Solarenergie oder anderen erneuerbaren Wärmequellen) ab 2025 nicht mehr eingebaut werden,
- der Ersatz der fossilen Erdgasversorgung durch ambitionierte Effizienzanstrengungen, die den Gesamtbedarf reduzieren, sowie durch erneuerbare Energien (u.a. grüne Gase),
- das Auflegen eines 100.000-Wärmepumpen-Programms. Mit Wärmepumpen können wir aus einer Kilowattstunde (kWh) Strom rund vier kWh Wärme machen. Der Austausch von fossilen Heizungen zu Wärmepumpen stellt mit Solarwärme und PV sowie saisonalen Speichern und Wärmenetzen in der drängenden, kurzen Zeit eine große Chance auf rasche Klimaneutralität des Gebäudebestands dar,
- ein kostenloser Klima-Service für Eigentümer*innen von Ein- und Zweifamilienhäusern: Qualifizierte Energieberater*innen nehmen eine Vor-Ort-Analyse vor und erstellen einen kostenlosen Sanierungsfahrplan fürs Haus. Ein solcher Klima-Fahrplan schlägt geeignete Schritte vor, mit denen das Haus zum Niedrig-Energie-Gebäude mit erneuerbarer Wärme werden kann,
- ein finanzieller Zuschuss für eine fachkundige Energie-Planung und -Bauüberwachung für Ein- und Zweifamilienhäusern: Qualifizierte Energieberater*innen planen und überwachen in Zusammenarbeit mit der Objektplanung, der Bauleitung und der

Objektbauüberwachung

595 die Umsetzung einzelner Schritte des Klima-Fahrplans für das Haus.

596 **Klima-Check und Mieterschutz für Mieter*innen.** Jeder Mieter, jede Mieterin soll wissen,
wie

597 es um die eigene Wohnung bezüglich der Klimaziele und Heizkosten steht. Außerdem wollen wir

598 Mieterinnen und Mieter vor hohen Heiz- und Modernisierungskosten schützen. Dafür wollen wir:

- 599 • jeder Mieterin und jedem Mieter einen Gutschein für einen Klima-Check für ihre/seine
600 Wohnung geben, um ein kostenloses Heizgutachten auf Basis der aktuellen
601 Heizkostenabrechnung zu erstellen,
- 602 • klimagerechte Modernisierungen von Gebäuden und Wohnungen, die sich jede*r leisten
603 kann, möglichst ohne Erhöhung der Warmmiete. Für energetisch modernisierte
604 Wohnungen
605 wollen wir einen Klimazuschuss zum Wohngeld einführen, damit sich auch Haushalte mit
606 kleinen Einkommen diese Wohnungen leisten können. Mit dem Förderprogramm „Gutes
607 Klima
608 im Quartier“ fördern wir energetische Modernisierungen ganzer Stadtviertel ohne
609 Erhöhung der Warmmieten. Mit der sozialen Wohnraumförderung und bei kommunalen
610 Wohnungsunternehmen ermöglichen wir das ebenfalls. Die von uns vorgesehene
611 Absenkung
612 der Modernisierungsumlage ist ein wichtiger Schritt, um als Sofortmaßnahme die
einseitige Kostenverteilung zulasten der Mieter*innen zu beenden. Darüber hinaus
werden wir alternative Vorschläge, die Modernisierungsumlage durch ein anderes
Instrument zu ersetzen, prüfen und gegebenenfalls in einem zweiten Schritt umsetzen.

613 **Aktionsplan Faire Wärme.** Unser umfassender Aktionsplan Faire Wärme denkt die Bausteine
der

614 Energiewende im Wärmesektor und in Gebäuden zusammen, für Wohnhäuser und Quartiere,
Stadt

615 und Land. Dazu gehören:

- 616 • eine erhebliche Aufstockung der Mittel für erneuerbare Wärme, energetische
617 Modernisierung und saubere Wärmenetze, um Heizen ohne Klimaschaden zu ermöglichen,
- 618 • das Programm „Gutes Klima im Quartier“: ein Förderprogramm für die Quartierssanierung
619 ohne Erhöhung der Warmmieten, zur Klima-Modernisierung ganzer Stadtviertel und Dörfer
620 und ihrer Gebäude, gemeinsam geplant mit den Menschen und Unternehmen vor Ort,
- 621 • deutlicher Ausbau der Förderung und Unterstützung für Kommunen, damit auch
622 finanzschwache Kommunen diese Aufgaben im kommunalen Klimaschutz wahrnehmen
und ihre
623 eigenen Liegenschaften möglichst schnell klimaneutral machen können,
- 624 • ein Steuerbonus für selbst nutzende Eigentümer*innen, die ihr Haus oder ihre Wohnung
625 klimafreundlich modernisieren wollen,
- 626 • endlich konsequenter Klimaschutz bei Bundesimmobilien: Klima-Fahrplan für die
627 bundeseigenen Liegenschaften und ein Aktionsprogramm klimaneutrale
Bundesverwaltung;
628 Ziel: sämtliche Bundesliegenschaften werden bis zum Jahr 2030 klimaneutral,
- 629 • 200 Millionen Euro jährlich für qualifizierte Energieberatung wie Klima-Service und
630 Klima-Check.

- 631 **Mehr Energieeffizienz.** Die beste Energie ist diejenige, die gar nicht erst verbraucht wird.
 632 Hier reichen die heutigen politischen Rahmenbedingungen für mehr Energiesparen und bessere
 633 Energieeffizienz bei weitem nicht aus. Wir brauchen:
- 634 • Förderprogramme für die Entwicklung und Nutzung ökologischer Bau- und Dämmstoffe,
 635 um Alternativen zu synthetischen Dämmstoffen auf fossiler Basis zu unterstützen,
 - 636 • die Umsetzung des gültigen EU-Rechts in ein modernes Gebäudeenergiegesetz, das an
 637 Energieeffizienz und dem CO₂-Ausstoß ausgerichtet ist,
 - 638 • Möglichst geringer Energieverbrauch als verpflichtenden Standard: das Passivhaus bei
 639 Neubauten, und bei umfassender Modernisierung sowie Sanierung des Bestandes soll das
 640 KfW-Effizienzhaus 55 der Zielstandard sein, oberhalb der gesetzlichen Standards wollen
 641 wir die Förderung durch die KfW aufstocken.
 - 642 • für energetische Modernisierungen staatliche Nullzins-Darlehen mit langen
 643 Rücklaufzeiten, denn eine bessere Investition als Energieeinsparung gibt es nicht.
- 644 **Wärmenetze dekarbonisieren und ausbauen.** Ein relevanter Teil der Wärmeversorgung
 erfolgt
 645 über Nah- und Fernwärmenetze. Doch derzeit wird das Potenzial der leitungsgebundenen
 Wärme
 646 für den Klimaschutz nicht ausreichend genutzt. Das gilt hinsichtlich der Integration von
 647 erneuerbaren Energien ebenso wie für die Nutzung von Abwärme, die bei Produktions- und
 648 Dienstleistungsprozessen entsteht und ansonsten als ungenutztes Nebenprodukt an die Umwelt
 649 abgeführt werden müsste. Wir wollen:
- 650 • Nahwärmenetze zielgerichtet ausbauen und die entsprechenden Förderprogramme
 erhöhen,
 - 651 • ein Förderprogramm in Höhe von 400 Millionen Euro für 10.000 Wärmespeicher auflegen,
 652 damit insbesondere Gemeinden oder Stadtteile mit Wärmenetzen mindestens einen
 großen
 653 Wärmespeicher errichten können und so die Flexibilität im Wärme- und
 654 Stromversorgungssystem erhöht wird,
 - 655 • verpflichtende Emissionsminderungsziele für Fernwärmebetreiber,
 - 656 • Wärmenetze für die Einspeisung erneuerbarer Wärme sowie industrieller und gewerblicher
 657 Abwärme durch gesetzliche Regelungen öffnen, um auch die Nah- und
 Fernwärmeversorgung
 658 so schnell wie möglich zu dekarbonisieren. Wenn eine Wärmeversorgung auf Basis von
 659 Abwärme möglich ist, ist diese einer Nutzung von zusätzlichen Erneuerbaren
 660 vorzuziehen.
- 661 **Flächensparend Wohnen und ressourcensparend Bauen.** Die Effizienzgewinne durch
 energetische
 662 Modernisierungen wurden in den letzten Jahrzehnten weitgehend durch die Zunahme der Pro-
 663 Kopf-Wohnfläche aufgezehrt, sodass der Energieverbrauch real kaum gesunken ist. Und das
 664 trotz Dämmung, effizienterer Heizkessel und dreifachverglaster Fenster. Gleichzeitig steckt
 665 in jedem Neubau graue Energie, die für die Herstellung von Beton, Stahl und anderen
 666 Baustoffen eingesetzt wurde. In Zeiten der Klimakrise heißt die Lösung für zu wenig

667 verfügbaren, bezahlbaren Wohnraum deshalb auch, den bestehenden Wohnraum besser auszunutzen.

668 Dazu vereinfachen wir die rechtlichen Voraussetzungen für Wohnungstausch, fördern flexible Grundrisse und beraten zu Umzügen und Umbauten mit dem Ziel der Verkleinerung der Wohnfläche. Mit einem Programm für flächensparendes Wohnen ermöglichen wir es beispielsweise

671 Eltern, ihre Wohnung nach dem Auszug ihrer Kinder so umzubauen, dass die alten Kinderzimmer

672 vermietet werden können.

673 **6c. Verkehrswende – mehr Mobilität mit weniger Verkehr**

674 Rund 20 Prozent der deutschen Treibhausgase kommen aus dem Verkehrssektor. Von einem Minderungspfad, der mit den Klimazielen von Paris vereinbar wäre, sind wir meilenweit entfernt. Die Emissionen im Verkehrssektor sind derzeit immer noch genauso hoch wie 1990, alle Effizienzmaßnahmen sind durch höheres Gewicht, stärkere Leistungen, längere Strecken im Autoverkehr und die Zunahme des Straßengüterverkehrs aufgezehrt worden, alle Klimaziele im Verkehrssektor werden krachend verfehlt. Die zunehmenden Emissionen des von Deutschland ausgehenden internationalen Luftverkehrs sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt. Allein die durch unseren Verkehr verursachten Folgekosten liegen pro Jahr bei 149 Milliarden Euro.

682 Mobilität und Lebensqualität zusammenzubringen heißt: Verkehr vermeiden, verlagern und klimafreundliche Verkehrsmittel miteinander vernetzen. Ein „Weiter so“ wäre nicht nur ökologischer, sondern auch volkswirtschaftlicher Irrsinn. Um Klimaschädigung und Verkehrsbelastungen wirksam zu vermindern, müssen wir eine umfassende Verkehrswende auf den

686 Weg bringen. Mit ihr geht die Ära des fossilen Verbrennungsmotors und eine einseitig auf immer mehr Pkw- und Lkw-Verkehr ausgerichtete Infrastrukturentwicklung zu Ende.

688 Mit dem Ausbau von Schiene, ÖPNV und Radverkehr, der Vernetzung von Verkehrsangeboten, mit

689 neuen Sharing-Formen und der Antriebswende können wir den Energiebedarf des Verkehrs vermindern, eine für alle Menschen bezahlbare Mobilität schaffen und die Klimaziele im Verkehr erreichen. Wir können die Anzahl der Autos verringern, die heute Tag für Tag im Stau stehen und in den Städten wertvolle Flächen vollstellen, und so Verkehrssicherheit und Lebensqualität erhöhen, ohne unsere Mobilität zu vermindern. Schon die Entzerrung eingeschliffener Tagesabläufe, etwa des Schulbeginns, hilft uns, den Bedarf nach Mobilität gleichmäßiger zu verteilen und unsere Infrastruktur besser zu nutzen.

696 Unsere Schwerpunkte für eine klimafreundliche Mobilität sind:

697 **Überarbeitung des ordnungs-, finanz- und steuerpolitischen Rahmens der Verkehrspolitik.**

698 Diesen Rahmen zu überarbeiten mit dem Ziel der Förderung sozialverträglicher, ökologischer und technischer Maßnahmen heißt:

- 700 • den Bundesverkehrswegeplan komplett zu überarbeiten und als Bundesnetzplan für Mobilität neu aufzustellen,
- 702 • den Kommunen das Recht zu geben, innerorts eigenständig und unbürokratisch über die Einführung von Maßnahmen zur Einhaltung der Klimaziele zu entscheiden: zum Beispiel

autofreie Innenstädte und Quartiere innerhalb ihrer Stadtgrenzen und/oder in Kooperation mit benachbarten Kommunen gestalten und dafür die Reduzierung öffentlichen und privaten Parkraums umzusetzen, Fahrradstraßen und Fußwegenetze, Tempolimits oder eine City-Maut einführen,

- den steuer- und finanzpolitischen Rahmen u.a. mit dem Ziel auszuschöpfen, den Kauf von Autos mit fossilem Verbrennungsmotor auslaufen zu lassen und die Nutzung öffentlicher Verkehrsangebote preiswert zu gestalten.

Die Bahn flott machen. In den letzten Jahrzehnten wurde einseitig in den Straßenbau investiert, während Schieneninfrastruktur in großem Ausmaß zurückgebaut wurde. Jetzt ist die Schiene dran! Wir brauchen eine deutliche Erhöhung der Mittel für die Schiene. Während in der Schweiz 348 Euro pro Einwohner*in in die Schiene fließen, sind es in Deutschland nur 64 Euro pro Kopf. Wir werden das Bestandsnetz besser pflegen und erhalten, stillgelegte Strecken reaktivieren und das Schienennetz ausbauen.

Zur Finanzierung wollen wir den bisherigen „Finanzierungskreislauf Straße“ auflösen, wonach Einnahmen aus der Lkw-Maut allergrößtenteils in den Straßenbau fließen. Mauteinnahmen müssen

auch der Bahn zugutekommen. Ab 2025 wollen wir keine neuen Bundesstraßen mehr in Angriff nehmen, da Deutschland mit Straßen ausreichend erschlossen ist, während bei den Schienenwegen erhebliche Nachholbedarfe aufzuarbeiten sind. Die Bahn ist das Verkehrsmittel, das sich am einfachsten und mit der höchsten Energieeffizienz elektrifizieren lässt. Sie ist das Rückgrat der Verkehrswende. Es braucht jedoch erhebliche Anstrengungen, damit sie diese Rolle endlich übernehmen kann:

- Bundesweiten Deutschlandtakt einführen: garantierte Anschlüsse, dichter Takt, Abstimmung Fern- und Nahverkehr.
- Regionalisierungsmittel erhöhen mit dem Ziel, die Fahrgastzahlen in Zügen bis spätestens 2030 zu verdoppeln und langfristig zu vervierfachen.
- Innerdeutschen und grenzüberschreitenden Schienenverkehr stärken: fehlende Verbindungen im Schienennetz herstellen, Elektrifizierungslücken schließen, mehr Ausweichstellen und Weichen schaffen sowie bisher eingleisige Strecken ausbauen.
- Passagierrechte europaweit stärken, Nachtzugverbindungen wieder aufnehmen und erweitern.
- Um auch bei der Bahn das fossile Zeitalter auslaufen zu lassen, sind bis zum Jahr 2030 mindestens 75 Prozent der Bahnstrecken zu elektrifizieren. Die verbleibenden Strecken sind entweder ebenfalls zu elektrifizieren oder die Züge werden auf alternative Antriebe umgestellt.
- Technische Möglichkeiten ausschöpfen zur intelligenten Steuerung des Schienenverkehrs sowie zur Steigerung der Nutzung, bspw. Taktverdichtung.
- Bessere Harmonisierung und Verstärkung des internationalen Bahnverkehrs zur Beseitigung technischer Hemmnisse und für verbesserte Verbindungen; damit

einhergehend

Anschlussgarantien und grenzüberschreitender Verbraucherschutz.

- Erstellung eines Reaktivierungskonzeptes für ungenutzte und stillgelegte Schienenstrecken sowie Personen- und Güterbahnhöfe inklusive der Chance, bereits entwidmete, aber notwendige Trassen wieder zu ertüchtigen.

- Die wachsende Zahl von Eisenbahnverkehrsunternehmen erfordert eine neutrale Überwachung der Pünktlichkeit. Wir wollen diese nach einheitlichen Kriterien dem Eisenbahn-Bundesamt übertragen und die unzureichende Selbstkontrolle der Unternehmen beenden.

Den öffentlichen Personenverkehr stärken. Damit alle bezahlbar, verlässlich und klimaschonend von A nach B kommen, muss der Öffentliche Personenverkehr besser ausgebaut und

die Angebote verbessert werden. Dazu braucht es:

- ein Förderprogramm „Mobilität im ländlichen Raum“ mit eindeutigen Kriterien zugunsten des Ausbaus von vernetzten Mobilitäts- und Fahrzeugangeboten,
- die deutliche Erhöhung der Mittel für den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs, um die Kapazitäten und das Preis-Leistungs-Verhältnis zu verbessern,
- die Förderkriterien für neue ÖPNV-Verbindungen überarbeiten und Klima- und Umweltschutzaspekten ein größeres Gewicht geben,
- einen Mobilpass, um aus einer Hand mit allen Verkehrsmitteln – Busse, Bahnen, Share-Bikes und -Cars – in ganz Deutschland unterwegs sein zu können,
- eine Mobilitätsgarantie für alle Menschen in Deutschland: durch gezielte Förderung strukturschwacher Regionen allen Menschen Zugang zu einem regelmäßigen und verlässlichen Nahverkehrsangebot ermöglichen,
- ein Investitionsprogramm zur Modernisierung und Sanierung der Personenbahnhöfe über die bestehenden Initiativen hinaus,
- die Förderung von bundesweit zwanzig Modellprojekten, bei denen Kommunen auf einen umlagefinanzierten stark preisreduzierten oder ticketslosen ÖPNV umsteigen wollen - zudem werden wir die rechtlichen Hürden für alternative Nahverkehrsfinanzierungsmodelle abbauen. Wir wollen Konzepte entwickeln, wie man einen ticketlosen ÖPNV vor Ort erreichen kann,
- das Nutzen der Digitalisierung unter Berücksichtigung des Datenschutz, um weitere Kapazitätserhöhungen und Flexibilisierungen im ÖPNV zu erreichen,
- ein Investitionsprogramm für Oberleitungs- und Schienenfahrzeuge in den Städten zugunsten eines engmaschigen Nahverkehrsnetzes (Trams, Trolleybusse, Straßenbahnen),
- die Erstellung eines bundesweiten Mobilitätskonzeptes, das den Umweltverbund auch im Umland stärkt, inklusive eines bundesweiten Rad- und Fußwegekonzepts in Zusammenarbeit mit den Bundesländern zugunsten einer sicheren Rad- und Fußwegeinfrastruktur mit allen notwendigen technischen Nebenanlagen wie Servicestationen oder Notrufe.

779 **Vorrang für Rad- und Fußverkehr.** Vier von zehn Autofahrten in der Stadt sind unter fünf
 780 Kilometer – Distanzen, die leicht mit dem Fahrrad oder sogar zu Fuß zurückgelegt werden
 781 können. Dem Fuß- und Radverkehr wird bislang aber meist nur so viel Platz zugestanden, dass
 782 der Auto- und Lastwagenverkehr ungehindert rollen kann. Dabei legen die Menschen ein Drittel
 783 ihrer täglichen Wege zu Fuß oder mit dem Rad zurück. Höchste Zeit, dass diese
 784 klimafreundlichsten Fortbewegungen endlich nicht mehr behindert, sondern gefördert und
 785 sicher gestaltet werden. Dazu braucht es:

- 786 • eine gerechte Verteilung und mehr Raum für Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen in
- 787 den Städten und Gemeinden sowie neue Möglichkeiten des Parkraummanagements durch
- 788 Änderung des Straßenverkehrsrechts,
- 789 • autofreie Innenstädte, deren Planung und Einrichtung wir finanziell unterstützen
- 790 wollen, und die Förderung von City-Maut-Zonen,
- 791 • gemeinsame Bund-Länder-Kommunen-Programme zur Förderung von Rad- und
- 792 Fußverkehr,
- 793 • eine Erhöhung der Mittel: Die Finanzierung fahrrad- und fußgängerfreundlicher Kommunen
- 794 muss sich an 100 Euro pro Einwohner*in pro Jahr orientieren,
- 795 • eine Rad- und fußverkehrsfreundliche Überarbeitung des Straßenverkehrsrechts, um
- 796 Radfahren und zu Fuß gehen als gleichberechtigte Verkehrsarten zu fördern und deutlich
- 797 sicherer und bequemer zu machen. Außerdem müssen Bußgelder für
- 798 verkehrsgefährdendes
- 799 und fuß- und radverkehrsbehinderndes Verhalten erhöht werden,
- 800 • das Nutzen der Digitalisierung, um Sicherheit und Vorfahrt für Rad- und Fußverkehr
- 801 umzusetzen.

800 **Tempolimits.** In erster Linie helfen Tempolimits, den Verkehr sicherer zu machen, und
 801 Unfälle, Tote und Verletzte zu vermeiden. Aber sie tragen auch zu Lärm-, Umwelt- und zum
 802 Klimaschutz bei. Sehr schnell umsetzbar sind:

- 803 • die Einführung eines allgemeinen Tempolimits von 130 km/h auf Autobahnen. Wenn
- 804 besondere Gründe es notwendig machen, wie beispielsweise in und um Städte oder
- 805 Ballungsgebiete, dann gelten maximal 120 km/h.
- 806 • die Einführung von Tempo 30 innerorts auf allen Straßen als Regelgeschwindigkeit. Die
- 807 Kommunen dürfen dort auf Tempo 50 erhöhen, wo dadurch keine zusätzliche Gefährdung
- 808 entsteht.
- 809 • ein automatisiertes Verlangsamen in Gefahrenzonen, insbesondere vor
- 810 Kreuzungsbereichen, Schulen oder Krankenhäusern.
- 811 • das Anschärfen des Bußgeldkatalogs für Falschparken und zu schnelles Fahren.

812 **Emissionsfreie Mobilität voranbringen.** Trotz Bahnausbaus und gut funktionierendem
 813 Personennahverkehr wird in naher Zukunft das Auto weiterhin eine wichtige Rolle spielen –
 814 insbesondere in ländlichen Räumen. Jetzt muss die Bundesregierung endlich die richtigen
 815 politischen Rahmenbedingungen setzen, damit der Sprung in die Zukunft klimafreundlicher

816 Antriebe schnell und reibungslos gelingt und es neue Ideen für gemeinschaftliche

817 Nutzungskonzepte gibt:

- 818 • Spätestens ab 2030 sollen nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen werden.
- 819 • Die Grüne Bundestagsfraktion wird beauftragt, unter Hinzuziehung externer
820 Einschätzungen aus Wissenschaft und Wirtschaft und in Kooperation mit der
821 Bundesarbeitsgemeinschaft Mobilität und Verkehr bis Ende 2020 ein Ausstiegsszenario
822 für das Ende des Verbrennungsmotors sowie die Produktion und den Vertrieb fossiler und
823 klimaschädigender Kraftstoffe auszuarbeiten und der Bundesdelegiertenkonferenz zur
824 Beschlussfassung vorzulegen.
- 825 • Die Förderung emissionsfreier Fahrzeuge soll durch eine Bonus-Malus-Regelung in der
826 Kfz-Steuer wirken, die kleine und energiearme Fahrzeuge belohnt und emissions- und
827 energieverbrauchsintensive Fahrzeuge teurer macht sowie durch Quoten für E-Autos.
828 Diese Quoten sollen ab 2021 exponentiell ansteigen, damit bereits Mitte der 2020er
829 Jahre drastisch weniger Autos mit fossilem Verbrennungsmotor auf den Markt kommen.
- 830 • Die öffentliche Hand muss bei emissionsfreien Fahrzeugen mit gutem Beispiel vorangehen
831 und bspw. Dienstwagenflotten und Nutzfahrzeugparks schnell umstellen.
- 832 • Wir wollen den Ausbau und die Standardisierung der Ladeinfrastruktur für
833 Elektromobilität im öffentlichen und privaten Raum, die Entwicklung eines
834 flächendeckenden, engmaschigen öffentlichen Netzes von Lade- und Tankstellen für
835 grünen Wasserstoff sowie CO₂-neutrales Gas mit unkomplizierter Handhabung und
836 Abrechnung sowie mit transparenten Preisen und Abbau bürokratischer Hürden für
837 Ladestellen in Wohnhäusern. Ladestellen sollten auch für E-Fahrräder und andere
838 Elektrofahrzeuge nutzbar sein und während des Ladens sichere Abstellmöglichkeiten
839 bieten.
- 840 • Wir wollen den Abbau von Subventionen für fossil betriebene Autos sowie steuerliche
841 Anreize für die Nutzung von Rad, Bus, Bahn und abgasfreier Autos statt die
842 Subventionierung schwerer Dienstwagen.

843 **Flugverkehr vermeiden und die Subventionierung des Flugverkehrs beenden.** Wir
wollen

844 innerdeutschen Flüge und Kurzstreckenflüge ins benachbarte Ausland durch schnelle und
845 bezahlbare Alternativen mit der Bahn bis 2030 überflüssig machen. Zug um Zug mit dem
Ausbau
846 der Bahn werden wir Inlands- und Kurzstreckenflüge streichen, sodass diese bis 2030 der
847 Vergangenheit angehören. Staatliche Institutionen sollen beim Wechsel vom Flugzeug zur Bahn
848 als Vorbild voran gehen und ihre Regelungen zur Reisekostenerstattung entsprechend
anpassen.
849 Dazu muss massiv in die Schieneninfrastruktur und das Zugmaterial investiert und zugleich
850 die Subventionierung des Flugverkehrs beendet werden. Insgesamt muss der Flugverkehr
851 klimafreundlicher gemacht werden. Wir wollen:

- 852 • die Befreiung des Kerosins von der Energiesteuer beenden,
- 853 • die Mehrwertsteuer für alle Flugreisen einführen und eine Vervierfachung der Steuern
854 auf Flugreisen, solange Kerosin- und Mehrwertsteuer nicht im vollen Umfang erhoben

- 855 werden, dabei soll es eine Differenzierung nach Streckenlänge, Klasse und
856 Lärmbelastung geben sowie die Ausweitung auf Frachtflüge,
- 857 • dass die Statussysteme für Vielflieger*innen und die Bonusmeilenprogramme aufgrund
858 ihrer klimapolitischen Fehlanreize beendet werden,
- 859 • die Subventionierung von Flughäfen stoppen,
- 860 • keine weiteren Start- und Landebahnen mehr genehmigen, sondern entsprechend des
861 wegfallenden Inlandsverkehrs reduzieren,
- 862 • die Start- und Landegebühen für besonders klimazerstörende, schadstoffreiche und
863 laute Flieger erhöhen,
- 864 • eine Initiative zur Festlegung ambitionierter CO₂-Grenzwerte für Flugzeuge
865 international vorantreiben,
- 866 • die Forschung und Förderung von emissionsneutralen Flugzeugen und Kraftstoffen
867 fördern,
- 868 • Flüge mit Start und Ziel außerhalb der EU schnellstmöglich wieder in den Europäischen
869 Emissionshandel einbeziehen – ohne kostenlose Zuteilung von Zertifikaten,
- 870 • europäische und bilaterale Abkommen zur Erhebung einer Kerosinsteuer.

871 **Den Güterverkehr dekarbonisieren.** Der Güterverkehr nimmt immer weiter zu. Gleichzeitig
872 wächst der Anteil des Gütertransports auf der Straße, nicht aber auf der Schiene. Das wollen
873 wir umdrehen. Eine klimafreundliche Verkehrspolitik muss:

- 874 • die Lkw-Maut reformieren: Staffelung der Maut nach CO₂-Ausstoß sowie Ausdehnung der
875 Lkw-Maut auf alle Straßen und alle Lkw über 3,5 Tonnen,
- 876 • schnell Güter von der Straße auf die Schiene bringen: dauerhafte Halbierung der
877 Trassenpreise, Ausbau der Schieneninfrastruktur,
- 878 • den Transportbedarf und den Güterverkehr reduzieren durch regionale
879 Wirtschaftskreisläufe und Verlagerung des Restverkehrs auf umweltfreundliche
880 Verkehrsträger,
- 881 • den gesamten Güterverkehr – auf Straße, Schiene, Wasser und in der Luft – auf
882 erneuerbare Energien umstellen; dazu bedarf es umfangreicher Forschungs- und
883 Markteinführungsförderung,

884 **Mit der Binnen- und Seeschifffahrt die Klimaziele einhalten.** Wir wollen:

- 885 • die Koordinierung und Konzeptionierung der Schifffahrt und der Häfen endlich in eine
- 886 verantwortliche zentrale Aufgabe des Bundes überführen, um die Klimaziele und die
- 887 Kapazitätsauslastung aller Häfen einzuhalten,
- 888 • klimafreundliche Antriebe zunächst auf EU-Ebene zum Standard machen,
- 889 • die Kreuzschifffahrt endlich Umweltstandards unterwerfen, denn diese gelten dort
- 890 bisher nicht
- 891 • mehr Güter von der Straße auf das Binnenschiff bringen, in dem wir zügig marode
- 892 Wasserstraßen umweltverträglich sanieren und ihren Erhalt und Modernisierung
- 893 langfristig sichern,
- 894 • schnell eine flächendeckende und verpflichtende Landstromversorgung in Häfen
- aufbauen,
- 895 • die Flottenerneuerung und Modernisierung der Binnenschifffahrt unterstützen, um
- 896 schnell zu emissionsfreien Antrieben zu kommen,
- 897 • den Seeschiffsverkehr in den EU-Emissionshandel einbeziehen,
- 898 • verbindliche Emissionsminderungsziele für die Seeschifffahrt – möglichst global, in
- 899 einem ersten Schritt jedoch von und zu Häfen in der Europäischen Union. Diese
- 900 Forderung hat Luxemburg bereits in den Rat der Mitgliedsstaaten eingebracht.

901 **Ausbildungs- und Forschungsoffensive.** Wir wollen:

- 902 • Die Forschung in Vernetzung und Digitalisierung von Verkehr darf nicht länger
- 903 vernachlässigt werden. Für neue Antriebe sowohl für Kraftfahrzeuge, für Schiffe und
- 904 vor allem für Flugzeuge brauchen wir innovativen Forschungsgeist. Deutschland hat die
- 905 Möglichkeit, zum globalen Spitzenreiter in diesem Sektor zu werden. Auch die Forschung
- 906 in die Vermeidung von Ultrafeinstaub muss höhere Priorität genießen.
- 907 • Die Bundesregierung hat dafür Sorge zu tragen, dass die Ausbildung von Verkehrs- und
- 908 Stadtplaner*innen der klimafreundlichen Mobilität Rechnung trägt. Vorbilder sind hier
- 909 unsere europäischen Nachbarn Niederlande und Dänemark.

910 **6d. Zukunftsfähige Industriepolitik**

- 911 Auch die Industrie muss einen deutlich stärkeren Beitrag zum Klimaschutz leisten als bisher.
- 912 Die CO₂-Emissionen sind gerade hier in den vergangenen Jahren nicht gesunken – trotz
- 913 europäischem Emissionshandel. Digitalisierung und andere neue Technologien wie der Einsatz
- 914 Künstlicher Intelligenz können helfen, ökologische Effizienz zu heben, die Sektorenkopplung
- 915 effizient zu nutzen und die für eine ökologische Wende der Wirtschaft dringend benötigten
- 916 Innovationen auszulösen. Wir gehen auf die energieintensiven Industrien und Großverbraucher
- 917 von Energie zu, wie Stahl, Zement, Chemie, Papier, Aluminium, Glas, um gemeinsame
- Maßnahmen
- 918 zur Dekarbonisierung zu beraten und umzusetzen. Eine dekarbonisierte Industrie wird
- 919 wettbewerbsfähiger sein als heute. Eine deutsche Industrie, deren Klimaneutralität ein
- 920 internationaler Wettbewerbsvorteil ist, sichert ihre Zukunft.
- 921 Dem entgegen steht aber aktuell der immense und stetig steigende Energiehunger der digitalen
- 922 Transformation, der droht, zum Brandbeschleuniger der Klimakrise zu werden.
- 923 Effizienzsteigerungen im Energieverbrauch werden durch Rebound-Effekte mehr als

924 aufgefressen. Deshalb braucht es eine Suffizienzstrategie, die die Entwicklungen der
925 digitalen Transformation hinsichtlich ihres Ressourcenverbrauches sinnvoll begrenzt. Zudem
926 wollen wir durch ein Bündel an Maßnahmen dazu beitragen, die Umweltbilanz digitaler
927 Technologien zu verbessern, etwa durch:

- 928 • Verpflichtung zur Nutzung der Abwärme von Rechenzentren,
- 929 • Einführung von Benchmarks und Klassen des Energieverbrauchs bei Soft- und Hardware
930 und
Kennzeichnungspflicht der Energieverbrauchsklasse,
- 931 • Verpflichtung für Einrichtungen der öffentlichen Hand und öffentlich geförderte
932 Projekte, ausschließlich daten- und energiesparsame Soft- und Hardware zu verwenden,
- 933 • Ersetzen von Kupferkabeln durch Glasfaserverbindungen auch auf der letzten Meile,
- 934 • Einführung eines Right to Repair und einer Software Updategarantie für zehn Jahre bei
935 allen Digitalgeräten,
- 936 • Einrichtung von ressortübergreifenden Sonderprogrammen/-budgets für innovative
937 digitale Projekte der öffentlichen Hand mit besonderem ökologischem Nutzen,
- 938 • Implementierung des Aspekts Daten- und Energiesparsamkeit in Aus- und Weiterbildung
939 von Anwendern und von Produkt- und Softwaredesignern, sowie der Förderung und
Beratung
940 von Start Ups.

941 Die wichtigsten industriepolitischen Rahmenbedingungen und innovationspolitischen
942 Förderinstrumente sind vor diesem Hintergrund:

- 943 • Investitionen in CO₂-freie Industrieprozesse tätigen: Stärkung des Emissionshandels,
944 bessere Abschreibungsmöglichkeiten, Fördergelder für Modellprojekte, gezielte
945 Forschungsförderung,
- 946 • erneuerbare Energien zur Eigennutzung günstiger machen,
- 947 • zukünftige Förderung im Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz nur für den Einsatz von
948 Erneuerbaren,
- 949 • Anreize setzen: die bestehenden Regeln zum Schutz der Wettbewerbsfähigkeit der
950 energieintensiven Industrie zielgenauer ausrichten und Grenzausgleichsmaßnahmen
951 einführen, damit die Industrie vor möglichen Nachteilen im internationalen Wettbewerb
952 mit Staaten ohne vergleichbare Klimaschutzpolitik geschützt bleibt. Gleichzeitig soll
953 damit ein stärkerer Anreiz für die Industrie gegeben werden, in CO₂-freie Technologien
954 zu investieren und CO₂-sparsame Werkstoffe einzusetzen,
- 955 • Investitionen in CO₂-freie Industrieprozesse ermöglichen: insbesondere in den
956 Bereichen Stahl, Chemie und Zement lohnen sich Investitionen in CO₂-freie
957 Industrieprozesse meist erst bei sehr hohen CO₂-Preisen, die das europäische
958 Emissionshandelssystem derzeit noch nicht abbildet. Damit sich solche Investitionen
959 für Unternehmen schon heute rechnen, wollen wir den Unternehmen die Differenz
zwischen
960 dem aktuellen CO₂-Preis und den tatsächlichen CO₂-Vermeidungskosten erstatten, die

- 961 ihnen durch die Investitionen in neue Verfahren und Technologien entstehen („Carbon
962 Contract for Difference“),
- 963 • klimafreundliche Leitmärkte schaffen: Umstellung der gesamten öffentlichen Beschaffung
964 auf klimafreundliche Produkte, Produktionsverfahren, Fahrzeuge, Immobilien; Einsatz
965 recycelter Werkstoffe; europaweite klimaschützende Produktstandards einführen,
 - 966 • Quoten festlegen: Um den Umbau der energieintensiven Unternehmen planungssicherer
967 zu
968 gestalten und perspektivisch finanzielle Förderung zu reduzieren, unterstützen wir die
969 Vorschläge auf europäischer Ebene im Zuge des angekündigten Klimapaketes,
970 ansteigende
971 Quoten für klimaneutralen Stahl, Kunststoffe oder Zement in Autos oder auch Windrädern
972 und Gebäuden festzulegen,
 - 973 • die zentralen innovationspolitischen Förderinstrumente gezielt auf die Bekämpfung der
974 Klimakrise ausrichten: Explizit klimafreundliche Innovationen werden bevorzugt
975 gefördert. Dies betrifft etwa die Startup-Förderung, die Forschungs- und
976 Entwicklungsförderung sowie die Innovationsförderung für den Mittelstand, die wir
977 sozial-ökologisch ausrichten möchten, die Hightech-Strategie, die KI-Strategie oder
978 die neue Agentur für Sprunginnovationen,
 - 979 • wir geben Planungssicherheit und senken die EEG-Befreiung der energieintensiven
980 Industrien schrittweise. Dadurch senken wir die EEG-Umlage für alle anderen und
981 entlasten sofort Haushalte mit niedrigem Einkommen, kleine und mittelständische
982 Betriebe und schaffen damit sozialen Ausgleich. So schaffen wir die Grundlage für mehr
983 Investitionen in der energieintensiven Industrie,
 - 984 • Systeminnovationen für eine klimaneutrale Wirtschaft identifizieren und fördern, zum
985 Beispiel durch die Ausdehnung von Förderformaten wie den Kopernikus-Projekten (z.B.
986 Power-to-Gas) auf weitere Politikfelder wie Landwirtschaft und Verkehr,
 - 987 • die Vorgaben auf europäischer Ebene zur Kreislaufwirtschaft ausbauen: Durch eine
988 verstärkte Kreislaufwirtschaft können die CO₂-Emissionen der vier wichtigsten
989 Industriesektoren (Kunststoff, Stahl, Aluminium und Zement) in Europa um die Hälfte
990 reduziert werden,
 - 991 • klimaneutrale Kreislaufwirtschaft verankern: u.a. durch ein gesetzliches
992 Abfallvermeidungsziel für Verpackungsmüll von 110 Kilogramm pro Kopf bis 2030, durch
993 Ressourcenschonung und Recyclingfähigkeit von Produkten in der Ökodesign-Richtlinie,
994 durch die Einrichtung eines Forschungsinstituts zur Förderung der Kreislaufwirtschaft,
995 durch zunehmende Verpflichtung und Förderung zur Wiedereinspeisung von Plastik in die
996 Kunststoffproduktion und mehr Transparenz über die energetischen Kosten über den
997 gesamten Lebenszyklus.

996 **6e. Landwirtschaft klimafreundlich und klimafest machen**

997 Kein anderer Bereich ist so unmittelbar auf den Erhalt unserer Lebensgrundlagen angewiesen
998 wie die Land- und Forstwirtschaft. Dieser Sommer hat erneut deutlich gemacht: Die
999 Landwirtschaft ist schon heute sowohl Leidtragende als auch Mitverursacherin der Klimakrise
1000– und für uns auch ein Teil der Lösung. Unser Ziel ist ein klimaneutrales
1001Landwirtschaftssystem, in dem nicht nur klimaschädliche Gase reduziert werden, sondern es zu
1002einer langfristigen Kohlenstoffbindung in Boden und Bäumen kommt.

1003Die Landwirtschaft produziert heute größtenteils nach Bedingungen, die in eine Sackgasse für
1004Bäuerinnen und Bauern, für Umwelt und Klima führen. Das Motto ist „Wachse oder weiche!“,
1005produziere also intensiver und billiger. Wir müssen dieses System grundsätzlich ändern, so
1006dass ein umwelt-, tier- und klimafreundliches Wirtschaften sich eher lohnt als

1007 industrialisierte Landwirtschaft. Die Agrarpolitik der Bundesregierung wie auch die EU-
 1008 Agrarpolitik tun aber genau das nicht und leisten so ihren Beitrag, die Klimakrise
 1009 anzuhetzen. Immer mehr Landwirt*innen erkennen, dass dieser Weg in die Sackgasse führt.
 1010 Gemeinsam mit den Bäuer*innen wollen wir zu einer standortangepassten Tierhaltung kommen.

1011 Auch beim Ackerbau ist spätestens seit der Dürre 2018 klar, dass wir eine Strategieänderung
 1012 brauchen. Wir wollen, dass Böden so bewirtschaftet werden, dass sie CO₂ speichern und
 1013 Wetterextreme abpuffern. Und wir wollen darauf hinwirken, dass widerstandsfähige
 1014 Anbausysteme gefördert werden, um zukünftigen Wetterextremen besser trotzen zu können,
 etwa
 1015 durch die Verbindung von Fruchtfolgen, die Verbesserung von Bodengesundheit und
 Bodenschutz
 1016 oder Agroforstsysteme.

1017 Unsere Ernährung trägt zu einem Fünftel zu unserer schlechten Klimabilanz bei. Vor allem der
 1018 übermäßige Fleischkonsum ist hierfür verantwortlich. Global betrachtet verursacht die
 1019 Erzeugung tierischer Lebensmittel mehr Klimagase als der gesamte Verkehrsbereich. Heute
 1020 wandert ein Drittel der weltweiten Getreideernte in die Futtertröge. Klar ist: Die
 1021 Produktion und der Konsum von Fleisch und anderen tierischen Produkten müssen sinken,
 1022 Dumpingpreise der Vergangenheit angehören. Unser Ernährungssystem muss umgebaut
 werden,
 1023 damit ökologische, regionale und gesunde Ernährung der leichte Weg sind. Vom Kindergarten
 1024 über Schulen bis zu Krankenhäusern soll die Gemeinschaftsverpflegung dementsprechend
 1025 umgestaltet werden, soll die Lebensmittelversorgung in der Stadt und auf dem Land auf
 1026 regionale Wertschöpfungsketten setzen und damit ihren Klimabeitrag leisten.

1027 Maßnahmen für eine klimagerechte Landwirtschafts- und Ernährungspolitik:

- 1028 • Radikaler Umbau der EU-Agrarförderung (GAP) und Qualifizierung der Gelder der
 1029 Europäischen Agrarpolitik: Öffentliche Gelder sollen qualifiziert und spätestens ab
 1030 2027 nur in öffentliche Leistung investiert werden. Gefördert werden soll dann nur
 1031 noch eine klimagerechte und tier-, arten- und umweltschützende Landwirtschaft.
 1032 Deutschland hat über den Europäischen Rat Einfluss und Möglichkeit, diesen
 1033 Systemwechsel in der EU-Agrarpolitik einzufordern. Wir müssen alle bestehenden und
 1034 sich durch die GAP-Reform ergebenden Möglichkeiten nutzen, um eine klimagerechtere
 1035 Landwirtschaft voranzubringen.
- 1036 • Ausweitung des Ökolandbaus bis 2025 auf mindestens 25 Prozent der Fläche: Dafür
 wollen
 1037 wir in den nächsten sieben Jahren eine Milliarde Euro Bundesmittel in den Ökolandbau
 1038 investieren.
- 1039 • Umbau der industriellen Tierhaltung in tierschutzkonforme Haltung: Die Landwirtschaft
 1040 soll ihre Tierhaltung tierschutz- und klimagerecht umbauen. Die Bestände sollen dabei
 1041 reduziert werden, der Tierbestand soll flächengebunden sein und bis 2030 maximal bei
 1042 zwei Großvieheinheiten pro Hektar liegen, perspektivisch noch darunter. Zusätzlich
 1043 muss es Obergrenzen pro Standort, gerade auch für Geflügel, geben. Im Gegenzug soll es
 1044 eine Förderung für den Stallumbau geben. Damit reduzieren wir Methan- und Lachgas-
 1045 Emissionen und schützen Regenwälder vor Abholzung für europäischen Fleischkonsum
 und -
 1046 export. Diese Maßnahmen werden dazu führen, dass Fleisch teurer wird.
- 1047 • Tierhaltende Landwirt*innen, die die Tierhaltung aufgeben möchten, wollen wir dabei
 1048 unterstützen. Sie sollen vor Ort Beratung in Anspruch nehmen können und bei der klima-

- 1049 und naturverträglichen Umnutzung der Flächen durch einen Bundesfonds unterstützt
1050 werden.
- 1051 • Verbot von Importen von Futtermitteln und Palmöl von gerodeten Flächen bzw. von
1052 Flächen, für die natürliche Ökosysteme zerstört wurden durch gesetzliche Regelungen im
1053 Rahmen des Waldaktionsplans auf EU-Ebene.
- 1054 • Stärkung des Anbaus heimischer, Eiweiß liefernder Futterpflanzen als Ersatz für
1055 Import-Soja.
- 1056 • Anpassung des deutschen Düngerechts an die Anforderungen der EU-Kommission für
Klima-,
1057 Natur- und Wasserschutz: Wir wollen vor allem für ohnehin belastete Gebiete neben
1058 einem verbesserten Düngemanagement die Menge an Düngemitteln, die ausgebracht
werden
1059 darf, deutlich begrenzen. Um die tatsächlichen Düngermengen sicher zu erfassen, soll
1060 ein Meldesystem für den Handel mit Stickstoff- und Phosphordünger eingeführt werden.
1061 Wenn das Ordnungsrecht nicht zeitnah Erfolge erzielt, soll ab 2022 eine
1062 Stickstoffabgabe erhoben werden.
- 1063 • Den Einsatz von chemisch-synthetischen Pestiziden sukzessive reduzieren und eine
1064 Pestizidabgabe einführen.
- 1065 • Fördern von Permakultur: Sie bietet höchste Produktivität auf minimalem Raum und ist
1066 gut für Böden und Humus.
- 1067 • Reduzierung der Fleischproduktion: Wir wollen über die Konsequenzen des
Fleischkonsums
1068 aufklären und setzen uns für mehr Selbstverständlichkeit von vegetarischer und veganer
1069 Ernährung ein. Darum fördern wir ein größeres Angebot an vegetarischen und veganen
1070 Speisen in Schulen, Mensen und Kantinen. In allen öffentlichen Mensen und Kantinen,
1071 von Schulen über Krankenhäuser bis zu Behördenkantinen, muss es möglich sein, sich
1072 bezahlbar vollwertig vegan zu ernähren.
- 1073 • Alternativen zu Fleisch aus pflanzlichen Zutaten werden künftig eine größere Rolle
1074 spielen. Die Weiterentwicklung solcher Alternativen halten wir für richtig und
1075 wichtig, denn sie eröffnen eine Perspektive, tierisches Eiweiß ohne Tierleid,
1076 Nitratbelastung und mit deutlich geringerer Klimabelastung herzustellen. Dies ist
1077 zudem ein Weg, um die Tierbestände zu reduzieren, die Tierhaltung zu verbessern und
1078 die Landwirtschaft zu extensivieren.
- 1079 • Förderung regionaler Produktion: Bei der Art und Weise, wie wir uns ernähren, setzen
1080 wir auf regionale Versorgungsstrukturen und Wertschöpfungsketten in der Stadt, auf dem
1081 Land und in der Gemeinschaftsverpflegung. Zugleich entwickeln wir nachhaltige
1082 Ernährungsstrategien, worüber auch der Ausbau des Ökolandbaus unterstützt wird.
- 1083 • Eindämmen von Lebensmittelverschwendung: Bis 2030 muss die
Lebensmittelverschwendung
1084 halbiert werden – das ist eines der internationalen Nachhaltigkeitsziele. Um das zu
1085 erreichen, brauchen wir verbindliche Reduktionsziele für alle Stufen der
1086 Wertschöpfungskette und einen gesetzlichen Wegwerfstopp für Supermärkte und
1087 Lebensmittelproduzent*innen. Für lang haltbare Lebensmittel wie Nudeln oder
1088 Hülsenfrüchte wollen wir das Mindesthaltbarkeitsdatum aufheben. Handels- oder EU-
1089 Normen, die dazu führen, dass zu kleines oder unförmiges Obst und Gemüse gar nicht
1090 erst die Supermarktregele erreicht, wollen wir abschaffen, Lebensmittelspenden
1091 erleichtern und Containern straffrei machen.

1092 **Wälder schützen...**

1093 Wir brauchen Wälder, die der Klimakrise besser trotzen und dabei aktiven Klimaschutz
 1094 betreiben. Sie sind unverzichtbar für den Klimaschutz. Der Aufbau eines naturnahen, gesunden
 1095 Waldes kann viele Millionen Tonnen CO₂ binden, bei nachhaltiger Nutzung des Holzes auch
 1096 dauerhaft. Aktuell ist der Wald von der Klimakrise bedroht, das liegt auch an den Fehlern
 1097 der Vergangenheit. Statt auf schnell wachsende Nadelholzplantagen zu setzen, brauchen wir
 1098 jetzt naturnahe Mischwälder mit standortheimischen Baumarten. Durch den Dürresommer 2018
 und

1099 die Hitzeperioden dieses Jahres erleben wir ein neues Waldsterben. Die Waldpolitik muss
 1100 daher auf allen Ebenen umsteuern:

- 1101 • Umwandlung von Holzplantagen in naturnahe Wälder vorantreiben und ökologische
 1102 Bewirtschaftung gesetzlich festlegen und fördern und den Erhalt sowie die Erhöhung des
 1103 Anteils alter Bäume mit Fördermaßnahmen erreichen,
- 1104 • Waldzukunftsfonds von einer Milliarde Euro für die nächsten Jahre als erste
 1105 Finanzspritze für den kranken Wald einführen; Förderung immer nach dem Prinzip
 1106 „öffentliches Geld nur für öffentliche Leistungen“ ausgeben,
- 1107 • Wiederbewaldung mit standortangepassten, heimischen Baumarten auf zerstörten
 1108 Waldflächen, in Auen und Niederungen fördern mit Vorrang der Nutzung der
 1109 Naturverjüngungs- und Naturaufwuchspotentiale,
- 1110 • Ziele der UN-Declaration of Forests umsetzen,
- 1111 • Fünf Prozent, perspektivisch zehn Prozent Wildnis- und Naturwaldflächen im
 1112 öffentlichen Wald bundesweit festschreiben, eine vergleichbare Größenordnung durch
 1113 Förderung im Privatwald anstreben,
- 1114 • Die wertvolle Ressource Holz muss effizient und nachhaltig genutzt werden, auch um zu
 1115 vermeiden, dass es zu vermehrtem Import von Hölzern kommt. Deshalb müssen der
 1116 Verbrauch von Frischfasern und der Holzverbrauch für Paletten/Verpackungen in der
 1117 Industrie stark reduziert werden. Dafür wollen wir die Kaskadennutzung fördern, in der
 1118 Holznutzung für langlebige Produkte wie für den Bau und für Möbel an erster Stelle
 1119 steht. Erst ganz am Ende einer Nutzungskette sollten kurzlebige Holz- und
 1120 Papierprodukte entstehen oder Holz als Energieträger verbrannt werden. Die Nutzung von
- 1121 landbasierter Biomasse für energetische Zwecke darf nicht weiter ausgebaut werden. Die
 1122 direkte Verbrennung von Frisch-Holz darf nicht weiter gefördert werden und muss
 1123 zurückgehen. Heizungen mit Holz (fester Biomasse) müssen mit wirksamer
 1124 Emissionsminderungstechnik entsprechend dem Stand der Technik (z.B.
 1125 Partikelabscheider) ausgestattet sein, um negative Effekte auf die Luftqualität zu
 1126 vermeiden.
- 1127 • Kohlenstoffsенke des Waldes erhalten durch Ausweisung von Naturwäldern verbunden mit
 1128 einer Anpassung des jährlichen Holzeinschlags und der Förderung von Waldflächen mit
 1129 natürlicher Waldentwicklung, um Anpassungsprozesse an die Klimakrise zu ermöglichen.

1130...und Moore auch.

1131 Entwässerte Moore setzen Klimagase frei. Besonders landwirtschaftlich genutzte Moorböden,
 1132 die zwar nur sieben Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Deutschlands ausmachen,
 1133 emittieren 37 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft.

Moorschutz

1134 würde daher auf die Fläche gerechnet überproportional hohe Einsparungen in den
 1135 Treibhausgasen bedeuten. Daher ist Moorschutz wichtig und notwendig.

- 1136 • Moore renaturieren: Die schnelle Wiedervernässung von Mooren ist von
 1137 überproportionalem Nutzen zur Einsparung von Treibhausgasen. Deshalb starten wir ein
 1138 gemeinsames großflächig wirksames Moorrenaturierungsprogramm von Bund und
 Ländern und
 1139 stoppen den Umbruch, die Entwässerung und die Zahlung von Agrarsubventionen für die
 1140 Bewirtschaftung entwässerter Moorböden ab 2021.
- 1141 • 50 Prozent des entwässerten Waldes sollen bis 2030 wiedervernässt werden.
- 1142 • Für alle bundeseigenen Moorflächen muss die Entwässerung sofort gestoppt werden.
- 1143 • Paludikultur, also die landwirtschaftliche Nutzung nasser Hoch- und Niedermoore,
 1144 wollen wir als Landwirtschaft anerkennen und in die Agrarförderung aufnehmen. Dazu
 1145 starten wir ein Investitionsprogramm und eine Klimaschutz-Flächenprämie.
- 1146 • Aus der Gewinnung von Torf wollen wir aussteigen und Torf durch erneuerbare
 1147 Alternativen ersetzen.

1148 **6f. Green Finance**

1149 Der Finanzsektor ist entscheidend für mehr Klimaschutz. Mit einer breit angelegten Strategie
 1150 sorgen wir dafür, dass Anlagekapital in Zukunft Klimaschutz statt Klimazerstörung
 1151 finanziert:

- 1152 • Alle Akteure – Banken, Versicherungsunternehmen und Rating-Agenturen – müssen
 Risiken,
 1153 die sich aus nicht nachhaltigen Investitionen ergeben, konsequent berücksichtigen. So
 1154 können Unternehmen, die Menschenrechte verletzen oder den Klimazielen von Paris
 1155 zuwider arbeiten, von den Anleger*innen auf den Finanzmärkten abgestraft werden. Das
 1156 heißt für sie höhere Zinsen und schlechterer Zugang zu Kapital.
 1157 Nachhaltigkeitskennziffern müssen in der Berichterstattung regelmäßig offengelegt
 1158 werden.
- 1159 • Klimarisiken, die in Konzern- und Bankbilanzen schlummern, sollten bei der Bewertung
 1160 durch Rating-Agenturen und die Finanzmarktaufsicht berücksichtigt werden, zum Beispiel
 1161 durch Klima-Stresstests für Banken und Versicherungen oder durch Aufschläge bei
 1162 Eigenkapitalanforderungen zu Finanzierungen, die hohe Klima- und Umweltrisiken bergen.
- 1163 • Damit Kleinanleger*innen von der grünen Finanzwende profitieren und ihr Geld mit gutem
 1164 Gewissen anlegen können, brauchen wir ein EU-Label für nachhaltige Finanzprodukte mit
 1165 starken ökologischen und sozialen Standards. Anhand eines einfachen
 1166 Klassifizierungssystems und klarer Standards für Grüne Anleihen können Anleger*innen
 1167 sich einfach über den Grad der Nachhaltigkeit ihrer Geldanlage informieren. Auch

1168 werden sie bei jedem Beratungsgespräch verpflichtend gefragt, wie
1169 Nachhaltigkeitskriterien in ihren Anlagen berücksichtigt werden sollen.

1170 • Die Europäische Zentralbank muss ebenfalls ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Als
1171 Sicherheiten sollte sie nur noch Vermögenswerte akzeptieren, die mit unseren
1172 Klimaschutzzielen konform sind.

1173 • Auch für die öffentliche Hand brauchen wir endlich neue Anlagerichtlinien. Die
1174 Pensionen für die Beamten oder auch für die Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit
1175 müssen nach Klimaschutz- und Nachhaltigkeitskriterien angelegt werden. Der Bund kann
1176 dem Markt für nachhaltige Geldanlagen wichtige Impulse geben. Dafür muss er seine
1177 Investitionen in Kohle-, Öl- und Gas-Konzerne, die Geschäfte auf Kosten des Klimas
1178 machen, beenden (Divestment).

1179 **7. Klimaschutz in Bildung und Wissenschaft**

1180 Wissenschaftliche Erkenntnisse sind für uns Grundlage politischer Entscheidungen. Sie kommen
1181 aus allen Bereichen: Geistes-, Sozial-, Human-, Wirtschafts- und Naturwissenschaften. Sie
1182 zeigen Lösungsansätze und Entscheidungsalternativen für große gesellschaftliche Probleme,
1183 wie zum Beispiel den menschengemachten Klimawandel, auf. Aktuelle Studien, wie zum Beispiel

1184 zum Schmelzen der Permafrostböden, zeigen, dass die Klimakrise bereits weiter
1185 fortgeschritten ist als bisher angenommen. Der notwendige Weg, die globale Erhitzung zu
1186 begrenzen, erfordert gesellschaftliche Auseinandersetzung, deren wissenschaftliche
1187 Begleitung sowie eine „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE).

1188 Ernährungssicherheit, Bevölkerungswachstum oder Energiewende: keine globale
Herausforderung

1189 lässt sich losgelöst von der Klimafrage bearbeiten. Die Gestaltungsaufgaben für eine globale
1190 Nachhaltigkeitstransformation sind dabei weder rein wissenschaftlich-technologischer noch
1191 rein gesellschaftlicher Natur. Daher brauchen wir Forschung und Bildung, die Ansätze aus
1192 allen Disziplinen zusammenführt, um die Systemfragen und die Schnittstellen zwischen Klima,
1193 Biosphäre und sozio-ökonomischer Entwicklung zu bearbeiten.

1194 Gleichzeitig entbindet die Dringlichkeit der ökologischen Krisen uns nicht davon, genau
1195 hinzuschauen und mögliche Risiken und Konsequenzen im Blick zu haben, wie schon bei der
1196 Atomenergie, deren Gefahren und lange Strahlung jedes verantwortbare Maß menschlicher
1197 Verantwortung überschreiten, oder bei der Freisetzung von gentechnisch veränderten
1198 Organismen. Wir werden alle Optionen am Vorsorgeprinzip und dem Prinzip der Umkehrbarkeit
1199 messen: Was kurzfristig hilfreich erscheint, ist untauglich, wenn es in der Folge neue
1200 Probleme schafft. Was Folgen mit sich bringt, die nicht wieder rückgängig gemacht werden
1201 können, ist nicht der richtige Weg, denn er nimmt zukünftigen Generationen die Freiheit.
1202 Daraus leiten wir die folgenden Forderungen ab:

1203 • Klimagerechtigkeit muss in allen Bildungsinstitutionen (Kitas, Schulen,
1204 Erwachsenenbildungseinrichtungen, berufliche Fort- und Weiterbildung, Hochschulen
1205 etc.) und non-formalen Bildungsorten auf allen Ebenen besser verankert werden. Die
1206 Maßnahmen des Nationalen Aktionsplans Bildung für Nachhaltige Entwicklung müssen
zügig
1207 umgesetzt werden. Wichtig ist auch Menschen die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung
1208 (Sustainable Development Goals – SDGs) zu vermitteln. Ausgehend von der zeitlich
1209 bedingten Notwendigkeit, muss Bildung für nachhaltige Entwicklung deshalb im gesamten

- 1210 Bildungs- und Wissenschaftssystem maßgeblich das Grundverständnis, die Strukturen,
1211 Inhalte und Ziele bestimmen.
- 1212 • Wir wollen Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung in die
1213 landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung aufnehmen, z. B. durch vertiefende Lehre in
1214 der Bodenbiologie. Den Ökolandbau wollen wir in vollem Umfang in die Lehre an
1215 Hochschulen und in die landwirtschaftliche Ausbildung integrieren und Forschung an
1216 klimapositiver Landwirtschaft stärker fördern.
- 1217 • Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, brauchen wir in erheblichem Umfang negative
1218 Emissionen, d.h. wir müssen Kohlendioxid aus der Atmosphäre zurückholen. Das gelingt
1219 zum einen durch die Speicherung von CO₂ in den Böden und Wäldern, zum anderen
1220 durch neue Technologien. Solche, die in die biogeochemischen Prozesse der Erde eingreifen,
1221 lehnen wir ab. Bei der Forschung und Erprobung von Geoengineering müssen sich alle
1222 Optionen an den Prinzipien der Vorsorge und der Umkehrbarkeit messen lassen.
- 1223 • Für ein noch besseres Verständnis der ökologischen Herausforderungen braucht es unter
1224 anderem Klima-, Energie-, Vulnerabilitäts-, Klimanpassungs- und Akzeptanzforschung,
1225 Forschung zur Zukunft der Arbeit sowie unterschiedlichen Ansätzen in der Wirtschaft
1226 und zur Überwindung der „Wissens-Verhaltens-Lücke“.
- 1227 • Wir brauchen insgesamt mehr Vielfalt in allen Wissenschaftsbereichen. Dabei ist es für
1228 uns zentral, dass die Wissenschaft frei und unabhängig von Verwertungsinteressen
1229 bleibt. So müssen zum Beispiel einige Bundeszuwendungen verstetigt werden.
1230 Anderenfalls werden unvorhersehbare, kreative Ideen und interessanter Dialog verloren
1231 gehen.
- 1232 • Wir wollen bestehende Grenzen zwischen den Wissenschaftsfeldern aufbrechen und trans-
1233 und interdisziplinäre Zusammenarbeit unterstützen, auch in Zusammenarbeit mit der
1234 Zivilgesellschaft. Deshalb setzen wir uns auch dafür ein, gemeinsame Forschung mit
1235 Anwohner*innen sowie lokalen Initiativen in Reallaboren zu ermöglichen.
- 1236 • Öffentlich finanzierte Hochschulen und Forschungseinrichtungen haben schon immer
1237 einen Vorbildcharakter gehabt, was nachhaltige Entwicklung betrifft. Sie müssen durch
1238 klimagerechte Maßnahmen insbesondere bei Mobilität, eigenem Energiekonsum, Gebäude
1239 und Beschaffung bis spätestens 2030 klimaneutral sein.

1240 **8. Mit Klimaschutz dem ländlichen Raum eine Zukunft geben**

1241 Das fossile Zeitalter war mit einem Versprechen neuer Freiheit für den ländlichen Raum
1242 verbunden, das sich nicht erfüllt hat. Denn mit dem Siegeszug des Automobils ging ein
1243 Rückzug der Angebote alltäglicher Infrastruktur aus der Fläche einher: Immer weitere Wege
1244 zur Arbeit, zu Gesundheitsversorgung, Banken, zum Einkauf, zu Behörden oder
1245 Freizeitangeboten. Alternativen zum Auto wurden zurückgebaut. Vor allem durch den Rückzug
1246 der Bahn aus der Fläche ist der Nahverkehr vielerorts nicht mehr konkurrenzfähig.

- 1247 Kommunikationsorte wie Gastwirtschaften gehen verloren, Dorfkerne veröden, die Gewinnung
von
1248 Arbeitskräften und Auszubildenden scheitert oft am hohen Aufwand für Mobilität. Die
1249 Abhängigkeit vom Auto und der Rückzug der Infrastruktur aus der Fläche haben dem Land nicht

1250 gut getan. Beides schließt alte ebenso wie junge oder Menschen mit geringem Einkommen von
1251 einem Teil des Lebens aus.

1252 Die Energiewende bietet große Chancen für mehr Wertschöpfung auf dem Land. Die
1253 Mobilitätswende bietet große Chancen auf eine Wiederbelegung der öffentlichen Räume und auf

1254 mehr Unabhängigkeit vom eigenen Auto. Die Wende in Land- und Ernährungswirtschaft eröffnet
1255 die Chance auf eine Wiederbelebung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Die Klimakrise ist
1256 schon jetzt auf dem Land besonders zu spüren durch Trockenheit, Wassermangel, Brände,
1257 Bodenerosion oder das Absterben unserer Wälder.

1258 Der Wandel zu einer klimaneutralen Gesellschaft wird jedoch nur gelingen, wenn alle Menschen
1259 auf diesem Weg mitgenommen werden. Wir müssen das Auseinanderdriften der Regionen
stoppen,
1260 das Gefälle zwischen Stadt und Land darf nicht noch größer werden. Deshalb muss Klimapolitik
1261 sozial ausgewogen sein und auf die Unterschiede zwischen Ballungsräumen und dem Land
1262 Rücksicht nehmen. Wenn wir es richtig machen, wird Klimaschutz zu einer Stärkung des
1263 ländlichen Raums führen.

1264 Ein relevanter Teil der Landbevölkerung lebt mit geringen oder durchschnittlichen Einkommen
1265 in größerem Wohneigentum, heizt mit Öl oder Gas und ist für Teilhabe und die Grundversorgung

1266 fast vollständig auf das eigene Auto angewiesen, darunter überdurchschnittlich viele ältere
1267 Menschen. Die einzelnen Bürger*innen sind davon abhängig, dass ihnen öffentlicher Nahverkehr

1268 in einer zumutbaren Qualität zu bezahlbaren Tarifen bereitgestellt wird.

1269 Die Anschaffung von emissionsfreien Autos, die energetische und barrierefreie Sanierung von
1270 Wohnhäusern und die Umstellung von alten Ölheizungen erfordern erhebliche Investitionen.
1271 Trotz hoher Förderungen ist das nicht für alle ohne weiteres zu stemmen. Daher gehen wir
1272 neue Wege und schaffen Wahlmöglichkeiten:

1273 • Der Ausbau von Alternativen zum Auto auf dem Land hat Priorität: Vergleichsweise
1274 schnell zu reaktivierende Bahntrassen können zum Rückgrat für einen attraktiven und
1275 bezahlbaren öffentlichen Verkehr werden. Die Digitalisierung bietet gerade für das
1276 Land Chancen auf ganz neue Mobilitätsangebote: Flexible Rufsysteme, die Integration
1277 des Taxis und von Mitfahrgelegenheiten in den öffentlichen Nahverkehr sowie Angebote
1278 für die letzte Meile von der Haltestelle bis zur Haustür werden damit leichter
1279 zugänglich.

1280 • Neue Lösungen für den Individualverkehr: Die Digitalisierung erleichtert den Aufbau
1281 von Sharing-Angeboten für E-Autos, leichte Fahrzeuge und E-Bikes. So können wir die
1282 Haushalte von den hohen Kosten für die Haltung oft mehrerer Kraftfahrzeuge entlasten.
1283 Die Entwicklung und Förderung solcher Angebote jenseits des klassischen Nahverkehrs,

1284 die sich auf dem Land – anders als in Ballungsräumen – nicht ohne weiteres
1285 wirtschaftlich rechnen, gehört für uns zur Daseinsvorsorge.

1286 • Den Wohnungsbestand zukunftsfest machen: Wir werden gezielte Programme für die
1287 Sanierung des Eigenheimbestands auf dem Land entwickeln, die neue
Finanzierungsmodelle
1288 für Härtefälle und systematische Unterstützung bei der Umsetzung der Sanierung
1289 verbinden.

1290 • Wir wollen faire Bedingungen und gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land
1291 und die dafür notwendigen Kompensationsmaßnahmen aufgrund der räumlich
1292 unterschiedlichen Auswirkungen der CO₂-Bepreisung prüfen und auf den Weg bringen.

1293 Wir verringern den Zwang zu Mobilität:

1294 • Neben der Art der Mobilität wollen wir vor allem die Chancen der Digitalisierung zur
1295 Vermeidung von Verkehr nutzen, etwa durch ein Recht auf Homeoffice, durch die
1296 Vermeidung von Dienstreisen durch Telefonkonferenzen oder den Ersatz von
1297 Behördengängen durch digitale Angebote der Verwaltung.

1298 • Um regionale Wirtschaftskreisläufe wieder zu beleben und die Ernährungswende
1299 umzusetzen, sind kleine, regionale Lebensmittelverarbeiter wie Mühlen, Bäckereien oder
1300 Brauereien unverzichtbar. Die kleinen Betriebe der Nahversorgung wollen wir mit
1301 Entlastung von Regulierung, die für die Großindustrie geschaffen wurde, und speziellen
1302 Fördermaßnahmen für beispielsweise moderne energieeffiziente Anlagen bei der
1303 Transformation hin zu CO₂-neutralen Betriebsprozessen unterstützen.

1304 • Wir wollen den Rückzug der Alltagsinfrastruktur wie Behörden, Gesundheitsversorgung,
1305 Banken und Kultureinrichtungen aus dem ländlichen Raum stoppen. Dazu gehört die
1306 Förderung mobiler Infrastruktur für solche Dienstleistungen in der Fläche, um die
1307 Notwendigkeit für individuelle Mobilität zu reduzieren.

1308 **9. Soziale Maßnahmen für gerechten Klimaschutz**

1309 Unter den Auswirkungen der Klimakrise leiden Menschen mit geringen Einkommen mehr als
1310 Menschen mit hohen. Daher ist Klimapolitik immer auch Sozialpolitik. Zugleich ist klar, dass
1311 Preiserhöhungen sozial ausgewogen sein müssen. Wir wollen den Klimaschutz als Gesellschaft
1312 gemeinsam und fair miteinander gestalten und die Auswirkungen der klimapolitischen
Maßnahmen

1313 auf soziale Bedingungen, auf die Verteilung der Einkommen, der Vermögen und der Chancen in
1314 unserem Land regelmäßig analysieren, um im Bedarfsfall weitere konkrete Maßnahmen zu
1315 entwickeln. Die notwendige Transformation der Wirtschaft kann nur gelingen, wenn sie
1316 ökologisch und gleichzeitig sozial ist. Die ökologische Frage ist auch immer eine soziale
1317 Frage.

1318 Der Klimaschutz wird in zahlreichen Branchen zu einem Strukturwandel führen. Wir wollen die
1319 klimapolitischen Maßnahmen durch eine aktive und vorausschauende Industrie-, Arbeits- und
1320 Sozialpolitik begleiten. Für besonders betroffene Branchen wollen wir mit Wissenschaft,
1321 Gewerkschaften und Unternehmensverbänden Transformations- und Ersatzstrategien
entwickeln.

1322 In besonders betroffenen Regionen streben wir frühzeitig gezielte strukturpolitische
1323 Maßnahmen an, um vor Ort neue Arbeitsplätze zu schaffen.

1324 Wir stellen sicher, dass die Menschen von ökologisch-sozialer Modernisierung profitieren:

- 1325 • Aus den Einnahmen der CO₂-Bepreisung finanzieren wir jährlich ein Energiegeld, das
1326 alle Einwohner*innen am Jahresanfang erhalten. Es steigt mit dem CO₂-Preis an. Da
1327 Menschen mit niedrigem Einkommen in der Regel weniger CO₂ produzieren, profitieren
1328 sie
1329 überdurchschnittlich davon. Die über die Absenkung der Stromsteuer hinausgehenden
1330 Einnahmen der CO₂-Bepreisung schütten wir vollumfänglich aus. Dieses Energiegeld
1331 erhält jede*r in derselben Höhe und es wird nicht auf Transferleistungen angerechnet.
1332 Außerdem führen wir ein wirksames Monitoring über die sozialen Folgen der
Klimamaßnahmen ein. Wir wollen den Sozialstaat so besser machen, soziale Härten sollen
1333 vermieden werden, denn ökologischer und sozialer Aufbruch können Hand in Hand gehen.
- 1334 • Kaufpreisprämien müssen in niedrigeren Preissegmenten höher sein als in teureren
1335 Preissegmenten.
- 1336 • Wir wollen Energiearmut in Deutschland bekämpfen und Stromsperren verhindern, von
1337 denen besonders häufig Menschen mit geringem Einkommen oder in schwierigen
1338 Lebenslagen
1339 betroffen sind. Wo Menschen mit geringem Einkommen keinen Einfluss auf die
1340 energetischen Zustand ihrer Wohnung haben, weil sie weder die Sanierung durchsetzen
1341 können noch eine Auswahl am Wohnungsmarkt haben, wird ein Klimazuschuss zum
1342 Wohngeld
in einer Übergangsphase auch bei einem schlechten energetischen Zustand des
Wohngebäudes gewährt.
- 1343 • Bei der Gebäudesanierung wollen wir ein Klimawohngeld einführen und so für Mieterinnen
1344 und Mieter mit kleinem Einkommen warmmietneutrale Modernisierungen ermöglichen.
- 1345 • Gute Bezahlung und gerechte Entlohnung bilden mit die Basis für ökologische
1346 Kaufentscheidungen. Wir wollen das Tarifvertragssystem stärken, den Mindestlohn
1347 erhöhen, Wege aus den Minijobs und dem Niedriglohnsektor ebnen und eine bessere
1348 Bezahlung der sozialen Berufe durchsetzen.
- 1349 • Beim Strukturwandel wollen wir die Beschäftigten unterstützen. Weiterbildung und
1350 Qualifizierung sind dabei entscheidend. Wir wollen ein Recht auf Weiterbildung
1351 einführen, die Beratung vor Ort verbessern und vernetzen sowie eine sozial gerechte
1352 Weiterbildungsförderung schaffen. Die Arbeitslosenversicherung wollen wir zu einer
1353 Arbeitsversicherung weiterentwickeln.
- 1354 • Um Beschäftigte zu unterstützen, die aufgrund eines Klimaschutzbedingten
1355 technologischen Wandels absehbar neue Qualifikationen benötigen, schlagen wir ein
1356 Klimaqualifizierungsgeld vor. Dies kommt insbesondere solchen Unternehmen zugute, die
1357 auf Grund ihrer Größe und ihres Umsatzes nicht ohne weiteres einen eigenen
1358 Qualifizierungsfonds einrichten können. Voraussetzung für den Bezug des
1359 Klimaqualifizierungsgeldes ist ein gemeinsam zwischen den Betriebspartnern erstellter
1360 Business- und Qualifizierungsplan, der klar regelt, welche Maßnahmen für den
1361 Klimaschutz getroffen und welche Qualifikationen durch die Beschäftigten erworben
1362 werden müssen.
- 1363 • Für Regionen, die besonders von der Transformation betroffen sind, braucht es gezielte
1364 Hilfe. Daher unterstützen wir den „Just Transition Fund“ auf EU-Ebene und wollen die
1365 beihilferechtlichen Vorgaben in Sinne gerechter Transformation weiter entwickeln.
- 1366 • Um soziale Härten im Zuge des Kohleausstieges zu vermeiden, müssen im
1367 Kohleausstiegsgesetz bzw. im Strukturstärkungsgesetz arbeitsmarkt- und
1368 qualifizierungspolitische Maßnahmen sowohl für die direkt als auch für die in der

- 1369 Zuliefererindustrie indirekt vom Braunkohleausstieg betroffenen Beschäftigten
 1370 enthalten und mit entsprechenden Finanzmitteln hinterlegt sein. Zugleich müssen die
 1371 Vorbereitungen zur nachhaltigen sozialen Absicherung älterer Beschäftigter,
 1372 insbesondere in Form des Anpassungsgeldes, gerade auch im Haushalt unverzüglich
 1373 eingeleitet werden.
- 1374 • Wir müssen sicherstellen, dass Menschen nicht zum Arbeiten verpflichtet werden, wenn
 1375 sie durch extreme Hitze ihre Gesundheit und ihr Leben gefährden. Deswegen wollen wir
 1376 für hitzebedingte Arbeitsausfälle ein Hitzegehalt einführen, das den Beschäftigten 60
 1377 Prozent ihres Nettogehaltes garantiert.
- 1378 • Alle Menschen sollen Zugang zu bezahlbarer Mobilität haben. Bahn und ÖPNV sind
 1379 Bereiche der Daseinsfürsorge. Der Umstieg auf ÖPNV und Bahn muss attraktiver werden
 1380 durch günstige Preise, einfache Abwicklung und bequeme Verknüpfung mit P+R für
 1381 Fahrten
 1382 aus entlegenen Gebieten. Über Sozialtickets und unseren Mobilpass sorgen wir dafür,
 1383 dass Bahnfahren und ÖPNV gerade für Menschen mit niedrigen Einkommen bezahlbar
 1384 sind.
- 1385 • Wir wollen die Stromkostenpauschale aus dem Hartz-IV-Regelsatz herauslösen und
 1386 jährlich dynamisieren, sodass Kostensteigerungen beim Strompreis nicht zu einer
 1387 Unterdeckung des Regelsatzes führen. Weitere Kostensteigerungen, die sich aus dem
 1388 Klimaschutz ergeben, müssen in die Anpassung der Sätze miteinbezogen werden.
 Menschen,
 die keine weitere Belastung schultern können, dürfen auch nicht stärker belastet
 werden.

1389 **10. Anpassung an das Unvermeidbare**

1390 Anpassung ist keine Alternative zur Minderung von Treibhausgasen. Jedes Zehntel Grad
 1391 Erderwärmung macht einen Unterschied, wie heftig die Auswirkungen der Klimakrise in den
 1392 nächsten Jahrzehnten sein werden. Daher kommt es auch auf jede eingesparte Tonne CO₂ an.
 1393 Doch auch bei einer Begrenzung der globalen Erhitzung auf deutlich unter zwei Grad, selbst
 1394 bei 1,5 Grad werden die Auswirkungen der Klimakrise deutlich spürbar sein. Eine Anpassung
 1395 daran ist unvermeidlich. Die Zunahme der Extremwetterereignisse wie Dürren oder die
 1396 Extremniederschläge der vergangenen Jahre haben gezeigt, worauf wir uns einstellen müssen.

1397 Zur Abmilderung der Auswirkungen der Klimakrise und zur Bewältigung des Unvermeidbaren
 1398 braucht Deutschland einen Aktionsplan, der Klimaschutz und Klimaanpassung miteinander
 1399 verbindet. Damit werden Menschen, Städte, Umwelt und Natur widerstandsfähiger gegen die
 1400 Folgen der Klimakrise gemacht und können einen größeren Beitrag zur Minimierung der
 1401 Klimakrise leisten. Im Zentrum dabei steht für uns ein nationaler Klimafolgenanpassungsfonds
 1402 in Höhe von zwei Milliarden Euro, mit denen wir die schlimmsten Auswirkungen der Klimakrise
 1403 begrenzen wollen. Folgende Schritte sind aus unserer Sicht schon jetzt unerlässlich:

- 1404 • Beim Städte- und Wohnungsbau müssen wir für Hitzeschutz sorgen. Schon heute liegen
 1405 die
 1406 Temperaturen in Großstädten wie Köln, Stuttgart oder Berlin im Sommer teilweise zehn
 Grad über denen des Umlandes. Menschen können nächtelang nicht schlafen und
 arbeiten
 in klimatisierten Räumen. Wir brauchen einen Städte- und Wohnungsbau, der die
 Entwicklungen der Klimakrise berücksichtigt. Statt Betonwüsten braucht es mehr Bäume,
 Wasser- und Grünflächen sowie Frischluftschneisen in unseren Städten, denn sie wirken
 wie Klimaanlage. Wir streben eine Flächenkreislaufwirtschaft an, indem wir
 verbindliche Budgets für die Neuversiegelung von Flächen definieren und auf die
 Kommunen herunter brechen. Jede Neuinanspruchnahme als Siedlungs- und
 Verkehrsfläche

- 1413 muss von Ausgleichsmaßnahmen im Umfeld begleitet sein, wobei die entsiegelte Fläche
 1414 nicht kleiner als die neu versiegelte sein darf und vier junge Bäume einen alten Baum
 1415 ersetzen. Den Kommunen wollen wir Instrumente in die Hand geben, um bei
 1416 Neuversiegelungen im Umfeld Ausgleichsmaßnahmen wie Entsiegelungen und
 Baumpflanzungen
 1417 durchzusetzen, etwa durch städtebauliche Verträge mit Bauträgern. Mit finanziellen
 1418 Mitteln müssen Projekte für mehr Stadt- und Fassadenbegrünung, Schattenflächen,
 1419 Häuserdämmung sowie Kühlung durch Kältespeicher und erneuerbar betriebene
 Wärmepumpen
 1420 in den Wohnungen, aber auch begrünte Fassaden und hellerer Straßenbelag gefördert
 1421 werden. Das ist gut für die Gesundheit der Menschen, die Luft und das Klima.
- 1422 • Um unsere Städte fit für die Klimakrise zu machen, wollen wir sie zu Schwammstädten
 1423 umbauen. So wird das Regenwasser gespeichert, wo es anfällt, um es in Trockenperioden
 1424 zu nutzen. Damit werden wertvolle Ressourcen geschützt und die Infrastruktur an immer
 1425 extremere Starkwetterereignisse angepasst.
 - 1426 • Wir wollen Betroffene entschädigen. Derzeit sind nur 40 Prozent der Häuser in
 1427 Deutschland gegen Elementarschäden versichert und gerade in den von Hochwasser
 1428 gefährdeten Gebieten werden Versicherungen gar nicht mehr angeboten oder sind kaum
 1429 finanzierbar. Neben angemessenen Versicherungslösungen für die Betroffenen ist ein
 1430 zusätzlicher Fonds für unbürokratische und zügige Entschädigungszahlungen aufzulegen
 1431 für Menschen, deren Existenz bedroht ist. Zudem sollen regionale Landkarten erstellt
 1432 werden, auf denen absehbare Gefährdungslagen kartiert sind. Die Ausweisung von
 1433 Neubaugebieten in Überschwemmungsgebieten werden wir beenden.
 - 1434 • Wir wollen den Gesundheitsschutz erhöhen. Im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts ist
 1435 die Zahl von Todesfällen aufgrund von Herzkrankheiten während der Hitzewellen deutlich
 1436 angestiegen. Besonders betroffen sind Säuglinge, Kleinkinder und ältere Menschen. Das
 1437 Bundesgesundheitsministerium rechnet bis zum Ende des Jahrhunderts mit einer um den
 1438 Faktor drei bis fünf erhöhten Todesrate durch Hitzewellen. Hinzu kommen Folgeprobleme
 1439 wie eine massive Zunahme von Allergien, da sich etwa die Pollenflugsaison in den
 1440 vergangenen 30 Jahren bereits um zehn bis zwölf Tage verlängert hat. Für Warnsysteme,
 1441 bessere Behandlungsmöglichkeiten von klimabedingten Krankheiten sowie Hitze-
 1442 Aktionspläne muss Geld bereitgestellt werden. Die Aktionspläne sollten eine
 1443 koordinierte Kommunikation von Tipps und Verhaltensweisen für die Bevölkerung bei
 1444 Extremwetterereignissen beinhalten. Über eine bundesweite Beratungstelefonnummer
 1445 sollen Informationen zur Vermeidung hitzebedingter Gesundheitsschäden abgerufen
 1446 werden können.
 - 1447 • Wir wollen einen bundesweiten Hitzeaktionsplan verabschieden. Damit schützen wir die
 1448 Bevölkerung vor hitzebedingten Gesundheitsschäden.
 - 1449 • Wir wollen die Landwirtschaft anpassen und die Forschung für robuste Anbausysteme
 1450 intensivieren, damit Landwirt*innen die Herausforderungen der Klimakrise meistern
 1451 können. Entschädigungen sowie Förderprogramme für technische Lösungen bekämpfen
 nur
 1452 die Symptome, sparen aber die erforderlichen Änderungen im System sowohl auf dem
 Acker
 1453 als auch in der Tierhaltung aus. Vielfältige Fruchtfolgen, angepasste Sorten und
 1454 humusreiche Böden können Trockenstress und Klimawandel besser trotzen als
 1455 Monokulturen. Alternative Forschung und Anbaumethoden müssen deutlich stärker
 1456 gefördert werden.
 - 1457 • Wir wollen gesunde Böden fördern: Viele Regionen werden in den nächsten Jahren mit
 1458 Trockenheit zu kämpfen haben. Umso wichtiger, dass der Boden gesund und geschützt ist
 1459 – mit genügend Humus, um ausreichend Wasser zu speichern. Wir werden den
 Humuserhalt
 1460 und -aufbau von Böden durch Umwandlung ungeeigneter Äcker in Grünland sowie die

- 1461 Ausweitung agrarökologischer Methoden wie Agroforstsysteme, Mischkulturen, weite
1462 Fruchtfolgen und eine ganzjährige Bodenbedeckung fördern.
- 1463 • Wir wollen Flächen entsiegeln. Versiegelte Flächen heizen die Umgebung nicht nur
1464 unnötig auf, sondern können auch kein Regenwasser aufnehmen. Letzteres führt zu
1465 Überschwemmungen. Deshalb braucht es ein Programm zur Wiederherstellung
1466 geschädigter und versiegelter Böden in ihre natürliche Funktion als CO₂- und Wasserspeicher.
- 1467 • Bäume stellen Kohlenstoffsinken dar. Deshalb sind Agroforstsysteme unabdingbar für
1468 eine klimagerechte Landwirtschaft. Auch wollen wir den Baumstand (Vorratsfestmeter) im
1469 Wald erhöhen und durch Begrünung städtischer Umgebungen und entlang von
1470 Verkehrswegen steigern.
- 1471 • Wir wollen Wälder vor Bränden schützen. Ganz besonders wichtig ist
1472 Waldbrandprävention. Dazu gehören Vorsorgemaßnahmen wie Schutzstreifen und
1473 Waldbrandriegel sowie den nachhaltigen Umbau der Wälder insbesondere nach
1474 Sturmschäden von Monokultur-Nadelwäldern hin zu artenreichen Mischwäldern. Diese sind weniger
1475 brandgefährdet und zudem ein Gewinn für die Artenvielfalt. Darüberhinaus ist eine
1476 Waldbrandstrategie gefordert. Für den Fall großer Waldbrände braucht es
1477 bundesländerübergreifende Katastrophenpläne, ausreichende Spezialisten und eine gute
1478 Ausrüstung zum Beispiel mit Löschflugzeugen.
- 1479 • Wir wollen vor Hochwasser schützen. Hochwasserschutz ist mehr als Deiche bauen. Mit
1480 Blick auf die mittlerweile alle paar Jahre hereinbrechenden Jahrhunderthochwasser ist
1481 eine prioritäre Finanzierung des ökologischen Hochwasserschutzes überfällig. Dazu
1482 gehört, den Flüssen wieder mehr Raum zu geben sowie eine Reaktivierung von Auen
1483 entlang von Flüssen. Auch braucht es Hochwasserkonzepte für Städte, die aufgrund ihrer
1484 massiven Versiegelung nicht für extreme Niederschläge gerüstet sind.

1485 **11. Klimaschutz kennt keine Grenzen**

1486 Auch wenn sich dieser Maßnahmenplan vor allem auf die national notwendigen Anstrengungen
1487 konzentriert, so ist doch völlig klar: Unser Beitrag zum Paris Abkommen ist europäisch und
1488 muss global gedacht werden. Wir möchten die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 dafür zu
1489 nutzen, innerhalb der EU und im Kontext der G20 auf eine Ambitionssteigerung und
1490 beschleunigte Umsetzung der Beiträge zum Paris Abkommen hinzuwirken. Deshalb wollen wir
1491 konsequenten Klimaschutz im eigenen Land umsetzen und gleichzeitig Klimaschutz in anderen
1492 Teilen der Welt unterstützen. Deshalb machen wir den Klimaschutz, den Ausbau erneuerbarer
1493 Energien und die Anpassung an Folgen des Klimawandels zu einem Schwerpunkt der Außen-,
1494 Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik und wollen den Aufbau eines internationalen
1495 Finanzierungsmechanismus für klimabezogene Schäden und Verluste unterstützen, der durch
1496 die

1496 Verursacher finanziert wird

1497 Von der Klimakrise betroffen sind weltweit zuerst jene, die die Klimakrise nicht verursacht
1498 haben und sich am wenigsten vor den Auswirkungen schützen können: Menschen, besonders
1499 Frauen, in den Ländern des Globalen Südens. Wir unterstützen die ärmsten Staaten beim
1500 Klimaschutz und bei der Anpassung an Klimaveränderungen. Insbesondere mit Schwellen- und
1501 Entwicklungsländern bauen wir Klimapartnerschaften auf und verstärken die klimapolitische
1502 Zusammenarbeit.

1503 Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern, die
1504 besonders von der Klimakrise betroffen sind, solidarische und koordinierte Hilfe der
1505 Staatengemeinschaft erhalten. Dafür fördern wir systematisch Klimarisikoplanungen und ein
1506 Klimarisikomanagement. Ansätze auf internationaler Ebene müssen die Umsetzung der
1507 Menschenrechte, etwa der Rechte auf Nahrung, Wasser oder Gesundheit, befördern und die
1508 Bevölkerung vor Ort miteinbeziehen. Lokal Betroffenen muss die notwendige Umsiedlung in
1509 Würde garantiert werden, Menschen, die ihre Heimat aufgrund der Klimakrise verlassen,
1510 brauchen internationalen Schutz.

1511 • Wir werden uns in den internationalen Klimaverhandlungen dafür einsetzen, das Pariser
1512 Klimaabkommen zu einem internationalen Regime weiterzuentwickeln, das von den
Staaten

1513 möglichst verbindliche Ziele einfordert, Vergleichbarkeit und Transparenz der
1514 Zieleinhaltung sicherstellt und die Nichteinhaltung sanktioniert. Dies soll zuerst auf
1515 EU-Ebene passieren.

1516 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass internationale Klimaverhandlungen durch eine
1517 bessere Einbindung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen gerade aus dem Globalen
1518 Süden transparenter und partizipativer durchgeführt werden. Vor allem muss die
1519 Beteiligung von Frauen an Verhandlungen ausgebaut werden.

1520 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass die im Rahmen des Pariser Klimaabkommens
1521 anstehenden regelmäßigen fünfjährigen Überprüfungen („global stocktakes“) der
1522 nationalen Klimaschutzbeiträge (NDCs) tatsächlich dazu führen, dass die Klimaziele
1523 aller Staaten angemessen erhöht werden. Dafür muss sich der Überprüfungsprozess am
1524 aktuellen Stand der Wissenschaft zur Begrenzung der Erderhitzung auf deutlich unter
1525 zwei Grad, möglichst 1,5 Grad und an Kriterien der globalen Klimagerechtigkeit
1526 orientieren. Damit die erste Runde der Zielerhöhung funktioniert, ist es entscheidend,
1527 dass Deutschland sich dafür einsetzt, dass die EU ihr unzureichendes 2030-Ziel von
1528 derzeit minus 40 auf minus 65 Prozent Emissionsreduktion erhöht und fristgerecht 2020
1529 bei der UN einreicht. Gleichzeitig werden wir die Unterstützung von Ländern für die
1530 Umsetzung und Verbesserung von NDCs in Foren wie der NDC-Partnerschaft deutlich
1531 ausbauen.

1532 • Die Industrieländer haben zugesagt, die Entwicklungsländer ab 2020 mit jährlich 100
1533 Milliarden US-Dollar bei Klimaschutz und Anpassung an die Folgen der Klimakrise zu
1534 unterstützen; der gerechte Anteil Deutschlands daran wären etwa zehn Milliarden
1535 Dollar. Doch wir wissen bereits heute, dass diese Summen nicht reichen werden. Wir
1536 werden uns daher dafür einsetzen, dass Deutschland in einem ersten Schritt jährlich
1537 zehn Milliarden Euro aus öffentlichen Mitteln für internationale Klimafinanzierung
1538 bereitstellt, mit denen dann auch weitere private Mittel mobilisiert werden können.
1539 Zusätzlich soll Deutschland auch seine Zahlungen erhöhen, um die anderen nachhaltigen
1540 Entwicklungsziele zu erreichen.

1541 • Die Koalition der Finanzminister*innen für Klimaschutz soll bis Mitte 2020 ein
1542 ambitioniertes Programm für die Ausrichtung der globalen Finanzströme an den Zielen
1543 des Pariser Klimaabkommens vorlegen. Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland in
1544 dieser Koalition eine Führungsrolle einnimmt und die beschlossenen Maßnahmen auch im
1545 Kontext der G20 konsequent vertritt. Das heißt mit gutem Beispiel voran zu schreiten,
1546 und sofort konkrete Schritte einzuleiten, alle klimaschädlichen Subventionen abzubauen
1547 und alle klimabedingten Geschäftsrisiken konsequent offen zu legen.

1548 • Deutschland sollte die strategische Klima-Allianz mit den 48 von der Klimakrise
1549 besonders betroffenen Entwicklungsländern, die sich zu 100 Prozent erneuerbaren

- 1550 Energien und Netto-Nullemissionen verpflichtet haben, ausbauen, damit sie diese Ziele
1551 sobald wie möglich erreichen.
- 1552 • Internationale Allianzen der Regionen, wie zum Beispiel die „Under2Coalition“, werden
1553 wir stärken und ausbauen, um auch in jenen Staaten den Klimaschutz voranzubringen, die
1554 derzeit Schlusslicht in der internationalen Klimapolitik sind. Dadurch stärken wir
1555 auch die Zusammenarbeit mit subnationalen Akteuren in allen Ländern und halten die Tür
1556 für Länder wie die USA offen, wenn sie sich zur Rückkehr zum Pariser Abkommen
1557 entscheiden.
- 1558 • Wir setzen uns für ressortübergreifende strategische Partnerschaften mit den großen
1559 Schwellenländern für klimafreundliche Investitionsoffensiven in Mobilität, Energie,
1560 Digitalisierung, nachhaltige Stadtentwicklung und Schlüsselindustrien wie Stahl oder
1561 Zement ein.
- 1562 • Wir werden die Kriterien für die internationale Zusammenarbeit zugunsten
1563 klimaneutraler Investitionen ändern und dafür sorgen, dass jede Art fossiler
1564 Technologie nicht mehr über Exportkredite oder Bürgschaften abgesichert werden kann,
1565 wenn sie nicht im Einklang mit den Zielen von Paris steht. Dies soll auch für
1566 multilaterale sowie nationale Entwicklungsbanken gelten. Mit Schwellenländern,
1567 insbesondere China, wollen wir an der nachhaltigen Ausrichtung von
1568 Infrastrukturinvestitionen arbeiten. Erfahrungen und Techniken für die schnellere
1569 Dekarbonisierung wollen wir mit den Vorreitern unter den Industrienationen
1570 austauschen.
- 1571 • Wir müssen uns in Europa und global dafür einsetzen, dass Klima-Aktivist*innen,
1572 zivilgesellschaftliche Organisationen und Umweltwissenschaftler*innen nicht
1573 kriminalisiert und bedroht werden.
- 1574 • Für das Jahr 2050 werden 100 bis 150 Millionen Menschen auf der Flucht prognostiziert
1575 – allein aufgrund der Klimakrise, wenn sie ungebremst fortschreitet. Wir müssen unsere
1576 humanitäre Hilfe massiv erhöhen, uns auf Katastrophen bedingt durch die Klimakrise
1577 einrichten und uns intensiver mit dem Recht auf Klimaflucht auseinandersetzen. Wir
1578 unterstützen Entwicklungsländer im Rahmen der Agenda 2030 dabei, der Klimakrise
1579 entgegenzuwirken, damit die Menschen ihre Lebensgrundlagen nicht verlieren. Und wir
1580 helfen ihnen dabei, nötige Umsiedlungen durch Klimakatastrophen bewältigen zu können.
- 1581 [1] Laurent Fabius, Chefverhandler der Klimakonferenz in Paris und damaliger französischer
1582 Außenminister
- 1583 [2] Im weiteren Text verkürzt als CO₂.
- 1584 [3] <https://www.scientists4future.org/stellungnahme/fakten/>
- 1585 [4] [https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/2016_2020/2019_09_Brie-
1586 f_Klimakabinett.pdf?__blob=publicationFile&v=5](https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/2016_2020/2019_09_Brief_Klimakabinett.pdf?__blob=publicationFile&v=5)
- 1587 [5] Annahme: Bei einem Temperaturanstieg von maximal 1,75° C und einer Wahrscheinlichkeit
1588 der Zielerreichung von 67 Prozent; mit einer Wahrscheinlichkeit von 40 Prozent sogar 1,5° C
1589 Erderhitzung.

Klimagerechtigkeit und Feminismus: One struggle, one fight!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: WKF Wirtschaft, Klima, Finanzen

Antragstext

- 1 "We can not live in a sustainable world unless all genders and people are being treated
- 2 equally." – Greta Thunberg
- 3 Frauen*, besonders in den Ländern des globalen Südens, sind auf andere Weise von der
- 4 Klimakrise betroffen als Männer* und haben gleichzeitig weniger Einfluss auf und in
- 5 Entscheidungsstrukturen. Um die Klimakrise aufzuhalten brauchen wir aber gerade auch ihre
- 6 Perspektive und ihr Wissen. Frauen* müssen endlich auf allen Ebenen gleichberechtigt
- 7 beteiligt werden. Unsere Kämpfe für Klimagerechtigkeit sind deshalb untrennbar verknüpft mit
- 8 jenen für die Gleichberechtigung aller Geschlechter und sozialer Gerechtigkeit.
- 9 Die globale mittlere Temperatur hat sich bereits um mehr als einen Grad erwärmt und
- 10 ungebremst rasen wir auf eine Welt vier bis sechs Grad heißer zu. Die Klimakrise ist aber
- 11 kein alleiniges Problem der Zukunft. Die Dürrejahre in Europa, die brennenden arktische
- 12 Regionen und Regenwälder des Amazonas zeigen uns: Die Klimakrise ist bereits grausame
- 13 Realität. Sie zerstört die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen und verstärkt die
- 14 global bestehende Ungerechtigkeit massiv. Sie trifft jene als erstes und am stärksten, die
- 15 sie nicht verursacht haben und sich am wenigsten vor den Auswirkungen schützen können.
- 16 Die Auswirkungen der Klimakrise treffen nicht jeden Menschen gleich. Wohnort, staatliche
- 17 Infrastruktur, Wohlstand und Teilhabe an Entscheidungsstrukturen entscheiden sowie die
- 18 Zugehörigkeit zu marginalisierten Bevölkerungsgruppen: Frauen, Lesben, inter, trans und
- 19 nicht-binäre Menschen (FLIT) (1) sind beispielsweise deutlich stärker von den Auswirkungen
- 20 der Klimakrise betroffen als cis Männer* (2). Insbesondere Women of color (3) in Ländern des
- 21 Globalen Südens, sind bereits heute existenziell von den Auswirkungen der Klimakrise
- 22 betroffen. Aber nicht, weil sie "schwächer" sind, sondern aufgrund ihrer Stellung innerhalb
- 23 der Gesellschaft und Familie: Sie haben häufig geringeren Zugang zu Bildungsmöglichkeiten,
- 24 medizinischer Versorgung, Erwerbsarbeit sowie der Möglichkeit Land zu besitzen.
- 25 Besonders Frauen* in ländlichen Regionen sowie Frauen* indigener Gemeinschaften sind
- 26 existenziell von der Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen und von funktionierenden
- 27 Ökosystemen abhängig. Geraten diese unter Druck und kollabieren, verlieren sie ihre
- 28 Lebensgrundlage. Unterernährung als Folge ist für Schwangere oder Stillende Mütter ein
- 29 besonderes Problem. Babys und Kleinkinder, die unter Hunger leiden, merken die Folgen ein
- 30 Leben lang. Als „Teufelskreislauf“ wird so das sich fortsetzende Armutsrisiko beschrieben.
- 31 In den ländlichen Regionen, Beispielsweise in Ugandas, ist es die Aufgabe von Frauen* und
- 32 Mädchen* Wasser zu hollen. Mit den extremeren Dürren werden die Wege länger und den
- 33 Frauen*
- 34 bleibt weniger Zeit für Erwerbsarbeit, den Mädchen* weniger für Bildung und die Zahl der

Schulabbrecherinnen* steigt. Fehlt ihnen eine Schulausbildung, bildet sich auch hier ein Teufelskreislauf der Armut. Die Todesrate von Frauen* bei Extremwetterereignissen wie Sturmfluten ist zudem deutlich höher. Fünfmal mehr Frauen* als Männer starben, als ein Zyklon 1991 Bangladesch traf. Sie warteten zu Hause darauf, dass ihr männlichen Familienmitglieder sie evakuierten – so wie es die Gesellschaft von ihnen erwartete.(4) Frauen* sind auch einer höheren Gefährdung im Falle von Konflikten und auf Fluchtrouten ausgesetzt. Auch der Weltklimarat (IPCC) wies 2013/14 in seinem Fünften Sachstandsbericht auf die hohe Verwundbarkeit von Frauen* im Kontext der Klimakrise hin.

Mit Feminismus die Klimakrise bekämpfen.

Klimagerechtigkeit bedeutet für uns auch, dass Menschen über ihre Zukunft mitbestimmen können und sich repräsentiert fühlen. Frauen* sind derzeit nicht gleichberechtigt in politischen Entscheidungsstrukturen vertreten, die über Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen bestimmen. Besonders Frauen* aus den ländlichen Regionen des globalen Südens sowie von indigenen Gemeinschaften werden kaum gehört. Ihre Perspektiven werden ignoriert.

Gleichzeitig sind global Frauen* an vorderster Front der Klimabewegung zu finden. Vor Ort kämpfen sie, besonders auch indigene Frauen*, gegen zerstörerischen Extraktivismus der fossilen Industrie und nehmen tödliche Repressionen in Kauf. Auf allen Ebenen, in ihren Gemeinden bis zu den UN-Klimakonferenzen, streiten sie laut und engagiert für Klimagerechtigkeit. Sie werden zunehmend auch als einflussreiche Akteurinnen* wahrgenommen,

aber bis zur Augenhöhe ist noch ein weiter Weg. Politische Carearbeit, die viele Frauen* zusätzlich leisten, ist nach wie vor unsichtbar. Zugehört und abgebildet wird in der Öffentlichkeitsarbeit oft erst, wenn es die Informationen nur von ihnen gibt.

Um Klimagerechtigkeit – ein gutes Leben für alle Menschen auf der Erde, auch in der Zukunft – zu erstreiten, wird es also nicht ausreichen die Fossilen Ressourcen im Boden zu lassen. Es geht um viel mehr und wir müssen endlich den Mut haben für eine ehrliche Problemanalyse: Derzeit wird die Zukunft der Menschheit von einem kleinen, primär weiß und männlichen Teil der Weltbevölkerung bestimmt. Patriarchale, kolonial-rassistische gesellschaftliche Strukturen haben global in den letzten Jahrhunderten unsere Gesellschaft und Entscheidungsstrukturen geprägt.

Eine kürzlich erschienene Studie der Organisation Equal Measures 2030 zeigt: Frauen* sind global vor allem in Macht- und Entscheidungspositionen unterrepräsentiert. Auf internationaler Ebene liegt bei den UN-Klimakonferenzen der Anteil von Frauen* zwischen 30 bis 40 %.

Frauen* müssen auf allen politischen Entscheidungsebenen, gesellschaftlichen Strukturen sowie wirtschaftlichen Sektoren gleichberechtigt beteiligt werden, nicht nur weil sie zuerst sowie stärker von der Klimakrise betroffen sind als Männer*, sondern weil sie Wissen und Kompetenzen mitbringen, die wir brauchen um die Klimakrise aufzuhalten.

Die globale Bewegung für Klimagerechtigkeit ist deshalb unteilbar verknüpft mit der Bewegung für Feminismus und wir GRÜNE sehen uns als Teil dieser. Wir fordern konkret:

- Anzuerkennen, dass die Klimakrise bereits für Millionen von Menschen, besonders für Frauen*, grausame Realität ist und wir als Menschen des globalen Norden in der

Verantwortung stehen jetzt mit Sofortmaßnahmen unsere Emissionen drastisch zu reduzieren. Die Grundlage unseres Handelns ist dabei das Pariser Klimaabkommen. Wir werden auf dem weiteren Weg um jedes Zehntel Grad weniger Erderwärmung kämpfen, um das 1,5-Grad-Ziel überhaupt noch irgendwie erreichen zu können.

- Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit, besonders auch in Bezug auf Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen, muss gewährleisten dass Frauen* gleichberechtigt bei der Entwicklung und Umsetzung der Projekte beteiligt werden und die stärkere Betroffenheit von Frauen* von den Auswirkungen der Klimakrise adressiert wird.
- Die Umsetzung des Gender Action Plan (GAP), der zum Ziel hat a) eine gleichberechtigte Partizipation von Frauen* in allen Entscheidungsstrukturen der UN-Klimakonferenz zu erlangen und b) global bei der Umsetzung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen (insbesondere auch im Bereich Klimafinanzien, Technologieentwicklung und Wissenstransfer) sowie Katastrophenschutz "gender-sensitive" Strategien zu entwickeln und Frauen* bei der Ausarbeitung und Umsetzung zentral und gleichberechtigt zu beteiligen.

Patriarchale Strukturen überwinden - global und in Deutschland!

Im Energiesektor in Deutschland, dessen Gestaltung von entscheidender Bedeutung für die Lösung der Klimakrise ist, arbeiten laut des statistischen Bundesamts (2018) unterdurchschnittlich wenige Frauen* und die Chefetagen der Energieunternehmen bleiben zu 88 % mit Männern* besetzt. Gleichzeitig führen gesellschaftliche Rollenzuschreibungen sowie der Genderpaygap hierzulande dazu, dass der CO2-Fußabdruck von Männern* durchschnittlich größer ist als der von Frauen*. (5)

In Deutschland wird Klimaschutzpolitik primär von Männern* für Männer* gemacht. Beispielsweise bei der Frage, wer als Experte* auf dem Podium oder in den Parlamenten sitzt und welche Maßnahmen prioritär gefördert und behandelt werden - E Autos für wenige oder eine barrierearme gut ausgebaute ÖPNV-Infrastruktur für alle. (6)

Bestehende Entscheidungsstrukturen einfach mit mehr Frauen* zu besetzen, wird aber auch wenig Veränderung erbringen, wenn die Entscheidungsstrukturen weiterhin von patriarchalen Machtstrukturen geprägt, undemokratisch und intransparent sind sowie ein Wirtschaftssystem repräsentieren, dass auf der Ausbeutung von Menschen basiert und nicht die planetarischen Grenzen respektiert.

Die Klimakrise ist eine Systemkrise unsere Politik, Gesellschaft sowie unsere Wirtschaft. Damit Menschen in den Ländern des globalen Südens im jetzt sowie zukünftige Generationen auf unserer Erde gut leben können, muss unsere Antwort auf die Klimakrise ein grundlegender Wandel unserer Lebens- und Wirtschaftsweise sein. Dafür brauchen wir das Wissen und Engagement aller Menschen und demokratische Entscheidungsstrukturen, die eine gleichberechtigte Teilhabe aller sicherstellen.

112 Dieser Antrag ist der Auftakt zu einer Diskussion, die wir im nächsten Jahr noch breiter
113 führen möchten

114

115 Quellen und Erklärungen von Begriffen:

116 (1) Frauen*: Frauen* und Männer* sind gesellschaftlich festgelegte Kategorien. Wir benutzen
117 den Genderstar um darauf aufmerksam zu machen und klarzustellen, dass wir die Personen als
118 Frauen* oder Männer* ansehen, die sich als solche identifizieren. Auch wenn die Kategorien
119 nicht naturgegeben sind, sind sie trotzdem oft soziale Realität. Wir werden zu Frauen* oder
120 Männer* erzogen und dementsprechend unterschiedlich behandelt. Da wir in diesem Antrag auf

121 strukturelle Diskriminierung von Frauen*/Weiblichkeit aufmerksam machen wollen, sprechen wir

122 in unserem Antrag vor allem von Frauen*. Wir wollen mit dieser Schreibweise explizit nicht
123 ausdrücken, dass das Wort "Frauen" nicht alle Menschen beschreibt, die ihr Geschlecht so
124 beschreiben. FLIT: Frauen, Lesben, inter, trans und nicht-binäre Menschen. LGBTIQ*: Lesbian,
125 gay, bisexual, transgender/transsexual, intersex and queer/questioning.

126 (2) cis Männer: Cis Personen sind Menschen, die sich mit dem Geschlecht identifizieren, in
127 das sie nach ihrer Geburt eingeordnet wurden. Cis Männer* werden in patriarchal geprägten
128 Gesellschaften Attribute wie Macht zugesprochen und strukturell als Ideal angesehen. Frauen*,
129 inter und trans Personen werden strukturell abgewertet und diskriminiert.

130 (3) Women of color: Frauen*, die von Rassismuserfahrungen betroffen sind. Dieser Begriff ist
131 eine Selbstbezeichnung.

132 (4) https://www.unisdr.org/files/48152_disasterandgenderstatistics.pdf,
133 <https://www.unisdr.org/archive/57348>

134 (5) Ines Weller u.a. (2016): Chancengerechtigkeit im Klimawandel: Eine Handreichung,
135 Bremen/Berlin, Vgl. S. 8.

136 (6) Ulrike Röhr u.a. (2018): Gendergerechtigkeit als Beitrag zu einer erfolgreichen
137 Klimapolitik: Forschungsreview, Analyse internationaler Vereinbarungen, Portfolioanalyse,
138 Dessau-Roßlau, Vgl. S. 51.

Klimagerechtigkeit und Feminismus: One struggle, one fight!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 17.11.2019
Tagesordnungspunkt: WKf Wirtschaft, Klima, Finanzen

Antragstext

- 1 "We can not live in a sustainable world unless all genders and people are being treated
- 2 equally." – Greta Thunberg
- 3 Frauen*, besonders in den Ländern des globalen Südens, sind auf andere Weise von der
- 4 Klimakrise betroffen als Männer* und haben gleichzeitig weniger Einfluss auf und in
- 5 Entscheidungsstrukturen. Um die Klimakrise aufzuhalten brauchen wir aber gerade auch ihre
- 6 Perspektive und ihr Wissen. Frauen* müssen endlich auf allen Ebenen gleichberechtigt
- 7 beteiligt werden. Unsere Kämpfe für Klimagerechtigkeit sind deshalb untrennbar verknüpft mit
- 8 jenen für die Gleichberechtigung aller Geschlechter und sozialer Gerechtigkeit.
- 9 Die globale mittlere Temperatur hat sich bereits um mehr als einen Grad erwärmt und
- 10 ungebremst rasen wir auf eine Welt vier bis sechs Grad heißer zu. Die Klimakrise ist aber
- 11 kein alleiniges Problem der Zukunft. Die Dürrejahre in Europa, die brennenden arktische
- 12 Regionen und Regenwälder des Amazonas zeigen uns: Die Klimakrise ist bereits grausame
- 13 Realität. Sie zerstört die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen und verstärkt die
- 14 global bestehende Ungerechtigkeit massiv. Sie trifft jene als erstes und am stärksten, die
- 15 sie nicht verursacht haben und sich am wenigsten vor den Auswirkungen schützen können.
- 16 Die Auswirkungen der Klimakrise treffen nicht jeden Menschen gleich. Wohnort, staatliche
- 17 Infrastruktur, Wohlstand und Teilhabe an Entscheidungsstrukturen entscheiden sowie die
- 18 Zugehörigkeit zu marginalisierten Bevölkerungsgruppen: Frauen, Lesben, inter, trans und
- 19 nicht-binäre Menschen (FLIT) (1) sind beispielsweise deutlich stärker von den Auswirkungen
- 20 der Klimakrise betroffen als cis Männer* (2). Insbesondere Women of color (3) in Ländern des
- 21 Globalen Südens, sind bereits heute existenziell von den Auswirkungen der Klimakrise
- 22 betroffen. Aber nicht, weil sie "schwächer" sind, sondern aufgrund ihrer Stellung innerhalb
- 23 der Gesellschaft und Familie: Sie haben häufig geringeren Zugang zu Bildungsmöglichkeiten,
- 24 medizinischer Versorgung, Erwerbsarbeit sowie der Möglichkeit Land zu besitzen.
- 25 Besonders Frauen* in ländlichen Regionen sowie Frauen* indigener Gemeinschaften sind
- 26 existenziell von der Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen und von funktionierenden
- 27 Ökosystemen abhängig. Geraten diese unter Druck und kollabieren, verlieren sie ihre
- 28 Lebensgrundlage. Unterernährung als Folge ist für Schwangere oder Stillende Mütter ein
- 29 besonderes Problem. Babys und Kleinkinder, die unter Hunger leiden, merken die Folgen ein
- 30 Leben lang. Als „Teufelskreislauf“ wird so das sich fortsetzende Armutsrisiko beschrieben.
- 31 In den ländlichen Regionen, beispielsweise in Ugandas, ist es die Aufgabe von Frauen* und
- 32 Mädchen* Wasser zu hollen. Mit den extremeren Dürren werden die Wege länger und den
- 33 Frauen* bleibt weniger Zeit für Erwerbsarbeit, den Mädchen* weniger für Bildung und die Zahl der

Schulabbrecherinnen* steigt. Fehlt ihnen eine Schulausbildung, bildet sich auch hier ein Teufelskreislauf der Armut. Die Todesrate von Frauen* bei Extremwetterereignissen wie Sturmfluten ist zudem deutlich höher. Fünfmal mehr Frauen* als Männer starben, als ein Zyklon 1991 Bangladesch traf. Sie warteten zu Hause darauf, dass ihr männlichen Familienmitglieder sie evakuierten – so wie es die Gesellschaft von ihnen erwartete.(4) Frauen* sind auch einer höheren Gefährdung im Falle von Konflikten und auf Fluchtrouten ausgesetzt. Auch der Weltklimarat (IPCC) wies 2013/14 in seinem Fünften Sachstandsbericht auf die hohe Verwundbarkeit von Frauen* im Kontext der Klimakrise hin.

Mit Feminismus die Klimakrise bekämpfen.

Klimagerechtigkeit bedeutet für uns auch, dass Menschen über ihre Zukunft mitbestimmen können und sich repräsentiert fühlen. Frauen* sind derzeit nicht gleichberechtigt in politischen Entscheidungsstrukturen vertreten, - die über Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen bestimmen. Besonders Frauen* aus den ländlichen Regionen des globalen Südens sowie von indigenen Gemeinschaften werden kaum gehört. Ihre Perspektiven werden ignoriert.

Gleichzeitig sind global Frauen* an vorderster Front der Klimabewegung zu finden. Vor Ort kämpfen sie, besonders auch indigene Frauen*, gegen zerstörerischen Extraktivismus der fossilen Industrie und nehmen tödliche Repressionen in Kauf. Auf allen Ebenen, in ihren Gemeinden bis zu den UN-Klimakonferenzen, streiten sie laut und engagiert für Klimagerechtigkeit. Sie werden zunehmend auch als einflussreiche Akteurinnen* wahrgenommen,

aber bis zur Augenhöhe ist noch ein weiter Weg. Politische Carearbeit, die viele Frauen* zusätzlich leisten, ist nach wie vor unsichtbar. Zugehört und abgebildet wird in der Öffentlichkeitsarbeit oft erst, wenn es die Informationen nur von ihnen gibt.

Um Klimagerechtigkeit – ein gutes Leben für alle Menschen auf der Erde, auch in der Zukunft – zu erstreiten, wird es also nicht ausreichen die Fossilen Ressourcen im Boden zu lassen. Es geht um viel mehr und wir müssen endlich den Mut haben für eine ehrliche Problemanalyse: Derzeit wird die Zukunft der Menschheit von einem kleinen, primär weiß und männlichen Teil der Weltbevölkerung bestimmt. Patriarchale, kolonial-rassistische gesellschaftliche Strukturen haben global in den letzten Jahrhunderten unsere Gesellschaft und Entscheidungsstrukturen geprägt.

Eine kürzlich erschienene Studie der Organisation Equal Measures 2030 zeigt: Frauen* sind global vor allem in Macht- und Entscheidungspositionen unterrepräsentiert. Auf internationaler Ebene liegt bei den UN-Klimakonferenzen der Anteil von Frauen* zwischen 30 bis 40 %.

Frauen* müssen auf allen politischen Entscheidungsebenen, gesellschaftlichen Strukturen sowie wirtschaftlichen Sektoren gleichberechtigt beteiligt werden, nicht nur weil sie zuerst sowie stärker von der Klimakrise betroffen sind als Männer*, sondern weil sie Wissen und Kompetenzen mitbringen, die wir brauchen um die Klimakrise aufzuhalten.

Die globale Bewegung für Klimagerechtigkeit ist deshalb unteilbar verknüpft mit der Bewegung für Feminismus und wir Grüne sehen uns als Teil dieser. Wir fordern konkret:

- Anzuerkennen, dass die Klimakrise bereits für Millionen von Menschen, besonders für Frauen*, grausame Realität ist und wir als Menschen des globalen Norden in der Verantwortung stehen jetzt mit Sofortmaßnahmen unsere Emissionen drastisch zu reduzieren. Die Grundlage unseres Handelns ist dabei das Pariser Klimaabkommen. Wir werden auf dem weiteren Weg um jedes Zehntel Grad weniger Erderwärmung kämpfen, um das 1,5-Grad-Ziel überhaupt noch irgendwie erreichen zu können.
- Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit, besonders auch in Bezug auf Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen, muss gewährleisten dass Frauen* gleichberechtigt bei der Entwicklung und Umsetzung der Projekte beteiligt werden und die stärkere Betroffenheit von Frauen* von den Auswirkungen der Klimakrise adressiert wird.
- Die Umsetzung des Gender Action Plan (GAP), der zum Ziel hat a) eine gleichberechtigte Partizipation von Frauen* in allen Entscheidungsstrukturen der UN-Klimakonferenz zu erlangen und b) global bei der Umsetzung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen (insbesondere auch im Bereich Klimafinanzien, Technologieentwicklung und Wissenstransfer) sowie Katastrophenschutz "gender-sensitive" Strategien zu entwickeln und Frauen* bei der Ausarbeitung und Umsetzung zentral und gleichberechtigt zu beteiligen.

Patriarchale Strukturen überwinden - global und in Deutschland!

Im Energiesektor in Deutschland, dessen Gestaltung von entscheidender Bedeutung für die Lösung der Klimakrise ist, arbeiten laut des statistischen Bundesamts (2018) unterdurchschnittlich wenige Frauen* und die Chefetagen der Energieunternehmen bleiben zu 88 % mit Männern* besetzt. Gleichzeitig führen gesellschaftliche Rollenzuschreibungen sowie der Genderpaygap hierzulande dazu, dass der CO2 Fußabdruck von Männern* durchschnittlich größer ist als der von Frauen*. (5)

In Deutschland wird Klimaschutzpolitik primär von Männern* für Männer* gemacht. Beispielsweise bei der Frage, wer als Experte* auf dem Podium oder in den Parlamenten sitzt und welche Maßnahmen prioritär gefördert und behandelt werden - E Autos für wenige oder eine barrierearme gut ausgebaute ÖPNV-Infrastruktur für alle. (6)

Bestehende Entscheidungsstrukturen einfach mit mehr Frauen* zu besetzen, wird aber auch wenig Veränderung erbringen, wenn die Entscheidungsstrukturen weiterhin von patriarchalen Machtstrukturen geprägt, undemokratisch und intransparent sind sowie ein Wirtschaftssystem repräsentieren, dass auf der Ausbeutung von Menschen basiert und nicht die planetarischen Grenzen respektiert.

Die Klimakrise ist eine Systemkrise unsere Politik, Gesellschaft sowie unsere Wirtschaft. Damit Menschen in den Ländern des globalen Südens im jetzt sowie zukünftige Generationen

auf

109 unserer Erde gut leben können, muss unsere Antwort auf die Klimakrise ein grundlegender
110 Wandel unserer Lebens- und Wirtschaftsweise sein. Dafür brauchen wir das Wissen und
111 Engagement aller Menschen und demokratische Entscheidungsstrukturen, die eine
112 gleichberechtigte Teilhabe aller sicherstellen.

113 Dieser Antrag ist der Auftakt zu einer Diskussion, die wir im nächsten Jahr noch breiter
114 führen möchten

115

116 Quellen und Erklärungen von Begriffen:

117 (1) Frauen*: Frauen* und Männer* sind gesellschaftlich festgelegte Kategorien. Wir benutzen
118 den Genderstar um darauf aufmerksam zu machen und klarzustellen, dass wir die Personen als
119 Frauen* oder Männer* ansehen, die sich als solche identifizieren. Auch wenn die Kategorien
120 nicht naturgegeben sind, sind sie trotzdem oft soziale Realität. Wir werden zu Frauen* oder
121 Männer* erzogen und dementsprechend unterschiedlich behandelt. Da wir in diesem Antrag auf

122 strukturelle Diskriminierung von Frauen*/Weiblichkeit aufmerksam machen wollen, sprechen wir

123 in unserem Antrag vor allem von Frauen*. Wir wollen mit dieser Schreibweise explizit nicht
124 ausdrücken, dass das Wort "Frauen" nicht alle Menschen beschreibt, die ihr Geschlecht so
125 beschreiben. FLIT: Frauen, Lesben, inter, trans und nicht-binäre Menschen. LGBTIQ*: Lesbian,
126 gay, bisexual, transgender/transsexual, intersex and queer/questioning.

127 (2) cis Männer: Cis Personen sind Menschen, die sich mit dem Geschlecht identifizieren, in
128 das sie nach ihrer Geburt eingeordnet wurden. Cis Männer* werden in patriarchal geprägten
129 Gesellschaften Attribute wie Macht zugesprochen und strukturell als Ideal angesehen. Frauen*,
130 inter und trans Personen werden strukturell abgewertet und diskriminiert.

131 (3) Women of color: Frauen*, die von Rassismuserfahrungen betroffen sind. Dieser Begriff ist
132 eine Selbstbezeichnung.

133 (4) https://www.unisdr.org/files/48152_disasterandgenderstatistics.pdf,
134 <https://www.unisdr.org/archive/57348>

135 (5) Ines Weller u.a. (2016): Chancengerechtigkeit im Klimawandel: Eine Handreichung,
136 Bremen/Berlin, Vgl. S. 8.

137 (6) Ulrike Röhr u.a. (2018): Gendergerechtigkeit als Beitrag zu einer erfolgreichen
138 Klimapolitik: Forschungsreview, Analyse internationaler Vereinbarungen, Portfolioanalyse,
139 Dessau-Roßlau, Vgl. S. 51.

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 17.11.2019
Tagesordnungspunkt: WKf Wirtschaft, Klima, Finanzen

Antragstext

- 1 Die Klimakrise führt zu einschneidenden Veränderungen in der Welt – schon heute. Für
- 2 Millionen von Menschen weltweit ist die Erderwärmung längst kein theoretisches Phänomen
- 3 mehr. Tagtäglich erleben sie die Zerstörung ihrer Gegenwart. Klimakrise bedeutet für sie
- 4 Wüstenbildung, Ernteverlust, Versalzung der Böden, Wasserknappheit, Überschwemmung oder
- 5 Hitzewelle. Extreme Wetterereignisse nehmen zu, Ökosysteme und Lebensgrundlagen werden
- 6 zerstört, Hunger und Armut verschärft.
- 7 Klimakrise, das ist aber auch der unermessliche Verlust von sicherem Zuhause, von Heimat,
- 8 von jahrtausendealten Kulturgütern. Die Zahl der Vertriebenen durch klimabedingte Ereignisse
- 9 hat sich seit den 70er-Jahren vervierfacht. Heute werden innerstaatlich mehr Menschen durch
- 10 umweltbedingte Katastrophen wie Fluten und Stürme als durch Gewalt und Konflikte vertrieben.
- 11 Das Internal Displacement Monitoring Centre geht in der Zeit von 2008 bis 2017 von
- 12 durchschnittlich mehr als 24 Millionen erstmals Vertriebenen pro Jahr aus. Tendenz:
- 13 steigend.
- 14 Mit der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens im Jahr 2015 und der Verabschiedung des
- 15 Regelbuches in Kattowitz hat die Staatengemeinschaft die Klimakrise als gemeinsame, globale
- 16 Herausforderung anerkannt und sich darauf verständigt, die Erderwärmung auf unter zwei Grad
- 17 Celsius und möglichst unter 1,5 Grad Celsius bis 2100 zu beschränken. Expert*innen zufolge
- 18 befinden wir uns momentan auf dem Weg hin zu einer Erderwärmung von mindestens 3,2 Grad
- 19 gegenüber vorindustrieller Zeit. Zahlreiche Schätzungen liegen deutlich höher. Bereits zwei
- 20 Grad Erderwärmung würden derweil ausreichen, um ganze Staaten wie das im Pazifik liegende
- 21 Tuvalu komplett verschwinden zu lassen.
- 22 Als – historisch wie aktuell – Hauptmitverursacher der Erderwärmung und als weltweit
- 23 einflussreiche Multiplikatoren kommt es vor diesem Hintergrund ganz entscheidend auf
- 24 Deutschland und die Europäische Union an. Die eigene, ambitionierte Umsetzung des Pariser
- 25 Klimaabkommens und der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung müssen oberste Priorität
- 26 erlangen. Wir müssen mit bestem Beispiel vorangehen, internationaler Vorreiter im
- 27 Klimaschutz werden und die globale Nachhaltigkeitsagenda spürbar beschleunigen. Das jüngst
- 28 verabschiedete, völlig unzureichende „Klimapaket“ und der erschreckende Mangel greifbarer
- 29 Ergebnisse im Rahmen des letzten High Level Political Forum zur Umsetzung der nachhaltigen
- 30 Entwicklungsziele haben erneut gezeigt: Die aktuelle Bundesregierung wird dem nicht
- 31 ansatzweise gerecht.
- 32 Dabei wird das Zeitfenster, in dem wir noch gegensteuern können, um die schlimmsten Folgen
- 33 der Klimakrise abzumildern, bedrohlich klein. Wir bleiben deshalb dabei: Deutschland muss
- 34 eine umfassende Kehrtwende in allen Sektoren einleiten, ein besonderes Augenmerk auf

35 Politikkohärenz und strukturelle Reformen legen – und auf den Kurs zur Einhaltung der
36 Pariser Klimaziele und der Nachhaltigkeitsziele einlenken.
37 Selbst im besten Fall aber – wenn also die Emissionen drastisch reduziert werden sollten –
38 werden weiterhin und vermehrt Menschen im Kontext der Klimakrise ihr bisheriges Zuhause
39 verlassen müssen, um überleben zu können. Entsprechend ist und bleibt es zwar
40 selbstverständlich unsere Priorität, die Klimakrise mit allen Mitteln einzudämmen und dafür
41 zu sorgen, dass möglichst wenige Menschen ihre bisherige Heimat überhaupt verlassen
müssen.
42 Letzten Endes ist es aber auch unsere Aufgabe und Verantwortung als Industriestaaten, eine
43 Antwort auf die Phänomene klimabedingter Migration und Flucht zu geben.

44 **Global gerecht handeln, Menschenrechte schützen**

45 In vielfacher Hinsicht ist die Klimakrise eine Krise der globalen Gerechtigkeit: Während
46 sich auch bei uns die extremen Wetterereignisse verdichten, trifft die Klimakrise in erster
47 Linie den globalen Süden – und damit just jene Regionen dieses Planeten, die historisch
48 betrachtet am wenigsten zur Erderwärmung beigetragen haben. In den betroffenen Regionen
49 wiederum sind besonders jene betroffen, deren Existenz auf natürlichen Ressourcen beruht und
50 die die geringsten Möglichkeiten haben, sich vor Naturgefahren zu schützen oder auf
51 klimatische Veränderungen zu reagieren: Frauen, Kinder, Minderheiten.

52 Dabei wirkt die Klimakrise nicht nur unmittelbar auf die Lebensrealität vor Ort ein, sondern
53 verschärft bereits bestehende Probleme zum Teil erheblich. Konflikte um immer knappere
54 Ressourcen nehmen zu. Elementare Menschenrechte wie das Recht auf Nahrung, Wasser,
Wohnen,
55 Bildung, Gesundheit, eine saubere Umwelt und ein Leben in Würde – Menschenrechte also, die
56 im globalen Süden ohnehin unter besonderem Druck stehen – werden infolge der Klimakrise
57 zunehmend verletzt.

58 Der klimapolitische Stillstand der Industrienationen ist somit auch deshalb nicht weiter
59 hinnehmbar, da der Status Quo zu einer steten Verletzung universeller Menschenrechte in
60 anderen Teilen der Welt führt. Im Umkehrschluss sind die konsequente, gender-responsive und
61 inklusive Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und der Agenda 2030 für nachhaltige
62 Entwicklung nicht nur klima- oder entwicklungspolitisch geboten – sondern Ausdruck
63 historischer Verantwortung, globaler Gerechtigkeit und des Menschenrechtsschutzes zugleich.

64 Mit dem Pariser Klimaabkommen haben wir uns dem Ziel der Klimagerechtigkeit verpflichtet.
65 Auf Grundlage „gemeinsamer, aber unterschiedlicher Verantwortlichkeiten“ wurde vereinbart,
66 dass Länder mit großem ökologischem Fußabdruck entsprechend Verantwortung übernehmen
und mit

67 den Ländern des globalen Südens nach gemeinsamen Lösungen suchen. Die konsequente
68 Implementierung der vereinbarten Maßnahmen ist also bei Weitem kein Almosen. Vielmehr
stehen

69 wir – historisch, aber auch vertraglich – in der Verantwortung für Weltzusammenhänge, die
70 wir mitverursacht haben und weiterhin mit verursachen.

71 Das bedeutet dann auch, aktiv die Einhaltung und den Schutz der Menschenrechte einzufordern

72 und zu verteidigen. Beides nämlich – der Schutz der Menschenrechte und der Einsatz gegen die
73 Klimakrise – sind zwei Seiten derselben Medaille, führt die Klimakrise doch ebenso zu

74 Menschenrechtsverletzungen wie letztere die Anpassung an die Klimakrise erschweren. Die
 75 Kriminalisierung von Menschen- und nicht zuletzt Frauenrechtsverteidiger*innen weltweit
 76 erfordert eine gleichsam deutliche und spürbare Reaktion der internationalen
 77 Staatengemeinschaft wie die systematische Verfolgung der derzeit besonders gefährdeten
 78 Landrechts- und Umweltaktivist*innen.

79 Natürlicherweise kommt vor diesem Hintergrund dem UN-Menschenrechtsrat sowie
 bestehenden UN-
 80 Sonderberichterstatte*innen – für Umwelt und Menschenrechte, für die Menschenrechte von
 81 Migrant*innen, für die Menschenrechte von Binnenvertriebenen – eine entscheidende Rolle zu.
 82 Wir setzen uns dafür ein, dass Menschenrechtsverstöße im Kontext der Klimakrise nicht
 83 zuletzt auf UN-Ebene noch sehr viel stärker in den Fokus rücken, genauer klassifiziert und
 84 menschenrechtliche Entwicklungen im Kontext klimabedingter Migration und Flucht gezielter
 85 beobachtet werden.

86 Zugleich setzen wir uns für eine völkerrechtliche Verankerung der UN-Leitprinzipien für
 87 Wirtschaft und Menschenrechte ein. Der bisherige Ansatz, auf unternehmerische
 88 Selbstverpflichtung zu setzen, ist gescheitert. Eine wirksame Ausrichtung globaler
 89 Produktions- und Lieferprozesse auf die strikte Einhaltung der völkerrechtlich verbrieften
 90 Menschenrechte – inklusive der Menschenrechte dritter Generation, insbesondere des Rechts
 91 auf eine saubere Umwelt – setzt ein verbindliches UN-Rahmenwerk voraus. Vor diesem
 92 Hintergrund bietet insbesondere der Binding-Treaty-Prozess auf Ebene der Vereinten Nationen
 93 die konkrete Chance, ein globales und rechtsverbindliches Abkommen zu erreichen. Diesen
 94 Prozess wollen wir unterstützen.

95 **Resilienzaufbau und Anpassungsmaßnahmen verstärken, Schäden und Verluste kompensieren**

96 Mit dem Pariser Klimaabkommen und der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung haben sich
 97 Deutschland und andere Industrienationen dazu verpflichtet, die Gefahren für die
 98 verletzlichsten Menschen abzuwenden und deren Widerstandskraft gegen die Erderwärmung
 99 stärken zu helfen. Das bedeutet, von der Klimakrise besonders betroffene Länder technisch
 100 wie finanziell zu unterstützen und sie nicht mit den Folgen der Erderwärmung allein zu
 101 lassen. Deutschland und die Europäische Union sollten sich international dafür stark machen,
 102 dass den vom Klimawandel betroffenen Menschen in ihren Heimatländern eine umfangreiche
 103 internationale Unterstützung zur Anpassung an den Klimawandel und eine gerechte
 Kompensation
 104 für entstandene Schäden zukommt.

105 Die für die internationale Klimafinanzierung von den Industrieländern in Kopenhagen
 106 zugesagten 100 Milliarden US-Dollar jährlich ab 2020 decken nicht annähernd die bestehenden
 107 und zu erwartenden Bedarfe – umso mehr, als ausdrücklich nur Klimaschutz- und
 108 Anpassungsmaßnahmen inbegriffen sind, der Ausgleich von Schäden und Verlusten (Loss and
 109 Damage) aber nicht. Wir setzen uns dafür ein, dass die 100 Milliarden US-Dollar nicht nur
 110 sichergestellt, sondern aufgestockt werden, explizit auch für Maßnahmen zur Prävention und
 111 Reduktion klimabedingter Vertreibung. Den deutschen Beitrag zur internationalen
 112 Klimafinanzierung wollen wir dabei gemäß Verursacherprinzip auf den fairen Anteil von rund
 113 zehn Prozent anheben und aus öffentlichen Mitteln erbringen, mit denen dann auch weitere
 114 private Mittel mobilisiert werden können. Vor diesem Hintergrund plädieren wir dafür, die
 115 Ausgaben für internationale Klimafinanzierung um jährlich 800 Millionen Euro sowie die

116 weiteren Ausgaben für offizielle Entwicklungszusammenarbeit (ODA) um jährlich 1,2 Milliarden
117 Euro zu erhöhen, bis das jahrzehntealte Versprechen, mindestens 0,7 Prozent der
118 Wirtschaftsleistung für globale Entwicklung auszugeben, endlich erfüllt ist. Danach wollen
119 wir die Klimagelder weiter anwachsen lassen mit dem Ziel, die Zusätzlichkeit der Zusagen zur
120 internationalen Klimafinanzierung gegenüber dem 0,7-Prozent-Ziel mittelfristig
121 sicherzustellen. Wir richten diese Gelder strikt an den nachhaltigen Entwicklungszielen der
122 Vereinten Nationen aus.

123 Zum Ausgleich von Schäden und Verlusten – zum Beispiel auch bei Umsiedlungen im Rahmen
124 klimabedingter Migrationsbewegungen – unterstützen wir die Idee eines globalen
125 Verursacherfonds zur fairen Lastenverteilung. Vorschläge einschlägiger Expert*innen zu
126 dessen teilweisen Finanzierung reichen von einer Climate Damages Tax über eine international
127 erhobene Abgabe auf Flugtickets bis hin zum anteiligen Ertrag aus Steuern auf CO₂,
128 Finanztransaktionen oder Vermögen. Entsprechende Debatten gehen nur schleppend voran;
auch
129 die Bundesregierung agiert, gemessen an der tatsächlichen Dringlichkeit, sträflich
130 zurückhaltend. Das wollen wir ändern. Wir wollen, dass sich Deutschland proaktiv an einer
131 zielgerichteten Debatte über die Einrichtung eines globalen Verursacherfonds, über dessen
132 Ausmaß, über eine Beitragsgewichtung gemäß Verursacherprinzip sowie über mögliche
133 Finanzierungsinstrumente beteiligt. Spürbarer Fortschritt auf diesem komplexen Gebiet ist
134 überfällig und dürfte entscheidend sein für die Frage, ob wir es als internationale
135 Staatengemeinschaft schaffen, die Erderwärmung nicht nur drastisch einzudämmen, sondern
136 unsere globale Antwort auf die Klimakrise solidarisch und gerecht auszugestalten.

137 Ebenso wird es darauf ankommen, effektiven Rechtsschutz für diejenigen zu ermöglichen, die
138 durch die Folgen der Klimakrise konkrete Schäden und Verluste erleiden – insbesondere,
139 solange die Verursacherstaaten selbst keine ausreichenden finanziellen Mittel für den Umgang
140 mit Loss and Damage zur Verfügung stellen. Deshalb setzen wir uns für die Stärkung des
141 Rechtswegs und des Instruments der Klimaklagen ein. Auch wollen wir die Debatte um
142 Klimarisikoversicherungen aktiv vorantreiben und dazu beitragen, diese gemäß
143 Verursacherprinzip auszugestalten und in ein breiteres Konzept zur Risikominimierung
144 einzubetten.

145 Schließlich wollen wir im Rahmen von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe
146 gezielt Risikoregionen auf klimatische Veränderungen und den Katastrophenfall vorbereiten
147 helfen. Unter anderem wollen wir in Frühwarnsysteme investieren und Partnerländer dabei
148 unterstützen, die Schaffung eines erhöhten Bewusstseins für umwelt- und klimapolitische
149 Belange im Bildungs- und Ausbildungswesen voranzutreiben. Außerdem setzen wir uns dafür
ein,
150 dass Maßnahmen zur Risikominderung in den jeweiligen nationalen Systemen verankert und mit
151 wirksamen Rechtsvorschriften untermauert werden.

152 **Migration, Flucht und Vertreibung im Kontext der Klimakrise**

153 Selbst, wenn wir es schaffen sollten, die Ziele von Paris vollumfänglich einzuhalten, bleibt
154 die Erderwärmung eine Realität. Menschen werden gezwungen sein, umzusiedeln – weil ihr
Boden
155 vertrocknet, weil durch den steigenden Meeresspiegel ihre Häuser unterspült werden, weil der
156 nahegelegene Staudamm unter der Last der schmelzenden Gletscher zu bersten droht. Die

157 Internationale Organisation für Migration (IOM) definiert klimabedingte Migrant*innen vor
158 diesem Hintergrund als „Personen oder Personengruppe, die aufgrund plötzlicher oder
159 fortschreitender deutlicher Veränderungen der ihr Leben beeinflussenden Umwelt- und
160 Lebensbedingungen gezwungen sind oder sich veranlasst sehen, ihre Heimat zu verlassen, sei
161 es zeitweise oder permanent, und die sich innerhalb ihres Heimatlandes oder über dessen
162 Grenzen hinaus bewegen“.

163 Wie viele Menschen letztlich betroffen sein werden, ist schwer zu erfassen. Aktuelle
164 Schätzungen variieren stark. Denn erstens wissen wir nicht, wie hoch die Erderwärmung
165 letztlich ausfallen wird. Zweitens hängt vieles davon ab, wie verletzlich Menschen im
166 jeweiligen Einzelfall gegenüber Klimaveränderungen sind – und wie gut sie sich daran
167 anpassen können. Drittens erfolgt Migration, so es denn tatsächlich dazu kommt, in den
168 seltensten Fällen aus nur einem, trennscharf zu ermittelndem Grund. Persönliche Erwägungen,
169 Umweltaspekte und die Klimakrise stehen in einem komplexen Verhältnis zueinander. Umwelt-
170 und Klimaveränderungen verlaufen oft schleichend, was die Ermittlung einer konkreten
171 Kausalität weiter erschwert. Und es muss auch nicht jede Entscheidung, sein Zuhause zu
172 verlassen, endgültig sein. Kurzum: Klimabedingte Migration ist ein komplexer Prozess.

173 Entsprechend unterschiedlich sind aktuelle Modellrechnungen. Die jüngste Studie des UN-
174 Klimarats (IPCC) geht davon aus, dass selbst beim Erreichen des zwei-Grad-Ziels bis zum Jahr
175 2050 bis zu 280 Millionen Menschen vertrieben werden, innerhalb ihres jeweiligen Landes und
176 über die Grenzen hinaus. Die Weltbank wiederum geht in ihrer Groundswell-Studie aus dem
Jahr
177 2018 von einem Szenario von 140 Millionen klimabedingt Vertriebenen allein in Sub-Sahara-
178 Afrika, Südasien und Südamerika bis 2050 aus. Allerdings legt sie auch dar, dass circa 80
179 Prozent der Vertreibung durch ambitionierte Minderung und Anpassung vermeidbar seien. In
180 jedem Fall wird es darauf ankommen, die bestehenden Datenlücken auf dem Gebiet der
181 klimabedingten Migration, Flucht und Vertreibung bestmöglich zu schließen und entsprechende
182 Forschungsvorhaben zu unterstützen – gerade auch mit Blick auf komplexe Phänomene wie
183 Migrationsbewegungen infolge schleichender Umweltveränderungen. Dafür machen wir uns
stark.

184 Gleichzeitig gibt es Situationen, die sich deutlich klarer darstellen lassen. Insbesondere
185 die Bewohner*innen tiefergelegener Inselstaaten, vor allem im Pazifik, sind mit der
186 Notwendigkeit einer mittelfristigen Umsiedlung sehr direkt konfrontiert. Erderwärmung
187 bedeutet für sie nicht nur den Verlust von materiellen Gütern und Staatsgebiet, womöglich
188 gar von de facto oder de jure Staatsangehörigkeit; die Klimakrise wird mit allerhöchster
189 Wahrscheinlichkeit auch hohe finanzielle Kosten verursachen – und die Aufgabe von heiligem
190 Land und traditioneller Lebensweise, von Kultur und Souveränität bewirken. All das gilt es,
191 frühzeitig und planbar anzugehen. Das Unvermeidbare wird nicht vermieden werden, indem wir
192 uns einer vorausschauenden Reaktion verweigern.

193 Die Unterscheidung und Analyse unterschiedlicher Formen klimawandelbedingter
194 Wanderungsbewegungen jedenfalls sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass wir adäquate
195 Instrumente und Politiken entwerfen. Insbesondere wird es darauf ankommen, dass wir
196 Möglichkeiten vorausschauender Planung für die Betroffenen schaffen; dass diese also
197 selbstbestimmt und frühzeitig über eine mögliche Umsiedlung entscheiden können; dass es
aber
198 auch Orte gibt, an denen sie sich niederlassen können. Andererseits wird es natürlich auch

199 zu Situationen plötzlicher Flucht im Kontext der Klimakrise kommen, nach Stürmen oder
 200 Überschwemmungen zum Beispiel – die erwiesenermaßen durch die Klimakrise verstärkt oder
 201 beschleunigt werden.

202 Erste konkrete Fallbeispiele unterstreichen vor diesem Hintergrund die Komplexität und
 203 Vielschichtigkeit klimabedingter Migration, Flucht und Vertreibung. In Äthiopien
 204 beispielsweise spricht das Auswärtige Amt von fast drei Millionen Binnenvertriebenen.
 205 Darunter seien nach Schätzungen rund eine halbe Million aufgrund von klimatischen Faktoren,
 206 primär infolge anhaltender Dürre geflohen. Andere Expert*innen gehen hingegen von circa 1,4
 207 Millionen Menschen aus, die im Kontext der Klimakrise vertrieben wurden.

208 In jedem Fall wirkt die Klimakrise in Äthiopien wie ein Multiplikator bereits bestehender
 209 Probleme und Konflikte; sie interagiert mit anderen Faktoren auf vielfache Weise und führt
 210 zu wechselseitiger Verstärkung. Nichtstun ist keine Option. Die internationale Gemeinschaft,
 211 allen voran die Industriestaaten müssen Antworten finden auf Fragen von Verantwortlichkeit
 212 und Schutzbedarfen, von globaler Gerechtigkeit, von völkerrechtlichen Handlungsoptionen. Wir
 213 wollen uns dieser Mammutaufgabe stellen.

214 **Bestehende internationale Prozesse unterstützen, Ownership und Koordinierung sicherstellen**

215 Im Bereich der klimabedingten Migration, Flucht und Vertreibung bestehen international
 216 bereits unterschiedlichste politische Prozesse, Plattformen und Mechanismen. Innerhalb der
 217 internationalen Klimaarchitektur gibt es den Warschau-Mechanismus für Verluste und Schäden,
 218 der im Rahmen der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) eine Taskforce on Displacement
 eingerichtet

219 hat. Diese hat erste Empfehlungen schon vorgelegt. Ein Mitglied der Taskforce wiederum ist
 220 die Platform on Disaster Displacement als eine staatengeleitete Plattform mit Sitz in Genf,
 221 die mit verschiedenen Stakeholdergruppen mögliche Lösungsansätze im Bottom-up-Verfahren
 222 entwickelt sowie zur Verbesserung der globalen Datenlage und -analyse beiträgt. Sie hat sich
 223 insbesondere der Förderung des Austauschs bestehender guter Praktiken zwischen beteiligten
 224 Staaten und Akteur*innen verschrieben, die Katastrophenvertriebenen bereits seit Jahren
 225 freiwillig und basierend auf solidarisch-humanitären Erwägungen grenzüberschreitend
 Aufnahme

226 und Schutz gewähren. Dabei treibt die Plattform die Umsetzung der Empfehlungen der Agenda
 227 for the Protection of Cross-Border Displaced Persons in the Context of Disaster and Climate
 228 Change, also der Nansen-Schutzagenda international voran und setzt sich beispielsweise dafür
 229 ein, dass deren Ansätze in internationalen Verträgen verankert werden.

230 Wir werten es als großen Fortschritt, dass im Dezember 2018 der Komplex klimabedingter
 231 Migration, Flucht und Vertreibung im Globalen Pakt für sichere, geordnete und reguläre
 232 Migration sowie im Globalen Pakt für Flüchtlinge aufgenommen wurde. Bedauerlicherweise
 233 bleibt die Umsetzung dieser Vereinbarungen für die Vertragsstaaten nur freiwillig, der
 234 internationale Wille dazu zögerlich. Wir sprechen uns für eine konsequente Implementierung
 235 und eine angemessene finanzielle wie strukturelle Unterstützung auch durch die deutsche
 236 Bundesregierung aus.

237 Eines jedenfalls ist offenkundig: Es wird den einen großen internationalen Wurf zum Umgang
 238 mit klimabedingter Migration, Flucht und Vertreibung auf absehbare Zeit nicht geben. Wir
 239 machen uns deshalb dafür stark, dass Deutschland bestehende Arbeitsprozesse nach Kräften

240 politisch und finanziell unterstützt, sich gegenüber anderen Staaten insbesondere aus dem
241 Kreis der Industrieländer für diese Prozesse einsetzt, deren enge Anbindung an
242 Zivilgesellschaft und Forschung sicherstellt sowie gemeinsam mit möglichst vielen weiteren
243 Staaten bislang erarbeitete Empfehlungen und bestehende effektive Praktiken tatsächlich auch
244 umsetzt. Unter anderem wollen wir die Empfehlungen aus dem Globalen Pakt für sichere,
245 geordnete und reguläre Migration sowie dem Globalen Pakt für Flüchtlinge auf nationaler wie
246 europäischer Ebene vorantreiben. Auch die Empfehlungen der Taskforce on Displacement
wollen
247 wir aufgreifen und in nationale wie europäische Politik integrieren.

248 Sämtliche Projekte und Politiken zum Schutz von klimabedingt Vertriebenen müssen dabei
einem
249 menschenrechtsbasierten, partizipativen Ansatz folgen und die Rechte der besonders
250 verletzlichen Menschen sicherstellen. Gerade weil Frauen und Mädchen, marginalisierte
251 Gruppen und nicht zuletzt Indigene auf besondere Weise von der Klimakrise betroffen sind,
252 wollen wir ihnen eine Schlüsselfunktion in der Bewältigung zukommen lassen. Durch ihre
253 Lebenssituation sind sie oft die Ersten, die sich anpassen müssen, entwickeln das
254 entsprechende Wissen und Können – was sie zu Expert*innen und Gestalter*innen eines
255 nachhaltigen Wandels werden lässt.

256 Auf dem Weg hin zu Lösungsansätzen ist auch die Selbstbestimmung der betroffenen Staaten
257 essentiell. Der überwiegende Teil klimabedingter Migration, Flucht und Vertreibung findet
258 jeweils innerhalb eines betroffenen Landes oder in der Region statt. Umso zentraler wird es
259 sein, alle Debatten und Verhandlungen über eine vorausschauende und planbare Umsiedlung,
260 über Versorgung und Integration, über regionale Lösungsansätze und Mechanismen gemeinsam
mit
261 den Betroffenen zu führen, Ownership sicherzustellen und die notwendige Finanzierung
262 gemeinsam zu garantieren.

263 Zugleich finden auch innerhalb und zwischen den einzelnen Arbeitsprozessen grundlegende
264 Überlegungen statt, wie sich die vielen Multi-Stakeholder-Prozesse auf den unterschiedlichen
265 Ebenen noch kohärenter koordinieren ließen. Dieses Ansinnen unterstützen wir ausdrücklich.
266 Nicht etwa im Widerspruch zum bestehenden Bottom-up-Ansatz; auch nicht, um einzelne
267 Initiativen institutionell zu binden; sehr wohl aber mit dem Ziel, dem Bereich
268 klimabedingter Vertreibung die notwendige Aufmerksamkeit zu verschaffen sowie
perspektivisch

269 internationales Engagement und staatliche Verbindlichkeit auf Ebene aller
270 Unterzeichnerstaaten der UN-Klimarahmenkonvention zu steigern. Vor diesem Hintergrund
machen

271 wir uns dafür stark, die Themenkomplexe „Schäden und Verluste“ sowie „klimabedingte
272 Migration, Flucht und Vertreibung“ – und damit die Arbeit der Taskforce on Displacement im
273 Rahmen der UNFCCC-Architektur – systematisch und in angemessenem Umfang auf der
Tagesordnung

274 der jährlichen UN-Klimakonferenzen zu verankern. Auch unterstützen wir die unter anderem von

275 der Plattform on Disaster Displacement geäußerte Idee, die Koordinierung innerhalb der
276 Vereinten Nationen sowie zwischen deren Agenturen zusätzlich durch die Einberufung eines
277 Sonderbeauftragten (Special Representative) beziehungsweise eines Sonderberaters (Special

278 Advisor) für klimabedingte Migration, Flucht und Vertreibung in der Struktur des UN-
 279 Generalsekretariats zu verbessern.

280 **Klimabedingte Migration: sicher, selbstbestimmt, planbar**

281 Der Umgang mit Migration wird in Zeiten der Klimakrise zu einem ethischen Prüfstein für die
 282 internationale Staatengemeinschaft. Was für Migration im Allgemeinen gilt, gilt auch im
 283 Kontext der Klimakrise: Wir müssen Wege eröffnen, klimabedingte Migration sicher,
 284 selbstbestimmt und möglichst planbar zu gestalten. Ganz im Sinne von Artikel 13 der
 285 Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte setzen wir uns dafür ein, dass umweltinduzierte
 286 beziehungsweise klimabedingte Migration rechtzeitig, würdevoll, selbstbestimmt, sicher und
 287 vor allem legal ermöglicht wird – und dass den Betroffenen das Recht garantiert wird,
 288 innerhalb ihres Landes, in der Region und gegebenenfalls über die eigene Region hinaus
 289 umzusiedeln.

290 Die Umsetzung des Globalen Paktes für sichere, geordnete und reguläre Migration ist da ein
 291 wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Insgesamt müssen sich Deutschland und Europa
 292 deutlich stärker engagieren – bilateral ebenso wie im Rahmen internationaler Kooperationen.
 293 Unter anderem haben wir deshalb ein Konzept für ein modernes Einwanderungsrecht mit
 294 Punktesystem vorgelegt und sprechen uns für eine vereinfachte, gegebenenfalls auch
 temporäre
 295 Arbeitsmigration aus – grundlegend und im Kontext der Klimakrise.

296 Die internationale Staatengemeinschaft muss sich darauf einigen, wie sie mit dem erwartbaren
 297 Verlust ganzer Staatsgebiete umzugehen gedenkt. Wir machen uns dafür stark, dass
 298 entsprechende Debatten und Verhandlungen mit deutlich mehr Nachdruck geführt werden als
 299 bislang. Natürlich wird es auch hier darauf ankommen, eine frühzeitige und selbstbestimmte
 300 Umsiedlung zu ermöglichen. Aber es geht um viel mehr. Wenn absehbar ist, dass beispielsweise

301 Inselstaaten im Pazifik vollständig verschwinden, müssen wir dringend festlegen, welche
 302 Konsequenzen daraus für die Gewässerhoheit entstehen, insbesondere aber, ob die bisherigen
 303 Bewohner*innen automatisch auch ihre Staatsangehörigkeit verlieren – und welche
 304 völkerrechtlichen Folgen das für sie und ihren Schutzanspruch mit sich bringt. Für uns hat
 305 es dabei oberste Priorität, dafür Sorge zu tragen, dass Staatenlosigkeit de facto und de
 306 jure verhindert wird.

307 Vor diesem Hintergrund wollen wir auch die Idee eines Klimapasses auf nationaler,
 308 europäischer und internationaler Ebene vorantreiben, dessen individueller Ansatz den
 309 Betroffenen ermöglicht, selbstbestimmt über ihre Migration zu entscheiden. Konkret böte der
 310 Klimapass von der Erderwärmung existenziell bedrohten Personen die Option, Zugang zu Schutz

311 und letztlich staatsbürgergleichen Rechten in weitgehend sicheren Ländern zu erlangen – in
 312 der Region, in Europa und weltweit. In einer ersten Phase sollte der Klimapass den
 313 Bevölkerungen kleiner Inselstaaten, deren Staatsgebiet durch den Klimawandel unbewohnbar
 314 werden wird, angeboten werden – um ihnen eine frühzeitige Umsiedlung in Würde zu
 ermöglichen

315 und dem Verlust grundlegender Rechte vorzubeugen. Als Aufnahmeländer stehen insbesondere
 316 Staaten mit historisch oder gegenwärtig hohen Treibhausgasemissionen und somit großem
 Anteil

317 an der Erderwärmung in der Verantwortung.

318 Regionale Lösungsansätze müssen gestärkt sowie technisch und finanziell unterstützt werden,
 319 bis hin zu lokalen Vereinbarungen über Mobilität und Rechtsschutz von Saisonarbeiter*innen,
 320 Nomad*innen oder Viehtreiber*innen. Da es häufig Frauen und Kinder sowie Alte sind, die in
 321 sozioökonomisch unterversorgten Regionen zurückbleiben, sollten sich auch Deutschland und
 322 die Europäische Union im Rahmen ihrer Programme zur Stärkung von Anpassung und Resilienz
 323 gezielt für alternative Einkommensmöglichkeiten und entsprechende Fortbildungsmaßnahmen
 324 stark machen.

325 **Klimabedingte Flucht: Versorgung sicherstellen, Schutzlücken schließen**

326 Schon heute trägt die Klimakrise dazu bei, dass die Konkurrenz um knappe Ressourcen
 zunimmt,
 327 bestehende Konflikte befeuert oder neue ausgelöst werden. Dadurch können Situationen
 328 entstehen, die einer Verfolgung im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention entsprechen – und
 329 damit internationales Asylrecht begründen.

330 Zugleich nehmen Naturkatastrophen wie Fluten und Stürme in Intensität, Ausmaß und
 Häufigkeit

331 zu – auch infolge der Klimakrise. Der Zusammenhang zu Erderwärmung und Klimakrise ist
 332 komplex, aber wissenschaftlich anerkannt. Menschen aber, die vor plötzlichen
 333 Extremwetterereignissen fliehen, sei es nun temporär oder dauerhaft, fallen bislang in eine
 334 völkerrechtliche Schutzlücke. Insgesamt fällt im Kontext der Klimakrise nur ein Bruchteil
 335 der Fluchtbewegungen unter den etablierten Schutz der Genfer Flüchtlingskonvention. Das
 336 entsprechende Vakuum müssen wir dringend auf anderem Wege füllen.

337 Mit Blick auf die Situation von Binnenvertriebenen machen wir uns vor diesem Hintergrund für
 338 die konsequente Umsetzung der UN-Leitlinien betreffend Binnenvertreibung (Guiding Principles
 339 on Internal Displacement) stark, die ausdrücklich auch Fälle von „natürlichen oder vom
 340 Menschen verursachten Katastrophen“ und damit auch Extremwetterereignisse abdecken – und
 die

341 Betroffenen explizit „vor der zwangsweisen Rückführung an einen Ort oder Neuansiedlung an
 342 einem Ort“ schützen, „an dem ihr Leben, ihre Sicherheit, ihre Freiheit und/oder ihre
 343 Gesundheit gefährdet wären“.

344 Insgesamt entfalten aktuell regionale flüchtlingspolitische Ansätze die größte, wenn auch
 345 weiterhin begrenzte Schutzwirkung auf Betroffene. Diese Ansätze wollen wir unterstützen,
 346 darauf wollen wir aufbauen. Die Afrikanische Flüchtlingskonvention beispielsweise sieht
 347 Flüchtlingsschutz auch nach Ereignissen vor, die eine „erhebliche Störung der öffentlichen
 348 Ordnung“ mit sich bringen. Auch die lateinamerikanische Cartagena Declaration erweist sich
 349 vom Wortlaut her auf Extremwetterereignisse anwendbar.

350 Insbesondere die von der Afrikanischen Union aufgelegte Kampala-Konvention aber betrachten
 351 wir als inspirierende Blaupause, da sie den Umgang mit Vertriebenen im Kontext der
 352 Klimakrise aufgreift sowie Rechte und Garantien zugunsten von Binnengeflüchteten
 353 festschreibt. Die mangelhafte Ratifizierung der Kampala-Konvention ist ein Missstand, den
 354 nicht zuletzt Deutschland in seinen Beziehungen zu den Mitgliedstaaten der Afrikanischen
 355 Union stets thematisieren sollte.

356 Vereinzelt geäußerten Vorschlägen, die Genfer Flüchtlingskonvention als solche zwecks
 357 Überarbeitung zu öffnen, stellen wir uns gemeinsam mit zahlreichen flüchtlingspolitischen
 358 Institutionen und Initiativen entgegen. Der Erarbeitung eines gesonderten Protokolls

359 wiederum stehen wir nicht prinzipiell ablehnend gegenüber, erachten die Chance einer
360 zeitnahen Einigung angesichts komplexer Definitions- und Umsetzungsfragen allerdings als
361 äußerst gering.

362 Für die adäquate humanitäre Unterstützung auch von Katastrophenvertriebenen wollen wir die
363 internationale humanitäre Hilfe erhöhen und deren schnelle Koordinierung gewährleisten. Wir
364 setzen uns für eine frühzeitige Übergangshilfe und einen schnellen Wiederaufbau vor Ort ein,
365 damit Dörfer und Städte, damit Infrastruktur insgesamt rasch und entlang lokaler
366 Schwerpunktsetzung wieder aufgebaut werden können.

367 Katastrophenvertriebene brauchen eine existenzsichernde Unterstützung, um ihnen die Chance
368 auf einen würdevollen Neuanfang zu geben. Das Gleiche gilt für Rückkehrer*innen. Wir
369 schlagen vor, die notwendigen Mittel über den globalen Verursacherfonds zu generieren.
370 Beispiele wie Uganda, wo Geflüchteten der Zugang zu Ackerland ermöglicht wurde, zeigen
371 eindrucklich, wie wenig es bisweilen braucht, um das Ankommen zu erleichtern – und letztlich
372 auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der aufnehmenden Region spürbar zu fördern.

373 Zusätzlich wollen wir gemäß den Empfehlungen des Globalen Paktes für sichere, geordnete und
374 reguläre Migration die Kategorie des [subsidiären Schutzes](#) im Rahmen der EU-
375 Anerkennungsrichtlinie (2011/95/EU) auf Katastrophenvertriebene ausweiten. Zugleich wird es
376 nationale Lösungen benötigen. Unter anderem wollen wir deshalb die
 Familienzusammenführung
377 wieder stärken und die im Schengen-Kodex vorgesehene Möglichkeit humanitärer Visa
378 konsequenter nutzen – was letztlich auch den Betroffenen klimabedingter Flucht zugutekommen

379 könnte. Grundsätzlich wollen wir großzügige und verlässliche Aufnahmekontingente über das
380 Resettlement-Programm des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR)
ermöglichen:

381 Deutschland und die anderen EU-Staaten sollten ihren Anteil an dem jährlichen, vom UNHCR
382 ermittelten Resettlement-Bedarf entsprechend ihrer Wirtschaftskraft erfüllen.

383 **Klimapolitik: international, feministisch, intersektional**

384 Gerade Frauen und Mädchen leiden überdurchschnittlich unter den klimatischen
Veränderungen.

385 Sie stehen nicht nur größeren Risiken und Hürden entgegen, sondern werden vielfach auch
386 durch gesellschaftlich-kulturelle Normen und Rollenbilder strukturell benachteiligt. Sie
387 haben häufig einen ungleichen Zugang zu Ressourcen wie Zeit und Geld, zu Bildung und
388 gesundheitlicher Versorgung, zu Beschäftigungsmöglichkeiten und Landrechten. Darunter leiden

389 Resilienz ebenso wie Anpassungsfähigkeit – ein Zustand, der im Zusammenhang der Klimakrise
390 umso benachteiligender wirkt und konkrete Menschenrechtsverletzungen zur Folge hat.

391 Ähnliches gilt für Minderheiten und marginalisierte Gruppen. Im brasilianischen
392 Amazonasgebiet beispielsweise leben fast 400 indigene Völker, die auf das intakte Ökosystem
393 ökonomisch und kulturell angewiesen sind. Schätzungen zufolge sind bereits 150 Millionen
394 Indigene von den Folgen des Klimawandels betroffen. Sehr häufig leben sie in sensiblen
395 Ökosystemen wie kleinen Inselstaaten oder Atollen im Pazifik, in tropischen Regenwäldern, in
396 arktischen Regionen, im Hochland der Anden und des Himalaya oder in den Wüstengebieten

397 Afrikas; in Lebenswelten also, die stärker und unmittelbarer von der Klimakrise betroffen
398 sind als andere.

399 Unsere Klimapolitik ist deshalb nicht nur internationalistisch, sondern zugleich
400 feministisch und intersektional. Sie fasst die besondere Situation von Frauen und Mädchen,
401 zugleich aber auch die Belange marginalisierter Gruppen ins Auge und nutzt die herausragende
402 Rolle all dieser Akteur*innen. Gerade weil Frauen und marginalisierte Gruppen auf besondere
403 Weise von der Klimakrise betroffen sind, kommt ihnen eine Schlüsselfunktion in der
404 Bewältigung zu. Im Umkehrschluss heißt das: Klimaschutz und Klimaanpassungsmaßnahmen
sind

405 stets auch Gelegenheit, bestehende Strukturen der Ungleichheit – bezogen auf die Verteilung
406 von Macht und Ressourcen, zum Beispiel – aufzubrechen und damit mehr Gerechtigkeit,
407 gleichwertige Lebensverhältnisse und Gleichberechtigung zu schaffen.

408 Unser prioritäres Ziel ist es, neben der eigentlichen Eindämmung der Klimakrise deren
409 humanitäre Auswirkungen so gering wie möglich zu halten. Für uns leitet sich aus dem
410 Verursacherprinzip konkrete, globale Verantwortung ab. Ambitionierter Klimaschutz, die
411 Steigerung von Resilienz sowie ein vorausschauendes, am Menschen und seinen Bedürfnissen
412 orientiertes Handeln sind dabei nicht nur Ausdruck von Klimagerechtigkeit, sondern ebenso
413 Voraussetzung einer weltweiten Friedensdividende. Auch in unserer Klimapolitik stellen wir
414 deshalb den Menschen in all seiner Würde und mit all seinen Rechten in den Mittelpunkt. Der
415 stete Blick auf das Wissen und die Belange der besonders verletzlichen Menschen und
416 marginalisierte Gruppen ist bei alledem kein beliebiger, sondern der Schlüssel schlechthin,
417 um nachhaltige und friedliche Strukturen in Zeiten der Klimakrise zu festigen.

418 Wir sind überzeugt: Eine gleichberechtigte, gendergerechte Gesellschaft hat bessere
419 Aussichten, ihre Umwelt zu schützen und die Klimakrise zu überwinden. Die Klimakrise ist
420 nicht genderneutral; unsere Gegenmaßnahmen dürfen es auch nicht sein.

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: WKf Wirtschaft, Klima, Finanzen

Antragstext

- 1 Die Klimakrise führt zu einschneidenden Veränderungen in der Welt – schon heute. Für
- 2 Millionen von Menschen weltweit ist die Erderwärmung längst kein theoretisches Phänomen
- 3 mehr. Tagtäglich erleben sie die Zerstörung ihrer Gegenwart. Klimakrise bedeutet für sie
- 4 Wüstenbildung, Ernteverlust, Versalzung der Böden, Wasserknappheit, Überschwemmung oder
- 5 Hitzewelle. Extreme Wetterereignisse nehmen zu, Ökosysteme und Lebensgrundlagen werden
- 6 zerstört, Hunger und Armut verschärft.
- 7 Klimakrise, das ist aber auch der unermessliche Verlust von sicherem Zuhause, von Heimat,
- 8 von jahrtausendealten Kulturgütern. Die Zahl der Vertriebenen durch klimabedingte Ereignisse
- 9 hat sich seit den 70er-Jahren vervierfacht. Heute werden innerstaatlich mehr Menschen durch
- 10 umweltbedingte Katastrophen wie Fluten und Stürme als durch Gewalt und Konflikte vertrieben.
- 11 Das Internal Displacement Monitoring Centre geht in der Zeit von 2008 bis 2017 von
- 12 durchschnittlich mehr als 24 Millionen erstmals Vertriebenen pro Jahr aus. Tendenz:
- 13 steigend.
- 14 Mit der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens im Jahr 2015 und der Verabschiedung des
- 15 Regelbuches in Kattowitz hat die Staatengemeinschaft die Klimakrise als gemeinsame, globale
- 16 Herausforderung anerkannt und sich darauf verständigt, die Erderwärmung auf unter zwei Grad
- 17 Celsius und möglichst unter 1,5 Grad Celsius bis 2100 zu beschränken. Expert*innen zufolge
- 18 befinden wir uns momentan auf dem Weg hin zu einer Erderwärmung von mindestens 3,2 Grad
- 19 gegenüber vorindustrieller Zeit. Zahlreiche Schätzungen liegen deutlich höher. Bereits zwei
- 20 Grad Erderwärmung würden derweil ausreichen, um ganze Staaten wie das im Pazifik liegende
- 21 Tuvalu komplett verschwinden zu lassen.
- 22 Als – historisch wie aktuell – Hauptmitverursacher der Erderwärmung und als weltweit
- 23 einflussreiche Multiplikatoren kommt es vor diesem Hintergrund ganz entscheidend auf
- 24 Deutschland und die Europäische Union an. Die eigene, ambitionierte Umsetzung des Pariser
- 25 Klimaabkommens und der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung müssen oberste Priorität
- 26 erlangen. Wir müssen mit bestem Beispiel vorangehen, internationaler Vorreiter im
- 27 Klimaschutz werden und die globale Nachhaltigkeitsagenda spürbar beschleunigen. Das jüngst
- 28 verabschiedete, völlig unzureichende „Klimapaket“ und der erschreckende Mangel greifbarer
- 29 Ergebnisse im Rahmen des letzten High Level Political Forum zur Umsetzung der nachhaltigen
- 30 Entwicklungsziele haben erneut gezeigt: Die aktuelle Bundesregierung wird dem nicht
- 31 ansatzweise gerecht.
- 32 Dabei wird das Zeitfenster, in dem wir noch gegensteuern können, um die schlimmsten Folgen
- 33 der Klimakrise abzumildern, bedrohlich klein. Wir bleiben deshalb dabei: Deutschland muss
- 34 eine umfassende Kehrtwende in allen Sektoren einleiten, ein besonderes Augenmerk auf

35 Politikkohärenz und strukturelle Reformen legen – und auf den Kurs zur Einhaltung der
 36 Pariser Klimaziele und der Nachhaltigkeitsziele einlenken.

37 Selbst im besten Fall aber – wenn also die Emissionen drastisch reduziert werden sollten –
 38 werden weiterhin und vermehrt Menschen im Kontext der Klimakrise ihr bisheriges Zuhause
 39 verlassen müssen, um überleben zu können. Entsprechend ist und bleibt es zwar
 40 selbstverständlich unsere Priorität, die Klimakrise mit allen Mitteln einzudämmen und dafür
 41 zu sorgen, dass möglichst wenige Menschen ihre bisherige Heimat überhaupt verlassen
 müssen.

42 Letzten Endes ist es aber auch unsere Aufgabe und Verantwortung als Industriestaaten, eine
 43 Antwort auf die Phänomene klimabedingter Migration und Flucht zu geben.

44 **Global gerecht handeln, Menschenrechte schützen**

45 In vielfacher Hinsicht ist die Klimakrise eine Krise der globalen Gerechtigkeit: Während
 46 sich auch bei uns die extremen Wetterereignisse verdichten, trifft die Klimakrise in erster
 47 Linie den globalen Süden – und damit just jene Regionen dieses Planeten, die historisch
 48 betrachtet am wenigsten zur Erderwärmung beigetragen haben. In den betroffenen Regionen
 49 wiederum sind besonders jene betroffen, deren Existenz auf natürlichen Ressourcen beruht und
 50 die die geringsten Möglichkeiten haben, sich vor Naturgefahren zu schützen oder auf
 51 klimatische Veränderungen zu reagieren: Frauen, Kinder, Minderheiten.

52 Dabei wirkt die Klimakrise nicht nur unmittelbar auf die Lebensrealität vor Ort ein, sondern
 53 verschärft bereits bestehende Probleme zum Teil erheblich. Konflikte um immer knappere
 54 Ressourcen nehmen zu. Elementare Menschenrechte wie das Recht auf Nahrung, Wasser,
 Wohnen,
 55 Bildung, Gesundheit, eine saubere Umwelt und ein Leben in Würde – Menschenrechte also, die
 56 im globalen Süden ohnehin unter besonderem Druck stehen – werden infolge der Klimakrise
 57 zunehmend verletzt.

58 Der klimapolitische Stillstand der Industrienationen ist somit auch deshalb nicht weiter
 59 hinnehmbar, da der Status Quo zu einer steten Verletzung universeller Menschenrechte in
 60 anderen Teilen der Welt führt. Im Umkehrschluss sind die konsequente, gender-responsive und
 61 inklusive Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und der Agenda 2030 für nachhaltige
 62 Entwicklung nicht nur klima- oder entwicklungspolitisch geboten – sondern Ausdruck
 63 historischer Verantwortung, globaler Gerechtigkeit und des Menschenrechtsschutzes zugleich.

64 Mit dem Pariser Klimaabkommen haben wir uns dem Ziel der Klimagerechtigkeit verpflichtet.
 65 Auf Grundlage „gemeinsamer, aber unterschiedlicher Verantwortlichkeiten“ wurde vereinbart,
 66 dass Länder mit großem ökologischem Fußabdruck entsprechend Verantwortung übernehmen
 und mit

67 den Ländern des globalen Südens nach gemeinsamen Lösungen suchen. Die konsequente
 68 Implementierung der vereinbarten Maßnahmen ist also bei Weitem kein Almosen. Vielmehr
 stehen

69 wir – historisch, aber auch vertraglich – in der Verantwortung für Weltzusammenhänge, die
 70 wir mitverursacht haben und weiterhin mit verursachen.

71 Das bedeutet dann auch, aktiv die Einhaltung und den Schutz der Menschenrechte einzufordern

72 und zu verteidigen. Beides nämlich – der Schutz der Menschenrechte und der Einsatz gegen die
 73 Klimakrise – sind zwei Seiten derselben Medaille, führt die Klimakrise doch ebenso zu

74 Menschenrechtsverletzungen wie letztere die Anpassung an die Klimakrise erschweren. Die
 75 Kriminalisierung von Menschen- und nicht zuletzt Frauenrechtsverteidiger*innen weltweit
 76 erfordert eine gleichsam deutliche und spürbare Reaktion der internationalen
 77 Staatengemeinschaft wie die systematische Verfolgung der derzeit besonders gefährdeten
 78 Landrechts- und Umweltaktivist*innen.

79 Natürlicherweise kommt vor diesem Hintergrund dem UN-Menschenrechtsrat sowie
 bestehenden UN-
 80 Sonderberichterstatte*rinnen – für Umwelt und Menschenrechte, für die Menschenrechte von
 81 Migrant*innen, für die Menschenrechte von Binnenvertriebenen – eine entscheidende Rolle zu.
 82 Wir setzen uns dafür ein, dass Menschenrechtsverstöße im Kontext der Klimakrise nicht
 83 zuletzt auf UN-Ebene noch sehr viel stärker in den Fokus rücken, genauer klassifiziert und
 84 menschenrechtliche Entwicklungen im Kontext klimabedingter Migration und Flucht gezielter
 85 beobachtet werden.

86 Zugleich setzen wir uns für eine völkerrechtliche Verankerung der UN-Leitprinzipien für
 87 Wirtschaft und Menschenrechte ein. Der bisherige Ansatz, auf unternehmerische
 88 Selbstverpflichtung zu setzen, ist gescheitert. Eine wirksame Ausrichtung globaler
 89 Produktions- und Lieferprozesse auf die strikte Einhaltung der völkerrechtlich verbrieften
 90 Menschenrechte – inklusive der Menschenrechte dritter Generation, insbesondere des Rechts
 91 auf eine saubere Umwelt – setzt ein verbindliches UN-Rahmenwerk voraus. Vor diesem
 92 Hintergrund bietet insbesondere der Binding-Treaty-Prozess auf Ebene der Vereinten Nationen
 93 die konkrete Chance, ein globales und rechtsverbindliches Abkommen zu erreichen. Diesen
 94 Prozess wollen wir unterstützen.

95 **Resilienzaufbau und Anpassungsmaßnahmen verstärken, Schäden und Verluste kompensieren**

96 Mit dem Pariser Klimaabkommen und der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung haben sich
 97 Deutschland und andere Industrienationen dazu verpflichtet, die Gefahren für die
 98 verletzlichsten Menschen abzuwenden und deren Widerstandskraft gegen die Erderwärmung
 99 stärken zu helfen. Das bedeutet, von der Klimakrise besonders betroffene Länder technisch
 100 wie finanziell zu unterstützen und sie nicht mit den Folgen der Erderwärmung allein zu
 101 lassen. Deutschland und die Europäische Union sollten sich international dafür stark machen,
 102 dass den vom Klimawandel betroffenen Menschen in ihren Heimatländern eine umfangreiche
 103 internationale Unterstützung zur Anpassung an den Klimawandel und eine gerechte
 Kompensation
 104 für entstandene Schäden zukommt.

105 Die für die internationale Klimafinanzierung von den Industrieländern in Kopenhagen
 106 zugesagten 100 Milliarden US-Dollar jährlich ab 2020 decken nicht annähernd die bestehenden
 107 und zu erwartenden Bedarfe – umso mehr, als ausdrücklich nur Klimaschutz- und
 108 Anpassungsmaßnahmen inbegriffen sind, der Ausgleich von Schäden und Verlusten (Loss and
 109 Damage) aber nicht. Wir setzen uns dafür ein, dass die 100 Milliarden US-Dollar nicht nur
 110 sichergestellt, sondern aufgestockt werden, explizit auch für Maßnahmen zur Prävention und
 111 Reduktion klimabedingter Vertreibung. Den deutschen Beitrag zur internationalen
 112 Klimafinanzierung wollen wir dabei gemäß Verursacherprinzip auf den fairen Anteil von rund
 113 zehn Prozent anheben und aus öffentlichen Mitteln erbringen, mit denen dann auch weitere
 114 private Mittel mobilisiert werden können. Vor diesem Hintergrund plädieren wir dafür, die
 115 Ausgaben für internationale Klimafinanzierung um jährlich 800 Millionen Euro sowie die

116 weiteren Ausgaben für offizielle Entwicklungszusammenarbeit (ODA) um jährlich 1,2 Milliarden
 117 Euro zu erhöhen, bis das jahrzehntealte Versprechen, mindestens 0,7 Prozent der
 118 Wirtschaftsleistung für globale Entwicklung auszugeben, endlich erfüllt ist. Danach wollen
 119 wir die Klimagelder weiter anwachsen lassen mit dem Ziel, die Zusätzlichkeit der Zusagen zur
 120 internationalen Klimafinanzierung gegenüber dem 0,7-Prozent-Ziel mittelfristig
 121 sicherzustellen. Wir richten diese Gelder strikt an den nachhaltigen Entwicklungszielen der
 122 Vereinten Nationen aus.

123 Zum Ausgleich von Schäden und Verlusten – zum Beispiel auch bei Umsiedlungen im Rahmen
 124 klimabedingter Migrationsbewegungen – unterstützen wir die Idee eines globalen
 125 Verursacherfonds zur fairen Lastenverteilung. Vorschläge einschlägiger Expert*innen zu
 126 dessen teilweisen Finanzierung reichen von einer Climate Damages Tax über eine international
 127 erhobene Abgabe auf Flugtickets bis hin zum anteiligen Ertrag aus Steuern auf CO₂,
 128 Finanztransaktionen oder Vermögen. Entsprechende Debatten gehen nur schleppend voran;
 auch
 129 die Bundesregierung agiert, gemessen an der tatsächlichen Dringlichkeit, sträflich
 130 zurückhaltend. Das wollen wir ändern. Wir wollen, dass sich Deutschland proaktiv an einer
 131 zielgerichteten Debatte über die Einrichtung eines globalen Verursacherfonds, über dessen
 132 Ausmaß, über eine Beitragsgewichtung gemäß Verursacherprinzip sowie über mögliche
 133 Finanzierungsinstrumente beteiligt. Spürbarer Fortschritt auf diesem komplexen Gebiet ist
 134 überfällig und dürfte entscheidend sein für die Frage, ob wir es als internationale
 135 Staatengemeinschaft schaffen, die Erderwärmung nicht nur drastisch einzudämmen, sondern
 136 unsere globale Antwort auf die Klimakrise solidarisch und gerecht auszugestalten.

137 Ebenso wird es darauf ankommen, effektiven Rechtsschutz für diejenigen zu ermöglichen, die
 138 durch die Folgen der Klimakrise konkrete Schäden und Verluste erleiden – insbesondere,
 139 solange die Verursacherstaaten selbst keine ausreichenden finanziellen Mittel für den Umgang
 140 mit Loss and Damage zur Verfügung stellen. Deshalb setzen wir uns für die Stärkung des
 141 Rechtswegs und des Instruments der Klimaklagen ein. Auch wollen wir die Debatte um
 142 Klimarisikoversicherungen aktiv vorantreiben und dazu beitragen, diese gemäß
 143 Verursacherprinzip auszugestalten und in ein breiteres Konzept zur Risikominimierung
 144 einzubetten.

145 Schließlich wollen wir im Rahmen von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe
 146 gezielt Risikoregionen auf klimatische Veränderungen und den Katastrophenfall vorbereiten
 147 helfen. Unter anderem wollen wir in Frühwarnsysteme investieren und Partnerländer dabei
 148 unterstützen, die Schaffung eines erhöhten Bewusstseins für umwelt- und klimapolitische
 149 Belange im Bildungs- und Ausbildungswesen voranzutreiben. Außerdem setzen wir uns dafür
 ein,
 150 dass Maßnahmen zur Risikominderung in den jeweiligen nationalen Systemen verankert und mit
 151 wirksamen Rechtsvorschriften untermauert werden.

152 **Migration, Flucht und Vertreibung im Kontext der Klimakrise**

153 Selbst, wenn wir es schaffen sollten, die Ziele von Paris vollumfänglich einzuhalten, bleibt
 154 die Erderwärmung eine Realität. Menschen werden gezwungen sein, umzusiedeln – weil ihr
 Boden
 155 vertrocknet, weil durch den steigenden Meeresspiegel ihre Häuser unterspült werden, weil der
 156 nahegelegene Staudamm unter der Last der schmelzenden Gletscher zu bersten droht. Die

157 Internationale Organisation für Migration (IOM) definiert klimabedingte Migrant*innen vor
158 diesem Hintergrund als „Personen oder Personengruppe, die aufgrund plötzlicher oder
159 fortschreitender deutlicher Veränderungen der ihr Leben beeinflussenden Umwelt- und
160 Lebensbedingungen gezwungen sind oder sich veranlasst sehen, ihre Heimat zu verlassen, sei
161 es zeitweise oder permanent, und die sich innerhalb ihres Heimatlandes oder über dessen
162 Grenzen hinaus bewegen“.

163 Wie viele Menschen letztlich betroffen sein werden, ist schwer zu erfassen. Aktuelle
164 Schätzungen variieren stark. Denn erstens wissen wir nicht, wie hoch die Erderwärmung
165 letztlich ausfallen wird. Zweitens hängt vieles davon ab, wie verletzlich Menschen im
166 jeweiligen Einzelfall gegenüber Klimaveränderungen sind – und wie gut sie sich daran
167 anpassen können. Drittens erfolgt Migration, so es denn tatsächlich dazu kommt, in den
168 seltensten Fällen aus nur einem, trennscharf zu ermittelndem Grund. Persönliche Erwägungen,
169 Umweltaspekte und die Klimakrise stehen in einem komplexen Verhältnis zueinander. Umwelt-
170 und Klimaveränderungen verlaufen oft schleichend, was die Ermittlung einer konkreten
171 Kausalität weiter erschwert. Und es muss auch nicht jede Entscheidung, sein Zuhause zu
172 verlassen, endgültig sein. Kurzum: Klimabedingte Migration ist ein komplexer Prozess.

173 Entsprechend unterschiedlich sind aktuelle Modellrechnungen. Die jüngste Studie des UN-
174 Klimarats (IPCC) geht davon aus, dass selbst beim Erreichen des Zwei-Grad-Ziels bis zum Jahr
175 2050 bis zu 280 Millionen Menschen vertrieben werden, innerhalb ihres jeweiligen Landes und
176 über die Grenzen hinaus. Die Weltbank wiederum geht in ihrer Groundswell-Studie aus dem
Jahr
177 2018 von einem Szenario von 140 Millionen klimabedingt Vertriebenen allein in Sub-Sahara-
178 Afrika, Südasien und Südamerika bis 2050 aus. Allerdings legt sie auch dar, dass circa 80
179 Prozent der Vertreibung durch ambitionierte Minderung und Anpassung vermeidbar seien. In
180 jedem Fall wird es darauf ankommen, die bestehenden Datenlücken auf dem Gebiet der
181 klimabedingten Migration, Flucht und Vertreibung bestmöglich zu schließen und entsprechende
182 Forschungsvorhaben zu unterstützen – gerade auch mit Blick auf komplexe Phänomene wie
183 Migrationsbewegungen infolge schleichender Umweltveränderungen. Dafür machen wir uns
stark.

184 Gleichzeitig gibt es Situationen, die sich deutlich klarer darstellen lassen. Insbesondere
185 die Bewohner*innen tiefergelegener Inselstaaten, vor allem im Pazifik, sind mit der
186 Notwendigkeit einer mittelfristigen Umsiedlung sehr direkt konfrontiert. Erderwärmung
187 bedeutet für sie nicht nur den Verlust von materiellen Gütern und Staatsgebiet, womöglich
188 gar von de facto oder de jure Staatsangehörigkeit; die Klimakrise wird mit allerhöchster
189 Wahrscheinlichkeit auch hohe finanzielle Kosten verursachen – und die Aufgabe von heiligem
190 Land und traditioneller Lebensweise, von Kultur und Souveränität bewirken. All das gilt es,
191 frühzeitig und planbar anzugehen. Das Unvermeidbare wird nicht vermieden werden, indem wir
192 uns einer vorausschauenden Reaktion verweigern.

193 Die Unterscheidung und Analyse unterschiedlicher Formen klimawandelbedingter
194 Wanderungsbewegungen jedenfalls sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass wir adäquate
195 Instrumente und Politiken entwerfen. Insbesondere wird es darauf ankommen, dass wir
196 Möglichkeiten vorausschauender Planung für die Betroffenen schaffen; dass diese also
197 selbstbestimmt und frühzeitig über eine mögliche Umsiedlung entscheiden können; dass es
aber
198 auch Orte gibt, an denen sie sich niederlassen können. Andererseits wird es natürlich auch

199 zu Situationen plötzlicher Flucht im Kontext der Klimakrise kommen, nach Stürmen oder
 200 Überschwemmungen zum Beispiel – die erwiesenermaßen durch die Klimakrise verstärkt oder
 201 beschleunigt werden.

202 Erste konkrete Fallbeispiele unterstreichen vor diesem Hintergrund die Komplexität und
 203 Vielschichtigkeit klimabedingter Migration, Flucht und Vertreibung. In Äthiopien
 204 beispielsweise spricht das Auswärtige Amt von fast drei Millionen Binnenvertriebenen.
 205 Darunter seien nach Schätzungen rund eine halbe Million aufgrund von klimatischen Faktoren,
 206 primär infolge anhaltender Dürre geflohen. Andere Expert*innen gehen hingegen von circa 1,4
 207 Millionen Menschen aus, die im Kontext der Klimakrise vertrieben wurden.

208 In jedem Fall wirkt die Klimakrise in Äthiopien wie ein Multiplikator bereits bestehender
 209 Probleme und Konflikte; sie interagiert mit anderen Faktoren auf vielfache Weise und führt
 210 zu wechselseitiger Verstärkung. Nichtstun ist keine Option. Die internationale Gemeinschaft,
 211 allen voran die Industriestaaten müssen Antworten finden auf Fragen von Verantwortlichkeit
 212 und Schutzbedarfen, von globaler Gerechtigkeit, von völkerrechtlichen Handlungsoptionen. Wir
 213 wollen uns dieser Mammutaufgabe stellen.

214 **Bestehende internationale Prozesse unterstützen, Ownership und Koordinierung sicherstellen**

215 Im Bereich der klimabedingten Migration, Flucht und Vertreibung bestehen international
 216 bereits unterschiedlichste politische Prozesse, Plattformen und Mechanismen. Innerhalb der
 217 internationalen Klimaarchitektur gibt es den Warschau-Mechanismus für Verluste und Schäden,
 218 der im Rahmen der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) eine Taskforce on Displacement
 eingerichtet

219 hat. Diese hat erste Empfehlungen schon vorgelegt. Ein Mitglied der Taskforce wiederum ist
 220 die Platform on Disaster Displacement als eine staatengeleitete Plattform mit Sitz in Genf,
 221 die mit verschiedenen Stakeholdergruppen mögliche Lösungsansätze im Bottom-up-Verfahren
 222 entwickelt sowie zur Verbesserung der globalen Datenlage und -analyse beiträgt. Sie hat sich
 223 insbesondere der Förderung des Austauschs bestehender guter Praktiken zwischen beteiligten
 224 Staaten und Akteur*innen verschrieben, die Katastrophenvertriebenen bereits seit Jahren
 225 freiwillig und basierend auf solidarisch-humanitären Erwägungen grenzüberschreitend
 Aufnahme

226 und Schutz gewähren. Dabei treibt die Plattform die Umsetzung der Empfehlungen der Agenda
 227 for the Protection of Cross-Border Displaced Persons in the Context of Disaster and Climate
 228 Change, also der Nansen-Schutzagenda international voran und setzt sich beispielsweise dafür
 229 ein, dass deren Ansätze in internationalen Verträgen verankert werden.

230 Wir werten es als großen Fortschritt, dass im Dezember 2018 der Komplex klimabedingter
 231 Migration, Flucht und Vertreibung im Globalen Pakt für sichere, geordnete und reguläre
 232 Migration sowie im Globalen Pakt für Flüchtlinge aufgenommen wurde. Bedauerlicherweise
 233 bleibt die Umsetzung dieser Vereinbarungen für die Vertragsstaaten nur freiwillig, der
 234 internationale Wille dazu zögerlich. Wir sprechen uns für eine konsequente Implementierung
 235 und eine angemessene finanzielle wie strukturelle Unterstützung auch durch die deutsche
 236 Bundesregierung aus.

237 Eines jedenfalls ist offenkundig: Es wird den einen großen internationalen Wurf zum Umgang
 238 mit klimabedingter Migration, Flucht und Vertreibung auf absehbare Zeit nicht geben. Wir
 239 machen uns deshalb dafür stark, dass Deutschland bestehende Arbeitsprozesse nach Kräften

240 politisch und finanziell unterstützt, sich gegenüber anderen Staaten insbesondere aus dem
241 Kreis der Industrieländer für diese Prozesse einsetzt, deren enge Anbindung an
242 Zivilgesellschaft und Forschung sicherstellt sowie gemeinsam mit möglichst vielen weiteren
243 Staaten bislang erarbeitete Empfehlungen und bestehende effektive Praktiken tatsächlich auch
244 umsetzt. Unter anderem wollen wir die Empfehlungen aus dem Globalen Pakt für sichere,
245 geordnete und reguläre Migration sowie dem Globalen Pakt für Flüchtlinge auf nationaler wie
246 europäischer Ebene vorantreiben. Auch die Empfehlungen der Taskforce on Displacement
wollen
247 wir aufgreifen und in nationale wie europäische Politik integrieren.

248 Sämtliche Projekte und Politiken zum Schutz von klimabedingt Vertriebenen müssen dabei
einem
249 menschenrechtsbasierten, partizipativen Ansatz folgen und die Rechte der besonders
250 verletzlichen Menschen sicherstellen. Gerade weil Frauen und Mädchen, marginalisierte
251 Gruppen und nicht zuletzt Indigene auf besondere Weise von der Klimakrise betroffen sind,
252 wollen wir ihnen eine Schlüsselfunktion in der Bewältigung zukommen lassen. Durch ihre
253 Lebenssituation sind sie oft die Ersten, die sich anpassen müssen, entwickeln das
254 entsprechende Wissen und Können – was sie zu Expert*innen und Gestalter*innen eines
255 nachhaltigen Wandels werden lässt.

256 Auf dem Weg hin zu Lösungsansätzen ist auch die Selbstbestimmung der betroffenen Staaten
257 essentiell. Der überwiegende Teil klimabedingter Migration, Flucht und Vertreibung findet
258 jeweils innerhalb eines betroffenen Landes oder in der Region statt. Umso zentraler wird es
259 sein, alle Debatten und Verhandlungen über eine vorausschauende und planbare Umsiedlung,
260 über Versorgung und Integration, über regionale Lösungsansätze und Mechanismen gemeinsam
mit
261 den Betroffenen zu führen, Ownership sicherzustellen und die notwendige Finanzierung
262 gemeinsam zu garantieren.

263 Zugleich finden auch innerhalb und zwischen den einzelnen Arbeitsprozessen grundlegende
264 Überlegungen statt, wie sich die vielen Multi-Stakeholder-Prozesse auf den unterschiedlichen
265 Ebenen noch kohärenter koordinieren ließen. Dieses Ansinnen unterstützen wir ausdrücklich.
266 Nicht etwa im Widerspruch zum bestehenden Bottom-up-Ansatz; auch nicht, um einzelne
267 Initiativen institutionell zu binden; sehr wohl aber mit dem Ziel, dem Bereich
268 klimabedingter Vertreibung die notwendige Aufmerksamkeit zu verschaffen sowie
perspektivisch

269 internationales Engagement und staatliche Verbindlichkeit auf Ebene aller
270 Unterzeichnerstaaten der UN-Klimarahmenkonvention zu steigern. Vor diesem Hintergrund
machen

271 wir uns dafür stark, die Themenkomplexe „Schäden und Verluste“ sowie „klimabedingte
272 Migration, Flucht und Vertreibung“ – und damit die Arbeit der Taskforce on Displacement im
273 Rahmen der UNFCCC-Architektur – systematisch und in angemessenem Umfang auf der
Tagesordnung

274 der jährlichen UN-Klimakonferenzen zu verankern. Auch unterstützen wir die unter anderem von

275 der Plattform on Disaster Displacement geäußerte Idee, die Koordinierung innerhalb der
276 Vereinten Nationen sowie zwischen deren Agenturen zusätzlich durch die Einberufung einer/s
277 Sonderbeauftragten (Special Representative) beziehungsweise einer Sonderberater*in (Special

278 Advisor) für klimabedingte Migration, Flucht und Vertreibung in der Struktur des UN-
 279 Generalsekretariats zu verbessern.

280 **Klimabedingte Migration: sicher, selbstbestimmt, planbar**

281 Der Umgang mit Migration wird in Zeiten der Klimakrise zu einem ethischen Prüfstein für die
 282 internationale Staatengemeinschaft. Was für Migration im Allgemeinen gilt, gilt auch im
 283 Kontext der Klimakrise: Wir müssen Wege eröffnen, klimabedingte Migration sicher,
 284 selbstbestimmt und möglichst planbar zu gestalten. Ganz im Sinne von Artikel 13 der
 285 Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte setzen wir uns dafür ein, dass umweltinduzierte
 286 beziehungsweise klimabedingte Migration rechtzeitig, würdevoll, selbstbestimmt, sicher und
 287 vor allem legal ermöglicht wird – und dass den Betroffenen das Recht garantiert wird,
 288 innerhalb ihres Landes, in der Region und gegebenenfalls über die eigene Region hinaus
 289 umzusiedeln.

290 Die Umsetzung des Globalen Paktes für sichere, geordnete und reguläre Migration ist da ein
 291 wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Insgesamt müssen sich Deutschland und Europa
 292 deutlich stärker engagieren – bilateral ebenso wie im Rahmen internationaler Kooperationen.
 293 Unter anderem haben wir deshalb ein Konzept für ein modernes Einwanderungsrecht mit
 294 Punktesystem vorgelegt und sprechen uns für eine vereinfachte, gegebenenfalls auch
 temporäre
 295 Arbeitsmigration aus – grundlegend und im Kontext der Klimakrise.

296 Die internationale Staatengemeinschaft muss sich darauf einigen, wie sie mit dem erwartbaren
 297 Verlust ganzer Staatsgebiete umzugehen gedenkt. Wir machen uns dafür stark, dass
 298 entsprechende Debatten und Verhandlungen mit deutlich mehr Nachdruck geführt werden als
 299 bislang. Natürlich wird es auch hier darauf ankommen, eine frühzeitige und selbstbestimmte
 300 Umsiedlung zu ermöglichen. Aber es geht um viel mehr. Wenn absehbar ist, dass beispielsweise

301 Inselstaaten im Pazifik vollständig verschwinden, müssen wir dringend festlegen, welche
 302 Konsequenzen daraus für die Gewässerhoheit entstehen, insbesondere aber, ob die bisherigen
 303 Bewohner*innen automatisch auch ihre Staatsangehörigkeit verlieren – und welche
 304 völkerrechtlichen Folgen das für sie und ihren Schutzanspruch mit sich bringt. Für uns hat
 305 es dabei oberste Priorität, dafür Sorge zu tragen, dass Staatenlosigkeit de facto und de
 306 jure verhindert wird.

307 Vor diesem Hintergrund wollen wir auch die Idee eines Klimapasses auf nationaler,
 308 europäischer und internationaler Ebene vorantreiben, dessen individueller Ansatz den
 309 Betroffenen ermöglicht, selbstbestimmt über ihre Migration zu entscheiden. Konkret böte der
 310 Klimapass von der Erderwärmung existenziell bedrohten Personen die Option, Zugang zu Schutz

311 und letztlich staatsbürgergleichen Rechten in weitgehend sicheren Ländern zu erlangen – in
 312 der Region, in Europa und weltweit. In einer ersten Phase sollte der Klimapass den
 313 Bevölkerungen kleiner Inselstaaten, deren Staatsgebiet durch den Klimawandel unbewohnbar
 314 werden wird, angeboten werden – um ihnen eine frühzeitige Umsiedlung in Würde zu
 ermöglichen

315 und dem Verlust grundlegender Rechte vorzubeugen. Als Aufnahmeländer stehen insbesondere
 316 Staaten mit historisch oder gegenwärtig hohen Treibhausgasemissionen und somit großem
 Anteil

317 an der Erderwärmung in der Verantwortung.

318 Regionale Lösungsansätze müssen gestärkt sowie technisch und finanziell unterstützt werden,
 319 bis hin zu lokalen Vereinbarungen über Mobilität und Rechtsschutz von Saisonarbeiter*innen,
 320 Nomad*innen oder Viehtreiber*innen. Da es häufig Frauen und Kinder sowie Alte sind, die in
 321 sozioökonomisch unterversorgten Regionen zurückbleiben, sollten sich auch Deutschland und
 322 die Europäische Union im Rahmen ihrer Programme zur Stärkung von Anpassung und Resilienz
 323 gezielt für alternative Einkommensmöglichkeiten und entsprechende Fortbildungsmaßnahmen
 324 stark machen.

325 **Klimabedingte Flucht: Versorgung sicherstellen, Schutzlücken schließen**

326 Schon heute trägt die Klimakrise dazu bei, dass die Konkurrenz um knappe Ressourcen
 zunimmt,
 327 bestehende Konflikte befeuert oder neue ausgelöst werden. Dadurch können Situationen
 328 entstehen, die einer Verfolgung im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention entsprechen – und
 329 damit internationales Asylrecht begründen.

330 Zugleich nehmen Naturkatastrophen wie Fluten und Stürme in Intensität, Ausmaß und
 Häufigkeit

331 zu – auch infolge der Klimakrise. Der Zusammenhang zu Erderwärmung und Klimakrise ist
 332 komplex, aber wissenschaftlich anerkannt. Menschen aber, die vor plötzlichen
 333 Extremwetterereignissen fliehen, sei es nun temporär oder dauerhaft, fallen bislang in eine
 334 völkerrechtliche Schutzlücke. Insgesamt fällt im Kontext der Klimakrise nur ein Bruchteil
 335 der Fluchtbewegungen unter den etablierten Schutz der Genfer Flüchtlingskonvention. Das
 336 entsprechende Vakuum müssen wir dringend auf anderem Wege füllen.

337 Mit Blick auf die Situation von Binnenvertriebenen machen wir uns vor diesem Hintergrund für
 338 die konsequente Umsetzung der UN-Leitlinien betreffend Binnenvertreibung (Guiding Principles
 339 on Internal Displacement) stark, die ausdrücklich auch Fälle von „natürlichen oder vom
 340 Menschen verursachten Katastrophen“ und damit auch Extremwetterereignisse abdecken – und
 die

341 Betroffenen explizit „vor der zwangsweisen Rückführung an einen Ort oder Neuansiedlung an
 342 einem Ort“ schützen, „an dem ihr Leben, ihre Sicherheit, ihre Freiheit und/oder ihre
 343 Gesundheit gefährdet wären“.

344 Insgesamt entfalten aktuell regionale flüchtlingspolitische Ansätze die größte, wenn auch
 345 weiterhin begrenzte Schutzwirkung auf Betroffene. Diese Ansätze wollen wir unterstützen,
 346 darauf wollen wir aufbauen. Die Afrikanische Flüchtlingskonvention beispielsweise sieht
 347 Flüchtlingsschutz auch nach Ereignissen vor, die eine „erhebliche Störung der öffentlichen
 348 Ordnung“ mit sich bringen. Auch die lateinamerikanische Cartagena Declaration erweist sich
 349 vom Wortlaut her auf Extremwetterereignisse anwendbar.

350 Insbesondere die von der Afrikanischen Union aufgelegte Kampala-Konvention aber betrachten
 351 wir als inspirierende Blaupause, da sie den Umgang mit Vertriebenen im Kontext der
 352 Klimakrise aufgreift sowie Rechte und Garantien zugunsten von Binnengeflüchteten
 353 festschreibt. Die mangelhafte Ratifizierung der Kampala-Konvention ist ein Missstand, den
 354 nicht zuletzt Deutschland in seinen Beziehungen zu den Mitgliedstaaten der Afrikanischen
 355 Union stets thematisieren sollte.

356 Vereinzelt geäußerten Vorschlägen, die Genfer Flüchtlingskonvention als solche zwecks
 357 Überarbeitung zu öffnen, stellen wir uns gemeinsam mit zahlreichen flüchtlingspolitischen
 358 Institutionen und Initiativen entgegen. Der Erarbeitung eines gesonderten Protokolls

359 wiederum stehen wir nicht prinzipiell ablehnend gegenüber, erachten die Chance einer
360 zeitnahen Einigung angesichts komplexer Definitions- und Umsetzungsfragen allerdings als
361 äußerst gering.

362 Für die adäquate humanitäre Unterstützung auch von Katastrophenvertriebenen wollen wir die
363 internationale humanitäre Hilfe erhöhen und deren schnelle Koordinierung gewährleisten. Wir
364 setzen uns für eine frühzeitige Übergangshilfe und einen schnellen Wiederaufbau vor Ort ein,
365 damit Dörfer und Städte, damit Infrastruktur insgesamt rasch und entlang lokaler
366 Schwerpunktsetzung wieder aufgebaut werden können.

367 Katastrophenvertriebene brauchen eine existenzsichernde Unterstützung, um ihnen die Chance
368 auf einen würdevollen Neuanfang zu geben. Das Gleiche gilt für Rückkehrer*innen. Wir
369 schlagen vor, die notwendigen Mittel über den globalen Verursacherfonds zu generieren.
370 Beispiele wie Uganda, wo Geflüchteten der Zugang zu Ackerland ermöglicht wurde, zeigen
371 eindrucklich, wie wenig es bisweilen braucht, um das Ankommen zu erleichtern – und letztlich
372 auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der aufnehmenden Region spürbar zu fördern.

373 Zusätzlich wollen wir gemäß den Empfehlungen des Globalen Paktes für sichere, geordnete und
374 reguläre Migration die Kategorie des [subsidiären Schutzes](#) im Rahmen der EU-
375 Anerkennungsrichtlinie (2011/95/EU) auf Katastrophenvertriebene ausweiten. Zugleich wird es
376 nationale Lösungen benötigen. Unter anderem wollen wir deshalb die
 Familienzusammenführung
377 wieder stärken und die im Schengen-Kodex vorgesehene Möglichkeit humanitärer Visa
378 konsequenter nutzen – was letztlich auch den Betroffenen klimabedingter Flucht zugutekommen

379 könnte. Grundsätzlich wollen wir großzügige und verlässliche Aufnahmekontingente über das
380 Resettlement-Programm des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR)
ermöglichen:

381 Deutschland und die anderen EU-Staaten sollten ihren Anteil an dem jährlichen, vom UNHCR
382 ermittelten Resettlement-Bedarf entsprechend ihrer Wirtschaftskraft erfüllen.

383 **Klimapolitik: international, feministisch, intersektional**

384 Gerade Frauen und Mädchen leiden überdurchschnittlich unter den klimatischen
Veränderungen.

385 Sie stehen nicht nur größeren Risiken und Hürden entgegen, sondern werden vielfach auch
386 durch gesellschaftlich-kulturelle Normen und Rollenbilder strukturell benachteiligt. Sie
387 haben häufig einen ungleichen Zugang zu Ressourcen wie Zeit und Geld, zu Bildung und
388 gesundheitlicher Versorgung, zu Beschäftigungsmöglichkeiten und Landrechten. Darunter leiden

389 Resilienz ebenso wie Anpassungsfähigkeit – ein Zustand, der im Zusammenhang der Klimakrise
390 umso benachteiligender wirkt und konkrete Menschenrechtsverletzungen zur Folge hat.

391 Ähnliches gilt für Minderheiten und marginalisierte Gruppen. Im brasilianischen
392 Amazonasgebiet beispielsweise leben fast 400 indigene Völker, die auf das intakte Ökosystem
393 ökonomisch und kulturell angewiesen sind. Schätzungen zufolge sind bereits 150 Millionen
394 Indigene von den Folgen des Klimawandels betroffen. Sehr häufig leben sie in sensiblen
395 Ökosystemen wie kleinen Inselstaaten oder Atollen im Pazifik, in tropischen Regenwäldern, in
396 arktischen Regionen, im Hochland der Anden und des Himalaya oder in den Wüstengebieten

397 Afrikas; in Lebenswelten also, die stärker und unmittelbarer von der Klimakrise betroffen
398 sind als andere.

399 Unsere Klimapolitik ist deshalb nicht nur internationalistisch, sondern zugleich
400 feministisch und intersektional. Sie fasst die besondere Situation von Frauen und Mädchen,
401 zugleich aber auch die Belange marginalisierter Gruppen ins Auge und nutzt die herausragende
402 Rolle all dieser Akteur*innen. Gerade weil Frauen und marginalisierte Gruppen auf besondere
403 Weise von der Klimakrise betroffen sind, kommt ihnen eine Schlüsselfunktion in der
404 Bewältigung zu. Im Umkehrschluss heißt das: Klimaschutz und Klimaanpassungsmaßnahmen
sind

405 stets auch Gelegenheit, bestehende Strukturen der Ungleichheit – bezogen auf die Verteilung
406 von Macht und Ressourcen, zum Beispiel – aufzubrechen und damit mehr Gerechtigkeit,
407 gleichwertige Lebensverhältnisse und Gleichberechtigung zu schaffen.

408 Unser prioritäres Ziel ist es, neben der eigentlichen Eindämmung der Klimakrise deren
409 humanitäre Auswirkungen so gering wie möglich zu halten. Für uns leitet sich aus dem
410 Verursacherprinzip konkrete, globale Verantwortung ab. Ambitionierter Klimaschutz, die
411 Steigerung von Resilienz sowie ein vorausschauendes, am Menschen und seinen Bedürfnissen
412 orientiertes Handeln sind dabei nicht nur Ausdruck von Klimagerechtigkeit, sondern ebenso
413 Voraussetzung einer weltweiten Friedensdividende. Auch in unserer Klimapolitik stellen wir
414 deshalb den Menschen in all seiner Würde und mit all seinen Rechten in den Mittelpunkt. Der
415 stete Blick auf das Wissen und die Belange der besonders verletzlichen Menschen und
416 marginalisierte Gruppen ist bei alledem kein beliebiger, sondern der Schlüssel schlechthin,
417 um nachhaltige und friedliche Strukturen in Zeiten der Klimakrise zu festigen.

418 Wir sind überzeugt: Eine gleichberechtigte, gendergerechte Gesellschaft hat bessere
419 Aussichten, ihre Umwelt zu schützen und die Klimakrise zu überwinden. Die Klimakrise ist
420 nicht genderneutral; unsere Gegenmaßnahmen dürfen es auch nicht sein.